

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	2
<i>Steffen Maretzke</i> Eine Demografiestrategie für Deutschland. Ohne eine regionalpolitische Einbettung kann sie nicht wirksam sein	3
<i>Marion Klemme</i> Wenn Wachstum zum Dogma wird. Stadtentwicklung unter Schrumpfungsbedingungen	19
<i>Roswitha Eisentraut</i> Alternde Bevölkerung und ländlicher Raum Sachsen-Anhalts: Bürgerschaftliches Engagement als Chance für eine solidarische Gesellschaft	27
<i>Elke Goltz</i> Ländliche periphere Räume – Altersheim oder Entschleunigungsrefugium. Fallbeispiel Uckermark (Brandenburg)	32
<i>Birte Nienaber, Ursula Roos</i> Vergleichende Analyse soziodemographischer Aspekte von Deutschen und ausländischen Personen in ländlichen Regionen des Saarlandes	39
<i>Stefan Luft</i> Ethnisch-soziale Unterschichtenkonzentrationen – Effekte und Handlungsoptionen von Kommunen und Staat	46
<i>Anja Erdmann, Corinna Hamann</i> Vom Fachkräftewohlstand zum Fachkräftemangel - Neue Perspektiven für Jugendliche und Unternehmen in schrumpfenden Regionen Ostdeutschlands?	52
<i>Wolfgang Seifert</i> Regionale qualifikationsspezifische Arbeitsmärkte für Personen mit Migrationshintergrund am Beispiel des Ruhrgebiets und der Rheinschiene	59
<i>Birgit Glorius</i> Internationalisierung und Heterogenisierung der Bevölkerung – Eine Herausforderung für die Gestaltung kommunaler Bildungslandschaften	65
<i>Walter Bartl</i> Personalpolitik in demografisch schrumpfenden Gemeinden und deren Folgen	72
<i>Marius Otto, Daniela Temme</i> Deutsche Universitäten als Karrieresprungbrett? Zur Arbeits- und Lebenssituation ausländischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in Aachen, Bonn und Köln	84
<i>Bernadette Jonda</i> Zwischen Resignation und Kreativität – Bürgermeister in deutschen Kommunen im Umgang mit aktuellen Herausforderungen des demographischen Wandels	94
<i>Till Kathmann</i> Die Auswanderung von Deutschen: Migrationsformen und Migrationsgründe	107
<i>Julika Hillmann</i> Wann wollen zwei das Gleiche? Eine Analyse der Elternschaftsabsichten von Paaren auf Grundlage der 1. Welle des Beziehungs- und Familienentwicklungspanels (pairfam)	116
<i>Silke Tophoven, Anita Tisch, Patrycja Scioch</i> Die Babyboomer auf dem Weg ins höhere Erwerbsalter	122
<i>Christian Reuter</i> Handlungsansätze zur Mobilitätssicherung im demografischen Wandel	131
<i>Julika Hillmann</i> Wann wollen zwei das Gleiche? Eine Analyse der Elternschaftsabsichten von Paaren auf Grundlage der 1. Welle des Beziehungs- und Familienentwicklungspanels (pairfam)	136

Vorwort

Liebe Freunde der Deutschen Gesellschaft für Demographie,

„Muss der demographische Wandel als unabwendbarer Prozess begriffen werden, dem sich die Gesellschaft nur fügen kann, oder ist der demographische Wandel politisch, ökonomisch, sozial oder gar psychologisch gestaltbar?“ – so fragten wir im „Call for papers“ zu unserer Jahrestagung 2011.

Mit unseren Schwerpunkten „Schrumpfung – Gestaltungsaufgabe oder Schicksal?“, „Alterung und sozialer Zusammenhalt“ sowie „Heterogenisierung – Migration und Integration“ wollten wir eine breites Panorama von Bevölkerungsfragen entfalten. Im Blick auf die von der Bundesregierung angekündigte „Demographiestrategie“ war es uns ein Anliegen das demographische Know-How einzubringen und Forschern ein attraktives Forum zu bieten. Wir waren dann mehrfach überrascht, auf welche positive Resonanz die Fragestellung unserer Tagung stieß: Zunächst über die Vielzahl der papers, die uns einerseits vor die „Qual der Wahl“ stellten, dann über den Publikumszuspruch zur Jahrestagung, die mit insgesamt über 200 Teilnehmern außerordentlich gut besucht war und schließlich auch über das Echo in Presse und Medien, das die Tagung würdigte.

Das Spektrum der Sessions reichte von „Fertilität“ über „Migration und Erwerbstätigkeit“ bis zu den „Herausforderungen für Infrastrukturen und Daseinsvorsorge“ in schrumpfenden Regionen, wobei die Folgen der veränderten Bevölkerungsstrukturen für die Regional- und Raumplanung einen besonders wichtigen Schwerpunkt bildeten. Dies spiegeln auch die hier versammelten Beiträge wieder, die allen in der Kommunal- und Regionalpolitik verantwortlichen Entscheidungsträgern wärmstens zur Lektüre empfohlen werden können. Sie verdeutlichen auf sehr unterschiedliche Weise, dass unter den Bedingungen alternder und eben auch schrumpfender Regionen ein grundlegendes Umdenken, eine Abkehr von seit Jahrzehnten verinnerlichteten Denk- und Verhaltensweisen erforderlich ist, aber auch, dass nicht alle Regionen gleichermaßen von den demographischen Herausforderungen betroffen sind. Statt eines rein quantitativen „immer mehr“ (an Bauland etc.) ist mehr Kreativität für mehr Lebensqualität erforderlich.

Die Expertise der Bevölkerungsforschung ist dafür unerlässlich! Damit diese Expertise auch in Zukunft weiter wächst, braucht die Demographie Nachwuchs. Ihn zu fördern ist uns daher ein besonderes Anliegen. Unser „DGD-Nachwuchspreis“ soll dafür einen bescheidenen Beitrag leisten. Es hat uns sehr gefreut unter einer Vielzahl sehr guter Arbeiten, schließlich die folgenden Arbeiten mit einem Preis auszeichnen zu können:

- **Katharina Frosch** Die Innovationsfähigkeit alternder Belegschaften (Dissertation)
- **Christian Schmitt** Effekte der Erwerbstätigkeit auf die Fertilität in international vergleichender Perspektive (Dissertation)
- **Julika Hillmann** Der Kinderwunsch im Kontext von Paarbeziehungen: Eine Analyse der Fertilitätsintentionen auf Grundlage des Beziehungs- und Familienentwicklungspanels (PAIRFAM) (Masterarbeit)
- **Frederik Peters** Zur Kindersterblichkeit in den USA zu Beginn des 20. Jahrhunderts (Masterarbeit).

Die Arbeiten dieser begabten jungen Wissenschaftler, wie auch zahlreicher weiterer Referenten unserer Jahrestagung, lassen für die nähere Zukunft für die Demographie in Deutschland viel Gutes und Wegweisendes erhoffen. In diesem Sinne wünsche, erhoffe und erwarte ich dieser von Herrn Dr. Marezke zusammengestellten Publikation einen großen Leserkreis.


Präsident
Deutsche Gesellschaft
für Demographie e.V.

Steffen Maretzke

Eine Demografiestrategie für Deutschland.

Ohne eine regionalpolitische Einbettung kann sie nicht wirksam sein

1. Einleitung

Der demografische Wandel, der durch einen sich mehr und mehr ausbreitenden Bevölkerungsrückgang und eine zunehmend um sich greifende Alterung der Bevölkerung geprägt wird, ist unwiederbringlich in unserem Alltag angekommen. Er beeinflusst die vielfältigsten Handlungsfelder von Bund, Ländern, Kommunen, Unternehmen, wie das Zusammenleben der Menschen, so dass die Notwendigkeit der Ausarbeitung von Konzepten zum sinnvollen Umgang mit diesen demografischen Herausforderungen inzwischen breiter Konsens ist. Entsprechend will die Bundesregierung beispielsweise bis zum Frühjahr 2012 eine ressortübergreifende Demografie-Strategie vorlegen, die Ihr grundlegende Leitlinien für eine koordinierte Demografiepolitik in die Hand gibt.¹

Dieser Beitrag soll zeigen, dass diese Leitlinien dringend die regionalen Besonderheiten demografischer Strukturen und Trends im Blick haben müssen. Zum einen bedarf die Demografie-Strategie der Beantwortung wichtiger gesellschaftlicher Entwicklungsfragen, wie z.B. der Frage: „Lassen sich gleichwertige Lebensbedingungen langfristig für jede Region absichern und was heißt das konkret?“. Zum anderen leiten sich aus diesen Besonderheiten für die Strategie wesentliche Handlungserfordernisse ab, die nicht alle Regionen gleichermaßen betreffen.

2. Wesentliche demografische Herausforderungen für die Regionalentwicklung

Die Dynamik des demografischen Wandels hat die Regionen Deutschlands inzwischen mehr oder weniger stark erfasst. Weil das Geburtenniveau den Ersatz der Elterngeneration inzwischen in keiner Region Deutschlands mehr sichert, weiten sich demografische Schrumpfungsprozesse und die Alterung der Bevölkerung

auf immer mehr Regionen aus. Während Binnen- und Außenwanderungen diese Trends in den Regionen mindern oder verstärken, ergibt sich im Zuge der stetigen Steigerung der Lebenserwartung für alle Regionen Deutschlands ein kontinuierlicher Anstieg des Durchschnittsalters der Bevölkerung. Und weil diese Trends der Fertilität, Mortalität und Migration langfristig gesehen durchaus sehr regelmäßige regionale Differenzierungsmuster zeigen, haben sich zwischenzeitlich auch markante regionale Unterschiede in der Altersstruktur der Bevölkerung herausgebildet, die nun selbst ein wichtiger Grund für regionale Unterschiede in der Bevölkerungsentwicklung sind (vgl. Abb. 1).

Um die differenzierten Herausforderungen des demografischen Wandels für die Regionen beschreiben zu können, soll eingangs der Versuch unternommen werden aufzuzeigen, welche Ausprägungen der demografischen Entwicklung für Regionen besonders bedeutsam sind. Dabei stützt sich der Autor auf zahlreiche Aussagen von Experten (KIRCHGÄSSNER 2005; BMI 2011; OUTREVILLE 2001; WELTER 2007; BERKEL, BÖRSCH-SUPAN, WINTER 2002), wie auf seine eigenen Forschungsarbeiten zur regional differenzierten Bevölkerungsentwicklung (MARETZKE 1987 – 2011).

Als besonders bedeutsame Herausforderungen werden im Allgemeinen die folgenden Aspekte herausgestellt:

1. das quantitative Niveau der Bevölkerungsentwicklung (Wachstum vs. Schrumpfung)

¹http://www.bmi.bund.de/DE/Themen/PolitikGesellschaft/DemographEntwicklung/demographentwicklung_node.html
(Gelesen am 4.3.2012)

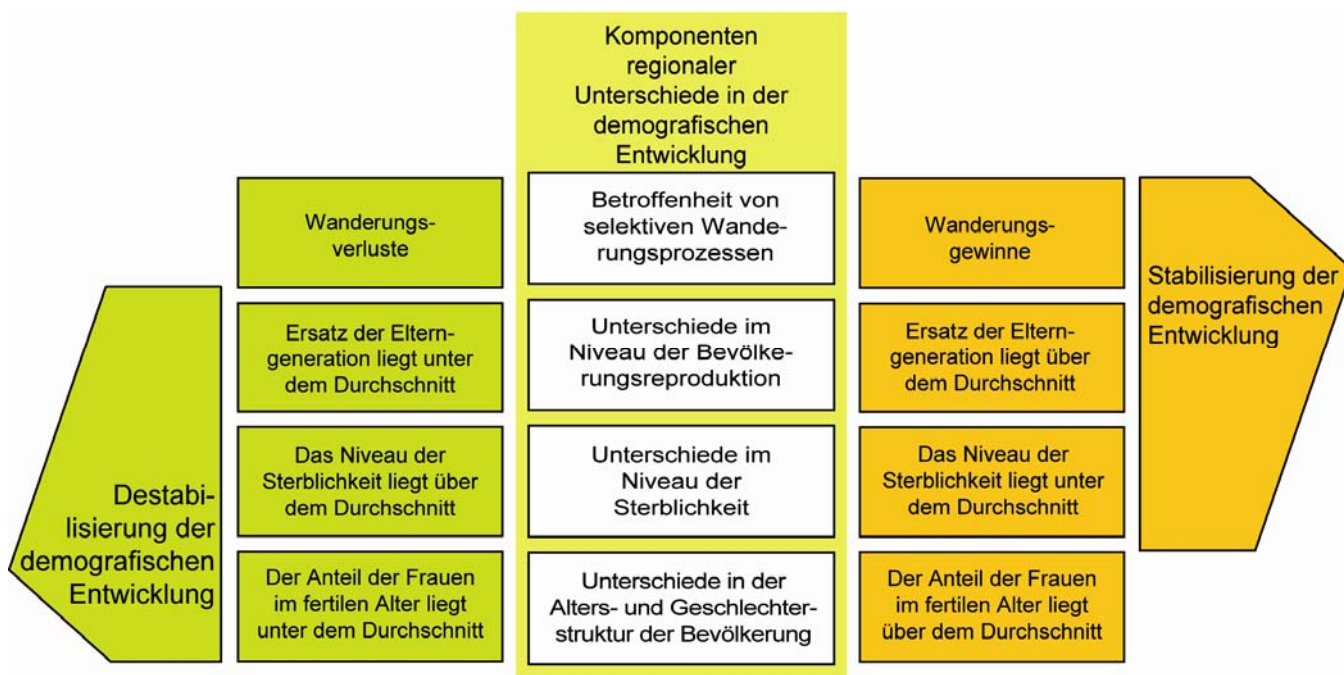


Abbildung 1: Komponenten regionaler Unterschiede in der demografischen Entwicklung

- 2. die demografische Alterung sowie
- 3. der zunehmende Internationalisierungsgrad der Bevölkerung.

Mit Blick auf die regionale Entwicklung kommen noch folgende Aspekte hinzu:

- 4. die Zunahme von Disproportionen in der Geschlechterstruktur (S. MARETZKE, W. WEIß (2009). sowie
- 5. die selektiven Wirkungen der Wanderungsprozesse (GATZWEILER, SCHLÖMER 2008; R. MAI, M. SCHAREIN 2009).

Diese Prozesse weisen jeweils z.T. beachtliche regionale Besonderheiten auf, die im Folgenden skizziert werden sollen.

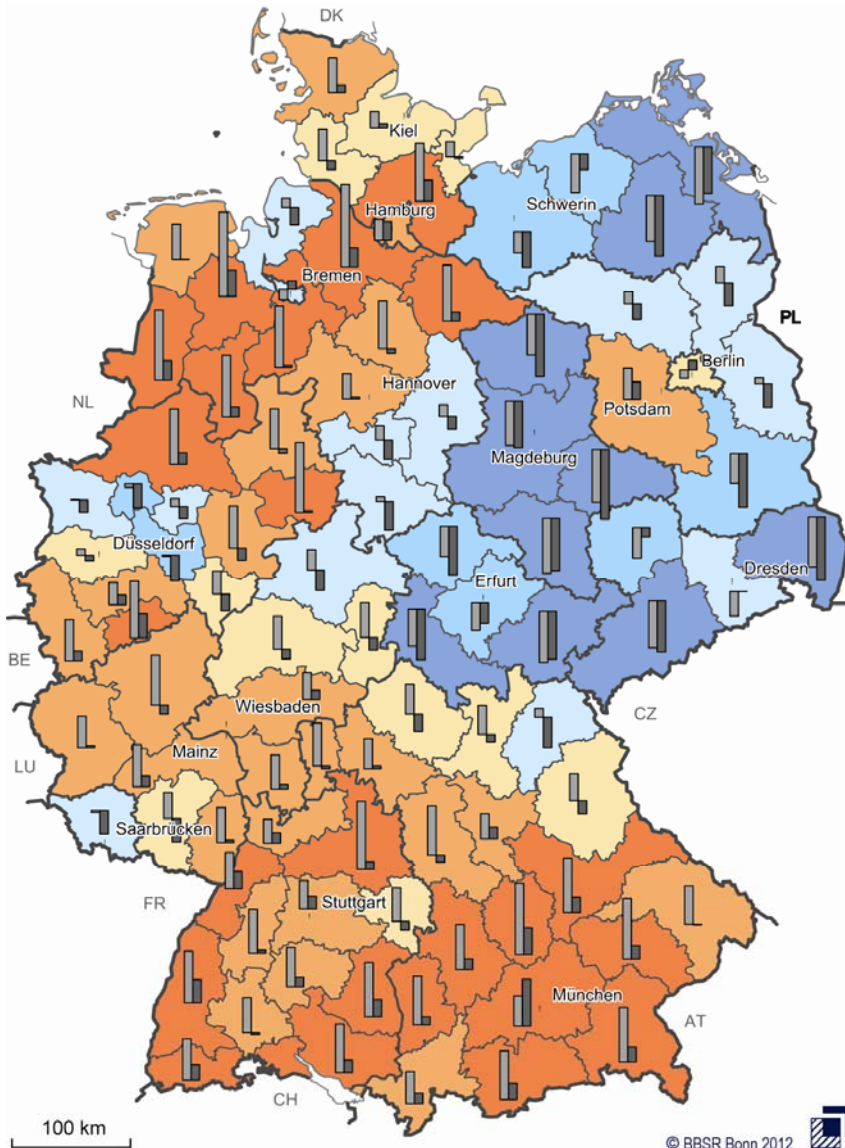
2.1 Regionale Unterschiede im quantitativen Niveau der Bevölkerungsentwicklung

Die demografische Entwicklung der Regionen in Deutschland wird immer stärker von Schrumpfungsprozessen geprägt. Erlebte Deutschland im Zeitraum 1990 bis 2000 noch einen Bevölkerungszuwachs von 3,1%, so kehrte sich diese Dynamik in den Jahren 2000 bis 2009 deutschlandweit in Bevölkerungsverluste von -0,6% um (vgl. Tab. 1).

Regionstypen	Bevölkerungsentwicklung im Zeitraum ... (in %)		
	1990-2000	2000-2009	1990-2009
Alte Länder	5,6	0,6	6,2
Agglomerationsräume	4,2	1,0	5,2
Verstädterte Räume	7,2	0,2	7,4
Ländliche Räume	7,5	0,0	7,5
Neue Länder, inkl. Berlin	-5,2	-4,9	-9,9
Agglomerationsräume	-0,8	0,9	0,2
Verstädterte Räume	-8,4	-8,4	-16,1
Ländliche Räume	-7,7	-10,1	-17,0
Deutschland	3,1	-0,6	2,6

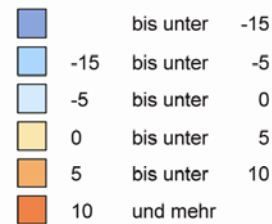
Quelle: Laufende Raumbearbeitung des BBSR, eigene Berechnungen

Tabelle 1: Regionale Trends der Bevölkerungsentwicklung 1990 bis 2009

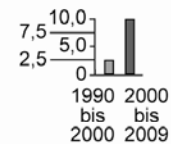


Bevölkerungsentwicklung

Veränderung der Bevölkerungszahl im Zeitraum 1990 bis 2009 (in %)



Veränderung der Bevölkerungszahl im Zeitraum ... bis ... (in %)



Datenbasis: Laufende Raumbearbeitung des BBSR
 Geometrische Grundlage: BKG, BBSR Raumordnungsregionen, 31.12.2009

Karte 1: Regionale Trends der Bevölkerungsentwicklung 1990 bis 2009

Bislang wurde diese ungünstige demografische Entwicklung vor allem von den ostdeutschen Regionen getragen, die seit 1990 durchgängig Bevölkerungsverluste zu verkraften hatten. Die westdeutschen Regionen erlebten dagegen einen kontinuierlichen Rückgang ihrer Zuwachsraten, so dass sie im Zeitraum von 2000 bis 2009 nur noch ein minimales Wachstum von 0,6% realisierten.

Sowohl in den alten als auch in den neuen Ländern weist die demografische Entwicklung typische siedlungsspezifische Besonderheiten auf. Während die ostdeutschen Regionen außerhalb der Agglomerationsräume durchgängig überdurchschnittlich starke Bevölkerungsverluste realisierten, wiesen diese Räume in den alten Ländern zumindest bis 2000 eine wesentlich günstigere Entwicklung als die Agglomerationsräume auf. Seit 2000 realisieren aber auch die westdeutschen Regionen außerhalb der Agglomerationsräume gegenüber den Agglomerationsräumen eine etwas ungünstigere Entwicklung, wobei es sich hier aber immer noch um minimale Zuwächse handelt.

Auf der Ebene der Raumordnungsregionen gestaltet sich diese Entwicklung noch wesentlich differenzierter. Während die ostdeutschen Regionen Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg, Oberlausitz-Niederschlesien, Halle/Salle, Mecklenburgische Seenplatte und die Region Altmark von 1990 bis 2009 Bevölkerungsverluste von über 18% realisierten, wiesen die westdeutschen Regionen Ingolstadt, Hamburg-Umland-Süd und Oldenburg Zuwächse von über 18% auf (vgl. Karte 1). Der Trend zu einer ungünstigeren demografischen Entwicklung, also zu immer stärker um sich greifenden Bevölkerungsverlusten, zeigt sich dabei auch auf der Ebene der Raumordnungsregionen, in Ost und West. Während im Zeitraum 1990 bis 2000 nur 22 Raumordnungsregionen von Bevölkerungsverlusten betroffen waren (darunter vier westdeutsche), waren es im Zeitraum 2000 bis 2009 bereits 49 (darunter 30 westdeutsche). Die demografische Schrumpfung erfasst damit deutschlandweit immer mehr Regionen.

2.2 Regionale Unterschiede in der demografischen Alterung

Die demografische Alterung, hier gemessen am Anstieg des Durchschnittsalters der Bevölkerung, ist ein bundesweiter Trend. Von 1990 bis 2009 erhöhte sich das Durchschnittsalter der Bevölkerung in Deutschland um 4,1 Jahre, wobei sich die Intensität dieses Prozesses sogar verstärkte (vgl. Tab. 2). Stieg das Durchschnittsalter von 1990 bis 2000 deutschlandweit um 1,8 Jahre, so waren es im Zeitraum 2000 bis 2009 schon 2,3 Jahre.

Die Intensität dieses Alterungsprozesses war im Zeitraum 1990 bis 2009 in den neuen Ländern wesentlich höher als in den alten. Die an sich vorteilhafte Ausgangssituation der ostdeutschen Regionen, die noch Anfang der 1990er Jahre eine deutlich jüngere Bevölkerung hatte, ist ihnen relativ kurzfristig verloren gegangen. Schon im Jahre 2000 war die ostdeutsche Bevölkerung mit 41,9 Jahren im Schnitt 0,8 Jahre älter als die westdeutsche. Bis 2009 stieg diese Differenz auf 1,7 Jahre an.

Für diese hohe Intensität der demografischen Alterung in den neuen Ländern gibt es mehrere Ursachen:

- ein historisch einmaliger Geburteneinbruch zu Beginn der 1990er Jahre;
- starke und anhaltende selektive Binnenwanderungsverluste und
- der kontinuierliche Anstieg der Lebenserwartung.

Auch in den alten Ländern stieg das Durchschnittsalter der Bevölkerung aufgrund des niedrigen Geburtenniveaus, das den Ersatz der Elterngeneration auch dort schon lange nicht mehr sichert, sowie infolge der steigenden Lebenserwartung. Allerdings wirken dort die selektiven und andauernden Wanderungsgewinne aus den neuen Ländern mildernd auf die Intensität der demografischen Alterung. Gleiches gilt für die Wanderungsgewinne gegenüber dem Ausland, von denen vor allem die alten, aber auch die neuen Länder von 1990 bis 2009 meist profitierten. Von daher werden Wanderungsgewinne im Kontext dieses Beitrages auch als vorteilhaft für die demografische Entwicklung einer Region bewertet und vice versa.

Auf der Ebene der Regionstypen zeigt sich in Ost und West, dass die demografische Alterung vor allem in den Regionen außerhalb der Agglomerationsräume besonders stark ausgeprägt ist. Am intensivsten gestaltete sich diese Dynamik in den ostdeutschen ländlichen Räumen, in denen sich das Durchschnittsalter von 37,1 Jahren auf 45,9 Jahre erhöhte. Lebte 1990 in diesen Räumen noch die „jüngste“ Bevölkerung, so liegt das Durchschnittsalter hier nun weit über dem gesamtdeutschen Durchschnitt (43,4 Jahre), was vor allem eine Folge des niedrigen Geburtenniveaus und hoher Wanderungsverluste ist. Von daher wird im Folgenden eine hohe Intensität der demografischen Alterung auch als eher ungünstig für die demografische Entwicklung der betroffenen Regionen gewertet, weil sich ihre demografische Situation durch diese

Regionstypen	Durchschnittsalter der Bevölkerung (in Jahren)			Anstieg des Durchschnittsalters im Zeitraum ... (in Jahren)		
	1990	2000	2009	1990- 2000	2000- 2009	1990- 2009
Alte Länder	39,6	40,8	43,0	1,2	2,1	3,4
Agglomerationsräume	40,1	41,2	43,1	1,2	1,8	3,0
Verstädterte Räume	39,0	40,3	42,8	1,3	2,4	3,7
Ländliche Räume	39,2	40,6	43,2	1,3	2,6	3,9
Neue Länder, inkl. Berlin	38,3	41,9	45,1	3,6	3,2	6,8
Agglomerationsräume	38,7	41,5	43,8	2,7	2,4	5,1
Verstädterte Räume	38,6	42,6	46,2	4,0	3,6	7,6
Ländliche Räume	37,1	41,5	45,9	4,4	4,4	8,8
Deutschland	39,3	41,1	43,4	1,8	2,3	4,1

Quelle: Laufende Raumberechnung des BBSR, eigene Berechnungen

Tabelle 2: Regionale Trends der demografischen Alterung 1990 bis 2009

Prozesse spürbar verschlechtert und vice versa.

Angesichts des starken Geburteneinbruchs zu Anfang der 1990er Jahre und langfristig hoher Binnenwanderungsverluste verwundert es nicht, dass es vor allem die ostdeutschen Raumordnungsregionen außerhalb der Agglomerationsräume sind, die die höchste Intensität der demografischen Alterung aufweisen (vgl. Karte 2). Entsprechend lag das Durchschnittsalter in den Regionen Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg, Südsachsen und Oberlausitz-Niederschlesien 2009 bereits über 46,5 Jahren. In den Regionen Mecklenburgische Seenplatte, Vorpommern, Uckermark-Barnim, Oderland-Spree und Mittleres Mecklenburg/Rostock stieg das Durchschnittsalter der Bevölkerung seit 1990 sogar um mehr als neun Jahre. Von solch hohen Werten sind die westdeutschen Regionen noch weit entfernt. Dort gibt es bislang nur vier Regionen mit einem Durchschnittsalter der Bevölkerung von über 44,5 Jahren (Schleswig-Holstein Ost, Saar, Oberfranken-Ost, Hildesheim). Die Regionen Münster, Ingolstadt, Paderborn, Donau-Iller (BW) und Emsland realisierten 2009 dagegen noch immer Werte von unter 41,5 Jahren. Während die Region Emsland mit einem Anstieg von 5,0 Jahren den stärksten Anstieg des Durchschnittsalters erlebte, realisierte Hamburg mit +0,6 Jahren den geringsten Zuwachs.

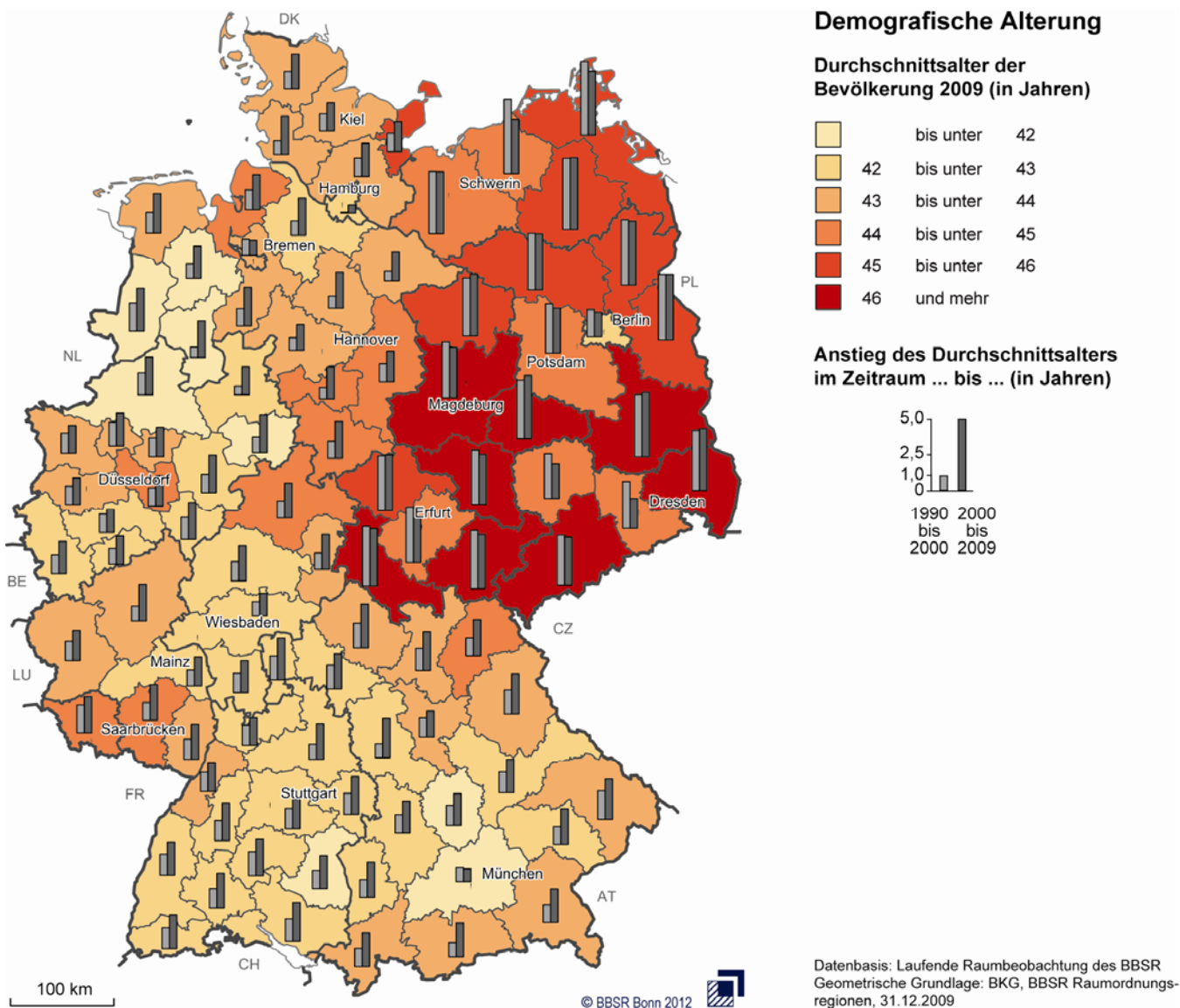
Trotz der geringeren Intensität der demografischen Alterung findet sich also auch im Westen keine Region, die im Zeitraum 1990 bis 2009 vom Prozess der demografischen Alterung verschont geblieben wäre.

2.3 Regionale Unterschiede im Internationalisierungsgrad der Bevölkerung

In Deutschland leben im Ergebnis der kontinuierlichen Zuwanderungen aus dem Ausland inzwischen mehr als 16 Millionen Personen mit Migrationshintergrund. Ihre Integration in unsere Gesellschaft bleibt eine große Herausforderung (INTEGRATIONSBEAUFTRAGTE 2011), weil das Ziel der gleichen Teilhabe für sie in vielen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens noch nicht erreicht ist, auch wenn die Entwicklung in die richtige Richtung geht.

Da die Integration der Bevölkerung mit Migrationshintergrund immer regional konkret realisiert werden muss und nicht alle Regionen gleichermaßen mit dieser Aufgabe konfrontiert sind, sollen im Folgenden die regionalen Spezifika der Verteilung dieses Personenkreises dargestellt werden.

Im regionalen Kontext ergibt sich dabei das Problem, dass sich

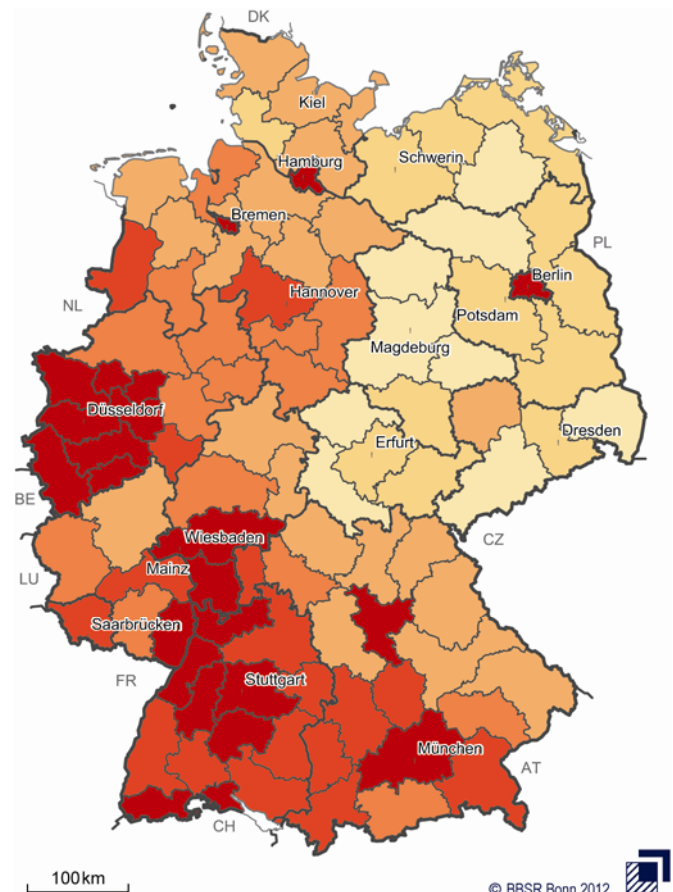


Karte 2: Regionale Trends der demografischen Alterung 1990 bis 2009

dieser Personenkreis über die bislang in der amtlichen Statistik gebräuchliche Abgrenzung über die Staatsangehörigkeit nicht adäquat widerspiegeln lässt. So besitzen inzwischen viele der Zugewanderten die deutsche Staatsangehörigkeit, weil sie beispielsweise von der Möglichkeit der Einbürgerung Gebrauch gemacht haben oder Spätaussiedler sind. In Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein haben entsprechend bereits mehr als 50% der Personen mit Migrationshintergrund einen deutschen Pass (IntMK 2011 S. 19). Eine Fokussierung allein auf die ausländische Bevölkerung ist angesichts dieser Zahlen problematisch, weil sie den Stand der Integration nur unzureichend beschreiben kann.

Die umfassende Definition des Migrationshintergrundes lässt sich nur für Indikatoren des Mikrozensus nutzen, dessen Ergebnisse zudem nur begrenzt regionalisierbar sind. Aufgrund seiner komplexen Definition ist eine komplette Übertragung des Mikrozensuskonzeptes „Personen mit Migrationshintergrund“ auf andere Statistiken zudem nicht übertragbar. Daher soll hier, mit Blick auf die Datenrestriktionen, trotz der zuvor geäußerten Bedenken auf die ausländische Bevölkerung zurückgegriffen werden, um die Besonderheiten ihrer regionalen Verteilung zu quantifizieren. Für dieses Vorgehen spricht u.a., dass man von einer hohen Korrelation der zwei Indikatoren „Bevölkerungsanteil der Personen mit Migrationshintergrund“ bzw. „Bevölkerungsanteil der Ausländer“ ausgehen kann. Im Rahmen dieser Analyse soll es zudem ja weniger um eine genaue Beschreibung des Standes der Integration, als vielmehr um eine Darstellung der regional differenzierten Integrationsherausforderungen gehen. Für diesen Zweck sollte auch eine Analyse der Regionalstruktur des Ausländeranteils plausible Informationen liefern.

Die Integrationsherausforderungen verteilen sich sehr unterschiedlich auf die Regionen in Deutschland (vgl. Karte 3). Im Jahr 2009 lag der Ausländeranteil in den alten Ländern mit 9,7% immer noch doppelt so hoch wie in den neuen Ländern. Im Zeitraum von 1995 bis 2009 hat sich in den neuen Ländern der Ausländeranteil zwar deutlich erhöht, was zeigt, dass auch die neuen Länder immer stärker mit der Herausforderung der Integrationsarbeit konfrontiert werden. Der Großteil dieser Integrationsarbeit muss allerdings in Berlin geleistet werden, wo der Ausländeranteil 2009 bei 13,7% lag. Unter den übrigen ostdeutschen Regionen weist Westsachsen mit 4,0% den höchsten Ausländeranteil auf.



Internationalisierungsgrad

Anteil der ausländischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung 2009 (in %)

■	bis unter	2
■	2	bis unter 4
■	4	bis unter 6
■	6	bis unter 8
■	8	bis unter 10
■	10	und mehr

Datenbasis: Laufende Raumbbeobachtung des BBSR Geometrische Grundlage: BKG, BBSR Raumordnungsregionen, 31.12.2009

Quelle: Lfd. Raumbbeobachtung des BBSR, eigene Berechnungen
Karte 3: Regionale Verteilungsmuster der ausländischen Bevölkerung, 1995 bis 2009

Regionstypen	Bevölkerungsanteil der Ausländer (in %)			Bevölkerungszahl der Ausländer (in 1000)		
	1995	2000	2009	1995	2000	2009
Alte Länder	10,4	10,1	9,7	6673,6	6544,0	6350,6
Agglomerationsräume	12,9	12,5	11,9	4456,8	4356,1	4192,3
Verstädterte Räume	8,0	7,7	7,5	1835,9	1804,0	1757,8
Ländliche Räume	5,8	5,7	5,9	380,9	383,9	400,5
Neue Länder, inkl. Berlin	3,8	4,2	4,8	669,1	723,5	780,3
Agglomerationsräume	7,2	7,6	8,2	516,1	541,6	593,0
Verstädterte Räume	1,5	1,9	2,1	94,4	113,3	117,1
Ländliche Räume	1,4	1,7	1,9	58,5	68,7	70,3
Deutschland	9,0	8,8	8,7	7342,7	7267,6	7130,9

Quelle: Laufende Raumbbeobachtung des BBSR, eigene Berechnungen

Tabelle 3: Regionale Verteilungsmuster der ausländischen Bevölkerung, 1995 bis 2009

Sowohl in den alten als auch in den neuen Ländern wird deutlich, dass die ausländische Bevölkerung die höher verdichteten Regionen als Wohn- und Arbeitsort stärker bevorzugt. Je niedriger die Einwohnerdichte, also je ländlicher und peripherer eine Region geprägt ist, desto niedriger ist ihr Ausländeranteil. In den neuen Ländern gestalten sich die Stadt-Land-Unterschiede dabei besonders stark. Während in den westdeutschen Agglomerationsräumen der Ausländeranteil nur doppelt so hoch wie in den ländlichen Räumen ausfällt, beträgt dieser Unterschied in den neuen Ländern mehr als das Vierfache.

In diesen Strukturen zeigt sich, dass Regionen mit einem geringen Verdichtungsgrad für die ausländische Bevölkerung kaum attraktiv sind. Vermutlich hat dies auch damit zu tun, dass es für sie dort schwieriger ist geeignete Arbeitsplätze zu finden. Sie werden dort zudem stärker mit konservativen/traditionellen Vorurteilen konfrontiert, was es ihnen schwer macht ihre eigene Kultur zu leben. Da die niedrigen Dichtewerte aber ein Spezifikum der ostdeutschen Siedlungsstruktur sind, ist der flächendeckend niedrige Ausländeranteil hier durchaus plausibel. Hinzu kommt, dass viele ostdeutsche Regionen noch immer besonders strukturschwach sind (MARETZKE 2009). Das macht sie für Ausländer eher unattraktiv, weil sie in einem solchen Umfeld nur schwer Fuß fassen können.

Der Blick auf die Raumordnungsregionen verdeutlicht das prägende West-Ost-Gefälle beim Ausländeranteil. Während in den ostdeutschen Regionen Altmark, Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg, Nordthüringen, Magdeburg, Prignitz-Oberhavel, Mecklenburgische Seenplatte, Oberlausitz-Niederschlesien, Südthüringen und Südsachsen der Ausländeranteil nicht einmal zwei Prozent erreicht, erreichen die westdeutschen Regionen Unterer Neckar, Rhein-Main, Stuttgart, München und Berlin Anteilswerte von mindestens 13,5%. Das für diese Regionen die Gewährleistung einer erfolgreichen Integration ihrer Personen mit Migrationshintergrund eine besondere Herausforderung darstellt, liegt auf der Hand.

2.4 Regionale Disproportionen in der Geschlechterstruktur

Aus dem natürlichen Geschlechterverhältnis der Bevölkerung von ca. 106 männlichen auf 100 weibliche Geburten leitet sich eigentlich ein Männerüberschuss in der Bevölkerung ab. Als direkte Folge zweier Weltkriege, deren Spuren sich noch immer deutlich in der Alters- und Geschlechterstruktur der Bevölkerung zeigen, lebten Ende 2009 in Deutschland noch immer mehr Frauen als Männer. 51% der insgesamt 81,8 Millionen Einwohner waren weiblich. In dem Maße aber, wie sich die Wirkungen der zwei Weltkriege auf die Geschlechterstruktur der Bevölkerung verlieren, lässt sich auch eine Normalisierung der Geschlechterproportionen beobachten. Entsprechend weisen die jüngeren Altersgruppen die höchsten Männerüberschüsse auf. Kamen 1991 noch 1 067 Frauen auf 1 000 Männer, so waren es 2009 nur noch 1 040 Frauen. Dieser Trend zur Angleichung beim Geschlechterverhältnis resultiert auch aus der anhaltend höheren Lebenserwartung der Frauen.

Aus demografischer Sicht ist vor allem die Altersgruppe der 18-49-Jährigen interessant, weil in dieser Altersspanne die meisten Kinder geboren werden. Regionen, die hier einen höheren Frauenanteil aufweisen, können bei gleichem Geburtenniveau mehr Geburten erwarten als Regionen, in denen der Anteil der 18-49-jährigen Frauen niedriger liegt. Auch in dieser Altersgruppe zeigt sich eine Angleichung des Geschlechterverhältnisses (vgl. Tab. 4). Zeigte sich im Jahr 1990 noch ein Defizit von 4,9 Frauen je

100 Männer, so verringerte sich dieser Wert bis 2009 auf 3,5. Auch hier zeigen sich starke Ost-West-Unterschiede. Lag das Frauendefizit 1990 in den neuen Ländern noch bei 3,4 (alte Länder 5,3), so erhöhte es sich bis 2009 auf 8,1 (alte Länder 2,3). Der starken Zunahme der Geschlechterdisproportionen im Osten stand damit eine deutliche Verringerung dieser Defizite im Westen gegenüber.

Regionstypen	Defizit der Frauen je 100 Männer der Altersgruppe 18-49 Jahre		
	1990	2000	2009
Alte Länder	-5,3	-3,5	-2,3
Agglomerationsräume	-4,2	-2,9	-1,8
Verstädterte Räume	-6,4	-4,2	-2,7
Ländliche Räume	-7,2	-4,3	-3,5
Neue Länder, inkl. Berlin	-3,4	-7,8	-8,1
Agglomerationsräume	-3,5	-6,6	-5,4
Verstädterte Räume	-2,3	-8,0	-10,0
Ländliche Räume	-5,0	-9,7	-11,3
Deutschland	-4,9	-4,5	-3,5

Quelle: Laufende Raumberechnung des BBSR, eigene Berechnungen

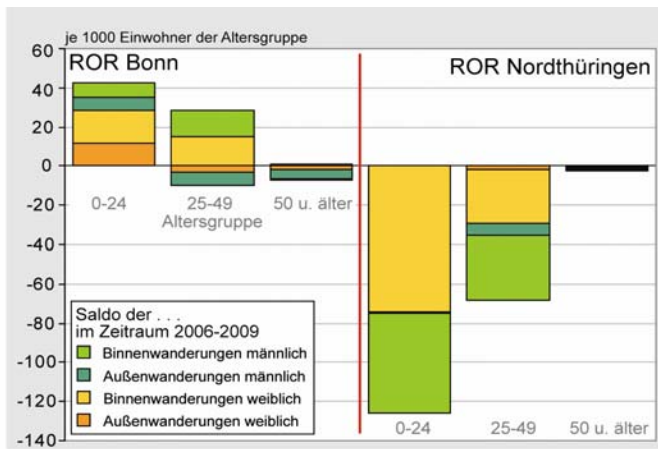
Tabelle 4: Regionale Disproportionen in der Geschlechterstruktur, 1990 bis 2009

In Ost wie in West zeigt sich, dass die Frauendefizite dieser Altersgruppe in den Regionen außerhalb der Agglomerationsräume am größten sind. Die vorteilhafte Situation vieler ostdeutscher Regionen zu Beginn der 1990er Jahre, im Sinne eines niedrigen Frauendefizits, ist somit schnell verloren gegangen. Inzwischen findet man für diese Altersgruppe in den neuen Ländern die höchsten Frauendefizite. Mit Defizitwerten von über 10 Frauen je 100 Männer sind vor allem die Regionen außerhalb der ostdeutschen Agglomerationsräume betroffen.

Der Blick auf die Raumordnungsregionen zeigt, dass vor allem die ostdeutschen Regionen eine starke Zunahme dieser Frauendefizite erlebten. Wiesen die ostdeutschen Regionen 1990 bei diesem Indikator eher eine vorteilhafte Situation auf, so liegen sie nun mehrheitlich am Ende der Werteskala, mit einem Mindestdefizitwert von 7,7. Nur die Regionen Havelland-Fläming und Berlin konnten zumindest einige westdeutsche Regionen hinter sich lassen. Bundesweit hatten 2009 in dieser Altersgruppe die ostdeutschen Regionen Altmark, Oberlausitz-Niederschlesien, Süd- und Nordthüringen die höchsten Frauendefizite zu verzeichnen (>12,2). Die westdeutschen Regionen Bonn, Oberland, Köln, Hochrhein-Bodensee und Südlicher Oberrhein konnten ihre Frauendefizite dagegen kontinuierlich abbauen und realisierten 2009 bereits leichte Frauenüberschüsse (> +0,5 Frauen je 100 Männer). Letztendlich standen 2009 zehn westdeutschen Regionen mit Frauenüberschüssen zehn ostdeutsche mit Frauendefiziten (>10) gegenüber.

Diese extremen Veränderungen in der Geschlechterstruktur der o.g. Regionen lassen sich nicht allein aus der Sterblichkeitsentwicklung, altersstrukturellen Veränderungen bzw. dem Wirken des natürlichen Geschlechterverhältnisses erklären. Diese Entwicklungen sind vor allem eine Folge selektiver Migrationsprozesse, von denen diese Regionen jahrelang besonders betroffen waren und an denen sich jüngere Frauen stärker beteiligten.

Die Wanderungsbilanzen der Regionen Bonn und Nordthüringen (vgl. Abb. 2), die 2009 die regionalen Extremwerte des Geschlechterverhältnisses der 18-49-Jährigen repräsentierten, zeigen, dass diese Regionen in den letzten Jahren sehr unterschiedlich an den Binnen- und Außenwanderungen beteiligt waren.



Quelle: Laufende Raumbewertung des BBSR, eigene Berechnungen

Abbildung 2: Saldo der Wanderungen ausgewählter Raumordnungsregionen im Zeitraum 2006-2009

2.5 Regionale Strukturen der selektiv wirkenden Wanderungsprozesse

Die regionalen Wirkungen der Wanderungen entfalten sich aus dem Zusammenspiel der Binnen- und Außenwanderungen, die sich sehr unterschiedlich auf die demografische Entwicklung auswirken. Während sich einzig die Außenwanderungen verändernd auf die Bevölkerungszahl Deutschlands auswirken, können sich im regionalen Kontext sowohl aus den Binnen- als auch aus den Außenwanderungen z.T. enorme Veränderungen der Bevölkerungszahl bzw. ihrer Alters- und Geschlechterstruktur ergeben.

Weil das Auswertungsspektrum bei den Wanderungen so vielfältig ist (vgl. Tab. 5), sollen die Wirkungen der Außen- und Binnenwanderungen hier nur skizziert und die Auswirkungen dieser Wanderungen auf die Regionen über die Wanderungen insgesamt diskutiert werden.

Die Außenwanderungen hatten im Zeitraum 2006 – 2009 keinen Einfluss auf die Bevölkerungszahl Deutschlands, da sich die Wanderungen in diesem Zeitraum per Saldo ausgeglichen gestalteten. Differenziert nach dem Geschlecht sieht dies etwas anders aus. Leichten Wanderungsgewinnen bei den Frauen stehen geringe Wanderungsverluste der Männer gegenüber. Auf der Ebene der alten und neuen Länder zeigt sich, dass die neuen Länder eine etwas günstigere Wanderungsbilanz als die alten Länder realisierten, wobei sich die Wanderungsbilanz der 0-24-Jährigen flächendeckend günstiger als bei den älteren gestaltete. Während in den alten Ländern die Regionen außerhalb der Agglomerationsräume von den Außenwanderungen profitierten, waren es in den neuen Ländern nur die Agglomerationsräume. Die Frauen wiesen flächendeckend in allen Altersgruppen eine etwas günstigere Wanderungsbilanz als die Männer auf.

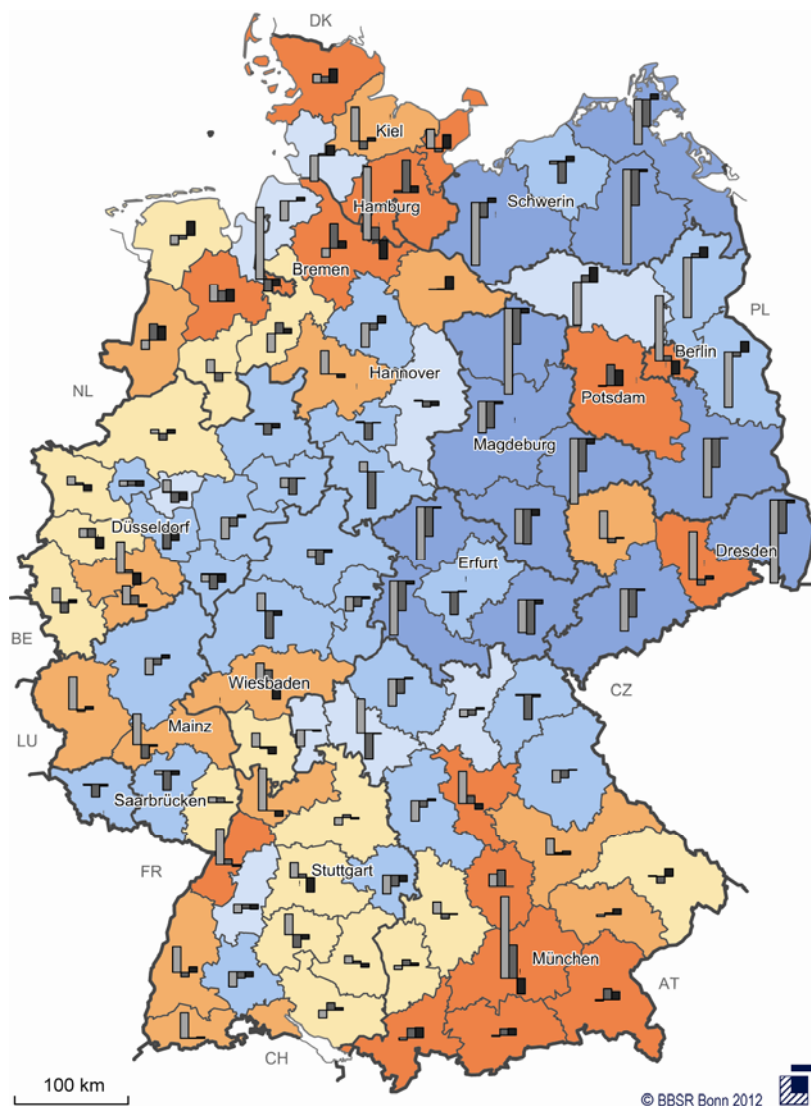
Bei den Binnenwanderungen zeigen sich noch immer sehr starke Ost-West-Disparitäten. Im Zeitraum 2006-2009 verlegten per Sal-

do 9,6 Ostdeutsche je 1000 Einwohner ihren Wohnsitz in den Westen. Die jüngeren Altersgruppen waren an diesen Abwanderungen deutlich stärker beteiligt als die älteren. Die ostdeutschen Wanderungsverluste gingen vor allem zu Lasten der ländlichen Räume. Die jüngeren Altersgruppen, die an diesen Wanderungen relativ stärker beteiligt waren, suchten sich ihren neuen Wohnstandort hauptsächlich in den ost- und westdeutschen Agglomerationsräumen. Per Saldo weisen die Regionen außerhalb der Agglomerationsräume in West, vor allem aber in Ost höchste Wanderungsverluste auf. Je jünger dabei die Altersgruppe ist, desto stärker fallen diese Verluste aus, was bei den jüngeren Frauen besonders auffällig ist.

Im Ergebnis des Zusammenspiels der Binnen- und Außenwanderungen gehen die Wanderungen vor allem zu Lasten der neuen Länder, die bei den unter 50-Jährigen hohe Wanderungsverluste realisieren. Die alten Länder weisen nur bei den über 49-Jährigen leichte Wanderungsverluste auf. Während in den neuen Ländern auf der Ebene der Regionstypen die Regionen außerhalb der Agglomerationsräume meist die höchsten Wanderungsverluste aufweisen, ist das regionale Muster der Wanderungsbilanzen in den alten Ländern weniger eindeutig. Einerseits zeigt sich dort bei den 0-24-Jährigen mit zunehmendem Verdichtungsgrad eine Verbesserung der Wanderungsbilanz. Andererseits ist bei den über 49-Jährigen genau das Gegenteil der Fall. Die über 49-Jährigen realisieren im Gegensatz zu den Agglomerationsräumen deutliche Wanderungsgewinne. In Ost und West ist vor allem die Wanderungsbilanz der 0-24-jährigen Frauen auffällig. Deren Wanderungsgewinne sind jeweils stärker auf die Agglomerationsräume konzentriert, während die agglomerationsfernen Regionen im Vergleich zu den Männern deutlich höhere Verluste aufweisen. Frauen sind in ihrem Wanderungsverhalten also stärker auf hoch verdichtete Regionen konzentriert als die Männer.

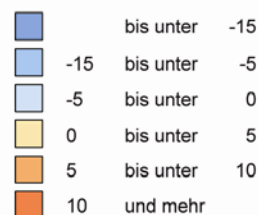
Auf der Ebene der Raumordnungsregionen wird dieses prägende Wanderungsmuster der Ost-West-Disparitäten durch regionale Suburbanisierungsprozesse etwas modifiziert (vgl. Karte 5). Daher kann sich unter den westdeutschen Regionen mit überdurchschnittlich hohen Wanderungsgewinnen, wie München, Hamburg, Schleswig-Holstein Süd und Oldenburg (>15 je 1000 Einwohner) auch die ostdeutsche Region Havelland-Fläming platzieren, die in Randlage zu Berlin vor allem bei den über 24-Jährigen hohe Wanderungsgewinne realisierte. Die Wanderungsgewinne der ostdeutschen Regionen Berlin, Oberes Elbtal/Osterzgebirge und Westsachsen sind dagegen hauptsächlich das Ergebnis hoher Wanderungsgewinne von 0-24-Jährigen. Bei den negativen Extremwerten der Wanderungen im Zeitraum 2006 bis 2009 sind die ostdeutschen Regionen dagegen unter sich. In dreizehn ostdeutschen Regionen liegen die Wanderungsverluste über 17,4 Personen je 1000 Einwohner. Erst dann folgen die Regionen Siegen, Göttingen und Bochum/Hagen, wobei Göttingen aufgrund der dort befindlichen zentralen Aufnahmeeinrichtung ein Sonderfall ist.²

² Für die Bewertung regionaler Binnenwanderungsströme (Wanderungen über Kreisgrenzen innerhalb Deutschlands) stellt die Region Göttingen einen Sonderfall dar, weil sich dort eine große zentrale Aufnahmeeinrichtung befindet. Sie ist in Deutschland für jüdische Emigranten, wie für Spätaussiedler "erste Anlaufadresse", von der aus der Großteil der „Zugezogenen“ meist schon innerhalb einer Woche ihren Wohnort in ein anderes Bundesland verlegt, wobei ihnen das Bundesland und der Wohnort zugewiesen werden.

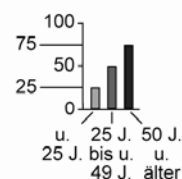


Altersselektivität der Wanderungen

Saldo der Wanderungen insgesamt im Zeitraum 2006-2009 je 1 000 Einwohner



Saldo der Wanderungen insgesamt im Zeitraum 2006-2009 je 1 000 Einwohner der Altersgruppe ...



Datenbasis: Laufende Raumbeobachtung des BBSR
Geometrische Grundlage: BKG, BBSR Raumordnungsregionen, 31.12.2009

Karte 5: Regionalstruktur der Wanderungsbilanz 2006 - 2009

Die ostdeutschen Regionen Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg, Oberlausitz-Niederschlesien, Altmark und Mecklenburgische Seenplatte weisen bundesweit die höchsten Wanderungsverluste auf (> 32,4 je 1000 Einwohner), wobei die 0-24-Jährigen z.T. sogar Werte >100 erreichen.

3. Regionale Cluster der Herausforderungen des demografischen Wandels

Auf Basis der eingangs skizzierten fünf wesentlichen demografischen Herausforderungen für Deutschland wurde auf Ebene der Raumordnungsregionen ein umfangreicher Indikatorenset zusammengestellt, der diese Themen vollständig und differenziert abdeckt. Ziel der Bildung dieser Indikatoren war es, über eine Cluster- und Diskriminanzanalyse eine Typisierung der Regionen in Deutschland nach ihren spezifischen demografischen Herausforderungen vorzunehmen.

Um die Indikatoren auf ein sinnvolles Maß beschränken zu können, wurden zu Beginn aus den vielen möglichen Indikatoren mittels einer Faktorenanalyse fünf unabhängige Faktoren voneinander abgegrenzt, über die sich die wesentlichen demografischen

Herausforderungen darstellen lassen. Allein diese fünf Faktoren erklären 98,4% der Varianz der hier berücksichtigten Indikatoren.

Interessanterweise finden sich die abgegrenzten Herausforderungen relativ eindeutig in den abgegrenzten Faktoren wieder. Einzig das Thema „quantitatives Niveau der Bevölkerungsentwicklung (Wachstum vs. Schrumpfung)“ fand sich nicht in einem eigenen Faktor wieder. Dafür wurden für das Problemfeld „selektive Wirkungen der Wanderungsprozesse“ zwei Faktoren gebildet, die die regionalen Effekte der Binnen- und Außenwanderungen separat berücksichtigen. Offensichtlich unterscheiden sich die Wanderungsbilanzen dieser Wanderungsströme so grundsätzlich, dass die Bildung von zwei Faktoren statistisch angeraten ist. Schaut man sich die für die abgegrenzten Faktoren typischen Korrelationsbeziehungen der zugrunde liegenden Indikatoren an, dann zeigt sich, dass diese Komponenten im Wesentlichen die folgenden Themen widerspiegeln (vgl. Tab. 6):

- Faktor 1: Effekte der Binnenwanderungen
- Faktor 2: Effekte der Außenwanderungen
- Faktor 3: Niveau der Geschlechterdisproportionen
- Faktor 4: Niveau der demografischen Alterung
- Faktor 5: Internationalisierungsgrad der Bevölkerung.

Regionstypen	Saldo der Wanderungen insgesamt je 1000 Einwohner der Altersgruppe ... im Zeitraum 2006 bis 2009				Saldo der Binnenwanderungen je 1000 Einwohner der Altersgruppe ... im Zeitraum 2006 bis 2009				Saldo der Außenwanderungen je 1000 Einwohner der Altersgruppe ... im Zeitraum 2006 bis 2009			
	0-24 Jahre	25-49 Jahre	50 Jahre und älter	Insgesamt	0-24 Jahre	25-49 Jahre	50 Jahre und älter	Insgesamt	0-24 Jahre	25-49 Jahre	50 Jahre und älter	Insgesamt
Alte Länder	14,6	0,1	-4,0	3,0	5,0	3,1	-0,1	2,4	9,5	-3,0	-3,9	-0,1
Agglomerationsräume	25,6	6,0	-9,4	5,2	13,8	10,0	-3,6	5,9	11,8	-4,0	-5,8	-0,7
Verstädterte Räume	5,9	-8,5	0,7	0,0	-2,0	-6,6	2,6	-1,9	7,9	-2,0	-1,9	0,8
Ländliche Räume	-8,9	-1,3	7,5	2,3	-13,2	-0,1	9,0	-0,2	4,4	-1,2	-1,5	0,2
Neue Länder, inkl. Berlin	-12,1	-16,0	-1,9	-8,6	-23,2	-12,2	0,3	-9,6	11,0	-3,8	-2,3	0,2
Agglomerationsräume	42,3	6,1	-1,7	11,9	22,4	11,0	3,4	10,7	19,9	-4,9	-5,1	0,8
Verstädterte Räume	-37,1	-34,9	-2,6	-20,4	-41,8	-31,4	-2,3	-21,1	4,7	-3,4	-0,4	-0,3
Ländliche Räume	-79,8	-33,6	-1,1	-29,8	-83,2	-31,5	-0,8	-30,6	3,4	-2,1	-0,3	-0,1
Deutschland	9,8	-3,2	-3,6	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	9,8	-3,2	-3,6	0,0
	Saldo der weiblichen Wanderungen je 1000 Einwohner der Altersgruppe ... im Zeitraum 2006 bis 2009				Saldo der weiblichen Binnenwanderungen je 1000 Einwohner der Altersgruppe ... im Zeitraum 2006 bis 2009				Saldo der weiblichen Außenwanderungen je 1000 Einwohner der Altersgruppe ... im Zeitraum 2006 bis 2009			
	0-24 Jahre	25-49 Jahre	50 Jahre und älter	Insgesamt	0-24 Jahre	25-49 Jahre	50 Jahre und älter	Insgesamt	0-24 Jahre	25-49 Jahre	50 Jahre und älter	Insgesamt
Alte Länder	16,0	1,7	-2,5	3,6	5,7	2,8	0,0	2,4	10,3	-1,1	-2,5	1,2
Agglomerationsräume	29,2	7,2	-7,1	6,8	16,5	9,2	-3,2	6,0	12,6	-1,9	-3,9	0,8
Verstädterte Räume	5,8	-6,6	1,6	-0,1	-2,8	-6,5	2,5	-2,0	8,7	-0,1	-0,9	1,9
Ländliche Räume	-12,8	1,1	7,5	0,1	-17,8	1,5	8,4	-0,7	4,9	-0,3	-0,9	0,8
Neue Länder, inkl. Berlin	-14,2	-14,2	-1,4	-8,5	-26,1	-11,4	0,0	-9,6	11,9	-2,9	-1,3	1,0
Agglomerationsräume	49,4	5,5	0,7	13,4	27,5	9,3	3,8	11,1	21,9	-3,8	-3,1	2,3
Verstädterte Räume	-45,0	-32,7	-3,2	-21,4	-49,3	-29,9	-3,0	-21,4	4,3	-2,8	-0,2	-0,1
Ländliche Räume	-94,0	-28,1	-2,2	-30,7	-97,3	-27,1	-2,1	-31,0	3,3	-1,0	-0,1	0,4
Deutschland	10,6	-1,5	-2,2	1,2	0,0	0,0	0,0	0,0	10,6	-1,5	-2,2	1,2

Quelle: Laufende Raumberechnung des BBSR, eigene Berechnungen

Tabelle 5: Regionale Unterschiede in der Geschlechterstruktur der Wanderungen, 1990 bis 2009

Indikatoren, die der Faktoranalyse zugrunde liegen	Komponente/Faktortheema				
	1	2	3	4	5
	Binnenwande- rungen	Außenwande- rungen	Geschlechter- disproportion	Demo- grafische Alterung	Inter- nationalisie- rungsgrad
Saldo der Binnenwanderungen 2006-2009 je 1000 Einwohner	,953				
Saldo der Binnenwanderungen der 18-49-Jährigen 2006-2009 je 1000 18-49-Jährige	,898				
Entwicklung der Bevölkerungszahl 2000-2009 (in %)	,843			,477	
Saldo der Außenwanderungen 2006-2009 je 1000 Einwohner		,984			
Saldo der Außenwanderungen der 18-49-Jährigen 2006-2009 je 1000 18-49-Jährige		,970			
Überschuss/Defizit der Frauen je 100 Männer, 2009			,972		
Überschuss/Defizit der 18-49-jährigen Frauen je 100 18-49-jährige Männer, 2009	,475		,595	,587	
Durchschnittsalter der Bevölkerung 2009 (in Jahren)	-,513			-,769	
Bevölkerungsanteil der Ausländer 2009 (in %)	,406				,840

Extraktionsmethode: Hauptkomponentenanalyse / Rotationsmethode: Varimax mit Kaiser-Normalisierung.

^a Die Rotation ist in 5 Iterationen konvergiert.

Tabelle 6: Rotierte Komponentenmatrix^a

Um diese Faktoren für die für die weiteren Analysen vergleichbar zu machen, wurden sie vor der Clusteranalyse über eine z-Transformation³ standardisiert und in ihrer Wertausrichtung vereinheitlicht. So gilt für die Faktoren 1 - 4, dass ein hoher Faktorwert eher geringe, ein niedriger Wert eher große demografische Herausforderungen mit sich bringt. Einzig für den Faktor 5 gilt entsprechend der ausgewiesenen Korrelationsbeziehung, dass aus einem hohen Wert (hoher Ausländeranteil an der Bevölkerung) eher größere Herausforderungen (im Sinne von Integrationsleistungen) resultieren. Deswegen wurde der Faktor 5 mit dem Wert „-1“ multipliziert und damit seine Wertausrichtung gedreht. Nun gilt für alle Faktoren, dass ein hoher Faktorwert für vergleichsweise geringe und ein niedriger Wert für hohe demografische Herausforderungen steht.

Diskussionswürdig ist hier natürlich der Vergleich der Wertausrichtungen der Faktoren „Außenwanderungen“ und „Internationalisierungsgrad“. Während Außenwanderungsgewinne für eine Region günstiger als Außenwanderungsverluste gewertet werden, resultieren aus einem hohen Ausländeranteil größere demografische Herausforderungen als aus einem niedrigen. Der Autor geht davon aus, dass selektive Außenwanderungen für die Zielregionen in der Regel vorteilhafter als für die Quellregionen sind, zumal es sich bei diesen Wanderungen nicht nur um Personen mit Migrationshintergrund handelt.

Da die Teilhabe der zugewanderten Menschen an wichtigen Be-

³ Die der Faktorenanalyse zugrunde liegenden Faktorwerte wurden separat über eine z-Transformation standardisiert. Die resultierende Zufallsvariable weist im Ergebnis jeweils den Erwartungswert Null und die Varianz Eins auf.

reichen des gesellschaftlichen Lebens nach wie vor verbesserungswürdig ist und noch immer große Unterschiede zwischen Migranten und Deutschen bestehen, bringt ein hoher Ausländeranteil auch eine größere Nachfrage nach Integrationsleistungen, also höhere finanzielle Belastungen mit sich. Da diese Entwicklung aber weniger den kontinuierlichen Wanderungsüberschüssen (STATISTISCHES BUNDESAMT 2011) als vielmehr einer bislang unzureichenden Integrationspolitik geschuldet ist (INTEGRATIONSBEAUFTRAGTE 2011), wird die Wertausprägung dieser zwei Faktoren hier so unterschiedlich gehandhabt.

Auf Basis einer Cluster- und Diskriminanzanalyse, der diese fünf Faktoren zugrunde lagen, konnten im weiteren fünf Regionstypen abgegrenzt werden, die die regionalen Besonderheiten demografischer Herausforderungen beschreiben. Tabelle 7 zeigt, durch welche demografischen, wirtschaftlichen und sozialen Merkmale diese Regionstypen im Wesentlichen geprägt werden.

Die wesentlichen Merkmale dieser regionalen Cluster lassen sich wie folgt beschreiben (vgl. Karte 6):

- Dem Cluster 1 gehören 15 westdeutsche Regionen an (vgl. Karte 6). Die Bevölkerung dieser Regionen ist im bundesweiten Vergleich noch relativ jung. Die Regionen weisen bei den 18-49-Jährigen sehr niedrige Frauendefizite sowie einen unterdurchschnittlichen Ausländeranteil auf und realisieren eine relativ ausgeglichene Binnenwanderungsbilanz. An den Außenwanderungen partizipieren sie nur unterdurchschnittlich. Damit sind die demografischen Herausforderungen in diesen Regionen vergleichsweise gering. Das sehr geringe Niveau der Arbeitslosigkeit zeigt, dass diese Regionen äußerst attraktive Arbeits- und Lebensbedingungen aufweisen. Bis 2025 haben diese Regionen nur geringe Bevölkerungs-

verluste zu erwarten.

- Auch das Cluster 2 besteht nur aus westdeutschen Regionen. Die Bevölkerung dieser 32 Regionen weist ein sehr niedriges Durchschnittsalter auf und realisiert bei den Wanderungen und dem Internationalisierungsgrad der Bevölkerung durchschnittliche oder eher günstige Wertausprägungen. Einzig der Faktor Geschlechterdisproportionen weist eine überdurchschnittlich ungünstige Ausprägung auf. Insgesamt bewegen sich für diese Regionen die demografischen Herausforderungen aber noch auf einem relativ niedrigen Niveau. Diese etwas geringer verdichteten Regionen weisen im Vergleich der hier abgegrenzten Cluster das niedrigste Arbeitslosigkeitsniveau auf. In diesen Regionen wird sich bis 2025 die Bevölkerungszahl nur leicht verringern.
- Im Cluster 3 finden sich sieben ost- und vier westdeutsche Regionen. Diese Regionen weisen im Durchschnitt einen etwas geringeren Internationalisierungsgrad der Bevölkerung und eine vergleichsweise günstigere Binnenwanderungsbilanz auf. Andererseits ist die Alterung der Bevölkerung in diesen Regionen schon sehr stark ausgeprägt, woraus hier auch die größten demografischen Herausforderungen resultieren. Die Regionen partizipieren vergleichsweise weniger an den Außenwanderungen und realisieren überdurchschnittlich starke Geschlechterdisproportionen. Zwischen den ost- und westdeutschen Regionen zeigen sich im Detail jedoch spürbare Unterschiede. Die Binnenwanderungsbilanz, wie das Durchschnittsalter der Bevölkerung fallen für die westdeutschen Regionen etwas vorteilhafter aus. Diese Regionen sind meist gering verdichtet. Viele dieser Regionen liegen im Umland größerer Städte. Sie weisen eine niedrige Wirtschaftskraft sowie ein überdurchschnittlich hohes Niveau der Arbeitslosigkeit auf. Bis 2025 wird in diesen Regionen die Bevölkerungszahl minimal steigen.
- Im Cluster 4 finden sich 22 westdeutsche Regionen und Berlin. Der höchste Verdichtungsgrad dieser Regionen und ihre extrem hohe Wirtschaftskraft zeigen, dass es sich hier um Regionen mit sehr leistungsfähigen Zentren handelt. Die markante demografische Herausforderung dieser Regionen

ergibt sich vor allem aus ihrem mit Abstand höchsten Internationalisierungsgrad, wobei auch die Alterung der Bevölkerung bereits stark vorangeschritten ist. Auch die Binnenwanderungsbilanz, wie die Geschlechterdisproportionen gestalten sich etwas günstiger, während die Außenwanderungsbilanz keine Besonderheiten aufweist. Die Bevölkerungszahl dieser Regionen wird sich bis 2025 stabil entwickeln.

- Im Cluster 5 sind 14 ostdeutsche und die westdeutsche Region Westpfalz vereinigt. Die zugehörigen Regionen sind im Durchschnitt äußerst strukturschwach, d.h. sie sind sehr gering verdichtet, weisen die niedrigste Wirtschaftskraft und das höchste Arbeitslosigkeitsniveau auf. Damit handelt es sich um jene Regionen Deutschlands, auf die sich die wirtschaftlichen und sozialen Problemlagen besonders konzentrieren. Diese strukturellen Defizite, wenn sie denn längerfristig wirken, spiegeln sich auch in den demografischen Strukturen und Trends. Entsprechend kann es nicht verwundern, dass sich die demografischen Herausforderungen so stark auf dieses Cluster konzentrieren. Weit überdurchschnittliche Binnenwanderungsverluste und die höchste Intensität der demografischen Alterung, gepaart mit sehr starken Bevölkerungsverlusten prägen die demografische Situation dieser Regionen. Sie weisen zudem die größten Frauendefizite bei den 18-49-Jährigen auf und partizipieren kaum an den Außenwanderungen. Ihr Ausländeranteil liegt weit unter dem Bundesdurchschnitt. Schon heute ist absehbar, dass sich die hohe Intensität der Bevölkerungsverluste in diesen Regionen über das Jahr 2025 hinaus fortsetzen wird.

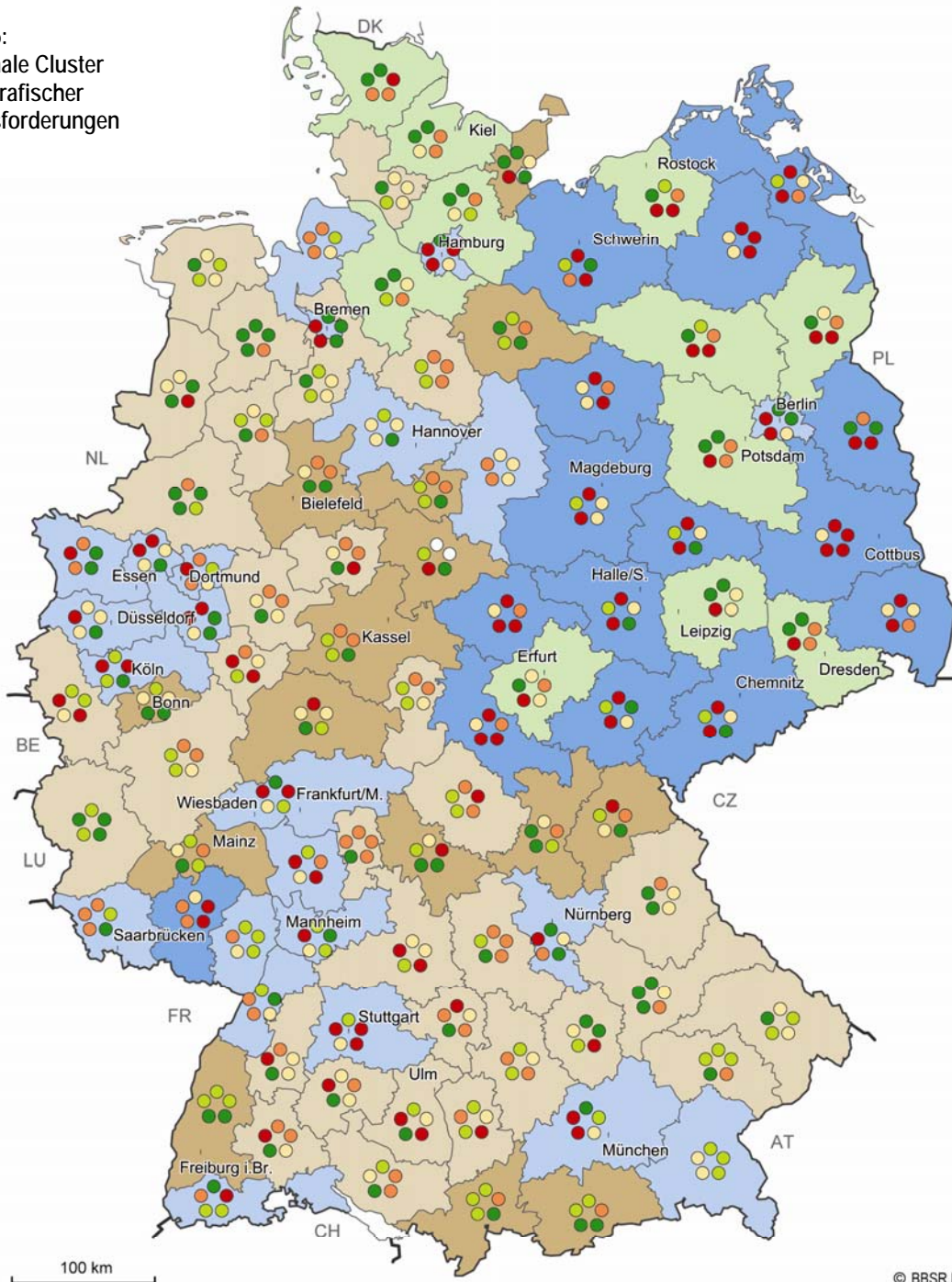
Nachdem bislang gezeigt wurde, welche spezifische Problemlagen die einzelnen Cluster aufweisen, sollen im Folgenden die regionalen Extremwerte demografischer Herausforderungen benannt werden. Die Frage lautet also: „Wo konzentrieren sich die demografischen Herausforderungen und welche Regionen sind vergleichsweise weniger betroffen?“

Da die der Clusteranalyse zugrundeliegenden Faktoren standardisiert vorliegen, sind sie auch direkt miteinander vergleich- und kombinierbar. Entsprechend können über eine Aggregation der einzelnen Faktorwerte auch die Regionen herausgefiltert werden, die von diesen Herausforderungen mehr oder weniger stark

Regionale Cluster	Bruttoinlandsprodukt je Einwohner 2009 (in EUR)	Arbeitslose je 100 abhängige Erwerbspersonen 12/2010	Einwohnerdichte 2009 (Einwohner je km ²)	Saldo der		Defizit der 18-49-jährigen Frauen je 100 18-49-jährige Männer, 2009	Durchschnittsalter der Bevölkerung 2009 (in Jahren)	Ausländeranteil 2009 (in %)	Bevölkerungsentwicklung (in %)	
				Binnenwanderungen	Außenwanderungen				2000-2009	2010-2025
				2006-2009 (je 1000 Einwohner)						
1	56.418	5,9	201	0,2	-1,1	-0,6	43,2	7,4	0,1	-2,5
2	56.864	4,9	169	-2,1	0,8	-3,8	42,4	7,3	0,1	-0,6
3	52.043	9,1	150	8,1	-1,2	-6,1	44,2	3,8	0,7	0,9
4	65.190	7,5	566	6,6	-0,5	-2,0	43,1	12,5	0,8	0,4
5	49.239	10,7	114	-24,6	-0,1	-10,2	46,1	2,3	-9,0	-12,9
Deutschland	59524	7,1	229	0,0	0,0	-3,5	43,4	8,7	-0,6	0,4

Quelle: Laufende Raumbbeobachtung des BBSR, BBR-Bevölkerungsprognose 2005-2025/bbw, eigene Berechnungen
Tabelle 7: Regionale Strukturen der abgegrenzten Cluster

Karte 6:
Regionale Cluster
demografischer
Herausforderungen

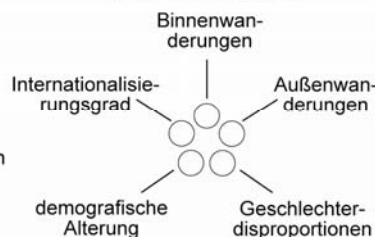


© BBSR Bonn 2012

Regionale Cluster demografischer Herausforderungen und die ihnen zugrunde liegenden Faktorausprägungen*

	1	2	3	4	5	
	o	o	++	+	--	Binnenwanderungen
	-	+	-	o	o	Außenwanderungen
	++	-	-	+	o	Geschlechterdisproportionen
	++	++	--	-	--	demografische Alterung
	+	o	++	--	+	Internationalisierungsgrad

Faktoren, auf deren Grundlage diese Cluster abgegrenzt wurden



Datenbasis: Laufende Raumbeobachtung des BBSR
Geometrische Grundlage: BKG, BBSR Raumordnungsregionen 31.12.2008

Niveau der demografischen Herausforderungen je Faktor

- sehr hoch (- -)
- hoch (-)
- durchschnittlich (o)
- niedrig (+)
- sehr niedrig (++)
- Sonderfall Göttingen**

* Für die Bewertung der Faktoren, die der Clusteranalyse zugrunde liegen, wurden die folgenden Wertungsrichtungen unterstellt. Demografische Herausforderungen resultieren demnach vor allem aus hohen Binnen- und/oder Außenwanderungsverlusten, hohen Frauendefiziten, einer hohen Intensität der demografischen Alterung und/oder einem hohen Internationalisierungsgrad der Bevölkerung. Dagegen bringen hohe Binnen- und/oder Außenwanderungsgewinne, eine ausgeglichene Geschlechterstruktur, eine geringe Intensität der demografischen Alterung und/oder ein hoher Internationalisierungsgrad der Bevölkerung eher geringere demografische Herausforderungen mit sich.

** In der ROR Göttingen befindet sich eine zentrale Aufnahmeeinrichtung. Daher gestalten sich die Binnen- und Außenwanderungen dort besonders.

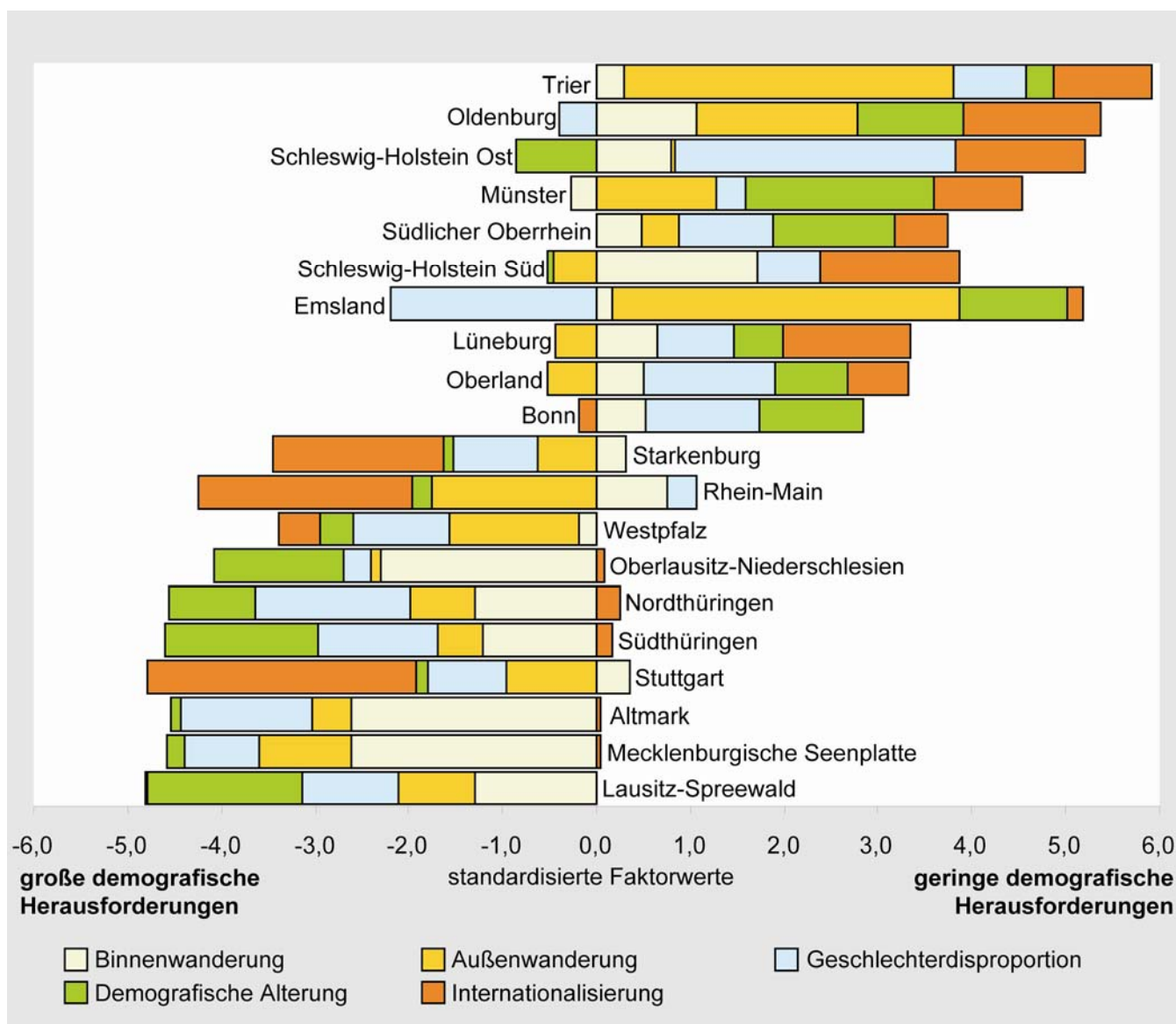
betroffen sind (vgl. Abb. 3).

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, dass sich unter den Regionen mit extrem niedrigen demografischen Herausforderungen nur westdeutsche Regionen befinden. Meist weisen diese nur bei einem der zugrunde liegenden Faktoren ungünstige Wertausprägungen auf (Geschlechterdisproportion, demografische Alterung, Außenwanderung), die durch die günstigen Ausprägungen der anderen Faktorwerte jedoch bei weitem überkompensiert werden. Die Regionen Trier und Südlicher Oberrhein weisen sogar durchgängig Faktorwerte auf, die überdurchschnittlich niedrige demografische Herausforderungen mit sich bringen.

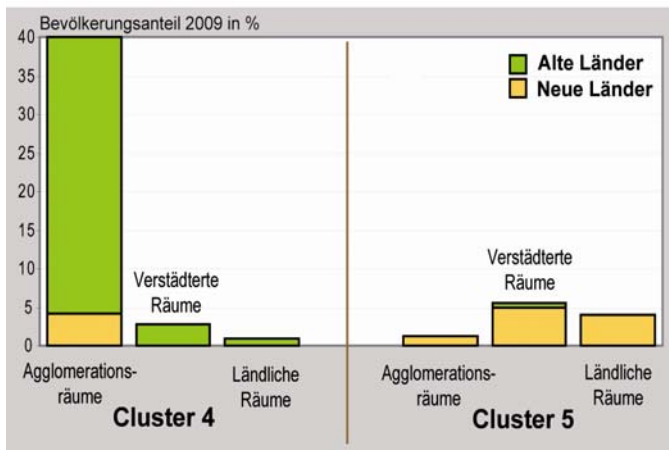
Anders sieht es bei den Regionen aus, auf die sich die demografischen Herausforderungen besonders stark konzentrieren. Hier

finden sich neben vielen ostdeutschen auch einige westdeutsche Regionen. Während sich die Herausforderungen in den westdeutschen Regionen insbesondere aus dem hohen Internationalisierungsgrad der Bevölkerung und starken Außenwanderungsverlusten ableiten, resultieren diese in den ostdeutschen Regionen aus hohen Binnenwanderungsverlusten und der hohen Intensität der demografischen Alterung. Bis auf die Region Rhein-Main weisen all diese Regionen zudem relativ hohe Frauendefizite auf.

Auf regionaler Ebene zeigt sich zudem, dass die wesentliche Herausforderung des Clusters 4 (hoher Internationalisierungsgrad) vor allem westdeutsche Agglomerationsräume betrifft (vgl. Abb. 4), während sich das übrige breite Spektrum an demografischen Herausforderungen vor allem im Cluster 5 bündelt, in dem nahezu ausnahmslos nur ostdeutsche Regionen außerhalb der Agglomerationsräume vertreten sind.



Quelle: Laufende Raubeobachtung des BBSR, eigene Berechnungen
 Abbildung 3: Regionen mit extremen Ausprägungen des Niveaus demografischer Herausforderungen



Quelle: Laufende Raubeobachtung des BBSR, eigene Berechnungen

Abbildung 4: Regionen mit extremen Ausprägungen des Niveaus demografischer Herausforderungen

4. Mögliche Ansatzpunkte für die Ausarbeitung einer Demografie-Strategie

Die zentralen demografischen Herausforderungen leiten sich aus den immer mehr um sich greifenden Schrumpfungsprozessen der Bevölkerungszahl und der hohen Intensität der demografischen Alterung ab. Beide Prozesse sind das Ergebnis des seit über 40 Jahren nicht mehr gesicherten Ersatzes der Elterngeneration, was zwischenzeitlich auch erhebliche Spuren in der Altersstruktur der Bevölkerung hinterlassen hat. Auch wenn einige Experten weniger die Schrumpfung der Bevölkerung als vielmehr deren Alterung als größte Herausforderung der demografischen Entwicklung ansehen (HANDELSBLATT 2003) verdeutlichen die Extremwerte der demografischen Schrumpfung, dass für viele, meist ostdeutsche Regionen auch der Bevölkerungsrückgang äußerst problematisch ist.

Angesichts dieser regionalen Konzentration demografischer Problemlagen sollte eine Demografie-Strategie daher auch eine Antwort auf die grundsätzliche Frage liefern, ob sie mit ihrem Maßnahmenpaket überhaupt an der Beseitigung der Ursachen demografischer Schrumpfung und Alterung ansetzen, also eine Steigerung des Geburtenniveaus erreichen will, oder ob es künftig nur um eine Anpassung an die sich absehbar weiter verändernden demografischen Strukturen und Trends geht. Bei einem Verzicht auf das Ziel der langfristigen Sicherung des Ersatzes der Elterngeneration bliebe der Politik nur die Anpassung als Handlungsfeld.

Aber selbst wenn sich die Politik im Rahmen einer Demografie-Strategie eine Steigerung des Geburtenniveaus zum Ziel setzen würde, brächte dieses Vorgehen kurzfristig keine demografischen Effekte und nur langfristig eine Entlastung der sozialen Sicherungssysteme. Für die Absicherung von langfristigem wirtschaftlichen Wachstums bleibt das zukünftige Humankapital damit entscheidend. Weitere Reformen unserer Sozialversicherung behalten höchste Priorität (B. BERKEL, A. BÖRSCH-SUPAN, J. WINTER 2002). Die Anpassung an die demografischen Strukturen und Trends ist und bleibt damit ein dringendes Gebot der Stunde, insbesondere in den Regionen, auf die sich die Herausforderungen besonders konzentrieren.

Ein wichtiges Handlungsfeld der Demografie-Strategie stellt auch eine klare Positionierung zur Ausgestaltung der künftigen Zuwanderungspolitik dar. Aufgrund ihrer Selektivität wirken sich die Wanderungsverflechtungen Deutschlands mit dem Ausland in der Regel stabilisierend auf die demografische Situation der profitierenden Regionen und positiv auf das ansässige Humankapital aus. Aktuelle Analysen zeigen zudem, dass diese Wanderungsgewinne auch zur Steigerung der Wirtschaftskraft beitragen (BOGAL 2007, S. 51f.). So haben die Iren, Engländer und Skandinavier beispielsweise erheblich von der EU-Osterweiterung profitiert, weil zahlreiche gut ausgebildete Arbeitskräfte in ihre Länder kamen, die Wissen und erhöhte Steuereinnahmen mit sich brachten (PENNEKAMP 2010). Auch in Deutschland finden sich einige westdeutsche Regionen, die ihre demografische Situation infolge anhaltender Außenwanderungsgewinne stabilisieren konnten.

Die demografischen Herausforderungen treffen nicht alle Regionen gleichermaßen. Während viele westdeutsche, vor allem die höher verdichteten Regionen mit großen Zentren die Herausforderungen eines hohen Internationalisierungsgrades ihrer Bevölkerung meistern müssen, woraus für sie umfangreiche Anstrengungen zur erfolgreichen Integration der Einwohner mit Migrationshintergrund resultieren, sind es in den neuen Ländern vor allem viele strukturschwache Regionen, auf die sich die demografischen Herausforderungen konzentrieren. Diese Regionen sind meist sehr gering verdichtet und so potenziell schwach, dass sie die höchste Intensität der demografischen Alterung und den überdurchschnittlich starken Bevölkerungsrückgang nur schwer bewältigen können. Im Ergebnis dieser Entwicklung fällt es ihnen zunehmend schwerer, die regionale Daseinsvorsorge sowie leistungsfähige Wirtschafts-, Arbeits- und Wohnungsmärkte abzusichern und ihre Region als Wirtschaftsstandort attraktiv zu halten.

Da diese Regionen die demografischen Herausforderungen nicht allein meistern können, gilt es sie effektiv dabei zu unterstützen und ihre ohnehin begrenzten Potenziale zu aktivieren und zu bündeln. Hier sollte es vor allem um eine Forcierung interkommunaler Kooperation, die Aktivierung bürgerschaftlichen Engagements, die ressortübergreifende Bündelung von Fördermaßnahmen der unterschiedlichsten Ebenen (EU, Bund, Länder ...) und das Finden neuer, innovativer Ansätze gehen, die u.a. mehr Flexibilität und multifunktionale Nutzungen vorhandener Infrastrukturen ermöglichen sollten. Bedeutsame Investitionsentscheidungen mit langjähriger Laufzeit sollten nur noch auf Basis eines verbindlichen Demografie-Checks beschlossen werden.

Letztendlich offenbart die demografische Entwicklung - z.B. in den Regionen des Clusters 5 - einen Trend zur wachsenden räumlichen Ungleichheit zwischen dicht besiedelten Zentralräumen und dünn besiedelten Periphereräumen mit Bevölkerungsschrumpfung. Diese Entwicklung macht es mittelfristig immer schwieriger, die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse für alle Teilräume in Deutschland zu garantieren. Wenn man aber akzeptiert, dass es künftig immer herausfordernder wird, die Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen flächendeckend abzusichern, stellt man auch den bisherigen gesellschaftlichen Grundkonsens in Frage und fordert einen neuen Gesellschaftsvertrag, der auf räumliche Unterschiede mit differenzierten Regularien reagiert und so mehr lokale Selbstverantwortung ermöglicht und erzwingt. Aring fordert in diesem Zusammenhang, dass sich gerade die Raumordnungspolitik dieser Diskussion stellen muss. Dies darf aber keine Qualitätsdiskussion sein, die sich am Maßstab dicht besiedelter Räume

orientiert, sondern vielmehr eine Diskussion um ein Gemeinwesen, das im Alltag funktioniert. Da gleichwertige Lebensbedingungen sich flächendeckend immer schwieriger absichern lassen werden Garantieräume vorgeschlagen, für die es eine „Garantie der Daseinsvorsorgesicherung“ gibt, ergänzt um Selbstverantwortungsräume für die übrigen, meist kleinen dispersen Ortschaften, für die es eine solche Garantie nicht gibt.

Ein solcher Ansatz bedarf natürlich eines neuen Gesellschaftsvertrages, der auf breiter Ebene diskutiert und ausgehandelt werden muss (ARING 2010). Wäre die Demografie-Strategie der Bundesregierung nicht eine geeignete Plattform für solche Überlegungen?

Literaturverzeichnis

- S. MARETZKE (1987): Die demografische Entwicklung auf dem Lande – ökonomische und soziale Konsequenzen für die weitere Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR (unveröffentlichte Dissertationsschrift) Hochschule für Ökonomie Berlin 1987, 289 S.
- S. MARETZKE, F.O. Möller (1991): Wanderungsverflechtungen zwischen den neuen und alten Ländern im Jahr 1991. In: Geographische Rundschau, März 1993, S. 191 - 195
- S. MARETZKE (1995a): Demographische Prozesse und Strukturen (Kap. 2.1 und 2.2). In: Regionalbarometer neue Länder - Zweiter zusammenfassender Bericht. - Bonn 1995. Materialien zur Raumentwicklung, Heft 69
- S. MARETZKE, A. BLACH (1995b): Das Arbeitskräfteangebot in den Regionen Deutschlands bis 2010. In: Informationen zur Raumentwicklung 12/1994, Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung Bonn 1995
- S. MARETZKE (2001): Altersstruktur und Überalterung. In: Nationalatlas Bundesrepublik Deutschland – Bevölkerung 2001
- S. MARETZKE (2001): Regionale Unterschiede in der Altersstruktur. In: Nationalatlas Bundesrepublik Deutschland – Bevölkerung 2001
- F. OUTREVILLE (2001): The Ageing Population and the Future of Healthcare Plans, Geneva Papers on Risk and Insurance 26 (2001), S. 126 – 131.
- B. BERKEL, A. BÖRSCH-SUPAN, J. WINTER (2002): Sind die Probleme der Bevölkerungsalterung durch eine höhere Geburtenrate lösbar? 17 S. Mannheimer Forschungsinstitut Ökonomie und demografischer Wandel. http://mea.mpisoc.mpg.de/uploads/user_me_a_discussionpapers/eguod8uw4qw92yaf_dp25.pdf
- H. SIEBERT (2002): Economic Perspectives for Aging Societies: The Issues, in: H. Siebert (ed.), Economic Policy for Aging Societies, Springer, Heidelberg et al. 2002, S. 1 – 6.
- Handelsblatt (2003) Ausländer gleichen Bevölkerungsrückgang aus. Vgl: <http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/alterung-bleibt-problem-auslaender-gleichen-bevoelkerungsrueckgang-aus/2259702.html>
- G. KIRCHGÄSSNER (2005): Wirtschaftliche Probleme einer alternden Bevölkerung: Übersicht und grundsätzliche Aspekte, Universität St. Gallen, Schweizerisches Institut für Ausenwirtschaft und Angewandte Wirtschaftsforschung, CESifo und Leopoldina 39 S.
- S. MARETZKE (2005): Regionale Alterung und Pflegebedarf. In: informationsdienst altersfragen. Heft 03, Mai/Juni 2005, Deutsches Zentrum für Altersfragen Berlin, S. 4-8
- THE ECONOMIST (2006): Incredible shrinking countries. Rich countries' populations are beginning to shrink. That's not necessarily bad news, Vgl. http://www.economist.com/node/5358255?story_id=5358255 (gelesen am 9.2.2012)
- BOGAI, D. (2007): Ökonomische Effekte der Migration in Deutschland. In: B. Japanisch-Deutsches Zentrum (Hrsg.), Homogenität versus Multikulturalismus. Immigration in Japan und Deutschland, (Veröffentlichungen des Japanisch-Deutschen Zentrums Berlin, 56), Berlin, S. 40-59.
- S. MARETZKE (2008), (Hrsg.): Städte im demografischen Wandel. Wesentliche Strukturen und Trends des demografischen Wandels in den Städten Deutschlands. BIB-Materialien Heft 125, Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung 2008, 119 S.
- H.-P. GATZWEILER, C. SCHLÖMER (2008): Zur Bedeutung von Wanderungen für die Raum- und Stadtentwicklung. In: Informationen zur Raumentwicklung. - (2008), H. 3/4 : Wanderungen und Raumentwicklung: neue Trends und Perspektiven , S. 248 f.
- BMVBS, BBSR (Hrsg.). (2009): Ländliche Räume im demografischen Wandel. Dezembertagung des Arbeitskreises Städte und Regionen der Deutschen Gesellschaft für Demographie (DGD) in Kooperation mit dem Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) vom 1. Dezember bis 2. Dezember 2008 in Berlin, BBSR-Online-Publikation 34/2009 131 S.
- R. MAI, M. SCHAREIN (2009): Effekte der Binnenmigration auf die Bevölkerungsentwicklung und Alterung in den Bundesländern. In: Die Bevölkerung in Ost- und Westdeutschland: demografische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklungen seit der Wende. Insa Cassens (Hrsg.). Wiesbaden (2009), S. 75 – 99.
- S. MARETZKE (2009): Die Bevölkerungsentwicklung in den Regionen Deutschlands – Ein Spiegelbild der vielfältigen ökonomischen und sozialen Disparitäten. In: Cassens, Insa; Marc Luy; Rembrandt Scholz (Hrsg.) Die Bevölkerung in Ost- und Westdeutschland. Demografische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklungen seit der Wende. VS Research 2009, S. 223-260
- S. MARETZKE, W. WEIß (2009). Demografische Herausforderungen Ländlichster Räume. In: BMVBS, BBSR (Hrsg.): Ländliche Räume im demografischen Wandel. Dezembertagung des Arbeitskreises Städte und Regionen der Deutschen Gesellschaft für Demographie (DGD) in Kooperation mit dem Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) vom 1. Dezember bis 2. Dezember 2008 in Berlin, BBSR-Online-Publikation 34/2009 131 S.
- Aring, J. (2010): Gleichwertige Lebensverhältnisse - Inverse Frontiers - Selbstverantwortungsräume. In: IBA Stadtumbau Sachsen-Anhalt 2010 Hg.: Weniger ist Zukunft. 19 Städte - 19 The-

- men. Berlin 2010 (Jovis Verlag), S. 764-777
- BBSR (Hrsg.). (2010): Vielfalt des Demografischen Wandels. Eine Herausforderung für Stadt und Land. Dezembertagung des Arbeitskreises Städte und Regionen der Deutschen Gesellschaft für Demographie (DGD) in Kooperation mit dem Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) vom 30. November bis 1. Dezember 2009 in Berlin, BBSR-Online-Publikation 6/2010 126 S.
- Pennekamp J. (2010): Migration eher Segen, denn Fluch. Vgl. <http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/oekonomien-migration-eher-segen-denn-fluch/3526052.html> (gelesen am 4.3.2012)
- BMI (2011): Demografiebericht. Bericht der Bundesregierung zur demografischen Lage und künftigen Entwicklung des Landes vom 26.10.2011. vgl. <http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Broschueren/2011/demografiebericht.html?nn=2354204> (gelesen am 9.2.2012)
- BBSR (Hrsg.). (2011): Demografische Spuren des ostdeutschen Transformationsprozesses 20 Jahre deutsche Einheit; Dezembertagung des Arbeitskreises Städte und Regionen der Deutschen Gesellschaft für Demographie (DGD) in Kooperation mit dem Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) vom 9. Dezember bis 10. Dezember 2010 in Berlin, BBSR-Online-Publikation 3/2011 135 S.
- INTEGRATIONSBEAUFTRAGTE (2011) Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (Hrsg.): Zweiter Integrationsindikatorenbericht. Köln/Berlin 2011.
- IntMK (2011). Erster Bericht zum Integrationsmonitoring der Länder 2005 – 2009. Teil 1 Ergebnisse. (Hrsg.) Konferenz der für Integration zuständigen Ministerinnen und Minister / Senatorinnen und Senatoren der Länder (IntMK) 2011, 90 S.
- STATISTISCHES BUNDESAMT (2011): Wanderungen 2010: Deutlich mehr Personen nach Deutschland zugezogen. In: Pressemitteilung Nr.180 vom 09.05.2011 vgl. http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/pm/2011/05/PD11_180_12711,templateId=renderPrint.psm (Gelesen am 1.3.2012)

Autor

Dr. Steffen Maretzke
Bundesinstitut für Bau-, Stadt-
und Raumforschung im Bundesamt für
Bauwesen und Raumordnung (BBR) Bonn
steffen.maretzke@bbr.bund.de

Marion Klemme

Wenn Wachstum zum Dogma wird. Stadtentwicklung unter Schrumpfungsbedingungen

1. Ausgangspunkte

Wachstum... Tagein tagaus ist von Wachstum die Rede. Kaum ein anderes Thema erfährt diese ununterbrochene Zuwendung, begleitet uns derart kontinuierlich. Während die meisten Angelegenheiten den Aufmerksamkeitszyklen medialer Darstellungsinteressen unterliegen, ist Wachstum für die Berichterstattung ein Dauerbrenner: So werden Wachstumsbranchen vorgestellt und Wachstumsträger gefeiert, Wachstumsdynamiken analysiert und Wachstumsindikatoren diskutiert, Wachstumsprognosen auf- und Wachstumsberichte vorgestellt. Findet Wachstum statt, wird dieses der Welt verkündet. Bleibt Wachstum aus, wird um selbiges gerungen, wird dieses heraufbeschworen. Und letztendlich sind es auch die Wachstumsillusionen, die in Räumen ohne Wachstum für viele die treibende Kraft in Richtung Zukunft darstellen – einer Zukunft im Zeichen des Wachstums, versteht sich.

Gleichzeitig gibt es eine intensive, inzwischen mehrere Jahrzehnte fortbestehende, Debatte um die Grenzen unserer natürlichen Ressourcen.¹ Diese lässt zunehmend wachstumskritische Stimmen erkennen. Unter anderem wird in Frage gestellt, ob materielles Wachstum als Indikator für das Wohlbefinden einer Gesellschaft und zukunftsfähiges Wirtschaften taugt (vgl. Jackson 2009; Seidl/Zahrt 2010; Steurer 2002). Dieser Einschätzungen ungeachtet orientieren sich zahlreiche Wirtschafts- und Gesellschaftsbereiche sowie individuelle Lebensentwürfe weiterhin an Wachstumsvorstellungen. Das gilt dergleichen für Wirtschaftsbranchen, die für viele einen Kurswechsel in Richtung alternativer Denkweisen symbolisieren. So verkündet die Plattform *daily green*: „Starkes Wachstum für erneuerbare Energien prognostiziert“² oder das Pressearchiv des BMU: „Erneuerbare Energien sorgen für Arbeitsplätze und wirtschaftliches Wachstum“³ Ganz ähnlich meldet *Bundesregierung online*: „Erneuerbare Energien sichern Wachstum und Beschäftigung“.⁴

Diese grundlegende Wachstumsausrichtung vieler Wirtschafts- und Gesellschaftsbereiche wirkt direkt wie auch indirekt auf die Stadt- und Siedlungsentwicklung ein. Neubauwohngebiete werden auf den Weg gebracht, Autobahnen ausgebaut, großflächige Einzelhandelszentren geschaffen und Gewerbegebiete erweitert. Freiflächen und Ackerland weichen vielerorts dem Bagger – es wird gebaut. Infolgedessen wächst der Anteil an Siedlungs- und Verkehrsflächen an der Gesamtfläche stetig. Im Jahr 2010 betrug der tägliche Flächenverbrauch in Deutschland ca. 100 Hektar am Tag (UBA 2011).

In zentralen Handlungsfeldern der Stadtentwicklung wird Wachstum zu einem Dogma – laut Duden ein „fester, als Richtschnur geltender (...) Lehr-, Glaubenssatz“, selbst dann, wenn die Nachfrage nach Grund und Boden für Wohn-, Dienstleistungs- oder Gewerbebezüge aufgrund sinkender Einwohnerzahlen und wirtschaftlicher Einbrüche merklich dünn ist. Doch genau so stellt sich – grob umschrieben – für viele Städte und Regionen Deutschlands die Situation leider dar: Die Bevölkerung wird weniger, die Wirtschaftskraft lässt nach. Und lassen sich diese Schrumpftendenzen in den betroffenen Räumen deutlich am Stadtbild ablesen – anhand leer stehender Häuser, brachgefallener Flächen, baulichem Verfall, aufgegebener Geschäfte – so besteht für viele

Menschen erst recht kein Anlass zum Verbleib. Weitere Menschen und Betriebe wandern ab, Investoren und Neubürger bleiben aus usw. (ausführlich siehe Klemme 2010, 17-55).

Stadtentwicklung ohne Wachstum

An diesen Phänomenen hat sich in den letzten Jahren eine intensive Diskussion um den adäquaten Umgang mit demographisch bedingten Herausforderungen entsponnen: Betrachtet man die Debatte zur Schrumpfungs- und Stadtbauproblematik der letzten 10 Jahre in Deutschland, so wird seit Beginn der Auseinandersetzung an einen notwendigen Paradigmenwechsel in der Stadtpolitik appelliert. Katrin Grossmann (2007, 14f) beschreibt ihn wie folgt: „Von einem historischen Bruch in der Entwicklung der Städte nach Jahrhunderte langem Wachstum war die Rede, von einem „Paradigmenwechsel hin zu Modellen der Stadtentwicklung, die unabhängig sind von der Idee quantitativen Wachstums“ (vgl. Weiske und Schmitt 2000: 161).“

Was kennzeichnet eine baulich-räumliche Stadtentwicklung, die nicht auf quantitatives Wachstum setzt? Dies sei kurz skizziert: Statt wie bislang neue Nutzungen durch Siedlungsflächenenerweiterung im Raum unterzubringen, sind öffentliche Akteure gefragt, erst einmal Möglichkeiten zu Umbau und Umnutzung im Siedlungsgebiet zu prüfen. Die Bestandsentwicklung ist in den Mittelpunkt der Aufgaben zu rücken (Schmitt/Selle 2008). Es gilt, Brachflächen und leer stehende Gebäude im Innenbereich entsprechend des Leitgedankens „mehr Qualität statt Quantität“ nachzunutzen, statt weitere Flächen mit neuem Baurecht zu versehen. Die Neubauanteile sind minimal zu halten und Infrastrukturen an veränderte Bedarfe anzupassen (Koziol 2004, 69-83; Siedentop 2005). Viele Expertinnen und Experten sehen in der Flächenkreislaufwirtschaft (vgl. Abb. 1) einen geeigneten Ansatz, um bestehende Flächenpotenziale im Bestand auszuschöpfen (BBR 2007). Dass diese Idee noch keine gängige Praxis ist, verdeutlichen die oben genannten Zahlen zur Zunahme der Siedlungs- und Verkehrsfläche in Deutschland, die seit Jahren auf hohem Niveau verharren. Erfahrungen aus den Programmen »Stadtbau West« und »Stadtbau Ost« zeigen (BMVBS/BBR 2008), dass es in der Praxis der Bestandsentwicklung vor allem darum geht, zu initiieren und zu aktivieren sowie Prozesse zu begleiten. Eine Vielzahl an relevanten Akteuren ist zusammenzubringen.

¹ Der Klassiker dazu: *Die (neuen) Grenzen des Wachstums* von Meadows (1992)

² Siehe <http://www.dailygreen.de/2011/03/16/starkes-wachstum-fur-erneuerbare-energien-prognostiziert-16413.html> (16.03.2011)

³ Siehe BMU Pressearchiv, Meldung vom 15.03.2009 unter http://www.bmu.de/pressearchiv/16_legislaturperiode/pm/43440.php

⁴ Siehe Bundesregierung online, Nr. 089/12/2010 unter <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Magazine/MagazinWirtschaftFinanzen/089/s2-erneuerbare-energien-sichern-wachstum-und-beschaeftigung.html>

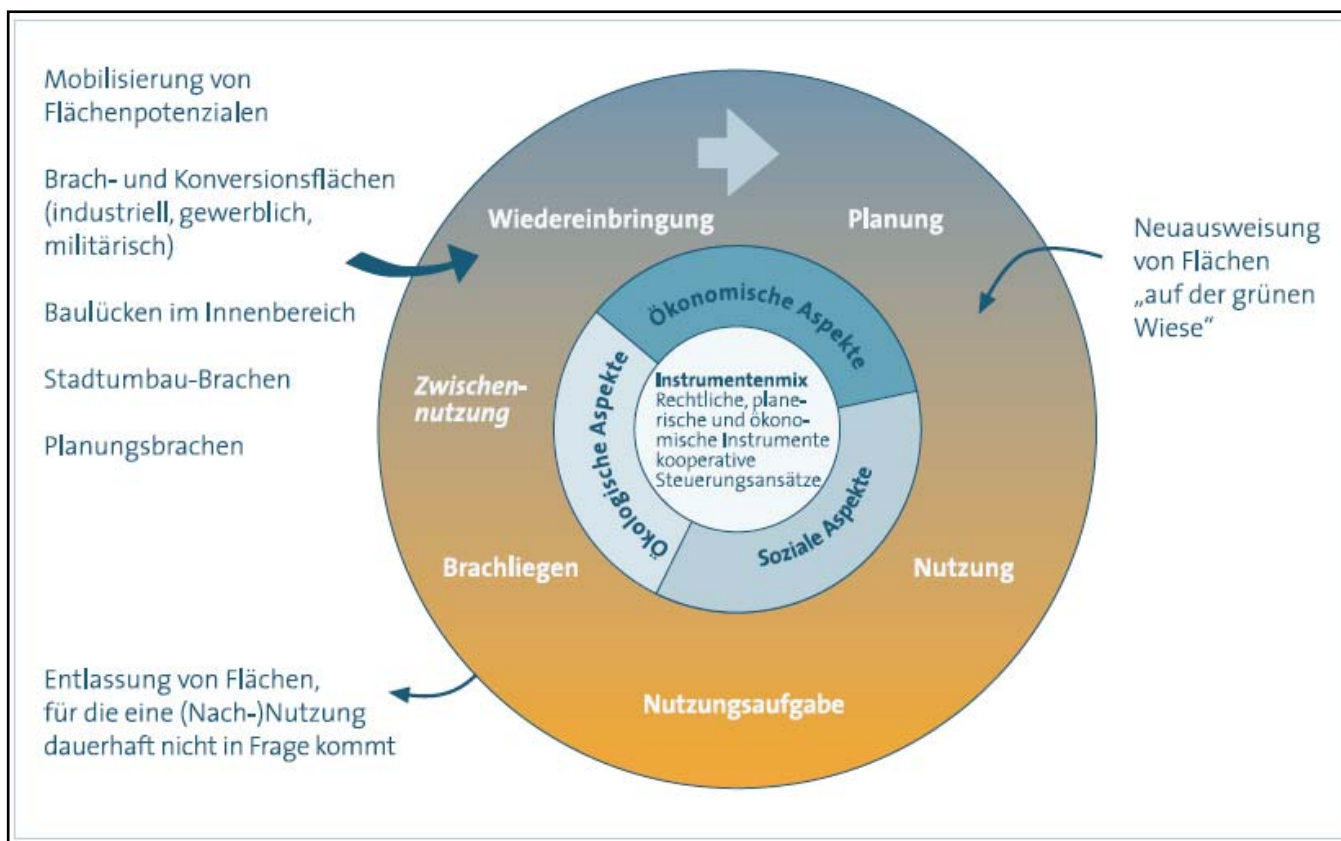


Abbildung 1: Flächenkreislaufwirtschaft (BMVBS/BBR 2006, 14)

Empirische Befunde zur Steuerung baulich-räumlicher Entwicklung

Was passiert, wenn Wachstum ausbleibt? In diesem Beitrag soll die Steuerung baulich-räumlicher Entwicklungen unter Schrumpfungsbedingungen genauer betrachtet und vor allem die Rolle öffentlicher Akteure auf kommunaler Ebene in Augenschein genommen werden. Anhand ausgewählter empirischer Befunde zu sieben ost- und westdeutschen Städten⁵ wird gezeigt, welche Sichtweisen öffentliche Akteure auf den demographischen Wandel sowie dessen Bedeutung für die Siedlungsflächenentwicklung haben. In einem ersten Schritt wird kurz umrissen, wie Siedlungsflächen unter veränderten Rahmenbedingungen entwickelt werden. Aus der Darstellung gehen bereits erste Hinweise zu Orientierungen und Handlungslogiken öffentlicher Entscheidungsträger hervor. Um weitere Erklärungen für das Steuerungsverhalten zu finden, wird zudem gefragt, wie Schrumpfungsbedingungen überhaupt wahrgenommen werden. Da die öffentlichen Akteure nicht

allein im Raum wirken und Flächen entwickeln, wird grob auch das Wechselspiel mit anderen raumwirksamen Akteuren betrachtet. Der Beitrag schließt mit einem kurzen Fazit.

2. Anhaltende bauliche Inanspruchnahme von Freiflächen

Die empirischen Untersuchungen, die den folgenden Ausführungen zugrunde liegen, fanden in Arnsberg, Essen, Fürstenwalde/Spree, Halle (Saale), Hilden, Sankt Augustin und Schwerin statt. Neben der Auswertung statistischer Daten und Planungsgrundlagen wurden Interviews mit Personen aus Stadtverwaltung, -politik, Wohnungswirtschaft und Umweltverbänden geführt.

Die Kommunen hatten zum Zeitpunkt der Untersuchung entweder seit einigen Jahrzehnten sinkende Bevölkerungszahlen (Essen,

⁵ Ausführlicher zu Vorgehensweise und Untersuchungsdesign siehe Klemme 2010, 143-151.

	Halle (Saale)	Schwerin	Arnsberg	Essen	Fürstenwalde/Spree	Hilden	Sankt Augustin
Bevölkerung 2005 (EW)	237.198	96.656	76.427	585.430	33.336	56.545	56.110
Bevölkerung 1998-2004 (%)	-9,1	-8,1	-2,2	-2,9	-2,4	-0,8	2,1
Bevölkerung 2005-2020 (%)	-15,7	-11,2	-6,7	-5,6	-2,3	-1	-1,1
Durchschnittsalter 2005 (Jahre)	43,8	44,1	42,2	43,9	42,2	43,4	42,1
Durchschnittsalter 2020 (Jahre)	46,2	48,4	45,9	46,5	46,4	48	45,8

Tabelle 1: Demographische Situationen der Untersuchungskommunen zum Zeitpunkt der Auswahl der Fallstudien – nach „Kommunale Demographieberichte“ der Bertelsmann Stiftung (2005)



Abbildung 3: Neubaugebiet Kastanienweg in Fürstenwalde/Spree

Arnsberg) oder

sie haben seit der Wende drastisch Einwohner verloren (Halle (Saale), Schwerin) oder sie haben für die Zukunft negative Bevölkerungsprognosen (Hilden, Sankt Augustin, Fürstenwalde/Spree).

Gleichzeitig wächst in den Untersuchungskommunen der Anteil der Siedlungsfläche an der kommunalen Gesamtfläche. Beispielsweise wurden für die ostdeutschen Städte Schwerin und Fürstenwalde/Spree ein starkes, für Halle (Saale) ein durchschnittliches Siedlungsflächenwachstum für den Zeitraum 2000-2010 vorausgesagt – bei gleichzeitig deutlich sinkenden Einwohnerzahlen, anhaltenden Wirtschaftskrisen und angespannten kommunalen Haushaltslagen (BBR 2005, 57). In den demographisch stark schrumpfenden Städten stehen gleichzeitig immer mehr Gebäude leer, fallen Flächen brach (ausführlicher siehe Klemme 2010, 153-263).

Neue Wohngebiete für junge Familien

Was veranlasst die öffentlichen Akteure zur weiteren Schaffung von Bauland? In der Hoffnung, die lokalen Einwohnerzahlen über attraktive Wohnangebote beeinflussen zu können, sehen öffentliche Akteure ihre zentrale Aufgabe in einer „nachfrageorientierten Baulandbereitstellung“ (vgl. Abb. 2). Dieses Aufgabenverständnis fußt auf einem Grundanliegen öffentlicher Akteure: Einwohner halten und dazu gewinnen. In Arnsberg, Essen, Halle und Schwerin sollen die Verluste gemindert, in Fürstenwalde und Hilden die Einwohnerzahlen stabilisiert und in Sankt Augustin ein moderates Wachstum erreicht werden. Hinsichtlich der natürlichen Bevölkerungsentwicklung werden keine Einflussmöglichkeiten gesehen, jedoch wird angestrebt, das Wanderungsverhalten positiv zu beeinflussen. Mit Blick auf die interkommunale Konkurrenz um Einwohner soll insbesondere die Abwanderung in die Region abgeschwächt werden. Es gilt, keine Einwohner an das Umland zu verlieren und maximale Marktanteile abzuschöpfen. Möglichst viele Zielgruppen mit ihren unterschiedlichen Wohnwünschen sollen bedient werden. Das führt zu Wohnflächenangeboten in verschiedenen Lagen (ländlich, dörflich und städtisch, in verdichteter und lockerer Bebauung etc.) und in den meisten Fällen zu einem Nebeneinander von Innen- und Außenbereichsentwicklung.

Inwiefern auch Brachflächen wiederverwertet werden, hängt u.a. von der lokalen Siedlungsflächenverfügbarkeit auf gesamtstädtischer Ebene ab: Bereits genutzte Flächen werden dann verstärkt recycelt, wenn in der Kommune bebaubare Flächen insgesamt knapp sind – und umgekehrt. In Kommunen, in denen Rückbau stattfindet, werden frei gewordene Wohnflächen (z.B. ehemalige Großwohnsiedlungen) nur in Einzelfällen für neue Wohnformen genutzt. Entscheidend ist hier, dass Lage, Anbindung, Versorgungsstrukturen, Quartiers- und Wohnumfeld, Attraktivität, Image etc. den aktuellen Wohnanforderungen entsprechen müssen. Das ist nach Ermessen der Entscheidungsträger nur selten der Fall. Die Folge: Rückbauflächen ersetzen zumeist nicht die Ausweisung neuer Wohnflächen.

Im Überblick über die untersuchten Kommunen wird deutlich, dass sich das Aufgabenverständnis stark an den anzustrebenden Bevölkerungszahlen und nur nachrangig an baulich-räumlichen Anliegen orientiert. Lokale Baulandpolitik wird teils explizit als Instrument gegen Bevölkerungsverluste verstanden. In einigen Kommunen soll eine Angebotspolitik, die sich besonders an junge Familien richtet, zugleich der Alterung entgegenwirken.

Mancherorts scheint Flächenpolitik auch als Erhaltungspolitik für bestehende (unterausgelastete) Infrastrukturen eingesetzt zu werden: Der Zuzug von Einwohnern soll kurz- bis mittelfristige Stabilisierungseffekte mit sich bringen und damit Remanenzeffekte sozialer Infrastrukturen in unterausgelasteten Gebieten abfangen – so die Hoffnungen. Mithin wird kaum nachvollzogen, woher die Menschen kommen. Es bleibt also offen, in welchem Ausmaß an anderer Stelle, bedingt durch Abwanderungen oder Umzüge, Leerstände und Nachfrageeinbrüche entstehen. Da die Wirkungen derartiger Strategien auf lokaler wie regionaler Ebene kaum nachgehalten werden, bleibt ebenfalls ungeklärt, inwiefern überhaupt Stabilisierungseffekte eintreten.

Die Konkurrenz um Einwohner und Gewerbe zwischen den Kommunen nimmt weiter zu – besonders die Politik forciert diesen Wettbewerb. Demzufolge spielt die Flächenpolitik der Nachbarn für den eigenen Umgang mit Fläche eine entscheidende Rolle: Es wird geschaut, „wo und wie man gegenhalten kann“, so ein öffentlicher Akteur. Dabei kann es durchaus eine Strategie sein, die

Bedarfe in einem größeren Umfang als benötigt einzuschätzen. Es geht um eine „Positionierung am Markt“ und es gilt, sich „über die Qualität der Baugebiete ein Stück weit abzuheben von der Qualität in den Nachbargemeinden“. Dazu sei es wichtig, neue Wohnstandorte zu vermarkten, sich nach außen zu profilieren. Allerdings sei eine Abkehr von „überdimensionierten Vorhaben“ zu erkennen.

Als erstes Zwischenfazit bleibt festzuhalten, dass kommunalpolitisch weiterhin auf der Agenda steht, ein attraktives Baulandangebot mit guten Lagen und günstigen Bodenpreisen vorzuhalten. Bei den betrachteten Kommunen werden Persistenzen im Steuerungsverhalten der öffentlichen Akteure sichtbar. Einmal etablierte Handlungsweisen scheinen – auch bei sich ändernden Rahmenbedingungen – recht beständig zu sein.

Punktuell: Bestandsentwicklung

Nun mag an dieser Stelle einzuwenden sein, dass es in der Stadtentwicklung unter Schrumpfungsbedingungen gleichwohl zahlreiche Maßnahmen gibt, die sich den aktuellen Herausforderungen stellen und teils auch neue Wege beschreiten: leerstehende Gebäude werden um- bzw. rückgebaut, Wohnungen zusammengelegt, Flächen im Innenbereich recycelt, Baulücken mobilisiert, einzelne Stadträume renaturiert, Innenstädte aufpoliert u.v.m. (vgl. Abb. 3). Das ist unbestritten. Doch welchen Stellenwert haben derartige Vorhaben im Überblick über *sämtliche* Steuerungsaktivitäten einer Kommune? Und was sagt diese Praxis über die grundlegende Steuerungsrichtung aus? Selbst wenn sich einzelne Steuerungsmodi in der Praxis ändern, muss noch kein Paradigmenwechsel vorliegen. Katrin Grossmann erörtert diesen Zusammenhang am Fall der Stadtentwicklung in Chemnitz: Hier werde zunächst „eine neue Praxis gefunden, aber (noch) nicht eine neue Grundkonzeption des allgemeinen Wirklichkeitsverständnisses entwickelt“ (2007, 249).

Obgleich in vielen Schrumpfungsregionen Um- und Rückbau praktiziert werden, halten viele Akteure an ihrer Wachstumsorientierung fest: Die grundlegende Motivation für einen Stadtbau ist es dann, die Rahmenbedingungen und Standortmerkmale in der Art und Weise zu optimieren, dass möglichst bald wieder Wachstum möglich wird. Es geht also mehr darum, Investitionsbedingungen zu verbessern, Kaufkraft an den Standort zu binden oder



Abbildung 3: Bestandsentwicklung in Halle Neustadt (Saale) (eigenes Foto)

Arbeitskräfte zu halten als einen Kurswechsel in Richtung Nicht-Wachstum einzuläuten. Und so wundert es nicht, dass den schrumpfenden Städten Wachstumsgemeinden als Vorbilder dienen: Um eigene Wachstumshoffnungen aufrecht zu halten, verweisen kommunale Vertreter zum Beispiel auf Dresden und Leipzig: „Die haben vorgemacht, dass auch im Osten wieder Wachstum möglich ist.“

Zukunft gleich Wachstum

In Anbetracht sinkender Bevölkerungszahlen ist v.a. in stark schrumpfenden Kommunen nicht davon auszugehen, dass sämtliche vorgehaltenen Wohnbauflächen noch benötigt werden. Und dennoch scheint die Rücknahme dieser Flächen eine Ausnahme zu bleiben. Zumeist findet sie nur im Rahmen eines Flächentausches auf Ebene des FNP statt: Flächen, die kaum vermarktbar erscheinen, werden gegen attraktivere Flächen getauscht. Baurecht in Form bestehender B-Pläne wird nur in wenigen Fällen zurückgenommen – auch wenn manch ein Grundstück bei sinkenden Einwohnerzahlen wohl nicht mehr nachgefragt wird. Für die öffentlichen Akteure spricht eine Reihe von Faktoren gegen diesen rechtlichen Schritt:

- finanzielle Hemmnisse wie Planungskosten und Vorleistungen der Kommune oder mögliche Entschädigungsansprüche von privater Seite;
- interkommunale Konkurrenzen und die Angst öffentlicher Akteure, dass Nachbarkommunen von diesem Schritt profitieren und ihnen „Einwohner wegnehmen“
- politischer Widerstand und die Befürchtung von Lokalpolitikern mit der Rücknahme von Reserveflächen zukünftige Entwicklungsmöglichkeiten aufzugeben.

Letztgenannter Aspekt ist in einigen Kommunen eng mit der anhaltenden Hoffnung auf bessere Zeiten verknüpft – Zeiten, in denen wieder Wachstum stattfindet. Dabei orientieren sich allen voran politische Akteure mit ihrem Blick in die Zukunft an recht allgemein formulierten Wachstumszielen: Mehr Arbeitsplätze, eine stärkere lokale Wirtschaftskraft, mehr Steuereinnahmen, mehr Wohnraum, mehr Wohneigentum, mehr Wohlstand, mehr.... Die kollektiven Sinnstrukturen scheinen sich durch aktuelle demographische und wirtschaftliche Schrumpfungstendenzen kaum zu verändern. Mancherorts werden mithin gegenläufige Tendenzen sichtbar: So sei *gerade* unter Schrumpfungsbedingungen Wachstum anzustreben, um die – oftmals als vorübergehend wahrgenommene – Krise zu überwinden.

Insgesamt zeichnet sich ein Verständnis von „Zukunftsperspektive“ bzw. „Entwicklung“ ab, dass dieses mit Wachstum gleichsetzt. So wird beispielsweise Bauland ausgewiesen, um niemanden von der Entwicklung abzukoppeln. Oder es werden periphere Ortslagen erweitert, um „den Dörfern Perspektiven mit auf den Weg zu geben“. Wesentliche Rahmenbedingungen und Konsequenzen (Nachfrageeinbrüche, Folgekosten, Flächenverbrauch etc.) werden ausgeblendet. „Schrumpfung an sich ist kein Ziel, sondern Wachstum“, so ein Gesprächspartner. Es wird augenscheinlich, dass zumeist *gegengesteuert* werden soll. Eine alternative Ausrichtung, eine bewusste und pro-aktive Begleitung des Schrumpfungsprozesses scheint kaum vorstellbar, wodurch auch alternative Lösungswege aus dem Blickwinkel geraten. Es bedarf der Entwicklung einer lokalen, zukunftsfähigen Demogra-

phiepolitik (vgl. Mayer 2011), die sich auch Fragen zur baulich-räumlichen Gestaltung der Stadt widmet.

3. Selektive Wahrnehmung veränderter Rahmenbedingungen

Bisherige Erfahrungen mit dem Stadtumbau in Deutschland zeigen, dass die Wahrnehmung und die Akzeptanz der demographischen Entwicklungen grundlegende Voraussetzungen sind, um diesen Tatsachen entsprechend angemessen handeln zu können. Demzufolge ist es aufschlussreich, einmal genauer zu betrachten, wie öffentliche Akteure den demographischen Wandel wahrnehmen.

Vorübergehendes Nicht-Wachstum?

Kann ein Thema wie der demographische Wandel, das seit einigen Jahren im Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit steht, in der Planungspraxis immer noch mit Tabus behaftet sein? Es kann. So verweigern sich bspw. einige Politiker grundsätzlich, über einen gewissen Zeitrahmen hinaus zu denken. Andere zweifeln wiederum generell an der Aussagekraft von Prognosen, ihrer Reichweite und ihrer Dramatik – auch bei eindeutigen Vorhersagen. Eine weitere Verweigerungshaltung gegenüber demographischen Gegebenheiten zeichnet sich in der Mutmaßung ab, die kommenden Probleme könnten möglicherweise nur die anderen treffen, z.B. die Nachbarkommunen, die „weniger gut aufgestellt“ sind als man selbst. Darüber hinaus wird das Schrumpfungsthema von einigen Akteuren als temporäres Problem eingeschätzt. So wird die Entwicklung in einem Interview bspw. als wellenartig beschrieben, bei der das Durchleben eines Tiefpunktes früher oder später von einem Aufschwung abgelöst würde.

Man mag den Tatsachen nicht recht ins Auge sehen, obschon hier zwischen den Kommunen mit Blick auf das jeweilige Ausmaß der Schrumpfung zu differenzieren ist: Während in den stark schrumpfenden Kommunen Ostdeutschlands das Demographiethema in der Auseinandersetzung mit Stadtentwicklung fest verankert ist, wird es in den eher langsam schrumpfenden Städten Westdeutschlands vornehmlich als „noch nicht akut“ betrachtet: Die Bevölkerungsverluste werden teilweise mit Verweis auf die (noch) steigenden Haushaltszahlen und veränderten Wohnansprüche als wenig relevant angesehen. Hier sind Aussagen symptomatisch wie: „Wir sind in etwa stabil mit einem kleinen Knick.“ Oder: „Im Grunde läuft es hinaus auf plus minus Null.“ Die Rede war auch von dezenter Stagnation, Grundstabilität, vorübergehende Negativdynamik oder kurzfristigem Nicht-Wachstum. Es wird offenkundig, dass Wahrnehmung und Anerkennung demographischer Veränderungen deutlich von den jeweiligen Entwicklungsverläufen und -dynamiken vor Ort, bzw. dem akuten und sichtbaren Problemdruck abhängen.

Der Hang zur Verharmlosung demographischer Entwicklungen wird durch wirtschaftliche Zwischenhochs genährt: Zieht die Konjunktur leicht an, sinken die Arbeitslosenzahlen, steigt das Brutto-sozialprodukt, so gehen viele davon aus, dass es wieder bergauf geht. Diese Zwischenhochs werden nach Aussagen von Verwaltungsmitarbeitern in ihrer Wirkung (politisch) überbewertet. Zumal sei meist absehbar, dass sie für die baulich-räumlichen Probleme einzelner Teilräume vor Ort gänzlich wirkungslos bleiben. Als weiterer Kritikpunkt geht aus Verwaltungsreihen hervor, dass viele politische Entscheidungsträger den Blick nicht auf die Gesamtheit der Entwicklungen und Phänomene richteten: „Viele Schwierigkeiten sind absehbar, aber man weigert sich ja immer das wahrzu-

nehmen, was man nicht wissen will.“ Und sind die „Voraussetzungen für Neubau und Expansion faktisch nicht gegeben, so werden sie eben herbeigeredet“.

Subjektive Interpretation demographischer Veränderungen

Diese Einschätzung lässt sich auch durch Interviews nachzeichnen: Einige Gesprächspartner thematisieren vorrangig Wachstumsfaktoren und Segmente der baulich-räumlichen Entwicklung. Zum Beispiel wird, um die Ausweisung weiterer Wohngebiete zu legitimieren, auf die steigerungsfähige Eigentumsquote vor Ort sowie auf die generelle Zunahme der Wohnfläche pro Kopf verwiesen. Ebenso wird bei dem Thema „Alterung“ auf den Neubau seniorengerechter Wohnobjekte fokussiert – ein Wachstumssegment des Marktes, das sich stark an den Wohnbedürfnissen der (gehobenen) Mittelschicht orientiert. Unterdessen werden kaum Wohnungsmarktperspektiven für alte, finanzschwächere Menschen diskutiert – obschon Altersarmut in vielen Orten ein zentrales Zukunftsthema sein wird. Es entsteht der Eindruck, als werden bewusst solche Facetten des demographischen Wandels thematisiert, die geeignet sind, gängige, wachstumsorientierte Steuerungsweisen (Baugebiete schaffen, Neubau ermöglichen o.ä.) aufrechtzuerhalten. Oder anders formuliert: Ausschlaggebend für das Steuerungsverhalten sind weniger reale Nachfragezahlen und Bevölkerungsprognosen, sondern die subjektive, selektive Interpretation demographischer Phänomene.

Auch wenn das Thema Demographie in aller Munde ist, so wird die konkrete Bedeutung für einige Entscheidungsträger erst dann offenkundig, wenn die baulich-räumlichen Folgen in Form von Leerstand und Verfall im eigenen Raum deutlich ablesbar sind. Das ist heikel: Es verstreicht wichtige Zeit im Vorfeld dieser folgenreichen Veränderungen. In dieser Zeit hätte manch ein Entscheidungsträger zentrale Weichen anders stellen können (z.B. Vermeidung von dispersen kostenintensiven Siedlungsstrukturen). Derzeit verfestigt sich der Eindruck, dass dieses zeitliche Guthaben sowie die bestehenden Möglichkeitsfenster, die jene Kommunen haben, die erst in Zukunft akut schrumpfen, ungenutzt bleiben.

4. Viele Akteure – viele Einflüsse

Neben den öffentlichen Akteuren aus Politik und Verwaltung wirken auch Grundstücksbesitzer und Hauseigentümer, Projektentwickler und Investoren, Käufer und Mieter, Kreditinstitute und Banken sowie viele weitere mit auf baulich-räumliche Entwicklungen ein. Die Interessen, Ressourcen und Mittel zur Einflussnahme der Akteure sind dabei sehr heterogen. Bezugnehmend auf Mayntz (1997) ist nicht davon auszugehen, dass es eine übergeordnete Steuerungs- bzw. Entscheidungsinstanz gibt, sondern dass die räumlichen Entwicklungen als Produkt des Handelns vieler zu begreifen ist. Auf die Siedlungsflächenentwicklung wirken demnach viele Kräfte ein und das Ergebnis ist nicht nur als Ausdruck politisch-planerischer Steuerung, sondern auch als Resultat der Präferenzen vieler Akteure anzusehen. Die einzelnen Akteure treffen jeweils für sich, ihrer eigenen Logik entsprechend, naheliegende Entscheidungen. In der Verknüpfung aller Entscheidungen ergibt sich eine Gesamtwirkung für die Siedlungsflächenentwicklung eines Raumes.

Soll der Beitrag öffentlicher Akteure zur baulich-räumlichen Entwicklung erfasst und erklärt werden, so sind auch deren Zusammenspiel mit sowie deren Interdependenzen zu anderen Akteuren

in Augenschein zu nehmen. Wird eine *Governance-Perspektive* eingenommen, können Akteure differenziert betrachtet und Bezüge zwischen Akteuren sichtbar gemacht werden (vgl. Klemmel/Selle 2010).

Differenzierungsbedarf:

Öffentliche Akteure in verschiedenen Rollen

Wird allein der öffentliche Sektor betrachtet, so wird mit Blick auf die Akteure eine Interessenvielfalt offenkundig. Die einzelnen Fachbereiche bzw. Ressorts haben verschiedene Nutzungs- und Verwertungsinteressen an Grund und Boden. Den empirischen Befunden zufolge ist nicht davon auszugehen, dass die kommunalen Einheiten uneingeschränkt an einem Strang ziehen:

1. Es bestehen Diskrepanzen zwischen administrativen und politischen Akteuren: Die Politik scheint sich teilweise stark an Wähler- und privatwirtschaftlichen Einzelinteressen und im Gegensatz zur Verwaltung weniger an Fach- und Sachargumenten und realen demographischen Entwicklungen zu orientieren.
2. Es gibt Zielkonflikte zwischen einzelnen Ressorts, also den verschiedenen raumwirksamen Einheiten wie Liegenschaften, Kämmerei, Planung, Wirtschaftsförderung etc. Teilweise werden Vorhaben verfolgt, die nicht im Einklang miteinander stehen.
3. Kommunen sind auch am Markt aktiv, mit eigenen Wohnungsunternehmen, Versorgungsgesellschaften, Verkehrsbetrieben etc.: Hier kann es zu Spannungen zwischen kommunalen Zielen (z.B. Innenentwicklung) und der Wirtschaftlichkeit des Unternehmens kommen (z.B. Wohneinheiten verkaufen). Auch wenn die Betriebe an einen öffentlichen Zweck gebunden sind, unterliegen sie dem Wirtschaftlichkeitsprinzip.

Alleine diese drei Punkte zeigen, wie schwierig es ist, sich auf gemeinsame Ziele zu einigen und diese konsequent zu verfolgen. Und ganz entsprechend geben die Praxisbeispiele auch Anlass, nach der Verbindlichkeit von Zielen öffentlicher Akteure in der Siedlungsflächenentwicklung zu fragen: Die Halbwertszeit einmal verabschiedeter Ziele variiert im alltäglichen Planungsgeschäft merklich.

Auf gleicher Augenhöhe?

Und dann sind da noch die vielen Privaten. Die Akteurskonstellationen sehen dabei von Ort zu Ort verschieden aus, auch wenn sich Übereinstimmungen bei den Schlüsselakteuren abzeichnen:

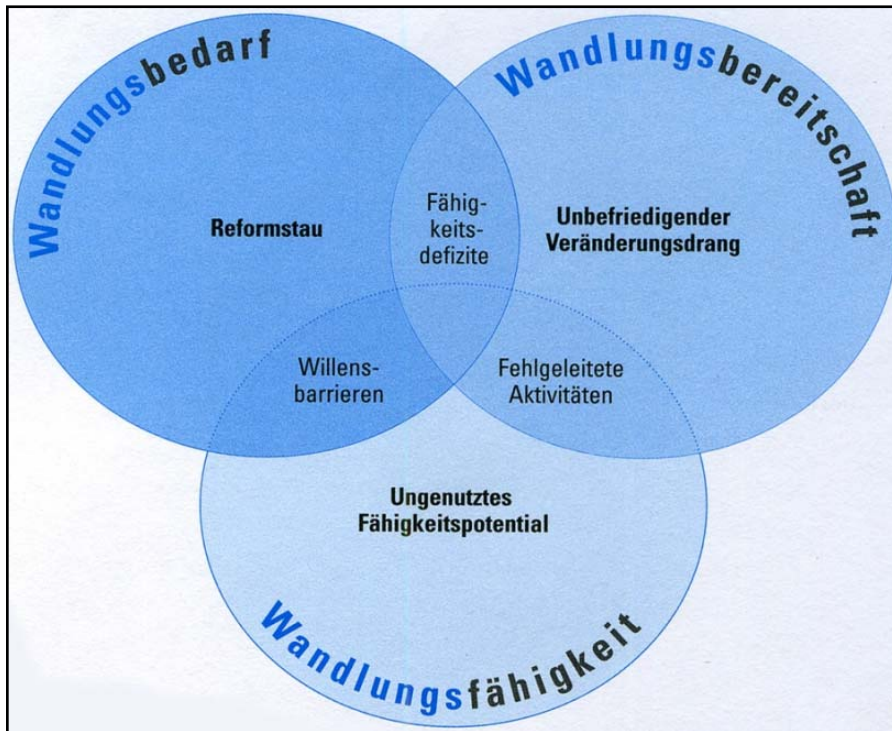
- Grundstücks- sowie Immobilienbesitzer/-eigentümer nehmen unbestritten eine zentrale Rolle für die Siedlungsentwicklung ein. Ist die Kommune selber im Besitz von Flächen, kann sie dadurch ggf. den Einfluss „von außen“ minimieren.
- Für den Umgang mit dem Wohnungsbestand sind sowohl größere Wohnungsunternehmen als auch eine Vielzahl an Kleineigentümern wesentlich. Diese verfolgen allerdings je nach individueller Situation (Bestandsverbesserer, Bestandserhalter, Exit-Strategie; vgl. BMVBS/BBR 2007) ganz unterschiedliche Interessen, so dass auch hier nicht von einer homogenen Akteursgruppe die Rede sein kann.

- Bürgerinnen und Bürger beeinflussen auf verschiedene Art und Weise die Flächenentwicklung ihrer Kommune: Je nach Rolle sind direkter/unmittelbarer und indirekter/mittelbarer Einfluss zu unterscheiden – etwa als Bürgerin in Beteiligungsverfahren, als kommunalpolitischer Wähler, als Kundin städtischer Dienstleistungen sowie als Nachfrager am Boden- oder Wohnungsmarkt. Die Kommunalpolitik ist bemüht, den (vermuteten) Präferenzen gerecht zu werden, so dass der indirekte Einfluss durchaus erheblich ausfallen kann.

Zwischen öffentlichen und privaten Akteuren bestehen ganz unterschiedliche Bezüge, die hier nicht ausführlich dargestellt werden können. Vielmehr werden zwei Fragen aufgegriffen: (1.) Wie wird der Einfluss Privater seitens der öffentlichen Akteure eingeschätzt? (2.) Wie sehen die befragten öffentlichen Akteure ihre eigenen Steuerungsmöglichkeiten im Zusammenspiel mit Privaten?

Zur ersten Frage gehen die Einschätzungen auseinander. So wird in einer wirtschaftlich schwachen Kommune gemutmaßt, dass der Einfluss Privater eher abnimmt, da weniger Investoren vor Ort aktiv sind. Aufgrund geringer Renditemöglichkeiten, höherer Risiken, fehlender Arbeitskräfte oder schlechtem Image bleiben die Nachfragen aus. Von daher sei der Einfluss auch nicht besonders groß. Hingegen wird andernorts bei ähnlichen Rahmenbedingungen berichtet, dass die Bedeutung einzelner privater Investoren für die räumliche Entwicklung zunehme, da den öffentlichen Akteuren „die Auswahlmöglichkeiten zwischen Anfragen von außen“ fehlen. Man müsse „nehmen was kommt“. Zudem spielten die Investoren in dem Wissen um diese Situation ihre Verhandlungsposition gegenüber den Kommunen bisweilen aus. Und in wieder anderen Kommunen wird mit Blick auf die Bestandsentwicklung gesagt, dass die private Einflussnahme enorm sei. Beispielsweise ist aus zahlreichen Stadtumbaugebieten zu hören, dass die Vielfalt der Akteure (Eigentümer, Versorger, Banken, Nutzer, Nachbarn etc.) das Geschäft recht schwierig mache. In der Rückbaupraxis zeichnet sich ein starker wohnungswirtschaftlicher Einfluss auf den Umgang mit Wohnbauflächen ab. Welche Bestände wann und wie rück- oder umgebaut werden, richtet sich in erster Linie nach betriebswirtschaftlichen Aspekten der Wohnungsunternehmen und weniger nach städtebaulichen Vorstellungen. Es müssen also nicht immer gewichtige Investoren oder Kreditinstitute sein, die durch wirtschaftliche Macht Prozesse dominieren, es können auch Kleineigentümer im Bestand, Wohnungsunternehmen oder wenig kooperative Grundbesitzer sein, die durch ihre Rollen und (Nicht-)Aktivitäten die Entwicklungen maßgeblich prägen.

Auch zur zweiten Frage gehen die Meinungen auseinander: Einzelne kommunale Akteure schätzen die eigenen Steuerungsmöglichkeiten als recht hoch ein. Die kommunale Planungshoheit sei ihrer Einschätzung nach maßgebend, vor allem durch die Möglichkeit zur Rechtsprechung: „Die Bauleitplanung gibt den Rahmen vor.“ Auch der eigene Flächenbesitz verschaffe der Kommune Einflussmöglichkeiten. Andere sehen die Steuerungsmöglichkeiten öffentlicher Vertreter hingegen als gering an: „Investoren sagen im Prinzip, wo es lang geht“ und der enorme Einfluss Privater würde größtenteils politisch bewusst zugelassen. Die eigenen Kassen sind leer und auf die vermeintliche Planungshoheit werde nur selektiv zurückgegriffen. Diese werde nicht konsequent genutzt, um eigene baulich-räumliche Ziele zu erreichen, sondern zu oft nach Wirtschaftsinteressen ausgerichtet.



schaftskrisen: „Sind unsere Institutionen dazu in der Lage, einen Schritt zu machen, der über den Tellerrand des Systems, was sie hervorgebracht hat, hinausführt? Oder ist ihre Rolle nicht eigentlich, den Status Quo zu schützen und systemimmanent zu bewahren (...), weil alles, was darüber hinausgeht, sich ihrer Kontrolle entziehen und ihre Funktion und Identität obsolet machen könnte?“ Demnach wäre es eher müßig, darauf zu warten, dass die Impulse für einen Kurswechsel – weg von einer Wachstumsorientierung – aus den Institutionen selbst kommen. Vielmehr sind zahlreiche Initiativen in möglichst vielen Handlungsbereichen gefragt. Dabei wird es nicht die eine Lösung geben, sondern eine Vielzahl an Einflüssen, Ideen und Vorgehensweisen verschiedener Akteure.

Sollen zukunftstaugliche Stadtentwicklungsstrategien auf den Weg gebracht und Weichen für die Postwachstumsstadt gestellt werden, so bedarf es einer intensiven Auseinandersetzung mit den relevanten Akteuren, ihren Interessen und Handlungslogiken. Die

Abbildung 4: Typische Probleme in Veränderungsprozessen (Kristof 2010, 28)

- Eine dritte Sichtweise relativiert hingegen die grundsätzlichen Reichweiten hoheitlicher und privater Einflussnahmen: Die Entwicklung von Siedlungsflächen würde „weniger durch harte Steuerung von oben“, sondern mehr durch Aushandlungsprozesse und Kooperation geprägt: „Es ist immer ein Kompromiss.“ Dabei hätten allerdings auch Private nicht „per se mehr Macht“. Vielmehr komme es auf das Verhandlungsgeschick und die guten Argumente an. „Auch wenn die wesentlichen Impulse von den Privaten ausgehen (...), muss das nicht zwangsläufig heißen, dass sie ungebremst Einfluss nehmen können.“

Während einige öffentliche Vertreter insgesamt einen Steuerungsverlust beklagen, beurteilen andere die Präsenz und Aktivitäten Privater weniger negativ: Es mache Spaß, „auf gleicher Augenhöhe“ gemeinsam zu agieren. Es sei eine Bereicherung, dass kommunale Planer gemeinsam mit Bauträgern oder Projektentwicklern Vorhaben auf den Weg bringen.

Obschon die öffentlichen Akteure ihre eigenen Bezüge zu und die Einflussnahme durch Private recht heterogen wahrnehmen, besteht in einem Punkt Konsens: Wesentlich für die öffentlichen Steuerungs Bemühungen ist es, konkrete Ziele zu haben, die nach innen und außen verbindlich kommuniziert werden. Gleichwohl die Steuerungspraxis zeigt, dass das alleinige Vorhandensein von Zielen noch nicht deren konsequente Umsetzung garantiert. Zahlreiche Beispiele zeigen, dass einstmal verabschiedete Ziele im Planungsalltag oftmals dem Ringen um Wirtschaftskraft und Arbeitsplätze nachgeordnet werden...

5. Resümee

...womit wir wieder beim Thema Wachstum angelangt wären. Doch wie befreit man sich aus eben dieser Schleife? Wer kann hier einen Beitrag leisten? Ein Gedanke von Geseko v. Lüpke (2011, 73) ist aufschlussreich. Er fragt mit Blick auf aktuelle Wirt-

Governanceforschung ist gefragt, hier das gesamte relevante Akteurspektrum, die jeweiligen Konstellationen und Interaktionen in den Blick zu nehmen. Empirische Multiakteursstudien können helfen, verschiedene Rationalitäten und Logiken zu erkennen und damit Anknüpfungspunkte für Neuerungen zu identifizieren.

In der Planungspraxis bieten demographische Umbrüche und Herausforderungen für die Stadtentwicklung zumindest eine Chance, gängige Steuerungsformen und -ausrichtungen zu überdenken. Dass neue Wege möglich sind, belegen Stadtumbaubeispiele aus Ost wie West, verdeutlichen verschiedene Projekte zur Zwischennutzung, zeigen Erfolge zur Revitalisierung innerstädtischer Flächen. Diese kleinen Inseln sind weiter in den Blick zu nehmen und auszubauen. Vielleicht lassen sich in der Verknüpfung dieser punktuellen Geschehnisse neue Steuerungspfade etablieren. Voraussetzung ist allerdings, dass man sich im Umgang mit Transformationen oder Krisen neuen Ideen öffnet und nicht als alleiniges Ziel vor Augen hat, den Status quo zu sichern oder einen Zustand herzustellen, der genau so sein soll wie vor der Krise. Konservierende Haltungen sind in diesem Fall wenig nützlich. Doch eben diese Beständigkeiten kennzeichnen mancherorts das Steuerungsverhalten in der Siedlungsentwicklung. Das Problembewusstsein hinsichtlich veränderter demographischer Realitäten ist nicht bei allen Akteuren gleichermaßen ausgeprägt. Teils gibt es Indizien dahingehend, das bestehende (Nicht!) Wissen zu verteidigen, statt eingeübtes Handeln zu hinterfragen. Dörner (2003, 266f) geht davon aus, dass eine wesentliche Triebfeder, ein zentrales Handlungsmotiv des Menschen die Aufrechterhaltung der „Kompetenzillusion“ ist: Menschen wollen recht haben.

Widmen wir uns der Frage, wie Wege zum Wandel beschritten werden können. Kristof (2010) liefert hierzu hilfreiche Hinweise. Sie führt als Voraussetzung auf: „Erfolgreiche Veränderungen wird es nur dann geben, wenn die Wandlungsfähigkeit – also Kennen und Können – mit der Wandlungsbereitschaft zusammentrifft –

dem Wollen und Sollen.“ (ebenda 27) Defizite und Widerstände gegenüber Wandel liegen nach ihren Aussagen in den Bereichen Information, Qualifikation, Motivation und Organisation (siehe Abb. 5). Im Handlungsfeld der Siedlungsflächenentwicklung liegen die Hemmnisse, den hier vorliegenden empirischen Kenntnissen zufolge, vor allem in der Wandlungsbereitschaft.

Folglich bleibt es ein schwieriges Unterfangen, den Übergang zur Postwachstumsgesellschaft zu gestalten – auch wenn in Anbetracht der Ressourcenbegrenztheit kaum eine Alternative bleibt. Bleibt zu fragen, woher eigentlich die Grundannahme kommt, dass *mehr* immer *besser* ist und dass der Mensch immer *mehr* will? Dazu stellen Hauffe und Karcher (2010, 73f) fest, dass es für eine Bestätigung dieser Annahme weder eine theoretische Herleitung noch fundierte empirische Erkenntnisse gibt. Eine Annahme wird also zur Wahrheit gemacht. Und dieser folgt auch die räumliche Planung noch all zu oft.

Literaturverzeichnis

- BBR – Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hg.) (2005): Raumordnungsbericht 2005. (Berichte, Band 21), Bonn
- BBR – Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hg.) (2007): Kreislaufwirtschaft in der städtischen/stadtregionalen Flächennutzung. In: Werkstatt: Praxis, Heft 51, Bonn
- BMVBS/BBR – Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung/Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hg.) (2006): Perspektive Flächenkreislaufwirtschaft. Kreislaufwirtschaft in der städtischen/stadtregionalen Flächennutzung – Fläche im Kreis. Ein ExWoSt-Forschungsfeld. (Sonderveröffentlichung „Fläche im Kreis“, Bd. 1). Bonn
- BMVBS/BBR – Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung/Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hg.) (2007): Private Eigentümer im Stadtbau. Viele einzelne Eigentümer und unterschiedliche Eigentumsverhältnisse: Chance oder Hemmnis beim Stadtbau West? (Werkstatt: Praxis, Heft 47), Bonn
- BMVBS/BBR – Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung/Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hg.) (2008): Evaluierung des Bund-Länder-Programms Stadtbau Ost. Gutachten. Berlin
- Hauffe, Petra; Karcher, Judith (2010): Stillstand ist der Tod. Worauf beruht das Postulat des steten Wachstums? In: polar – Zeitschrift für politische Philosophie und Kultur, 9, 73-77
- Klemme, Marion; Selle, Klaus (2009): Siedlungsflächen entwickeln – Planungsverständnis überprüfen. Alltägliche Aufgaben der Stadtplanung als Gegenstand empirisch orientierter Forschung. In: disp 4/2009, 6-17
- Klemme, Marion (2010): Stadtentwicklung ohne Wachstum. Zur Praxis kommunaler Siedlungsflächenentwicklung. Empirische Befunde und Folgerungen zu Steuerungsverständnissen und -formen öffentlicher Akteure. Saarbrücken
- Klemme, Marion; Selle, Klaus (Hg.) (2010): Siedlungsflächen entwickeln. Akteure, Interdependenzen, Optionen. (edition | stadtentwicklung) Detmold
- Koziol, Matthias (2004): Folgen des demographischen Wandels für die kommunale Infrastruktur. In: Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften, 43, 1/2004, 69-83
- Kristof, Kora (2010): Wege zum Wandel. Wie wir gesellschaftliche Veränderungen erfolgreicher gestalten können. München
- Lüpke, Geseko v. (2011): „Wirtschaftskrise – Menschheitschance?“ In: Elsen, Susanne (Hg.): Ökosoziale Transformation. Solidarische Ökonomie und die Gestaltung des Gemeinwesens. (AG SPAK Bücher, M 244, Reihe Gemeinwesen) Neu-Ulm, 66-89
- Mayer, Tilman (2011): Demografiepolitik – gestalten oder verwalten? In: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), 10-11/2011, 11-18
- Mayntz, Renate (1997): Soziale Dynamik und politische Steuerung: theoretische und methodologische Überlegungen. Frankfurt am Main/New York
- Meadows, Donella; Meadows, Dennis; Randers, Jorgen (1992): Die neuen Grenzen des Wachstums. Die Lage der Menschheit: Bedrohung und Zukunftschancen. 2. Aufl., Stuttgart
- Schmitt, Gisela; Selle, Klaus (Hrsg.) (2008): Bestand? Perspektiven für das Wohnen in der Stadt. (edition stadt | entwicklung) Dortmund
- Seidl, Irmi; Zahrt, Angelika (2010): Argumente für einen Abschied vom Paradigma des Wirtschaftswachstums. In: Seidl, Irmi; Zahrt, Angelika (Hg.): Postwachstumsgesellschaft. Konzepte für die Zukunft. Marburg
- Siedentop, Stefan (2005): Problemdimensionen der Flächeninanspruchnahme. In: Besecke, Anja; Hänsch, Robert; Pinetzki, Michael (Hrsg.): Das Flächensparbuch. Diskussionen zu Flächenverbrauch und lokalem Bodenbewusstsein. (IRS Diskussionsbeiträge. Heft 56), Berlin, 19-28
- Steurer, Reinhard (2002): Der Wachstumdiskurs in Wissenschaft und Politik. Berlin
- Jackson, Tim (Hg.) (2009): Prosperity without growth? The transition to a sustainable economy. Published by Sustainable Development Commission, UK
- UBA – Umweltbundesamt (2011): Boden. Flächenverbrauch und Versiegelung. Siehe <http://www.umweltbundesamt.de/boden-und-altlasten/boden/gefaehrungen/flaeche.htm> (Zugriff: 22.06.2011)

Autorin

Prof. Dr. Marion Klemme
Institut für Geographie
Westfälische Wilhelms-Universität Münster
marion.klemme@uni.muenster.de

Roswitha Eisentraut

Alternde Bevölkerung und ländlicher Raum Sachsen-Anhalts: Bürgerschaftliches Engagement als Chance für eine solidarische Gesellschaft

1. Alternde Bevölkerung im ländlichen Raum Sachsen-Anhalts

Im ländlichen Raum Sachsen-Anhalts ist der demographische Wandel wesentlich von zwei Entwicklungen geprägt, einer zunehmenden Alterung der Bevölkerung einerseits und Wanderungsprozessen andererseits. Generell lässt sich sagen, dass Sachsen-Anhalt seit 1989 von allen Neuen Bundesländern den größten Bevölkerungsrückgang zu verzeichnen hat. Die zunehmende Alterung der Bevölkerung resultiert hier vor allem aus der Abwanderung Jüngerer. Wenn man sich auf das Wanderungsgeschehen konzentriert, so gilt ebenfalls für alle Neuen Bundesländer, dass sich am Wanderungsgeschehen mehr Frauen als Männer beteiligen, d.h. die Nettowanderungsziffern der Frauen sind im allgemeinen höher als die der Männer. Der Wanderungsverlust betrifft sowohl die Altersgruppe der unter 25-jährigen als auch generell die Gruppe der Erwerbstätigen. Neben den Wanderungsverlusten tragen der Geburtenrückgang einerseits und die steigende Lebenserwartung andererseits zu einer Zunahme des Anteils älterer Bürger in allen Neuen Bundesländern bei.

Die genannten Entwicklungen haben gravierende Auswirkungen auf das gesellschaftliche Zusammenleben, u.a. auf das Beziehungsgefüge zwischen den Generationen. Daraus resultierend wächst die Einsicht, dass über herkömmliche, an der stadträumlichen Entwicklung orientierte Konzepte hinaus u.a. auch eine Stärkung des sozialen Profils der Städte und Gemeinden erforderlich ist.

Generationenbeziehungen erleben in diesem Zusammenhang derzeit als Forschungs- und Arbeitsthema eine Renaissance. Das ist nicht wirklich erstaunlich, findet doch soziales Miteinander immer im Rahmen von Generationenbeziehungen statt. Bislang standen jedoch häufig familiäre Generationenbeziehungen im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses, ging es darum, Familienstrukturen zu unterstützen und zu stärken. Dies ist ohne Frage wichtig. Immer mehr aber wird deutlich, dass familiäre Strukturen nicht ausschließliches Muster intergenerationaler Begegnungen sein können. Mobilitäts- und Individualisierungsprozesse haben zur Folge, dass Großeltern weit entfernt von ihren Kindern und Enkeln wohnen, Vater oder Mutter zur Arbeit in andere Bundesländer pendeln, Kinder mit nur einem Elternteil aufwachsen oder sich Paare aus den verschiedensten Gründen von vornherein gegen eigene Kinder entscheiden. Das schärft den Blick für die Bedeutung außerfamiliärer Generationenbeziehungen, denn es zeigt, dass wir zukünftig stärker auf außerfamiliäre Netzwerke angewiesen sein werden. Generationsübergreifendes Miteinander außerhalb von Familien muss deshalb intensiver als bisher erprobt und unterstützt werden; vor allem bedarf es neuer Kreativität und Gestaltungsmöglichkeiten.

Intergenerationelle Projekte stellen eine Möglichkeit kreativer Gestaltung außerfamiliärer Begegnungen zwischen den Generationen dar. Obwohl intergenerative Ansätze inzwischen durchaus überregionale Aufmerksamkeit erfahren haben, gewinnen sie im ländlichen Raum Sachsen-Anhalts erst seit wenigen Jahren an Relevanz.

Fragt man nach den Ressourcen von Generationenbeziehungen, so sind es zunächst einmal zwei Entwicklungslinien, die die gegen-

wärtige Diskussion bestimmen. Die eine Linie betont einen sich (vermeintlich) verschärfenden Konflikt zwischen den Generationen und unterstellt eine prinzipielle Unvereinbarkeit der Interessenlagen von Älteren und Jüngeren: von einem „Kampf der Generationen“ spricht Gronemeyer (2004) und das Vokabular lässt sich steigern: auch nach einem „Krieg zwischen den Generationen“ ist schon gefragt worden (vgl. Mohl 1993). Die zweite Entwicklungslinie setzt im Gegensatz dazu eine prinzipielle Vereinbarkeit der Interessenlagen von Jüngeren und Älteren voraus. Weil Jung und Alt über jeweils andere Ressourcen (und Problemlagen) verfügen, können sie voneinander lernen und sich gegenseitig unterstützen. Greift man diese zweite Entwicklungslinie auf und konzentriert sich auf konkrete Möglichkeiten der Gestaltung außerfamiliärer Generationenbeziehungen, so kann man fragen: welche Ressourcen sind es, die sich im Sinne sozialen Zusammenhaltes mobilisieren lassen, um so Lebensqualität zu bewahren, und welche Strukturen wirken hierbei unterstützend? Intergenerationellen Beziehungen z.B. im Rahmen bürgerschaftlichen Engagements wird das Potential zugeschrieben, gesellschaftliche Probleme zu mindern und die Kompetenzen und Ressourcen von Älteren und Jüngeren füreinander zu erschließen. In der Schweiz wird in diesem Zusammenhang der Begriff der generationenübergreifenden Gemeinde geprägt.

Vor diesem Hintergrund wurden die objektiv vorhandenen strukturellen Bedingungen in ausgewählten ländlichen Regionen Sachsen-Anhalts einerseits und die subjektiv empfundene Lebensqualität der Bevölkerung dieser Regionen andererseits untersucht. Besondere Aufmerksamkeit erfuhren intergenerationale Beziehungen im Rahmen bürgerschaftlichen Engagements, lassen sich doch gerade bei der älteren Generation Ressourcen vermuten, die auch jenseits von Familienstrukturen zur Stabilisierung von Lebensqualität beitragen und damit der Sicherung der Daseinsvorsorge dienen könnten. Die Forschungsfrage lautete vor diesem Hintergrund: Wie können intergenerationale Beziehungen zur Stabilisierung und Verbesserung der Lebensqualität der Bevölkerung im ländlichen Sachsen-Anhalt beitragen?

Die Untersuchungen konzentrierten sich auf den Landkreis Anhalt-Bitterfeld und die (LEADER-)Regionen Bördeland, Wittenberger Land und (Naturpark) Saale-Unstrut-Triasland. Bezüglich der demographischen Randbedingungen sei hier beispielhaft die sozialstrukturelle Entwicklung im Landkreis Anhalt-Bitterfeld dargelegt. Der Landkreis Anhalt-Bitterfeld existiert in seiner heutigen Form seit der Gebietsreform vom 1. Juli 2007 und besteht aus den ehemaligen Landkreisen Bitterfeld, Köthen und Teilen des Kreises Anhalt-Zerbst. Köthen bildet als Kreisstadt das administrative Zentrum des Landkreises. Die Daten des Statistischen Landesamtes Sachsen-Anhalt zeigen, dass auch der Landkreis Anhalt-Bitterfeld einen erheblichen Bevölkerungsrückgang erfahren hat. Im Zeitabschnitt von 1990 bis 2008 sank die Bevölkerung um etwa 47.000 Personen auf etwa 183.000.¹ Dies ist ein relativer Bevölkerungsrückgang von etwa 20%. Damit liegt Anhalt-Bitterfeld deutlich über dem durchschnittlichen relativen Bevölkerungsverlust aller Landkreise und kreisfreien Städte im gleichen Zeitraum von etwa 17%².

¹ http://www.statistik.sachsen-anhalt.de/download/stat_berichte/6A108_j_2009.pdf (Zugriffsdatum: 20.04.2011)

² http://www.statistik.sachsen-anhalt.de/download/stat_berichte/6A108_j_2009.pdf (Zugriffsdatum: 20.04.2011).

Auch für Anhalt-Bitterfeld gilt, dass der Bevölkerungsrückgang maßgeblich auf Abwanderung aus der Region zurückzuführen ist. Der recht massive Bevölkerungsverlust hat einen erheblichen Einfluss auf den Wandel der Bevölkerungsstruktur, insbesondere ist ein deutlicher Rückgang des Anteils der Bevölkerung im Alter von unter 15 Jahren zu verzeichnen. Der Anteil dieser Gruppe sank zwischen 1991 und 2009 von 18,6% auf 10,1%. Im gleichen Zeitraum stieg der Anteil der Bevölkerung im Alter von 65 Jahren und älter von 14,3% auf 24,2 %.³

2. Bürgerschaftliches Engagement im Rahmen intergenerationaler Beziehungen

Wenn man danach fragt, wie bürgerschaftliches Engagement im Rahmen intergenerationaler Beziehungen zur Stabilisierung und Verbesserung der Lebensqualität der Bevölkerung in Sachsen-Anhalt beitragen kann, stellt sich zuvor die Frage nach der konkreten Betroffenheit einzelner Generationen von Prozessen demographischen Wandels. Hier zeigt sich vor allem, dass es gegenwärtig noch nicht die ältere Generation ist, die von den Auswirkungen demographischen Wandels vorrangig betroffen ist; Altersarmut z.B. ist derzeit noch ein Thema, das nur wenige der Älteren in Sachsen-Anhalt persönlich berührt. Demgegenüber sind es insbesondere die Kinder und Jugendlichen, die eines herausragenden Engagements bzw. besonderer Anstrengungen bedürfen, um ihre Zukunfts-, insbesondere auch ihre Partizipationschancen möglichst optimal zur Entfaltung zu bringen.

Folgt man den voran gegangenen Überlegungen, dann stellt sich im Hinblick auf Herausforderungen im Zusammenhang mit Prozessen demographischen Wandels die Frage, „welche Lebensformen die Jungen in soziale Prozesse integrieren und die Alten nicht ausschließen“ (Knopf 2000, 144). Lüscher bemängelt, dass Untersuchungen darüber fehlen, ob und wie Alt und Jung „ihre „erweiterte“ gemeinsame Lebenszeit nutzen“ (Lüscher 1997, 46) und Philipp stellt die Frage, „an welchen Orten „Jung“ und „Alt“ außerhalb von Familien aufeinandertreffen, wie häufig dies der Fall ist, von wem womöglich Versuche der Kontaktaufnahme ausgehen und wie diese enden“ (Philipp 1997, 235). Auf Fragen wie diese sollte die Untersuchung ebenfalls Antwort geben. Intergenerationelle Projekte stellen „inszenierte“ Formen der Begegnung dar; die Begegnungen kommen also nicht zufällig zustande; sie implizieren auch eine gewisse Regelmäßigkeit. Durch diese Regelmäßigkeit sind Rahmenbedingungen gegeben, um das leisten zu können, was Lang und Baltes als Herausforderungen für eine Generationendiskussion herausarbeiten. Für Lang und Baltes sind Rollenmöglichkeiten Älterer auf „Formen der Generativität“ bezogen (vgl. Lang und Baltes 1997, 173 ff.). Zu den möglichen (Ausübungs-)Formen von Generativität gehört es, über das eigene Leben hinaus bestehende Werte zu schaffen. Worauf es dabei ankommt ist, dass Menschen „Funktions- und Aktivitätsbereiche auswählen, die den eigenen Vorlieben und Fähigkeiten entsprechen. Dies bedeutet aber auch, daß Generativität voraussetzt, daß alternde Menschen eigene Möglichkeiten und Bedürfnisse adäquat einschätzen und diese in Einklang mit den Anforderungen und Angeboten der Umwelt bringen.“ (ebenda, 173) Die Schaffung über das eigene Leben hinaus bestehender Werte hängt damit in starkem Maße von einer Auswahl adäquater Werte,

Lebensziele und Sozialkontakte ab, zu denen z.B. auch bürgerschaftliches Engagement in intergenerationalen Projekten zählt.

Aber: Wollen sich Ältere überhaupt für Jüngere engagieren? Man muss zunächst einmal festhalten, dass die heutige Generation Älterer höher gebildet und wesentlich flexibler als Vorgängergenerationen ist. Weil sowohl die nachfamiliale als auch die nachberufliche Phase erheblich länger sind als früher, beziehen sich die Aktivitäten der Älteren auch nicht nur auf ihre Familie, sondern sind auch außerfamilial nachzuweisen. Die Altersphase umfasst heute einen eigenständigen Lebensabschnitt, der mittlerweile zwanzig bis dreißig Jahre umspannt. Ressourcen und Kompetenzen Älterer auf der einen und ein gewachsenes Freizeitpotenzial auf der anderen Seite führen zu einer erhöhten Nachfrage nach Betätigungsmöglichkeiten. Dies wirft angesichts demographischer Verschiebungen und daraus resultierender Belastungen der Sozialsysteme auch die Frage auf, ob und wie Ältere einen Beitrag zur Entschärfung des belasteten Generationengefüges leisten könnten. Fragt man die Älteren selbst, welche Aktivitäten sie gern entfalten bzw. welche Tätigkeiten sie gern ausüben würden, so lassen sich diese Aktivitäten eher durch menschliche und zwischenmenschliche Qualitäten kennzeichnen. Dies veranlasste uns, zunächst bürgerschaftliches Engagement von Älteren für Jüngere in den Blick zu nehmen.

Bürgerschaftliches Engagement im Rahmen intergenerationaler Beziehungen wird als Ressource zur Entlastung bzw. zur Ergänzung kommunaler Strukturen der Daseinsvorsorge betrachtet. Die in diesem Zusammenhang in drei studentischen Forschungsprojekten (2008-2010) untersuchten Strukturen waren dabei ganz unterschiedlicher Art und umfassten z.B. Freiwilligenagenturen, Mehrgenerationenhäuser, Fördervereine, Frauenzentren. Als Forschungsinstrument wurde das von Witzel (vgl. Witzel 1982; 1989 und 1996) entwickelte problemzentrierte Interview gewählt; es erschien deshalb besonders geeignet, weil es sowohl im Hinblick auf seine theoretische Begründung als auch im Hinblick auf Datenerhebung und -analyse gut ausgearbeitet ist. Ergänzend wurde im Wittenberger Land eine Bevölkerungsbefragung zu Bereichen von Lebensqualität, u.a. mit dem Schwerpunkt „Bürgerschaftliches Engagement“ umgesetzt.

Zunächst sollen zwei Beispiele aus dem Landkreis Anhalt-Bitterfeld vorgestellt werden, ehe auf die Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung im Wittenberger Land eingegangen wird. Das erste Beispiel nimmt die Freiwilligenagentur MehrWERT in Wolfen in den Blick. Sie hat es sich zum Ziel gesetzt, die Bedeutung bürgerschaftlichen Engagements für das soziale Miteinander transparent zu machen und Menschen für bürgerschaftliches Engagement zu gewinnen, indem ihnen Perspektiven für eine aktive Gestaltung des gemeinsamen Lebensumfeldes aufgezeigt werden. Die Freiwilligenagentur MehrWERT bietet zahlreiche Möglichkeiten, sich zu engagieren. Ihr Angebot umfasst zunächst die Beratung von engagementbereiten Menschen in Abhängigkeit von vorliegenden Interessenlagen und nachfolgend die Vermittlung in geeignete Projekte von gemeinwesenorientierten Vereinen und Organisationen in den Bereichen Soziales, Kultur, Sport oder Bildung. Um den aktuellen Bedarf für ein ehrenamtliches Engagement bei den entsprechenden Akteuren vor Ort zu erfahren, stehen die Verantwortlichen der Freiwilligenagentur MehrWERT interessierten Vereinen und Organisationen als Ansprechpartner zur Verfügung.

³ <http://www.stala.sachsen-anhalt.de/apps/StrukturKompass/indikator/zeitreihe/17> (Zugriffsdatum: 20.04.2011).

Die studentische Forschungsgruppe bildete im Vorfeld der Untersuchung von MehrWert folgende Hypothesen:

- *H1: In der jüngeren Generation engagieren sich vorwiegend Frauen ehrenamtlich; mit steigendem Lebensalter nimmt der Anteil der Männer am ehrenamtlichen Engagement zu.*
- *H2: Bei freiwilligem Engagement geht es für Jüngere vor allem um die Berücksichtigung eigener Interessen. Ältere orientieren sich eher am Gemeinwohl und an Nützlichkeitsaspekten.*
- *H3: Je mehr soziales Kapital bei einer Person vorhanden ist, desto mehr wird sie soziales Kapital an andere vermitteln. (Wer Ressourcen hat, stellt sie zur Verfügung.)*

Die Untersuchungsergebnisse bestätigen die Hypothesen nur teilweise.

Hypothese 1: Bei MehrWERT sind in der jüngeren und mittleren Generationen tatsächlich mehr Frauen freiwillig tätig als Männer; am geringsten ist der Anteil an Männern bei den Freiwilligen bis 25 Jahren. In der älteren Generation gleichen sich die Anteile an ehrenamtlich tätigen Männern und Frauen mehr und mehr an; bei den Freiwilligen über 65 Jahren sind mehr Männer als Frauen engagiert.

Die Untersuchung der Hypothese 2 zeigt, dass die jüngere Generation tatsächlich die meisten interessenorientierten Motive nennt. Diese beziehen sich häufig auf das zukünftige Berufsleben. Bei MehrWERT wollen die Jugendlichen ihre Teamfähigkeit testen, sehen, ob sie die gestellten Aufgaben während der Arbeit erfüllen können, ob sie z.B. mit Senioren und Demenzkranken zurecht kommen. Auf die Berücksichtigung eigener Interessen legen aber auch die Befragten der anderen Generationen Wert. In diesem Zusammenhang wird gerade auch bei den Befragten der mittleren Generation häufig der Wunsch genannt, neue berufliche Perspektiven erschließen zu wollen, aus der Arbeitslosigkeit herauszutreten und in der Gemeinschaft Kraft zu schöpfen. Gemeinwohlorientierung wird von den Interviewpartnern aller Generationen im gleichen Maße angegeben; hier besteht kein Unterschied zwischen den interviewten Generationen.

Die Hypothese 3 kann nicht bestätigt werden. Es lässt sich feststellen, dass die Befragten vor ihrem Engagement bei MehrWERT über ganz unterschiedliches Sozialkapital verfügten. Einige Befragte hatten durch Arbeitslosigkeit fast alle sozialen Kontakte verloren; andere berichteten von einem großen Bekanntenkreis und viel Unterstützung. Es gibt keinen Hinweis darauf, dass Engagierte freiwillig tätig sind, weil sie mehr soziales Kapital besitzen, vielmehr deutet das Material der Interviews eher auf eine andere Kausalität: die Freiwilligen besitzen mehr soziales Kapital, seitdem sie sich engagieren. Alle Befragten betonen, dass sie ihre Kontakte ausgebaut haben und sich ihr Bekanntenkreis und ihre Unterstützungsnetzwerke vergrößert haben. Insgesamt lässt sich also bei den Interviewten nicht feststellen, dass eine höhere Menge an sozialem Kapital späteres freiwilliges Engagement positiv begünstigt.

Die Interviews mit den Engagierten machen deutlich, dass verschiedene Projekte der MehrWERT-Agentur in Wolfen intergenerationelles Engagement fördern. Besonders hervorzuheben für das Engagement Älterer für Jüngere sind hier das Projekt „seniorTrainerInnen“ und das Lesepaten-Projekt „Lesewölfe“. Die

seniorTrainerInnen werden in verschiedenen kommunalen Handlungsfeldern tätig. So gestalten sie beispielsweise mit Kindern und Jugendlichen in Kindertagesstätten, Schulen oder Jugendfreizeiteinrichtungen Bildungs- oder Kreativprojekte.⁴ Im Lesepaten-Projekt steht das Vorlesen im Mittelpunkt. Ehrenamtliche VorleserInnen möchten insbesondere Kindern im Vorschulalter erreichen, um bei ihnen die Lust auf Bücher zu wecken, ihre Phantasie anzuregen, das Geschichten(nach)erzählen zu fördern und Sprachkompetenz zu entwickeln.

Das zweite Beispiel bezieht sich auf das Mehrgenerationenhaus Wolfen-Nord. In Mehrgenerationenhäusern soll besonders der intergenerationelle Kontakt gefördert und ein neues Modell von Gemeinschaftlichkeit erprobt werden, das den Anforderungen der modernen Gesellschaft und Arbeitswelt Rechnung tragen soll. Im Landkreis Anhalt-Bitterfeld ist das lokale Bündnis für Familie für die inhaltliche Arbeit des Mehrgenerationenhauses verantwortlich. Die Verantwortlichen zielen darauf, generationsübergreifende Angebote umzusetzen und weiterzuentwickeln. Dabei sehen sie das Mehrgenerationenhaus als offenen Ort, in dem sich Kinder, Jugendliche, Erwachsene, Ältere und sehr Alte im Alltag häufig und selbstverständlich begegnen, einander helfen und voneinander lernen. Der Darstellung der Untersuchungsergebnisse sollen einige Zitate vorangestellt werden:

Zitat 1: „Das kann ich jetzt nur vom Computer sagen, da sind mehr die Jüngeren. In den anderen Werkstätten ist eigentlich Hälfte-Hälfte.“

Zitat 2: „Seit zehn Jahren machen wir mit Leuten der Umgebung, Kindern, und, sagen wir mal von dreißig bis hundert mit jedem irgendwas in unseren Werkstätten. Die Schüler machen ihre Projekttag hier, der Kindergarten macht monatlich 'ne Veranstaltung mit uns, Neptunfest, Indianerfest oder kommen einfach nur mal zum Basteln. Mit den Senioren arbeiten wir zusammen, in dem sie hier herkommen, bei uns Kaffee trinken, sich erst mal 'ne Weile unterhalten, dann meistens in die Floristik gehen oder in die Töpferei, sich dort was herstellen unter Anleitung, dann noch Abendbrot essen und dann gehen sie nach Hause. Dann haben wir auch noch andere Seniorenklubs.“

Zitat 3:

Interviewer: „Und machen die auch Sachen zusammen?“

Leiterin:

„Nee. Also zusammen ... nee, das kann man nicht machen.“

Interviewer: „Warum?“

Leiterin: „Ja, weil die Interessen sind ja dann .. sag ich mal, verschieden, für den einen schreib ich 'nen Lebenslauf und die drinnen spielen Super Mario oder was auch immer.“

An diesen drei ausgewählten Zitaten lassen sich einige Ambivalenzen im Miteinander der Generationen erkennen. Die Interviewergebnisse machen deutlich, dass vor allem die Bewohner des Stadtteils Wolfen-Nord vom Angebotsspektrum des Mehrgenerationenhauses profitieren. Sie, die überdurchschnittlich häufig von Arbeitslosigkeit betroffen sind, bilden eine Art Schicksalsgemeinschaft, die einerseits Angebote des Mehrgenerationenhauses nutzt und die andererseits vor allem von gegenseitiger individuel-

⁴ Zu den aktuellen Handlungsfeldern vgl. <http://www.engagiert-in-anhalt-bitterfeld.de> (Zugriffsdatum: 20.04.2011).

ler Unterstützung geprägt ist. Trotz dieses erwünschten positiven Effektes muss man feststellen, dass intergenerationelles Miteinander im Mehrgenerationenhaus Wolfen-Nord zum Zeitpunkt der Interviewführung eher die Ausnahme bleibt. Durch die Verantwortlichen des Mehrgenerationenhauses wird versucht, potentielle Konflikte zwischen den Generationen von vornherein zu vermeiden, indem die verschiedenen Generationen häufig voneinander getrennt betreut werden. Begründet wird diese Trennung vor allem mit (vermuteten) unterschiedlichen Interessenlagen der Generationen. Kommunikationsmöglichkeiten sind so zwar theoretisch jederzeit vorhanden, werden allerdings eher wenig realisiert.

Ergänzend soll nun auf die Bevölkerungsbefragung im Wittenberg Land eingegangen werden. Befragt wurden Bewohner von Gadegast (mit etwa 200 Einwohnern) und Zschornowitz (mit etwa 2800 Einwohnern) zu Bereichen von Lebensqualität, u.a. zum Schwerpunkt „Bürgerschaftliches Engagement“. Folgende Fragen wurden gestellt:

Frage 1: Wie wichtig sind Ihnen persönlich die Förderung und die Erweiterung des Netzes von Bürgervereinen bzw. -initiativen, schulischen Fördervereinen oder z.B. der Freiwilligen Feuerwehr?

Frage 2: Wie wichtig ist Ihnen persönlich Ihre Mitarbeit in Bürgervereinen bzw. -initiativen, in schulischen Fördervereinen oder z.B. bei der Freiwilligen Feuerwehr?“

Die Auswertung der Befragung ergab für nahezu alle Befragten, dass ihnen die (generelle) Förderung und die Erweiterung des Netzes von Bürgervereinen und -initiativen, schulischen Fördervereinen und z.B. der Freiwilligen Feuerwehr wichtig ist; hingegen zeigen die Befragungsergebnisse ebenso deutlich, dass der dazu eventuell notwendige persönliche Beitrag aus dem Blick gerät, denn die persönliche aktive Mitarbeit in diesen Vereinen war für die Befragten eher unwichtig.

Im Hinblick auf Lebensqualität wurden in der Bevölkerungsbefragung neben dem Schwerpunkt „Bürgerschaftliches Engagement“ weitere Schwerpunkte erhoben. Der für die Lebensqualität der Befragten mit Abstand wichtigste Bereich ist den Ergebnissen zufolge „Verkehr und Infrastruktur“. Die ländliche Bevölkerung ist durch die teils erheblichen Strecken, die zurückgelegt werden müssen, um Arbeitsplätze, Einrichtungen des Gesundheitswesens oder Einkaufsmöglichkeiten zu erreichen, häufig auf den Öffentlichen Nahverkehr angewiesen. Insofern werden hier Verschlechterungen überdurchschnittlich häufig thematisiert und kritisiert. Allerdings – so lässt es zumindest die nachrangige Relevanz des Bereiches „Bürgerschaftliches Engagement“ in den Ergebnissen der Bevölkerungsbefragung vermuten – wird in eben diesem Engagement (z.B. im Rahmen organisierter intergenerationaler Nachbarschaftshilfe) offensichtlich (noch) keine Kompensationsmöglichkeit für wegbrechende oder sich verschlechternde Strukturen gesehen.

3. Bürgerschaftliches Engagement als Chance für eine solidarische Gesellschaft

Für die weitere Untersuchung der Rolle bürgerschaftlichen Engagements sollen einige Anregungen in sieben Punkten zusammengefasst werden:

(1) Die Forschungsergebnisse machen zuerst einmal deutlich, dass außerfamiliale Generationenbeziehungen und ihre potentiellen Ressourcen häufig noch wenig im Blickfeld von Institutionen

und Verantwortlichen sind. (2) Wo sie eine Rolle spielen, wurden sie bislang eher von Seiten der älteren Generation ins Spiel gebracht. (3) Eine Unvereinbarkeit von Interessenlagen Älterer und Jüngerer und damit eventuell einhergehende Stereotypisierungen, die intergenerationellem Engagement im Wege stehen könnten, werden kaum von den Engagierten selbst thematisiert, wohl aber in einigen Fällen von Organisatoren oder Moderatoren bürgerschaftlichen Engagements vermutet. (4) Bürgerschaftliches Engagement im Rahmen intergenerationaler Beziehungen berücksichtigt neben einer Orientierung am Gemeinwohl durchaus eigene Interessen. Zwei häufig in diesem Zusammenhang genannte Motive sind die Erweiterung sozialer Kontakte und die damit erhoffte und tatsächlich einhergehende Entwicklung von Unterstützungsnetzwerken. (5) Darüber hinaus geht es fast immer um Anerkennungserwartungen derer, die sich engagieren. Gerade Ältere wollen das Gefühl haben, dass ihre Fähigkeiten und Erfahrungen von Nutzen sind. (6) Wo es strukturierte Anerkennungszusammenhänge gibt, wird bürgerschaftliches Engagement als hoch befriedigend erlebt. (7) Aber: bürgerschaftliches Engagement bleibt auf unterstützende Rahmenbedingungen angewiesen. Dies kann die Aufwandsentschädigung für Fahrtkosten von Freiwilligen ebenso umfassen wie die Bereitstellung von Räumlichkeiten.

Die Anregungen zusammenfassend, lassen sich abschließend drei Fragen für nachfolgende Untersuchungen formulieren:

1. Welche Rahmenbedingungen fördern ein Engagement der Generationen füreinander?
2. Welche Formen der Solidarität zwischen den Generationen können mobilisiert werden?
3. Wie lassen sich nachhaltige Effekte im Austausch zwischen den Generationen erzielen?

Ein Blick über den Untersuchungsrahmen hinaus erweist sich im Hinblick auf Handlungsempfehlungen als hilfreich. Andere Länder, z.B. Japan oder die USA, nutzen gezielter die Ressourcen Älterer und belohnen sie mit vielfältigen Anerkennungsprozeduren, um vor allem kommunale Strukturen bei der Bewältigung ihrer Aufgaben zu entlasten. Japan ist für einen Vergleich mit den Gegebenheiten intergenerationalen Miteinanders im ländlichen Sachsen-Anhalt deshalb besonders interessant, weil es eine ähnliche demographische Entwicklung aufweist. Die japanische Bevölkerung hat einerseits die höchste Lebenserwartung der Welt und andererseits eine der niedrigsten Geburtenraten, was zu einem rasanten Anstieg des Anteils Älterer an der Gesamtbevölkerung führt. Gleichzeitig wird dadurch der Wandel familialer Strukturen verschärft und beschleunigt. Obwohl von Japan die Vorstellung existiert, dass Japaner familienorientiert leben, Familie einen hohen Stellenwert hat und den Eltern bzw. den Älteren großer Respekt entgegengebracht wird, lässt sich auch in Japan eine Segregation der Generationen beobachten (vgl. Thang 2001). Um diesem Prozess entgegenzuwirken, setzt die japanische Gesellschaft u.a. darauf, die Ressourcen Älterer besser zu erschließen und sie zu motivieren, sich auch jenseits von Familienstrukturen für Jüngere zu engagieren.

Ein Beispiel dafür ist das Kotoen-Modell (vgl. Thang 2001), das darauf zielt, Alt und Jung unter einem Dach zu vereinen, im von Thang beispielhaft untersuchten Fall ein Altersheim, ein Pflegeheim, eine Tagesstätte für an Demenz erkrankte Ältere, eine Tagesstätte für in Rehabilitation befindliche Ältere, eine Tagesbegegnungsstätte für Ältere und eine Kindertagesstätte für Ein- bis

Sechsjährige. Intergenerationelles Miteinander ist in Kotoen täglich möglich z.B. während der gemeinsamen morgendlichen Turnübungen oder nach dem Mittagsschlaf der Kinder im Rahmen der Spielzeit. Gemeinsame Mahlzeiten ergänzen die Begegnungen. Wie diese Beispiele verdeutlichen, zielt das Kotoen-Modell auf "A Big Family Eating from the Same Rice Pot".

Dieses Ziel wird nicht vollständig erreicht. Neben vielen positiven Wirkungen des Miteinanders, die die Beteiligten beschreiben wie z.B. der Betonung der Älteren, es zu genießen, gebraucht zu werden, sei auf eine Ambivalenz aufmerksam gemacht. Trotz der Bereitschaft der Älteren, quasi eine Großelternrolle für die Jüngeren zu übernehmen, handelt es sich dabei eher um „Event-Großelternschaften“ (für den Zeitraum des gemeinsamen Spiels, der gemeinsamen Mahlzeit oder eines gemeinsamen Festbeitrages) bzw. um „Kollektive Großelternschaft“. Das Kotoen-Modell folgt dem japanischen Gesellschaftskonzept der Gruppenorientierung; individuelle Identitäten und Bedürfnisse sind in einem solchen Gesellschaftsbild nachrangig. Folglich scheinen die Beziehungen zwischen Älteren und Jüngeren weniger „nachhaltig“ zu sein als erwünscht, denn die Rolle des „Enkels“ wird spätestens dann abgelegt, wenn ein Kind den Kotoen-Komplex verlässt.

Von Kotoen kann man in diesem Zusammenhang lernen, dass bürgerschaftliches Engagement im Rahmen intergenerationaler Beziehungen zur Stabilisierung und Verbesserung der Lebensqualität von Alt und Jung beitragen kann, dass aber der Anspruch, im Miteinander zu einer „Großfamilie“ zusammenwachsen zu wollen, voraussetzungsreich ist. Steckt man die Ziele jedoch nicht ganz so hoch und konzentriert sich auf konkrete gemeinsame Aktivitäten und (gegenseitige) Unterstützungsleistungen, so profitieren Jung und Alt vom Miteinander. Die Älteren fühlen sich gebraucht und mit ihren Erfahrungen und ihren Fähigkeiten ernst genommen; die Jüngeren lernen früh eine Kultur der Verantwortung kennen, die ihr Heranwachsen unterstützt.

Literaturverzeichnis

Filipp, Sigrun-Heide (1997): Beziehungen zwischen den Generationen im Erwachsenenalter als Thema der verhaltenswissenschaftlichen Forschung. In: Krappmann, Lothar; Lepenies, Annette (Hrg.): Alt und Jung. Spannung und Solidarität zwischen den Generationen. Frankfurt am Main, S. 229-242.

Gronemeyer, Reimer (2004): Kampf der Generationen. München.

Knopf, Detlef (2000): Die Inszenierung „gelungener“ außerfamiliärer Generationsbeziehungen – Tendenzen und Beispiele in-

tergenerationeller Projekte. In: von Tippelskirch, Dorothee C.; Spielmann, Jochen (Hrg.): Solidarität zwischen den Generationen. Familie im Wandel der Gesellschaft. Stuttgart, S. 143-159.

Lang, Frieder R.; Baltes, Margret M. (1997): Brauchen alte Menschen junge Menschen? Überlegungen zu den Entwicklungsaufgaben im hohen Lebensalter. In: Krappmann, Lothar; Lepenies, Annette (Hrg.): Alt und Jung. Spannung und Solidarität zwischen den Generationen. Frankfurt am Main, S. 161-184.

Lüscher, Kurt (1997): Postmoderne Herausforderungen an die Generationenbeziehungen. In: Krappmann, Lothar; Lepenies, Annette (Hrg.): Alt und Jung. Spannung und Solidarität zwischen den Generationen. Frankfurt am Main, S. 32-48.

Mohl, Hans (1993): Die Altersexplosion. Stuttgart.

Thang, Leng Leng (2001): Generations in Touch. Linking the Old and Young in a Tokyo Neighborhood. Cornell University Press, Ithaca and London.

Witzel, Andreas (1982): Verfahren der qualitativen Sozialforschung. Überblick und Alternativen. Frankfurt am Main.

Witzel, Andreas (1989): Das problemzentrierte Interview. In: Jüttemann, Gerd (Hrg.): Qualitative Forschung in der Psychologie. Heidelberg, S. 227-255.

Witzel, Andreas (1996): Auswertung problemzentrierter Interviews: Grundlagen und Erfahrungen. In: Strobl, Rainer; Böttger, Andreas (Hrg.): Wahre Geschichten? Zur Theorie und Praxis qualitativer Interviews. Baden-Baden, S. 49-76.

Internetquellen:

http://www.statistik.sachsen-anhalt.de/download/stat_berichte/6A108_j_2009.pdf (Zugriffsdatum: 20.04.2011)

<http://www.stala.sachsen-anhalt.de/apps/StrukturKompass/indikator/zeitreihe/17> (Zugriffsdatum: 20.04.2011)

<http://www.engagiert-in-anhalt-bitterfeld.de> (Zugriffsdatum: 20.04.2011)

Autorin

Roswitha Eisentraut
Martin-Luther-Universität
Halle-Wittenberg

Roswitha.Eisentraut@soziologie.uni-halle.de

Elke Goltz

Ländliche periphere Räume – Altersheim oder Entschleunigungsrefugium Fallbeispiel Uckermark (Brandenburg)

1. Einleitung

Es ist inzwischen ein unbestrittener Tatbestand, dass das Altern der Gesellschaft zu tiefgreifenden gesellschaftlichen Umbrüchen in der Bundesrepublik führt und weiter führen wird. Dies hat weit reichende Konsequenzen, nicht nur für soziale Sicherungssysteme und öffentliche Infrastruktur, sondern auch hinsichtlich der Veränderung der Nachfragestrukturen in allen Bereichen der Versorgung, personenbezogener Dienstleistungen sowie des Wohnungsmarktes. Durch anhaltenden Rückgang der Einwohnerzahlen und überdurchschnittlicher Alterung der Bevölkerung (im Vergleich zur Landes- und Bundesebene) sind ländliche Räume in besonderem Maße von diesen Umbrüchen betroffen.

Der vorliegende Artikel stellt ausgewählte Ergebnisse einer Studie vor, die 2009 für das Amt Gerswalde im Landkreis Uckermark in Brandenburg erstellt wurde. Gegenstand des Artikels sind dabei „auf das Land Ziehende“, denn trotz insgesamt rückläufiger Einwohnerzahlen verzeichnen die Dörfer des Untersuchungsgebietes dennoch eine Vielzahl an Zuzügen. Was bewegt Menschen also in die Uckermark zu ziehen? Gibt es typische Zuzugsgruppen? Diese und weitere Fragen veranlassten zu einer genaueren Betrachtung und Analyse von Zuziehenden. Insbesondere galt es Antworten darauf zu finden, ob und inwieweit die Zuziehenden den Dörfern neue Impulse verleihen können.

2. Bevölkerungsentwicklung im Amt Gerswalde

Im Jahr 1990 wohnten im Amt Gerswalde knapp siebentausend Einwohner, Ende 2008 waren es noch 5.176. Mit -25,7% ging die Einwohnerzahl deutlich stärker zurück als im Durchschnitt des Landkreises Uckermark (-21,5%; Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, 2009). Analog zur Entwicklung in anderen ländlichen Räumen der neuen Bundesländer ist dabei für das Amt kennzeichnend, dass die Wanderungsverluste im Betrachtungszeitraum stärker zur Abnahme der Einwohnerzahlen beitrugen als der negative natürliche Saldo (Tab. 1).

3. Befragung von Zugezogenen in das Amt Gerswalde

Zwischen 2000 und 2008 zogen etwa 2.400 Menschen in eine der Gemeinden des Amtes (Tab. 1). Was zeichnet diese Zuziehenden aus? Inwieweit fühlen sie sich inzwischen mit der Region verbunden und wollen sie auch bleiben? Um dies zu ergründen, wurde ein Teil der Zugezogenen im Sommer 2009 persönlich, mit Hilfe eines weitgehend standardisierten Fragebogens befragt.

Die Datengrundlage für die Befragung bildeten alle zwischen 2004 und 2008 in das Untersuchungsgebiet gezogenen Personen im Alter zwischen 25 und 40 Jahren bzw. mit mindestens 60 Lebensjahren. Gemäß Einwohnermeldeamt waren dies 204 Personen. In neun Fällen handelte es sich dabei jedoch um Zuzüge in eine Stiftung für suchtkranke Menschen. Da es sich hierbei nicht um herkömmliche Zuzüge – im Sinn einer auf freier Entscheidung basierenden Migration – wurden diese Personen nicht in die Untersuchung einbezogen. Weitere 13 Personen wohnten nach Auskunft der Nachbarn zum Zeitpunkt der Erhebung nicht mehr im Ort. Insofern umfasste die Zielgruppe letztlich 182 Personen. Insgesamt wurden dann in 71 Haushalten mit zusammen 119 Erwachsenen Interviews durchgeführt. Davon waren 94 real zugezogen. Bei 25 Befragten handelte es sich um (Ehe-)Partner, die entweder schon im Ort wohnten oder aufgrund ihres Alters formal nicht zur Zielgruppe gehörten. Dies entspricht einer Beteiligungsquote von etwas mehr als 50 % bei den real Zugezogenen. Dabei war bei den älteren Zugezogenen die Teilnahmebereitschaft deutlich höher als bei den Jüngeren (65,2% zu 44,0%). Interviewausfälle resultieren mehrheitlich daraus, dass Personen mehrfach nicht angetroffen wurden (bei bis zu drei Kontaktversuchen) bzw. die Teilnahme verweigert wurde.

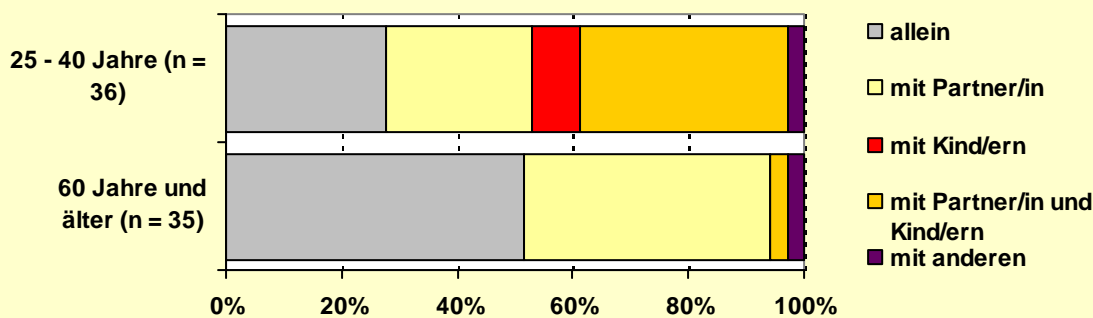
3.1 Soziodemographische und sozioökonomische Merkmale der Befragten

Erwartungsgemäß erfolgte der Zuzug in der Gruppe der Jüngeren in anderen familiären Konstellationen als bei den Älteren. So zog bei den Jüngeren etwa ein Drittel allein her, bei den Älteren dagegen die Hälfte. Nicht in allen Fällen handelte es sich bei allein Zugezogenen jedoch auch um allein lebende Personen. So erfolgte der Zuzug in vielen Fällen zu einer/einem bereits im Ort lebenden Partner/in. In Abb. 1 wird dargestellt, in welchen familiären Zusammenhängen verzogen bzw. zusammengezogen wurde. Entsprechend unterschiedlich war dann die Größe der befragten Haushalte. In der Gruppe der Jüngeren wohnten zum Zeitpunkt der Befragung 15% allein. In etwa gleich großen Anteilen handelte es sich um 2- bzw. 3-Personenhaushalte (zusammen 45%). Bei den Älteren waren 28% 1-Personen- und 62% 2-Personenhaushalte. In beiden Gruppen konnte in Bezug auf die neuen Wohnverhältnisse die Dominanz des Eigentums – in der Regel Einfamilienhäuser – beobachtet werden.

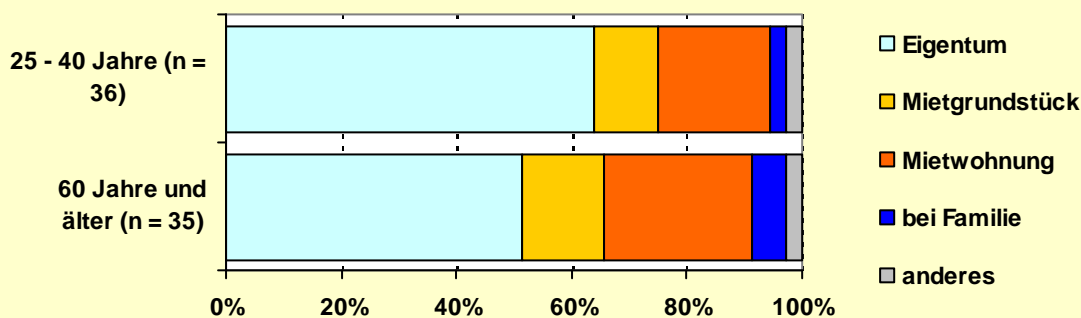
Zeitraum	Natürliche Bewegungen			Wanderungen		
	Geburten	Sterbefälle	Saldo	Zuzüge	Wegzüge	Saldo
1992 - 1999	276	576	-300	2.233	2.673	-440
2000 - 2008	321	543	-222	2.391	3.020	-629
1992 - 2008	597	1.119	-522	4.624	5.693	-1.069
Anteil am Rückgang der Einwohnerzahlen						
1992 - 1999	40,5%			59,5 %		
2000 - 2008	26,1 %			73,9 %		
1992 - 2008	32,8 %			67,2 %		

Quelle: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (2009); eigene Berechnungen und Darstellung
Tabelle 1: Teilprozesse der Bevölkerungsentwicklung im Untersuchungsgebiet – 1992 bis 2008

a) Mit wem wurde hierher gezogen?



b) Wohnform am neuen Wohnort



Quelle: eigene Erhebung, 2009

Abbildung 1: Familiärer Kontext der Zugezogenen und Wohnform am neuen Wohnort

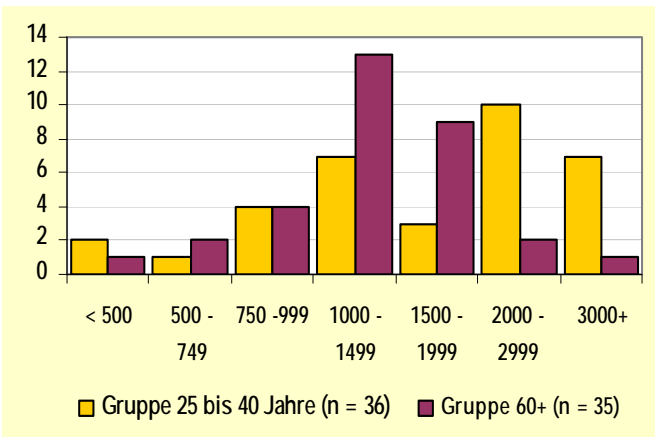
Ein Großteil der Befragten verfügte über biographische Bezüge zum neuen Wohnort. 41% von ihnen gaben an, früher schon einmal direkt im Ort bzw. in der Nähe gewohnt haben. Die allgemeine Affinität zu ländlichen Räumen – hier gemessen über die bisherige Wohndauer in Dörfern oder Städten – kam dagegen weniger deutlich zum Ausdruck. Vielmehr lassen die Ergebnisse insbesondere bei den älteren Befragten darauf schließen, dass Menschen, die den überwiegenden Teil ihres Lebens in städtischen Räumen verbracht haben, nun in einem späteren Lebensabschnitt in den ländlichen Raum ziehen. 90% aller jüngeren Befragten waren erwerbstätig, dies in der Regel im Angestelltenverhältnis und in

Vollzeitbeschäftigung. Ein Fünftel der Befragten dieser Altersgruppe ging einer selbstständigen Tätigkeit nach (vor allem in künstlerischen Bereichen, der Gastronomie, der Medienbranche). Altersbedingt waren 85% der älteren Befragten selbst bzw. 67% ihrer Partner nicht mehr erwerbstätig. Beruflicher Status und Haushaltsgröße beeinflussen dann auch deutlich die Einkommensverhältnisse (Abb. 2). Während bei den älteren Befragten eher statistisch normal verteilte Einkommen charakteristisch waren, handelte es sich bei jüngeren Befragten meist um gut situierte Haushalte.¹

Zwar geben diese Angaben eine gute Übersicht zum beruflichen Spektrum und zur tendenziellen Einkommenssituation der Befragten, dennoch ist bei einer grundsätzlichen Verallgemeinerung dieser Ergebnisse Vorsicht geboten. So ist etwa wahrscheinlich, dass einkommensschwache Zugezogene unterrepräsentiert sind, denn in einer Gemeinde wurden im Mietwohnungsbestand, in dem nach Auskunft der Gemeindeverwaltung verstärkt „Hartz IV-Empfänger“ wohnen, Angehörige der Zielgruppe entweder nicht angetroffen, oder von ihnen wurde die Teilnahme an der Befragung überdurchschnittlich häufig verweigert.

3.2 Zuzugsmotive

Die Analyse der Daten erfolgte in einem dreistufigen Verfahren, indem zunächst die häufigsten Motivationen und Motivationskombinationen und daran anschließend die raumrelevanten Motive erfasst werden. Der abschließende Analyseschritt verknüpft die



Quelle: eigene Erhebung, 2009

Abbildung 2: Durchschnittliches monatliches Haushaltseinkommen der Befragten – nach Altersgruppen (in Euro)

¹ Dieser Eindruck bestätigte sich etwa auch bei den persönlichen Gesprächen mit den Zugezogenen.

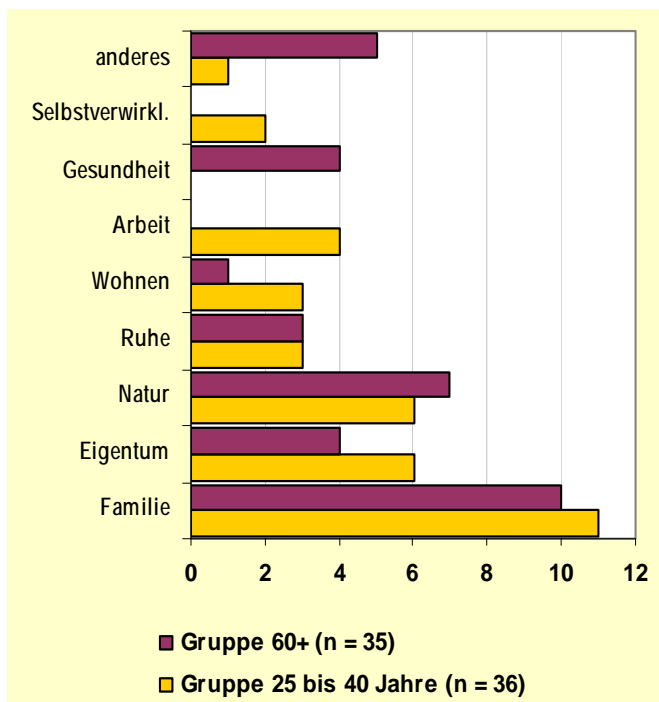
identifizierten Motivmuster mit den Strukturmerkmalen der Befragten.

Die Frage zu Zuzugsmotiven wurde geschlossen gestellt. Zudem sollte das wichtigste Zuzugsmotiv offen genannt werden. Abschließend gaben die Befragten noch darüber Auskunft, ob dem Zuzug entweder eine bewusste Entscheidung ohne jegliche Alternative zu Grunde lag, oder ob die Wahl des Zielortes im Ergebnis eines Abwägungsprozesses zwischen Alternativstandorten erfolgte.

Die Nennungen zum wichtigsten Zuzugsmotiv konnten zu acht Hauptmotivgruppen zusammengefasst werden:

- Familie - insbesondere Umzug zu/in Nähe der Familie, zurück zu familiären Wurzeln; im Einzelfall auch Trennung
- Eigentum - Erwerb von Eigentum, Erbe, Möglichkeit (preiswert) Bauen zu können
- Natur - gesunde, ruhige, attraktive Landschaft, Nähe zu Wald und Wasser, Freiraum
- Ruhe - weniger/kaum Lärm, Beschaulichkeit des Lebens auf dem Land
- Wohnen - preiswert Wohnen, in attraktiverer Umgebung, mehr Wohnqualität, Altersruhesitz
- Arbeit - geringere Entfernung zur Arbeit, Aufnahme neuer Tätigkeit
- Gesundheit - Pflegebedürftigkeit
- Selbstverwirklichung - Landleben lässt mehr persönliche Entfaltung zu, mehr Freiraum für Kinder, Flucht vor Konsumzwang in den Städten

Altersgruppenübergreifend dominieren die drei Motive Familie, Eigentum und Natur (Abb. 3). Andere Motive sind dagegen – wenn auch nicht überraschend – nur einer der beiden Zuzugs-



Quelle: eigene Erhebung, 2009

Abbildung 3: Wichtigstes Zuzugsmotiv – nach Altersgruppen (Anzahl der Nennungen)

gruppen wichtig (etwa Gesundheit bei den Älteren oder Arbeit bei den Jüngeren). Wie auch andere Untersuchungen zeigen (etwa Born/Goltz/Saupe, 2004), fallen Umzugsentscheidungen aber im Rahmen eines komplexen Entscheidungsprozess. Insofern verspricht die Analyse der Kombination von Motiven einen höheren Erkenntnisgewinn. Insgesamt nannten ca. zwei Drittel der Befragten mehr als ein Motiv bzw. eine Erwartung. Daraus ergaben sich 20 verschiedene Kombinationen aus ein bis drei Nennungen. Wenn auch nur anhand geringer Fallzahlen verdeutlicht, so fallen dennoch spezifische Motivkombinationen auf:

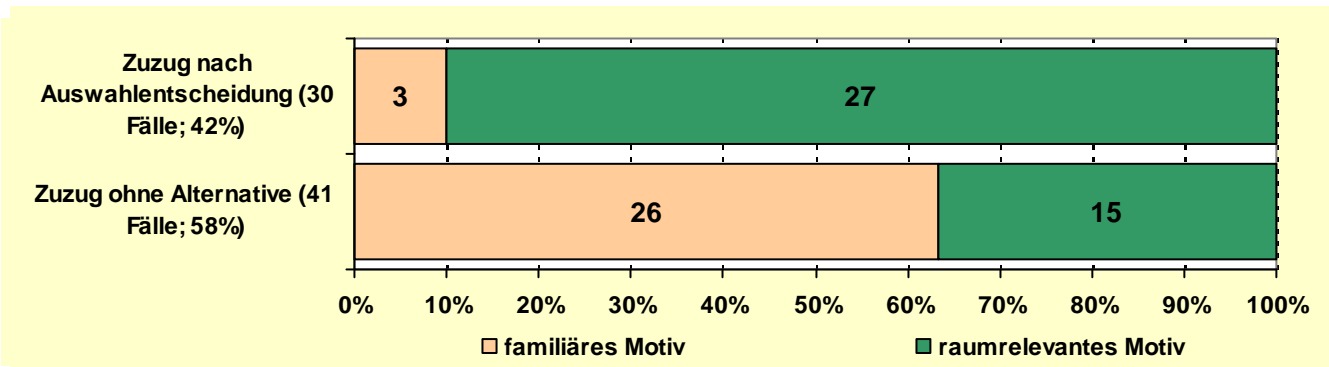
- Der Wunsch nach Ruhe korrespondiert mit Natur- und Naturverbundenheit (mehrheitlich von Älteren genannt).
- Jüngere Befragte verbinden mit dem Wunsch nach Ruhe und Natur häufig zusätzlich die Erwartung an eine höhere Lebensqualität.
- Die Verbindung von höherer Lebensqualität und geringeren Lebenshaltungskosten ist vor allem Jüngeren wichtig.
- Die Suche nach familiärer Bindung verbindet sich gerade bei Älteren mit gesundheitlichen Gründen (potentielle bzw. schon vorhandene Pflegebedürftigkeit).

Diese Befunde korrespondieren deutlich mit Ergebnissen früherer Studien zu Migrationen in ländliche Räume (vgl. Born/Goltz/Saupe, 2004).

Es lies sich zudem beobachten, dass das Motiv Familie offensichtlich primär ein singuläres Motiv darstellt (wenn auch mit unterschiedlichen Teilaspekten) und in der Kombination nur mit dem Motiv Gesundheit mehrheitlich genannt wurde. Da das Motiv Familie – im Gegensatz zu allen anderen Hauptmotiven – keinen direkten Raumbezug hat², lohnt eine weitere Unterscheidung in familiäre und raumrelevante Motivgruppen. Dabei kommt nunmehr zum Tragen, ob der Zuzug letztlich im Rahmen eines Auswahlprozesses zwischen mindestens zwei Alternativstandorten erfolgte oder ob es letztlich keine Alternative gab. Zwar stellen grundsätzlich alle Zugezogenen einen „Gewinn“ für das Untersuchungsgebiet dar³, vor allem sind es aber jene Personen, die sich aufgrund raumrelevanter Motive oder im Rahmen eines Auswahlprozesses für den neuen Wohnort entschieden haben. Abb. 4 gibt eine Übersicht zu den unterschiedlichen Anteilen familien- und raumbezogener Zuwanderung. Es wird deutlich, dass insbesondere bei jenen Befragten, die angaben „keine (räumliche) Alternative“ gehabt zu haben, familienbezogene Motive dominieren. Hier erfolgt der Zuzug in das Untersuchungsgebiet im Prinzip zufällig, etwa zur Familiengründung oder zur Übernahme eines vererbten Grundstücks. Anders sieht es dagegen bei anderen Zugezogenen aus, die beispielsweise vor einigen Jahren zunächst Urlaub in der Region machten (später auch in anderen Landesteilen), dann aber entschieden „hier in der Uckermark – speziell im Ort Y. hat es uns am besten gefallen und wir wollen hier unseren Lebensabend verbringen.“

² Befragten, die familiäre Motive genannt haben, kann unterstellt werden, dass die Entscheidung zur Wanderung sehr individuellen Gesichtspunkten unterlag und räumlich-regionale Erwägungen – wenn überhaupt – nachrangig waren. Solche Wanderungsbewegungen sind planerisch kaum steuerbar.

³ Gewinn im Sinne ihres Beitrags zur Stabilisierung der Einwohnerzahlen



Quelle: eigene Erhebung, 2009

Abbildung 4: Grundtypen von Zuzugsmotiven der Befragten

Innerhalb der raumrelevanten Motive kann dann zudem noch in naturräumliche Faktoren (etwa Landschaft, Ruhe) bzw. anthropogene Faktoren (etwa Arbeitsmöglichkeiten, Preisniveau bei Grundstücken und Immobilien) unterschieden werden. Da anthropogene Faktoren durch die öffentliche Hand und/oder private Träger mit gesteuert werden, ist in diesem Zusammenhang besonders hervorzuheben, dass bei Zugezogenen mit Auswahlentscheidung immerhin bei elf von 27 Fällen das raumrelevante Motiv anthropogenen Charakter hatte (Arbeit bzw. günstige Preise beim Grundstückserwerb bei der jüngeren, ebenfalls preiswerter Eigentumserwerb bzw. Nähe zu medizinischer Infrastruktur bei den älteren Zugezogenen).

Nach einer Verknüpfung mit soziodemographischen Strukturmerkmalen, lassen sich ausgewählte Gruppen an Zugezogenen wie folgt beschreiben:

Gruppe – Zuzug mit Alternative und raumrelevanter Motivation

Altersgruppe 25-40 Jahre (16 Fälle)

Es handelt sich mehrheitlich um Familien mit ein bis zwei Kindern. In der Regel haben beide Partner einen gehobenen Bildungsabschluss und beide sind erwerbstätig (teilweise selbständig). Es werden meist überdurchschnittliche Einkommen erzielt und mit dem Zuzug erfolgt ein Statuswechsel vom Mieter zum Eigentümer. Vor dem Zuzug wohnten diese Familien mehrheitlich in städtischen Lagen der neuen Bundesländer.

Altersgruppe 60+ (11 Fälle)

Es handelt sich mehrheitlich um nicht mehr erwerbstätige Paare mit gehobenem Bildungsabschluss. Es werden meist mittlere und hohe Haushaltseinkommen erzielt. Mit dem Zuzug ist in der Regel ein Statuswechsel zum Wohneigentümer verbunden. Es handelte sich hier ausschließlich um Zugezogene aus Berlin.

Gruppe – Zuzug ohne Alternative und mit raumrelevanter Motivation

Altersgruppe 25-40 Jahre (6 Fälle)

Aufgrund der geringeren Fallzahl ist keine Dominanz nach Haushaltsgröße, Bildungsabschluss, Erwerbsstatus bzw. Haushaltseinkommen feststellbar. Mehrheitlich wird der Mieterstatus erhalten.

Altersgruppe 60+ (9 Fälle)

Es handelt sich meist um Paare mit mittlerem Einkommen. Ein Teil der vorab mehrheitlich zur Miete wohnenden Paare hat am Zielort Wohneigentum erworben. Diese Paare kommen zu gleichen Anteilen aus städtischen und ländlichen Lagen.

Gruppe – Zuzug ohne Alternative und mit familiärer Motivation

Altersgruppe 25-40 Jahre (12 Fälle)

Zu dieser Gruppe gehören sowohl Paare als auch Familien mit Kind/ern. Die Befragten verfügten mehrheitlich über mittlere Bildungsabschlüsse. In der Regel sind beide Erwachsenen erwerbstätig. Mehrheitlich erfolgte ein Statuswechsel zum Wohneigentümer. Diese Zugezogenen wohnten vorher meist in anderen Dörfern der Uckermark bzw. in den angrenzenden Landkreisen.

Altersgruppe 60+ (14 Fälle)

Hierbei handelt es sich sowohl um nicht mehr erwerbstätige Paare als auch Alleinstehende; mehrheitlich mit formal unteren bis mittleren Bildungsabschlüssen.⁴ Diese Gruppe verfügt in der Regel über mittlere Einkommen. Der Mieterstatus wird erhalten bzw. nach Veräußerung von Wohneigentum neu erworben. Die Zugezogenen wohnten vorher meist in der näheren Umgebung.

Zusammenfassend und allgemeiner betrachtet, handelt es sich vor allem bei Zuziehenden mit raumrelevanter Motivation und Auswahlentscheidung um für ländliche Räume wichtige Zielgruppen. So wird daran etwa deutlich, dass Zuzüge auch aufgrund anthropogener Rahmenbedingungen (etwa: Grundsteuern, Preisniveau für Grundstücke) – und diese sind zumindest teilweise steuerbar – erfolgen. Zudem handelt es vielfach um Zugezogene mit höherem Bildungsstatus und solider Einkommenssituation. Da bei den jüngeren Befragten häufig auch Kinder mit zuziehen (oder später dort geboren werden; hier waren es insgesamt 38 Kinder unter 18 Jahren) und in der Regel keine Wegzugsabsicht besteht, tragen diese Personengruppen auch zur Stabilisierung des Altersaufbaus der Bevölkerung in den Gemeinden bei – und damit potenziell auch zur Nachfrage nach Infrastruktur (etwa Kindertagesstätten, Grundschule).

⁴ nur bedingte Vergleichbarkeit mit heutigen Bildungsabschlüssen; nach gegenwärtiger Schulform etwa zwischen Haupt- und Realschule anzusiedeln.

3.3 Zufriedenheit und Verbleibebereitschaft

Im Allgemeinen sind die Befragten mit dem neuen Wohnort zufrieden. Dies liegt insbesondere daran, dass die an den Umzug geknüpften Erwartungen meist erfüllt wurden. Dazu zählen dabei vor allem die naturräumlichen Ausstattungsmerkmale, Ruhe sowie der Fakt, dass viele am neuen Wohnort mehr „Freiraum und Platz“ haben. Diese häufig genannte Äußerung bezieht sich dabei sowohl auf reale Sachverhalte: etwa Vergrößerung der Wohnfläche (vor allem bei den jüngeren Befragten), eine geringere Bebauungsdichte oder geringere Kosten, als auch auf eher immaterielle Aspekte wie „Eigentümer statt Mieter“, „Platz zur Selbstverwirklichung“. Hinsichtlich der zu Zufriedenheit führenden Rahmenbedingungen – hier u.a. gemessen durch die Nennung von Vorteilen des neuen Wohnortes im Vergleich zum vorherigen – traten wenig Unterschiede zwischen den zwei Altersgruppen auf. Sie zeigten sich lediglich darin, dass jüngere Befragte vereinzelt eine bessere Verbindung an den Arbeitsplatz nannten; ältere Befragten hingegen etwas häufiger die Nähe zur Familie, zur Infrastruktur (etwa zu Ärzten und Einkaufsmöglichkeiten) bzw. das angenehme Verhältnis zur Nachbarschaft betonten.

Als grundsätzlich nachteilig erachteten die meisten Befragten die größeren Entfernungen zum Einkaufen, zum Arzt oder zu kulturellen Einrichtungen. In der Regel handelt es sich dabei jedoch um Nachteile, die den Befragten vor dem Zuzug bewusst waren und die nunmehr auch bewusst in Kauf genommen werden (etwa „Ich kann nicht Ruhe und Natur vor der Haustür erwarten und gleich daneben einen Supermarkt.“). Größere Unzufriedenheit lösen hingegen teilweise langsame Funktelefon- und Internetzugänge (DSL) aus. Des Weiteren wird vereinzelt eine bessere Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr gewünscht, aber auch bessere Straßenverhältnisse oder ein breiteres Angebot an Kultur und Gastronomie. Beide Altersgruppen nehmen die Überalterung der Bevölkerung wahr und erhoffen sich dahingehend Veränderungen (etwa „es müssen Arbeitsplätze für Jüngere geschaffen werden“). Zudem sollte die Politik etwa dafür sorgen, „dass aus Zweitwohnsitzen mehr Hauptwohnsitze werden“ oder „Alteingesessene nicht mehr Rechte haben als Neubürger“. Diese beiden Forderungen stellen zwar Einzelmeinungen dar, weisen aber dennoch auf relativ typische Konfliktfelder in ländlichen Gemeinden hin: zum einen die Veränderungen in den sozialen und ökonomischen Gefügen innerhalb der Dorfgemeinschaft, zum anderen auf oft gegensätzliche Interessenlagen zwischen (erwerbstätiger) „Alt“-Bevölkerung und oft nach Ruhe und Beschaulichkeit suchender „Neu“-Bevölkerung.

Mit dem Erwerb von Eigentum sowie weitgehend erfüllter Erwartungen in Bezug auf den Zuzug sind wichtige Rahmenbedingungen für den Verbleib im aktuellen Wohnort gegeben. Dennoch gaben in beiden Altersgruppen nur etwas mehr als ein Drittel an, unbedingt im Ort verbleiben zu wollen (36% bei den Jüngeren, 37% bei den Älteren). Als Argumente für einen möglichen Wegzug nannten jüngere Befragte vor allem mögliche Veränderungen in der beruflichen Situation. Ältere Befragte schließen dagegen einen Wegzug nicht aus, wenn entweder die gesundheitliche Situation eine größere Nähe zu Ärzten (Fachärzten) erforderlich macht, sie selbst und/oder der Partner nicht mehr eigenständig räumlich mobil sind oder nach Verlust des Partners.

3.4 Typen von Zugezogenen

Nach der Untergliederung der Befragten nach den der Wanderung vorangegangenen Entscheidungsprozessen (Wahl des Ortes mit bzw. ohne Alternative), ihren Zuzugsmotiven (Grundtyp - familiäres oder raumrelevantes Motiv) sowie ihren soziodemographischen bzw. sozioökonomischen Merkmalen sollen ausgewählte Zuwanderungsfälle im Folgenden typisiert und kurz beschrieben werden. Die Typzuordnung und -bezeichnung erfolgte zum einen anhand der erhobenen Kerndaten, zum anderen aus dem im Verlauf des persönlichen Gesprächs gewonnenen persönlichen Eindrucks. Insofern handelt es sich eher um qualitative Typenbildung ohne quantifizierende Aussagen zum Auftreten dieser Typen.

Typ 1 – Eher unkonventioneller Lebensstil / „Aussteiger“

Hierbei handelt es sich um jüngere Befragte, die in Partnerschaft leben und Kinder haben. Sie haben sich im Rahmen eines Auswahlprozesses für den Wohnort entschieden und verbanden damit etwa den Wunsch nach „Freiheit und Selbstverwirklichung“ sowohl bei der persönlichen Entwicklung als auch bei der des Wohnumfeldes (etwa Nutzung oder Erwerb alter Wohn- oder Stallgebäude, die schrittweise ausgebaut werden). Sie sind entweder selbständig oder nicht erwerbstätig und legen wenig Wert auf soziale Kontakte im Ort. Ihre Kinder nutzen freie Bildungseinrichtungen außerhalb des Amtsbereiches.

Typ 2 – Gut situierte Familie mit Kindern / „Normalfamilie“

Hierbei handelt es sich ebenfalls um jüngere Paare mit Kindern. Eine weitgehend gesicherte berufliche Existenz ermöglichte ihnen den Erwerb von Eigentum (Neubau bzw. bestehende Immobilien) und die Verwirklichung des Wunsches nach einem „Leben auf dem Land“. Sie verfügen nach eigener Auskunft über gute Kontakte im Ort, zeigen z.T. auch soziales Engagement (etwa Angebot von Nachbarschaftshilfe) und haben die feste Absicht im Ort zu bleiben. Ihre Kinder nutzen die vorhandenen Bildungseinrichtungen des Amtes, erst weiterführende Schulen werden – da nicht anders möglich – außerhalb besucht.

Typ 3 – „Gestrauchelter“ Single

Dazu zählen allein zugezogene jüngere Befragte, bei denen der Zuzug offenbar durch im Amtsbereich wohnende Familienangehörige initiiert wurde. Arbeitslosigkeit in der „Fremde“ oder Scheidung und die mögliche Gefahr des sozialen Abstiegs veranlasste etwa Eltern oder Geschwister, diese Befragten in ihre Nähe oder zu sich zu holen. Bei Stabilisierung ihrer persönlichen Situation ist ein Wegzug nicht ausgeschlossen.

Typ 4 – („Kritische“) Ruhestandswanderer

Hierbei handelt es sich meist um Paare mit großstädtischer Sozialisation, die nach Beendigung des Erwerbslebens einen Zuzug aufs Land verwirklicht haben. Die Wahl des Wohnortes erfolgte im Rahmen eines Auswahlprozesses. Dem eigentlichen Zuzug gingen teilweise längere Aufenthalte in der Region voraus (etwa im Urlaub) oder es wurde bereits vor Jahren ein Grundstück erworben, das dann zunächst der Wochenenderholung diene. Aus dem – aus ihrer Perspektive verständlichen Wunsch nach Ruhe und Naturbelassenheit der Umgebung – ergeben sich mitunter Konflikte mit der im Ort ansässigen Landwirtschaft. Ein anderes Konfliktfeld stellt die von den Befragten reflektierte „fehlende oder geringe Möglichkeit der Mitbestimmung“ dar.

Typ 5 – Pflegebedürftige/r Senior/in

Hier erfolgte der Zuzug entweder aufgrund eigener Entscheidungen, etwa da außerfamiliäre persönliche Pflege gesucht und im Untersuchungsgebiet gefunden wurde oder nach familiären Entscheidungen aufgrund von Pflegebedürftigkeit. Im Falle eines von der Familie (in der Regel von den Kindern) ausgeübten „Zwanges“ besteht nicht immer Zufriedenheit mit der Situation vor Ort, wohl aber eine gewisse Einsicht in die Notwendigkeit des Umzuges.

4. Altersgruppenspezifische Standortqualitäten des Untersuchungsgebietes

Im Land Brandenburg wurde zur räumlichen Ordnung der Daseinsvorsorge ein flächendeckendes System zentraler Orte mit drei Stufen (Metropole, Oberzentren, Mittelzentren) festgelegt. Diese zentralen Orte erfüllen als räumlich-funktionale Schwerpunkte komplexe Funktionen für ihr jeweiliges Umland. Die Grundversorgung wird innerhalb der amtsfreien Gemeinden und Ämter im Land Brandenburg abgesichert (Landesentwicklungsprogramm Berlin-Brandenburg vom 15. Mai 2009).

Im Untersuchungsgebiet nehmen Gerswalde und Milmersdorf zentralörtliche Funktionen wahr. Neben Kindertagesstätte und Grundschule sind in beiden Orten jeweils zwei Allgemeinmediziner ansässig, in Gerswalde praktiziert zusätzlich ein Zahnarzt und es gibt eine Praxis für Physiotherapie. Zwei der Allgemeinmediziner haben die Praxen erst 2007 bzw. 2008 von aus dem Dienst ausscheidenden Kollegen übernommen. Damit wurde insbesondere den älteren Einwohnern die Angst genommen, zukünftig nicht mehr vor Ort hausärztlich betreut werden zu können. Die Versorgung mit Waren des täglichen Bedarfs ist durch Einzelhandelsgeschäfte bzw. mobile Anbieter gegenwärtig gesichert. Apotheke, Zweigstelle eines Kreditinstituts bzw. Bankautomat, Postfiliale erweitern das Angebot der Grundversorgung ebenso wie Sportplatz, Sporthalle und Bibliothek und Gaststätten, die ebenfalls in beiden Orten vorhanden sind. Eine Betreuung von Vorschulkindern wird des Weiteren in Stegelitz und Ringenwalde durch kommunale Kindertagesstätten angeboten.

Zum Nahbereich von Gerswalde und Milmersdorf gehören im Wesentlichen amtsangehörige Gemeinden und Ortsteile. Die Entfernungen variieren zwischen zwei und zwölf Kilometern. Insofern können beide Orte in der Regel mit dem Auto in maximal 20 Minuten erreicht werden.⁵ Mit dem öffentlichen Nahverkehr ist dies prinzipiell auch möglich, aufgrund der geringen Taktung aber weit aus schwieriger und für die meisten Einwohner unattraktiv.

Mit vier Kindertagesstätten und zwei Grundschulen besteht im Amtsbereich ein ausreichendes Angebot an Betreuungs- und Bildungseinrichtungen. Die Grundschule in Milmersdorf hat den Status einer „Kleinen Grundschule“. Damit wird den Besonderheiten des ländlichen Raumes dahingehend Rechnung getragen, dass auch geringere Schülerzahlen einen Fortbestand des Schulstandortes mittelfristig rechtfertigen. In beiden Schulen werden gegenwärtig ca. 200 Schülerinnen und Schüler in den Klassenstufen 1 bis 6 unterrichtet. Geringe Klassenstärken sorgen für ein angenehmes Lernklima und integrative Ansätze ermöglichen auch Kindern mit Förderbedarf einen längeren Verbleib in der Regelschule. Aufgrund der Konzentration der Standorte ergeben sich jedoch für viele Kinder inzwischen lange Anfahrtswege von bis zu 45 min.

Gegenwärtig wird ein Großteil der Pflegebedürftigen durch Famili-

enangehörige versorgt. Im Jahr 2007 waren dies im Landkreis Uckermark 52% (im Vergleich dazu im Land Brandenburg: 48%; Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, 2008a). Für die ambulante Pflege im Amtsbereich sorgt ein breites Netz aus privaten, konfessionellen und öffentlichen Anbietern. Besonders nachteilig ist dabei aber, dass diese Pflege meist nicht kosteneffizient erfolgt. So ist zwar eine flächendeckende Versorgung gewährleistet, weite Fahrwege für die Pflegekräfte (täglich bis zu 150 km) reduzieren jedoch die eigentliche Arbeitszeit an bzw. mit den zu betreuenden Pflegebedürftigen. Nicht selten kümmern sich auch verschiedene Pflegedienste um Klientel in ein und demselben Ort. Hier bedarf es etwa Absprachen zwischen einzelnen Anbietern, um beispielsweise das Angebot an Pflegedienstleistungen im Interesse aller Beteiligten zu optimieren. Dies ist sicher möglich, ohne dass dadurch ökonomische Interessen einzelner – letztlich konkurrierender – Anbieter verletzt werden.

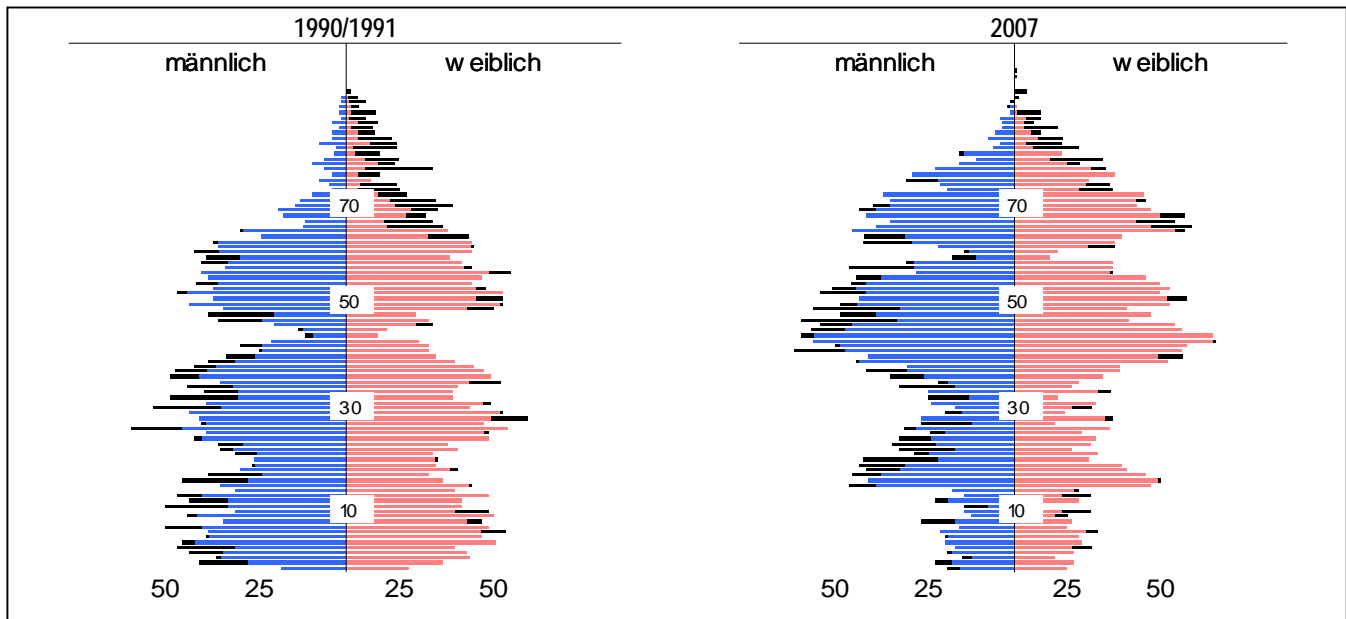
Einrichtungen der stationären Pflege gibt es im Amtsbereich nicht. Als erste und bisher einzige Wohnstätte für Menschen mit Pflegebedarf wurde 2006 in Milmersdorf die Seniorenwohngemeinschaft „Haus Karolina“ mit derzeit sechs Wohneinheiten eröffnet (Goltz/Trellert, 2009). Aufgrund der starken Nachfrage sind weitere Wohneinheiten geplant.

5. Perspektiven der Raumentwicklung durch Zuzug

Wie lassen sich Migrationen „aufs Land“ – insbesondere in die Peripherie zusammenfassend beurteilen? Zweifelsohne verhelfen die Zuziehenden den Orten des Untersuchungsgebietes zu gewissen Impulsen, zunächst rein statistisch in einer langsamer abnehmenden Einwohnerzahl. Zudem nutzen Zuziehende vielfach leerstehende Grundstücke und bewahren diese vor weiterem Verfall bzw. sie tragen durch Eigenheimbau zu einer baulichen Aufwertung dörflicher Siedlungen bei. Während ein Teil der Zuziehenden in der ländlichen Umgebung primär einen Rückzugsraum sieht (um abseits der Städte abgeschieden zu leben; siehe 3.4. Typ 1), versuchen sich andere aktiv am neuen Wohnort einzubringen und zu engagieren, etwa durch Interesse an dörflicher Entwicklung und entsprechenden Aktivitäten zum Beispiel in der Gemeindevertretung oder bei der Feuerwehr (Typen 2 und 4). Nicht immer funktioniert das reibungslos und konfliktfrei, denn mitunter stoßen unterschiedliche Auffassungen und Vorstellungen zum Miteinander in den Orten oder zur gemeindlichen Entwicklung aufeinander, die insbesondere auf unterschiedlicher Sozialisation (etwa städtisch/ländlich, Ost/West), unterschiedlichen ökonomischen Ressourcen oder Altersunterschieden basieren. Hier liegt es am Geschick der örtlichen Gremien, entsprechend moderierend zu agieren.

Realistischer Weise werden auch Zuziehende die zunehmende Überalterung der Bevölkerung und weiter rückläufige Einwohnerzahlen in ländlich peripheren Räumen nicht stoppen, allenfalls etwas bremsen können. Ein Blick auf die Veränderung des Al-

⁵ Dies gilt als zumutbare Entfernung bei der Erreichung von Kleinzentren. Gerswalde und Milmersdorf hatten bisher diesen Status (Regionalplan Uckermark-Barnim. Sachlicher Teilplan „Zentralörtliche Gliederung, Siedlungsschwerpunkte und ländliche Versorgungsorte). Mit dem Inkrafttreten des Landesentwicklungsplans Berlin-Brandenburg (LEP B-B) am 15. Mai 2009 gibt es den Status der Kleinzentren nicht mehr. Das Amt Gerswalde liegt nunmehr im Nahbereich des Mittelzentrums Templin.



Schwarz = Überschüsse in den jeweiligen Altersgruppen

Quelle: Einwohnermeldeamt des Amtes Gerswalde (2009); eigene Darstellung

Abbildung 5: Altersaufbau der Bevölkerung im Amt Gerswalde – 1990/91 und 2007

tersaufbaus der Bevölkerung macht dies mehr als deutlich (Abb. 5). Die jüngste Bevölkerungsvorausrechnung geht für den Landkreis Uckermark von einem Rückgang der Einwohnerzahlen um weitere 20% bis zum Jahr 2025 aus (Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, 2008b). Während der Anteil an Kindern (0 bis unter 15 Jahren) bei 10% etwa stabil bleibt, nimmt der Anteil erwerbstätiger Bevölkerung (15 bis unter 65 Jahre) deutlich ab – von 67,7% im Jahr 2007 auf 55,0% im Jahr 2025. Der Anteil an Einwohnern ab 65 Jahre steigt dagegen kontinuierlich (von 22,1% auf 35,0% im gleichen Zeitraum). Etwa 10% der Bevölkerung sind 2025 dann mindestens 80 Jahre alt. Bei Annahme einer ähnlich negativen Entwicklung im Untersuchungsgebiet, registriert das Amt Gerswalde im Prognosejahr 2025 noch 4.200 Einwohner, darunter ca. 430 über 80-Jährige (2007: 200 Einwohner). Mit steigendem Alter nimmt auch die Wahrscheinlichkeit körperlicher Einschränkungen (bis hin zu vollständiger Pflegedürftigkeit) zu. Daraus erwächst im Bereich der Daseinsvorsorge ein erhöhter Bedarf an altersgerechtem Wohnraum und entsprechender Pflegeangebote. Sowohl die Gemeinden als auch die Amtsverwaltung haben diese Trends und Notwendigkeiten erkannt. Im Rahmen ihrer räumlichen und finanziellen Möglichkeiten sind weitere alternative Wohnangebote geplant. In der Absicht, älteren Menschen auch in ihrem letzten Lebensabschnitt ein würdevolles Leben zu gestatten, sehen die Planungen kleinteilige Wohnprojekte mit möglichst individueller Betreuung vor. Inwieweit diese sehr ambitionierten Überlegungen und Planungen tatsächlich realisiert werden können, bleibt nicht zu letzt aufgrund angespannter Finanzlagen abzuwarten. Im Interesse der zunehmenden Zahl älterer Menschen in der Region, die oftmals gern in ihren Dörfern verbleiben wollen, aber durch die Rahmenbedingungen zum Wegzug in die Städte gezwungen werden, sollte Landes- und Bundespolitik stärker solche Projekte unterstützen. Diese Forderung klingt möglicherweise naiv, soll aber unterstreichen, dass auch Menschen auf dem Land ein wür-

devolles Leben im Alter, d.h. außerhalb von stationären Einrichtungen mit „Verwahrcharakter“ verdienen. Dann erfüllt sich zwar möglicherweise eines der postulierten Szenarien, dies aber mit positiver Konnotation und nicht als Stigma.

Literaturverzeichnis

- Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (2009): Bevölkerungsentwicklung der Gemeinden des Landes Brandenburg. Potsdam
- Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (2008a): Ambulante und stationäre Pflegeeinrichtungen sowie Empfänger von Pflegegeldleistungen im Land Brandenburg 2007. Statistischer Bericht Potsdam
- Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (2008b): Bevölkerungsprognose des Landes Brandenburg 2007 bis 2030. Potsdam.
- Born, K. M., Goltz, E. und G. Saupe (2004): Wandermotive älterer Menschen. Ein anderer Blick auf die Entwicklungsprobleme peripherer Räume in Brandenburg. In: Raumforschung und Raumordnung. Heft 2. 2004. S. 109-120.
- Goltz, E. und Trellert, U. (2009): Wohnsituation und Wohnzufriedenheit älterer Menschen in Mietwohnungen im Amt Gerswalde - Perspektiven zum Altersgerechten Wohnen. In: Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) und Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) [Hrsg.]: Ländliche Räume im demographischen Wandel. BBSR-online-Publikation S. 61-72.

Autorin

Dr. Elke Goltz
Helmut-Schmidt Universität
der Bundeswehr Hamburg
goltz@hsu-hh.de

Birte Nienaber, Ursula Roos

Vergleichende Analyse soziodemographischer Aspekte von Deutschen und ausländischen Personen in ländlichen Regionen des Saarlandes

Einleitung

Seit Anfang der 1970er Jahre verzeichnet das Saarland einen Bevölkerungsrückgang. So sank die absolute Zahl der Geburten im Zeitraum von 1950 bis 2009 von 18.371 auf 6.927, während im selben Zeitraum die Zahl der Sterbefälle von 9.111 auf 12.588 anstieg (vgl. Ertl 2007: 23, Statistisches Amt Saarland 2010). Damit verbunden ist auch eine zunehmende Überalterung der Gesellschaft. Diese spiegelt sich in einem Ansteigen des Durchschnittsalters der saarländischen Bevölkerung von 1991 bis 2008 um 4,1 auf 44,5 Jahre wider (vgl. Ertl 2009: 11). Zusätzlich wird die natürliche Bevölkerungsentwicklung durch den Wanderungssaldo bestimmt, welcher von 2004 bis 2009 eine durchweg negative Bilanz aufweist (vgl. Statistisches Amt Saarland 2011). Bereits seit 1996 reichen die Wanderungsgewinne nicht mehr aus, um das Geburtendefizit auszugleichen. Hinsichtlich dieser demographischen Entwicklungen nimmt das Saarland unter den westdeutschen Bundesländern eine Sonderstellung ein, so dass es unter demographischen Gesichtspunkten eher als ostdeutsches Land gezählt werden kann (vgl. Von Hohnhorst 2007: 69, 71).

Aufgrund der Lage des Saarlandes innerhalb der Großregion (umfasst Saarland, Lothringen, Luxemburg, Wallonien sowie Rheinland-Pfalz), sowie seiner montanindustriellen Geschichte haben sich in diesem Bundesland spezifische Migrationsformen wie beispielsweise die grenzüberschreitende Migration oder die klassischen Gastarbeiterwanderungen herausgebildet. Besonders die grenznahen Gemeinden zu Frankreich und Luxemburg weisen dadurch einen für ländliche Räume besonders hohen Ausländeranteil auf. So ziehen beispielsweise immer mehr Luxemburger in den grenznah gelegenen Landkreis Merzig-Wadern, so dass die Anzahl der Luxemburger in diesem Landkreis innerhalb von zwei Jahren von 605 (2005) auf 1.297 Personen (2007) anstieg (Statistisches Amt Saarland o.J.). Aus diesem Grund lag der Ausländeranteil in der Gemeinde Perl im Jahr 2009 bei 26,0 Prozent (vgl. Bertelmann Stiftung o.J.). Das Forschungsprojekt „Leben in der Fremde – Demographischer Wandel von Migranten im ländlichen Saarland“ verbindet den demographischen Wandel mit der Migrationsforschung und dem ländlichen Raum. Ziel des Projektes ist in erster Linie der Vergleich soziodemographischer Grunddaten zwischen Personen deutscher und ausländischer Staatsangehörigkeit sowie eine Analyse des Integrationsstandes der allochthonen Bevölkerungsgruppe in die einzelnen Untersuchungsgemeinden.

Im Folgenden werden zunächst kurz der derzeitige Forschungsstand, das Projekt und die methodische Vorgehensweise erläutert. Es schließt sich ein Vergleich des demographischen Verhaltens von Personen deutscher sowie ausländischer Staatsangehörigkeit in den Gemeinden Perl und Schmelz an.

Sozialstatistische Aspekte von Migranten

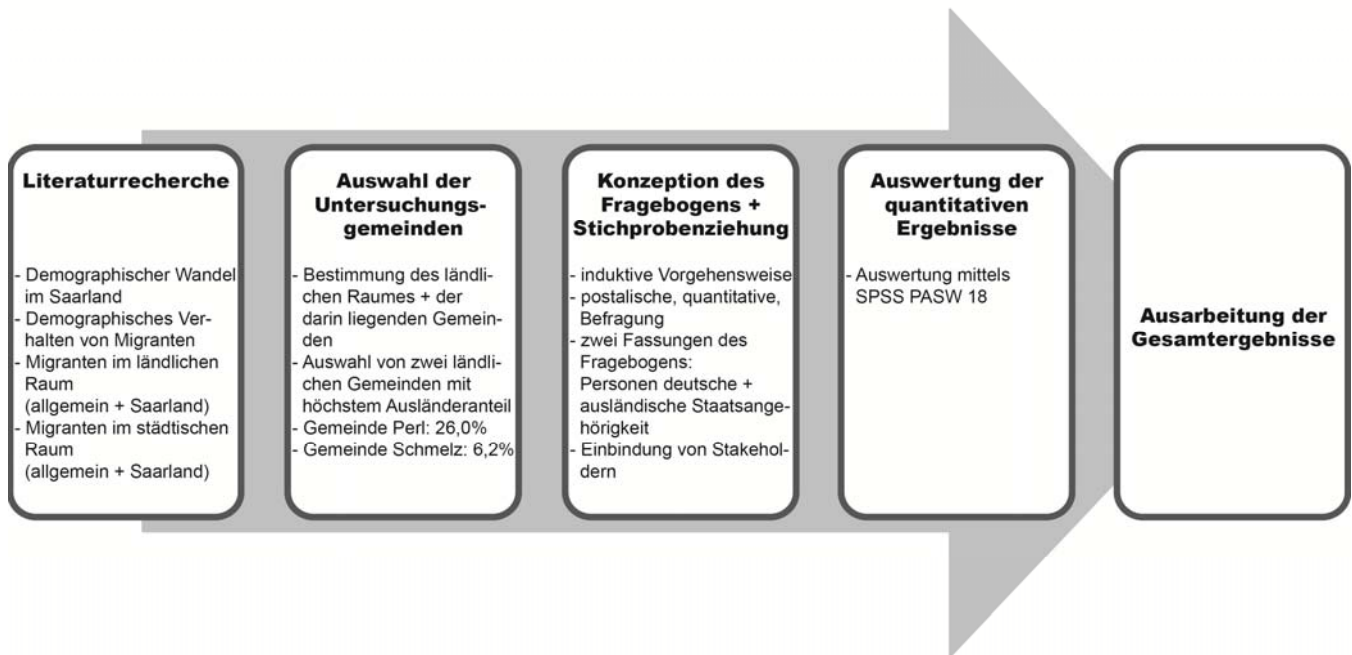
Wird das Fertilitätsverhalten von Migrantinnen betrachtet, so liegen beispielsweise die Kinderzahlen der „zugewanderten Teilpopulation [...] pro Frau [mit 1,6] zwar ebenso wie bei einheimischen (1,4) unter dem für die Bestandserhaltung erforderlichen Niveau von 2,1 [Kindern] [...], aber infolge der jüngeren Altersstruktur der

Zugewanderten, der dadurch geringen Zahl der Sterbefälle und der höheren Zahl der Geburten, sind 1,6 Lebendgeborene pro Frau ausreichend für ein ausländisches Bevölkerungswachstum durch Geburtenüberschüsse“ (Birg 2010: 35-36, vgl. auch Mamme & Schwarz 2002: 226).

Hinsichtlich der Geburtenrate identifizierte Grothues (2006) sowie Schmid und Kohls (2009: 125, 131, 135; 2010: 186-187) Unterschiede in der Altersverteilung zwischen deutschen und ausländischen Personen. Demnach weisen in der Altersgruppe der 20 bis 25-jährigen Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit eine höhere Geburtenrate auf, während sich dieses Verhältnis nach Grothues (2006: 21) in der Altersgruppe der 30 bis 35-Jährigen direkt umkehrt. Allerdings vollzieht sich eine Adaption des demographischen Verhaltens sehr schnell nach der Einwanderung (vgl. Milewski 2010: 25). Aus diesem Grund ist seit 1990 ein Anstieg des durchschnittlichen Geburtenalters der ausländischen Frauen zu beobachten, damit verbunden ist gleichzeitig ein Rückgang von Frauen mit drei oder mehr Kindern (vgl. Schimany 2007: 48). Die Anpassung des Fertilitätsverhaltens von Migranten zeigt sich in dem Verhalten der zweiten Generation, welches große Unterschiede zu ihrer Elterngeneration aufweist. Die Gründe dafür liegen beispielsweise an dem höheren Integrationsgrad dieser Personengruppe im System des Ankunftslandes. Darüber hinaus kommen als weitere Gründe aber auch die Bildungsstruktur, der städtische oder ländliche Ursprung sowie die Modernisierung und das Rollenverständnis der Frau der im Zielland lebenden Einheimischen in Frage. Neben diesen kulturellen Unterschieden zwischen Herkunfts- und Zielland wird das veränderte demographische Verhalten weiterhin durch den Migrationsprozess selbst und dessen Lebensumstände (vgl. Milewski 2010: 14, 27, 30-31).

Des Weiteren führt die tendenziell jüngere Altersstruktur der Personen ausländischer Staatsangehörigkeit in dem Ankunftsland zu einem „Verjüngungseffekt“, welcher durch eine zumeist höhere Geburtenrate dieser Personengruppe noch zusätzlich erweitert werden kann und zum Bevölkerungswachstum beiträgt (vgl. Schimany 2007: 18; Kohls 2008: 244, 248; Kohls 2011: 149). Dennoch übt dieser „Verjüngungseffekt“ nur geringen Einfluss auf die Überalterung Deutschlands. Entsprechend wird die Bevölkerung weiter schrumpfen und altern, wobei die Gesellschaft durch die Zuwanderung zunehmend kulturell sowie demographisch „bunter“ wird.

Diese Heterogenität stellt neben den städtischen Räumen vor allem auch den ländlichen Raum hinsichtlich der Integration vor große Herausforderungen. Bereits 1994 stellte Jürgen Miksch im Rahmen einer Umfrage fest, dass auch „Dörfer [...] multikulturell geworden [sind]. Aber bisher [...] [kaum] analysiert [wurden].“ (Miksch & Schwier 2001: 5) Diese Lücke gilt es zu schließen, da die Zugewanderten in ländlichen Räumen in der Regel auf einen von Traditionen und Einzelpersonen geprägten Kontext stoßen, der über ein hohes Maß an Öffentlichkeit verfügt. Dadurch existieren, verglichen mit städtischen Gebieten, kaum Rückzugsmöglichkeiten in die Anonymität, was den Bedarf von funktionierenden Integrationsangeboten und –möglichkeiten zusätzlich erhöht, um ein funktionierendes Miteinander zu sichern (vgl. Miksch & Schwier 2001: 149).



Quelle: Eigene Darstellung 2011
Abbildung 1: Empirische Vorgehensweise

Projekt „Leben in der Fremde – Demographischer Wandel von Migranten im ländlichen Saarland“

Das im Rahmen des Förderwettbewerbs „Ideen für Generationen“ vom saarländischen Ministerium für Gesundheit und Verbraucherschutz geförderte Projekt erstreckt sich über den Zeitraum von September bis Dezember 2010. Studien, die eine Kombination aus Forschungen zum demographischen Wandel, der Migrationsforschung sowie dem ländlichen Raum darstellen, sind derzeit weder saarland- noch deutschlandweit vorhanden. Aus diesem Grund wird mittels des Forschungsprojekts versucht entsprechende Defizite zu identifizieren und Lücken zu schließen.

Da die Datenbasis seitens der Gemeinden und des Landes fehlt, zielt das Projekt auf die Erhebung, Untersuchung und den Vergleich soziodemographischer Aspekte der autochthonen und allochthonen Bevölkerung in den ländlichen Regionen des Saarlandes. So soll die Studie analysieren, ob das demographische Verhalten von Migranten im ländlichen Raum Besonderheiten beziehungsweise Unterschiede zu dem der einheimischen Bevölkerung aufweist. Zum anderen soll auch die Einstellung der Deutschen gegenüber den Personen ausländischer Staatsangehörigkeit (Akzeptanz oder Ablehnung) untersucht werden, da hierin ein wichtiger Integrationsansatz für allochthone Personen auch im ländlichen Raum besteht. Dieser Aspekt wird im Folgenden nicht näher dargestellt, da dies den Rahmen des Artikels sprengen würde (siehe dazu Nienaber & Roos [in Vorbereitung]).

Aufgrund fehlender Verfügbarkeit von Statistiken, die Personen mit und ohne Migrationshintergrund differenzieren, wird für die Studie zwecks Vergleichbarkeit und Datenverfügbarkeit eine Unterscheidung zwischen Personen deutscher und ausländischer Staatsangehörigkeit vorgenommen.

Methodik

Die empirische Vorgehensweise des Projekts setzt sich aus einer Literaturrecherche, der Auswahl der Untersuchungsgemeinden,

der Konzeption des Fragebogens, der Stichprobenziehung sowie der eigentlichen Befragung und quantitativen Auswertung zusammen (s. Abb. 1).

Die Auswahl der Untersuchungsgemeinden stützt sich auf Arbeiten von Olaf Kühne (2006, 2010), der die Räume des Saarlandes kategorisiert. In seinem Buch „Landschaft in der Postmoderne. Das Beispiel des Saarlandes“ unterteilt Kühne das Saarland in folgende fünf Raumtypen, wobei er sich dabei sowohl an natural als auch an strukturräumlichen Kriterien orientiert:

Typ I: „Gemeinden, außerhalb der Kernzone des Verdichtungsraumes mit guter Verkehrsanbindung bzw. hohem endogenen ökonomischen Potenzial in stereotyper Landschaft: Kontinuierliches Bevölkerungswachstum, insbesondere seit Mitte der 1980er Jahre.“

Typ II: „Gemeinden, außerhalb der Kernzone des Ballungsraumes mit mäßiger bis schlechter Verkehrsanbindung in stereotyper Landschaft mit mäßigem endogenem ökonomischen Potenzial: seit Mitte der 1980er Jahre Bevölkerungswachstum, seit der Jahrtausendwende stagnierende bzw. rückläufige Bevölkerungsentwicklung.“

Typ III: „Gemeinden, im Randbereich der Kernzone des Ballungsraumes mit guter Verkehrsanbindung und mäßigem endogenem ökonomischen Potenzial in nicht stereotyper Landschaft: Kontinuierliches Bevölkerungswachstum, insbesondere seit Mitte der 1980er Jahre.“

Typ IV: „Gemeinden innerhalb der Kernzone des Verdichtungsraumes mit guter Verkehrsanbindung und unterschiedlichem ökonomischen endogenen Potenzial in nicht stereotyper, altindustriell geprägter Landschaft: Im Untersuchungszeitraum insgesamt negative Bevölkerungsentwicklung, Erholung zwischen Mitte der 1980er und 1990er Jahre.“

Typ V: „Gemeinden, in der Randzone des Verdichtungsraumes mit guter Verkehrsanbindung und unterschiedlichem, zumeist

jedoch unterdurchschnittlichem, ökonomischen endogenen Potenzial in oder in der Nähe zu stereotyper Landschaft: Im Untersuchungszeitraum insgesamt leicht positive bzw. leicht negative Bevölkerungsentwicklung, Erholung zwischen Mitte der 1980er und 1990er Jahre.“ (Kühne 2006: 243-245)

Entsprechend dieser Einteilung werden die Gemeindetypen I und II als ländlicher Raum definiert, da sie sich außerhalb von Kernbeziehungswiese Ballungs- und Verdichtungszonen befinden. Des Weiteren entsprechen diese im Wesentlichen der Kategorie „Ländlicher Raum“, die Kühne und Spellerberg (2010: 87) im Rahmen der Studie „Heimat in Zeiten erhöhter Flexibilitätsanforderungen“ klassifizierten. Innerhalb dieses Untersuchungsraumes wurde in einem zweiten Schritt diejenige Gemeinde jedes Typs mit dem höchsten Ausländeranteil ausgewählt, so dass von einer induktiven Vorgehensweise gesprochen werden kann. Innerhalb der Gemeinden des Typs I weist die Gemeinde Perl im Jahr 2009 mit 26,0 Prozent den mit Abstand höchsten Ausländeranteil auf (vgl. Bertelsmann Stiftung o.J.). Bedingt wird dieser hohe Ausländeranteil in besonderem Maße durch die Grenznähe zu Luxemburg, weshalb die Gemeinde eine große Zahl von so genannten „atypischen Grenzgängern“ zählt. Mit 6,2 Prozent (2009) ist der Ausländeranteil in der Gemeinde Schmelz zwar deutlich niedriger als in Perl, dennoch weist Schmelz im Vergleich zu den anderen Gemeinden des Typs II den höchsten Ausländeranteil auf. Im Unterschied zu der Gemeinde Perl begründet sich hier der Ausländeranteil in einer gezielten Gastarbeiteranwerbung der ortsansässigen Firma Meiser, die in den 1960er und 1970er Jahren ganz speziell türkische Personen angeworben hat. Demnach werden beide Gemeinden durch eine Homogenität der Personen ausländischer Staatsangehörigkeit charakterisiert. Es ist davon auszugehen, dass diese Tatsache Einfluss auf die demographische und soziale Struktur der Gemeinden hat, was im Rahmen des Forschungsprojekts näher untersucht werden soll.

Im Hinblick auf die Vergleichbarkeit der Daten sowie zur Vermeidung von unerwünschten Interviewereffekten wurde eine quantitative Methode in Form einer schriftlichen standardisierten Befragung gewählt. Zudem werden in der Regel bei Abwesenheit eines Interviewers Fragen, die ein Tabu berühren, tendenziell ehrlicher beantwortet (vgl. Meier Kruker & Rauh 2005: 101). Dies spielt eine wichtige Rolle, da bei älteren Befragten oder Personen mit Migrationshintergrund möglicherweise Vorbehalte gegenüber Befragungen bestehen.

Speziell für die unterschiedlichen Untersuchungsgruppen wurden zwei Fragebögen konzipiert, einen für Personen deutscher Staatsangehörigkeit (mit und ohne Migrationshintergrund) und einen für allochthone Personen. Inhaltlich bestehen beide Fragebögen aus den Bereichen soziodemographische Aspekte sowie Wohnsituation und Wohnumfeld. Der dritte Themenblock unterscheidet sich bei beiden Untersuchungsgruppen. So werden bei Personen deutscher Staatsangehörigkeit Themen wie Akzeptanz und Multikulturalität abgefragt, während der Schwerpunkt bei Personen ausländischer Staatsangehörigkeit auf der Integration und Möglichkeiten zur Integration liegt. In den Fragebögen werden sowohl geschlossene, offene als auch Hybridfragen verwendet. Um eine hohe Rücklaufquote zu erreichen, wurden die Fragebögen sowohl ins Englische als auch ins Türkische übersetzt. Zudem wurden in die Fragebogenkonzeption lokale Stakeholder eingebunden, um auch von Seiten der Praxis die Anwendbarkeit des Fragebogens zu gewährleisten.

Durch die Einwohnermeldeämter der beiden Gemeinden Schmelz und Perl wurde die Stichprobe zusammengestellt. Es handelt sich dabei um eine Haushaltsstichprobe von jeweils 250 Personen deutscher und ausländischer Staatsangehörigkeit je Gemeinde. Die Stichprobenziehung erfolgte über alle Ortsteile und schloss alle Personen mit einem Mindestalter von 18 Jahren ein. Von der Stichprobe ausgenommen wurden Anstaltspersonen. Da die Einwohnermeldeämter lediglich zwischen autochthoner und allochthoner Bevölkerung differenzieren, liegen keine Informationen über den Migrationshintergrund von Personen vor. Aus diesem Grund besteht die Möglichkeit, dass sich in der Stichprobe der Befragten deutscher Staatsangehörigkeit Personen mit Migrationshintergrund befinden. Der Migrationshintergrund dieser Personengruppe wurde aber in der Analyse nicht berücksichtigt.

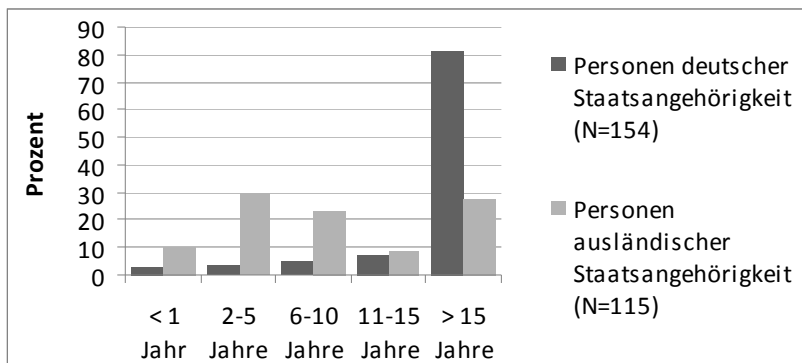
Die eigentliche Datenerhebung erstreckt sich über einen Zeitraum vom 11.11.2010 bis zum 07.12.2010. Insgesamt wurden bis zum Stichtag 277 Fragebögen zurückgesendet, was einer Rücklaufquote von 27,7 Prozent entspricht, davon waren 275 auswertbar. Nach Reuber und Pfaffenbach (2005: 87) kann diese Rücklaufquote als sehr hoch eingestuft werden, da in der Regel bei schriftlichen standardisierten Befragungen lediglich mit 15 Prozent Rücklauf zu rechnen ist. Von den 275 ausgefüllten Fragebögen fallen 160 auf Personen deutscher Staatsangehörigkeit, darunter auch Personen mit Migrationshintergrund und 115 auf allochthone Personen. Die Auswertung der Fragebögen wurde mittels des Statistikprogramms SPSS durchgeführt.

Darstellung der Ergebnisse soziodemographischer Aspekte

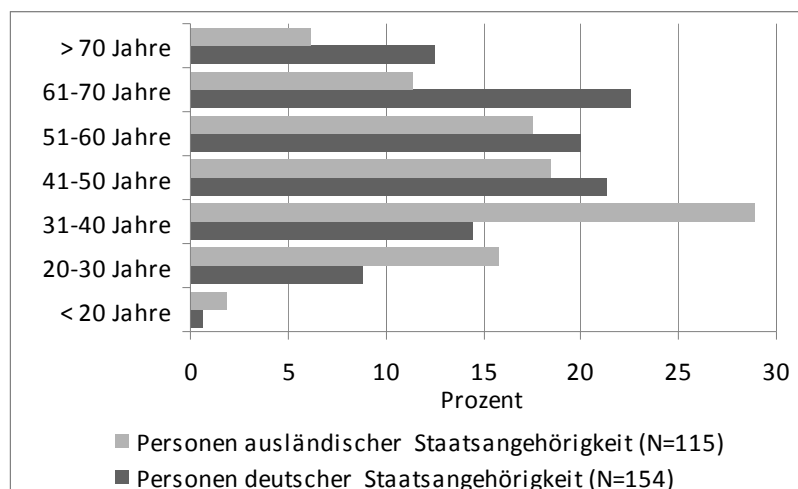
Werden die Befragten hinsichtlich des Geschlechts differenziert, so sind die Anteile sowohl bei Personen mit deutscher (76 Personen weiblich, 81 Personen männlich) als auch mit ausländischer Staatsangehörigkeit (56 Personen weiblich, 57 Personen männlich) nahezu ausgeglichen. Differenzen zwischen den Befragten verdeutlicht die Analyse der unterschiedlichen Aufenthaltsdauer der Personen in den jeweiligen Gemeinden. Während 81,2 Prozent der deutschen Untersuchungspersonen länger als 15 Jahre ihren Wohnsitz in Schmelz oder Perl haben, liegt dieser Anteil bei Personen ausländischer Staatsangehörigkeit lediglich bei 27,8 Prozent. Ein großer Teil dieser Personengruppe, 40 Prozent, gibt an fünf oder weniger als fünf Jahre in der Gemeinde zu wohnen (s. Abb. 2).

Große Unterschiede zwischen beiden Personengruppen bestehen in der Altersstruktur: So setzt sich der Personenkreis der Deutschen zu 41,3 Prozent aus Personen im Alter zwischen 41 und 60 Jahren zusammen. Mit 23,2 Prozent beziehungsweise 35,0 Prozent sind die Altersgruppen der 20 bis 40-Jährigen und über 61-Jährigen vertreten. Die Altersgruppe der unter 20-Jährigen weist mit lediglich 0,6 Prozent den geringsten Anteil auf. Während mit einem Anteil von 44,7 Prozent die Altersgruppe der 20 bis 40-Jährigen bei Personen ausländischer Staatsangehörigkeit nahezu doppelt so stark vertreten ist wie bei den befragten Deutschen, liegt der Anteil der über 61-Jährigen lediglich bei 17,5 Prozent (s. Abb. 3). Demnach weisen die Personen ausländischer Staatsangehörigkeit im Vergleich zu den deutschen Befragten eine demographisch günstigere Altersstruktur auf.

Die Betrachtung der Staatsangehörigkeiten spiegelt die Homogenität der untersuchten ausländischen Personengruppe wider. Demnach besitzen 34,7 Prozent die luxemburgische, 32,2 Prozent die türkische, lediglich 5,1 Prozent die italienische, 3,4 Prozent die



Quelle: Eigene Erhebung 2010



Quelle: Eigene Erhebung 2010
 Abbildung 3: Altersstruktur

portugiesische und 24,6 Prozent sonstige Staatsangehörigkeiten. Als sonstige Staatsangehörigkeiten wurden beispielsweise niederländisch, britisch, bosnisch, thailändisch und US-amerikanisch angegeben. 3,9 Prozent der befragten Deutschen besitzen neben der deutschen eine weitere Staatsangehörigkeit. Dies ist bei 50 Prozent der Befragten die italienische und bei jeweils 25 Prozent die russische beziehungsweise türkische Staatsangehörigkeit.

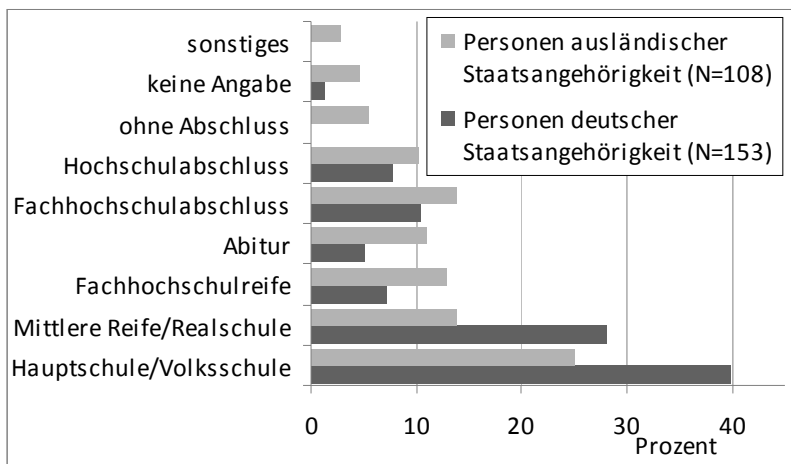
Hinsichtlich des höchsten Bildungsabschlusses können die deutschen Probanden in drei Kategorien eingeteilt werden: 39,9 Prozent verließen die Schule mit einem Hauptschulabschluss, 28,1 Prozent nach der mittleren Reife und 30,7 Prozent mit dem Fachabitur oder der Allgemeinen Hochschulreife. 18,3 Prozent der Abiturienten absolvierte anschließend erfolgreich ein Studium an einer Fachhochschule oder Universität. Mit einem Anteil von 48,2 Prozent ist der Anteil der ausländischen Personen, die das Fachabitur oder die Allgemeine Hochschulreife erlangten deutlich höher als im Vergleich zu der befragten deutschen Bevölkerung (s. Abb. 4). Dennoch besitzen 5,6 Prozent der Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit keinen Schulabschluss.

Unterschiede zwischen den beiden untersuchten Personengruppen existieren auch im Bereich des derzeitigen Arbeitsverhältnisses. Während der Anteil

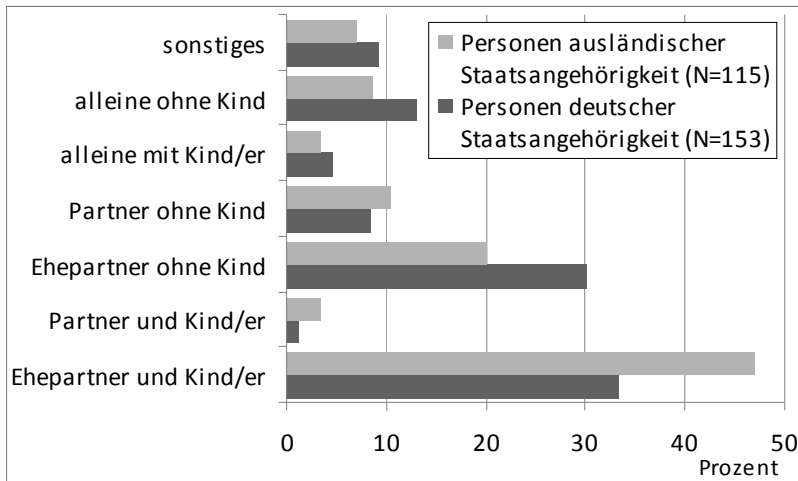
der Personen, die in einem Angestelltenverhältnis arbeiten mit rund 43 beziehungsweise 45 Prozent bei beiden Gruppen nahezu identisch ist, zeigen sich deutliche Unterschiede im Hinblick auf den Arbeitslosenanteil. So sind 2,6 Prozent der Deutschen und 8 Prozent der Personen ausländischer Staatsangehörigkeit derzeit ohne feste Arbeit. Zusätzlich werden die oben genannten Altersdifferenzen deutlich, wenn die unter „sonstiges“ angegebenen Arbeitsverhältnisse analysiert werden. Demzufolge befindet sich ein Teil der befragten ausländischen Personen noch in einer Schul-, Universitäts- oder Berufsausbildung während ein deutlich geringerer Anteil bereits im Ruhestand ist. Der höhere Altersdurchschnitt der deutschen Befragten bedingt ein nahezu umgekehrtes Bild, das heißt, dass unter dem Aspekt „sonstiges“ vorwiegend der Ruhestand als derzeitiges Arbeitsverhältnis genannt wird.

Hinsichtlich der Pluralisierung der Lebensstile dominiert sowohl bei Personen deutscher (33,3 Prozent) als auch ausländischer Staatsangehörigkeit (47,0 Prozent) das traditionelle Familienbild aus Ehepartnern und Kind/ern (s. Abb. 5). Eine altersstrukturelle Analyse zeigt, dass die prozentualen Differenzen ebenfalls auf die unterschiedlichen Altersstrukturen der befragten Gruppen zurückzuführen sind. Das höhere Durchschnittsalter der Deutschen erklärt den um 10,1 Prozent höheren Anteil dieser Personengruppe an dem Item „Ehepartnern ohne Kind“. So sind 91,3 Prozent aller deutschen Personen, die mit dem Ehepartner aber ohne Kinder zusammenleben über 51 Jahre alt. Gemischt-kulturelle Ehen werden von 33,3 Prozent der befragten Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit und lediglich von 3,7 Prozent der Deutschen geführt.

Entsprechend der unterschiedlichen Haushaltsformen unterscheidet sich auch die Haushaltsgröße der beiden Bevölkerungsgruppen (s. Abb. 6). Während der Anteil der Zweipersonenhaushalte bei Personen deutscher Staatsangehörigkeit (40,8 Prozent), unter anderem aufgrund der höheren Altersstruktur, rund 9 Prozent höher liegt als bei nichtdeutschen Befragten, leben 38 Prozent der

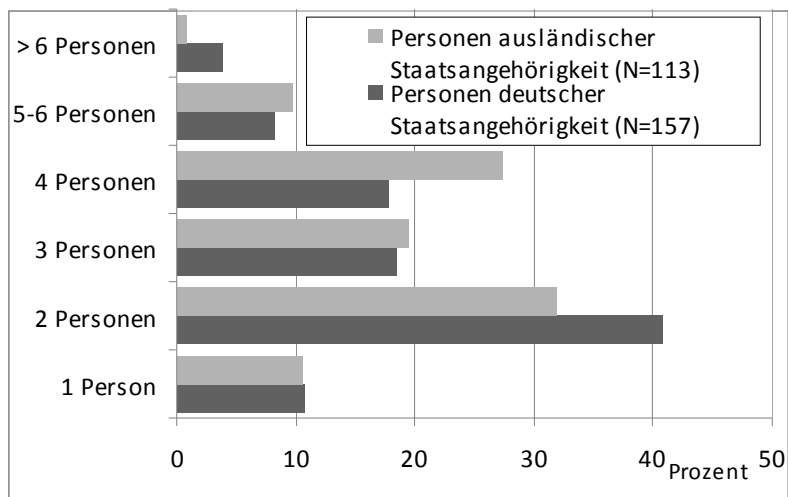


Quelle: Eigene Erhebung 2010
 Abbildung 4: Höchster Bildungsabschluss



Quelle: Eigene Erhebung 2010
Abbildung 5: Haushaltsform

Auffällig ist der Anteil der Frauen ohne Kinder, der bei autochthonen bei 19,2 Prozent und bei allochthonen Frauen bei 21,4 Prozent liegt (s. Abb. 7). Dies entspricht nicht den Erwartungen, dennoch kann das Phänomen dahingehend erläutert werden, dass ein Teil der befragten ausländischen Personen noch sehr jung ist und aus diesem Grund noch keine eigenen Kinder hat. Eine Analyse der durchschnittlichen Kinderzahl (Berücksichtigung von Frauen mit 0 bis 4 Kindern), welche bei ausländischen Frauen bei 1,618 und bei den deutschen Frauen bei 1,451 Kindern liegt, bestätigt dennoch die höhere Kinderzahl der allochthonen weiblichen Untersuchungsgruppe. Drei der weiblichen Befragten haben mehr als vier Kinder, darunter sind zwei autochthone Personen und eine allochthone Person.



Quelle: Eigene Erhebung 2010
Abbildung 6: Haushaltsgröße

Die Altersstruktur der Kinder beider Gruppen wird von über 25-Jährigen dominiert, die 40,5 Prozent beziehungsweise 26,2 Prozent bei Personen deutscher und ausländischer Staatsangehörigkeit ausmachen (s. Abb. 8). Durchschnittlich sind die Kinder der nichtdeutschen Befragten etwas jünger, da auch die Altersstruktur der befragten ausländischen Personengruppe jünger ist als die der Deutschen. Demnach beträgt der Anteil der unter 10-jährigen Kinder bei dieser Untersuchungsgruppe 36,8 Prozent verglichen mit 23,8 Prozent bei deutschen Befragten.

Ein Vergleich des Alters der Mütter bei der Geburt des ersten Kindes liefert keine großen Unterschiede. Es dominiert bei beiden Untersuchungsgruppen mit nahezu 50 Prozent die Altersklasse der 20- bis 25-Jährigen, gefolgt von den 26- bis 30-Jährigen mit jeweils 29,2 beziehungsweise 18,2 Prozent bei Personen deutscher und ausländischer Staatsangehörigkeit (s. Abb. 9).

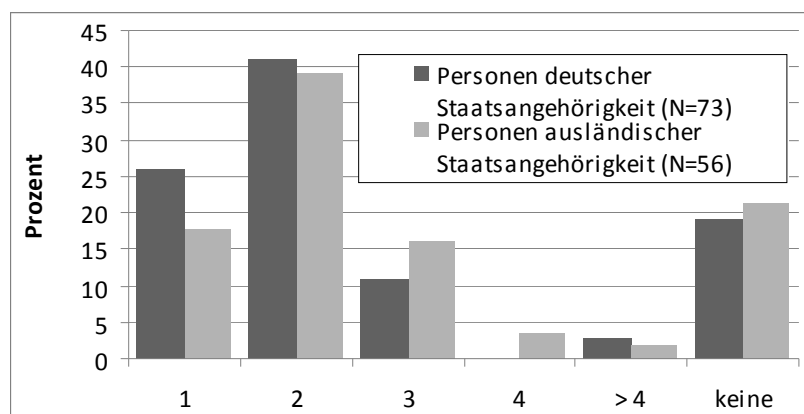
allochthonen Bevölkerung in einem Haushalt mit vier oder mehr Personen.

Die „traditionell“ größere Haushaltsgröße der allochthonen Bevölkerung spiegelt sich auch in einem Vergleich der Geschwisterzahlen der Befragten wider. So dominieren bei beiden Gruppen die prozentualen Anteile der Personen mit einem oder zwei Geschwistern. Deutliche Unterschiede zeigen sich erst beim Vergleich der Personen, die keine Geschwister haben. Hierbei liegt der Anteil der Deutschen mit 12,4 Prozent um 3,7 Prozent höher als bei Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit. Auch bei fünf oder mehr Geschwistern ist der Anteil der deutschen Untersuchungspersonen (12,4 Prozent) um 4,2 Prozent geringer als der der allochthonen Bevölkerung.

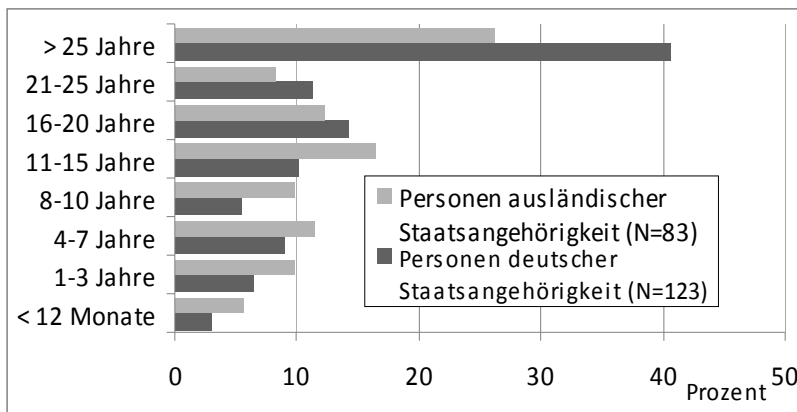
Die Tendenz der ausländischen Bevölkerungsgruppe zu größeren Haushalten manifestiert sich auch in der Kinderzahl. So haben 22,5 Prozent der Frauen dieser Personengruppe drei oder mehr Kinder und weitere 39,3 Prozent haben zwei Kinder. Im Vergleich gaben lediglich 13,7 Prozent der befragten deutschen Frauen an drei oder mehr Kinder zu haben. In beiden Gruppen dominieren die Haushalte mit zwei Kindern.

Diskussion/Fazit

Die dargestellten Ergebnisse verdeutlichen sowohl Gemeinsamkeiten als auch Unterschiede hinsichtlich des demographischen Verhaltens sowie sozialstatistischer Variablen der beiden Untersuchungsgruppen. So wurden im Rahmen des Forschungsprojekts beispielsweise Differenzen in der Aufenthaltsdauer in den Ge-

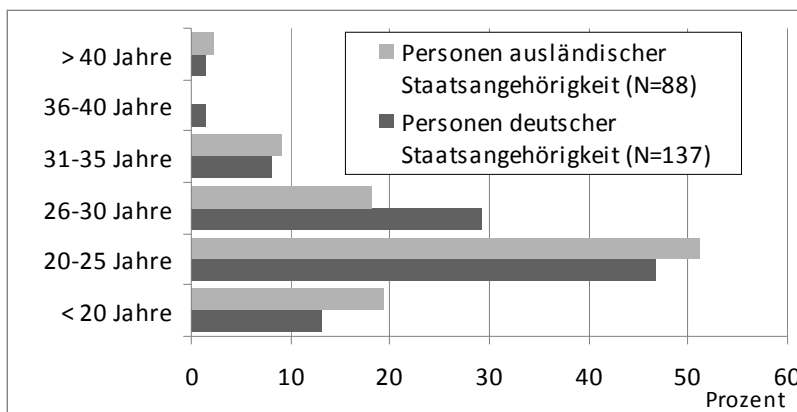


Quelle: Eigene Erhebung 2010
Abbildung 7: Kinderzahl



Quelle: Eigene Erhebung 2010

Abbildung 8: Alter der Kinder (Dichotomie-Gruppe)



Quelle: Eigene Erhebung 2010

Abbildung 9: Alter der Mutter bei Geburt des ersten Kindes

meinden zwischen Personen deutscher und ausländischer Staatsangehörigkeit deutlich. Aber auch unter den allochthonen Personen zeigen sich Gegensätze, die vor allem in den verschiedenen Staatsangehörigkeiten begründet sind. Die von Grothues (2006) sowie Schmid und Kohls (2009, 2010) identifizierten Unterschiede hinsichtlich der Geburtenrate in der Altersverteilung zwischen deutschen und ausländischen Personen spiegeln sich auch bei den Befragten wider, wobei sich eine Umkehrung bei den Untersuchungsgruppen bereits in der Altersgruppe der 26 bis 30-Jährigen zeigt. Tendenziell führen die Befragten ausländischer Staatsangehörigkeit größere Haushalte, was sich auch in einer höheren Kinderzahl manifestiert. Dennoch besitzen prozentual mehr Personen dieser Untersuchungsgruppe, verglichen mit den deutschen Probanden, keine oder noch keine Kinder, was auf deren jüngere Altersstruktur zurückzuführen ist. Besonderer Handlungsbedarf seitens der Einwohnermeldeämter beziehungsweise des Statistischen Amtes besteht in einer Differenzierung der Personendaten nicht nur hinsichtlich unterschiedlicher Staatsangehörigkeiten, sondern auch nach Personen mit und ohne Migrationshintergrund. Eine derartige Unterscheidung ist zurzeit lediglich über MigraPro möglich, weitere Differenzierungen seitens der Landesämter und Kommunen wären für diese sowie folgende Studien aber von großem Interesse. Durch den Zensus 2011, der im Rahmen der Haushaltsbefragung Angaben zur Zuwanderung vorsieht, werden vielleicht zukünftig detaillierte Informationen vorliegen. Des Weiteren zeigen die Forschungsergebnisse hinsichtlich der Migrationsforschung vor allem in ländlichen Räumen

weiteren Forschungsbedarf. So müsste beispielsweise der Zusammenhang zwischen Migration und dem Fertilitätsverhalten untersucht werden. Zum anderen bestehen noch deutliche Forschungsdefizite hinsichtlich des Integrationsgrades der allochthonen Bevölkerung in den Ankunftsgegenden.

Literaturverzeichnis:

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (o.J.): Wegweiser Kommune. Gemeinde Perl/Schmelz. Verfügbar unter: <http://www.wegweiser-kommune.de/> [abgerufen am 01.06.2011].

Birg, H. (2010): Der demographische Wandel als politische Herausforderung. Ein Resümee über Ursachen und Konsequenzen der Demographischen Zeitenwende in Deutschland und Europa. In: Troeger-Weiß, G. & Weingarten, J. (2010): Herausforderungen für Land und Kommunen. Die Gestaltung des demographischen Wandels in Rheinland-Pfalz (S. 35-46). Idar-Oberstein.

Ertl, D. (2007): Bevölkerungsentwicklung 2006. Stärkster Bevölkerungsrückgang seit 1978. In: Statistisches Quartalsheft Saarland, III: 21-29.

Ertl, D. (2009): Effekte des demographischen Wandels auf das Arbeitskräfteangebot im Saarland. In: Statistisches Journal, Heft IV/2009: 9-19.

Grothues, R. (2006): Lebensverhältnisse und Lebensstile im urbanisierten ländlichen Raum. Analyse anhand ausgewählter Ortsteile im münsterländischen Kreis Steinfurt. Münster.

Kohls, M. (2008): Migration und der Einfluss auf die Bevölkerungsstruktur. In: Sozialwissenschaften und Berufspraxis. Themenschwerpunkt „Demographischer Wandel und Migration“. 31(2): 237-249.

Kohls, M. (2011): Das demographische Verhalten der ausländischen Bevölkerung in Deutschland - Analysen mit Daten des FDZ-RV. In: DRV-Schriften, 55: 149-173.

Kühne, O. (2006): Landschaft in der Postmoderne. Das Beispiel des Saarlandes. Wiesbaden.

Kühne, O. & Spellerberg, A. (2010): Heimat in Zeiten erhöhter Flexibilitätsanforderungen. Empirische Studien im Saarland. Wiesbaden.

Mammey, U. & Schwarz, K. (2002): The demographic characteristics of immigrant population in Germany. In: Haug, W., Compton, P. & Courbage, Y. (Hrsg.) (2002): The demographic characteristics of immigrant population. Strasbourg.

Micksch, J. & Schwier, A. (Hrsg.) (2001): Fremde auf dem Lande. Frankfurt am Main.

- Meier Kruker, V. & Rauh, J. (2005): Arbeitsmethoden der Humangeographie. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Milewski, N. (2010): Fertility of Immigrants. A Two-Generational Approach in Germany. Demographic Research Monographs. Hamburg: Springer.
- Nienaber, B. & Roos, U. [2012]: Demographischer Wandel und Integration von Migranten in den saarländischen Kleinstädten Perl und Schmelz. In: Köppen, B. et al. (Hrsg.): Internationalisierung: Die unterschätzte Komponente des demographischen Wandels in Deutschland? Schriftenreihe der Deutschen Gesellschaft für Demographie Bd. 5, Norderstedt: BOD
- Reuber, P. & Paffenbach, C. (2005): Methoden der empirischen Humangeographie. Braunschweig: Westermann.
- Schimany, P. (2007): Migration und demographischer Wandel. Internationale Wanderungen und ihre Auswirkungen auf die Bevölkerungsentwicklung. Verfügbar unter http://www.bamf.de/clin_180/nn_974806/SharedDocs/Anlagen/DE/Migration/Publikationen/Forschung/Forschungsberichte/fb5-demographie,templatId=raw,property=publicationFile.pdf/fb5-demographie.pdf [Abgerufen am 02.11.2010].
- Schmid, S. & Kohls, M. (2009): Sind die FDZ-RV Daten für eine Analyse des generativen Verhaltens von Migrantinnen geeignet? In: DRV-Schriften 2008, 55: 121-143.
- Schmid, S. & Kohls, M. (2010): Fertility of female immigrants in Germany. In: Salzmann, T., Edmonston, B., Raymer, J. (Hrsg.): Demographic Aspects of Migration. VS Verlag: 179-208.
- Statistisches Amt Saarland (Hrsg.) (2010): Bevölkerungsbewegung 2009. Verfügbar unter: http://www.Saarland.de/dokumente/thema_statistik/staa_bev_BEWEG%286%29.pdf [abgerufen am 01.06.11].
- Statistisches Amt Saarland (Hrsg.) (2011): Wanderungen über die Landesgrenzen des Saarlandes 1995-2010. Verfügbar unter: http://www.saarland.de/dokumente/thema_statistik/AIII1-J.pdf [abgerufen am 01.06.11].
- Statistisches Amt Saarland (Hrsg.) (o.J.): Ausländische Staatsangehörige im Saarland. Saarbrücken.
- Von Hohnhorst, M. (2007): Die Bevölkerungsentwicklung im Saarland. In: Dörrenbächer, P., Kühne, O. & Wagner, J. M. (Hrsg.): 50 Jahre Saarland im Wandel. Saarbrücken: Institut für Landeskunde im Saarland e.V.: 69-82.

Autorinnen

korrespondierende Autorin:
Juniorprof. Dr. Birte Nienaber
Universität des Saarlandes
Fachrichtung Geographie,
Europäische Regionalstudien Saarbrücken
b.nienaber@mx.uni-saarland.de

Ursula Roos
Universität des Saarlandes
Fachrichtung Geographie,
Europäische Regionalstudien Saarbrücken
u.roos@mx.uni-saarland.de

Stefan Luft

Ethnisch-soziale Unterschichtenkonzentrationen – Effekte und Handlungsoptionen von Kommunen und Staat

„Schrumpfend – alternd – bunter? Antworten auf den demographischen Wandel“ ist das Thema dieser Jahrestagung. Eine zunehmend heterogener werdende Stadtbevölkerung und ethnisch-soziale Unterschichtenkonzentrationen in städtischen Quartieren und Schulen führen dazu, dass erhebliche Teile der nachwachsenden Generationen nicht das Humanvermögen erwerben können, das nötig ist, um sich im Bildungswesen und auf dem Arbeitsmarkt erfolgreich zu integrieren. Bund, Länder und Kommunen haben Gegensteuerungsmöglichkeiten, sehen sich allerdings in ihren Handlungsspielräumen zunehmend eingeschränkt.

Zur Ausgangslage

Mehr als 50 Prozent der Ausländer in Deutschland wohnen in Städten mit mehr als 100.000 Einwohnern (gegenüber rund einem Drittel deutscher Staatsangehöriger) (Damelang 2011: 23 ff.; Luft 2010: 77). Der Anteil von Personen mit Migrationshintergrund liegt in Städten wie Stuttgart und Frankfurt am Main bei jeweils rund 40, in Nürnberg bei 37 Prozent. Bei den unter 5-Jährigen liegt in sechs Städten der Anteil jener mit Migrationshintergrund bei über 60 Prozent - wobei Nürnberg mit 67 und Frankfurt am Main mit 64,6 Prozent die Spitzenreiter darstellen (Statistisches Bundesamt 2007).

Soziale und ethnische Gruppen waren nie gleichmäßig über das Gebiet der Städte verteilt. Die Verstädterung im 19. und 20. Jahrhundert war untrennbar verbunden mit sozialen Disparitäten und sozialräumlichen Spaltungen (Reulecke 1985: 91ff.; Häußermann/Siebel 2001: 28ff.). Historisch betrachtet waren sie der Normalfall. Das Wirtschaftswachstum der Nachkriegszeit ermöglichte eine Sozialpolitik, die das Integrationspotenzial der Städte nachhaltig stärkte. Damit bildeten die Jahre 1950 bis 1975 eine Ausnahmeerscheinung (Krämer-Badoni 2002: 72f.; Kronauer 2007: 72f.). Bis Ende der 1970er Jahre waren soziale (arm/reich) und demographische Segregation (alt/jung, kinderlos/kinderreich) registriert worden. In den 1980er Jahren kam eine ethnische Komponente hinzu. Inzwischen korreliert sie mit den beiden anderen Faktoren so stark, dass die ethnische Konzentration in Stadtvierteln heute meist gleichbedeutend ist mit Armut und Kinderreichtum (ILS 2006: 7). Statistisch betrachtet ist die Familie heute in den Städten „die Lebensform der sozial Benachteiligten und der Migranten“ (ILS 2006: 31). Für Nordrhein-Westfalen wurde in einer „Sozialraumanalyse“ festgestellt, dass „die weitaus meisten der inzwischen zahlreicheren ‚Ausländer‘ [...] heute in den Stadtteilen [leben], in denen auch die meisten armen ‚Inländer‘ leben, und dort leben heute (zumindest in den Städten) auch die meisten Familien und Kinder.“ (ebd.: 38). Das hat sich im zurückliegenden Jahrzehnt verfestigt, was sich vor allem in steigenden Sozialhilfedichten in den einschlägigen Vierteln ausdrückt (Schönwälder/Söhn 2007: 24f.; Häußermann/Kronauer 2009: 128ff.). Armutsegregation prägt immer mehr Stadtteile: Je niedriger die Einkommen und je niedriger das Bildungsniveau, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit (vor allem für Migranten), in ethnisch segregierten Gebieten zu leben (Janßen/Schroedter 2007: 468). Angesichts zunehmender Disparitäten sprechen die Autoren des „Monitoring Soziale Stadtentwicklung Berlin 2007“ von einer „gespaltenen

Kindheit“: „Immer mehr Kinder [leben] in Umgebungen mit immer größeren Problemen gegenüber Kindern in Umgebungen mit immer weniger Problemen“ (Häußermann et al. 2007: 78). Die ethnische Segregation in Deutschland ist insgesamt geringer ausgeprägt als u.a. in den USA. Sie ging in den letzten 40 Jahren zurück (Friedrichs/Triemer 2008: 76ff.; Friedrichs/Nonnenmacher 2008; Friedrichs 2008: 387ff.). Das „Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung“ (BBR) weist hinsichtlich der stark ausgeprägten Segregation der türkischstämmigen Bevölkerung allerdings darauf hin, „dass die Intensität ethnischer residentieller Segregation deutscher Städte in vielen Fällen die nordamerikanischen Segregationsindikatoren der Zuwandererstädte erreicht und die residentielle Segregation somit ein alltägliches Erscheinungsbild deutscher Städte ist“ (BBR 2008: 7). Das BBR kommt zu dem Ergebnis, dass in rund 1.500 Stadtteilen in 500 Kommunen der Zuwandereranteil sehr hoch und zugleich die Kaufkraft sehr gering ist. Dort wohnen 7,7 Prozent aller Einwohner, 25 Prozent aller Migranten und 31 Prozent der türkischstämmigen Zuwanderer sowie überdurchschnittlich viele Kindern und Jugendliche (ebd.: 8f.).

Zu den Auswirkungen ethnischer und sozialer Segregation

In der Debatte um die sozialräumliche Polarisierung in den Städten sind die Effekte residentieller Segregation umstritten. In den vergangenen Jahren wurde dafür plädiert, zwischen „freiwilliger“ und „erzwungener“ Segregation zu unterscheiden und die positiven Aspekte im Sinne einer „Binnenintegration“ in den Mittelpunkt zu stellen. Segregation sei ohnehin nicht mehr abzuwenden und trage dazu bei, Konflikte zu vermeiden.

Doch: Was heißt hier „Freiwilligkeit“? Zu Recht wird immer wieder darauf verwiesen, dass Zuwanderer mittels Mechanismen des Wohnungsmarktes und Diskriminierung in sozial schwache Viertel gedrängt wurden. So wenig wie die Segregation in der Entstehungsphase der ethnischen Kolonien in erster Linie aus freiem Willen erfolgte, so wenig handelt es sich heute um einen Ausdruck der freien Entscheidung der Zuwanderer und ihrer Nachkommen: Entweder werden sie in die ethnischen Kolonien hineingeboren, mit geringen Chancen, sie in Richtung Mehrheitsgesellschaft zu verlassen, oder sie werden aus den Herkunftsländern nachgeholt. Die „Freiwilligkeit“ ist ein denkbar ungeeignetes Kriterium, um zwischen positiven oder mindestens hinnehmbaren Folgen ethnisch-sozialer Konzentrationen und solchen Konsequenzen (einschließlich unintendierter Folgen), die im Sinne von Chancengleichheit und gleichwertigen Lebensbedingungen vermieden werden müssen, zu unterscheiden.¹

In dieser Debatte besteht die Neigung, die realen Probleme der betroffenen Stadtteile durch Neubewertung und Umdeutung aus der Debatte zu drängen, statt sie durch die Nutzung politischer Gestaltungsmöglichkeiten zu lösen. Die Philosophen haben die Welt verschieden interpretiert, es kommt aber darauf an, sie zu

¹ Häußermann/Siebel (2007: 111) haben konzediert, dass »freiwillige Segregation [...] faktisch nur schwer von der erzwungenen zu unterscheiden ist«.

verändern.

Das zentrale Problem ist die Überlappung von ethnischer und sozialer Segregation, die zu Armutsvierteln mit starken ethnischen Komponenten geführt hat (Häußermann/Siebel 2001: 63). Sie sind u.a. das Ergebnis sozial-selektiver Ab- und Zuwanderungen: Seit mehr als 30 Jahren nimmt in einer Mehrzahl der Städte die sozial-räumliche Polarisierung und die soziale „Entmischung“ der Wohnbevölkerung zu (Häußermann 2001: 63ff.; Friedrichs/Triemer 2008: 34ff., Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung 2009). Soziale und ethnische Segregation stehen in einem engen Zusammenhang (Friedrichs/Triemer 2008: 109). Eine wesentliche Ursache muss in den Stadt-Umland-Wanderungen („Suburbanisierung“) gesehen werden. Vor allem Familien der Mittelschicht haben die Städte verlassen und das Umland der Großstädte zur „Familienzone der mobilen Mittelschichten“ gemacht (Kersting 2005: 253). Entscheidend ist, dass es sich um einen Jahrzehnte andauernden, sozial selektiven Wanderungsprozess handelt, der die städtischen Entmischungsprozesse beförderte (Mädig 2001; BBR 2005: 195). Seit Mitte der 1980er Jahre hat sich die Suburbanisierung verlangsamt (BMVBS/BBR 2007: 148ff.), viele Städte in Westdeutschland erholen sich seit Ende der 1990er Jahre wieder. Das ändert allerdings mittelfristig wenig am bestehenden Wohlstandsgefälle zwischen Kernstadt und Umland (BBR 2005: 195). Hinzu tritt innerstädtische Mobilität: Aufsteiger – zugewanderte und nicht-zugewanderte – verließen und verlassen jene Quartiere, in denen Armut und Zuwanderung zunehmend dominieren, die dort zurückbleibende Bevölkerung wird zunehmend homogen.

Ethnisch-soziale Unterschichtenkonzentrationen in den Städten haben in vielfacher Hinsicht negative Einflüsse – vor allem auf Kinder und Jugendliche. „Der größere Teil der nachwachsenden Generation“ – so haben es Strohmeier und Kersting zusammengefasst, „wächst in den großen Städten unter Lebensbedingungen auf, die die alltägliche Erfahrung der Normalität von Armut, Arbeitslosigkeit, sozialer Ausgrenzung und Apathie, gesundheitlichen Beeinträchtigungen, gescheiterten Familien, möglicherweise auch Gewalt und Vernachlässigung beinhalten. *Kinder in den Armutsstadtteilen erfahren eine abweichende gesellschaftliche Normalität.* [...] Die Mehrheit der Kinder in den großen Städten wird künftig unter solchen Voraussetzungen aufwachsen. Sie werden, wenn es gut geht, vielleicht Fähigkeiten erwerben, die ihnen das Überleben in dieser abweichenden Normalität ermöglichen, sie haben jedoch kaum eine Chance, die Nützlichkeit jener Kompetenzen, die das ‚Humanvermögen‘ ausmachen, Solidarität, Empathie, Vertrauensfähigkeit und Vertrauenswürdigkeit, zu erfahren ... In der Verfügung über dieses ›kulturelle‹ Kapital und in der Verfügung über das ›soziale Kapital‹ bei Bedarf hilfreicher sozialer Beziehungen – und weniger im Mehrbesitz an ökonomischem Kapital – liegt der entscheidende Startvorteil von Kindern aus bürgerlichen Mittelschichten“ (Strohmeier/Kersting 2003: 238f.).

Schulen und frühkindliche Bildung

Die sozialräumliche Spaltung der Städte mit der Konsequenz der Verfestigung ethnisch-sozialer Unterschichtenkonzentrationen macht sich für die vorschulische und schulische Segregation in besonderer Weise bemerkbar – sie ist in der Regel noch stärker ausgeprägt als die residentielle Segregation (BBR 2008: 11). Je größer die Städte, desto stärker die Konzentration nichtdeutscher

Kinder an Grundschulen – in den Großstädten ist sie am stärksten ausgeprägt (ebd.). Das liegt u.a. am Verhalten der einheimischen Eltern und der Aufsteiger bei den Zuwanderern, die ihre Kinder nicht an Schulen mit hohem Migrantenanteil unterbringen wollen. Auch die Auflösung fester Grundschuleinzugsbereiche („Schulsprengel“) (Klemm 2008: 27) verstärkt die ethnisch-soziale Polarisierung: Eltern mit niedrigem sozialen Status verfügen über geringere Möglichkeiten, sich nötige Informationen zu beschaffen und auszuwerten und tun sich schwer, die zusätzlichen Kosten, die durch die Mobilität der Kinder entstehen, zu tragen.

Der Anteil an Kindern mit Migrationshintergrund divergiert in den einzelnen Schulen stark. Für Grundschulen in Berlin haben Ditton und Krüsken (2006: 142) ermittelt, dass in 172 Schulkassen (16 Prozent) ausschließlich Schüler deutscher Herkunft zu verzeichnen sind, während in 64 Schulkassen (sechs Prozent) nur Kinder nichtdeutscher Herkunft sind. Im Durchschnitt der Berliner Grundschulen liegt deren Anteil bei 34 Prozent. In den Schulklassen besteht ein sehr starker Zusammenhang zwischen den Leseleistungen und dem Anteil von Schülern nichtdeutscher Herkunft (ebd.: 142f.).

Möglichkeiten der Gegensteuerung

Kommunen können ihre Einnahmen nur in geringem Umfang selbst gestalten – darüber entscheiden die Länder (kommunaler Finanzausgleich) und der Bund. Gleiches gilt für die Ausgaben: Kommunen können weder den Umfang ihrer Pflichtaufgaben definieren, noch können sie sich den Folgen des Strukturwandels am Arbeitsmarkt und der Mobilität international tätiger Unternehmen, die ihre Exit-Optionen nutzen, entziehen. Das gilt ebenso für die verschiedenen Zuwanderungsphasen, die auf der Ebene des Bundes zu verantworten waren, denen sich aber vor allem die Städte ausgesetzt sahen: die „Kommunalisierung der Folgekosten von Zuwanderung“ (Bommes 2007: 115). Für die Finanz-, Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik zeichnet in erster Linie der Bund verantwortlich, so dass die Bundespolitik maßgeblich die Ausgabenstruktur von Städten beeinflusst. Die Bedingungen struktureller Integration (bzw. ausbleibender Integration) werden im Regelfall von anderen Institutionen im politischen Mehrebenensystem gestaltet. Die allermeisten Zuwanderer sind in die staatlichen Sozialversicherungssysteme integriert und damit gegen Standardrisiken abgesichert. Bund und Länder haben wichtige Felder der Sozialpolitik als Selbstverwaltungspflichtaufgaben zur Durchführung an die Kommunen delegiert. So sind die kreisfreien Städte die örtlichen Träger der Sozial-, Kinder- und Jugendhilfe, was zu ihren bundesgesetzlich normierten Pflichtaufgaben gehört (Bäcker et al. 2008: 528ff.). Hinzu kommen die freiwilligen Aufgaben, bei denen die Gemeinden über die Aufgabenwahrnehmung als solche entscheiden. Als Ausfluss des Örtlichkeits- und Universalitätsprinzips und der „Allzuständigkeit“, die nach dem Eigenverantwortlichkeitsprinzip ausgefüllt werden soll (Art. 28 II GG), nehmen die Kommunen somit die „Anliegen der örtlichen Gemeinschaft“ auch in sozialer Hinsicht wahr. Rund 30 Prozent der kommunalen Ausgaben (einschließlich Personal) fließen in den Bereich „Soziales“ (Grohs 2010: 41). Die Kommunen delegieren dabei in der Mehrzahl der Fälle die Aufgaben an gemeinnützige und privat-gewerbliche Träger (Bäcker et al. 2008: 534ff.). Hier hat sich im 20. Jahrhundert ein korporatistisches System entwickelt. So haben sich die Wohlfahrtsverbände seit den 1960er Jahren ihr Klientel gesichert und die „Gastarbeiter“ nach konfessionellen und weltanschaulichen Gesichtspunkten unter sich zur Betreuung

aufgeteilt (Thränhardt 1983).

Kommunen nehmen einen eigenständigen Einfluss auf die soziale und strukturelle Integration der Stadtbevölkerung im Allgemeinen und von Zuwanderern im Besonderen. Das gilt u.a. hinsichtlich der Umsetzung staatlicher Leistungsgesetze, des Wohnumfeldes, schulischer und vorschulischer Integration (Schulsozialarbeit), und der Förderung zivilgesellschaftlicher Initiativen. Seit 2005 (Arbeitsmarktreform „Hartz IV“) übernehmen die Kommunen zusammen mit den lokalen Agenturen für Arbeit oder in getrennter Trägerschaft die Betreuung der Bezieher des Arbeitslosengelds II, die vorher überwiegend Arbeitslosen- oder Sozialhilfe erhielten. Mit der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe für erwerbsfähige Personen wurden die Kommunen zumindest von Kosten der Zuwanderung zu großen Teilen entlastet (Bommes 2007: 115). Gleichzeitig finanzieren die Kommunen die Kosten für Unterkunft und Heizung der Arbeitslosengeld II-Bezieher zu rund 70 Prozent.

Im Rahmen der Städtebauförderung werden die Kommunen von staatlichen Programmen und im Zuge der europäischen Regionalpolitik unterstützt, um eine bauliche Aufwertung sozial schwacher Stadtteile zu erreichen, die dem Eindruck der Verwahrlosung und der Abkoppelung von „besseren“ Wohngebieten entgegenwirkt (Güntner 2007: 52ff.; 111ff.). In erster Linie werden Mittel für Investitionen bereitgestellt, wie sie vor allem Gebiete mit hohen Arbeitslosenquoten und Ausländeranteilen (ebd.: 170) im Bundesländer-Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“ seit 1999 erhalten haben (ebd.: 167 ff.). Grundsätzlich können solche Maßnahmen allerdings die Auswirkungen zunehmender sozioökonomischer Polarisierung nicht wettmachen (Dangschat/Hamedinger 2007: 227f.). Hinzu kommt die Privatisierung kommunaler Wohnungsbestände, die die Möglichkeiten der Kommunalpolitik stark reduziert hat, zu einer sozialen Mischung der Wohnbevölkerung beizutragen (Häußermann 1998: 162ff.; 167ff.). Jährlich fallen mehr als 100.000 Wohnungen aus der Sozialbindung heraus, innerhalb von rund 20 Jahren (1980 und 1999) ist diese Zahl von vier auf 1,9 Millionen gefallen (Häußermann/ Kronauer/ Siebel 2004: 31f.; Holm 2008). Je geringer die Zahl der Sozialwohnungen ist, desto größer ist die Gefahr, dass die Verbliebenen sich in Großwohnanlagen konzentrieren, was wesentlich zur Verstärkung ethnisch-sozialer Unterschichtenkonzentration beiträgt.

Erschwerend tritt hinzu, dass in Städten mit schrumpfender Bevölkerung und einem sich dadurch entspannenden Wohnungsmarkt, die wohnliche Segregation gefördert wird. In Zeiten sinkender Mietpreise fällt es leichter, ein Quartier, das als nachteilig erlebt wird, zu verlassen.

Kinder in ethnischen Kolonien, die meist zu den Armutsvierteln gehören, brauchen personell und materiell besonders gut ausgestattete Schulen. Deshalb sind Modelle sinnvoll, bei denen Schulen mit sehr niedrigem Sozialindex ein Anrecht auf zusätzliche Mittel erhalten. Sie benötigen Schulen, in denen sie auch nachmittags (spielerisch) lernen, und ein förderndes, pädagogisch geschultes Umfeld, das zuhause oft fehlt. So können Kinder stabile Beziehungen erfahren, die ihre soziale Kompetenz fördern. Schulen müssen sich stärker auf Familien ausrichten, Eltern in ihre Arbeit nahezu genauso einbeziehen wie Kinder. Schulen und vorschulische Einrichtungen müssen sich den Stadtteilen öffnen – ein Prozess, der gerade erst begonnen hat (Nationaler Integrationsplan, 1.

Fortschrittsbericht 2008: 63). Eine enge Kooperation mit kommunalen Einrichtungen – wie der Jugendhilfe, der Jugendsozialarbeit, den Musikschulen, den Volkshochschulen etc. – ist nötig und wird bereits praktiziert. Ihre Aufträge ergänzen und überschneiden sich in vielen Feldern, auch hinsichtlich des Übergangs von vorschulischen Einrichtungen in die Grundschulen. Durch diesen Aufgabenwandel der Schulen wirkt die Trennung in „äußere“ und „innere“ Schulangelegenheiten, für die einerseits die Gemeinden und andererseits die Länder zuständig sind, überholt. In der Verantwortung für Schulstrukturen in „Bildungsregionen“ stehen Länder und Kommunen in einer „Verantwortungsgemeinschaft“ (Hebborn/Faber 2009: 20). Die Förderung von Kindern muss aber bereits vor der Schule beginnen. Der Besuch vorschulischer Einrichtungen (Kindergärten, Kindertagesstätten) erfüllt hinsichtlich des Erwerbs der Sprache und kultureller Kompetenzen wichtige Funktionen. Entscheidend sind dabei die Dauer des Kindergartenbesuchs, die ethnisch-soziale Zusammensetzung der Gruppen und die Qualifikation des Personals. Hier gilt ebenfalls: qualifiziertes Personal, niedrige Relation von Kindern und Erzieher/-innen und gute Ausstattung sind unabdingbare Voraussetzungen, um die Startnachteile dieser Kinder auszugleichen. Hinzukommen muss die Aktivierung der Zivilgesellschaft – wie durch die verstärkte Förderung von Patenschaften für Kinder von Zuwanderern (Pfeiffer/Windzio/Baier 2006: 280).

Fazit

Nach jahrzehntelangem Wachstum von Bevölkerung und Arbeitsplätzen (und damit von Einnahmen) in den Städten kam es seit den 1980er Jahren zu einer grundlegenden Wende. Die Situation der Kommunen ist dabei sehr unterschiedlich. Zunehmende Disparitäten stellen ein Problem dar (Gemeindefinanzbericht 2008: 5; Junkernheinrich/Micosatt 2008: 16ff.; Heinz 2008: 159ff.). Strukturschwache Großstädte sind häufig in einer „Abwärtsspirale ...“, aus der sie sich aus eigener Kraft kaum noch befreien können.“ (Anton/Diemert 2009: 17). Um der sozialen Polarisierung und interethnischen Konflikten entgegenzuwirken, sind erhebliche finanzielle Anstrengungen unumgänglich. Bund, Länder und Kommunen benötigen dafür eine solide finanzielle Basis. Seit Anfang der 1990er Jahre befinden sich die Kommunen in einer schweren Finanzkrise: Steigende Sozialausgaben und über Jahre sinkende Einnahmen ließen die Defizite in den städtischen Verwaltungshaushalten auf Rekordniveau ansteigen. Seit 1970 verfünffachte sich der Anteil der sozialen Leistungen an den kommunalen Ausgaben, der Anteil der Investitionen verringerte sich um zwei Drittel (ebd.: 20). Nach einem kurzen „Zwischenhoch“ von 2006 bis 2008 ist es im Jahr 2009 zu einem extremen Einbruch beim kommunalen Finanzierungssaldo gekommen – um rund 14,8 Milliarden Euro (Bundesministerium der Finanzen 2010: 41); Boettcher/Junkernheinrich 2010). 2010 lag das Finanzierungsdefizit bei 7,7 Milliarden Euro (Bundesministerium der Finanzen 2011: 40). Trotz einer volkswirtschaftlichen Stabilisierung zeichnet sich keine Konsolidierung der kommunalen Haushalte ab. Für das Jahr 2011 wird ein ähnlich hoher Finanzierungssaldo erwartet wie für 2010 (Deutscher Städtetag 2011: 2). Hinzu kommt eine Explosion der Kassenkredite, die im dritten Quartal 2010 ein Volumen von 40,5 Milliarden Euro erreicht und sich damit seit 2004 verdoppelt und innerhalb eines Jahres um 6,6 Milliarden Euro erhöht haben (Bundesministerium der Finanzen 2011: 42).

Zu den Folgen der knappen Ressourcen gehören ein Preis- und

Kostenwettbewerb, der seinen Niederschlag in der Anhebung von Nutzungsentgelten findet (wie Elternbeiträge in Tageseinrichtungen), Personalreduzierungen, Einsatz gering qualifizierten Personals und dem Absenken von Einkommen (Bäcker et al. 2008: 571).

Bei Ausgaben mit geringen Verpflichtungsgraden (Investitionen und bei den gesetzlich nicht vorgeschriebenen Leistungen) müssen Kommunen zuerst reduzieren (ebd.: 524; Heinz 2008: 169). So gibt es bei kommunalen Einrichtungen (Kindergärten, Schulen etc.) in der Folge einen erheblichen Sanierungsstau. Ausgabenreduzierungen wirken sich auf zusätzliche Sprachkurse und andere berufliche Qualifizierungsmaßnahmen aus.

Kommunen haben kein institutionalisiertes Mitwirkungsrecht auf Bundesebene, ihr Gewicht im Mehrebenensystem ist schwach (Püttner 2008: Rn. 77ff.). Staatsrechtlich sind sie Teil der Exekutive der Länder und sind in dieser Position von den Entscheidungen anderer Akteure abhängig. Das gilt vor allem bei Verstößen gegen das Konnexitätsprinzip. Es wird z.B. deutlich bei Auseinandersetzungen um Beteiligungsquoten an Kosten der Unterkunft (Anton/Diemert 2009: 16, 21) oder bei Konflikten um das Kinderförderungsgesetz (KiFöG), das einen Rechtsanspruch auf frühkindliche Förderung in entsprechenden Einrichtungen festschreibt. Die Länder erhalten vom Bund Investitionsmittel und eine Beteiligung an den Betriebskosten. Doch nicht alle Länder reichen diese Mittel an die Kommunen weiter. In Nordrhein-Westfalen z.B. „versickern“ die Beträge im Landeshaushalt (ebd.: 45). Starke Einschnitte bei Investitionen und beim Personal sind die Folgen. Ein Urteil des Verfassungsgerichtshofes NRW vom Oktober 2010, das den Verfassungsbeschwerden von 17 kreisfreien Städten stattgab, verpflichtet die Landesregierungen, im Rahmen des Konnexitätsprinzips „bei der Übertragung neuer oder der Veränderung bestehender kommunaler Aufgaben, gleichzeitig einen finanziellen Ausgleich für die entstehenden, notwendigen, durchschnittlichen Ausgaben zu schaffen“ (Pressemitteilung des Verfassungsgerichtshofes vom 12.10.2010). Ein Urteil, das für die Länder- und die Kommunalfinanzgeschichte geschrieben hat.

Die Konsolidierungspotentiale der kommunalen Haushalte sind in vielen Fällen bereits ausgeschöpft (Bogumil/Holtkamp 2006: 133), die Handlungsspielräume stark eingeschränkt. Kommunen, die bereits viel in Sachen Integration tun, können so ihren Aufgaben, die auch von gesamtstaatlichem Interesse sind, nicht gerecht werden. Handlungsnotwendigkeiten nehmen zu, während gleichzeitig Handlungsmöglichkeiten zurückgehen. Diese Widersprüche werden verstärkt durch die starre Verbotregelung des Art. 84 Abs. 1 Satz 7 GG hinsichtlich einer unmittelbaren Aufgabenübertragung vom Bund auf die Kommunen und durch das Kooperationsverbot von Bund und Ländern bei der Bildungsfinanzierung. Mit dieser Regelung ist man in die „Entflechtungsfalle“ (Benz 2008: 182) getappt, weil man der „Verflechtungsfalle“ entkommen wollte. In Zeiten zunehmender Verteilungskonflikte sind solche Sperren dysfunktional. Vielmehr ist bei zunehmenden Ressourcenkonflikten eine enge Kooperation zwischen den Ebenen mit dem Ziel optimierter Aufgabenwahrnehmung erforderlich. Infolge der Weltwirtschaftskrise sind die Steuereinnahmen in den Jahren 2009 und 2010 drastisch zurückgegangen. Wegbrechenden staatlichen Einnahmen standen steigende Ausgaben gegenüber (Konjunkturprogramme, Mehrausgaben für Transferleistungen). Dies trug zu rapide steigender Neuverschuldung von Bund, Ländern und Kommunen bei (Ebert/Höppner 2010). Zeitgleich haben

sich Bund und Länder als Ergebnis der Föderalismus-Kommission II massive Ausgabenrestriktionen („Schuldenbremse“) auferlegt (Deutscher Bundestag, Drs. 16/12410). Das dort formulierte Konsolidierungsziel wird „die Gebietskörperschaften und die Sozialversicherungen vor harte Entscheidungen“ stellen (Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose 2009: 79) und unter erheblichen zusätzlichen Druck setzen. Für Länder und damit auch für Kommunen kommen für zwangsläufige Sparmaßnahmen nur „die Zukunftsaufgaben, die Ausgaben für Kindergärten, Schulen, Hochschulen, Bildung und Kultur insgesamt“ (Renzsch 2008: 111) in Frage. Damit wird sich die Schere zwischen Handlungserfordernissen und -möglichkeiten weiter öffnen. So ist es äußerst unwahrscheinlich, dass die Beschlüsse des „Bildungsgipfels“ 2008 umgesetzt werden, wonach Bildungsausgaben bis 2015 nachhaltig gesteigert werden sollen (Ulbricht 2009). Die Chancen stehen schlecht, Desintegration und Verteilungskonflikte entgegenzuwirken.

Literaturverzeichnis

- Anton, Erika/ Diemert, Dörte (2009): Kommunalfinanz im freien Fall? Gemeindefinanzbericht im Detail. der städtetag 5/2009, 10-77.
- Bäcker, Gerhard/Naegle, Gerhard/Bispinck, Reinhard/Hofemann, Klaus/Neubauer, Jennifer (2008): Sozialpolitik und soziale Lage in Deutschland, Wiesbaden, 4. Auflage, 2 Bde.
- BBR: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (2005): Raumordnungsbericht, Bonn.
- BBR: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (2008): Migration/Integration und Stadtteilpolitik, ExWoSt-Informationen, 34/1.
- Benz, Arthur (2008), Föderalismus in der „Entflechtungsfalle“, in: Jahrbuch des Föderalismus 2007, Baden-Baden, 180-190.
- BMVBS/BBR: Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung/Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (2007): Akteure, Beweggründe, Triebkräfte der Suburbanisierung, BBROnline-Publikation, Nr. 21/2007.
- Boettcher, Florian/Junkernheinrich, Martin: Kommunalfinanz im Jahr 2009 – Krisenreaktionen im Ländervergleich, in: Junkernheinrich, Martin/Korioth, Stefan/Lenk, Thomas/Scheller, Henrik/Woisin, Matthias (Hrsg.): Jahrbuch für öffentliche Finanzen 2010, Berlin, 225-253.
- Bogumil, Jörg/Holtkamp, Lars (2006): Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung. Eine policyorientierte Einführung, Wiesbaden.
- Bommes, Michael (2007): Kommunen und nachholende Integrationspolitik – Handlungsperspektiven und Handlungsspielräume, in: Bade, Klaus J./Hiesserich, Hans-Georg (Hg.): Nachholende Integrationspolitik und Gestaltungsperspektiven der Integrationspraxis, Göttingen, 97-123.
- Bundesministerium für Finanzen (2010): Bundespolitik und Kommunalfinanz. Maßnahmen des Bundes zugunsten der Kommunen, in: Monatsbericht des Bundesministerium für Finanzen, September 2010, 40-51.
- Bundesministerium für Finanzen (2011): Gemeindefinanzkommission – Ausgangslage und Ergebnisse, in: Monatsbericht des Bundesministerium für Finanzen, August 2011, 39-51.

- Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung und Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (2009): Trends und Ausmaß der Polarisierung in deutschen Städten (= Forschungen H. 137), Bonn.
- Damelang, Andreas (2011): Arbeitsmarktintegration von Migranten. Die Potentiale kultureller Vielfalt nutzen, IAB-Bibliothek Nr. 327, Nürnberg/Bielefeld.
- Dangschat, Jens S./Hamedinger, Alexander (2007): Sozial differenzierte Räume – Erkenntnisinteresse, Problemlagen und Steuerung, in: dies. (Hg.): Lebensstile, soziale Lagen und Siedlungsstrukturen. Forschungs- und Sitzungsberichte der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Bd. 230, Hannover, 206–239.
- Deutscher Städtetag (2011): Aktuelle Finanzlage der Städte - Rückblick auf 2010 und Prognose für 2011, Text abrufbar unter <http://www.staedtetag.de/imperia/md/content/presse/dien/2011/6.pdf> (Zugriff: 03. März 2011)
- Ditton, Hartmut/Krüsken, Janina (2006): Sozialer Kontext und schulische Leistungen – zur Bildungsrelevanz segregierter Armut, in: Zeitschrift für Soziologie der Erziehung, Jg. 26, H. 2, 135–157.
- Ebert, Werner/Höppner, Florian (2010): Die öffentlichen Haushalte als Spiegel der Wirtschafts- und Finanzkrise, in: Junkernheinrich, Martin/Korioth, Stefan/Lenk, Thomas/Scheller, Henrik/Woisin, Matthias (Hrsg.): Jahrbuch für öffentliche Finanzen 2010, Berlin, 203–223.
- Friedrichs, Jürgen (2008): Ethnische Segregation, in: Frank Kalter (Hg.), Migration und Integration. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 48/2008, Wiesbaden, 380–411.
- Friedrichs, Jürgen/Nonnenmacher, Alexandra (2008): Führen innerstädtische Wanderungen zu einer ethnischen Entmischung von Stadtteilen?, in: Hillmann, Felicitas/Windzio, Michael (Hg.): Migration und städtischer Raum. Chancen und Risiken der Segregation und Integration, Opladen/Farmington Hills, 31–48.
- Friedrichs, Jürgen/Triemer, Sascha (2008): Gespaltene Städte? Soziale und ethnische Segregation in deutschen Großstädten, Wiesbaden.
- Gemeindefinanzbericht 2008, der städtetag, Jg. 61, H. 5.
- Grohs, Stephan (2010): Modernisierung kommunaler Sozialpolitik. Anpassungsstrategien im Wohlfahrtskorporatismus, Wiesbaden.
- Güntner, Simon (2007): Soziale Stadtpolitik. Institutionen, Netzwerke und Diskurse in der Politikgestaltung, Bielefeld.
- Häußermann, Hartmut (1998): Zuwanderung und die Zukunft der Stadt. Neue ethnisch-kulturelle Konflikte durch die Entstehung einer neuen sozialen ‚underclass‘?, in: Wilhelm Heitmeyer, Dollase, Rainer/Backes, Otto (Hg.): Die Krise der Städte. Analysen zu den Folgen desintegrativer Stadtentwicklung für das ethnisch-kulturelle Zusammenleben, Frankfurt am Main, 145–175.
- Häußermann, Hartmut (2001): Marginalisierung als Folge sozialräumlichen Wandels in der Großstadt, in: Frank Gesemann (Hg.): Migration und Integration in Berlin. Wissenschaftliche Analysen und politische Perspektiven, Opladen, 63–85.
- Häußermann, Hartmut/Siebel, Walter (2001): Soziale Integration und ethnische Schichtung. Zusammenhänge zwischen räumlicher und sozialer Integration, Gutachten im Auftrag der Unabhängigen Kommission ‚Zuwanderung‘, Berlin/Oldenburg.
- Häußermann, Hartmut/Siebel, Walter (2007): Integration durch Segregation – zum Stand der wissenschaftlichen Debatte, in: Verbundpartner „Zuwanderer in der Stadt“ (Hg.): Handlungsfeld Stadträumliche Integrationspolitik, Ergebnisse des Projektes „Zuwanderer in der Stadt“, Darmstadt, 92–119.
- Häußermann, Hartmut/Kronauer, Martin (2009): Räumliche Segregation und innerstädtisches Getto, in: Castel, Robert/Dörre, Klaus (Hg.): Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts, Frankfurt am Main, 113–130.
- Häußermann, Hartmut/Gorning, Martin/Kapphan, Andreas (2007): Monitoring Soziale Stadtentwicklung 2007, Fortschreibung für den Zeitraum 2005 – 2006, Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin, Berlin.
- Holm, Andrej (2008): Privatisierung des kommunalen Wohnungsbestandes, in: Norbert Gestring/Glauser, Herbert/Hannemann, Christine et al. (Hg.): Arme reiche Stadt. Jahrbuch StadtRegion 2007/08, Opladen/Farmington Hills, 101–108.
- ILS Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung und Bauwesen des Landes Nordrhein-Westfalen (2006): Sozialraumanalyse. Soziale, ethnische und demografische Segregation in den nordrhein-westfälischen Städten, Dortmund.
- Janßen, Andrea/Schroedter, Julia H. (2007): Kleinräumliche Segregation der ausländischen Bevölkerung in Deutschland: Eine Analyse auf der Basis des Mikrozensus, Zeitschrift für Soziologie, Jg. 36, H. 6, 453–472.
- Junkernheinrich, Martin/Micosatt, Gerhard: (2008), Kommunaler Finanz- und Schuldenreport Deutschland 2008. Ein Ländervergleich, Gütersloh.
- Kersting, Norbert (2005): Städte und Stadtteile in Nordrhein-Westfalen – Der Versuch einer sozialräumlichen Typisierung, in: vhw Forum Wohneigentum, Zeitschrift für Wohneigentum in der Stadtentwicklung und Immobilienwirtschaft, Jg. 5, H.5, 250–254.
- Klemm, Klaus (2008): Bildung und sozialräumliche Segregation in Deutschlands Großstädten, in: Wernstedt, Rolf/John-Ohnesorg, Marei (Hg.): Soziale Herkunft entscheidet über Bildungserfolg. Konsequenzen aus IGLU 2006 und PISA III, Berlin, 25–28.
- Krämer-Badoni, Thomas: Urbanität, Migration und gesellschaftliche Integration, in: Löw, Martina (Hg.): Differenzierungen des Städtischen, Opladen 2002, 69–86.
- Kronauer, Martin (2007): Quartiere der Armen - Hilfe gegen soziale Ausgrenzung oder zusätzliche Benachteiligung?, in: Dangschat, Jens S./Hamedinger, Alexander (Hg.): Lebensstile, soziale Lagen und Siedlungsstrukturen, Hannover 2007, 72–90.
- Luft, Stefan (2010): Kommunale Sozialpolitik u. die Integration von Zuwanderern, in: Zeitschrift für Sozialpolitik 59, H.1, 77–89.

- Mädig, Heinrich (2001): Suburbanisierung und kommunale Finanzen, in: Brake, Klaus/Dangschat, Jens S./Herfert, Günter (Hg.): Suburbanisierung in Deutschland. Aktuelle Tendenzen, Opladen, 109–120.
- Nationaler Integrationsplan (2008): 1. Fortschrittsbericht, hrsg. vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Berlin.
- Pfeiffer, Christian/Windzio, Michael/Baier, Dirk (2006): Vorschläge zur Gewaltvermeidung und sozialen Integration, in: Heitmeyer, Wilhelm/Schrötle, Monika (Hg.): Gewalt - Beschreibungen, Analysen, Prävention, Bonn, 276–290.
- Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2009): Im Sog der Weltrezession. Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2009, München.
- Püttner, Günter (2008): Kommunale Selbstverwaltung, in: HStR VI, 2008, § 144 Rn., 1ff.
- Renzsch, Wolfgang (2008): Föderalismusreform, zweite Stufe – warum und was, in: Jahrbuch des deutschen Föderalismus, Bd. 8, Baden-Baden, 109-120.
- Reulecke, Jürgen (1985): Geschichte der Urbanisierung in Deutschland, Frankfurt am Main.
- Schönwälder, Karen/Söhn, Janina (2007): Siedlungsstrukturen von Migrantengruppen in Deutschland. Schwerpunkte der Ansiedlung und innerstädtische Konzentrationen, Arbeitsstelle Interkulturelle Konflikte und gesellschaftliche Integration, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Berlin
- Statistisches Bundesamt (2007): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2005, Fachserie 1, Reihe 2.2., Wiesbaden.
- Strohmeier, Klaus Peter/Kersting, Volker (2003): Segregierte Armut in der Stadtgesellschaft. Problemstrukturen und Handlungskonzepte im Stadtteil, in: Informationen zur Raumentwicklung Jg. 3/4, 231–246.
- Thranhardt, Dietrich (1983): Ausländer im Dickicht der Verbände – Ein Beispiel verbandsgerechter Klientelselektion und korporatistischer Politikformulierung, in: Franz Hamburger et al. (Hg.): Sozialarbeit und Ausländerpolitik, Darmstadt/Neuwied, 62–78.
- Ulbricht, Lena (2009): Das Konjunkturpaket II, bildungspolitische Richtungsentscheidungen durch die Hintertür, WZBrief Bildung vom 06. Februar 2009.

Autor

PD Dr. phil. habil. Stefan Luft
Institut für Politikwissenschaft
Universität Bremen
sluft@uni-bremen.de

Anja Erdmann, Corinna Hamann

Vom Fachkräftewohlstand zum Fachkräftemangel - Neue Perspektiven für Jugendliche und Unternehmen in schrumpfenden Regionen Ostdeutschlands?

„Enttäuscht aufgegeben - Die Zahl der Ausbildungsplätze sinkt ständig, viele Unternehmen bilden gar nicht mehr aus“¹, „Jung, gefördert, chancenlos“². So oder ähnlich berichteten die Medien alarmierend bis etwa Mitte der 2000er Jahre über die pessimistische Situation und die ungünstigen Perspektiven junger Menschen auf dem Arbeits- und Ausbildungsmarkt in Ostdeutschland. Dies ist heute nur schwer nachvollziehbar angesichts der Überschriften, die etwa seit 2009 in den Zeitungen zu lesen sind. In Überschriften wie „Für Lehrlinge liegt der rote Teppich aus“³ oder „Fehlende Bewerber - Tausende Lehrstellen bleiben unbesetzt“⁴ werden der Fachkräftemangel und die Lücke im Ausbildungssektor in Bezug auf die Anzahl von Auszubildenden exzessiv beklagt. Eine neue Komponente hat seit etwa 2010 Einzug in die mediale Debatte um den Fachkräftemangel gefunden. Beiträge mit Überschriften wie „Ostdeutsche Firmen holen Auszubildende aus Polen“⁵ berichten über Versuche der Politik und Wirtschaft, Fachkräfte im Ausland anzuwerben. Die weiterhin anhaltende krisenhafte Situation in einigen europäischen Ländern befeuern die Versuche, die seitens der Bundesregierung unternommen werden, junge Fachkräfte europaweit anzuwerben. Deutlich wird, dass der Fachkräftemangel erst seit einigen Jahren ein kontrovers diskutiertes Thema in Medien, Wissenschaft und Politik ist, wobei sich dies vor allem auf Ostdeutschland erstreckt. Die Probleme des Fachkräftemangels sind zwar seit Jahren bekannt und Warnungen wurden frühzeitig ausgesprochen, auf Akzeptanz sind sie jedoch zunächst nicht gestoßen. Neben der „natürlichen“ demographischen Abnahme der Bevölkerung, führt insbesondere die Abwanderung junger und qualifizierter Menschen zu einer problematischen Situation vielerorts in Ostdeutschland. Während die Abwanderung meist gut ausgebildeter Menschen zwischen 18 und 30 Jahren zu Anfang der 1990er Jahre dazu führte, dass die angespannte Arbeits- und Ausbildungsplatzsituation in Ostdeutschland erheblich entlastet wurde, führt die bis heute nicht abreißen- de Abwanderung zu einer Umkehr der Probleme. Hinzu kommt die, bedingt durch den demographischen Wandel und die Abwanderung „potenzieller“ Eltern, sinkende Schulabgängerzahl. Allein im Jahr 2009 verringerte sich die Zahl der Abgänger in Ostdeutschland um 15% innerhalb eines Jahres, was sich in der sinkenden Nachfrage nach Lehrstellen widerspiegelt (vgl. BMBF 2011). Abwanderung und sinkende Schulabgängerzahlen sind allerdings nicht die einzige Ursache für den entstandenen Fachkräftemangel. In den kommenden Jahren tritt ein erheblicher Teil der „Babyboomer“-Generation in das Rentenalter ein, wodurch die Lücke in vielen Unternehmen bzw. Branchen noch größer wird. Die Wirtschaftskraft vieler Regionen, vor allem der ohnehin schon ökonomisch unattraktiven, oftmals peripheren Regionen, wird durch den Nachwuchsmangel erheblich bedroht. Betroffen sind dabei fast alle Branchen. Ein besonderer Mangel wird jedoch in den Bereichen der Metallindustrie, des Dienstleistungssektors, des Handwerks und des Gesundheitswesens beklagt. Ein prägnantes Beispiel hierfür ist die Tourismusbranche in Mecklenburg-Vorpommern. Konkurrerten vor einigen Jahren z.B. noch 250 Bewerber um 12 Ausbildungsstellen in einem Hotel auf Usedom, gingen 2010, trotz vorausgegangener Erhöhung des Lehrlingsgehalts, nur sechs Bewerbungen ein.⁶ Engpässe werden aufgrund

der Altersstruktur mittelfristig auch in Kindergärten, Schulen und Verwaltung erwartet. In vielen ostdeutschen Regionen melden selbst Unternehmen von attraktiven Berufen, wie z.B. in der Optik oder Orthopädietechnik, einen Mangel an Auszubildenden, da Leistungen und Bezahlung in westdeutschen Regionen oft besser sind. Problematisch sind zudem strukturelle Probleme des Arbeits- und Ausbildungsmarktes, z.B. in Form von zu starren Ausbildungszeiten, die einer flexiblen Versorgung mit und einem flexiblem Angebot an Nachwuchskräften entgegenstehen.

Dass sich die Lage auf dem Ausbildungsmarkt tatsächlich verbessert hat, zeigen aktuelle Daten zur Lehrstellensituation in Deutschland. Seit einigen Jahren besteht in einigen Teilen Ostdeutschlands ein sehr günstiges Verhältnis hinsichtlich der Angebots-Nachfrage-Relation auf dem Ausbildungsmarkt. Besonders günstige oder ausgeglichene Relationen sind in Teilen Mecklenburg-Vorpommerns, Brandenburgs und Sachsen-Anhalts zu finden (vgl. Bode/Burdack 2009). Nahezu widersprüchlich steht dieser verbesserten Lehrstellensituation jedoch eine noch immer hohe Jugendarbeitslosigkeit in fast allen Regionen Ostdeutschland gegenüber. Ursache hierfür ist zum einen die hohe Quote an Schulabgängern ohne Abschluss. Diese steht dem Arbeitsmarkt nur bedingt zur Verfügung und stellt nicht die potenzielle Gruppe dar, die von Arbeitgebern gesucht wird. Zum anderen liegt die Vermutung nahe, dass ein sogenannter „Mismatch“ vorliegt, also ein Ungleichgewicht zwischen dem, was ausgebildet und dem, was tatsächlich benötigt wird. Hieran zeigt sich, dass in jedem Fall die Sichtweise auf und Herangehensweise an die Thematik des Fachkräftemangels differenziert erfolgen muss.

Da sich Arbeitsmärkte einerseits regional organisieren und andererseits der Fachkräftemangel direkte Auswirkungen auf die regionale und kommunale Ebene hat, ist und wird es zunehmend Aufgabe der Region und der Kommunen sein, Instrumente und Maßnahmen zu finden, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Dies muss jedoch im Kontext des zunehmenden regionalen Wettbewerbs um Fachkräfte gesehen werden. Entscheidend für die Fachkräftesituation ist insofern die Standortattraktivität der Kommunen und Regionen, wobei diese weniger von den harten als vielmehr von den weichen Standortfaktoren beeinflusst wird. Bislang fehlt jedoch vielfach die Erfahrung, wie die verfügbaren Ressourcen sowie die ungenutzten Potenziale ausgeschöpft, aktiviert und zunehmend auch reaktiviert werden können. Nicht unerheblich ist dabei die hohe Rückkehrbereitschaft vieler junger Men-

¹ <http://www.spiegel.de/-spiegel/print/d-9080079.html>

² <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,313631,00.html>

³ <http://www.morgenpost.de/wirtschaft/article1351006/Fuer-Lehrlinge-liegt-der-rote-Teppich-aus.html>

⁴ <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/0,1518,710230,00.html>

⁵ <http://www.welt.de/wirtschaft/article13248150/Ostdeutsche-Firmen-holen-Auszubildende-aus-Polen.html>

⁶ <http://www.sueddeutsche.de/-karriere/bewerbermangel-in-ostdeutschland-ueberall-freie-stellen-1.22180>

schen, welche eine zunehmende Bedeutung als "Brain Gain" für die ökonomische Performanz von Regionen darstellen. Das Ausbildungs- und Arbeitsmarktangebot ist für junge Menschen jedoch nicht das einzige Kriterium bei der Entscheidung über Bleiben, Gehen oder Wiederkommen. Die Wahrnehmung der jungen Menschen von der Region und die Identifikation mit dieser sind letztendlich ebenfalls entscheidend.

Ausgehend von den einleitenden Aussagen verfolgt der vorliegende Beitrag die zwei folgenden Fragestellungen:

1. *Was bewegt junge Menschen immer noch zur Abwanderung trotz deutlich besserer Chancen auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt und welche Faktoren sind entscheidend für eine eventuelle Rückkehr?*
2. *Welches Problembewusstsein und welche Strategien entwickeln Politik, Wirtschaft und Gesellschaft um langfristig qualifiziertes Personal zu finden und zu binden?*

Die Beantwortung der Fragen erfolgt u.a. mithilfe von empirischen Daten, die einer Studie zu möglichen Aktivierungspotenzialen von Jugendlichen im Landkreis Elbe-Elster entstammen. Darüber hinaus ist wichtig, dass eine profunde Auseinandersetzung mit diesen Fragen nicht ohne eine differenzierte Betrachtung der verschiedenen Typen von jungen Menschen und deren Entscheidung zur Abwanderung, zum Bleiben oder zur Rückkehr vorgenommen werden kann.

1. Die Abwanderer

Wie bereits erwähnt, ist die Abwanderung vor allem von gut qualifizierten jungen Menschen zwischen 18 und 30 Jahren trotz der verbesserten Arbeits- und Ausbildungssituation nicht zurückgegangen. Diese Abwanderung erfolgt jedoch regional unterschiedlich. So haben periphere Regionen höhere Wanderungsverluste zu verzeichnen, während Regionen in der Nähe größerer Städte häufig von Zuzügen profitieren. Bedingt wird die Abwanderung junger Menschen sowohl von der eigenen Motivation als auch von sozialen Faktoren. Dabei lassen sich zwei verschiedene Formen bzw. Motivationen von Abwanderung unterscheiden (vgl. Behr 2008: 33)

1. *Bei der Abwanderungsneigung gehen die jungen Menschen davon aus, dass sie aufgrund schlechter Lebens- und Ausbildungsbedingungen abwandern müssen.*
2. *Die Abwanderungsbereitschaft drückt dagegen die feste Absicht und konkrete Umsetzung der jungen Menschen aus, ihre Heimatregion zu verlassen.*

Als wesentliche Gründe für die Abwanderung lassen sich die sogenannten Pushfaktoren am Herkunftsort und die Pullfaktoren am Zielort anführen (vgl. Lee 1972: 120). Dazu gehören einerseits ökonomische Faktoren, wie die immer noch bestehenden Einkommensunterschiede zwischen Ost und West, das vermeintlich bessere Arbeits- und Ausbildungsplatzangebot am Zielort der Wanderung sowie die besseren beruflichen Perspektiven und Aufstiegsmöglichkeiten, die in der Heimatregion als nicht realisierbar erscheinen. Darüber hinaus können der persönliche Lebensentwurf und der Wunsch nach Selbstverwirklichung die Abwanderungsneigung beeinflussen. Diese Faktoren werden u.a. durch soziale Merkmale wie Bildungsgrad oder Geschlecht bestimmt. So fällt z.B. auf, dass seit etwa 2005 zwar kaum noch Unterschiede bei der Anzahl abwandernder Frauen und Männer aus Ostdeutsch-

land bestehen, den jungen Frauen die Entscheidung zur Abwanderung aber nach wie vor leichter fällt und diese zu einem früheren Zeitpunkt stattfindet. Dabei spielen rationale und emotionale Aspekte eine große Rolle, die sich im Spannungsfeld von Gehen, als rationales Motiv, und Bleiben, als emotionales Motiv bewegen. Dies umfasst u.a. die Aspekte der Ablösung von der Familie, des Auslotens von Chancen oder der Suche nach dem Lebenspartner sowie der Entscheidung für oder gegen ein Kind. Neben den ökonomischen und sozialen Faktoren können auch persönliche Rahmenbedingungen eine mögliche Abwanderung beeinflussen. Dazu gehören z.B. die Verbundenheit mit der Heimatregion und die Stärke der sozialen Bindungen (vgl. Lee 1972: 120).

Es wird deutlich, dass die Abwanderungsbereitschaft von der Stellung im Lebenszyklus, dem gewünschten Lebensentwurf und den genannten Push- und Pullfaktoren abhängt. Je stärker sich dabei die Abwanderungsbereitschaft jedoch ausbildet, umso schwieriger ist es, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, die dieser Entwicklung entgegenwirken könnten. Sowohl die abwanderungsbereiten jungen Menschen und deren spätere mögliche Rückkehr als auch die politischen Maßnahmen standen bisher allerdings weniger im Mittelpunkt des öffentlichen und wissenschaftlichen Interesses.⁷

2. Die Bleibeorientierten

Oftmals gelten bleibeorientierte junge Menschen aus strukturschwachen ländlichen Regionen in der öffentlichen Wahrnehmung als "Modernisierungsverlierer", denen nicht nur eine mangelnde Handlungskompetenz, sondern auch zu wenig Selbstbewusstsein und Eigeninitiative attestiert wird. Die jungen Menschen, die sich zum Bleiben entschließen, lassen sich grundsätzlich in zwei Typen differenzieren: zum einen sind es Jugendliche, die sich bewusst für das Bleiben entscheiden. Bei ihnen bildet vor allem die Ortsverbundenheit, z.B. aufgrund der Umgebung oder der Wohn-, Sport- oder Freizeitmöglichkeiten, den Grund für das Bleiben in der Region. Die andere Gruppe bleibt „unfreiwillig“, entweder weil kaum Alternativen und Selbstvertrauen vorhanden sind oder weil durch einen fehlenden Schulabschluss oder eine unzureichende (Aus-)Bildung die Chancen als zu schlecht eingeschätzt werden. Dieses "unfreiwillige" Bleiben manifestiert sich häufig bei den jungen Menschen als Rückzug im Sinne von Resignation oder in einem „Sich-Einrichten“ in der Region (vgl. Xyländer 2007: 308).

Auch wenn Ortsverbundenheit gegenüber der Existenzsicherung ein relativ schwaches Argument für das Bleiben darstellt, so ist sie doch eine wesentliche Voraussetzung. Für die Ortsverbundenheit ist wiederum eine hohe Identifikation mit der Region grundlegend. Die Einbindung der jungen Menschen in verbindliche Strukturen und die Betrauung junger Menschen mit Funktionen und Verantwortung stärkt die Bindung an die Region. Dazu gehört auch, dass jungen Menschen Spielraum für ihre Selbstverwirklichung gegeben wird. Trotzdem muss ein zentrales Augenmerk auf Maßnahmen liegen, bildungsschwache junge Menschen, die meist bleiben und als potenzielle Bewerber für freie Stellen zur Verfügung stehen, zu integrieren und ihnen Chancen zu eröffnen.

⁷ Studien zur Abwanderung aus Ostdeutschland vgl. u.a. Bien/Kuhnke/Reißig (1999), Schultz (2004), Dienel (2004) und Dienel et al. (2006a), Matuschewski (2010)

3. Die Rückkehrer

Der Typus des „Rückkehrer“ bzw. die Rückwanderung ist erst in den letzten Jahren verstärkt in den Mittelpunkt des politischen und wissenschaftlichen Interesses gerückt. Das liegt u.a. daran, dass die Zahl der Rückkehrer zwar zugenommen hat, aber die quantitativen Wirkungen von Rückwanderungen bisher nur sehr begrenzt nachzuweisen sind. Die bisher veröffentlichten Studien gehen davon aus, dass bis 2006 zwischen 20% und 30% der 1,5 Millionen abgewanderten Ostdeutschen wieder zurückgekehrt sind. Als grundsätzliche Motive für die erfolgten Rückwanderungen steht entweder die geplante und nutzenoptimierte Rückkehr oder die ungeplante und terminabweichende Rückkehr (vgl. Schneider/Kubis/Wiest 2010: 10, Matuschewski 2010). Ähnlich wie bei den Abwanderern und Bleibeorientierten lassen sich aus bisherigen Forschungserkenntnissen verschiedene Typen von Rückwanderern unterscheiden, die sowohl gesellschaftliches als auch wirtschaftliches Potenzial bei der Rückkehr mitbringen können (vgl. u.a. Beck 2004, Merkel 2004, Mai 2005, Dienel et al. 2006b: 18ff., Matuschewski 2010).

1. *Typ „Karriere und Erfolg“:* Dieser Typus kehrt nach erfolgreicher Tätigkeit in Westdeutschland zurück, bringt dort gesammelte Erfahrungen, Wissen und ggf. Kapital in die Heimatregion mit und kann dadurch als Existenz- oder Unternehmensgründer fungieren. Es erfolgt hierdurch ein sogenannter „Brain Gain“ oder „Brain return“.
2. *Typ „Studiumsrückkehrer/Ausbildungsrückkehrer“:* Hier erfolgt die Rückkehr als Absolvent oder Fachkraft in die Heimatregion nach abgeschlossenem Studium oder nach Beendigung der Ausbildung. Diese Zielgruppe ist vor allem für die Branchen interessant, die bereits jetzt einen Fachkräftemangel zu verzeichnen haben.
3. *Typ „Beziehungsrückkehrer“:* Dieser Typus folgt dem Partner in die Heimatregion, entweder mit oder ohne eigene Berufsambition.
4. *Typ „Heimatverbundener“:* Die starke Heimatpräferenz, die sozialen Bindungen bzw. die soziale Vernetzung spielen für die Rückkehr dieses Typs die ausschlaggebende Rolle.
5. *Typ „Gescheiterter Abwanderer“:* Die Rückkehr in die Heimatregion ist bei diesem Typ gekennzeichnet durch die Enttäuschung am Zielort, z.B. in Form eines Stellenverlustes oder durch die mangelnde Integration am Zielort.⁸

Bei den dargestellten Typen spielen verschiedene Variablen eine wesentliche Rolle, die die Rückkehrbereitschaft determinieren. So wächst z.B. die Rückkehrbereitschaft mit zunehmender beruflicher Qualifikation, sinkt aber mit zunehmendem Alter und zunehmender Aufenthaltsdauer am Zielort. Zum anderen ist die Bereitschaft zur Rückkehr bei Männern generell höher als bei Frauen und die

⁸ Es lassen sich über die dargestellten Typen hinaus weitere Motive nennen, die zu einer Rückkehr führen können. Da vorliegender Beitrag sich speziell auf junge Menschen konzentriert, wurden jedoch nur die Typen genannt, die vorrangig auf junge Menschen zutreffen. Weitere Typen sind z.B. Seniorenrückkehrer, Eigenheim-Pendler, Traditionsrückkehrer, Familienrückkehrer.

Wahrscheinlichkeit zur Rückkehr ist wesentlich höher, wenn in der potenziellen Rückwanderungsregion noch familiäre Kontakte, Freundschaften oder professionelle Kontakte bestehen (vgl. Dienel et al. 2006b: 18ff., Matuschewski 2010).

Oft sind es zudem die emotionalen Gründe, die zu einer Rückkehr führen. Dabei werden auch Nachteile, z.B. hinsichtlich des Einkommens in Kauf genommen. Das wichtigste Kriterium für die Rückwanderung ist jedoch, dass Perspektiven in der Heimatregion für die Rückkehrer vorhanden sind. Daneben haben weiche Standortfaktoren, auch wenn sie bislang wenig Beachtung erfahren haben, eine hohe Relevanz. So werden große Potenziale als Pull-Faktoren oder zumindest als zusätzliche Anreize in der Familienfreundlichkeit von Kommunen und Betrieben gesehen. Die Betreuungssituation und Bildungsangebote für Kinder gelten als ebenso wichtig wie Mitwirkungsangebote im Bereich des gesellschaftlichen Engagements. Gerade von Frauen werden diese Standortvorteile als besonders hoch bewertet (vgl. Matuschewski 2010). Letztendlich führt eine stärkere Einbindung in das gesellschaftliche Leben und das steigende Engagement zu einer zunehmenden Identifikation mit der Heimatregion.

Herausforderungen für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft

Wollen Politik und Unternehmen die wirtschaftliche Existenz und damit die regionale Entwicklung gewährleisten, müssen die dargestellten Gruppen respektive Typen in ihrer Verschiedenheit in den Blick genommen werden. Dabei werden auf regionaler Ebene vor allem die Rückkehrer bislang zu wenig wahrgenommen. Im Gegensatz dazu wurden auf Ebene der Bundesländer bereits verschiedene Maßnahmen entwickelt, die sich auf die Gruppe der Rückkehrer konzentriert. So sind in allen neuen Bundesländern - bis auf Brandenburg - sogenannte Rückkehrinitiativen ins Leben gerufen worden. Es formieren sich unter den Initiativen „MV4you“ in Mecklenburg-Vorpommern oder „Piff“ in Sachsen-Anhalt, Fachkräftebörsen, Internetdatenbanken oder Werbeaktionen von Unternehmen auf Fachmessen. Auch wenn das Land Brandenburg nicht in dieser Weise organisiert auftritt wie die anderen Bundesländer, so wurde immerhin mit der Landesagentur für Struktur und Arbeit Brandenburg GmbH (LASA) ein Internetportal mit Informationen über den Fachkräftemangel und die Fachkräftebedarfe eingerichtet. Dieses umfasst auch ein konzipiertes Fachkräfteinformationsportal (FIS). Des Weiteren wurden „Regionalbüros für Fachkräftesicherung“ mit dem Ziel gegründet, Unternehmen für eine frühzeitige Personal- und Kompetenzentwicklung zu sensibilisieren und Netzwerke zur Fachkräftesicherung auf regionaler Ebene zu initiieren. Sicherlich sind diese Maßnahmen wichtig und notwendig, greifen aber immer noch zu kurz, um junge Menschen zur Rückkehr in die bzw. zum Verbleib in der Heimatregion zu bewegen. Zwar helfen diese Maßnahmen dabei, jungen Menschen berufliche Perspektiven aufzuzeigen, setzen aber nicht bei den konkreten Lebensbedingungen in den jeweiligen Regionen an.

Doch was müssen oder können Regionen überhaupt tun, um sich der Herausforderung zu stellen, die Abwanderungsgeneigten oder -bereiten zum Bleiben zu animieren und die Rückkehrbereiten zur Rückkehr zu motivieren? Wie schon angedeutet, müssen sowohl die Bleibewilligen als auch die Rückkehrer gleichermaßen in den Mittelpunkt von Maßnahmen rücken. So darf z.B. die Abwanderung junger Menschen nicht per se als Verlust betrachtet, sondern sollte auch als potenzieller Gewinn gesehen werden. Zur Stärkung

der regionalen Standortfaktoren, die eine Rückkehr attraktiv und ein Verbleib gewährleisten, sind folgende Handlungsfelder für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft als zentral zu erachten:

1. Ortsverbundenheit aufbauen: Das Bewusstsein und die Verantwortung für die eigene Region muss bei jungen Menschen gestärkt werden.
2. Lebensqualität erhalten bzw. erhöhen: Die Region muss lebenswerten Raum für junge Menschen vorhalten bzw. schaffen.
3. Perspektiven eröffnen: Jungen Menschen müssen berufliche Perspektiven eröffnet werden und ihnen muss Orientierung gegeben werden. Dies impliziert, dass das Vertrauen junger Menschen in berufsbezogene Chancen erhöht werden muss.

Im Folgenden werden Handlungsoptionen innerhalb der Handlungsfelder dargelegt. Diese werden mit konkreten Beispielen aus der Praxis, allem voran aus dem zu Grunde liegendem Fallbeispiel Elbe-Elster, ergänzt (vgl. Bär/ Erdmann/ Hamann 2009).

Handlungsfeld Ortsverbundenheit aufbauen

Das mit diesem Handlungsfeld verbundene Ziel ist, das Bewusstsein und das Engagement junger Menschen für die Region zu stärken und damit den jungen Menschen ein Verantwortungsgefühl für die Region zu verleihen und den sozialen Zusammenhalt innerhalb der Region zu stärken. Im Rückschluss bedeutet dies eine Durchbrechung von negativen Attributen und Einstellungen wie Perspektivlosigkeit und Passivität. Die Relevanz dieses Handlungsfeldes ergibt sich aus der Tatsache, dass Kenntnisse über, die Vertrautheit mit und die Verantwortung für die Heimatregion zusammen mit den soziokulturellen Faktoren eine wesentliche Grundlage für die Rückkehr bilden.

- *Jungen Menschen die Teilhabe an kommunalpolitischen Entscheidungsprozessen sowie an der Weiterentwicklung von Angeboten ermöglichen:* Wenn junge Menschen aktiv in Entscheidungsprozesse eingebunden werden und ihre Umgebung eigenverantwortlich gestalten können, können erstens mögliche Planungsfehler oder Fehlentwicklungen zu Lasten junger Menschen vermieden werden, zweitens führt eine selbstgestaltete Umgebung zwangsläufig zu einer besseren Identifikation mit dieser. Dazu muss jungen Menschen Handlungsraum eingeräumt und ihnen Verantwortung übertragen werden. In diesem Kontext sollte jungen Menschen kontinuierlich Mut gemacht werden, sich zu engagieren und sich aktiv in ihrem Gemeinwesen einzubringen, sowohl innerhalb von verbindlichen Strukturen aber auch von kurzfristigen Projekten, denn oft fehlt bei jungen Menschen die Stetigkeit und Geduld für langfristige Planungen. Insofern bedarf es einer kontinuierlichen Arbeit von kommunal- bzw. regionalpolitischer Seite mit festen und kompetenten Ansprechpartnern.
- *Aufklärung über den demografischen Wandel:* Für die jungen Menschen werden die Auswirkungen der Schrumpfung sichtbar. Dieses Sichtbarwerden von Schrumpfung wirkt sich negativ auf das Stadtbild und das Image aus, was wiederum zu einem weiteren Abwanderungsfaktor wird. Insofern ist es wichtig, die Themen des demografi-

schen Wandels und der Schrumpfung nicht zu tabuisieren, sondern offensiv zu kommunizieren und zu diskutieren. Es sollte eine kritische Reflexion der Situation stattfinden, in der auch Chancen benannt und junge Menschen dafür sensibilisiert werden, dass die regionale Entwicklung vom individuellen Engagement abhängig ist. Dazu gehört auch, dass eine stärkere Diskussion auf kommunaler und regionaler Ebene mit den jungen Menschen selbst stattfinden sollte, wie sie in der Region gehalten bzw. zurückgewonnen werden können.

Beispiele für solch eine Beteiligung junger Menschen an kommunalen Entscheidungsprozessen sind Jugendparlamente, wie sie z.B. in Kyritz im Kreis Ostprignitz-Ruppin oder in Rathenow vorzufinden sind. Das Jugendparlament in Kyritz verfolgt die Ziele, die Interessen der Kinder und Jugendlichen an der Gestaltung der Stadt und Umgebung zu vertreten sowie zwischen den Anliegen von Stadt und Jugend zu vermitteln. Ein weiteres Ziel ist es, die Stadt für die Jugend interessanter zu gestalten, um somit auch die Abwanderung zu minimieren. Durch die Arbeit des Jugendparlamentes konnte u.a. dem Jugendfreizeitzentrum Kyritz beim Bau des Spielplatzes sowie bei der Verschönerung ihrer Räumlichkeiten geholfen werden (vgl. Jugendparlament Kyritz, Jugendparlament Rathenow).

Im Kreis Elbe-Elster gibt es leider keine festen, in der Politik verankerten Institutionen oder Gremien wie das Jugendparlament in Kyritz. Jedoch gibt es einige Initiativen, wie z.B. der Verein „Jugend mischt mit“ oder die Schülerfirma S.I.G des Sängerstädt-Gymnasiums in Finsterwalde, in denen Schüler bzw. Jugendliche Veranstaltungen bzw. kulturelle Angebote oder auch kostengünstige Nachhilfe für andere Schüler und Jugendliche organisieren. Ein weiterer Ansatz im Landkreis Elbe-Elster erfolgt z.B. auch durch die private Stiftung der Unternehmensgruppe Kjellberg, die auf junge Menschen zu geht und mit ihnen kreative Ansätze entwickeln möchte, um das Umfeld zu verbessern (vgl. Kjellberg Stiftung).

Handlungsfeld Lebensqualität erhalten bzw. erhöhen

Insgesamt muss die Lebensqualität als ein wichtiger Faktor für die Rückkehr in die Region angesehen werden. Problematisch ist, dass die Lebensqualität der Region nur bei einer hohen Mobilität vollständig wahrgenommen und genutzt werden kann. In diesem Handlungsfeld müssen die Handlungsoptionen im Wesentlichen von den kommunalen und regionalen politischen Akteuren wahrgenommen werden (vgl. Landesregierung Brandenburg 2005: 24, Xyländer 2007: 315 ff.).

- *Die Aufrechterhaltung sozialer und technischer Infrastruktur,* insbesondere die Verbesserung von Kinderbetreuungsmöglichkeiten sowie die Aufrechterhaltung bzw. Erhöhung der Mobilität müssen zentrale Aufgaben sein. Daneben muss bei der sozialen Infrastruktur vor allem die Schulversorgung gewährleistet sein, aber genauso ist eine Verbesserung der Schulangebote anzustreben. Hierzu zählen der Ausbau der Ganztagschulen sowie die Zentralisierung der Schulstandorte. Diese Orte müssen gut angebunden und erreichbar sein. Eine Alternative ist auch die flexiblere Gestaltung von Schulen, d.h. kleinere Schulen mit kleineren Klassen bzw. stufenübergreifendem Lernen.

- **Die Aufrechterhaltung und Flexibilisierung von Freizeit- und Vereinsmöglichkeiten und der Jugendarbeit.** Dies kann vor allem über die Bündelung der Ressourcen und interkommunale Kooperation erreicht werden. Eine Möglichkeit für flexible Jugendarbeit ist die Einrichtung von „Mobilen Beratungsteams“. Dabei kommt es sowohl bei den Freizeit- und Vereinsmöglichkeiten wie bei der Jugendarbeit in hohem Maße darauf an, die regionalspezifischen Bedürfnisse junger Menschen, die sich aus der soziodemographischen Struktur ergeben, zu erfüllen.
- **Imagepflege:** Wichtig ist, dass sich die Regionen ihrer spezifischen Stärken und Potenziale bewusst werden und diese nach innen und außen kommunizieren. Dazu sollte sowohl von außen als auch von innen ein vorsichtigerer Umgang mit Ergebnissen aus Rankings (wie z.B. des Prognos-Zukunftsatlas) geübt werden.
- **Vermeidung von Generationenkonflikten:** Gerade wo wenige junge Menschen vielen Älteren gegenüberstehen, besteht die Gefahr eines Generationenkonfliktes. Doch gerade hier bestehen Potenziale, dass Ältere Verantwortung für junge Menschen übernehmen und vice versa. Insofern böten gemeinsame Projekte, wie z.B. zur intergenerationalen Bildung, die Chance den Generationendialog zu befördern. Hierbei könnten u.a. Schulen und Jugendarbeiter als Moderatoren zwischen Jung und Alt fungieren.
- **Unternehmen müssen sich für junge Menschen engagieren.** Dieses Engagement sollte auf verschiedenen Ebenen anlegt sein: Im Mittelpunkt muss hierbei stehen, dass jungen Menschen langfristige Entwicklungs-, Weiterbildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten ermöglicht und aufgezeigt werden. Dies ist vor dem Hintergrund zu sehen, dass ein Abwanderungsgrund die mangelnden beruflichen (Entfaltungs-) Möglichkeiten sind. Des Weiteren muss ein Handlungsbaustein darin bestehen, die jungen Menschen an die Unternehmen zu binden. Dies kann beispielsweise durch eine Übernahme der Ausbildungskosten, z.B. in Form von Regionalverträgen oder Bildungspartnerschaften erfolgen. Es sind auch Stigmata abzuschwächen, d.h. auch bildungsferneren jungen Menschen müssen Chancen eingeräumt werden.
- **Eine stärkere geschlechterdifferenzierte Förderung** muss seitens der Politik und der Wirtschaft forciert werden. So sind junge Frauen einerseits an Männerberufe heranzuführen, andererseits müssen Frauen auch in höhere(n) Positionen gefördert werden.
- **Nachteile hinsichtlich der schlechteren Bezahlung,** zumindest in vielen ostdeutschen Regionen, müssen ausgeglichen werden. Hier ist neben der örtlichen Privatwirtschaft auch die Bundes- bzw. Landespolitik angesprochen. Es muss verinnerlicht werden, dass ostdeutsche Regionen im Wettbewerb um Fachkräfte nicht mehr auf den Wettbewerbsvorteil einer niedrigen Entlohnung setzen können. Stattdessen sind vielmehr Lösungen gefragt, die neben gerechten Löhnen auch mehr Sicherheiten und Perspektiven für Arbeitnehmer beinhalten.

Handlungsfeld Perspektiven schaffen

Ein wesentlicher Faktor für den Verbleib in der bzw. die Rückkehr in die Heimatregion sind die beruflichen Perspektiven. Hierzu zählen auch die Informationen über die beruflichen Chancen und Perspektiven in den jeweiligen Regionen. Gerade in Zeiten des Fachkräftemangels bestehen immer noch falsche Vorstellungen über berufliche Chancen für junge Menschen. Daher gilt es, junge Menschen über ihre Möglichkeiten aufzuklären und ihnen Orientierung über aber auch Vertrauen in die Arbeits- und Ausbildungsmöglichkeiten vor Ort zu geben. Konkret ergeben sich daraus folgende Handlungsoptionen, die eben nicht nur die Fachkräfteakquise von außen zum Handlungsbaustein haben, sondern insbesondere die Nutzung der eigenen Ressourcen und damit verbunden die stärkere individuelle Förderung und Senkung der Quote von Schulabbrechern und Förderschülern (vgl. auch Landesregierung Brandenburg 2005: 22f. und 32f.).

- **Eine enge Verzahnung zwischen Schule und Wirtschaft** muss für die Berufsorientierung hergestellt werden. Dabei muss die Schule gerade für diejenigen Schüler Verantwortung übernehmen, die seitens ihrer Eltern keine Perspektiven aufgezeigt bekommen. Lehrer müssen über Berufswahlprozesse und neue Berufsfelder informieren. Dieses beinhaltet, dass gezielt für die Berufe geworben werden, für die der Fachkräftenachwuchs fehlt. Auch sollten Schulpraktika als starke Verbindung von Unterricht und Praxis genutzt werden, welches einen praxisnahen Unterricht und eine gezielte Berufsvorbereitung impliziert. Eine weitere Option ist der Ausbau von Bildungspartnerschaften durch gesellschaftliches Engagement. Wichtig ist, dass jungen Menschen insgesamt kommuniziert wird, welche Chancen sie haben können, wenn sie in der Region bleiben.

In dem Handlungsfeld „Perspektiven schaffen“ können in dem Landkreis Elbe-Elster mit dem Netzwerk „Arbeitsgemeinschaft Metall- und Elektroindustrie Südbrandenburg“ (Arge MEI), der Unternehmensgruppe bzw. Stiftung Kjellberg und der SINUS-Stiftung drei Zusammenschlüsse bzw. Gesellschaften identifiziert werden, die zum Ziel haben jungen Menschen berufliche Perspektiven zu eröffnen und Auszubildende und Ingenieursnachwuchs zu gewinnen. Für das Netzwerk Arge MEI, in dem kleine und mittelständische Unternehmen der Metall- und Elektroindustrie in loser Form miteinander kooperieren, ist die zentrale Aufgabe, junge Menschen früh an die regionalen Unternehmen heranzuführen. Dafür wurde das Projekt „Enter Science“ auf den Weg gebracht, in dem Studierende aus Senftenberg, Cottbus und Dresden in konkrete Forschungs- und Entwicklungsvorhaben von Unternehmen eingebunden werden. Damit verbunden ist die Hoffnung auf sogenannte „Klebe-Effekte“. Weitere Initiativen, die dazu beitragen sollen, die als zentral angesehene Aufgabe zu erfüllen, bestehen einerseits aus Informationsveranstaltungen mit Imagefilmen über die Metall-Unternehmen der Region, die an Schulen durchgeführt werden. Andererseits aus dem Angebot offener Karriereperspektiven respektive eines sogenannten „durchlässigen Bildungsweges“ für leistungsbereite Schulabsolventen. In der Praxis heißt dies, dass Schüler gleichzeitig ihre Fachhochschulreife im Rahmen der Berufsausbildung erwerben können. Dieses stellt (bisher) landes- und bundesweit ein Novum dar (vgl. Bär/ Erdmann/ Hamann 2009, Kjellberg Stiftung, SINUS-Stiftung).

Die Stiftung Kjellberg mit ihren vier Einzelunternehmen in Finsterwalde versucht Ingenieursnachwuchs über Praktika und Diplomar-

beiten an die Unternehmen zu binden. Des Weiteren ist die Stiftung Mitglied im Verein zur Förderung der Zusammenarbeit zwischen Schule und Wirtschaft e.V., der das Ziel verfolgt, junge Menschen noch während ihrer Schulzeit auf die Ansprüche der Unternehmen vorzubereiten. Die Kjellberg-Stiftung ist zudem Mitglied der Ende 2008 gegründeten „Stiftung zur Integration von Nachwuchs in Unternehmen Südbrandenburgs“ (SINUS-Stiftung), die zum Ziel hat, jegliche Anstrengungen aller Initiativen u.a. auch die der Arge MEI, zu kanalisieren. Sie hat sich der Förderung des beruflichen Nachwuchses in der Metall- und Elektroindustrie, aber auch in anderen Branchen in Südbrandenburg (Kreise Elbe-Elster und Oberspreewald-Lausitz) verschrieben. Initiativen, die auf den Weg gebracht wurden um den Nachwuchs an die regionalen Unternehmen heranzuführen, umfassen u.a. die gezielte Förderung von Jahrgangsbesten und von Schülern mit weniger guten Voraussetzungen genauso wie die Ausrichtung des Jugendinnovationswettbewerbs, in dem Jugendliche innovative Themen für Unternehmen bearbeiten (vgl. Bär/Erdmann/Hamann 2009, Kjellberg Stiftung, SINUS-Stiftung).

Anhand der Initiativen wird deutlich, dass im Kreis Elbe-Elster ein Engagement von privatwirtschaftlicher Seite besteht, um regionalen Nachwuchs zu rekrutieren, aber noch vielmehr, um jungen Menschen Perspektiven in der Region zu eröffnen. Trotzdem bleibt die Kritik bzw. die Feststellung, dass der Informationsfluss über die beruflichen Möglichkeiten und Chancen in der Region noch weiter verbessert werden muss. Daneben besteht das Problem, dass zwar durch Initiativen und Projekte Fachkräftenachwuchs gebunden bzw. akquiriert werden kann, dieser aber zumeist nicht in die Region zieht und damit immer auf dem Absprung bleibt. Hieran wird die große Bedeutung der Standortattraktivität deutlich und wiederum die Notwendigkeit eines integrierten Ansatzes, der die verschiedenen Handlungsfelder und die Zusammenarbeit der Akteure aus Wirtschaft, Politik und Gesellschaft betrachtet und umfasst (vgl. Bär/ Erdmann/ Hamann 2009).

Zusammenfassung

Deutlich wird, dass sich die Probleme des Fachkräftemangels, wie sie in den Schlagzeilen skizziert werden, tatsächlich in der Realität einiger Regionen, vor allem in ostdeutschen strukturschwachen Regionen widerspiegeln. Der Fachkräftemangel ist in diesen Regionen besonders durch die bis heute anhaltende Abwanderung junger Menschen bedingt. Jedoch muss all dieses vor dem Hintergrund betrachtet werden, dass der Fachkräftemangel einer immer noch recht hohen Jugendarbeitslosigkeit in vielen Regionen Ostdeutschlands gegenüber steht.

Der Kreis Elbe-Elster ist ein Beispiel für eine Region mit einem Fachkräftemangel in dem sich verschiedene Akteure aus Wirtschaft, Politik und Gesellschaft seit einigen Jahren mit dieser Thematik befassen. In diesem Landkreis zeigen die aufgeführten Beispiele, dass vielfältige kommunale und private Initiativen eingeleitet wurden, um Lösungen für den Fachkräftemangel zu finden. Dabei wurde vielfach der Fokus darauf gelegt, junge Menschen in der Region zu halten und weniger darauf, junge Menschen unter dem Gesichtspunkt des „Brain gain“ in die Region zurückzuholen.

Ein wichtiges Handlungsfeld bei der Bekämpfung des Fachkräftemangels wird in arbeits- und beschäftigungspolitischen Programmen, wie z.B. die Bindung junger Menschen an Unternehmen, gesehen. Dabei liegt der Fokus dieser Programme jedoch sehr

viel geringer auf den jungen Menschen, die weniger gute Voraussetzungen haben. Doch es kristallisiert sich heraus, dass die Motive junger Menschen zu bleiben, abzuwandern oder gar zurückzukehren breit angelegt sind. Zwar ist es grundlegend, jungen Menschen berufliche Perspektiven zu eröffnen und ihnen Orientierung zu geben, - was jedoch oft noch in unzureichendem Maße geschieht, - trotzdem greift diese Konzentration allein auf wirtschaftspolitische Maßnahmen zu kurz, um junge Menschen in der Region zu halten oder sie zurückzuholen. Es bedarf vielmehr eines lebenswerten Umfeldes, mit dem sie sich identifizieren und für das sie sich dementsprechend verantwortlich fühlen und in dem sie ein soziales Netzwerk vorfinden. Dieser Bezug zur Region sowie die Vorteile, die sich zum Beispiel auch in Bezug auf Familien- und Kinderfreundlichkeit gegenüber großen Städten ergeben können, stellen weitere Motive für ein Bleiben oder ein Wiederkommen – auch zur Familiengründung - dar.

Aufgrund der Vielschichtigkeit besteht daher die Notwendigkeit, dass alle kommunalen und regionalen Akteure, sowohl aus Wirtschaft, Politik und Gesellschaft, eingeschlossen der jungen Menschen selbst, gemeinsam agieren müssen, um Fachkräftenachwuchs zu behalten, zu aktivieren und bestenfalls auch anzuziehen. Auch Bund und Land müssen ihren Beitrag leisten, wenn es beispielsweise um Bildung und flexiblere Ausbildungszeiten oder finanzielle Förderung geht. Insgesamt muss hinsichtlich der Maßnahmen der Blick verstärkt auf eine individuelle und geschlechtsspezifische Förderung gerichtet werden, die die unterschiedlichen Bedürfnisse der jeweiligen Gruppen und Typen - der Abwanderer, der Bleibenden und der Rückkehrer- berücksichtigt. Eine wichtige Aufgabe kommt dabei der Politik zu, die einen Bewusstseins- und Mentalitätswandel einleiten und kommunizieren muss. Dazu gehört, der Bevölkerung Angst zu nehmen, indem offen über Ursachen und Auswirkungen des demographischen Wandels informiert wird sowie nötige Anpassungsstrategien aber auch daraus resultierende Möglichkeiten und Chancen erörtert werden. Die eigenen regionalen Möglichkeiten und Potenziale, zu denen bessere Arbeitsbedingungen oder Karrierechancen gehören können, müssen sowohl nach innen als nach außen aufgezeigt werden. Dies schließt ein, dass ein anderer Vergleichsmaßstab angelegt wird und der Vergleich eben nicht mit großen Städten erfolgt. Zu den Chancen und endogenen Potenzialen sollte vor allem eine kinder- und familienfreundliche Gesellschaft zählen, deren Entwicklung eine hohe Priorität eingeräumt werden muss. Jedoch kann Informieren allein nicht zielführend sein, mindestens genauso wichtig ist das Diskutieren von unkonventionellen Ideen und Konzepten und die Forderung und Förderung von Engagement in allen Bereichen.

Literaturverzeichnis

- Bär, K., Erdmann, A., Hamann, C. (2009): „Verschwend‘ nicht deine Jugend“. Teilnahmebericht am Demografie-Preis 2008/2009 des Instituts für demographische Zukunftsfähigkeit, einsehbar unter www.demografie.org.
- Beck, C. (2004): Wandern gegen den Strom: West-Ost-Migration in Deutschland. In: Swiaczny, F.; Haug, S. (Hrsg.): Bevölkerungsgeographische Forschung zur Migration und Integration (= Materialien zur Bevölkerungswissenschaft, 112). Wiesbaden.
- Behr, M. (2008): Fachkräftebedarf im Zeichen des demografischen Umbruchs: Neue Risiken im Aufbau Ost - neue Chancen für die junge Generation. In: Stiftung Demokratische Jugend (Hrsg.): Weg(e) in die Zukunft. Berlin, S. 33-51.
- Bien, W.; Kuhnke, R.; Reißig, M. (1999): Wendebiographien: Zur ökonomischen, sozialen und moralischen Verselbständigung junger Erwachsener. Ergebnisse der Leipziger Längsschnitt-Studie 3. Leipzig.
- BMBF (2011): Bildung und Forschung in Zahlen. Elektronische Ressource: <http://www.bmbf.de/daten-portal/Tabelle-2.3.14.pdf>, abgerufen am 25.07.2011.
- Bode, V.; Burdack, J. (2009): Lehrstellensituation - Trotz Besserung keine Entspannung. In: Nationalatlas aktuell 4 (05/2009). Leipzig: Leibniz-Institut für Länderkunde (IfL).
- Dienel, C.. (2004): Zukunftschancen junger Frauen in Sachsen Anhalt und junger Familien. Abschlussbericht. Elektronische Ressource: http://www.ueplingen.de/Studie_Dienel.pdf, abgerufen am 25.07.2011.
- Dienel, H.-L. et al. (2006a): Lokales Engagement als Haltefaktor - Evaluation der Wirkungen des Jugendprogramms „Zeitsprünge“, insbesondere im Hinblick auf die Abwanderungsneigung von Jugendlichen. Berlin.
- Dienel, H.-L. et al. (2006b): Rückwanderung als dynamischer Faktor für ostdeutsche Städte. Berlin.
- Lee, E. S. (1972): Eine Theorie der Wanderung. In: Széll, G. (Hrsg.): Regionale Mobilität. München, S. 117-129.
- Mai, R. (2005): Altersselektivität und regionalpolitische Konsequenzen der Abwanderung aus Ostdeutschland. Elektronische Ressource: www.schrumpfende-stadt.de/magazin/0401/5mai.htm, abgerufen am 25.07.2011.
- Matuscheswki, A. (2010): Stabilisierung der Regionalentwicklung durch Rückwanderung? Theoretische Konzeptionalisierung und empirische Umsetzung am Beispiel von Ostdeutschland. In: Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie, Jg. 54, H. 2, S. 81-95.
- Merkel, I. (2004): Hiergeblieben! Jugend in Pensionopolis. In: Berliner Debatte Initial, Jg. 15 (2004), H. 4, S. 56-63.
- Schneider, N.; Kubis, A.; Wiest, D. (2010): Selektivität, soziale Bindung und räumliche Mobilität - Eine Analyse der Rückkehrpräferenz für Ostdeutschland (=IWH-Diskussionspapiere, 17). Halle.
- Schultz, A. (2004): Wandern und Wiederkommen? Humankapitalverlust und Rückkehrpotenzial für Mecklenburg-Vorpommern.

In: Werz, N.; Nuthmann, R. (Hrsg.): Abwanderung und Migration in Mecklenburg-Vorpommern. Wiesbaden, S. 231-249.

- Xyländer, M. (2007): Jugend in peripheren Regionen Ostdeutschlands. In: Reißig, R.; Thomas, M. (Hrsg.): Im Osten nichts Neues? Struktureller Wandel in peripheren Regionen. Münster, S. 307-336.

Internetquellen

- Berliner Morgenpost (20.10.2010): Für Lehrlinge liegt der rote Teppich aus. Elektronische Ressource: <http://www.morgenpost.de/wirtschaft/article1351006/Fuer-Lehrlinge-liegt-der-rote-Teppich-aus.html>, abgerufen am 25.07.2011.
- Die Welt (31.04.2011): Ostdeutsche Firmen holen Auszubildende aus Polen. Elektronische Ressource: <http://www.welt.de/wirtschaft/article13248150/Ostdeutsche-Firmen-holen-Auszubildende-aus-Polen.html>, abgerufen am 25.07.2011.
- Jugendparlament Kyritz <http://www.kyritz.de/verzeichnis/visitenkarte.php?mandat=91544> (letzter Zugriff: Juni 2011)
- Jugendparlament Rathenow: <http://www.rathenow.de/Kinder-und-Jugendparlament.468.0.html> (letzter Zugriff: Juni 2011)
- Kjellberg Stiftung: <http://www.kjellberg-stiftung.de>, abgerufen am 25.07.2011
- Landesregierung Brandenburg (2005): Demografischer Wandel in Brandenburg - Erneuerung aus eigener Kraft. Elektronische Ressource: www.mwfk.brandenburg.de/cms/media.php/1168/db_end.pdf, abgerufen am 25.06.2011.
- Lasa Brandenburg: <http://www.lasa-brandenburg.de>, abgerufen am 25.07.2011
- MV4you. <http://www.mv4you.de>, abgerufen am 25.07.2011
- Pfiff-Sachsen-Anhalt: <http://pfiff-sachsen-anhalt.de>, abgerufen am 25.07.2011
- Spiegel Online (12.08.1996): Enttäuscht aufgegeben - Die Zahl der Ausbildungsplätze sinkt ständig, viele Unternehmen bilden gar nicht mehr aus. Elektronische Ressource: <http://www.spiegel.de/-spiegel/print/d-9080079.html>, abgerufen am 25.07.2011.
- Spiegel Online (17.08.2004): Jung, gefördert, chancenlos. Elektronische Ressource: <http://www.-spiegel.de/wirtschaft/0,1518,313631,00.html>, abgerufen am 25.07.2011.
- Spiegel Online (05.08.2010): Fehlende Bewerber - Tausende Lehrstellen bleiben unbesetzt. Elektronische Ressource: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/0,1518,710230,00.html>, abgerufen am 25.07.2011.
- Süddeutsche Zeitung (01.04.2010): Überall freie Stellen. Elektronische Ressource: <http://www.sueddeutsche.de/-karriere/bewerbermangel-in-ostdeutschland-ueberall-freie-stellen-1.22180>, abgerufen am 25.07.2011

Autorinnen

Anja Erdmann, Universität Tübingen
anja.erdmann@uni-tuebingen.de

Corinna Hamann, Universität Dortmund
corinna.hamann@tu-dortmund.de

Wolfgang Seifert

Regionale qualifikationsspezifische Arbeitsmärkte für Personen mit Migrationshintergrund am Beispiel des Ruhrgebiets und der Rheinschiene

1 Einleitung

Die Arbeitsmarktchancen von Personen mit Migrationshintergrund werden in hohem Maße von den lokalen ökonomischen Rahmenbedingungen geprägt (Neumann et al. 2007). Das Ruhrgebiet und die Städte der Rheinschiene von Düsseldorf bis Bonn bilden hier zwei Pole in Nordrhein-Westfalen. Während die Rheinschiene prosperiert, sind große Teile des Ruhrgebietes im Hinblick auf Arbeitsmarkt und Wohlstand das Schlusslicht in Nordrhein-Westfalen. Beide Regionen weisen hohe Anteile an Personen mit Migrationshintergrund auf. Aufgrund der unterschiedlichen ökonomischen Rahmenbedingungen dürften die Integrationschancen in diesen beiden Regionen beträchtlich variieren.

Das Ruhrgebiet hat in den vergangenen Jahrzehnten einen Strukturwandel durchlaufen. Das Schrumpfen der Montanindustrie war prägend für diese Zeit. Heute ist das Ruhrgebiet wirtschaftlich vielfältiger als früher. Dennoch wirkt sich das unterdurchschnittliche Wirtschaftswachstum des Ruhrgebiets negativ auf die Leistung der nordrhein-westfälischen Wirtschaft aus (Lageman et al. 2005).

In der Rheinschiene hat sich Düsseldorf als Zentrum moderner Dienstleistungen und des Handels profiliert und ist durch eine internationale Ausrichtung gekennzeichnet. Auch die Region Köln ist branchenspezifisch breit aufgestellt: „Die verkehrsgünstige Lage im Ballungsraum bietet Standortvorteile für Logistikbetriebe, Speditionen und Großhandel. Traditionelle Dienstleistungen werden ergänzt durch zukunftssträchtige Branchen wie Medien, Kommunikation und technologieorientierte Unternehmen“ (Zukunftsinitiative 2010: 28).

Die unterschiedliche regionale Entwicklung spiegelt sich auch auf die Wanderungsbilanz wider. Während Städte wie Düsseldorf und Köln seit dem Jahr 2000 eine positive Nettomigrationsrate verzeichneten, waren Dortmund und Essen durch Abwanderung geprägt. Insbesondere Höherqualifizierte haben eindeutige Präferenzen: Während für Düsseldorf und Köln bei hochqualifizierten und qualifizierten Arbeitskräften eine deutlich positive Wanderungsbilanz zu verzeichnen war, mussten Essen und Dortmund hier Verluste hinnehmen (Buch et al. 2010).

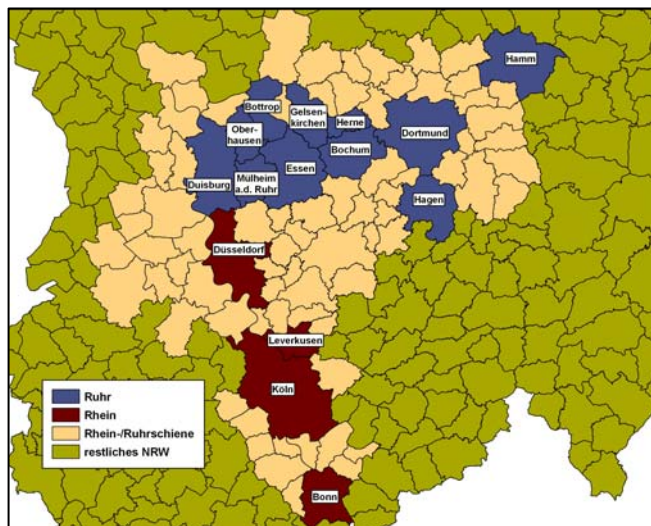
Der Zusammenhang zwischen regionalen wirtschaftlichen Entwicklungen, der Situation am Arbeitsmarkt und deren Auswirkungen auf die lokale Sozial- und Bevölkerungsstruktur sind kleinräumig gut untersucht (vgl. Schräpler, Seifert 2008), die Auswirkungen auf die Integrationschancen von Personen mit Migrationshintergrund hingegen kaum. Einige Studien sehen die ausländische Bevölkerung im Kontext von Arbeitslosigkeit und sozialen Problemlagen: „Je höher der Anteil der nichtdeutschen Bevölkerung und je höher der Anteil der türkischen Bevölkerung in den Programmgebieten, desto höher ist die Arbeitslosigkeit der Jugendlichen, desto niedriger ist die Wahlbeteiligung der deutschen Bevölkerung bei der Kommunalwahl (...), desto weniger Kinder wechseln zum Gymnasium und desto mehr Kinder weisen bei der Einschulung gravierende gesundheitliche Probleme auf“ (Kersting et al. 2008: 115). Diese enge Verbindung dieser A-Faktoren (Arbeitslosigkeit, Armut, Ausländer/-innen) ist vor allem in strukturschwachen Regionen nachgewiesen worden.

Es stellt sich die Frage, ob Personen mit Migrationshintergrund in wirtschaftlich starken Regionen mit günstiger Arbeitsmarktlage bessere Voraussetzungen für die Arbeitsmarktintegration vorfinden als in wirtschaftlich schwächeren Regionen. Insbesondere Migranten mit höheren Qualifikationen sollten in wirtschaftlich stärkeren Regionen günstigere Voraussetzungen für den Arbeitsmarktzugang vorfinden, da hier ein entsprechender Bedarf besteht.

Im Folgenden wird anhand zentraler Indikatoren der strukturellen Integration (IntMK 2011) untersucht, welche Unterschiede sich in der Bildungs- und Qualifikationsstruktur und der Arbeitsmarktintegration zwischen beiden Regionen zeigen. Zunächst werden jedoch die sozio-demografischen Merkmale der Zuwanderergruppen in beiden Regionen dargestellt.

Datenbasis ist der Mikrozensus. Der Mikrozensus ist eine 1 %-Stichprobe der Bevölkerung Nordrhein-Westfalens und bietet ausreichende Fallzahlen für diesen Regionalvergleich. Außerdem wird der Migrationshintergrund im Mikrozensus seit 2005 differenziert erhoben, sodass auch Zuwanderer erfasst werden, die die deutsche Staatsbürgerschaft haben sowie deren Kinder, d. h. die zweite Generation. Als Personen mit Migrationshintergrund werden folgende Gruppen bezeichnet:

- Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit
- nach 1949 über die Grenzen Deutschlands Zugewanderte
- Personen mit mindestens einem ausländischen oder zugewanderten Elternteil¹.



Übersicht 1: Einbezogene Städte der Rheinschiene und des Ruhrgebietes

¹ Diese Definition weicht geringfügig von der des Statistischen Bundesamtes ab, in der auch Kindern von Eingebürgerten, die sonst keine Migrationsmerkmale aufweisen, und zum Teil vor 1949 Zugewanderten ein Migrationsstatus zugewiesen wird.

Um die Unterschiede zwischen dem Ruhrgebiet und der Rheinschiene hervorzuheben, werden im Folgenden nur die kreisfreien Städte in der jeweiligen Region betrachtet (siehe Übersicht 1). Somit werden jeweils die peripheren Randlagen aus der Analyse ausgeschlossen.

2. Demografische Merkmale der Personen mit Migrationshintergrund

Im Folgenden werden zunächst die strukturellen Merkmale der Bevölkerung mit Migrationshintergrund dargestellt, denn eine unterschiedliche Zusammensetzung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund hinsichtlich Alter, Aufenthaltsdauer oder Herkunftsland dürfte die Arbeitsmarktintegration erheblich beeinflussen.

2.1 Herkunftsländer

Alle folgenden Angaben beziehen sich jeweils auf die Gruppe der 15- bis unter 65-Jährigen, um alle Indikatoren direkt in Bezug zu den Arbeitsmarktindikatoren setzen zu können. Die Personen mit Migrationshintergrund in den Städten der Rheinschiene stammen – bezogen auf das Jahr 2009 – deutlich seltener aus einem ehemaligen Anwerbeland oder aus Osteuropa, als dies in den urbanen Zentren des Ruhrgebietes der Fall ist. Im Ruhrgebiet stammt mehr als die Hälfte (53,2 %) der Personen mit Migrationshintergrund aus einem der früheren Anwerbeländer, in der Rheinschiene sind es 46,2 %. Aus einem osteuropäischen Land stammen im Ruhrgebiet 26,3 % und in der Rheinschiene 21,3 % der Personen mit Migrationshintergrund. Die sonstigen europäischen

Staaten und die außereuropäischen Herkunftsregionen sind in der Rheinschiene dagegen häufiger vertreten als im Ruhrgebiet.

2.2 Aufenthaltsdauer

In der Rheinschiene ist der Anteil der im Ausland Geborenen, die sich erst kürzere Zeit im Land aufhalten, höher als im Ruhrgebiet. 27,9 % der Zugewanderten der Rheinschiene sind seit höchstens 10 Jahren in Deutschland, im Ruhrgebiet sind es 21,7 %. Zwischen 10 und unter 20 Jahren halten sich 29,6 % der Zugewanderten in der Rheinschiene auf, während es im Ruhrgebiet 31,7 % sind.

3 Bildungsstruktur

3.1 Allgemeinbildende Abschlüsse

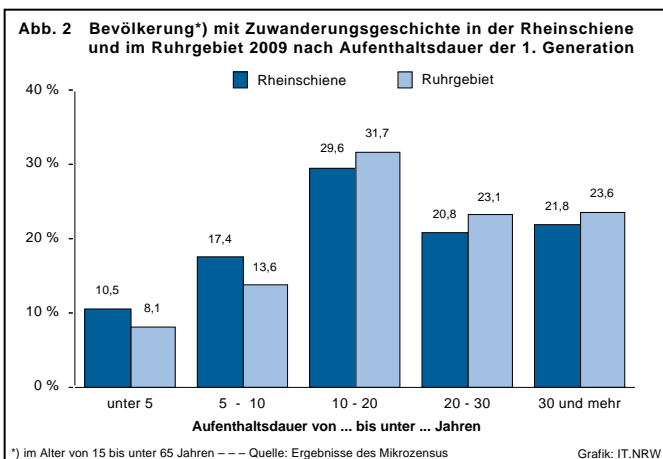
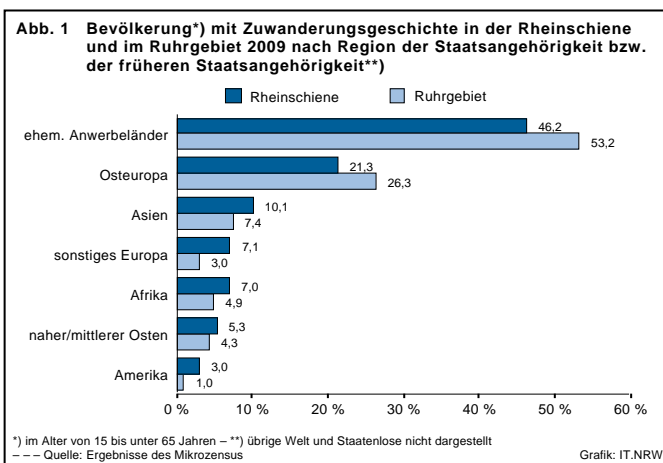
Bezüglich der allgemeinbildenden Abschlüsse unterscheiden sich Personen mit Migrationshintergrund im Jahr 2009 an Rhein und Ruhr erheblich. Während 16,9 % der Personen mit Migrationshintergrund im Ruhrgebiet über die Hochschulreife verfügen, sind es in der Rheinschiene 30,2 %. Der Hauptschulabschluss ist für 40,8 % der Personen mit Migrationshintergrund des Ruhrgebietes der höchste Abschluss, in der Rheinschiene trifft dies auf 31,7 % zu. Ohne allgemeinbildenden Abschluss sind 18,7 % der Personen mit Migrationshintergrund im Ruhrgebiet, in der Rheinschiene sind es lediglich 12,1 %.

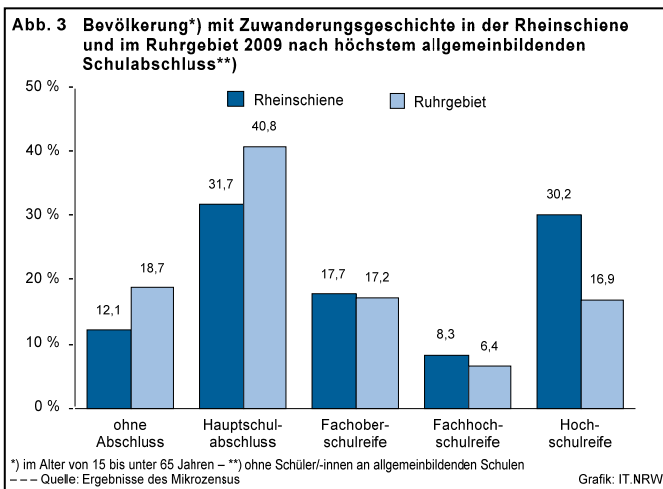
Auch bei den Personen ohne Migrationshintergrund bestehen erhebliche Unterschiede in der Bildungsstruktur zwischen Ruhrgebiet und Rheinschiene.² Während der Anteil derer mit Hochschulreife in der Rheinschiene bei 40,5 % liegt, beläuft er sich im Ruhrgebiet nur auf 21,7 %. Der Hauptschulabschluss ist für 40,9 % im Ruhrgebiet der höchste allgemeinbildende Abschluss, in der Rheinschiene trifft dies auf 24,4 % zu.

Frauen mit Migrationshintergrund sind im Vergleich zu den Männern in beiden Regionen häufiger ohne allgemeinbildenden Schulabschluss. Allerdings sind Frauen im Ruhrgebiet mit einem Anteil von 21,1 % deutlich häufiger ohne allgemeinbildenden Abschluss als in der Rheinschiene (13,6 %). Frauen mit Migrationshintergrund (18,7 %) erlangen im Ruhrgebiet häufiger die Hochschulreife als Männer (15,1 %). In der Rheinschiene sind die Unterschiede hier geringer, allerdings haben Frauen mit Migrationshintergrund in der Rheinschiene mit einem Anteil von 30,9 % deutlich häufiger die Hochschulreife als Frauen im Ruhrgebiet (18,7 %). Bei den Frauen ohne Migrationshintergrund liegt dieser Wert im Ruhrgebiet nur wenig höher (20,4 %) während in der Rheinschiene Frauen ohne Migrationshintergrund deutlich häufiger die Hochschulreife erlangt haben (40,7 %).

Insgesamt bestehen in beiden Regionen erhebliche Unterschiede in der Bildungsstruktur zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund. Im Ruhrgebiet ist der Bildungsgrad durchschnittlich niedriger als im Rheinland.

² Noch zu Beginn der 1980er-Jahre entsprach die Verteilung der Schulabschlüsse im Ruhrgebiet weitgehend dem Landesdurchschnitt, danach zeigten sich Abkopplungstendenzen, dies gilt insbesondere für das nördliche Ruhrgebiet (Esch, Langer 2004).

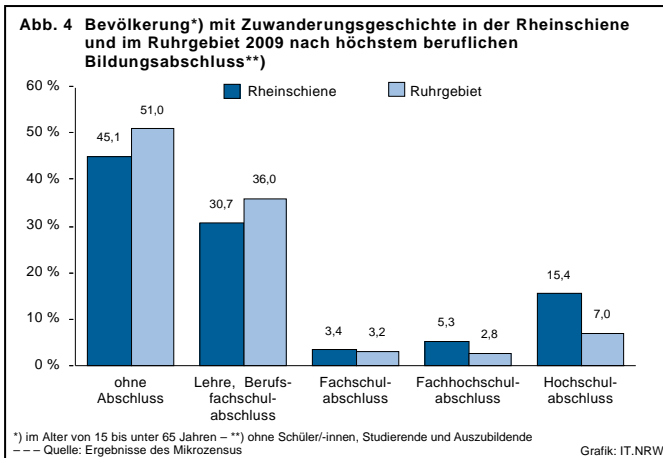




Hier weisen Männer in beiden Regionen einen höheren Anteil mit einem Universitätsabschluss auf als Frauen. Frauen sind im Ruhrgebiet häufiger ohne beruflichen Abschluss während hier in der Rheinschiene kaum Unterschiede bestehen.

3.3 Übergänge von der schulischen zur beruflichen Ausbildung

Im Folgenden wird gezeigt, welche beruflichen Bildungsabschlüsse in Abhängigkeit vom allgemeinbildenden Schulabschluss erlangt werden. Wegen zu geringer Fallzahlen in den oberen Bildungsgruppen kann hier keine Differenzierung nach Männern und Frauen vorgenommen werden. Knapp die Hälfte der Personen mit Migrationshintergrund in der Rheinschiene, die die Hochschulreife haben, erlangen einen Hochschulabschluss (48,7 %), im Ruhrgebiet sind es lediglich 39,6 %. Die günstigeren beruflichen Bildungschancen gelten jedoch nicht für alle Bildungsgruppen gleichermaßen. Personen mit Hauptschulabschluss schlossen im Ruhrgebiet deutlich häufiger eine Lehre oder eine gleichwertige Ausbildung ab (42,8 %) als in der Rheinschiene (34,3 %). Während im Ruhrgebiet 55,6 % derer mit Hauptschulabschluss ohne berufliche Ausbildung bleiben, sind es in der Rheinschiene 64,0 %. Für diejenigen mit Fachoberschulreife zeigen sich kaum Unterschiede nach der Region, ebenso für die Gruppe ohne allgemeinbildenden Abschluss, die jeweils nahezu komplett ohne beruflichen Abschluss bleibt.



Bei der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund zeigt sich ebenfalls, dass diejenigen mit Hochschulreife im Ruhrgebiet seltener einen Universitätsabschluss erlangen (45,5 %) als dies in der Rheinschiene der Fall ist (55,0 %). Diese Werte liegen in beiden Regionen höher als bei der Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Werden diejenigen mit einem Hauptschulabschluss betrachtet, zeigt sich, dass hier im Ruhrgebiet bei der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund ein kleinerer Teil ohne beruflichen Bildungsabschluss bleibt (25,1 %) als in der Rheinschiene (30,7 %).

3.2 Berufsbildende Abschlüsse

Im Ruhrgebiet ist im Jahr 2009 mehr als jede zweite Person mit Migrationshintergrund ohne einen beruflichen Abschluss, in der Rheinschiene sind es 45,1 %. Erhebliche Unterschiede zwischen den Regionen bestehen bezüglich des Hochschulabschlusses. Über diesen verfügen 7,0 % der Personen mit Migrationshintergrund im Ruhrgebiet und 15,4 % derer in der Rheinschiene.

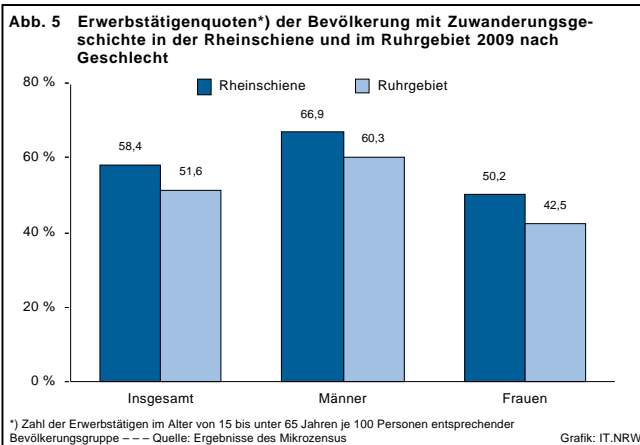
Auch bei den Personen ohne Migrationshintergrund sind die Unterschiede zwischen den Regionen deutlich: Der Anteil derer mit einem Hochschulabschluss liegt im Ruhrgebiet bei 10,2 %, während der entsprechende Wert in der Rheinschiene bei 22,8 % liegt. Eine Lehre oder einen gleichwertigen Abschluss haben 47,0 % in der Rheinschiene erlangt, im Ruhrgebiet sind es 60,9 %.

Im Ruhrgebiet sind Frauen mit Migrationshintergrund deutlich öfter ohne beruflichen Bildungsabschluss (56,2 %) und zwar sowohl im Vergleich zur entsprechenden Gruppe von Männern im Ruhrgebiet (45,6 %) als auch zu Frauen mit Migrationshintergrund in der Rheinschiene (46,3 %). Bei den Hochschulabschlüssen zeigen sich keine Unterschiede nach dem Geschlecht. Anders hingegen bei den Personen ohne Migrationshintergrund.

Tab. 1 Bevölkerung* mit Zuwanderungsgeschichte in der Rheinschiene und im Ruhrgebiet 2009 nach schulischen und beruflichen Bildungsabschlüssen**

Höchster allgemeinbildender Schulabschluss	Höchster beruflicher Bildungsabschluss				
	ohne Abschluss	Lehre/ Berufsfachschulabschluss	Fachschulabschluss	Fachhochschulabschluss	Hochschulabschluss
%					
in der Rheinschiene					
ohne Abschluss	98,9	/	/	/	/
Hauptschulabschluss	64,0	34,3	1,8	/	/
Fachoberschulreife	30,6	63,5	5,9	/	/
Fachhochschulreife	22,6	38,9	7,6	21,5	9,4
Hochschulreife	17,9	17,7	3,9	11,7	48,7
im Ruhrgebiet					
ohne Abschluss	97,0	2,8	/	/	/
Hauptschulabschluss	55,6	42,8	1,6	/	/
Fachoberschulreife	31,4	63,2	5,3	/	/
Fachhochschulreife	18,0	48,3	10,9	18,0	4,8
Hochschulreife	21,0	24,4	5,6	9,4	39,6

*) im Alter von 15 bis unter 65 Jahren - **) ohne Schüler/-innen, Studierende, Auszubildende
--- Quelle: Ergebnisse des Mikrozensus



4 Zugang zum Arbeitsmarkt

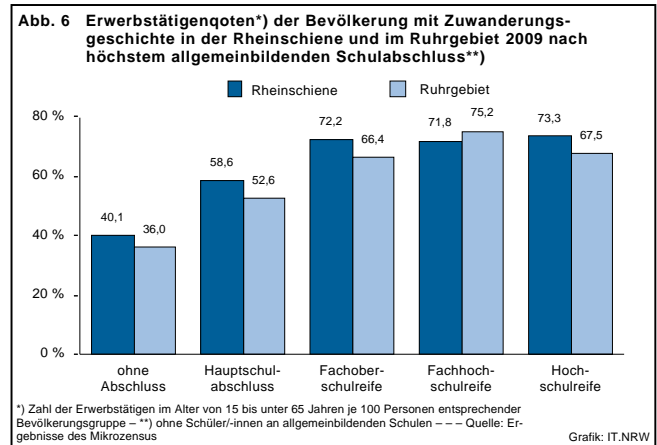
4.1 Erwerbstätigenquote

Die Erwerbstätigenquote gibt den Anteil der erwerbstätigen Bevölkerung an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis unter 65 Jahre) wieder. Die Erwerbstätigenquote der Personen mit Migrationshintergrund liegt in der Rheinschiene mit 58,4 % deutlich höher als im Ruhrgebiet (51,6 %). Bei den Personen ohne Migrationshintergrund zeigen sich ähnliche Unterschiede in der Erwerbstätigenquote, allerdings auf deutlich höherem Niveau. In der Rheinschiene lag die Erwerbstätigenquote bei 75,5 % und im Ruhrgebiet bei 68,2 %.

Die Unterschiede bei der Erwerbstätigenquote sind bei Frauen stärker ausgeprägt als bei Männern. Dies gilt für beide Regionen und unabhängig vom Migrationsstatus. Besonders deutlich fallen die Unterschiede bei Frauen mit Migrationshintergrund aus. Ihre Erwerbstätigenquote liegt im Ruhrgebiet lediglich bei 42,5 % und in der Rheinschiene bei 50,2 %. Von den Frauen ohne Migrationshintergrund sind im Ruhrgebiet 63,3 % erwerbstätig und in der Rheinschiene 71,8 %.

Bei der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund steigt die Erwerbstätigenquote mit höheren Bildungsabschlüssen deutlich an. Dabei liegt die Erwerbsbeteiligung in der Rheinschiene jeweils etwas höher, aber die Unterschiede sind moderat. Bei der Bevölkerung mit Migrationshintergrund liegen die Erwerbstätigenquoten in der Rheinschiene – mit Ausnahme der Gruppe mit Fachhochschulreife – jeweils deutlich höher. Bei der Gruppe mit Fachhochschulreife liegt die Erwerbsbeteiligung der Personen mit Migrationshintergrund in der Rheinschiene mit 71,8 % unter der des Ruhrgebiets (75,2 %).

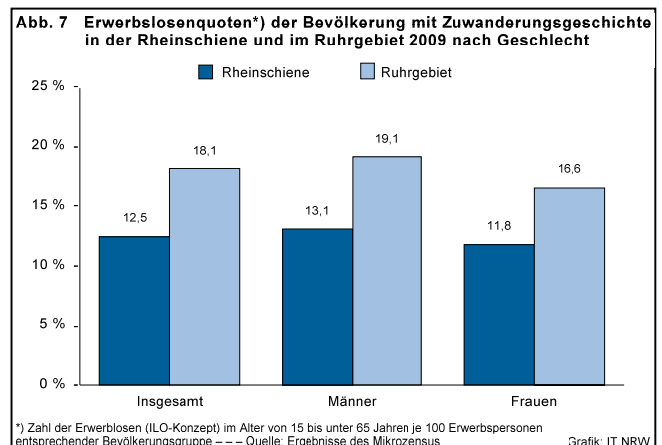
Werden die Erwerbstätigenquoten der Personen mit Migrationshintergrund und Fachhochschulreife bzw. Hochschulreife betrachtet, fällt auf, dass – anders als bei der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund – Personen mit höheren Abschlüssen keine deutlich höhere Erwerbstätigenquote aufweisen als solche mit mittleren Abschlüssen. Selbst in der Rheinschiene ist die Erwerbstätigenquote der Gruppe mit Hochschulreife mit 73,3 % nur wenig höher als bei Personen mit Fachhochschulreife (72,2 %). Dies überrascht, denn höher qualifizierte Personen mit Migrationshintergrund sollten in der prosperierenden Rheinschiene günstigere Bedingungen für die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit vorfinden als im Ruhrgebiet. Die Arbeitsmarktprobleme dieser Gruppe lassen sich auch an den im Vergleich zu Personen ohne Migrationshintergrund in beiden Regionen niedrigen Erwerbstätigenquoten erkennen. In der Rheinschiene lag die Erwerbstätigenquote derer



mit Hochschulreife bei den Personen mit Migrationshintergrund bei 73,3 % während dieser Wert bei den Personen ohne Migrationshintergrund bei 90,5 % lag. Im Ruhrgebiet sind die Unterschiede ähnlich deutlich allerdings auf etwas niedrigerem Niveau.

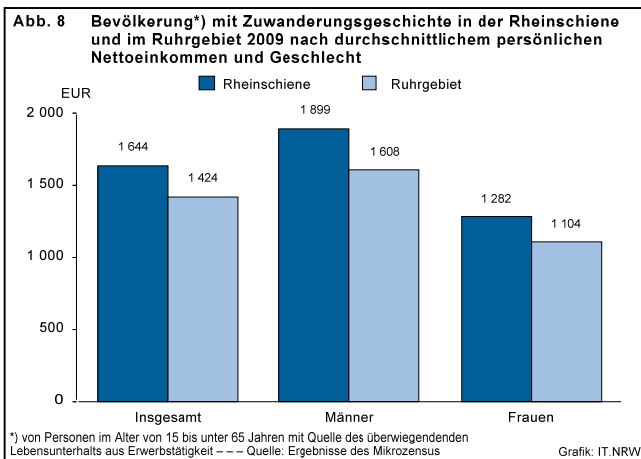
4.2 Erwerbslosigkeit

Personen mit Migrationshintergrund sind in besonderem Maße von Erwerbslosigkeit betroffen. Sowohl im Ruhrgebiet als auch in der Rheinschiene liegen die Erwerbslosenquoten der Personen mit Migrationshintergrund jeweils mehr als doppelt so hoch wie bei solchen ohne. Im Ruhrgebiet ist nahezu jede fünfte Erwerbsperson (19,1 %) mit Migrationshintergrund erwerbslos. In der Rheinschiene sind es 13,1 %, von den Personen ohne Migrationshintergrund sind hier lediglich 5,2 % erwerbslos. In beiden Regionen sind Männer zu einem etwas höheren Teil von Erwerbslosigkeit betroffen als Frauen.



6. Persönliches Nettoeinkommen

Im Folgenden werden Personen betrachtet, die ihr Einkommen überwiegend aus Erwerbstätigkeit beziehen. Über den zeitlichen Umfang der Erwerbstätigkeit wird damit nichts ausgesagt. Üblicherweise wird für Einkommensvergleiche das Bruttoerwerbseinkommen verwendet. Dieser Wert steht jedoch im Mikrozensus nicht zur Verfügung, deswegen wird hier auf das Nettoeinkommen zurückgegriffen. Beim Nettoeinkommen wirken sich Transferzahlungen wie das Kindergeld sowie die Effekte unterschiedlicher Steuerkarten beim Ehegattensplitting aus. Der Fokus beim Nettoeinkommen liegt auf dem zum Konsum zur Verfügung stehenden Einkommen. Hier soll gezeigt werden, welche Bildungserträge



sich beim Einkommen abzeichnen.

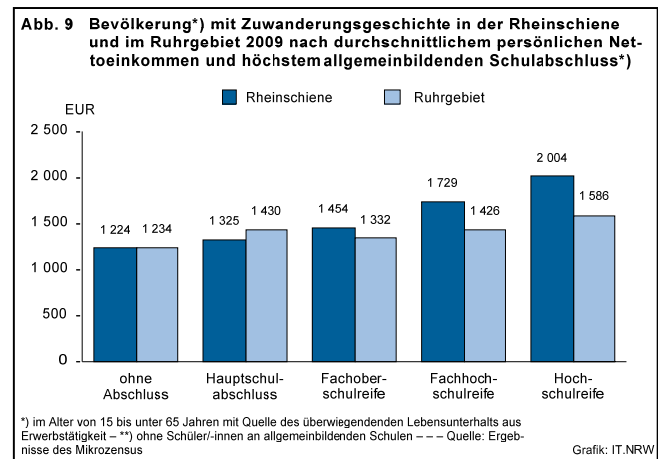
Insgesamt liegt das Nettoeinkommen in der Rheinschiene höher als im Ruhrgebiet. Dies gilt unabhängig vom Migrationsstatus, allerdings bestehen deutliche Niveauunterschiede. Personen mit Migrationshintergrund kommen im Ruhrgebiet auf ein Nettoeinkommen von 1 424 Euro, während es in der Rheinschiene 1 644 Euro sind. Die Vergleichswerte für die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund liegen bei 1 860 Euro im Ruhrgebiet und 2 133 Euro in der Rheinschiene. In beiden Regionen ist der Nettoverdienst von Personen mit Migrationshintergrund somit um rund 30 % niedriger.

Frauen haben nicht nur ein niedrigeres Nettoeinkommen als Männer; Frauen mit Migrationshintergrund erzielen im Ruhrgebiet durchschnittlich 1 104 Euro, bei den Frauen ohne Migrationshintergrund sind es 1 429 Euro. In der Rheinschiene erzielen Frauen mit Migrationshintergrund 1 282 Euro und Frauen ohne 1 695 Euro.

Differenziert nach Bildung bestehen erhebliche Einkommensunterschiede. Die Einkommensschere wird umso größer, je höher der Bildungsgrad ist. Besonders deutlich ausgeprägt sind die Unterschiede bei der Gruppe mit Hochschulreife. Personen mit Migrationshintergrund und diesem Abschluss erzielen im Ruhrgebiet durchschnittlich 1 586 Euro im Vergleich zu 2 395 Euro bei jenen ohne Migrationshintergrund. In der Rheinschiene sind die Unterschiede nicht ganz so deutlich ausgeprägt. Hier liegen die Nettoeinkommen der Personen mit Migrationshintergrund und höheren Abschlüssen auch deutlich über dem Niveau des Ruhrgebietes. Das Durchschnittseinkommen liegt bei Personen mit Hochschulreife und Migrationshintergrund in der Rheinschiene bei 2 004 Euro im Vergleich zu 1 586 Euro im Ruhrgebiet. Bei der Gruppe mit Hauptschulabschluss sind die Unterschiede hingegen geringer.

7. Schlusswort

Die Struktur der Bevölkerung mit Migrationshintergrund im Ruhrgebiet und in der Rheinschiene unterscheidet sich erheblich. Im Ruhrgebiet haben die ehemaligen Anwerbeländer und Osteuropa ein größeres Gewicht unter der Bevölkerung mit Migrationshintergrund als in der Rheinschiene. Außerdem ist die Aufenthaltsdauer der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in der Rheinschiene kürzer als im Ruhrgebiet. Auch bei der Bildungs- und der Qualifikationsstruktur zeigen sich erhebliche Unterschiede. Im Ruhrgebiet ist der Anteil derer mit höheren allgemeinbildenden



Abschlüssen deutlich niedriger als in der Rheinschiene. Dies gilt sowohl für Personen mit als auch ohne Migrationshintergrund. Auch bei der beruflichen Bildung ist die Rheinschiene im Vorteil, beispielsweise ist hier der Anteil derer ohne Abschluss deutlich niedriger.

Alein diese strukturellen Unterschiede lassen erwarten, dass sich der Zugang zum Arbeitsmarkt im Ruhrgebiet schwieriger gestaltet als in der Rheinschiene. Tatsächlich liegt die Erwerbstätigenquote der Personen mit Migrationshintergrund im Ruhrgebiet niedriger. Es überrascht jedoch, dass auch in der Rheinschiene die Personen mit Migrationshintergrund und höheren allgemeinbildenden Abschlüssen deutlich hinter der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund zurückbleiben. Die Probleme besser Qualifizierter beim Arbeitsmarktzugang zeigen sich auch in den Erwerbslosenquoten. Zwar ist auch bei Personen mit Migrationshintergrund und höherem Bildungsgrad die Betroffenheit von Erwerbslosigkeit geringer, allerdings liegt sie noch über dem Landesdurchschnitt, dies gilt auch für die Rheinschiene.

In der Rheinschiene wird ein höheres durchschnittliches Nettoeinkommen erzielt, allerdings gilt auch hier, dass Personen mit Migrationshintergrund, die über eine höhere Ausbildung verfügen, deutlich niedrigere Einkommen erzielen, als dies bei der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund der Fall ist.

Insgesamt finden Personen mit Migrationshintergrund in der Rheinschiene günstigere Arbeitsmarktbedingungen vor. Zum Teil zumindest ist dies auf ihren durchschnittlich höheren Bildungsgrad zurückzuführen. Die Daten deuten jedoch darauf hin, dass gerade beim Arbeitsmarktzugang Probleme für Zugewanderte mit höherem Qualifikationsgrad bestehen. Auch die Unterschiede beim Nettoeinkommen weisen darauf hin, dass Personen mit Migrationshintergrund, die einen höheren Qualifikationsgrad haben, keine gleichwertigen Tätigkeiten ausüben wie die entsprechende Vergleichsgruppe ohne Migrationshintergrund. Probleme beim Qualifikationstransfer und bei der Anerkennung ausländischer Abschlüsse, aber auch Sprachprobleme können hierfür ursächlich sein.

Literaturverzeichnis

- Buch, Tanja, Hamann, Silke, Niebuhr, Annekatrin (2010): Qualifikationsspezifische Wanderungsbilanzen. Hamburg im Städtevergleich. Hamburg: IAB-Regional Nord
- Esch, Karin, Langer, Dirk (2004): Das Ruhrgebiet eine ganz normale Bildungsregion?! Zählflüssiger Bildungsverkehr entlang der A 42. IAT Report, 2004-02
- IntMK – Konferenz der für Integration zuständigen Ministerinnen und Minister/Senatorinnen und Senatoren der Länder (2011 – Hrsg.): Erster Bericht zum Integrationsmonitoring der Länder 2005 – 2009. Berlin: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg.
- Kersting, Volker, Strohmeier, Klaus Peter, Triesch, Marion (2008): Soziale Kontextbedingungen der Stadtteilentwicklung. Indikatoren-gestütztes Monitoring im Rahmen der Evaluation des integrierten Handlungsprogramms „soziale Stadt“ in Nordrhein-Westfalen. Essen: Stadt Essen
- Lageman, Bernhard, Bauer, Thomas, Dürig, Wolfgang; Kambeck, Rainer, Kluge, Jochen, Neumann Uwe, Schmidt, Christoph (2005): Strukturwandel ohne Ende? Aktuelle Vorschläge zur Revitalisierung des Ruhrgebiets und ihre Bewertung. RWI-Materialien, Heft 20, Essen: RWI
- Neumann, Uwe, Schmidt, Christoph, Trettin, Lutz (2007): Förderung der lokalen Ökonomie. Fallstudie im Rahmen der Evaluation des integrierten Handlungsprogramms „Soziale Stadt NRW“. Essen: RWI
- Schräpler, Jörg-Peter, Seifert, Wolfgang (2008): Kleinräumige Einkommensstrukturen und ihr sozialer Kontext in Nordrhein-Westfalen. Düsseldorf, Essen: Stadt Essen, Fachbereich Statistik, Stadtforschung und Wahlen
- Zukunftsinitiative (2010): Stadtregion Köln-Rhein-Erft: Interkommunal integrierte Raumanalyse (www.frechen.de/Abschlussbericht.pdf)

Autor

Dr. Wolfgang Seifert
Information und Technik
Nordrhein-Westfalen (IT.NRW)
Wolfgang.Seifert@it.nrw.de

Birgit Glorius

Internationalisierung und Heterogenisierung der Bevölkerung – Eine Herausforderung für die Gestaltung kommunaler Bildungslandschaften

1. Einleitung

Innerhalb des Tagungsmottos „schrumpfend, alternd, bunter“¹ widmet sich dieser Beitrag dem letzteren Aspekt einer bunter werdenden Gesellschaft durch die Prozesse der Internationalisierung und Heterogenisierung der Bevölkerung. Dieses Phänomen betrifft vor allem die Agglomerationsräume in Deutschland, bzw. einzelne, meist innerstädtisch gelegene Quartiere, die sich vielfach durch ein überdurchschnittliches Auftreten sozialer Problemlagen charakterisieren lassen.

Besonders deutlich wird ethnische und soziale Segregation im schulischen Bildungssystem, das vor allem in Deutschland durch geringe soziale Durchlässigkeit geprägt ist (KBB 2006). Zugleich wird das Bildungssystem in der Regel als Schlüssel für eine erfolgreiche Integration betrachtet. Dabei darf jedoch nicht übersehen werden, dass die Schule zwar die besten statistischen Messwerte für Integrationsprozesse bietet, dass sie die Aufgabe der Integration jedoch nicht alleine bewältigen kann. Als Antwort auf den demografischen Wandel wird vielmehr eine koordinierte und zielorientierte Zusammenarbeit von Bildungseinrichtungen, sozialen Institutionen, Vereinen und der aktiven Bürgerschaft angestrebt. Hierbei müssen verschiedene Steuerungsinstrumente ineinander greifen: die staatliche Schulaufsicht, die für die Unterrichtsgestaltung und den Lehrereinsatz zuständig ist, die Kommunalverwaltung, die für die Kindertagesbetreuung und die Jugendhilfe verantwortlich zeichnet, sowie die Zivilgesellschaft, die in verschiedenen Organisationsformen Einfluss nehmen kann. Im optimalen Fall bilden diese Akteure und Institutionen ein langfristig angelegtes und auf gemeinsame Ziele orientiertes Netzwerk, in dem formale und non-formale Bildungsinstitutionen auf Augenhöhe kooperieren – eine kommunale Bildungslandschaft (Deutscher Verein 2009).

Die im September 2009 gestartete Bundesinitiative „Lernen vor Ort“ soll es Kommunen beispielhaft ermöglichen, Managementinstrumente aufzubauen, um kommunale Bildungslandschaften zielgerichtet zu steuern. Das Zusammenwirken von sektoralen Aspekten und sozialräumlichen Belangen sowie die Verknüpfung von top-down und bottom-up Prozessen sind dabei große Herausforderungen. Am Beispiel der Stadt Leipzig wird in diesem Beitrag das Phänomen der ethnischen und sozialen Segregation als Folge des demografischen Wandels aufgezeigt (3) und der bisherige Prozess der Entwicklung einer kommunalen Bildungslandschaft bezogen auf ein konkretes Integrationsquartier nachgezeichnet (4). Im Fazit werden allgemeine Ableitungen getroffen (5). Zur Einführung in das Thema wird zunächst auf die Zusammenhänge von sozialer und ethnischer Segregation eingegangen und der Integrationsgrad anhand von Indikatoren aus dem Bereich der schulischen Bildung bestimmt (2).

Die verwendeten Daten und Analysen stammen aus überregionalen Studien sowie aus der Arbeit des Aktionsfeldes „Bildungsmonitoring“ der Stabsstelle „Lernen vor Ort“ in Leipzig.

¹ Zur besseren Lesbarkeit wird ausschließlich die männliche Bezeichnung verwendet. Damit sind jedoch Personen männlichen und weiblichen Geschlechts gleichermaßen gemeint.

2. Internationalisierung in Deutschland und die Rolle des Bildungswesens

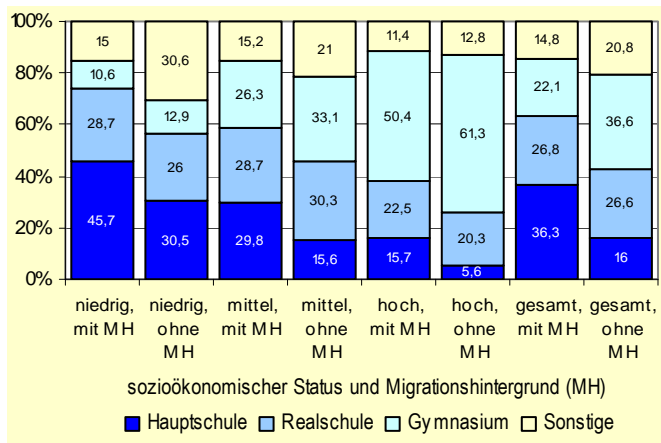
Im Jahr 2009 wurde für rund 15,7 Mio. Menschen in Deutschland ein Migrationshintergrund dokumentiert, das entspricht rund 19 % der Gesamtbevölkerung. Dabei ist die Bevölkerung mit Migrationshintergrund bedeutend jünger als jene ohne Migrationshintergrund: über ein Fünftel sind unter 15 Jahre alt – gegenüber 11,2 % bei der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund.

Die Menschen mit Migrationshintergrund unterscheiden sich stark nach Herkunftskontext, Zuwanderungsgeschichte und Aufenthaltsdauer. Zahlenmäßig bedeutende Herkunftsländer sind die Türkei, Polen, die Russische Föderation sowie der Nahe und Mittlere Osten. Einen großen Anteil der migrantischen Bevölkerung stellen Spätaussiedler (20,8 %), vorwiegend aus der ehemaligen Sowjetunion. Dabei handelt es sich vor allem um Personen mit eigener Migrationserfahrung, während insbesondere Menschen aus dem Herkunftskontext der ehemaligen Anwerbestaaten zu einem Fünftel bereits in zweiter oder dritter Generation in Deutschland leben. Auch die Aufenthaltsdauer der Zugewanderten ist sehr unterschiedlich: 2009 waren knapp vier Fünftel der Personen mit Migrationshintergrund und eigener Migrationserfahrung seit mehr als neun Jahren in Deutschland, ein Zehntel konnte auf eine Aufenthaltsdauer von 40 Jahren und mehr zurückblicken, vor allem Migranten¹ aus den ehemaligen Anwerbeländern. Kurze durchschnittliche Aufenthaltszeiten verzeichneten Migranten mit den Staatsangehörigkeiten der Transformationsstaaten Mittel- und Osteuropas sowie Asiens (BAMF 2009: 212-224).

Vor allem in den westdeutschen Großstädten prägen Einwohner mit Migrationshintergrund inzwischen die städtische Gesellschaft in hohem Maße. Nach den Daten des Mikrozensus 2007 lag ihr Anteil z.B. in Frankfurt am Main bei 42 %, in Augsburg bei 39,5 % und in Nürnberg bei 38,3 %. Bei den unter Sechsjährigen liegen die Anteile erheblich höher, in den genannten Städten jeweils bei über 60 %. Dies stellt vor allem die Kindertagesstätten und Schulen vor große Integrationsaufgaben (Beauftragte 2010: 54).

Integration durch Bildung wird maßgeblich durch die Integration in das Bildungswesen geleistet. Integration durch Bildung zielt darauf ab, Kinder von Zugewanderten im Erwerb von Kompetenzen und Bildungsabschlüssen zu unterstützen (KBB 2006: 137). Gelingende Integration würde nach dieser Definition einer Angleichung der Bildungserträge zwischen Schülern mit und ohne Migrationshintergrund bedeuten. Internationale Leistungsvergleiche wie PISA, TIMMS oder IGLU haben jedoch nachgewiesen, dass gerade in Deutschland die Leistungskluft zwischen Schülern mit und ohne Migrationshintergrund besonders groß ist (KBB 2006: 173-174).

Die PISA-Studie 2006 zeigte, dass 15-jährige Schüler mit mindestens einem im Ausland geborenen Elternteil wesentlich seltener das Gymnasium besuchen, als jene ohne Migrationshintergrund (22 % gegenüber 37 %). Hingegen lernen Jugendliche mit Migrationshintergrund im Vergleich zu Jugendlichen ohne Migrationshintergrund doppelt so häufig an einer Hauptschule (36 % gegenüber 16 %). Zudem hat der sozioökonomische Status² der Eltern gro-



Quelle: eigener Entwurf, nach ABB 2010: 247

Abbildung 1: Schularbeitverteilung 15-jähriger Schüler mit und ohne Migrationshintergrund im Jahr 2006 nach sozioökonomischem Status (HISEI)

ßen Einfluss auf die Schullaufbahn der Kinder (Abb. 1). Die Muster gleichen sich dabei: sowohl bei Kindern mit als auch bei jenen ohne Migrationshintergrund finden sich Jugendliche aus statushohen Familien fünf Mal häufiger an Gymnasien, als das bei 15-Jährigen aus statusniedrigen Familien der Fall ist. Analog fällt der Hauptschulbesuch in beiden Gruppen (mit und ohne Migrationshintergrund) bei den Jugendlichen aus statushohen Familien wesentlich niedriger aus, als bei 15-Jährigen aus statusniedrigen Haushalten (ABB 2010: 65).

Die hier angedeutete Überlagerung von ethnischer und sozialer Benachteiligung wurde auch durch Sonderauswertungen im Rahmen des nationalen Bildungsberichts 2006 bestätigt: Die Studie wies vor allem für den Sekundarbereich I einen hohen Segregationseffekt nach. Im Jahr 2004 besuchte jeder vierte Jugendliche mit, aber nur jeder zwanzigste Jugendliche ohne Migrationshintergrund eine Schule, in der Migranten die Mehrheit stellten. Ethnische und soziale Segregation traten häufig gleichzeitig auf: So fand sich an Schulen mit einem hohen Anteil an Migranten in der Regel auch ein überdurchschnittlicher Anteil von Schülern aus statusniedrigen deutschen Familien, sodass verschiedenste Problemlagen zusammenfielen und sich wechselseitig verstärkten (KBB 2006: 161-162).

3. Migranten in der kommunalen Bildungslandschaft Leipzigs

Die Einwohnerentwicklung der Stadt Leipzig war in den vergangenen zwei Jahrzehnten großen Veränderungsprozessen unterworfen. Ein starker allgemeiner Bevölkerungsrückgang, Bevölkerungsverlagerungen im Stadtraum sowie soziale Ausdifferenzierungsprozesse veränderten das Stadtbild grundlegend. Die Zuwanderungen aus dem Ausland führten zu einer weiteren Binnendifferenzierung des Stadtraums, der sich nicht zuletzt in der Nutzung der Bildungsinfrastruktur deutlich zeigt.

Im Jahr 2009 lebten 42.258 Personen mit Migrationshintergrund³ in Leipzig, das entsprach 8,4 % der Bevölkerung mit Hauptwohnsitz (Stadt Leipzig 2010a: 11). Davon waren knapp zwei Drittel ausländische Staatsangehörige, rund ein Drittel waren Deutsche mit Migrationshintergrund, mehrheitlich Spätaussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion bzw. Personen mit mehreren Staatsan-

Bevölkerungsgruppe	Personen 2009	Anteil in %
Einwohner mit Migrationshintergrund	42.258	100,0
Ausländer	26.968	63,8
Deutsche mit Migrationshintergrund und zwar*	15.290	36,2
Mehrstaatler	8.420	55,1
Spätaussiedler	6.881	45,0
Eingebürgerte	2.905	19,0
Kinder und Sonstige**	3.555	23,3
Zuzug aus Ausland	2.074	13,6
Geburtsort Ausland	1.932	12,6

*durch Mehrfachzuordnungen addieren sich die Anteile auf über 100 %

**ohne eigene Migrationsmerkmale

Quelle: Stadt Leipzig, Amt für Statistik und Wahlen

Tabelle 1:

Einwohner mit Migrationshintergrund in Leipzig, 2009

gehörigkeiten (Tab. 1). Etwa ein Viertel waren entweder deutsche Rückwanderer aus dem Ausland oder im Ausland geborene Deutsche. Kinder ohne eigenen Migrationshintergrund machten 16 % aller Deutschen mit Migrationshintergrund aus.

In der zeitlichen Betrachtung wuchs vor allem der Anteil von Migranten mit deutscher Staatsangehörigkeit an der Leipziger Bevölkerung, und zwar maßgeblich durch Geburten, denn seit der Novellierung des Staatsangehörigkeitsrechts im Jahr 2000 kann für in Deutschland geborene Kinder von Zuwanderern das *ius soli* angewandt werden (BAMF 2009: 221-223). Inzwischen hat jedes sechste Leipziger Kind im Vorschulalter einen Migrationshintergrund. Durch die überdurchschnittlichen Geburtenfälle der Frauen mit Migrationshintergrund tragen Migranten inzwischen maßgeblich zur positiven Bevölkerungsentwicklung Leipzigs bei (Stadt Leipzig 2010a: 12). Die Stadtgesellschaft mit Migrationshintergrund ist äußerst heterogen: Die Zuwanderer stammen aus 164

² Der sog. HISEI-Index bildet für jeden Schüler den höchsten beruflichen Status der Familie ab. Gegenübergestellt werden die 25 % der Schüler mit den höchsten Indexwerten (hoch), diejenigen 50 % mit mittleren (mittel) und jene 25 % mit den niedrigsten Indexwerten (niedrig). (Die Gesamtzahl (zusammen) entspricht nicht der Summe dieser HISEI-Quartile, da zusätzlich Schüler ohne gültige HISEI-Angabe einbezogen werden.) (ABB 2010: 247).

³ Der Begriff wird gemäß der Definition des Statistischen Bundesamtes verwendet. Personen mit Migrationshintergrund sind demnach alle Menschen, die nach 1949 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland zugezogen sind, sowie alle in Deutschland geborenen Ausländer und alle in Deutschland als Deutsche Geborenen mit zumindest einem zugezogenen oder als Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil.

Staaten, die größte Gruppe ist jene aus der Russischen Föderation, gefolgt von Migranten aus der Ukraine, Vietnam sowie aus Polen. In allen Migranten-Gruppen, die durch Spätaussiedler konstituiert werden, ist der Anteil von Migranten mit deutscher Staatsbürgerschaft besonders hoch.

Die Bevölkerung mit Migrationshintergrund konzentriert sich in ihrer räumlichen Verteilung auf die verdichteten Bereiche der Kernstadt, während die ländlichen und vorstädtisch geprägten Ortsteile nur marginale Migrantenanteile aufweisen. Die Ortsteile mit den höchsten Migranten-Anteilen sind zugleich jene mit den höchsten Sozialtransferquoten (Abb. 2). Die Prozesse der ethnischen und sozialen Segregation sind hier ineinander verschrankt.

Im Schuljahr 2009/10 hatten an Leipzigs allgemeinbildenden Schulen 3.535 Schüler einen Migrationshintergrund (10 %) ⁴, davon waren ein Drittel Deutsche, zwei Drittel besaßen eine ausländische Staatsangehörigkeit (6,5 % aller Schüler). Ihre Integration in das Schulsystem hängt stark von der ethnischen Herkunft, vom Geschlecht sowie von der sozialräumlichen Verortung ab, wie nachfolgend an einigen markanten Indikatoren dargestellt wird.

3.1 Übergang von der Grundschule in weiterführende Schulen

Im Freistaat Sachsen folgt nach der vierjährigen Grundschulzeit der Übertritt in eine weiterführende Schule. Zwei Schularten stehen zur Verfügung: die Mittelschule, die ab der 7. Klassenstufe in die Bildungsgänge Hauptschule und Realschule aufgefächert wird, oder das Gymnasium, das in acht Schuljahren zur Allgemeinen Hochschulreife führt. Grundlage für die Wahl der weiterführenden Schulart ist die in der 4. Klasse ausgesprochene Bildungsempfehlung. Eine gymnasiale Bildungsempfehlung wird erteilt, wenn ein Notendurchschnitt von 2,0 in den Fächern Deutsch, Mathematik und Sachkunde erreicht wird. ⁵

Im Schuljahr 2010/11 wurde an 47,2 % aller Viertklässler an öffentlichen Grundschulen in Leipzig die gymnasiale Bildungsempfehlung erteilt, der Anteil schwankte jedoch von Schule zu Schule zwischen 19,6 % und 76,1 %. Dabei zeigt eine detaillierte Analyse, dass jene Grundschulen, in denen überdurchschnittlich viele

⁴ Nach der Definition der amtlichen Schulstatistik des Freistaates Sachsen besteht ein Migrationshintergrund bei Schülern, die zwei- oder mehrsprachig aufwachsen oder die selbst oder deren Eltern oder Großeltern nach Deutschland zugewandert sind, ungeachtet ihrer gegenwärtigen Staatsangehörigkeit oder ihres Aufenthaltsstatus. In der nationalen Schülerstatistik wird hingegen weiterhin das Ausländerkonzept angewandt, sodass überregionale Vergleiche der Migrantenanteile nur schwer möglich sind.

⁵ Dieser Schwellenwert wurde zum Schuljahr 2010/11 neu eingeführt, zuvor galt eine Durchschnittsnote von 2,5 in den Fächern Mathematik und Deutsch als Aufnahmekriterium in das Gymnasium.

Sozialtransferquote (2009) und Schüler mit Migrationshintergrund in Leipzig nach Ortsteil im Schuljahr 2010/2011

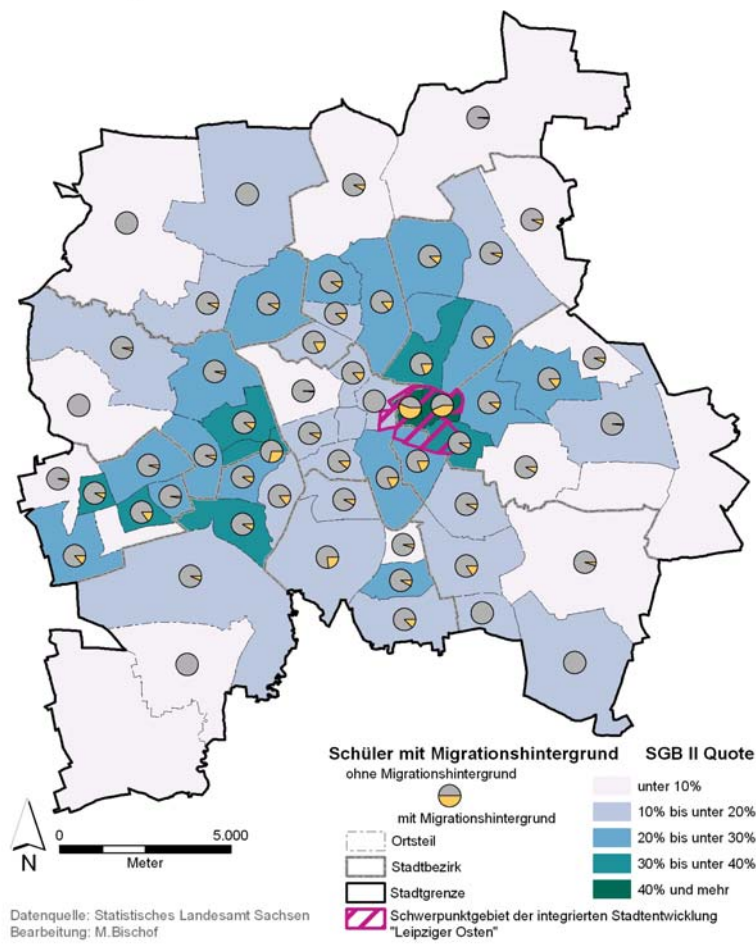
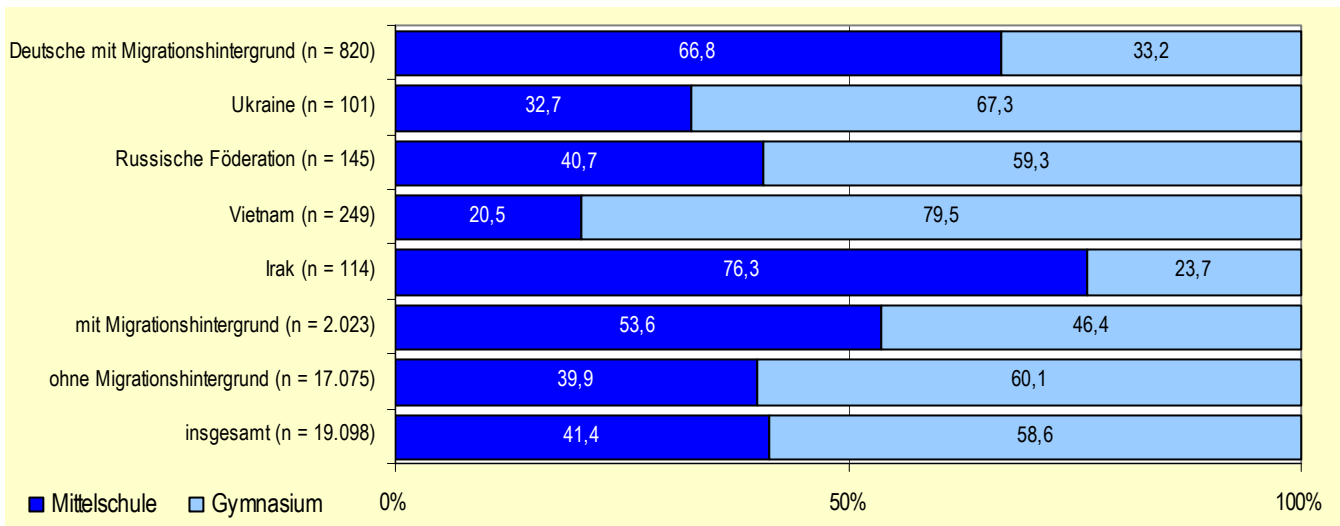


Abbildung 2: Sozialtransferquote (2009) und Anteil der Schüler mit Migrationshintergrund (2010/11) in Leipzig nach Ortsteilen

gymnasiale Empfehlungen erteilt wurden, in statushohen Quartieren situiert waren, während jene Grundschulen mit stark unterdurchschnittlichen Anteilen gymnasialer Empfehlungen fast ausschließlich in Quartieren verortet waren, in denen eine hohe Sozialtransferquote und hohe Anteile von Bevölkerung mit Migrationshintergrund zusammenfallen. In den drei Grundschulen mit den geringsten Gymnasialempfehlungen lag der Migrantenanteil mit knapp einem Drittel mehr als doppelt so hoch als an den drei erfolgreichsten Grundschulen (10,8 %) (Stadt Leipzig 2011).

3.2 Schulbesuchsart in weiterführenden Schulen nach Herkunftskontext

Die Heterogenität der Migranten hinsichtlich ihrer Herkunftsregion, ihrer Zuwanderungsgeschichte und des sozialen und kulturellen Kapitals, das sie mit sich führen, bedingt sehr unterschiedliche Bildungserfolge, die sich zum Beispiel durch die Aufteilung auf die Schularten Mittelschule und Gymnasium kenntlich machen lassen. Während insgesamt Kinder mit Migrationshintergrund in geringerem Maße das Gymnasium besuchen als Schüler ohne Migrationshintergrund, erreichen Schüler mit vietnamesischer, ukraini-



Quelle: eigener Entwurf, nach Daten des Statistischen Landesamtes Sachsen

Abbildung 3: Verteilung von Schülern mit und ohne Migrationshintergrund auf die Schularten Mittelschule und Gymnasium, nach Herkunftskontext, Leipzig, Schuljahr 2010/11

scher und russischer Herkunft überdurchschnittliche Gymnasialquoten. Hingegen fanden sich Schüler mit irakischem Migrationshintergrund besonders häufig an der Mittelschule (Abb. 3). Ähnliche Differenzierungen sind den überregionalen Vergleichsdaten zu entnehmen: So weisen ausländische Schüler in Sachsen, die sich vorwiegend aus Schülern russischer, vietnamesischer oder ukrainischer Herkunft zusammensetzen, eine mehr als doppelt so hohe Gymnasialquote auf als bundesweit, wo Schüler mit türkischer, italienischer und serbischer Herkunft dominieren (StBa 2011).

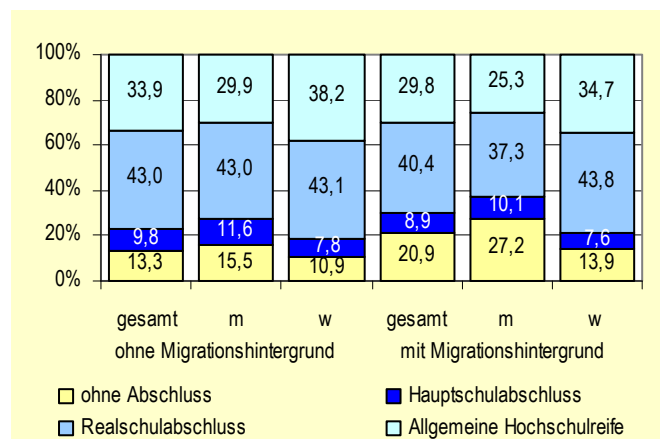
3.3 Bildungsabschlüsse

Auch die Betrachtung der Bildungsabschlüsse von Schülern mit Migrationshintergrund zeigt ein differenziertes Bild ⁶Während der Anteil der Abgänger mit Migrationshintergrund mit Allgemeiner Hochschulreife bzw. Realschulabschluss lediglich drei Prozentpunkte unter den Werten der Abgänger ohne Migrationshintergrund lag, war die Abbrecherquote bei den Schülern mit Migrationshintergrund mit 20,9 % deutlich höher als bei den Schülern ohne Migrationshintergrund (13,3 %). In beiden Gruppen schnitten Mädchen bedeutend besser ab, als Jungen: Sowohl unter den Abgängern mit als auch bei jenen ohne Migrationshintergrund stellten Mädchen über die Hälfte der Abiturienten, während unter den Abgängern ohne Abschluss annähernd zwei Drittel Jungen waren (Abb. 4).

Hinzu kommt wiederum eine starke sozialräumliche Ausdifferenzierung von Bildungserfolgen, die sich insbesondere hinsichtlich der Schulabbrecherquote zeigt. Vor allem die Mittelschulen sind hier aussagekräftig, da sie einen relativ klar definierten sozialräumlichen Einzugsbereich haben. Während aus manchen Mittelschulen alle Abgänger des Schuljahres 2009/10 einen qualifizierten Abschluss erreichten, verließ an anderen Mittelschulen jeder vierte Schüler die Schule ohne Abschluss. Diese Schulstandorte liegen ausschließlich in jenen Stadträumen mit den ungünstigsten sozialen und baulichen Parametern, die – wie bereits beschrieben – mit den Hauptwohnstandorten der Bevölkerung mit Migrationshintergrund zusammenfallen.

4. Integration durch Bildung und die Rolle eines kommunalen Bildungsmanagements

Die bisherigen Ausführungen machten bereits deutlich, dass Integration durch Bildung eine Querschnittsaufgabe ist. Maßnahmen und Strategien zur Integration von Migranten in das Bildungswesen müssen einerseits im Kontext der gesamtstädtischen Entwicklungsstrategien gesehen werden und erfordern andererseits sozialräumlich differenzierte Handlungsformen. Dieses Spannungsfeld soll in den folgenden Abschnitten näher bestimmt werden. Am Fallbeispiel eines Leipziger Sozialraums, der für die Prozesse von ethnischer und sozialer Segregation auch im überregionalen Kontext vergleichbare Befunde anbietet, wird auf die spezifischen Managementinstrumente und die Koppelung von Integrations-, Bildungs- und sozialen Fragen näher eingegangen.



Quelle: eigener Entwurf,

nach Daten des Statistischen Landesamtes Sachsen

Abbildung 4: Abgänger mit und ohne Migrationshintergrund nach erreichtem allgemeinbildenden Abschluss, Leipzig 2009/10

⁶Die Auswertung umfasst nur die öffentlichen Mittelschulen und Gymnasien, da für die freien Schulen keine Informationen zum Migrationshintergrund der Absolventen vorlagen.

4.1 Der Leipziger Osten als Integrationsquartier

In der Stadt Leipzig hat sich ein östlich des Stadtzentrums gelegenes innerstädtisches Quartier als Ankunftsraum für internationale Zuwanderer herausgebildet. Der so genannte „Leipziger Osten“ umfasst im Kern die Ortsteile „Volkmarsdorf“ und „Neustadt-Neuschönefeld“ (vgl. Abb. 2). Das Quartier ist geprägt durch eine eher niedrigwertige gründerzeitliche Bausubstanz, durchzogen von Gebäuden in Plattenbauweise. Der bauliche Verfall war zum Zeitpunkt der Wende stark fortgeschritten; hinzu kam ein hoher Anteil traditioneller Arbeiterwohnbevölkerung, die von den Folgen der ökonomischen Transformation besonders stark betroffen war (Glorius, Hansmaier, Schultz 2010: 35). Diese Situation förderte soziale Entwischungsprozesse nach 1989: Innerhalb von zehn Jahren verlor der Leipziger Osten ein Drittel seiner Bewohner⁷, vor allem bedingt durch arbeitsmarktorientierte Fortzüge und Fortzüge in suburbane Eigenheimstandorte. Hohe Leerstandsrate und niedrige Mietpreise bewirkten einen selektiven Zuzug von einkommensschwächeren Haushalten und Personen mit Migrationshintergrund. Die wichtigsten Herkunftsländer waren bis Ende der 1990er Jahre der Irak, Vietnam, die Ukraine sowie die Russische Föderation. Im Jahr 2009 hatte jeder vierte Einwohner der beiden Ortsteile einen Migrationshintergrund, während in der Gesamtstadt der Anteil bei 8,4 % lag. Gleichzeitig wird der Leipziger Osten charakterisiert durch hohe Arbeitslosigkeit, hohe Anteile von Transferleistungen und eine überdurchschnittliche Einkommensarmut (Tab. 2). Davon sind insbesondere Kinder und Jugendliche betroffen: über 70 % der Kinder unter 15 Jahren im Leipziger Osten beziehen Sozialgeld. Schlechte sozioökonomische Bedingungen fallen häufig mit geringem kulturellem Kapital in den Familien zusammen, was sich auch auf die Beteiligung im Bildungswesen auswirkt: Während in den vergangenen Jahren im städtischen Durchschnitt über die Hälfte der Grundschüler eine gymnasiale Bildungsempfehlung erhielten, lag der Anteil in den Grundschulen des Leipziger Ostens nur bei knapp einem Drittel. Viele Abgänger von den Mittelschulen des Quartiers erreichen keinen qualifizierten Schulabschluss: In den Schuljahren 2007/08 bis 2009/10 betraf dies an den beiden Mittelschulen des EFRE-Gebiets durchschnittlich jeden fünften Schulabgänger, während in der Gesamtstadt die Abbrecherquote „nur“ bei 10,0 % lag.

4.2 Bildung und integrierte Quartiersentwicklung

Seit Anfang der 1990er Jahre wurden im Leipziger Osten großflächige bauliche Erneuerungsprozesse durchgeführt. Mit der Aufnahme in das Bund-Länder-Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Soziale Stadt“ und in das Europäische Förderprogramm EFRE „Europäischer Fonds für Regionale Entwicklung“ begann im Jahr 2000 eine Phase der integrierten und akteursbezogenen Stadtteilentwicklung. Inzwischen überlagern sich im Leipziger Osten verschiedene Förderkulissen mit unterschiedlicher Laufzeit und unterschiedlich gelagerter Steuerung. Wichtige Akteure sind das Amt für Stadterneuerung und Wohnungsbauförderung, das Quartiersmanagement sowie das Amt für Jugend, Familie und Bildung. Daneben haben sich im Leipziger Osten auch eine Vielzahl von zivilgesellschaftlichen Akteuren, wie Verei-

⁷ Dies übertraf den Bevölkerungsverlust der Gesamtstadt, der bei 12 % lag, bei weitem.

⁸ Der Deutsche Städtetag spricht in diesem Zusammenhang auch von einer „Renaissance integrierter Stadtentwicklungsprojekte“ (DST 2011).

Indikator	Leipziger Osten (EFRE-Gebiet)	Stadt Leipzig
Bevölkerung mit Hauptwohnsitz 2009	16.979	505.559
Davon Kinder unter 6 Jahren	1.140	27.052
Davon Bevölkerung mit Migrationshintergrund, in %	27,4 %	8,4 %
Arbeitslose (je 100 Erwerbsfähige) in %, 2009	18,5 %	10,0 %
Transferleistungsempfänger (ALG II o. Sozialgeld) in %, 2009	36,3 %	15,9 %
Durchschnittliches Nettoäquivalenzeinkommen 2008*	836,00 €	1.067 €
Anteil gymnasialer Bildungsempfehlungen an Grundschulen in kommunaler Trägerschaft in %, Schuljahre 2007/08-2010/11	32,5 %	54,6 %
Anteil der Abgänger ohne Abschluss an Mittelschulen in kommunaler Trägerschaft in %, Schuljahre 2007/08 bis 2009/10	21,5 %	10,0 %

* dieser Indikator bezieht sich aus Gründen der statistischen Abgrenzbarkeit nicht auf das EFRE-Programmgebiet, sondern auf die seinen Kern bildenden Ortsteile Volkmarsdorf und Neustadt-Neuschönefeld

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Amt für Statistik und Wahlen der Stadt Leipzig, Sächsische Bildungsagentur, Regionalstelle Leipzig

Tabelle 2: Sozialindikatoren des Leipziger Ostens

ne oder Stadtteilinitiativen etabliert. Als wichtige Beteiligungsform fungiert das mehrmals jährlich tagende öffentliche „Forum Leipziger Osten“, in dem themenbezogen aktuelle Entwicklungen und Handlungsoptionen diskutiert werden.

Durch die Ausweisung als Fördergebiet sind viele kürzerfristige Projekte und Programme im Leipziger Osten angesiedelt, die zum Ziel haben, die schulische Integration zu fördern, Erwachsene mit Migrationshintergrund oder langjähriger Arbeitslosigkeit in den Arbeitsmarkt einzugliedern und die soziale Stabilität im Quartier zu fördern. Zunehmend wird dabei die Notwendigkeit erkannt, Akteure zu vernetzen und multidimensionale Kooperationen einzugehen. Als große Herausforderung gilt es, die einzelnen laufzeitabhängigen Maßnahmen in eine längerfristige Entwicklungsstrategie einzubinden und verbindliche, zielorientierte Netzwerke zwischen den Akteuren zu errichten.

4.3 Bildungsmanagement im Quartier als vertikaler und horizontaler Prozess

Die Etablierung eines kommunalen Bildungsmanagements ist als ein neuer Anlauf der integrierten Stadtplanung und -entwicklung zu betrachten⁸. Der Grundgedanke des kommunalen Bildungsmanagements ist es, auf kommunaler Ebene Steuerungsverant-



Quelle: eigener Entwurf

Abbildung 5: Elemente und Einflussgrößen eines kommunalen Bildungsmanagements

wortung für die Verzahnung der Träger, Einrichtungen und Angebote zu übernehmen, „weil nur sie (die Kommune, B.G.) den erforderlichen Rahmen zur optimalen Nutzung der örtlichen Ressourcen sicherstellen und verbindliche Kooperationsstrukturen herstellen kann“ (Deutscher Verein 2009: 6). Kommunales Bildungsmanagement wirkt dementsprechend als Bindeglied zwischen den Akteuren im Sozialraum und jenen Ressorts und Politikbereichen, die für fachspezifische und sozialraumbezogene Planung und Mittelvergabe verantwortlich sind. Dabei wird von einem weit gefassten Bildungsbegriff ausgegangen, der dementsprechend Angebote des formalen und non-formalen Lernens, Angebote für die frühe Kindheit oder das Schulalter wie Angebote der Weiterbildung beinhaltet.

In der Stadt Leipzig wie in vielen anderen Kommunen in Deutschland wird dieser Weg derzeit beschritten, unterstützt durch das Förderprogramm „Lernen vor Ort“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. Im Rahmen des kommunalen Bildungsmonitorings wurden zunächst die Bildungs- und Sozialstruktur systematisch dargestellt, Zusammenhänge zwischen einzelnen Indikatoren analysiert und Problemlagen identifiziert (Stadt Leipzig 2010b). In einem zweiten Schritt wurden themenspezifische Handlungskonzepte entwickelt und der Entscheidungsebene zur Abstimmung unterbreitet. Dies betrifft sowohl sektorale Themen wie auch themenübergreifende, sozialraumbezogene Handlungsschwerpunkte.

In der konkreten, quartiersbezogenen Arbeit zeigt sich besonders deutlich die notwendige Verschränkung von fachlicher und sozialräumlicher Perspektive (vgl. Abb. 5): Viele Akteure mit sehr unter-

schiedlichen Handlungslogiken bilden hier eine lokale Bildungslandschaft: Neben staatlich organisierten Institutionen wie Schulen sind dabei Kindertagesstätten beteiligt, die der Fachaufsicht der Kommunalverwaltung unterliegen. Flankiert wird die Bildungsarbeit dieser beiden Einrichtungsarten von Angeboten der non-formalen Bildung, z.B. im Rahmen der Ganztagsangebote in Schulen oder Eltern-Kind-Kursen in Kindertagesstätten, die vielfach von Vereinen sowie von Trägern der Jugendhilfe und der sozialen Arbeit organisiert werden. Desweiteren sind auf Stadtteil-ebene Angebote der Volkshochschule, der Musikschule und der städtischen Bibliotheken, von Sport- und Kulturvereinen, von Migrantenselbstorganisationen, Religionsgemeinschaften sowie von sozialen Trägern verortet. Möchte man all diese Akteure auf einen gemeinsamen Schwerpunkt fokussieren, so ist es notwendig, zielorientierte Netzwerke zu etablieren, in denen sich die Akteure auf Augenhöhe begegnen. Zur Abstimmung der jeweiligen Aktivitäten, zur Vermittlung zwischen verschiedenen Handlungslogiken (z.B. dem unterschiedlichen Zuschnitt von Planungs- oder Einsatzgebieten) sowie zur Vermittlung der quartiersbezogenen Anliegen in die übergeordneten Verwaltungs- und Entscheidungsstrukturen bedarf es einer koordinierenden Instanz. Im beschriebenen Beispiel des Leipziger Ostens wird diese Aufgabe derzeit gemeinsam durch das (aus Fördermitteln des EFRE sowie des Programms „Soziale Stadt“ finanzierten) Quartiersmanagement sowie die (aus Fördermitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung finanzierten) Stabsstelle „Lernen vor Ort“ übernommen. Eine Verstetigung dieses Ansatzes durch die Übernahme der Koordinationsstelle in eine kommunale Finanzierung wird derzeit angestrebt.

Im Sinne einer *impliziten* Betrachtung von Migrationsaspekten, also der Berücksichtigung des Migrationshintergrundes quer durch alle Ressorts und Themenfelder, profitieren sozial benachteiligte und segregiert lebende Migranten von diesem sozialraumbezogenen Ansatz. Ein weiterer wichtiger Faktor ist die dezidierte Beteiligung der Stadtgesellschaft an Entscheidungs- und Aushandlungsprozessen. Die Berücksichtigung der endogenen Potenziale der Stadtgesellschaft und die Begegnung auf Augenhöhe schließt Migranten und ihre Organisationsstrukturen gleichberechtigt ein.

5. Fazit und Ausblick

Integration durch Bildung ist eine Querschnittsaufgabe, die den jeweiligen Kontextbedingungen angepasst werden muss. Hierzu gehören die Ausdifferenzierung der Migranten nach ethnischer Herkunft, Aufenthaltsstatus bzw. Migrationsgeschichte sowie Bildungsaspiration und Bildungshintergrund. Entscheidend sind zudem die räumliche Verteilung von Migranten im Stadtraum und der Grad ihrer Segregation (Klocke, Lampert 2005).

Die Betrachtung des Fallbeispiels Leipzig hat gezeigt, dass ein enger Zusammenhang zwischen der Dichte migrantischer Wohnbevölkerung, der Dichte einkommensschwacher Bevölkerung und Bildungserfolgen besteht. Daraus ist der Anspruch abzuleiten, dass Unterstützungsmaßnahmen sozialraumbezogen geplant und durchgeführt werden sollten. Die exemplarisch dargestellte lokale Bildungslandschaft des Leipziger Ostens zeigt die Vielfalt der beteiligten Akteure und deren jeweiliger Handlungsmöglichkeiten und -beschränkungen. Entscheidend für die Wirksamkeit der verschiedenen Fördermaßnahmen ist ihre Einbettung in eine gesamtstädtische Strategie, wie sie im Rahmen der integrierten Stadtentwicklungspläne bereits seit Jahren erprobt wird (BMVBS, BBSR 2009). Allerdings hängt die Effizienz dieser integrierten Planungsansätze von ihrer Umsetzungsqualität ab, was wiederum die Überwindung von Ressortgrenzen und einen Konsens im Umgang mit oftmals eingeschränkten finanziellen Ressourcen erfordert (Henn, Behling 2010: 9). Dieser Konsens muss auch innerhalb der Zivilgesellschaft erzielt werden, die im Sinne des Solidarprinzips die Bevorzugung einzelner Sozialräume mittragen muss.

Literaturverzeichnis

- Autorengruppe Bildungsberichterstattung* (ABB) (Hg.) 2010: Bildung in Deutschland 2010. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Perspektiven des Bildungswesens im demografischen Wandel. Bielefeld.
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge* (BAMF) 2009: Migrationsbericht des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge im Auftrag der Bundesregierung. Migrationsbericht 2009. Nürnberg.
- Bundesministerium für Verkehr und Stadtentwicklung* (BMVBS), *Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung* (BBSR) im *Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung* (BBR) (Hg.) 2009: Integrierte Stadtentwicklung in Stadtregionen. Projektabschlussbericht. BBSR-Online-Publikation 37/2009. urn:nbn:de:0093-ON3709R12X.
- Deutscher Städtetag, Fachkommission „Stadtentwicklungsplanung“* (2011): Integrierte Stadtentwicklungsplanung und Stadtentwicklungsmanagement – Strategien und Instrumente nachhaltiger Stadtentwicklung. Positionspapier. Entwurf, Stand März 2011.
- Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration* (Beauftragte) 2010: 8. Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland (Juni 2010). <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Anlagen/2010/2010-07-07-langfassung-lagebericht-ib.property=publicationFile.pdf> (letzter Zugriff: 17.05.2011).
- Deutscher Verein* 2009: Empfehlungen des Deutschen Vereins zur Weiterentwicklung kommunaler Bildungslandschaften. DV 19/09 AF II 10. November 2009. Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. http://www.ljrbw.de/ljr/projekte/kommunales/download/kommunale_bildungslandschaften_2009_deutscher_verein.pdf (letzter Zugriff: 20.05.2011).
- Glorius, Birgit; Hanslmaier, Michael; Schultz, Andrea* 2010: Sozio-Demographische Entwicklung des Leipziger Ostens. In: *Henn, Sebastian; Behling, Michael* (Hg.): Aspekte integrierter Stadtteilentwicklung. Ergebnisse und Erfahrungen aus dem Leipziger Osten. Berlin: 35-69.
- Henn, Sebastian; Behling, Michael* 2010: Integrierte Stadtentwicklung im Leipziger Osten – Konzeptioneller Hintergrund, Lösungsansätze und unmittelbare Stadtteilarbeit. In: *Henn, Sebastian; Behling, Michael* (Hg.): Aspekte integrierter Stadtteilentwicklung. Ergebnisse und Erfahrungen aus dem Leipziger Osten. Berlin: 7-33.
- Klocke, Andreas; Lampert, Thomas* 2005: Armut bei Kindern und Jugendlichen. Gesundheitsberichterstattung des Bundes, Heft 4. Berlin.
- Konsortium Bildungsberichterstattung* (KBB) (Hg.) 2006: Bildung in Deutschland. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Bildung und Migration. Bielefeld.
- Stadt Leipzig, Amt für Statistik und Wahlen in Kooperation mit dem Referat für Migration und Integration* (Hg.) 2010a: Migranten in der Stadt Leipzig 2010. Leipzig.
- Stadt Leipzig, Der Oberbürgermeister, Stabsstelle „Lernen vor Ort“* (Hg.) 2010b: Bildungsreport Leipzig 2010. Leipzig.
- Stadt Leipzig, Der Oberbürgermeister, Stabsstelle „Lernen vor Ort“* (Hg.) 2011: Schulentwicklungsbericht 2010. Leipzig.
- Statistisches Bundesamt* (Hg.) 2011: Fachserie 11, Reihe 1, Bildung und Kultur, Allgemeinbildende Schulen, Schuljahr 2009/2010. Wiesbaden.

Autorin

Dr. Birgit Glorius
Aktionsfeld „Kommunales Bildungsmonitoring“
Stabsstelle „Lernen vor Ort“
birgit.glorius@leipzig.de

Walter Bartl

Personalpolitik in demografisch schrumpfenden Gemeinden und deren Folgen

1 Einleitung

Alterung und Schrumpfung der Bevölkerung werden im Zusammenhang mit dem Arbeitsmarkt häufig als Problem thematisiert. Dabei attribuieren verbreitete Alltagstheorien einem steigenden Lebensalter oft eine sinkende Innovations- und Leistungsfähigkeit (Wrenn/Maurer 2004). Die sinkende Bevölkerungszahl bedeutet insbesondere eine sinkende Zahl an Personen, die potenziell für eine Erwerbsarbeit zur Verfügung stehen. Demografisch informierte Arbeitsmarktprojektionen warnen deshalb bereits seit einigen Jahren vor einem Fachkräftemangel (Fuchs et al. 2008). Mit anderen Worten stellen Alterung und Schrumpfung des Erwerbspersonenpotenzials dieser Perspektive zufolge eine Gefahr für die Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft dar.

Diese pessimistische Ansicht des demografischen Wandels ist allerdings durchaus umstritten (Frevel 2004). Sie basiert zudem auf einem naturalistischen Bild sozialer Prozesse, in dem aus quantitativ messbaren demografischen Veränderungen automatisch gesellschaftliche Folgen resultieren. Dies trifft weder bezüglich der Nachfrage nach (Bildungs-) Dienstleistungen (Bartl 2011d, Sackmann/Bartl 2011) noch bezüglich der Leistungsfähigkeit von Organisationen zwangsläufig zu. In einem naturalistischen Deutungsmuster von Demografie wird aus der Veränderung statistischer Kennwerte auf Makroebene direkt auf Veränderungen einzelner Organisationen geschlossen. Dabei wird übersehen, dass statistisch beobachtbare Veränderungen der Gesamtbevölkerung zwar demografische Gelegenheitsstrukturen für einzelne Organisationen schaffen, die demografischen Bedingungen innerhalb der Organisation werden hingegen maßgeblich durch personalpolitische Entscheidungen der Organisation selbst gesetzt. Die Personalpolitik von Organisationen kann demografische Probleme demnach also verschärfen oder entspannen. Daher sollten empirische Studien, die sich mit Folgen von Alterung und Schrumpfung beschäftigen, stets auch die sozialen (Organisations-) Strukturen des jeweiligen Kontextes systematisch berücksichtigen.

Der vorliegende Beitrag untersucht personalwirtschaftliche Folgen demografischer Schrumpfung von Gemeinden und deren Personalpolitik. In schrumpfenden Gemeinden treffen die demografischen Phänomene der Alterung und Schrumpfung häufig zusammen. Für die kommunale Daseinsvorsorge bedeutet das in den meisten Aufgabenbereichen, die keinen spezifischen Seniorenbezug aufweisen, einen Rückgang des Nachfragepotenzials. Gleichzeitig lässt sich vermuten, dass der interne Arbeitsmarkt von Kommunen auf einen demografischen bedingten Nachfragerückgang nach Leistungen der kommunalen Daseinsvorsorge nur sehr zögerlich reagiert (Sackmann 2008). Typischerweise ist eine Schließung des internen Arbeitsmarktes zu erwarten, die hauptsächlich auf gedrosselten Neueinstellungen basiert. In dieser einschränkenden personalwirtschaftlichen Konstellation müssten vermutete Folgeprobleme von Alterung und Schrumpfung gehäuft auftreten. Diese Vermutung soll anhand von Fallstudien überprüft werden. Dabei ist insbesondere auch zu analysieren, welchen Einfluss andere Formen der Personalpolitik im Umgang mit demografi-

scher Schrumpfung auf eine Verschärfung bzw. Entspannung demografisch diagnostizierter Problemlagen haben.

Dem vorliegenden Beitrag liegen Experteninterviews in Ostdeutschland, Westdeutschland und Polen zugrunde. In diesen drei Vergleichskontexten haben Kommunen sehr unterschiedlich auf demografisch bedingte Nachfragerückgänge reagiert (Bartl 2011c). Dem entsprechend nehmen kommunale Entscheidungsträger jeweils auch ganz spezifische Folgeprobleme der Personalpolitik wahr bzw. blenden andere Aspekte ganz aus. Nachfolgend wird zunächst eine theoriegeleitete Problembeschreibung kommunaler Personalpolitik unter demografischen Schrumpfungsbedingungen dargestellt. Das anschließende Kapitel skizziert das methodische Design der Untersuchung. Ein weiteres Kapitel stellt die zentralen Ergebnisse (vgl. Bartl 2011b, S. 241–284) in verdichteter Form vor. Abschließend werden praktische Implikationen der Ergebnisse diskutiert.

2 Demografische Schrumpfung und Folgen einer Arbeitsmarktschließung

Die Folgen demografischer Alterung (Becker 1981; Arnould et al. 2007; Hoj/Toly 2005; Kings et al. 2007) und Schrumpfung (Tekles 1986; Färber 1988) für die öffentliche Verwaltung werden bereits seit einigen Jahren wissenschaftlich diskutiert. Allerdings berücksichtigen diesbezügliche Analysen nur selten explizit die spezifischen institutionellen Bedingungen und bekannte Entscheidungsmuster des öffentlichen Sektors für empirische Analysen.

Im Unterschied dazu wird die Alterung kommunaler Belegschaften in diesem Aufsatz nicht als unmittelbarer Ausdruck demografischer Veränderungen, sondern als (unintendierte) Folge kommunaler Personalpolitik konzipiert. In Differenz zu gängigen demografisch informierten Problemdiagnosen, die nicht zwischen Erwerbspersonenpotenzial und Organisationsbelegschaften unterscheiden (z. B. Hradil 2006, S. 70 ff.), wird damit die Kontingenz des Phänomens alternder Belegschaften betont. Die organisationsdemografische These lautet, dass Kommunen, die in Schrumpfungssituationen den regulären Generationenaustausch blockieren und somit ihren internen Arbeitsmarkt nach außen hin schließen, mit mehr Folgeproblemen zu rechnen haben als solche, die flexiblere Strategien anwenden.

Betriebsbedingte Kündigungen gelten im öffentlichen Sektor in der Regel als Tabu oder doch zumindest als letztes Mittel der Personalpolitik. Bei einem bedeutsamen und schnellen Nachfragerückgang kann es deshalb vorkommen, dass der Personalabbau langsamer vorstättgeht als die Nachfrage sinkt, weil nicht genügend freiwillige und ‚natürliche‘ Fluktuation besteht. Dabei entstehen sogenannte Remanenzkosten, das heißt Fixkosten, die auch bei ungenutzten Kapazitäten weiterhin anfallen. Aber auch Anreize zur Steigerung der Fluktuationsrate über Abfindungszahlungen oder Frühverrentungsregelungen belasten den kommunalen bzw. andere öffentliche Haushalte. Wird der Generationenaustausch über längere Zeit unterbrochen, sinkt die Innovationsfähigkeit der Organisation, weil nicht genügend neue Kompetenzen über Nachwuchskräfte in die Organisation einfließen. Steigende Motivationsprobleme und sinkende Lernbereitschaft von stark alternden Belegschaften könnten dazu führen, dass die Gesamtleistung der

Organisation abnimmt. Zudem ist damit zu rechnen, dass Aufgabenverschiebungen durch veränderte Nachfragebedingungen und Verrentungsprozesse nicht kongruent zueinander verlaufen, so dass sich die Passungslücke (mismatch) zwischen Stellenanforderungen und Stelleninhabern vergrößert (Sackmann/Bartl 2007).

Bezüglich der Probleme, die mit alternden Belegschaften assoziiert werden, gilt es allerdings auch, deren Deutungsmuster von Alter zu beachten. Die soziale Zuschreibung negativer Alterseigenschaften im massenmedialen Altersdiskurs (vgl. dazu Sackmann/Kopycka 2010) setzt beim chronologisch messbaren Alter an und argumentiert idealtypisch biologisierend, um die getroffenen Zuschreibungen zu rechtfertigen. Allerdings kann bezweifelt werden, ob sozial verbreitete Alterszuschreibungen tatsächlich auf individuelle biologische Voraussetzungen zutreffen (vgl. Sackmann 2007, S. 32 ff.). Stattdessen könnte es sich bei der Attestierung sinkender Leistungsfähigkeit mit zunehmendem Alter auch um einen Fall von Diskriminierung handeln (Brauer/Clemens 2010). Wissenschaftlich ist eine leistungsmindernde Wirkung des Lebensalters durchaus umstritten (Börsch-Supan et al. 2005). Auf individueller Ebene wird argumentiert, dass mit dem Alter keine abnehmende Leistungsfähigkeit sondern vielmehr eine Verlagerung von Kompetenzen in andere Leistungsbereiche einhergeht. Diese Ansicht kommt auf dem Arbeitsmarkt nicht zuletzt in seniortätsbasierten Entlohnungssystemen zum Ausdruck, die Erfahrungswissen honorieren (Zwick 2009). Darüber hinaus werden von altersgemischten Teams sogar positive Effekte auf deren Produktivität und Innovationsfähigkeit berichtet (Kuhn/Hetze 2007; Frosch 2010).

Zusätzlich zu internen Folgeproblemen einer personalpolitischen Blockierung des Generationenaustauschs bei demografischer Schrumpfung sind auch un intendierte externe Folgen zu erwarten: So verschlechtert eine Schließung kommunaler Arbeitsmärkte die Gelegenheitsstruktur für Berufseinsteiger, aber auch für andere Outsider des Arbeitsmarktes und erhöht deren Verweildauer in Arbeitslosigkeit (Lindbeck/Snowder 1988; Lindbeck/Snowder 2002). Eine länger andauernde Schließung interner Arbeitsmärkte bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung der Qualifikationsanforderungen für die Nachwuchsrekrutierung kann mittelfristig zu einem Fachkräftemangel führen (Wiekert 2002). Außerdem können auflaufende Remanenzkosten infolge zu geringer Personalanpassungen in der Gegenwart über die Zeit zu einer kumulierenden Verschuldung kommunaler Haushalte beitragen, die von nachfolgenden Generationen ausgeglichen werden muss. Sowohl eine länger andauernde Schließung interner Arbeitsmärkte als auch eine steigende Verschuldung öffentlicher Haushalte verstärkt die Ungleichheit zwischen Generationen.

Allerdings geht diese Problembeschreibung von der Annahme aus, dass Organisationen in ihren Entscheidungen primär institutionalisierten Routinen folgen. Aus handlungstheoretischer Perspektive ist es durchaus auch vorstellbar, dass Entscheidungsträger strategisch nach kreativen Lösungen suchen, wenn personalwirtschaftliche Probleme auftreten (Beckert 1999).

3 Fallauswahl, Datenerhebung und -auswertung

Methodisch basiert die Untersuchung auf einer theoriegeleiteten Fallauswahl von 21 Kommunen in drei Vergleichsgebieten (Ostdeutschland, Westdeutschland, Polen) (zit. aus Bartl 2011a). Durch die Unterscheidung von drei Vergleichsregionen können Einflüsse der jeweiligen institutionellen Rahmenbedingungen kon-

trolliert werden. In diesen Regionen wurden je sieben Gemeinden nach demografischen Gesichtspunkten (wachsend, stabil, schrumpfend) ausgewählt, damit auch Einflüsse der Bevölkerungsentwicklung kontrolliert werden können (Bartl 2011b, S. 109). Die Wahl der Vergleichsregionen fiel auf zwei Transformationsregionen, die sich in ihrem Transformationspfad unterscheiden (Ostdeutschland: inkorporiert, Polen: autonom), sowie auf eine Region, die keine postsozialistische Transformation durchlaufen hat.¹ Zudem unterscheiden sich die Regionen hinsichtlich des Staatsaufbaus (Ostdeutschland, Westdeutschland: föderal, Polen: dezentralisiert unitarisch), der Bevölkerungsabhängigkeit der Kommunal Finanzen (Ostdeutschland: hoch, Polen: mittel, Westdeutschland: gering) sowie des wohlfahrtsstaatlichen Regimes der Kinderbetreuung (Ostdeutschland: institutionell, Polen, Westdeutschland: teilinstitutionell) (ebd., S. 117-144).

Demografisch lassen sich ebenfalls Gemeinsamkeiten und Unterschiede ausmachen: Während die Geburtenziffer in Westdeutschland bereits Anfang der 1970er Jahre fast bis auf das heutige Niveau sank, erlebten die Transformationsgebiete Ostdeutschland und Polen erst in den 1990er Jahren massive Geburtenrückgänge (ebd., S. 26; vgl. Dorbritz 2000). Dadurch sind trotz der unterschiedlichen kommunalen Bevölkerungsentwicklung in fast allen Gemeinden des Samples rückläufige Kinderzahlen zu beobachten. Somit lassen sich für die meisten Fälle auch systematische Vergleiche zwischen den demografiesensiblen Bereichen der Kinderbetreuung und Bildung und der allgemeinen Verwaltung durchführen.

Als Datenbasis dienen 95 leitfadengestützte Interviews mit kommunalen Entscheidungsträgern und mit Experten des Feldes (Meuser/Nagel 2005), die wortgenau transkribiert (und teilweise übersetzt), mit MAXQDA codiert und nach der komparativen Methode der Grounded Theory (Glaser/Strauss 2006) induktiv ausgewertet wurden. Die Verdichtung der Ergebnisse erfolgte mit Blick auf theoretische Vorüberlegungen. Der Leitfaden enthielt Fragen zur Position des Experten, zur retrospektiven Entwicklung kommunaler Strukturen, zum demografischen Wandel sowie eine prospektive Abschlussfrage (Bartl 2011c, S. 304–307). Durch diesen Gesprächsaufbau konnte bei der Analyse festgestellt werden, ob die Experten von sich aus demografische Veränderungen thematisiert hatten oder erst durch die Interviewer dazu angeregt worden waren.² Für die Publikation wurden sowohl Personen- als auch Ortsnamen anonymisiert.

Anhand systematischer Vergleiche von Textstellen konnten typische Deutungsmuster (Lüders/Meuser 1997) der kommunalen Beobachtung von Bevölkerungsveränderungen identifiziert werden. Sie stellen kognitive Mechanismen der Unsicherheitsabsorption dar und geben Aufschluss über Entscheidungsprämissen von Kommunen (vgl. Edeling et al. 2004). Weiterhin wurden beschrie-

¹ Die Datenerhebung für den vorliegenden Aufsatz fand im Jahr 2006 statt und wurde von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) im Sonderforschungsbereich 580 „Gesellschaftliche Entwicklungen nach dem Systemumbruch. Diskontinuität, Tradition, Strukturbildung“, Teilprojekt B8 „Demografischer Wandel und Arbeitsmarkt des öffentlichen Sektors“ gefördert.

² Die Interviews in Polen wurden von meinen Kolleginnen Katarzyna Kopycka und Dominika Pawleta durchgeführt. Die Gespräche in Westdeutschland führte meine Kollegin Bernadette Jonda.

bene Strukturentscheidungen der Kommunen nach ihrer strukturellen Gleichheit mit bzw. Abweichung von der Bevölkerungsentwicklung typisiert. Abstrahiert man von der Varianz der Einzelfälle, so lassen sich in den drei Vergleichsregionen jeweils idealtypische Reaktionsmuster auf Schrumpfung in der Kinderbetreuung und Bildung sowie in der Kernverwaltung identifizieren, die vor dem je spezifischen institutionellen Hintergrund plausibel erscheinen.

4 Folgen personalpolitischer Reaktionen auf demografische Schrumpfung

Treten diese idealtypisch erwarteten Folgen kommunaler Personalpolitik im Umgang mit demografischer Schrumpfung zwangsläufig auf oder können sie durch alternative personalrelevante Bewältigungsstrategien von Kommunen verhindert bzw. abgemildert werden? Die Beantwortung dieser Frage fokussiert auf von den Interviewpartnern thematisierte Probleme der Kommunalpolitik, die als Folge des Umgangs mit Schrumpfung gelesen werden können.

Die Thematisierung altersassoziierter Personalprobleme wird insbesondere daraufhin untersucht, ob sie naturalisiert oder auf kommunale Personalpolitik zugerechnet werden. Naturalisierung meint in diesem Zusammenhang die direkte Schlussfolgerung vom chronologischen Alter einer Person auf ihre Fähigkeiten. Dabei wird das chronologische Alter mit dem individuellen biologischen Alter gleichgesetzt und individuelle Fähigkeiten einer Person als biologisch determiniert angesehen. Bezogen auf das Durchschnittsalter einer Belegschaft wäre in einem solchen Deutungsmuster zu erwarten, dass altersassozierte Probleme der Belegschaft allein unter Verweis auf ihr Durchschnittsalter begründet werden. Stefan Hradil führt beispielsweise an, dass berufliches Ausbildungswissen mit fortschreitendem Lebensalter zunehmend durch Erfahrungswissen ersetzt werde, wodurch die Anpassungsfähigkeit der Erwerbstätigen an neue Anforderungen sinke (Hradil 2006: 70 ff.). Dies mag aggregiert betrachtet sogar zutreffen, allerdings können individuelle Organisationen diesen Prozess beispielsweise durch Weiterbildungsangebote an ihre Belegschaften gestalten. Dieser Gestaltungsspielraum verschwindet in naturalisierenden Deutungen aus dem Möglichkeitshorizont. Idealtypisch wird in naturalisierenden altersbezogenen Problemdiagnosen eine ungebrochen lineare Deutung verfolgt, welche die spezifischen sozialen Strukturen, in denen Erwerbstätige sich bewegen, missachtet. Demgegenüber hebt der vorliegende Beitrag hervor, dass für das Durchschnittsalter von Belegschaften sowie für deren Leistungsfähigkeit insbesondere der Organisationskontext relevant ist. Organisationale Entscheidungen wiederum werden nicht nur mit Blick auf demografische Veränderungen getroffen, sondern vor dem Hintergrund spezifischer institutioneller Rahmenbedingungen mit ganz bestimmten (politischen) Gelegenheitsstrukturen. Während beispielsweise das Durchschnittsalter des Erwerbspersonenpotenzials durch die ‚natürliche‘ und die räumliche Bevölkerungsbewegung bestimmt wird, betreiben Organisationen Personalpolitik, um über die Mitgliedschaft spezifischer Personen zu entscheiden und sie zur Leistung innerhalb bestimmter Stellenprofile zu motivieren (Struck 2006, S. 215–290). Demnach sind es nicht in erster Linie die ‚natürliche‘ und räumliche Bevölkerungsbewegung, sondern vielmehr organisationsspezifische Entscheidungen, welche die Altersstruktur und Leistungsfähigkeit einer Belegschaft bestimmen.

4.1 Arbeitsmarktschließung und kumulative Verschuldung

Der Kommunalhaushalt stellt ein wichtiges Instrument sowohl für die Kommunalverwaltung als auch für die politische Gemeindevertretung dar, um Informationen über die Organisation insgesamt zu generieren. Personalkosten stellen aufgrund ihres relativ hohen Anteils an den Gesamtausgaben (in Deutschland über 25 Prozent, in Polen über 30 Prozent) (Bartl 2011b, S. 309) in der Regel einen wichtigen Problemindikator für die Finanzverantwortlichen, aber auch einen wichtigen Ansatzpunkt für Interventionen zur Haushaltskonsolidierung dar. Führt eine verzögerte Personalanpassung an Nachfragerückgänge zu den erwarteten finanziellen Schwierigkeiten?

Über finanzielle Probleme klagen im Grunde alle schrumpfenden Kommunen in Ostdeutschland und Westdeutschland. In den polnischen Kommunen des Samples werden finanzielle Probleme weniger thematisiert. Insgesamt erfolgt die Zurechnung finanzieller Probleme nur selten explizit auf demografische Veränderungen und nie auf eigene (unterlassene) Entscheidungen der Verwaltung, sei es in der Personalpolitik oder in anderen Bereichen. Vielmehr wird die Beschränkung der eigenen Entscheidungsspielräume durch einen engen Finanzrahmen in dem folgenden Beispiel aus Ostdeutschland dem Gemeinderat zugerechnet, der über den Stellenplan für die Kommunalverwaltung entscheidet und somit die Möglichkeiten der Personalpolitik einschränkt:

„Einschränkungen [der Personalpolitik] ergeben sich auf jeden Fall aus finanziellen Gründen, weil man in der Organisation bestimmte Vorgaben hat, die man nur so untersetzen kann. Also, die Politik bestimmt ja den Stellenplan und da muss ich jede Stelle verteidigen. Was ich nicht verurteile, aber es ist nun mal so. Das ist eine gewisse Einschränkung! Und wenn man Politik dann nicht überzeugt, dass Personal an der und der Stelle notwendig ist, ist es schwierig. Das ist eine gewisse Einschränkung.“ (Bolfin BM: 32; vgl. Linten BM: 29)

Herr Andreas, der Personalverantwortliche von Bolfin, spricht keinen Zusammenhang zwischen seinen (unterlassenen) Personalentscheidungen und der theoretisch erwarteten Verschuldungsdynamik unter Schrumpfungsbedingungen an; vielmehr problematisiert er politisch legitimierte Maßnahmen, die offensichtlich zur Begrenzung bzw. Beseitigung kommunaler Verschuldung beitragen sollen. Vertreter kommunaler Aufsichtsbehörden sehen hingegen einen deutlichen Zusammenhang zwischen Personalkosten und kommunalen Finanznotlagen, wie entsprechende Gespräche zeigen (Bartl 2011b, S. 246). Viele Gemeinderäte in Ostdeutschland verfolgen seit Jahren eine haushaltspolitische Konsolidierungsstrategie, die sich beispielsweise in einem Ost-West-Vergleich als geringerer Anstieg der aggregierten kommunalen Kassenkredite in Ostdeutschland bemerkbar macht (Sackmann/Bartl 2008). Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels ist diese Konsolidierungsstrategie auch als Reaktion auf gestiegene Personalkosten je Einwohner zu lesen. Herr Andreas reflektiert diese Entwicklung als eine aus der Not geborene politische Strategie, die das Handeln der Verwaltung über Jahre hinweg einschränkt:

„Gezwungenermaßen! Gezwungenermaßen [verfolge man im Osten eine stärkere Konsolidierungsstrategie als im Westen], weil die finanzielle Not so riesig war und das schon seit Jahren, dass eine Neuverschuldung vollkommen ausgeschlossen war.“ (Bolfin PER: 59-60)

Eine vorläufige Haushaltsführung reduziert die kommunale Autonomie durch Aufsichtsbehörden, da Ausgaben besonders begründungspflichtig werden. Aus kommunaler Perspektive wirkt es allerdings frustrierend, wenn Fortschritte der Haushaltskonsolidierung, die durch Einsparungen gewonnen schienen, durch sinkende Landeszuweisungen wieder verschwinden (Talstedt SOZ: 6).

Die idealtypisch erwartete Bewältigung von Schrumpfung durch eine Blockierung des Generationenaustauschs qua Einstellungsstopp spielt in westdeutschen Kommunen nicht die gleiche Rolle wie in Ostdeutschland. Stattdessen erweitern viele Gemeinden ihr Angebot im Bereich der Kinderbetreuung. Dahinter steht eine tendenziell expansive Gesamtstrategie aller untersuchten Kommunen in der Siedlungsentwicklung, die parallel aber meist auch Einsparpotenziale zu realisieren versuchen. Im Bereich der Kinderbetreuung im Krippenalter kommen die Expansionsprogramme des Bundes und des Landes Rheinland-Pfalz dem kommunalen Wunsch entgegen, keine strukturellen Einschnitte vornehmen zu müssen. Andererseits reproduzieren sie aber auch das Problem der mangelnden Gegenfinanzierung neuer kommunaler Aufgaben. Durch die nur teilweise kostendeckende Finanzierung des Kita-Ausbaus bleibt der finanzielle Druck auf Kommunen nicht nur erhalten, sondern er wird bei einer ‚echten‘ Expansion über die frei werdenden Kapazitäten im Kindergartenbereich hinaus vielmehr noch verstärkt. Herr Kühlburger, der Personalverantwortliche von Kaulshafen, beschreibt an einem konkreten Beispiel, wie expansive Tendenzen in einem Aufgabenbereich Teil einer kommunalen Prioritätenverschiebung darstellen, so dass Kürzungen in anderen Aufgabenbereichen diese teilweise kompensieren:

„Die Anzahl der Mitarbeiter, wenn wir jetzt am Rand quantitativ sehen, ist relativ stabil geblieben. Das ist aber deswegen immer unglaublich schwer [...] zu sagen][...], weil sich permanent die Aufgaben verändern. Ich nenne ein Beispiel. Wir haben jetzt 43 Kindertagesstätten. Die sind natürlich die letzten Jahre sprunghaft angestiegen. Da wo wir Personal eingespart haben, haben wir automatisch in den Bereich investiert. [...] Natürlich ausgedünnt worden ist der Bereich der allgemeinen Verwaltung. Natürlich ausgedünnt wurde, deutlich ausgedünnt worden ist der Bereich des Grünamtes. [...] Es wird weniger gemäht. Es wird weniger gemacht, einfach weil kein Geld da ist, dafür. Da ist auch eingespart wurden. Wie auch in technischen Bereichen auch. Wo es nach wie vor kaum 'ne Reduktion gibt, ist im Sozialbereich.“ (Kaulshafen PER: 40)

Offen bleiben an dieser Stelle die quantitativen Verhältnisse der expansiven und reduktiven Elemente. Im pflichtigen Bereich der Sozialausgaben gibt es allerdings keinen kommunalen Spielraum für eigene Prioritätssetzungen. Deshalb beklagen Kommunen besonders häufig eine mangelnde Gegenfinanzierung gerade ihrer pflichtigen Aufgabenzuständigkeit. Expansive Bewältigungsstrategien von Schrumpfung müssten theoretisch zumindest kurzfristig die kommunale Verschuldungsdynamik beschleunigen. Der Fall der schrumpfenden Stadt Dahrenberg liefert einige Anzeichen dafür: Der Bürgermeister, Herr Wrobel, sieht sein Handeln deutlich durch „alte Defizite“ eingeschränkt:

„Was mir besonders, was ich gern ändern möchte und würde, das wäre, von keinen alten Defiziten bedrängt zu sein. Muss ja immer, ich sage jetzt mal, das Defizit von 2000 muss ich 2006 vortragen, das Defizit von 2001, 2007. Und ich bin immer wieder belastet von diesen Einschränkungen der Vergangenheit. Das ist eine Einschränkung, das würde ich gerne ändern. Das wäre, wie so ein

deus ex machina, diese alten irgendwie loswerden. Weil im Unternehmen mache sie das ja nicht, sie tragen ja nicht immer wieder die negative operative Bilanz vor. Das ist das eine.“ (Dahrenberg BM: 56)

Obwohl kreditfinanzierte Investitionen in der Vergangenheit zum Interviewzeitpunkt offenbar nicht ausreichend neue Einnahmen generiert hatten, um Schulden in größerem Umfang zu tilgen, hält Herr Wrobel an seinen expansiven Plänen fest. Im Vergleich zu Aussagen ostdeutscher Bürgermeister ist es bezeichnend, dass Herr Wrobel durch diese Haushaltsdefizite insbesondere seine Bestrebungen beeinträchtigt sieht, weitere Kredite für Investitionen, beispielsweise im Schulbereich, aufzunehmen (Dahrenberg BM: 56). In Ostdeutschland war Neuverschuldung keine thematisierte Option mehr. Die im Rahmen von Konsolidierungsbemühungen häufig verfügten pauschalen Budgetkürzungen folgen einer administrativen Logik, die der professionellen Logik der Fachbereiche entgegensteht. Gerade in Aufgabenbereichen, die von den Gemeinden gesetzlich erfüllt werden müssen, ohne dass eine Festlegung bezüglich des Leistungsumfanges getroffen wurde, erwarte die Politik „kreative Lösungen“ von den betroffenen Fachbereichen; der damit verbundene Kostendruck passe jedoch nicht zu einer „verantwortlichen Personalarbeit“ (Kaulshafen SOZ: 63).

Anders als erwartet berichten die schrumpfenden polnischen Kommunen des Samples mehrheitlich von expansiven Bewältigungsstrategien (Bartl 2011b, S. 226–240). Dies gilt sowohl für die Bereiche der Kinderbetreuung und Schulen als auch der kommunalen Siedlungspolitik (Infrastrukturausbau, Erschließung neuer Gewerbe- und Wohngebiete). Theoretisch könnten expansive Bewältigungsstrategien zu einer noch stärkeren kumulativen Verschuldung der Kommunen führen als die Verzögerung des Abbaus von Personalüberhängen.

Herr Staniszewski, der Bürgermeister der schrumpfenden Gemeinde Kolowina in Schlesien, erwähnt bereits relativ früh im Interviewverlauf, dass seine Stadt „keine reiche“ sei und er deswegen der Möglichkeit, EU-Subventionen zu erhalten, besondere Bedeutung beimesse, um Projekte der Stadtentwicklung zu realisieren, die andernfalls nicht möglich wären (Kolowina BM: 36-38). Der Bürgermeister beschreibt die schlechte Finanzlage der Gemeinde gewissermaßen als überzeitliche Eigenschaft, die keiner Entwicklung unterliegt. In dieser extern bestimmten Perspektive wirken neue Fördermöglichkeiten nach dem EU-Beitritt Polens wie eine unerwartete Chance, bereits verloren geglaubte Aspirationen zu verwirklichen. Nichtsdestotrotz bleiben 25 % der von der EU geförderten Investitionen aus dem kommunalen Haushalt zu finanzieren. Das knappe Budget von Kolowina verhindert, dass alle angestrebten Modernisierungen getätigt werden. Die eigenen Gebäude der Gemeinde können nur notdürftig repariert werden und drohen dadurch mittel- bis langfristig an Wert zu verlieren (Kolowina BM: 134). Um trotz knapper Finanzen an seinen Wachstumszielen festhalten zu können, wird Kolowina mit einer nahe gelegenen Großstadt eine sogenannte Makroregion bilden, wobei die administrative Trennung beider Städte aufgehoben wird (Kolowina BM: 154). Angesichts dessen scheinen es insbesondere EU-Subventionen zu sein, die trotz steigender Ausgaben durch die Dezentralisierung von Aufgaben eine kumulative Verschuldung verhindern.

Edyda Bałowska, die Personalverantwortliche der schrumpfenden Großstadt Goromierz, sieht die Personalpolitik der Stadtverwaltung insbesondere durch die politische Regulierung der Personal-

kosten im kommunalen Haushalt eingeschränkt (Goromierz PER: 69). In Polen sind demnach sowohl der Anteil der Personalkosten am Gesamtbudget der Kommune als auch die Steigerungsrate der kommunalen Löhne politisch reglementiert. Diese Limitierungen wirken ebenfalls einer kumulativen Verschuldung entgegen. Beschränkungen bei der Höhe der Entlohnung werden auch in anderen Kommunen thematisiert und führen bemerkenswerterweise zu einer Reduzierung administrativer Aspirationen, da die „Akzeptanz der Gesellschaft“ für Kosten der Gemeindeverwaltung beschränkt sei:

„Es besteht ein Widerspruch zwischen der Erwartung auf Investitionen auf hohem Niveau und den Einschränkungen in Bezug auf entsprechende Bezahlung der Fachkräfte und Mitarbeiter, die dafür gebraucht werden. Ich versuche, den Mittelweg zu finden und engagiere nicht die allerbesten, aber gute Kräfte, die ich aber bezahlen kann.“ (Starow BM: 26)

Andere Interviewpartner erwähnen, dass der Gemeinderat in Polen, ähnlich wie in Deutschland, bei der Verabschiedung des Haushaltsplanes auch über die Zahl der Stellen entscheidet, die durch die Verwaltung nicht eigenständig erweitert werden kann. Die generelle Tendenz würde – ähnlich den Konsolidierungsbestrebungen in Westdeutschland – gegen eine Erweiterung der Mitarbeiterzahl sprechen (Mielcz BM: 62). Demnach kommt es in polnischen schrumpfenden Kommunen, ähnlich wie in Westdeutschland, offenbar zu einer gebremsten Verschuldungsdynamik, da die dominante expansive Tendenz durch Rationalisierungsbestrebungen begleitet wird. Institutionell ist die geringe Verschuldung polnischer schrumpfender Kommunen durch eine, im Vergleich zu Deutschland, geringere Kopplung der Einnahmen an Einwohnerzahlen zu erklären sowie seit 2004 durch die finanzielle Unterstützung der EU. Darüber hinaus wirken die politische Regulierung der Personalausgaben und eine geringe Neigung polnischer Kommunalpolitiker Schulden aufzunehmen (Kopańska/Levitas 2004), einer kumulativen Verschuldung entgegen. Die relativ niedrigen Löhne in polnischen Kommunalverwaltungen können eine Verschuldung zwar bremsen, jedoch sind sie wenig konkurrenzfähig, da Fachkräfte Stellen im Ausland oder in der privaten Wirtschaft häufig vorziehen (Buciszewo BM: 35).

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die kommunale Haushaltslage in schrumpfenden bzw. stagnierenden ostdeutschen Kommunen des Samples sowie in den schrumpfenden Gemeinden Westdeutschlands als schwierig betrachtet wird. Die Beispiele aus Ostdeutschland liefern stützende Anhaltspunkte für die Ausgangsvermutung, dass bei sinkenden Einwohnerzahlen Remanenzkosten entstehen, die zu einer Verschuldung der Kommune beitragen können. Expansive Strategien, wie etwa der Ausbau der Kinderbetreuung in Westdeutschland, verschärfen das Ausgabenproblem, da diese Aufgaben durch die Kommunen nicht kostendeckend erfüllt werden. In Polen besteht das Problem kommunaler Verschuldung durch Kapazitätsüberhänge weniger, da Aufgaben immer noch dezentralisiert werden, was durch vergleichsweise niedrige Löhne finanziert wird, und es eine geringe Bereitschaft der Gemeinden gibt, Schulden aufzunehmen.

4.2 Die Wahrnehmung alternder Belegschaften

Personalentscheidungen sind insbesondere auf internen Arbeitsmärkten strategische Entscheidungen, da sie mit der Rekrutierung einer Person eine strukturelle Vorselektion für eine Vielzahl von Folgeentscheidungen treffen. Demnach ist es wichtig, dass das

Personal fähig und bereit ist, die Anforderungen der eingewonnenen Stelle zu erfüllen. In der Fachliteratur zum Thema alternde Belegschaften wird beides teilweise bezweifelt (Börsch-Supan et al. 2005; Arnould et al. 2007; Kuhn/Hetze 2007; Prskawetz et al. 2007; Wrenn/Maurer 2004). Analog zu den Zweifeln an der Produktivität alternder Belegschaften in der Fachliteratur scheinen auch Personalentscheider diese Zweifel zu teilen, da sich in Deutschland Benachteiligungseffekte für Ältere bei Neueinstellungen beobachten lassen (Brussig 2009).

In einer Phase kommunaler Haushaltssanierung werden keine Neueinstellungen vorgenommen, sondern die Verwaltung versucht, alle Stellen möglichst mit internen Bewerbern zu besetzen. Da die Phase der Haushaltssanierung sich meist über einige Jahre hinzieht, wird über den gesamten Zeitraum hinweg, wie „von der Politik vorgeschrieben“ (Bolfin BM: 8), grundsätzlich kein neues Personal eingestellt und ansonsten Personal abgebaut. Welche Folgen ergeben sich aus einer solchen Unterbrechung des für interne Arbeitsmärkte typischen Generationenwechsels im Hinblick auf die kommunale Personalpolitik und die Wahrnehmung alternder Belegschaften?

In den Interviews wurden alternde Belegschaften insbesondere in Ostdeutschland häufig thematisiert. Aber auch in Westdeutschland wurde das gestiegene Alter des Personals angesprochen. Erstaunlicherweise werden ältere Mitarbeiter in Westdeutschland anders als in Ostdeutschland aber häufig wertschätzend genannt. Dies kann einerseits als eine Folge von Einstellungsstopps gedeutet werden, die in Ostdeutschland oft vorkommen. Dadurch steigt das Durchschnittsalter des Personals stärker als beispielsweise im öffentlichen Dienst westdeutscher Kommunen. Darüber hinaus können auch so genannte betriebliche Bündnisse für Beschäftigung oder betriebsbedingte Kündigungen Alterungseffekte künstlich produzieren. Für betriebsbedingte Kündigungen gilt das jedoch nur, wenn die gesetzlich vorgeschriebene Sozialauswahl ohne eine Bildung von Altersgruppen durchgeführt wird:

„Und dieser kontinuierliche Einstellungsstopp führt dann natürlich dazu, dass wir in der Verwaltung an sich ein hohes Maß an Überalterung registrieren müssen. Macht sich ganz dramatisch im Kindertagesstättenbereich, dort wo wir aufgrund der geburtschwachen Jahrgänge Personalabbau getätigt hatten so wie es der Gesetzgeber nach Sozialauswahl auch für notwendig erachtet. Es hat dort immer die jüngeren Arbeitnehmerinnen getroffen. Mit der Konsequenz, dass wir eine unausgewogene Personalstruktur in unseren vielen Kindereinrichtungen haben. Wir haben dort eigentlich ein Kind-Oma-Verhältnis, weil das Durchschnittsalter der Bediensteten fast um die 50 Jahre liegt. Insofern ist das nicht ausgewogen und diese Tendenz setzt sich natürlich bis in die Verwaltung fort, weil wir über viele Jahre einen konsequenten Einstellungsstopp hatten und unsere Mitarbeiter so reichlich in die Jahre kamen.“ (Bolfin PER: 14)

Der Jugendbias betriebsbedingter Kündigungen wird von den Befragten durchaus reflektiert. Erstaunlicherweise sprechen sie aber nicht die Möglichkeit einer altersdifferenzierten Sozialauswahl an, durch die Alterungseffekte der Belegschaft personalpolitisch gesteuert werden können, obwohl die Rechtsprechung diesbezüglich mittlerweile eindeutig ist. Daher ist davon auszugehen, dass ihnen in der Praxis keine große Bedeutung zukommt.

Angesichts der Alterung kommunalen Personals ist zu prüfen, inwiefern idealtypisch damit assoziierte Probleme der Personalpo-

litik in den Interviews angesprochen werden. Unter den befragten kommunalen Entscheidungsträgern beobachten beispielsweise Herr Francken, der Bürgermeister von Bolfin, und Herr Ritter, der Bürgermeister von Pötzig, eine Tendenz verminderter Innovationsfähigkeit in ihren Kommunalverwaltungen:

„Und da muss ich Ihnen nicht groß erzählen, das ist natürlich mit dem, oder was da fehlt ist dann, dass junge Kräfte zuwachsen, dass das Alter sich auch einigermaßen durchmischt, dass einfach auch neue Ideen mit reinkommen. Das ist ein Mangel der Jahre, das muss man einfach so sagen. Und da haben uns dann aber die finanziellen Zwänge hingebracht.“ (Pötzig BM: 16)

„Bei den Mitarbeitern ist es so, dass man da vielleicht ein paar Probleme sieht, dass mancher zu lange an einer Stelle tätig ist, sich festgesessen hat, und nicht mehr in der Lage ist, auch über den Rand seines Schreibtisches hinaus zu denken.“ (Bolfin BM: 32)

Beide Bürgermeister schreiben den jahrelang praktizierten Einstellungsstopp finanziellen Zwängen zu, denen sie ihre Gemeinden ausgesetzt sehen. Dass diese wahrgenommenen Zwänge bei einer verstärkten Nutzung betriebsbedingter Kündigungen für anstehende Personaleinsparungen evtl. geringer ausgefallen wären, lässt sich aus dem Selbstverständnis von Kommunen als Arbeitgeber heraus nicht als realistische Option formulieren. In der Moralökonomie interner Arbeitsmärkte gelten betriebsbedingte Kündigungen als letztes Mittel der Personalpolitik, um Personalabbau zu realisieren.

In anderen Interviews werden fehlende Motivation und Leistungsbereitschaft explizit altersassoziiert thematisiert. Frau Schmittke, die zuständige Abteilungsleiterin für Kindertagesstätten in Bolfin, begründet ihre Schwierigkeiten, das neue Bildungsprogramm des Landes Sachsen-Anhalt zu realisieren mit Bezug auf das Durchschnittsalter des Personals ihrer Kindertagesstätten. Frau Schmittke, die mit dem neuen Bildungsprogramm höhere professionelle Standards verbindet, vermutet, dass diese „mit jungen Leuten“ (Bolfin SOZ: 6) besser realisierbar wären. Bei genauerer Analyse ihrer Ausführungen erweist sich jedoch nicht so sehr das biologische Alter der Mitarbeiterinnen als Hindernis für Motivation und Leistungsbereitschaft. Vielmehr ist es das mit zunehmendem Alter in greifbare Nähe rückende Ende der Erwerbstätigkeit (Bolfin SOZ: 6). Auch andere Textstellen sprechen dafür, dass nicht das chronologische Alter, sondern vielmehr der nahende Ruhestand und fehlende Entwicklungsperspektiven die Leistungsbereitschaft von Beschäftigten senken können (Bolfin BM: 32). In der Fachliteratur wird als Lösung für dieses Problem beispielsweise diskutiert, älteren Mitarbeitern, die die vertikalen Entwicklungsperspektiven ihrer Karriere bereits ausgeschöpft haben, dennoch horizontale, das heißt fachliche Entwicklungsmöglichkeiten zu bieten (Weimer/Schwartz 2007). Fraglich ist allerdings, ob sich ältere Stelleninhaber angesichts geltender Senioritätsregelungen und teilweise versäumter Personalentwicklungspolitik vergangener Jahre für solche Entwicklungsmöglichkeiten begeistern lassen. Ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Ostdeutschland mussten durch den Transformationsprozess erheblich mehr Veränderungen bewältigen als ihre westdeutschen Altersgenossen und begegnen möglicherweise auch deswegen weiteren Anforderungen skeptisch. Dies spricht für eine Deutung mangelnder wahrgenommener Leistungsbereitschaft in Ostdeutschland als Kohorteneffekt, der mit einem fortgeschrittenen Lebensalter zusammenfällt, aber deswegen nicht biologisch determiniert ist.

In Westdeutschland werden alternde Belegschaften zwar auch wahrgenommen, allerdings deutet man deren Eigenschaften anders als in Ostdeutschland. Vermutlich, weil in diesem institutionellen Kontext immer noch Handlungsspielräume für Neueinstellungen gesehen werden. Herr Niembsch, der Bürgermeister der stagnierenden Gemeinde Streehlenau, spricht gleich zu Beginn des Interviews einen verstärkten Alterungsprozess in seiner Verwaltung an, den er dem Stellenabbau der letzten Jahre zurechnet. Daher werde inzwischen wieder eingestellt, wenn Stellen frei werden. Auch die eigenen Auszubildenden übernehme man inzwischen wieder (Streehlenau BM: 2, vgl. 59 f.). Um einem Fachkräftemangel infolge einer stark asymmetrischen Altersstruktur vorzubeugen, ist man in Streehlenau, aber auch in Wabental und Bingenzell zu einer gezielten Einstellungspolitik übergegangen (Wabental PER: 102, Bingenzell BM: 170 ff.).

Andererseits betont Herr Schlattner, der Bürgermeister von Bingenzell, ausdrücklich das personalwirtschaftliche Potenzial älterer Mitarbeiter in altersgemischten Teams:

„Ich denke, man muss insgesamt sehen, dass wir eine ausgewogene Mischung aus jungen, aber auch aus erfahrenen Mitarbeitern haben. Und das, was in der Vergangenheit vielfach festzustellen war, ich sage mal, einen ausgesprochenen Jugendwahn auch im Bereich des Personaleinsatzes, wie er aber nach meiner Einschätzung häufig im Bereich der Privatwirtschaft feststellbar ist, diese Entwicklung ist, nach meiner Auffassung, falsch. Sondern man muss auch das Potenzial von älteren Mitarbeitern im Auge haben und man muss sehen, welches Wissen und welche Erfahrungen auch diese Leute haben. Und nach Möglichkeit versuchen, deren Wissen hier entsprechend auch nutzbar zu machen und insbesondere auch deren Wissens- und Erfahrungsschatz auch an die jüngeren Mitarbeiter da weiterzugeben.“ (Bingenzell BM: 170-184)

Wie sind diese Unterschiede in der Benennung und Bewertung altersassoziiert Probleme der Personalpolitik zwischen Ostdeutschland und Westdeutschland zu erklären? Die bisher dargestellten Beispiele legen mehrere Erklärungsansätze nahe: Erstens tritt das Phänomen der Alterung des Personals in westdeutschen Kommunen weniger deutlich auf als in Ostdeutschland, da der kommunale Arbeitsmarkt weniger nach außen abgeschottet wurde und gezielt mehr Neueinstellungen getätigt werden konnten. Die unterschiedlichen Bewertungsmaßstäbe des Alterungsprozesses in den beiden Vergleichskontexten könnten darüber hinaus aber auch auf unterschiedlich harte Auseinandersetzungen um Neueinstellungen zurückzuführen sein, da die Schließung des Arbeitsmarktes durch betriebliche Bündnisse für Beschäftigung in Ostdeutschland noch verstärkt wurde. Dafür spricht beispielsweise, dass ostdeutsche Entscheidungsträger in den Interviews wiederholt den Indikator des Altersdurchschnitts nutzen, um die Dringlichkeit ihrer Lage zu beschreiben, und mehrheitlich einem naturalisierenden Deutungsmuster folgen. Der einzige Entscheidungsträger des westdeutschen Samples, der konkrete Altersangaben macht, beschreibt jedoch die Anzahl der Beschäftigten in einzelnen Altersgruppen, argumentiert also deutlich differenzierter. Während der kompakte Indikator des Durchschnittsalters sich dazu eignet, Aufmerksamkeit zu erzeugen, ist der differenziertere Indikator der Altersgruppen näher an konkreten Schritten der Personalplanung.

Festzuhalten bleibt, dass der wahrgenommene Problemdruck und somit auch die Gefahr einer altersbedingten Diskriminierung

(Brauer/Clemens 2010) in Ostdeutschland höher ausgeprägt sind als in Westdeutschland. Dies ist nicht nur auf das alternde Erwerbspersonenpotenzial zurückzuführen, sondern maßgeblich auch auf die spezifische Personalpolitik von schrumpfenden Kommunen.

In Polen wird die Altersstruktur des Personals, wenn sie denn angesprochen wird, nicht demografisiert, sondern als transformati- onsbedingt überfälliger Generationenwechsel gedeutet:

„Wie ich schon sagte, die Mehrzahl der Beschäftigten bei uns sind junge Menschen. Vor vier Jahren, also vor meiner Amtszeit, fehlten junge Mitarbeiter hier ganz. Bei dem Mitarbeiterstamm in der Stadtverwaltung kann man noch von einer Personalkontinuität aus den Zeiten der Volksrepublik Polen sprechen: dieselben Mitarbeiter an denselben Arbeitsplätzen, überwiegend weibliche. Wie es in den alten Zeiten gang und gäbe gewesen ist, haben sie die Antragsteller als ungebetene Gäste betrachtet. Die Einstellung der Mitarbeiter der jungen Generation, die bereits in einer anderen Realität groß geworden sind, hat sich gewandelt: Sie nehmen den Bürger als Kunden sehr wichtig und ich versuche es meinen Mitarbeitern nahe zu legen, dass eine Stadtverwaltung ein öffentlicher Dienstleistungsladen ist, und jeder, der hier anklopft, zuvorkommend und höflich behandelt werden muss.“ (Starow BM: 35, vgl. auch Kolowina BM: 82)

Die Frage der Alterung der Belegschaft und ihrer Deutung unterscheidet sich in Polen somit von den jeweiligen Vergleichskontexten Ostdeutschland und Westdeutschland. Die Altersstruktur der Belegschaft wird in den schrumpfenden polnischen Gemeinden des Samples zum einen so gut wie gar nicht thematisiert. Zum anderen erfolgt die Deutung des Lebensalters nicht biologisch, sondern vielmehr soziologisch bezogen auf den historischen Kontext der Transformation und den damit verbundenen Wandel der Verwaltungskultur.

Fasst man diese Beispiele zusammen, so ergeben sich daraus Anhaltspunkte für eine naturalisierende Wahrnehmung altersasso- ziiertter Probleme wie mangelnde Innovationsfähigkeit und Leistungs- bereitheit insbesondere in Ostdeutschland. Demgegen- über schätzen sämtliche Befragten ihre Interventionsmöglichkei- ten als gering ein. Allerdings könnte die flexible Gestaltung des Rentenübergangs möglicherweise ein bisher verkanntes Interven- tionspotenzial bergen, um die Leistungsbereitschaft älterer Be- schäftigter zu steigern (Moraal/Schönfeld 2007). Vor diesem Hin- tergrund überraschend ist die positive Konnotation des Alters in Westdeutschland, die aber auch weniger durch restriktive Perso- nalpolitik forciert wurde. In Polen wiederum fällt die Wahrnehmung alternder Belegschaften nur wenig ins Gewicht, da Frühverren- tungsprogramme und Neueinstellungen zu deutlich verjüngten Belegschaften beigetragen haben.

4.3 Mismatch von Stellen und Personal

Personalpolitik strebt danach, Personen und Stellen in ein mög- lichst gutes Passungsverhältnis zueinander zu bringen. Passen persönliche Qualifikation und Stellenanforderung nicht zueinan- der, spricht man ‚neudeutsch‘ auch von Mismatch. Diesem Kon- zept folgend, finden sich in den geführten Interviews wiederholt Beispiele, die eine unbefriedigende Passung zwischen Stelle und Stelleninhaber thematisieren. Dass sie verstärkt in schrumpfenden Gemeinden auftauchen, ist nicht verwunderlich, da Aufgabenweg- fall und ‚natürliche‘ Fluktuation des Personals sehr häufig nicht

übereinstimmen und der Suchprozess bei einem Einstellungs- stopp auf den Pool der auf dem internen Markt vorhandenen Kan- didaten eingeschränkt ist:

„Tja, also ich meine, Einschränkungen haben wir natürlich da- durch, dass wir ein Haushaltskonsolidierungskonzept haben und damit einen Stellenüberhang. Diese Stellen sind als kw-Stellen bezeichnet und man ist also nicht ohne Weiteres in der Lage, wenn eine Stelle frei wird, sie mit dem Besten aller Besten, den man bekommen kann, zu besetzen, sondern man ist schon erst mal gezwungen, unter denen zu schauen, die man im Überhang hat.“ (Linten BM: 29)

Die Bürgermeisterin von Linten, Frau Appel, veranschaulicht die Grenzen interner Umbesetzung am Beispiel eines Chorleiters, für dessen spezifische Qualifikation intern keine alternative Verwen- dung gesehen wurde. Fast kurios erscheint es, dass die Stadt Linten für dessen Entlassung und Abfindung anschließend vom Landesrechnungshof gerügt wurde. In der Mehrzahl sind die als Mismatch thematisierten Probleme jedoch keineswegs so exo- tisch. Dabei deutet sich allerdings an, dass die kommunalen Ent- scheidungsträger sich nur mit wenigen Interventionsmöglichkeiten ausgestattet sehen:

„Es wird immer auch Mitarbeiter geben, die passen nicht ins Team oder sind von der Qualifikation dazu nicht in der Lage. Da fragen sie sich, wie ist der überhaupt an die Stelle hingekommen oder Ähnliches. Die haben sie immer mal irgendwo und die kriegen sie nicht weg. Also, nur ganz schwer. Die kriegen sie nur disziplina- risch weg, die kriegen sie durch Umsetzungen unter Umständen weg. [...] Ja, aber jemanden einfach kündigen, ist ja eigentlich fast gar nicht möglich. Sie kriegen ja nicht mal jemanden gekündigt, der von 52 Wochen 49 krank ist. [...] Das sind so, also im Tarif- recht ist das relativ, in Deutschland ja eh, aber im öffentlichen Dienst erst recht sehr eng.“ (Stechwitz SOZ: 34, vgl. Stechwitz BM: 20)

Kündigungen gelten als wenig Erfolg versprechend, da sie verhal- tensbedingt nur schwer zu begründen sind. Umsetzungen hinge- gen stellen nur eine zweitbeste Option dar, sofern sie unfreiwillig erfolgen und somit ‚Dienst nach Vorschrift‘ nach sich ziehen kön- nen. Daher setzt man in Stechwitz auf eine Tauschbörse, um Personen aus dem neuerlichen Personalüberhang durch die Fusi- on mit der Nachbarstadt möglichst zu freiwilligen Stellenwechseln zu motivieren. Unter den Bedingungen eines Einstellungsstopps hätten Abteilungsleiter jedoch häufig nur die Wahl zwischen zwei Übeln:

„Man nimmt also billigend in Kauf, dass jemand, jetzt sage ich mal, nur 50 Prozent seines Leistungsvermögens ausreicht, und das ist noch besser, als würde er null Prozent im Ergebnis dafür ha- ben. Das ist etwas, was uns massiv begegnet.“ (Bolfin PER: 22)

In Pötzigberg ‚leidet‘ man ebenfalls unter dem Problem, „dass Mit- arbeiter in die Verwaltung kamen, mit den‘ man jetzt arbeiten muss“ (Pötzigberg BM: 32). Angesichts des beschränkt erscheinenden Handlungsspielraums setzt Bürgermeister Ritter jedoch auf eine „Politik der kleinen Schritte“ und will das Problem notfalls „einfach aussitzen“, da es keinen Zweck habe, „gegen Windmüh- len zu kämpfen (lacht)“ (Pötzigberg BM: 34).

Die kommunizierten Resignationsgefühle sind sicherlich auch darauf zurückzuführen, dass in Zeiten der Haushaltskonsolidie- rung Maßnahmen der Weiterbildung, welche zu einer Qualifizie-

rung und eventuell auch Motivierung des fraglichen Personals beitragen könnten, selten in ausreichendem Maß verfügbar sind oder aber personeller Ersatz für die Dauer der Fortbildung fehlt (Talstedt SOZ: 23). Frau Felsing, Personalverantwortliche in Stechwitz, würde sich daher wünschen, auf „Schlechtleistungen finanziell in irgendeiner Weise“ reagieren zu können (Stechwitz PER: 155), um manchen „aus der Reserve zu locken“ (Talstedt SOZ: 23). Mali auf schlechte Leistungen dürften praktisch aber noch schwieriger umzusetzen sein als Boni auf gute Leistungen, wie die Diskussion um Elemente einer leistungsorientierten Bezahlung zeigt (Böhle et al. 2005; Tondorf 2007; Tondorf/Jochmann-Döll 2004; Weimer/Schwarting 2009).

Der diskutierte Mismatch kann letztlich zu einer Überlastung der ‚Leistungsträger‘ und folglich zu einer Verschlechterung der Gesamtleistung der Kommunalverwaltung beitragen. Herr Francken, der Bürgermeister von Bolfin, deutet jedoch an, dass leitende Verwaltungsangestellte die Belastbarkeit ihrer Mitarbeiter durchaus im Blick haben und gegenüber generellen politischen Sparzielen differenzierend auf Grenzen der Belastbarkeit hinweisen (Bolfin BM: 16). Anders als bei der Umsetzung der Haushaltskonsolidierung steht die Verwaltungsleitung in diesem Fall auf Seiten der Beschäftigten, um gemeinsam mit ihnen gegen den Gemeinderat zu koalieren.

Während Probleme des Mismatches in der fachlichen Diskussion um personalpolitische Folgen des demografischen Wandels weniger prominent vertreten sind, genießt die vielfach beschworene Gefahr eines Fachkräftemangels sowohl in der Fachliteratur als auch in der Öffentlichkeit breite Aufmerksamkeit. Zusammenfassend nehmen westdeutsche Kommunen keine Rekrutierungsprobleme wahr, während sie in Ostdeutschland punktuell und in Polen etwas ausgeprägter berichtet werden (vgl. ausführlicher dazu Bartl 2011b, S. 254-258, 272-274).

5 Folgen unterschiedlicher Reduktionsstrategien

Die Ausführungen des vorangegangenen Kapitels sind von einem blockierten Generationenaustausch und ‚natürlicher‘ Fluktuation als der dominanten Bewältigungsstrategie unter Schrumpfungsbedingungen ausgegangen und konnten Anhaltspunkte dafür identifizieren, dass die vermuteten Folgen dieser Strategie zutreffen. Insbesondere in Ostdeutschland hat sich gezeigt, dass die idealtypisch erwartete Strategie im Umgang mit Schrumpfung Beschäftigung zwar mittelfristig stabilisiert, gleichzeitig aber auch finanzielle und personalpolitische Probleme der Kommunen verstärken kann. Durch die Untersuchung sollen allerdings auch gegenläufige Tendenzen sichtbar gemacht werden. Daher rekonstruiert dieser Abschnitt in den Interviews thematisierte Folgen, die sich theoretisch den alternativen personalpolitischen Bewältigungsstrategien betriebsbedingter Kündigungen und betrieblicher Bündnisse für Beschäftigung bzw. der organisationspolitischen Strategie der (Nicht-) Schließung von Einrichtungen plausibel zurechnen lassen.

Die Kontrastierung unterschiedlicher Bewältigungsstrategien ist nicht nur wissenschaftlich, sondern gerade praktisch relevant. Denn ostdeutsche Kommunen werden vermutlich auch weiterhin unter dem politischen Druck stehen, Personal abzubauen, da im Jahr 2019 die Transferzahlungen westdeutscher Bundesländer nach dem Solidarpakt II enden. Der institutionelle Druck wird zudem durch wissenschaftliche Gutachten verstärkt, die aus wirtschaftlichen Gründen ebenfalls einen Personalabbau anmahnen (Ragnitz et al. 2006).

Ein Abbau von Personalüberhängen durch betriebsbedingte Kündigungen würde betriebswirtschaftliche Probleme mindern, ginge jedoch zu Lasten des unmittelbar betroffenen Personals. Empirisch waren meist Jüngere von dieser Form des Personalabbaus betroffen, so dass auch dadurch eine Alterung der Belegschaften befördert wurde. Dies hätte durch eine altersbezogene Sozialauswahl vermieden werden können. Betriebsbedingte Kündigungen sind unpopulär und gelten auch unter den kommunalen Entscheidungsträgern als weitgehend illegitim. Daher hat man in Ostdeutschland als Alternative zu betriebsbedingten Kündigungen die Schließung der kommunalen Arbeitsmärkte radikalisiert, um den bereits Beschäftigten einen Bestandsschutz bei einer geringeren Wochenarbeitszeit ohne Lohnausgleich zu ermöglichen. Theoretisch lässt sich argumentieren, dass dieser Bestandsschutz auf Kosten von Außenseitern des Arbeitsmarktes geht (Lindbeck/Snowder 1988). In den Interviews wird dieser Aspekt nicht direkt reflektiert. Allerdings gibt es Interviewpassagen, welche das Argument für betriebsbedingte Kündigungen stützen, da sie bei einer Trendumkehr der Nachfrage frühere Neueinstellungen ermöglichen und somit im unterstellbaren Interesse von Außenseitern des Arbeitsmarktes liegen, deren Chancen sich dadurch verbessern:

„Also wir haben jetzt, nachdem wir die Kindergärtnerinnen erst abgebaut haben, im letzten Jahr wieder zehn Kindergärtnerinnen, zum Beispiel, eingestellt, weil es doch wieder mehr Kinder gab.“ (Linten BM: 37)

Bei einer Bewältigung des Nachfragerückgangs rein über Stundenreduzierung wären vermutlich noch keine Neueinstellungen möglich gewesen. Vielmehr sehen kollektive Vereinbarungen mit dem Personalrat in der Regel vor, zunächst die Wochenarbeitszeit der Beschäftigten wieder anzuheben, bevor es zu Neueinstellungen kommen kann.

Im Gegensatz dazu berichtet Herr Konopka, der Verantwortliche für Soziales in Stechwitz, von positiven Erfahrungen mit dem betrieblichen Bündnis für Beschäftigung aufgrund der reduzierten Wochenarbeitszeit. Die reduzierte Wochenarbeitszeit bietet ein erhöhtes internes Flexibilitätspotenzial bei der Anpassung an regelmäßig auftretende saisonale und sozialräumliche Schwankungen in den unterschiedlichen Formen der Kinderbetreuung (Stechwitz SOZ: 17). Die funktionale Flexibilität zwischen den betreuten Altersgruppen erhöht die Anforderungen an Fachkompetenz des Personals, bietet allerdings auch Abwechslung und persönliche Entwicklungsmöglichkeiten. Unterhalb eines gewissen Schwellenwertes einer schrumpfenden Nachfrage ließe sich dieses differenzierte Angebot jedoch vermutlich nicht mehr aufrecht erhalten. Die positive Bewertung der internen Personalflexibilität durch Herrn Konopka verdeutlicht, dass das Modell interner Arbeitsmärkte in Stechwitz trotz temporär praktizierter betriebsbedingter Kündigungen nach wie vor das Leitbild des ‚guten Arbeitgebers‘ verkörpert. Allerdings schätzen die Verantwortlichen die Möglichkeit der zweimaligen Befristung der Verträge, um die Eignung der Personen auf den eingenommen Stellen prüfen zu können. Die Einstellung auf Probe zeugt von schlechten Erfahrungen mit der Motivation unbefristeter Beschäftigter, gegenüber denen die Personalverantwortlichen ihrer eigenen Einschätzung nach nur mangelhafte Sanktionsmöglichkeiten haben. Jedoch strebt man in Stechwitz, wie in anderen Kommunen auch, grundsätzlich eine unbefristete Übernahme an. Wenn absehbar ist, dass sich die Nachfrage stabilisiert, werden befristete Verträge entfristet (Bautenbach-Feldow BM: 52).

Betriebliche Bündnisse für Beschäftigung in Ostdeutschland führen zu einer noch stärkeren Schließung des internen Arbeitsmarktes, als das bei dynamisch stabilen oder expandierenden internen Arbeitsmärkten der Fall ist. Dabei altert die Belegschaft besonders schnell. Deshalb vereinbarten viele der untersuchten Kommunen in jüngerer Zeit trotz mehrheitlich niedriger Kinderzahlen minimale Einstellungskorridore mit dem Personalrat bzw. mit der Kommunalaufsichtsbehörde. Das Thema der Exklusion junger Arbeitsloser taucht in den Interviews nicht mit Bezug auf die eigene Personalpolitik betrieblicher Bündnisse für Beschäftigung auf. Einige Kommunen beklagen mangelhafte Möglichkeiten der Nachwuchsrekrutierung, ohne jedoch zu reflektieren, dass ihre eigene Personalpolitik in diesem Zusammenhang auch (fehlende) Gelegenheitsstrukturen schafft und insofern Abwanderung befördert.

Diese knappe Rekonstruktion von Beispielen mag genügen, um aufzuzeigen, dass bei Schrumpfung nicht zwangsläufig eine ‚Abwärtsspirale‘ des kommunalen Dienstleistungsangebotes droht. Vielmehr können innovative Bewältigungsstrategien, die von dem idealtypisch erwarteten Einstellungsstopp abweichen, auch zu gegenläufigen Entwicklungen – wie etwa der langfristigen Tragfähigkeit des Angebots oder Neueinstellungen – beitragen.

6 Diskussion der Ergebnisse

Bezüglich der Folgen von Schrumpfung für Kommunen wurde vermutet, dass dies in erster Linie weniger finanzielle Ressourcen für die Kommunalverwaltung bedeutet, so dass diese typischerweise mit einer Schließung ihres internen Arbeitsmarktes reagieren würde, eine Strategie, bei der insgesamt mit einer Verschlechterung der wahrgenommenen Leistungsfähigkeit der Kommunalverwaltung gerechnet wurde. Der Vergleich der Bewältigungsstrategien in Ostdeutschland, Westdeutschland und Polen hat ergeben, dass die vermutete Bewältigungsstrategie von Schrumpfung nur in der Kernverwaltung in Ostdeutschland und ansatzweise in der Kernverwaltung in Westdeutschland praktiziert wurde. In Polen sowie in der Kinderbetreuung in Westdeutschland dominieren expansive Strategien. In der Kinderbetreuung in Ostdeutschland wurde die vermutete ‚träge‘ Reduktionsstrategie parallel durch für den öffentlichen Sektor ‚innovative‘ Reduktionsstrategien wie betriebsbedingte Kündigungen und betriebliche Bündnisse für Beschäftigung begleitet.

Der finanzielle Druck, der von Bevölkerungsverlusten ausgeht, ist in der polnischen Finanzverfassung der Kommunen etwas schwächer ausgeprägt als in der deutschen. Zudem sind ostdeutsche Kommunen davon stärker betroffen als westdeutsche, da ihre Einnahmen sich im Vergleich weniger aus Gewerbesteueraufkommen, sondern stärker aus Länderzuweisungen speisen. Der institutionell vermittelte Kostendruck schrumpfender Bevölkerungszahlen kann durch politische Entscheidungen übergeordneter Ebenen jedoch abgemildert und durch die Priorisierung kommunaler Aspirationen in seinen Folgen gesteuert werden.

Bezüglich kommunaler Finanzen zeigt sich, dass insbesondere schrumpfende ostdeutsche Kommunen sich einem Zwang zur Haushaltskonsolidierung ausgesetzt sehen und ähnliche Verschuldungsgrade erreicht haben wie Kommunen in Westdeutschland. Die Pro-Kopf-Verschuldung in den ostdeutschen schrumpfenden Gemeinden des Samples rangiert im Jahr 2005 zwischen ca. 500 und 1.300 Euro und damit tendenziell über dem Niveau der wachsenden Gemeinden (Rademacher 2007, S. 36–38). Polnische Gemeinden weisen hingegen eine verschwindend geringe

Verschuldung auf (0 - 26 Euro pro Kopf).

Das Ausmaß der Verschuldung in Ostdeutschland lässt sich durch die idealtypisch erwartete Stabilisierungsstrategie interner Arbeitsmärkte bei Schrumpfung nicht hinreichend erklären. Vielmehr ist anzuführen, dass Ostdeutschland durch die Währungsunion mit Westdeutschland sowie den Übergang zur Marktordnung einen enormen Teil seiner Wirtschaftskraft eingebüßt hatte. Die Einführung der Deutschen Mark entwertete vorhandene Produktionsmittel, da ihr Marktpreis verfiel, während Verbindlichkeiten in den Rechnungsbüchern erhalten blieben und real aufgewertet wurden (Offe 1996, S. 94, 152). So wurden Kommunen beispielsweise durch die Altschulden ihrer Wohnungsunternehmen indirekt belastet. Trotz eines Lohnniveaus, das im Osten 1992 bei lediglich rund 62 % des westdeutschen Niveaus lag, stiegen die Reallöhne in den 1990er Jahren deutlich stärker als die Produktivität (Roesler 2003, S. 110). Darüber hinaus tätigten viele Kommunen in den ersten Jahren der Transformation hohe Investitionen, was zwar kurzfristig einen regelrechten Bauboom auslöste (ebd.: 88 f.), allerdings auch zu überdimensionierten Infrastrukturen und Belastungen für die kommunalen Haushalte führte. Analytisch betrachtet kommt darin eine Aspirationsdynamik zum Ausdruck, die sich als Inflation des Mediums Macht insbesondere in Transformationsländern zeigt, die in andere Länder inkorporiert werden, indem sie deren Institutionen komplett übernehmen (Sackmann 2010). Im Unterschied zur inkorporierten Transformation Ostdeutschlands passten sich im autonomen Transformationsland Polen die politischen Aspirationen stärker an die Entwertung der Kapitalstöcke an, so dass das Aspirationsniveau später von diesem niedrigeren Ausgangsniveau allmählich steigen konnte. In Polen wurde selbst der nicht unerhebliche kommunale Ausgabenanteil im Bereich der Bildung trotz eines Ausbaus des Bildungssystems ohne nennenswerte Verschuldung finanziert. Gleichwohl zeigt eine detaillierte Studie, dass die polnische Expansion im Bildungswesen teilweise zu Lasten kommunaler Investitionen ging (Kopycka 2009). Die Ergebnisse der vorliegenden Studie verweisen jedoch darauf, dass diese Investitionen seit dem Beitritt Polens zur EU nachgeholt werden. Allerdings kann die verzögerte Personalanpassung in Ostdeutschland nicht ganz vernachlässigt werden, wie Vertreter kommunaler Aufsichtsbehörden betonen.

Die Alterung der Belegschaften ist in Ostdeutschland aufgrund des blockierten Generationenaustauschs durch die dominante Bewältigungsstrategie zur Stabilisierung von Beschäftigung, wie erwartet, am weitesten fortgeschritten. In diesem Vergleichskontext ist die Alterung der Belegschaft tendenziell negativ konnotiert und wird beispielsweise als mangelnde Offenheit für Neuerungen artikuliert. Dabei erfolgt die Zurechnung meist naturalisierend auf das chronologische Alter der Beschäftigten und selten auch auf die Personalpolitik der Kommune. Die demografisch erzwungene interne Mobilität des Personals führt in Ostdeutschland zur Beobachtung von Schlechtleistungen, die als Mismatch zwischen Person und Stelle artikuliert werden. Rekrutierungsschwierigkeiten bei Fachkräften werden derzeit zwar noch als Ausnahme dargestellt, sie gelten unter den Personalverantwortlichen jedoch perspektivisch als Herausforderung. In Westdeutschland ist die Alterung der Belegschaften etwas geringer ausgeprägt und es fällt auf, dass unter diesen Bedingungen positive Assoziationen des Alters, wie etwa Erfahrungswissen, stärker in den Vordergrund rücken. Derartige Konnotationen fehlen in ostdeutschen Kommunen. Dieser Unterschied ist vermutlich auf den verengten Personalpool zur Stellenbesetzung infolge der radikalisierten Schlie-

ßung der Arbeitsmärkte durch solidarische Arbeitszeitverkürzungen als dominante Innovation in Ostdeutschland zurückzuführen. Durch Frühverrentungsprogramme ist in Polen weniger eine Alterung, sondern eher eine Verjüngung der Belegschaft zu beobachten. Diese wird von den Befragten auch als Professionalisierung der Verwaltung gedeutet.

Betriebsbedingte Kündigungen, die temporäre ostdeutsche Innovation im öffentlichen Dienst, stellt das letzte Mittel der Personalpolitik dar. In Polen kam es in geringem Umfang ebenfalls zu betriebsbedingten Kündigungen, in Westdeutschland stellen sie die absolute Ausnahme dar. Ihr zeitweiliger Einsatz in Ostdeutschland konnte das Leitbild stabiler Beschäftigung in Kommunen nicht dauerhaft untergraben. Sein Geltungsbereich wird jedoch sowohl in Ostdeutschland als auch in Westdeutschland zunehmend auf kommunale Kernbelegschaften eingeschränkt, wie die vermehrte Verwendung befristeter Verträge zeigt. Auch in Polen sind – insbesondere auf dem kommunalen Lehrerarbeitsmarkt – befristete Verträge verbreitet. In Ostdeutschland haben nicht zuletzt die als illegitim geltenden betriebsbedingten Kündigungen dazu beigetragen, dass Kommunen in geringem Umfang auch neue Prioritäten setzen konnten und nun beschränkt Neueinstellungen vornehmen. Da betriebsbedingte Kündigungen bei einer einfachen Sozialauswahl üblicherweise jüngere Beschäftigte treffen, wodurch sich die Alterskomposition von Arbeitsteams homogenisiert, wäre es personalwirtschaftlich vermutlich sinnvoller, betriebsbedingte Entlassungen nach einer altersspezifischen Sozialauswahl vorzunehmen. Dadurch könnten betriebliche Belastungen auf unterschiedliche Altersgruppen der Belegschaft gerechter verteilt werden. Die Vermeidung alterssensitiver Sozialauswahl durch öffentliche Arbeitgeber deutet darauf hin, dass die Befürchtung möglicher Klagen wegen Altersdiskriminierung für Unsicherheit sorgt.

Betriebliche Bündnisse für Beschäftigung, die in Ostdeutschland als Alternative zu Massenentlassungen bedeutsam sind, nützen zwar der Haushaltskonsolidierung, sie verschlechtern aber auch die wahrgenommene Flexibilität und Leistungsfähigkeit der Organisation. Während diese internen Folgen von den Befragten artikuliert werden, verweist die Insider-Outsider Theorie des Arbeitsmarktes auch auf externe Folgen, die in den Interviews nicht thematisiert wurden: Die radikalisierte Schließung interner Arbeitsmärkte zur Stabilisierung von Beschäftigung verschlechtert gleichzeitig die Erwerbchancen von Outsidern mit gleicher Qualifikation (Falk/Sackmann 2000). Dabei handelt es sich häufig um Berufseinsteiger, aber auch um Ältere kurz vor ihrer Verrentung (Kopycka/Sackmann 2009). Kopycka und Sackmann zufolge haben Formen unsicherer Beschäftigung auf dem Arbeitsmarkt in Ostdeutschland und Polen ein höheres Gewicht als in Westdeutschland. In Westdeutschland ist das Niveau in den letzten 15 Jahren jedoch gestiegen.

Insgesamt ist festzuhalten, dass demografische Schrumpfung zwar nicht unmittelbar mit einer Verschlechterung des Angebots kommunaler Dienstleistungen einhergeht. Vermittelt durch die kommunale Finanzverfassung geht von Schrumpfungssphänomenen allerdings durchaus ein Entdifferenzierungsdruck auf das Spektrum kommunaler Dienstleistungen aus, sofern dieser Vermittlungsmechanismus nicht durch gegenläufige politische Programme ausgeglichen wird. Diesem Druck sind Kommunen jedoch nicht hilflos ausgeliefert (Rademacher/Bartl 2012). Ressourcenbündelung durch Public-Public bzw. Public-Private-Partnerships (Reichard 2009) sowie interkommunale Kooperation

(BMVBS/BBR 2008) kann diesbezüglich für neue Handlungsspielräume sorgen, wie in der vorliegenden Studie einige Beispiele zeigen. Allerdings gelingen interkommunale Kooperationen unter Schrumpfungsbedingungen nur selten freiwillig (Pawleta 2008), sondern häufig erst bei drohenden Gebietsreformen (Bartl 2011b, S. 222). Daher könnten übergeordnete Verwaltungsebenen künftig verstärkt gezielte Anreize für interkommunale Kooperation unter Schrumpfungsbedingungen setzen.

Literaturverzeichnis

- Arnould, Emmanuelle/Pilichowski, Elsa/Turkisch, Edouard (2007): Ageing and the Public Service: Human Resource Challenges. Paris: OECD.
- Bartl, Walter (2011a): Demografisierung der Kommunalpolitik? Bevölkerung als Schema kommunaler Selbstverwaltung. In: *Soziale Welt* 62 (4), S. (351-369).
- Bartl, Walter (2011b): Personalpolitik in schrumpfenden Kommunen. Ostdeutschland, Westdeutschland und Polen im Vergleich. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Bartl, Walter (2011c): Weniger Einwohner, weniger Daseinsvorsorge? Folgen demografischer Schrumpfung und kommunalpolitischer Reaktionen im internationalen Vergleich. In: Bundesamt für Bau- Stadt- und Raumforschung (BBSR) (Hg.): Demografische Spuren des ostdeutschen Transformationsprozesses. 20 Jahre deutsche Einheit. Dezentertagung des Arbeitskreises "Städte und Regionen" der DGD in Kooperation mit dem BBSR. Berlin, 9.-10.12.2010 (BBSR-Online-Publikation, 03/2011), S. 82-91.
- Bartl, Walter (2011d): Die Relevanz des demografischen Wandels für regionale Bildungssysteme. Das Beispiel Sachsen-Anhalt. Halle (Saale) (Der Hallesche Graureiher, 2011-1).
- Becker, Bernd (1981): Mögliche politisch-administrative Folgen der künftigen Bevölkerungsentwicklung. In: *Die Verwaltung* 14 (4), S. 409-442.
- Beckert, Jens (1999): Agency, Entrepreneurs, and Institutional Change. The Role of Strategic Choice and Institutionalized Practices in Organizations. In: *Organization Studies* 20 (5), S. 777-799.
- BMVBS, (Bundesministerium für Verkehr Bau und Stadtentwicklung)/BBR, (Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung) (2008): Kooperation zentraler Orte in schrumpfenden Regionen. Praxiserfahrungsstudie. Bonn (Praxis, 53).
- Böhle, Thomas/Stegner, Ralf/Oechsler, Walter A./Böhm, Monika (2005): Tarifabschluss im öffentlichen Dienst: die große Tarifrechtsreform? In: *Ifo-Schnelldienst* 58 (7), S. 3-15.
- Börsch-Supan, Axel/Düzgün, Ismail/Weiss, Matthias (2005): Altern und Produktivität: zum Stand der Forschung. Mannheim (MEA Discussion Paper Series, 73-2005).
- Brauer, Kai/Clemens, Wolfgang (2010): Zu alt? "Ageism" und Altersdiskriminierung auf Arbeitsmärkten. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Brussig, Martin (2009): Neueinstellungen von Älteren: Keine Ausnahme, aber auch noch keine Normalität. Duisburg (Altersübergangs-Report, 2009-1). Online verfügbar unter <http://www.iaq.uni-due.de/auem-report/2009/2009-01/auem2009-01.pdf>.

- Dorbritz, Jürgen (2000): Europäische Fertilitätsmuster. In: *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft* 25 (2), S. 235–266.
- Edeling, Thomas/Stölting, Erhard/Wagner, Dieter (2004): Öffentliche Unternehmen zwischen Privatwirtschaft und öffentlicher Verwaltung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Falk, Susanne/Sackmann, Reinhold (2000): Risikoreiche Berufseinstiege in Ostdeutschland? Ein Ost-West-Vergleich. In: Walter R. Heinz (Hg.): *Übergänge: Individualisierung, Flexibilisierung und Institutionalisierung des Lebensverlaufs*. 3. Beiheft der Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation, S. 91–108.
- Färber, Gisela (1988): Probleme der Finanzpolitik bei schrumpfender Bevölkerung. Frankfurt am Main: Campus.
- Frevel, Bernhard (Hg.) (2004): Herausforderung demographischer Wandel. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Frosch, Katharina (2010): The Innovative Capacity of an Aging Workforce. Mering: Hampp.
- Fuchs, Johann/Söhnlein, Doris/Weber, Brigitte (2008): Demographic Effects on the German Labour Supply. A Decomposition Analysis. Nürnberg (IAB Discussion Paper, 31/2008). Online verfügbar unter <http://doku.iab.de/discussionpapers/2008/dp3108.pdf>.
- Glaser, Barney G./Strauss, Anselm L. (2006): *The Discovery of Grounded Theory: Strategies for Qualitative Research*. New Brunswick: Transaction Publishers.
- Hoj, Jens/Toly, Sylvie (2005): The Labour Market Impact of Rapid Ageing of Government Employees: Some Illustrative Scenarios. Paris (Economics Department Working Papers, 441).
- Hradil, Stefan (2006): Die Sozialstruktur Deutschlands im internationalen Vergleich. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kings, Jonathan/Turkisch, Edouard/Manning, Nick (2007): Public Sector Pensions and the Challenge of an Ageing Public Service. Paris: OECD (OECD Working Papers on Public Governance, 2007/2).
- Kopycka, Katarzyna (2009): Expansive Umgangsweisen mit dem demographischen Wandel im bildungspolitischen Bereich – Vorteile und Gefahren am Beispiel des polnischen öffentlichen Bildungssektors. In: Claudia Neu (Hg.): *Daseinsvorsorge – Herausforderungen für eine alternde und schrumpfende Bevölkerung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 170–185.
- Kopycka, Katarzyna/Sackmann, Reinhold (2009): Ambivalente Generationsverhältnisse hinter der "génération précaire". Am Beispiel eines deutsch-polnischen Vergleichs. In: Michael Busch, Jan Jeskow und Rüdiger Stutz (Hg.): *Zwischen Prekarisierung und Protest. Die Lebenslagen und Selbstbilder von Jugendlichen in Ost und West*. Bielefeld: transcript, S. 9–32.
- Kuhn, Michael/Hetze, Pascal (2007): Team Composition and Knowledge Transfer within an Ageing Workforce. Rostock (Rostocker Zentrum - Diskussionspapier, 14). Online verfügbar unter http://www.rostockerzentrum.de/publikationen/rz_diskussionpapier_14.pdf.
- Lindbeck, Assar/Snowder, Dennis J. (1988): *The insider-outsider theory of employment and unemployment*. Cambridge, Mass.: MIT Press.
- Lindbeck, Assar/Snowder, Dennis (2002): *The Insider-Outsider Theory: A Survey*. Bonn (IZA Discussion Paper, 534). Online verfügbar unter <ftp://ftp.iza.org/dps/dp534.pdf>.
- Lüders, Christian/Meuser, Michael (1997): Deutungsmusteranalyse. In: Ronald Hitzler und Anne Honer (Hg.): *Sozialwissenschaftliche Hermeneutik. Eine Einführung*. Opladen: Leske + Budrich, S. 57–79.
- Meuser, Michael/Nagel, Ulrike (2005): ExpertInneninterviews - vielfach erprobt, wenig bedacht. In: Alexander Bogner, Beate Littig und Wolfgang Menz (Hg.): *Das Experteninterview. Theorie, Methode, Anwendung*. 2. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 71–93.
- Moraal, Dick/Schönfeld, Gudrun (2007): Paradigmenwechsel: Weiterbildung statt Frühverrentung? Weiterbildung für ältere Arbeitnehmerinnen, Arbeitnehmer und Arbeitslose im internationalen Vergleich. In: Peter Kaune, Josef Rützel und Georg Spöttl (Hg.): *Berufliche Bildung, Innovation, soziale Integration: internationale Wettbewerbsfähigkeit, Entwicklung und Karriere, Mitgestaltung von Arbeit und Technik*. Bielefeld: Bertelsmann, S. 24–38, nur auf der CD-ROM.
- Offe, Claus (1996): *Varieties of Transition: The East European and East German Experience*. Cambridge: Polity Press.
- Pawleta, Dominika (2008): Interkommunale Kooperation - Eine Bewältigungsstrategie für den demographischen Wandel? In: Dominika Pawleta, Christian Rademacher und Reinhold Sackmann (Hg.): *Interkommunale Kooperation und demographischer Wandel*. Halle: SFB 580 (Mitteilungen des SFB 580, 27), S. 8–38.
- Prskawetz, Alexia/Mahlberg, Bernhard/Skirbekk, Vegard (2007): Firm Productivity, Workforce Age and Educational Structure in Austrian Industries in 2001. In: R.L. Clark, N. Ogawa und A. Mason (Hg.): *Population Ageing, Intergenerational Transfers and the Macroeconomy*. Northampton, MA: Edward Elgar, S. 38–66.
- Rademacher, Christian (2007): Die kommunale Bewältigung demographischer Herausforderungen: Deskriptive Ergebnisse im deutsch-polnischen Vergleich. In: Reinhold Sackmann, Walter Bartl, Katarzyna Kopycka und Christian Rademacher (Hg.): *Strategien zur Bewältigung des demografischen Wandels im öffentlichen Sektor*. Halle: SFB 580 (Mitteilungen des SFB 580, 24), S. 12–46.
- Ragnitz, Joachim/Grundig, Beate/Pohl, Carsten/Thum, Marcel/Seitz, Helmut/Eichler, Stefan et al. (2006): Demographische Entwicklung in Ostdeutschland. Forschungsauftrag des BMWi (Projekt Nr. 27/04). Endbericht. Halle. Online verfügbar unter <http://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/C-D/demographische-entwicklung-in-ostdeutschland,property=pdf,bereich=bmwi,sprache=de,rwb=true.pdf>.
- Reichard, Christoph (2009): Institutionelle Alternativen zu Public-Private-Partnerships. Kommunale Eigenleistung, Public-Private-Partnerships und Contracting-Out. In: Hartmut Bauer, Christiane Büchner und Frauke Brosius-Gersdorf (Hg.): *Ver-*

- waltungskooperation: Public Private Partnerships und Public Public Partnerships. Potsdam: Universitätsverlag Potsdam, S. 61–72.
- Rademacher, Christian/Bartl, Walter (2012): Wirtschaftliche Folgen demografischer Schrumpfung: Machen kommunale Familien- und Seniorenpolitik einen Unterschied? In: Michael Haus und Sabine Kuhlmann (Hg.): Lokale Politik(forschung) zwischen Krise und Erneuerung. k. A.: k. A., S. (im Erscheinen).
- Roesler, Jörg (2003): Ostdeutsche Wirtschaft im Umbruch 1970-2000. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Sackmann, Reinhold (2007): Lebenslaufanalyse und Biografiefor- schung: eine Einführung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwis- senschaften.
- Sackmann, Reinhold (2008): Demographischer Wandel und der Arbeitsmarkt des öffentlichen Sektors. In: Reinhold Sack- mann, Bernadette Jonda und Maria Reinhold (Hg.): Demogra- phie als Herausforderung für den öffentlichen Sektor. Wies- baden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 47–72.
- Sackmann, Reinhold (2010): Institutional Responses to Social Change in Comparative Perspective: Germany and Poland. In: Rainer K. Silbereisen und Xinyin Chen (Hg.): Social Change and Human Development: Concepts and Results. London: Sage, S. 167–189.
- Sackmann, Reinhold/Bartl, Walter (2007): Personalflexibilität im öffentlichen Dienst in Krisensituationen. Ein Challenge- Response Modell. In: Dorothee de Nève, Marion Reiser und Kai-Uwe Schnapp (Hg.): Herausforderung – Akteur – Reakti- on. Baden-Baden: Nomos, S. 145–170.
- Sackmann, Reinhold/Bartl, Walter (2008): Demographisierung: Bewältigungsform von Krisen der „zweiten Natur“ des Men- schen? In: Karl-Siebert Rehberg (Hg.): Die Natur der Gesell- schaft. Verhandlungen des 33. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Kassel 2006. CD-Rom. Frankfurt am Main: Campus, S. 2627–2642.
- Sackmann, Reinhold/Kopycka, Katarzyna (2010): International anti-ageist policy versus national context? Halle: Institut für Soziologie. Martin-Luther-Universität, Institut für Soziologie. Halle (Saale) (Der Hallesche Graureiher, 2010-2).
- Sackmann, Reinhold/Bartl, Walter (2011): Gestalteter Wandel. Das Bildungssystem in schrumpfenden Regionen. In: Wissen- schaftszentrum Sachsen-Anhalt (WZW) (Hg.): Zukunftsgestalt- ung im demographischen Umbruch. Impulse und Handlungs- optionen aus Sicht der WZW-Expertenplattform
- "Demographischer Wandel in Sachsen-Anhalt". WZW. Witten- berg (Schriftenreihe des WZW, 7), S. 44–46.
- Struck, Olaf (2006): Flexibilität und Sicherheit: empirische Befun- de, theoretische Konzepte und institutionelle Gestaltung von Beschäftigungsstabilität. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwis- senschaften.
- Tekles, Herbert (1986): Bevölkerungsentwicklung und Personal- bedarf in der öffentlichen Verwaltung. Baden-Baden: Nomos.
- Tondorf, Karin (2007): Tarifliche Leistungsentgelte - Chance oder Bürde? Berlin: edition sigma.
- Tondorf, Karin/Jochmann-Döll, Andrea (2004): Monetäre Leis- tungsanreize im öffentlichen Sektor. In: *WSI Mitteilungen* 57 (8), S. 428–434.
- Weimer, Stefanie/Schwarting, Gunnar (2007): Demografie und kommunale Personalpolitik. Am Beispiel der Kommunen in Rheinland-Pfalz. In: *Die Personalvertretung* 50 (6/7), S. 303– 311.
- Weimer, Stefanie/Schwarting, Gunnar (2009): Leistungsorientierte Bezahlung vor dem Hintergrund einer demografieorientieren Personalentwicklung im öffentlichen Dienst - am Beispiel der Kommunalverwaltung. In: *Zeitschrift für Tarif-, Arbeits- und Sozialrecht des öffentlichen Dienstes* 23 (3), S. 110–115.
- Wiekert, Ingo (2002): Blockierter Generationenaustausch und Nachwuchsstau: Einige Ausgangsbefunde. In: Holle Grünert (Hg.): Generationenwechsel in Ostdeutschland als Herausfor- derung für den Arbeitsmarkt. Halle: SFB 580 (Mitteilungen des SFB 580, 2), S. 9–15.
- Wrenn, Kimberly A./Maurer, Todd J. (2004): Beliefs About Older Workers' Learning and Development Behavior in Relation to Beliefs About Malleability of Skills, Age Related Decline, and Control. In: *Journal of Applied Social Psychology* 34 (2), S. 223–242.
- Zwick, Thomas (2009): Why Pay Seniority Wages? Mannheim (ZEW Discussion Paper, 09-005). Online verfügbar unter ftp:// ftp.zew.de/pub/zew-docs/dp/dp09005.pdf.

Autor

Dr. Walter Bartl
Institut für Soziologie
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
walter.bartl@soziologie.uni-halle.de

Marius Otto und Daniela Temme¹

Deutsche Universitäten als Karrieresprungbrett? Zur Arbeits- und Lebenssituation ausländischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in Aachen, Bonn und Köln

1 Einleitung

In den letzten Dekaden hat sich der globale Wettbewerb um hochqualifizierte Arbeitskräfte und das mit diesen Personen verbundene wirtschaftlich und wissenschaftlich relevante Wissen verschärft. Seit einigen Jahren wird sowohl auf der Ebene der Europäischen Union als auch auf der Bundesebene verstärkt versucht, Mobilitätsbarrieren abzubauen und sich als attraktiver Forschungs-, Arbeits- und Lebensraum für mobile Hochqualifizierte zu präsentieren (BENDEL 2009: 128; OECD 2010: 54).

Auch auf der Ebene der Universitäten nimmt der globale Wettlauf um die besten ProfessorInnen, MitarbeiterInnen und StudentInnen zu. Es wird davon ausgegangen, dass internationale WissenschaftlerInnen mit ihren Erfahrungen und Ideen den Wissenschaftsstandort Deutschland stärken können, indem sie ihr Expertenwissen und ihre interkulturelle Kompetenz in ihre Arbeit einfließen lassen, ihre internationalen Netzwerke einbringen und so die globale Vernetzung der Hochschulen verstärken (OECD 2008: 49 ff.; FÖBKER et al. 2011b).

Um die eigene Position in diesem „War for Talents“ (ORTNER 2009) zu optimieren, haben sich in den vergangenen Jahren an zahlreichen deutschen Universitäten spezielle Einrichtungen zur Anwerbung und Betreuung ausländischer WissenschaftlerInnen und StudentInnen entwickelt (FÖBKER et al. 2010: 65). Ziel ist es, die „besten Köpfe“ für den Standort zu gewinnen und ggf. dauerhaft zu binden, denn im Gegensatz zu anderen hochqualifizierten Gruppen ist der zukünftige Migrationsverlauf bei den internationalen Studierenden und WissenschaftlerInnen offener und somit auch ein längerfristiger Aufenthalt in Deutschland möglich. Die genannten Einrichtungen bemühen sich daher verstärkt, das Einleben in das neue Arbeits- und Lebensumfeld zu erleichtern.

Im Mittelpunkt unseres Beitrags stehen die Arbeits- und Lebenssituation ausländischer WissenschaftlerInnen an den Universitäten Aachen, Bonn und Köln. Dabei betrachten wir sowohl die Migrationsmotive, die bei der Entscheidung für eine Migration nach Deutschland eine Rolle gespielt haben, als auch die Bewertung der aktuellen Arbeitssituation. Schließlich beschäftigen wir uns mit den Zukunftsperspektiven der ausländischen WissenschaftlerInnen, um einen Einblick zu bekommen, inwieweit ein dauerhafter oder ein temporärer Aufenthalt in Deutschland angestrebt wird.

2 Migration und Integration von Hochqualifizierten

2.1 Migration von Hochqualifizierten

Die internationale Migration von Hochqualifizierten und die mit diesen grenzüberschreitenden Prozessen verknüpften Folgen wurden bis in die 1980er Jahre vornehmlich unter der Perspektive des *brain drain* bzw. *brain gain* und den damit einhergehenden entwicklungspolitischen Fragestellungen behandelt (GUTH 2007: 1; HUNGER 2003: 10). Seit den 1980er Jahren rückten weitere Fragestellungen in den Vordergrund, die im Zusammenhang mit der Globalisierung und der damit verbundenen weltweiten Verflechtung von Volkswirtschaften sowie einer sich etablierenden Wissensgesellschaft standen. Diese Entwicklungen gehen mit einer stetig wachsenden Nachfrage nach hochqualifizierten Arbeitskräften einher, was zu einer merklichen Intensivierung der

Migrationsdynamik dieser Gruppe führte (HÖDL et al. 2000: 10; HUNGER 2003: 12).

Bis in die 1970er Jahren wurde das internationale Migrationsgeschehen primär über neoklassische Konzepte und push-pull-Modelle erklärt. Ökonomische Motive galten als die zentrale Erklärung von Migrationsentscheidungen (ARANGO 2000: 284 f.; PARNREITER 2000: 27 ff.). Über die konkreten Motive der internationalen Migration von Hochqualifizierten ist bislang wenig bekannt (SAUER 2004: 45). Für Hochqualifizierte und WissenschaftlerInnen werden als Hauptauslöser die Hoffnung auf verbesserte Arbeitsbedingungen und größere Verdienstmöglichkeiten genannt, persönliche Faktoren werden hingegen nur selten in Betracht gezogen (GUTH 2007: 4). Doch deuten zahlreiche Studien darauf hin, dass die Erklärung von Migrationsentscheidungen ausschließlich mit ökonomischen Ansätzen und push-pull Modellen zu kurz greift und das Migrationsgeschehen nicht befriedigend erklären kann (PARNREITER 2000: 25, 45).

Seit Ende der 1980er Jahre wird in der Migrationsforschung verstärkt auf die Bedeutung von Migrantennetzwerken für die Entstehung und die Selbstreproduktion von Migrationsströmen hingewiesen (BOYD 1989; GUTH 2007: 5). Die Netzwerke zwischen potenziellen Auswanderern im Herkunftsland und bereits eingewanderten Personen im Zielland dienen als Informationskanäle über Bedingungen erfolgreicher und weniger erfolgreicher Migrationsverläufe, über Chancen auf dem Arbeitsmarkt sowie Arbeits-, Lebens- und Wohnsituationen (MASSEY et al. 1993: 448; PARNREITER 2000: 36 ff.). Die so ausgetauschten Informationen können bestehende Migrationsabsichten verfestigen oder aber auch zu einer Aufgabe dieser Migrationsabsicht führen. Das Entstehen von Migrationsnetzen und -systemen kann die Migrationsentscheidung, die Migrationsrichtung und die spätere Eingliederung im Aufnahmeland beeinflussen (BOYD 1989: 42). Migrantennetzwerke gelten heute als eine der zentralen Größen zur Erklärung von internationalen Wanderungen (ARANGO 2000: 291).

Insbesondere hinsichtlich der Mobilität von WissenschaftlerInnen scheinen soziale Netzwerke, primär auf professioneller Ebene zu KollegInnen, einen besonderen Stellenwert für die Migrationsentscheidung und den Migrationsverlauf zu haben (SCHEIBELHOFER 2006: 122 f.; GUTH 2007: 5; ORTNER 2005: 10). Im Bereich der Wissenschaft entstehen internationale Netzwerke u.a. durch Personalaustausch bzw. Gastaufenthalte im Rahmen von Partnerschaften zwischen Institutionen bzw. Hochschulen oder auch durch die Zusammenarbeit in internationalen Projekten. Erste Erfahrungen mit internationaler Mobilität im Rahmen des Studiums, beispielsweise im Rahmen von Austauschprogrammen oder

¹ Wir danken der Deutschen Forschungsgemeinschaft für die finanzielle Unterstützung zur Durchführung der Pilotstudie „Hochqualifizierte ausländische Universitätsmitarbeiter in der städtischen Gesellschaft – Aachen, Bonn und Köln im Vergleich“. Neben den aufgeführten Autoren arbeiteten folgende Kollegen an dem Projekt mit: Stefanie Föbker, Josef Nipper, Carmella Pfaffenbach, Günter Thieme, Günther Weiss und Claus-Christian Wiegandt.

durch Stipendien, können die spätere Bereitschaft zur internationalen Mobilität erhöhen (GUTH 2007: 5).

2.2 Integration von Hochqualifizierten

Im Gegensatz zu zahlreichen Studien, die Phasen, Erfolge und Hindernisse der Integration von (meist gering qualifizierten) Arbeitsmigranten thematisieren, entwickelt sich der Diskurs über die soziale und kulturelle Seite der Migration Hochqualifizierter erst in jüngerer Zeit (vgl. FÖBKER et al. 2010, 2011a; OTTO et al. 2011; SCHEIBELHOFER 2006). Dies ist u.a. darauf zurückzuführen, dass der gesellschaftliche Eingliederungsprozess von hochqualifizierten MigrantInnen und die Aufnahme in die städtische Gesellschaft überwiegend als unproblematisch angesehen werden (KOLB 2005: 169; ILYES 2006: 8 f.).

So ist der Aufenthalt von vielen ausländischen Hochqualifizierten von vornherein zeitlich begrenzt, so dass die Notwendigkeit einer Integration als gering eingeschätzt wird. Sowohl die sogenannten Expatriates, die von ihren Firmen temporär ins Ausland entsandt werden, als auch die in dieser Untersuchung im Mittelpunkt stehenden international mobilen WissenschaftlerInnen, kommen häufig mit einer zunächst klaren Begrenzung des Aufenthalts- bzw. Beschäftigungszeitraumes nach Deutschland (vgl. WHITE 1988: 413; KREUTZER und ROTH 2006: 8; FÖBKER et al. 2010: 65; NOWICKA 2006: 194). Eine pauschale Gleichsetzung von ausländischen Hochqualifizierten und kurzzeitigen Bleibeabsichtlichen entspricht jedoch nicht der Realität. Für einige der Personen ist der Auslandsaufenthalt Teil einer zirkulären Migration, andere streben einen dauerhaften Aufenthalt an. Nicht selten ist der weitere Migrationsverlauf offen bzw. wird während des Aufenthaltes modifiziert (HESS 2009: 70 f.; WHITE 1988).

Die zeitliche Befristung des Aufenthaltes kann einen deutlichen Einfluss auf die Eingliederung in die städtische Gesellschaft haben (OTTO et al. 2011: 80). Ist der Aufenthalt von vornherein befristet, entscheiden sich viele der Hochqualifizierten gegen das Erlernen der neuen Sprache (NOWICKA 2006: 194) – zumal deutsche Sprachkenntnisse im beruflichen Alltag vieler Hochqualifizierter keine Rolle spielen (HESS 2009: 41).

Schließlich wird davon ausgegangen, dass sich hochqualifizierte MigrantInnen aufgrund ihres hohen soziokulturellen und ökonomischen Kapitals selbstständig in die für sie bedeutsamen Bereiche der jeweiligen Stadtgesellschaft eingliedern. Entsprechend können sie, im Gegensatz zu MigrantInnen mit geringem soziokulturellem und ökonomischen Kapital, als *invisible Migrants* bezeichnet werden, die sich für die Zeit ihres Aufenthaltes vergleichsweise einfach an die jeweilige städtische Gesellschaft anpassen können (ILYES 2006: 8; WHITE 1988: 411).

Insgesamt erscheint eine Eingliederung in die aufnehmende Gesellschaft am Zielort für hochqualifizierte MigrantInnen sekundär. Sie sind in erster Linie in die Unternehmensstruktur bzw. in das Arbeitsumfeld integriert (KOLB 2005: 169; FREIHÖFER 2007). Dies kann zum einen durch das häufig überdurchschnittliche Arbeitspensum der Hochqualifizierten erklärt werden, so dass neben der Arbeit kaum noch Zeit für ein intensiveres Kennenlernen des Umfeldes besteht (FÖBKER et al. 2011a). Zum anderen kann eine zeitlich befristete Aufenthaltsperspektive einer „Investition“ in lokale Freundschaften und Bekanntschaften entgegenstehen, welche nach der Abreise ohnehin nur schwer aufrecht erhalten

werden können (SCHEIBELHOFER 2006: 137). Neue Untersuchungen zeigen jedoch auch, dass die häufig geringen Kontakte der ausländischen WissenschaftlerInnen zu der lokalen Gesellschaft nicht immer auf das geringe Interesse von Seiten der WissenschaftlerInnen zurückzuführen sind. Vielmehr besteht von dieser Seite durchaus ein Interesse an einer Eingliederung in die lokale Gesellschaft und an intensiveren Kontakten zu der neuen Umgebung, die jedoch aufgrund einer häufig eher distanzierteren Haltung seitens der aufnehmenden Gesellschaft nur schwer zustande kommen (Föbker et al. 2011a).

2.3 Die Rolle der Universitäten

Eine besondere Bedeutung für eine Migrationsentscheidung und den Migrationsverlauf kommt daher der Arbeitssituation und der Bewertung des Arbeitsumfeldes von ausländischen Hochqualifizierten zu (STIFTERVERBAND 2002: 53 ff.). In den letzten Jahren haben sich im Zusammenhang mit den verstärkten Internationalisierungsbemühungen (s.o.) an vielen deutschen Universitäten Einrichtungen zur Rekrutierung und Betreuung ausländischer WissenschaftlerInnen und StudentInnen entwickelt. Die Beratung und Betreuung der ausländischen WissenschaftlerInnen seitens der Universität beginnt häufig bereits vor der Einreise, um sie bei der Beantragung unterschiedlicher Visumsformen zu unterstützen (FÖBKER et al. 2010: 65; 2011b). Nach der Einreise fungieren die MitarbeiterInnen der Betreuungseinrichtungen vor allem als Schnittstelle zwischen den ausländischen WissenschaftlerInnen und den universitären oder städtischen Institutionen, zu denen Kontakt aufgenommen werden muss. Die Unterstützung konzentriert sich zunächst auf den Umgang mit rechtlichen und bürokratischen Problemen der WissenschaftlerInnen. Themenschwerpunkte sind hier v.a. die Arbeitsverträge sowie Kranken-, Sozial- und Rentenversicherung. Doch auch bei der Suche nach einer passenden Wohnung, geeigneten Betreuungsmöglichkeiten oder Schulplätzen für Kinder sowie bei der Suche nach Beschäftigungsmöglichkeiten für mitgereiste PartnerInnen versuchen die Serviceeinrichtungen zu vermitteln. Darüber hinaus stellen die Universitäten eher sozial orientierte Angebote zur Verfügung, die ein Kennenlernen der Universität, der Stadt und ihrer BürgerInnen sowie eine Vernetzung mit anderen WissenschaftlerInnen unterstützen sollen. Ziel solcher Betreuungsangebote ist es, die Eingliederung der ausländischen WissenschaftlerInnen sowohl in ihr Arbeitsumfeld als auch in die Stadtgesellschaft zu fördern.

3 Fragestellungen des Beitrags

Es ist anzunehmen, dass die Einschätzung der Arbeitssituation und des Arbeitsumfeldes einen wesentlichen Einfluss auf die Dauer und auf die Bewertung des Aufenthaltes ausländischer WissenschaftlerInnen hat. Die Beurteilung der aktuellen Situation ist wiederum davon abhängig, welche Migrationsmotive bei der Entscheidung für Deutschland eine Rolle gespielt haben und welche Erwartungen an diese Migration geknüpft sind. Sind es die guten Arbeits- und Forschungsbedingungen an deutschen Universitäten, die die WissenschaftlerInnen nach Deutschland führen? Oder wird Deutschland vor allem als Sprungbrett für eine internationale Karriere angesehen, die nach der Beschäftigung in Deutschland in einem anderen Land fortgesetzt werden soll? In einem ersten Schritt setzen wir uns daher mit den Migrationsmotiven der Befragten auseinander:

1. Welche Motive führen ausländische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler nach Deutschland?

In einem zweiten Schritt beschäftigen wir uns mit den konkreten Erfahrungen der ausländischen WissenschaftlerInnen an den drei Universitäten in Aachen, Köln und Bonn, da diese die zentrale Größe hinsichtlich der aktuellen Bewertung der Arbeitssituation darstellen und wir annehmen, dass dies einen großen Einfluss auf die Zukunftspläne hat:

2. Welche Erfahrungen machen ausländische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler im Verlaufe ihrer Beschäftigung in Deutschland? Auf welche Hilfen und Hürden treffen sie?

Schließlich setzen wir uns in diesem dritten Abschnitt mit den Zukunftsplänen der Befragten auseinander um zu erfahren, inwieweit ein dauerhafter oder ein temporärer Aufenthalt in Deutschland geplant ist:

3. Wie sehen die Beschäftigten ihre Zukunft in Deutschland?

4 Vorgehensweise und Methodik

Die im Folgenden dargestellten Ergebnisse basieren auf einer von der DFG finanzierten Pilotstudie, die zwischen Juni 2009 und Juni 2010 in einem Verbundprojekt der Geographischen Institute Aachen, Bonn und Köln durchgeführt wurde. Im Mittelpunkt der Untersuchung standen ausländische WissenschaftlerInnen, als eine bedeutenden Teilgruppe von hochqualifizierten MigrantInnen, und ihre Eingliederung in die jeweilige städtische Gesellschaft.

An den drei Universitäten Aachen, Bonn und Köln wurden Ende 2009 alle ausländischen wissenschaftlichen Beschäftigten mit einem standardisierten Fragebogen zu ihrer Migration, ihren Erwartungen an den Aufenthalt und zu ihrem Alltag befragt. Der Rücklauf lag bei 29 % (Köln), 32 % (Aachen) und 35 % (Bonn) der insgesamt 1.820 versandten Fragebögen. Insgesamt wurden 553 Fragebögen ausgewertet. Mit 15 WissenschaftlerInnen wurden zusätzlich vertiefende, leitfadengestützte Interviews geführt, um nähere Einblicke in ihre Migrationsbiographien, ihre privaten und professionellen Kontakte auf lokaler, regionaler und internationaler Ebene und ihren Alltag zu erhalten.

Darüber hinaus wurden in den drei Untersuchungsstädten insgesamt 16 qualitative Interviews mit Expertinnen und Experten der Städte und der Universitäten geführt, um Informationen über die Rahmenbedingungen dieser Zuwanderung zu gewinnen.

Beschreibung der Stichprobe

In Tabelle 1 sind einige Merkmale der WissenschaftlerInnen dargestellt, die an der standardisierten Befragung teilgenommen haben. Über die Hälfte der Befragten (60%) sind Männer. Hierin spiegelt sich das unausgewogene Geschlechterverhältnis an den drei Universitäten wider. Die Befragten sind durchschnittlich 34 Jahre alt und seit weniger als vier Jahren an der jeweiligen Universität beschäftigt. Diese eher geringe durchschnittliche Beschäftigungsdauer ist bedingt durch die zeitliche Befristung der Verträge bei fast 85% der Befragten. Um die Herkunft der Befragten zu beschreiben, wurde das breite Spektrum der Nationalitäten zu Großregionen zusammengefasst. Die größte Gruppe der Befragten kommt aus Europa. Die drittstärkste Gruppe bilden Beschäftigte aus Ostasien mit 13%. Deutlich unterrepräsentiert sind Be-

	Gesamt	Aachen	Bonn	Köln
Geschlecht (in %)				
n	550	252	190	108
Weiblich	40,0	37,7	36,3	51,9
Alter				
n	547	251	188	108
Mittelwert	34,2	32,3	34,6	37,8
beschäftigt seit ... Jahren				
n	547	248	191	108
Mittelwert	3,4	3,0	3,1	4,9
Beschäftigungsstatus (in %)				
n	533	246	182	105
befristet	84,8	87,4	86,3	76,2
Herkunft nach Großregionen (in %)				
n	524	243	181	100
Europa (West)	38,5	37,0	33,7	51,0
Europa (Ost)	19,5	19,8	20,4	17,0
Naher Osten (inkl. Türkei) und Nordafrika	11,1	13,6	9,9	7,0
Ostasien	12,8	14,4	13,3	8,0
Südasien	8,6	6,6	12,2	7,0
Afrika Subsahara	2,5	2,5	3,3	1,0
Lateinamerika	4,4	4,9	3,3	5,0
Nordamerika u. Australien	2,7	1,2	3,9	4,0

Quelle: Eigene Erhebung

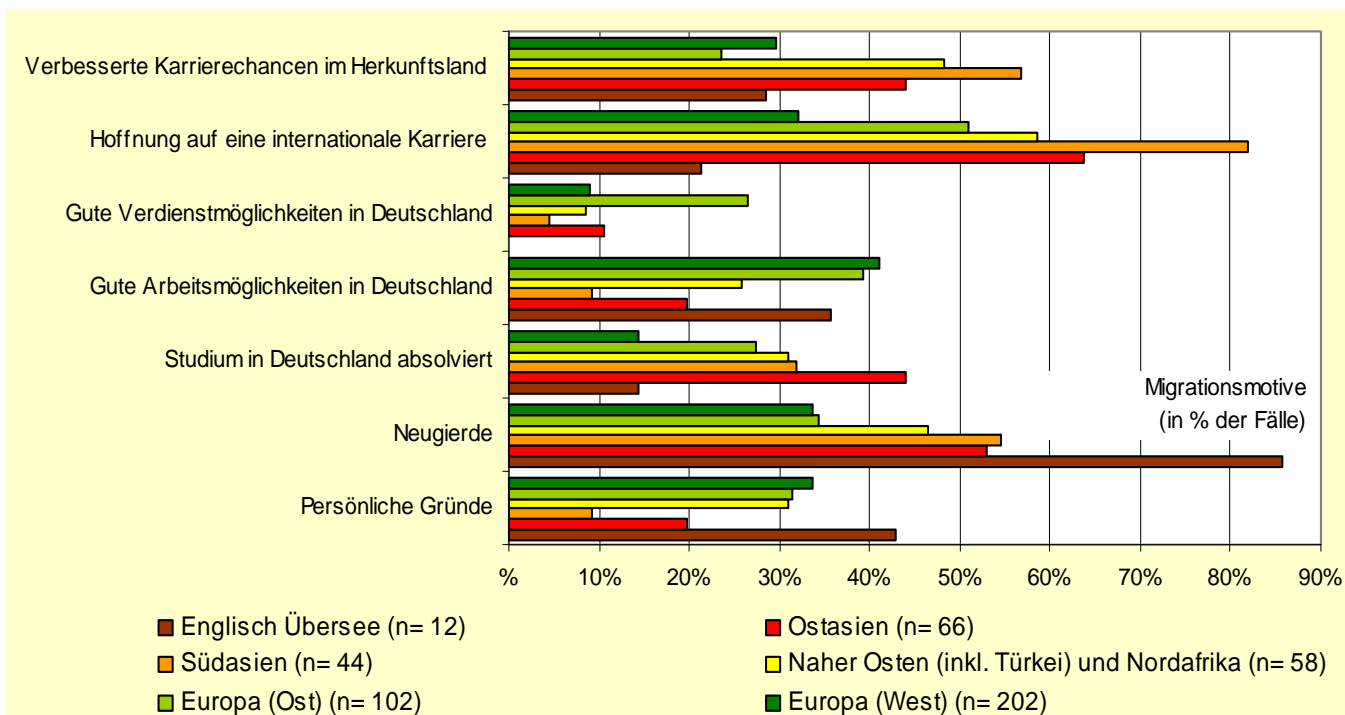
Tabelle1: Merkmale der Stichprobe

schäftigte aus dem subsaharischen Afrika, Amerika und Australien.

5 Die Arbeitssituation ausländischer WissenschaftlerInnen in Aachen, Bonn und Köln

5.1 Migrationsmotive ausländischer WissenschaftlerInnen in Aachen, Bonn und Köln

Motive, die bei der Entscheidung für eine Beschäftigung in Deutschland ausschlaggebend waren, haben einen bedeutenden Einfluss auf das Einleben der WissenschaftlerInnen in Deutschland und auf den weiteren Verlauf der Migrationsbiographie. Außerdem eröffnet die Beschäftigung mit diesen Motiven einen Einblick in die Einschätzung Deutschlands als Hochschulstandort und



Quelle: Eigene Darstellung

Abbildung 1: Migrationsmotive differenziert nach Herkunftsland (Mehrfachnennungen möglich; Angaben in % der Fälle)

Ausgangspunkt für Karrieren internationaler WissenschaftlerInnen.

Die Ergebnisse der quantitativen Befragung deuten darauf hin, dass sich die Mehrzahl der Befragten aus Karrieregründen für einen Aufenthalt in Deutschland entschieden hat.

Die Hoffnung auf eine internationale Karriere wird fast von jedem Zweiten (47,4%, n=553), verbesserte Karrierechancen im Herkunftsland von fast jedem Dritten (36%) der Befragten genannt. Rund ein Drittel (32%) ist auch aufgrund der guten Arbeitsmöglichkeiten nach Deutschland gekommen. Die guten Verdienstmöglichkeiten hingegen werden nur von 12% der Befragten als ein zentrales Motiv genannt.

Jenseits dieser karriereorientierten Motive spielen aber auch private Faktoren eine Rolle, wie z.B. die Neugierde auf ein anderes Land bzw. eine andere Universität, welche von 40% der Befragten angegeben wird, sowie persönliche Gründe (29%) oder die Tatsache, dass bereits das Studium in Deutschland absolviert wurde (26%).

Hinsichtlich der Bedeutung dieser Motive für eine Migration nach Deutschland lassen sich Unterschiede zwischen den Nationalitäten aufzeigen, wobei hier jedoch einschränkend auf die kleinen Fallzahlen verwiesen werden muss (Abb.1). Die Hoffnung, dass die Beschäftigung in Deutschland als Wegbereiter einer internationalen wissenschaftlichen Karriere fungiert oder aber die Karriere-möglichkeiten im Herkunftsland verbessert, geben überproportional viele Befragte aus dem asiatischen Raum und dem Nahen Osten inkl. der Türkei an. Im Gegensatz dazu geben nur wenige der Befragten aus Nordamerika und Australien (Englisch Übersee) sowie Westeuropa dies als Motiv an. Hier wird deutlich, dass Deutschland insbesondere für WissenschaftlerInnen aus Asien und dem Nahen Osten einen attraktiven Arbeitsort darstellt, für

WissenschaftlerInnen aus Nordamerika scheint Deutschland unter diesem Gesichtspunkt weniger interessant zu sein. Bei ihnen sind es hingegen häufiger die Neugierde auf ein anderes Land oder auch persönliche Gründe, die sie nach Deutschland führen (vgl. auch JÖNS 2003: 461). Bei den Befragten aus Europa haben hingegen die guten Arbeitsmöglichkeiten eine größere Bedeutung. Die guten Verdienstmöglichkeiten geben mehr als ein Viertel der Befragten aus dem ehemaligen sozialistischen Europa als einen Grund an.

Die Ergebnisse unserer quantitativen Befragung deuten darauf hin, dass die Beschäftigung in Deutschland v.a. als Karriere-sprungbrett für eine internationale Karriere bzw. eine Karriere im Herkunftsland genutzt werden soll. Motive, die eher mit einer positiven Arbeitssituation in Deutschland verknüpft sind, werden deutlich seltener genannt. Darüber hinaus zeichnet sich aber auch die Bedeutung persönlicher Faktoren jenseits der Karriereplanung ab, die einen wesentlichen Einfluss auf die Migrationsentscheidung haben. Einen differenzierenden Einblick in die Migrationsmotive und den Entscheidungsprozess für die Migration erlauben die von uns geführten qualitativen Interviews.

Jenseits des Entschlusses für eine Migration nach Deutschland hatten viele der Befragten schon lange den Wunsch oder das Ziel, ihr Herkunftsland zu verlassen um im Ausland zu studieren, zu promovieren oder einer Beschäftigung nachzugehen. Der Wunsch, andere Kulturen und Länder sowie neue Arbeitsweisen kennenzulernen, werden ebenso genannt wie die Erwartung, durch eine Auslandserfahrung den persönlichen Lebenslauf aufzuwerten und somit die späteren Karriereaussichten zu verbessern. Darüber hinaus berichten auch einige WissenschaftlerInnen, dass ihnen schon sehr lange bewusst war, dass sie ins Ausland würden gehen müssen, weil sie im Herkunftsland keine berufliche Perspektive sehen. Sie sind mit einer *culture of migration* (MASSEY et al. 1993: 452) aufgewachsen. In ihrem Familien- und Freundes-

kreis sind bereits viele andere vor ihnen temporär oder dauerhaft ins Ausland gegangen und sie sind mit den Berichten über die Auswanderer aufgewachsen, so dass ihnen die Entscheidung zur eigenen Migration „nur natürlich“ erscheint. Bei diesen Befragten erfolgt die Migration ins Ausland häufig bereits zu einem recht frühen Zeitpunkt, mit Beginn oder im Verlaufe des Studiums:

„ Ja, (...) wir sind ein Auswanderungsvolk und es war, als ich aufgewachsen bin, war [es] immer so, dass ungefähr 50% jeder Familie sind ausgewandert und das war *normal*. (...) In meiner Generation waren es eher die Leute, die *gebildeter* waren, weil Irland keine Möglichkeiten geboten hat. (...) So man weiß, ok (...) ich mache meine Ausbildung und dann irgendwann muss ich weg. Das war *normal*.“

[Sean, Professor aus Irland]

Für die Wahl Deutschlands als Migrationsziel waren häufig mehrere Motive ausschlaggebend. Auf die Bedeutung von sozialen Netzwerken für die Entscheidung zur Migration wurde bereits verwiesen. Auch in den Entscheidungsprozessen unserer Interviewpartner kommt Netzwerken, sowohl professionellen als auch privaten, eine hohe Bedeutung zu. Nicht selten berichteten die Gesprächspartner, dass sie erst über die positiven Berichte von Freunden, Bekannten oder Verwandten, die selbst in Deutschland studiert oder gearbeitet haben, auf Deutschland als potenziellen Arbeits- oder Studienstandort aufmerksam wurden. Nicht selten war Deutschland für sie zuvor kein gewünschtes Migrationsziel. Auch in der quantitativen Befragung geben immerhin 20% an, dass sie lieber eine Stelle in einem anderen Land angenommen hätten. Erst über die Erzählungen von Freunden und Verwandten haben einige unserer Interviewpartner Deutschland in ihre Überlegungen einbezogen und sich dann für die Aufnahme einer Beschäftigung bzw. den Beginn des Studiums in Deutschland entschieden:

„Am Anfang wollte ich ja in die USA gehen, weil das einfacher ist mit der Sprache. (...) Ich habe damals an der Uni viele Europäer kennengelernt. (...) Dann hat ein Deutscher, ich glaube er kommt aus Chemnitz, mit mir gesprochen und gesagt: Warum probier ich es nicht in Deutschland? Man kann hier gut lernen oder studieren und man musste damals keine Studiengebühren bezahlen. Aber ich hab einfach eine Bewerbung geschickt zur FH Aachen und ich war erfolgreich. Sie haben mich genommen und ich kam einfach hierher.“

[Viangthai, wissenschaftlicher Mitarbeiter aus Thailand]

Kontakte zu Kollegen oder sogar zu potenziellen Arbeitgebern vermitteln deutlich konkretere Informationen über grundsätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten, freie Stellen und Arbeitsbedingungen in Deutschland. Die Tatsache, dass die freie Stelle ausgerechnet in Deutschland ist, spielt in den wenigsten Fällen eine ausschlaggebende Rolle:

„ Also .. das war, Gelegenheit würde ich sagen zuerst. Ich war in Paris. Ich habe eine feste Stelle in Paris und war dort zufrieden. Ich habe einen Freund, der in Paris war und (...) hierher als Professor gekommen ist. Und als sie dieses (...) ... Exzellenz-Cluster gekriegt haben, dann haben sie auch viele Stellen für Ausländer gekriegt und er hat mich gefragt, ob ich mich bewerben wollte oder nicht. Und dann haben wir überlegt, ja, das wäre schön z.B. eine ausländische Erfahrung zu haben und am Ende habe ich mich beworben und ich habe die Stelle gekriegt und wir sind hier gekommen.“

[Claude, Professor aus Frankreich]

Doch nicht nur die Verfügbarkeit einer Stelle spielt in den Entscheidungsprozessen eine Rolle. Bedeutend sind auch mehr oder weniger konkrete Vorstellungen und Erwartungen von positiveren Lebens- und Arbeitsbedingungen in Deutschland, die dazu führen, dass sich ausländische Hochqualifizierte für eine Beschäftigung in Deutschland entscheiden, wenn sich die Gelegenheit dazu bietet.

“I had a very specific vision of Alltag in Europe. You love this. It involved a bicycle with a basket for the flowers and bread. I'm riding my bicycle on cobblestone streets with flowers, bread in the basket of the bicycle. Seriously. Europe was a very specific decision to have a life quality that's better. In my opinion better than what I could have in the US. (...) This idea of this beautiful life, where you [are] not overworked and you come home at the end of the day and have six weeks of vacation a year and everybody takes an hour for lunch and they have a coffee break, too. I mean. It's not real. It's not my Alltag anymore.”

[Chloe, Professorin aus den USA]

Die Vorstellungen hinsichtlich der Arbeits- und Lebensbedingungen beruhen entweder auf konkreten eigenen Erfahrungen, die durch frühere Aufenthalte in Deutschland, beispielsweise im Rahmen des Studiums gemacht wurden, oder durch Berichte von Freunden, Bekannten, die Medien etc. Insbesondere wenn die Vorstellungen nicht auf eigenen Erfahrungen beruhen, besteht die Gefahr, dass die z.T. sehr hohen Erwartungen nicht erfüllt bzw. enttäuscht werden, wie das Zitat unserer Gesprächspartnerin Chloe verdeutlicht.

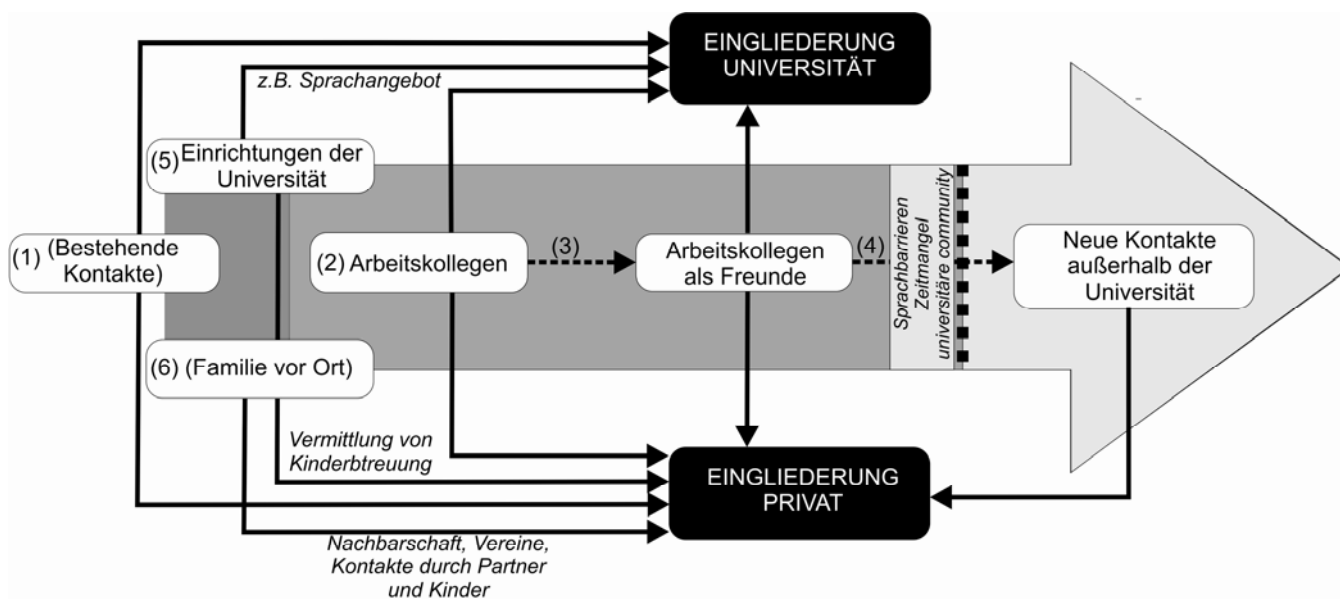
Schließlich zeigen unsere Interviews, dass es auch ganz persönliche Gründe sein können, die Deutschland als attraktiven Standort eines Studiums oder einer Beschäftigung erscheinen lassen können, wie beispielsweise die Familie, die in Deutschland lebt oder ursprünglich aus Deutschland stammt. Zentral sind auch persönliche biographische Erfahrungen mit Deutschland, die im Verlaufe früherer Aufenthalte in Deutschland, beispielsweise im Rahmen des Studiums gesammelt wurden:

„Ich hatte vorher ein Erasmusstipendium in Heidelberg gemacht und für mich war diese Erasmuserfahrung überhaupt der Schlüssel nach Deutschland zu kommen, weil in meinem Fach fährt man entweder nach England oder nach Deutschland. Und ich wusste nicht genau, ob ich nach England oder Deutschland gehen konnte und dann habe ich mich für Deutschland entschieden. Weil, ich war auch in Heidelberg und das war auch eine gute Universität in Heidelberg und dann habe ich mich entschieden, nach Deutschland zu gehen.“

[Carmen, wissenschaftliche Mitarbeiterin aus Spanien]

5.2 Erfahrungen bei der Eingliederung im beruflichen und privaten Alltag

Die Entscheidung zur Migration beinhaltet meistens auch Erwartungen für die Zukunft oder zumindest Wünsche für die Situation im Zielgebiet. Für die hochqualifizierten UniversitätsmitarbeiterInnen spielt die Karriereentwicklung eine wichtige Rolle, auch wenn die Motivlage deutlich macht, dass nicht immer berufsorientierte Gründe ausschlaggebend sind. Die Bewertung der Eingliederung und des beruflichen sowie privaten Alltags durch die befragten Hochqualifizierten zeigt einerseits, dass die Situation im Allgemeinen positiv eingeschätzt wird und viele gute Erfahrungen während



Quelle: Eigene Darstellung
Abbildung 2: Schema der Netzwerkentwicklung

des Aufenthalts gemacht wurden. Andererseits ergeben sich aber auch Hürden in der beruflichen und privaten Eingliederung vor Ort.

Die Mehrheit der Befragten ist mit dem Leben in der Stadt, der Situation am Arbeitsplatz und auch mit der Nachbarschaft zufrieden. Die Situation am Arbeitsplatz wird allerdings etwas besser bewertet als das Leben in der Stadt allgemein. Weiterhin gaben die meisten Befragten (87,5%) an, neue Freunde gefunden und damit zumindest in Ansätzen ein neues lokales Netzwerk vor Ort aufgespannt zu haben (vgl. auch FÖBKER et al 2011b). Es stellt sich die Frage, inwiefern es sich bei den neuen Freunden um Kollegen am Arbeitsplatz oder um Kontakte außerhalb des universitären Kontextes handelt. Eine Antwort auf die Frage und einen weitergehenden Einblick in die lokalen Netzwerkstrukturen der hochqualifizierten MigrantInnen liefern die Ergebnisse der qualitativen Interviews mit den UniversitätsmitarbeiterInnen. Was sich vielfach zeigt, ist eine zeitliche Abfolge der Netzwerkentwicklung vor Ort (Abb. 2). Nicht jeder der hier dargestellten Schritte lässt sich zwangsläufig bei allen interviewten Hochqualifizierten und in der entsprechenden Reihenfolge beobachten, allerdings kristallisiert sich ein Muster heraus. Es zeigt sich oft, dass die ersten Kontakte im neuen städtischen Kontext schon bestehende Kontakte sind, d.h. Beziehungen, die bereits vor der Migration nach Aachen, Köln oder Bonn bestanden [Nummer (1), siehe Abb. 2]. Dabei handelt es sich um Personen, die den Migrationsprozess durch die Stellenvermittlung mit beeinflusst haben und auch eine erste Eingliederungshilfe leisten. Die weitere Eingliederung erfolgt primär am Arbeitsort. Das lokale Netzwerk wird sehr stark durch die Arbeitskollegen geprägt (2). Zum einen hängt dies mit der hohen Arbeitsbelastung der Hochqualifizierten an den Instituten – auch bei Teilzeitstellen – ab. Nicht überraschend ergab die Auswertung der qualitativen Interviews, dass die ausländischen Universitätsmitarbeiter oft länger arbeiten als im Vertrag festgelegt ist. In der schriftlichen Befragung gaben immerhin 29% der Wissenschaftlichen MitarbeiterInnen und 69% der ProfessorInnen an, mehr als 40 Stunden in der Woche, und damit mehr als im Rahmen einer Vollzeitstelle festgelegt ist, zu arbeiten.

Zum anderen sind die MigrantInnen an den Instituten schnell in Teamarbeit involviert und die Sprachbarrieren fallen häufig aufgrund der Dominanz des Englischen weg. Häufig entwickeln sich aus den beruflichen Kontakten private Freundschaften (3). Daher kann tatsächlich davon ausgegangen werden, dass es sich bei den neu gewonnenen Freunden nicht selten um Arbeitskollegen handelt (vgl. auch FÖBKER et al. 2011a). Letztere können in einem weiteren Schritt (4) der Netzwerkentwicklung die Eingliederung außerhalb der Universität ermöglichen, indem sie Berührungspunkte zu anderen Personen in der Stadt herstellen. Dieser Schritt ist allerdings vielfach langwierig und schwerfällig, was wiederum mit der starken zeitlichen Einbindung der Hochqualifizierten am Arbeitsort zu tun hat. Zudem kann der Fall einer nach außen hin abgeschlossenen, am Institut verankerten Gemeinschaft auftreten. Wie ein niederländischer wissenschaftlicher Mitarbeiter aus Aachen berichtet, verbringen viele Institutsmitarbeiter ihre Freizeit fast ausschließlich mit Kollegen, zu denen sie aufgrund der alltäglichen Zusammenarbeit starke Bindungen aufgebaut haben:

„Da tu ich mich ein bisschen schwer, weil man als Wissenschaftler ja schon auf einer Insel lebt. Der Kontakt zu Aachenern hält sich stark in Grenzen. Ich sag mir immer, ich lebe hier in einer Gruppe von Leuten, alles Akademiker - und von den Akademikern noch die Hälfte, die promovieren wollen. Das ist nicht gerade der Durchschnitt der Bevölkerung.“

[Arjen, wissenschaftlicher Mitarbeiter aus den Niederlanden]

Die Bedeutung der Arbeitskollegen für die Eingliederung zeigt sich auch an anderer Stelle. Die Befragten wurden gebeten, für verschiedene Bereiche (Wohnungsvermittlung, Behördengänge etc.) anzugeben, von welcher Seite sie nach ihrer Ankunft in Deutschland Unterstützung erhalten haben (OTTO et al. 2011). Die Ergebnisse zeigen, dass die Unterstützungsangebote der Universität (5) in einigen Bereichen eine wichtige Hilfeleistung darstellen, beispielsweise beim Spracherwerb, beim Einleben in den Universitätsalltag und bei der Vermittlung von Kindergartenplätzen, in den meisten Kategorien allerdings eine untergeordnete Rolle spielen, insbesondere bei der Vermittlung von Schulen und Wohnungen

sowie bei Behördengängen. Deutlich wichtiger sind hingegen private Kontakte und die Hilfe der KollegInnen. Besonders die ArbeitskollegInnen entwickeln sich zu wichtigen Anlaufstellen – und das nicht nur beim Einleben im Universitätsalltag. Auch bei Behördengängen (33,7% der 629 Nennungen entfallen auf ArbeitskollegInnen) und auch bei der Wohnungsvermittlung (28,5% der 634 Nennungen) stellen die ArbeitskollegInnen eine wichtige Eingliederungshilfe dar. Durchschnittlich 26,7% aller Nennungen entfallen bei dieser Fragestellung auf die KollegInnen, 21,5% auf private Kontakte und 15,9% auf Angebote der Universitäten.

Einen Einfluss auf die außeruniversitäre Netzwerkbildung hat schließlich der familiäre Hintergrund der Hochqualifizierten (6). MitarbeiterInnen mit Familie vor Ort haben häufigere und intensivere Kontakte zu Nachbarn und schließen auch häufiger neue Bekanntschaften (vgl. OTTO et al. 2011). Dies hängt damit zusammen, dass der Partner durch eigene Aktivität oder Aktivitäten der Kinder Kontakte generiert.

Trotz der insgesamt positiven Bewertung der privaten und beruflichen Situation offenbaren sich auch einige negative Erfahrungen. Die Eingliederung in den außeruniversitären Kontext wird zum Teil durch geringe oder sogar fehlende Sprachkompetenzen und die bereits erwähnte zeitliche Belastung an den Instituten erschwert (vgl. FÖBKER et al. 2011a und 2011b). Die vor allem in den Naturwissenschaften dominierende englische Sprache hilft zwar bei der Arbeit am Institut, kann jedoch das Erlernen der deutschen Sprache hemmen. Vielfach fehlt aufgrund von Zeitmangel und einer kurzfristigen Perspektive vor Ort die Motivation für Sprachkurse, auch wenn immerhin 70% der Befragten angaben, einen Sprachkurs besucht zu haben. Obwohl die Sprachkompetenz auf den ersten Blick keinen Einfluss auf die Zufriedenheit mit dem Alltag zu haben scheint, zeigt sich zumindest bei den Vereinsaktivitäten, dass Sprache als Barriere zur Teilnahme am gesellschaftlichen Leben wirken kann. Von den Befragten, die sehr gut oder gut deutsch sprechen, sind 34% selbst Mitglieder in Vereinen oder ein Teil des Haushalts ist in einem Verein aktiv. Bei den Personen, die nur wenig oder gar nicht deutsch sprechen, sind es lediglich 7,5%.

Zum Teil spüren die Hochqualifizierten in diesem Zusammenhang die Folge der Diskrepanz zwischen den Internationalisierungsbestrebungen auf der strategischen Ebene von Seiten der Universitätsleitungen und deren Umsetzung auf der praktischen Ebene im Universitätsalltag. So sind z.B. englischsprachige Lehrveranstaltungen ein fester Bestandteil dieser Strategien, allerdings werden die Angebote bei den StudentInnen aufgrund von Sprachproblemen und des dadurch resultierenden Mehraufwandes kritisiert, was bei den ausländischen Dozenten zu Unverständnis und Unzufriedenheit mit der Arbeitssituation führen kann. Ein weiteres Problem stellen in manchen Fällen die ausgeprägten Statushierarchien in Instituten dar, die sich u.a. in den fehlenden Kommunikationsmöglichkeiten zwischen wissenschaftlichen MitarbeiterInnen und Lehrstuhl- oder InstitutsleiterInnen bzw. den zuständigen ProfessorInnen zeigen. Die Hierarchien äußern sich aber auch im Hinblick auf die Partizipationsmöglichkeiten der ausländischen WissenschaftlerInnen im Bereich der universitären Selbstverwaltung. So berichteten mehrere InterviewpartnerInnen verwundert bis empört darüber, dass sie von Institutsgremien und -sitzungen ausgeschlossen wurden, wie das folgende Zitat einer wissenschaftlichen Mitarbeiterin aus Frankreich verdeutlicht:

„Eine Sache, die mich dann für meine französischen Verhältnisse

sozusagen immer noch so sehr schockiert [ist], ich weiß es gibt Vorstandssitzungen und ich wurde nie sozusagen ein Mal dort eingeladen, um ein bestimmtes Problem anzusprechen. Dann hatte ich ... gefragt, ob ich dahin gehen darf, um ein Problem dann darzustellen und ich musste feststellen, da gibt es kein Vertreter für wissenschaftliche Mitarbeiter.“

[Marie, wissenschaftliche Mitarbeiterin aus Frankreich]

Hier stellt sich allerdings die Frage, ob das Problem der Beteiligung an solchen Entscheidungsprozessen in einigen Instituten im Zusammenhang mit der Herkunft steht oder vielmehr für die meisten wissenschaftlichen MitarbeiterInnen gilt. Zumindest sind die ausländischen UniversitätsmitarbeiterInnen häufig andere Strukturen gewöhnt und müssen sich auf die deutschen Hierarchien umstellen. In einigen Fällen ist es sogar möglich, dass die Unzufriedenheit mit den Organisationsstrukturen an den Universitäten zu einem vorzeitigen Abbruch der Beschäftigung führt, indem sich die Hochqualifizierten nach anderen Beschäftigungsmöglichkeiten umsehen.

Insgesamt ist die Zufriedenheit mit der Arbeitssituation jedoch als hoch einzuschätzen. 96,4% der Befragten geben an, dass ihnen die Arbeit an der Universität gefällt. Ebenfalls hoch ist die Zufriedenheit mit dem städtischen Umfeld: Fast 88% der ausländischen Hochqualifizierten fühlen sich in ihrer neuen Stadt wohl. Die Zahl derjenigen Hochqualifizierten, die Heimweh beklagen (5% der 553 Befragten) ist gering und relativ wenige der Befragten fühlen sich von der lokalen Bevölkerung ausgegrenzt bzw. diskriminiert (12%). Die Diskriminierungserfahrungen sind zwar quantitativ gesehen kein schwerwiegendes Problem, doch zeigt sich bei den Hochqualifizierten ein Effekt der *visible minorities*, also der „Sichtbarkeit“ einer Gruppe (vgl. BAUDER und SHARPE 2002: 205). Diskriminierungen beklagen überdurchschnittlich oft Personen aus dem Nahen Osten (inkl. Türkei) und Asien. Bei der ersten Gruppe geben immerhin 15 Personen und damit knapp 27% an, Diskriminierungen erlebt zu haben.

5.3 Zukunftsperspektive der ausländischen WissenschaftlerInnen

Nachdem aufgezeigt wurde, welche Motive die hochqualifizierten UniversitätsmitarbeiterInnen nach Deutschland führen und welche Erfahrungen sie bisher gemacht haben, soll abschließend auch die Zukunftsperspektive diskutiert werden.

Die Rahmenbedingungen für langfristige Berufs- und Lebensplanungen sind für die ausländischen Hochqualifizierten aufgrund der hohen Zahl befristeter Verträge als schwierig zu beurteilen. Die von uns befragten ausländischen UniversitätsmitarbeiterInnen haben zumeist befristete Verträge (siehe Tab. 1). Es zeigt sich allerdings, dass viele Befragte ihren Aufenthalt in Deutschland trotz Befristung nicht als Übergangsphase sehen. Immerhin 38,7% der Befragten, die einen befristeten Vertrag haben, sehen die Zeit in der Stadt eher nicht als Übergangsphase an (Tab. 2; die Bewertungen „stimme eher nicht zu“ und „stimme nicht zu“ werden hier zusammengefasst). Das kann daran liegen, dass sie sich trotz Befristung um einen weiteren Verbleib bemühen wollen oder vielleicht bereits intern die mittelfristige Zukunft abgesprochen und gesichert ist.

Andererseits ist interessant, dass einige der Beschäftigten mit unbefristeten Verträgen die Zeit in Deutschland als Übergang ansehen (Tab. 2). Dies zeigt, dass eine gesicherte Stelle nicht für alle Hochqualifizierten ein entscheidender Faktor für den Verbleib

			"Ich sehe meine Zeit hier als Übergangsphase"					Gesamt
			Stimme voll zu	Stimme zu	Stimme eher nicht zu	Stimme nicht zu	Kann ich nicht beurteilen	
Befristet	Partner und/oder Kind	Anzahl	14	82	47	48	20	211
		in Prozent	6,6%	38,9%	22,3%	22,7%	9,5%	100,0%
	kein Partner und/oder Kind	Anzahl	23	114	52	22	15	226
		in Prozent	10,2%	50,4%	23,0%	9,7%	6,6%	100,0%
	Gesamt	Anzahl	37	196	99	70	35	437
		in Prozent	8,5%	44,9%	22,7%	16,0%	8,0%	100,0%
Unbefristet	Partner und/oder Kind	Anzahl	1	13	18	23	2	57
		in Prozent	1,8%	22,8%	31,6%	40,4%	3,5%	100,0%
	kein Partner und/oder Kind	Anzahl	1	3	7	8	2	21
		in Prozent	4,8%	14,3%	33,3%	38,1%	9,5%	100,0%
	Gesamt	Anzahl	2	16	25	31	4	78
		in Prozent	2,6%	20,5%	32,1%	39,7%	5,1%	100,0%

Quelle: Eigene Erhebung

Tabelle 2: Einschätzung der Aufenthaltsdauer in Abhängigkeit von Vertragssituation und familiärem Hintergrund

ist. Neue Karrierechancen, Verdienstmöglichkeiten und auch private Gründe können Motive für eine erneute Migration sein.

Der Einfluss der Familie zeigt sich auch in der Bewertung der Zukunftsperspektive. Hochqualifizierte mit Familie vor Ort sehen in 41% der Fälle die Zeit als Übergangsphase an. Bei Befragten ohne Familie vor Ort sind es 57%. Dies mag jedoch auch daran liegen, dass Befragte mit Familie deutlich öfter eine unbefristete Stelle besitzen. Darüber hinaus sind Befragte mit Familie vor Ort durchschnittlich älter als Befragte ohne Familie. Es kann davon ausgegangen werden, dass sich ältere WissenschaftlerInnen in einem fortgeschrittenen Karrierestadium befinden und daher tendenziell seltener an weiteren Ortswechseln interessiert sind. Die Ergebnisse der Befragung zeigen, dass Befragte über 50 Jahre die Zeit in Aachen, Köln oder Bonn nur in 16,7% der Fälle als Übergangsphase sehen. Bei den Befragten, die zwischen 30 und 50 Jahre alt sind, liegt der Wert bei 50,4% und bei den jüngeren WissenschaftlerInnen (<30 Jahre) bei 56,1%.

Insgesamt hat die Untersuchung ergeben, dass die Zufriedenheit der Hochqualifizierten mit ihrem neuen Umfeld groß ist und viele WissenschaftlerInnen durchaus positive Erfahrungen gemacht haben. Unter anderem aus diesen Gründen wurden ursprüngliche Karrierepläne (Deutschland als Übergangsstation oder gar Notlösung) teilweise aufgegeben oder modifiziert. Bei entsprechenden Angeboten, so zeigen vor allem die Interviewauswertungen, würden viele Befragte gerne bleiben. Die hier folgenden Zitate verdeutlichen diesen Wandel in den zukünftigen Migrations- und Karriereplanungen aufgrund positiver Erfahrungen in Deutschland:

"Ja, am Anfang habe ich mir gedacht: Ok, nach zwei Jahre nur was zu sehen Ausland, dann genug und gehst nach Hause und fang an mit richtige Arbeiten, Familie, Freunde oder blablabla,

aber ich weiß nicht, mir gefällt irgendwie irgendwas hier in Deutschland. Mir gefällt, was ich hier machen kann, und Leben ist auch nicht schlecht in Köln zum Beispiel."

[Viangthai, wissenschaftlicher Mitarbeiter aus Thailand]

„Als ich nach Deutschland kam haben die [Kollegen] gesagt: Du gehst nach Deutschland? Hab ich gesagt, ja, ich geh jetzt mal für drei Jahre. Und ich hab gesagt, also ich geh hierhin, bemühe mich aber, wenn es geht, einen Ruf wieder zurück [in die Schweiz] zu bekommen. (...) Ich hab mich dann auf eine Stelle beworben und bekam den Ruf und es war eine der schwierigsten Entscheidungen im Leben. Das war wirklich schwierig, ich bekam einen Ruf in Bern, ein neues Institut aufzubauen. (...) Am Anfang hab ich gesagt, natürlich geh ich da zurück, klar. (...) Ich hab dann die Gesamtsituation ins Spiel gebracht, die gesamte Universität, das Umfeld und hab gesagt, eigentlich wird mir jetzt erst richtig bewusst, wie attraktiv eigentlich Bonn ist. Mit dem Umfeld, mit Jülich, mit DLR, wie toll das eigentlich da ist. Und dann habe ich abge sagt in Bern. Und ich bereue es überhaupt nicht.“

[Urs, Professor aus der Schweiz]

Es zeigt sich jedoch gleichzeitig, dass die Arbeitsbedingungen in Deutschland teilweise als unzureichend angesehen werden und vor allem die Aufstiegschancen für ausländische WissenschaftlerInnen bemängelt werden. Dies kann wiederum dazu führen, dass ein dauerhafter Aufenthalt abgelehnt wird.

6 Fazit

Für die hochqualifizierten UniversitätsmitarbeiterInnen in den Städten Aachen, Köln und Bonn sind karriere- und arbeitsplatzbezogene Motive für die Aufnahme einer Beschäftigung in Deutsch-

land von zentraler Bedeutung. Neben diesen strategischen, karrierebezogenen Erwägungen stellen jedoch auch private Motive eine zentrale Einflussgröße dar, beispielsweise in Form der Neugierde auf ein neues Land. Deutschland ist bei der Migrationsentscheidung häufig nicht unbedingt erste Wahl. Positive Erfahrungen vor Ort und eine hohe Zufriedenheit mit den Arbeitsbedingungen steigern jedoch die Bereitschaft für einen längeren Verbleib. Die viel diskutierten „Nomaden“ sind auf der Universitätsebene nicht oft zu finden, der Wunsch nach einer langfristigen Perspektive vor Ort ist nicht selten ausgeprägt.

Die Eingliederung von Hochqualifizierten wurde lange Zeit als selbstverständlich angesehen. Sie verläuft allerdings nicht automatisch, ganz besonders, wenn es um die Eingliederung in die Stadtgesellschaft außerhalb der Universität geht. Es zeigt sich, dass ausländische WissenschaftlerInnen in ihrer Eingliederungsphase ähnliche Probleme haben wie andere Migrantengruppen. Sprachbarrieren, Orientierungsschwierigkeiten während der ersten Behördengänge sowie kulturelle Differenzen stellen auch die Hochqualifizierten vor Probleme, auch wenn diese neben professionellen Eingliederungshilfen seitens der Universitäten vor allem auf die Unterstützung durch ArbeitskollegInnen zurückgreifen können. Spezifisch für die Gruppe der hochqualifizierten UniversitätsmitarbeiterInnen ist die hohe zeitliche Einbindung am Arbeitsplatz, die Aktivitäten außerhalb des Arbeitsbereiches und der Aufbau neuer Beziehungen erschwert.

Der Verbleib der Hochqualifizierten in Deutschland hängt von verschiedenen Faktoren ab. An anderer Stelle wurde bereits auf die Bedeutung des gelungenen Einlebens der WissenschaftlerInnen und ihrer Familien hingewiesen (FÖBKER et al. 2011a). Einen herausragenden Stellenwert nehmen neben dem Alter der Befragten die Vertragssituation und die eng damit verknüpften zukünftigen Karrierechancen ein.

Die Universitäten bemühen sich inzwischen sehr um ausländische WissenschaftlerInnen. Die Internationalisierung ist seit Jahren fester Bestandteil universitärer Strategien. Sie muss jedoch verstärkt von allen betroffenen Bereichen umgesetzt und auf praktischer Ebene implementiert werden. WissenschaftlerInnen geben als „Botschafter“ Erfahrungen im Rahmen ihrer professionellen Netzwerke weiter, und können daher wichtige Multiplikatoreffekte in Gang setzen. Damit sich der Standort Deutschland tatsächlich als Karrieresprungbrett etablieren kann bzw. als ein solcher wahrgenommen wird und die „besten Köpfe“ nicht nur angezogen, sondern auch gehalten werden können, muss das Verständnis für die Situation der ausländischen WissenschaftlerInnen auch auf der praktischen Ebene in den Universitätsinstituten weiter wachsen.

Literaturverzeichnis

- ARANGO, J. (2000): Explaining Migration: A Critical View. In: *International Social Science Journal* 52 (165), S. 283–296.
- BENDEL, P. (2009⁴): Die Migrationspolitik der Europäischen Union. Inhalte, Institutionen und Integrationsperspektiven. In: BUTTERWEGGE, CH. und G. HENTGES (Hg.): *Zuwanderung im Zeichen der Globalisierung: Migrations-, Integrations- und Minderheitenpolitik*. Wiesbaden, S.123-135.
- BAUDER, H. und B. SHARPE (2002): Residential segregation of visible minorities in Canada's gateway cities. In: *The Canadian Geographer* 46 (3), S. 204-222.
- BOYD, M. (1989): Family and Personal Networks in International Migration: Recent Developments and New Agendas. In: *International Migration Review* 23 (3), S. 638–670.
- BMI, BUNDESMINISTERIUM DES INNEREN (Hg.) (2011): *Migrationsbericht 2009*. Berlin.
- FÖBKER, S., NIPPER, J., PFAFFENBACH, C., TEMME, D., THIEME, G., WEISS, G. und C.-C. WIEGANDT (2010): At Home Abroad? The Situation of Highly Skilled Personell in Germany. In: *Geographische Rundschau International Edition* 6 (3), S. 64-69.
- FÖBKER, S., NIPPER, J., OTTO, M., PFAFFENBACH, C., TEMME, D., THIEME, G., WEISS, G. und C.-C. WIEGANDT (2011a): Hemmnis oder Hilfe – die Rolle der Familie bei der Eingliederung ausländischer Hochqualifizierter in den lokalen Alltag. In: GEISEN, T., STUDER, T. und E. YILDIZ (Hg.): *Migration and Family – Theory, Research, and Fields of Action*. Wiesbaden (zur Veröffentlichung angenommen)
- FÖBKER, S., NIPPER, J., PFAFFENBACH, C., TEMME, D., THIEME, G., WEISS, G. und C.-C. WIEGANDT (2011b): Ausländische Hochqualifizierte in städtischen Gesellschaften – das Beispiel der Universitätsmitarbeiter in Aachen, Bonn und Köln. In: *Stiftung Entwicklung und Frieden (Hg.): EINE Welt - Texte der Stiftung Entwicklung und Frieden*. Bonn (zur Veröffentlichung angenommen).
- FREIHÖFER, J. (2007): *Karrieren im System der Vereinten Nationen. Das Beispiel hochqualifizierter Deutscher, 1973-2003*. Heidelberg: Heidelberg geographische Arbeiten, 124.
- GUTH, J. (2007): Mobilität von Hochqualifizierten: Einflussfaktoren für die Zuwanderung von Nachwuchswissenschaftlern nach Deutschland. In: HWWI, HAMBURGISCHES WELTWIRTSCHAFTSINSTITUT (Hg.): *focus Migration* (6), Online verfügbar unter http://www.focus-migration.de/Mobilitaet_von_Hochq.1205.0.html, zuletzt geprüft am 15.11.2010.
- HESS, B. (2009): *Zuwanderung von Hochqualifizierten aus Drittstaaten nach Deutschland. Ergebnisse einer schriftlichen Befragung*. Working Paper der Forschungsgruppe des Bundesamtes, 28.Nürnberg.
- HÖDL, G., HUSA, K., PARNREITER, CH. und I. STACHER (2000): Internationale Migration: Globale Herausforderung des 21. Jahrhunderts? In: HUSA, K., PARNREITER, CH., STACHER, I. und T. A. ABOU CHABAKE (Hg.): *Internationale Migration. Die globale Herausforderung des 21. Jahrhunderts?* Frankfurt am Main, S. 9–23.
- HUNGER, U.(2003): *Vom Brain Drain zum Brain Gain. Die Auswirkungen der Migration von Hochqualifizierten auf Abgabe- und Aufnahmeländer*. Bonn.
- ILYES, P. (2006): *Transnationale Professionals. Aktuelle Sichtweisen auf die internationale Mobilität von Kompetenzen*. Institut für Kulturanthropologie und Europäische Ethnologie der Johann Wolfgang Goethe-Universität (Frankfurt am Main). Online verfügbar unter http://publikationen.ub.uni-frankfurt.de/volltexte/2007/4403/pdf/ilyes_petra_mobilitaet.pdf, zuletzt geprüft am 26.01.2010.
- JÖNS, H. (2003): *Grenzüberschreitende Mobilität und Kooperation in den Wissenschaften. Deutschlandaufenthalte US-*

- amerikanischer Humboldt-Forschungspreisträger aus einer erweiterten Akteursnetzwerkperspektive. Dissertation. Universität Heidelberg, Heidelberg. Geographisches Institut.
- KOLB, H. (2006): Internationale Mobilität von Hochqualifizierten - (k)ein Thema für die Migrationsforschung. In: Swiaczny, F. und S. Haug (Hg.): Neue Zuwanderergruppen in Deutschland. Vorträge der 7. Tagung des Arbeitskreises Migration - Integration - Minderheiten der Deutschen Gesellschaft für Demographie (DGD) in Zusammenarbeit mit dem Soziologischen Institut der Universität Erlangen in Erlangen am 25. November 2005. Wiesbaden (Materialien zur Bevölkerungswissenschaft, 118), S. 159–174.
- KREUTZER, F. und S. ROTH (2006): Einleitung zu Transnationale Karrieren: Biographien, Lebensführung und Mobilität. In F. KREUTZER, F. und S. ROTH (Hg.): Transnationale Karrieren. Biografien, Lebensführung und Mobilität. Wiesbaden, S. 7-31
- MASSEY, D. S., ARANGO, J., HUGO, G., KOUAOUCI, A., PELLEGRINO, A. und J. E. TAYLOR (1993): Theories of International Migration: A Review and Appraisal. In: *Population and Development Review* 19 (3), S. 431–466.
- NOWICKA, M. (2006): "Feste Beziehung oder one-night stand?" Hochmobile und ihre Bindung zu Orten. In: KREUTZER, F. und S. ROTH (Hg.): Transnationale Karrieren. Biografien, Lebensführung und Mobilität Wiesbaden, S. 190–208.
- OECD (2008): The Global Competition for Talent. Mobility of the Highly Skilled. (http://www.oecd.org/document/52/0,3746,de_34968570_34968855_41408244_1_1_1_1,00.html, 10.01.2011)
- OECD (2010): International Migration Outlook: SOPEMI 2010. (<http://browse.oecdbookshop.org/oecd/pdfs/browseit/8110101E.PDF>, 15.11.2010)
- ORTNER, M. (2009): War for talents. Fachkräftemangel und die Attraktivität Deutschlands und Großbritanniens im Wettbewerb um hochqualifizierte Zuwanderer. Univ., Diplomarbeit-Passau, 2008. Saarbrücken.
- OTTO, M., TEMME, D., WEISS, G. und C.-C. WIEGANDT (2011): Das Finden ausländischer Universitätsmitarbeiter in die städtische Gesellschaft am Beispiel der Städte Aachen, Bonn und Köln. In: *RaumPlanung* 155, S. 78-82.
- PARNREITER, CH. (2000): Theorien und Forschungsansätze zu Migration. In: HUSA, K., PARNREITER, CH., STACHER, I. und T. A. ABOU CHABAKE (Hg.): Internationale Migration. Die globale Herausforderung des 21. Jahrhunderts? Frankfurt am Main, S. 25-52.
- SAUER, L. (2004): Migration hoch qualifizierter Arbeitskräfte. Theoretische Analyse der Auswirkungen und nationale sowie internationale Politikoptionen. Regensburg.
- SCHIEBELHOFER, E. (2006): Wenn WissenschaftlerInnen im Ausland forschen. Transnationale Lebensstile zwischen selbstbestimmter Lebensführung und ungewollter Arbeitsmigration. In F. KREUTZER, F. und S. ROTH (Hg.): Transnationale Karrieren. Biografien, Lebensführung und Mobilität. Wiesbaden, S. 122–140.
- STIFTERVERBAND FÜR DIE DEUTSCHE WISSENSCHAFT (2002): BRAIN DRAIN - BRAIN GAIN. Eine Untersuchung über internationale Berufskarrieren. durchgeführt von der Gesellschaft für empirische Studien. Hg. v. Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft. Online verfügbar unter http://www.stifterverband.info/publikationen_und_podcasts/positionen_dokumentationen/braindrain_braingain_2002.pdf, zuletzt abgerufen am 15.11.2010.
- WHITE, P. (2008): Skilled International Migrants and Urban Structure in Western Europe. In: *Geoforum* 19 (4), S. 411-422.

Autoren

Marius Otto, M.Sc.
Geographisches Institut
RWTH Aachen
m.otto@geo.rwth-aachen.de

Daniela Temme M.A.
Geographisches Institut
Universität Bonn
temme@geographie.uni-bonn.de

Bernadette Jonda

Zwischen Resignation und Kreativität – Bürgermeister in deutschen Kommunen im Umgang mit aktuellen Herausforderungen des demographischen Wandels

Themen wie *Demographischer Wandel* oder *Finanzkrise* nehmen in der öffentlichen Diskussion in Deutschland einen breiten Raum ein. Die damit beschriebenen Prozesse wirken auf verschiedene Bereiche des Lebens und stellen alle vor neue Herausforderungen. Dies trifft auch und insbesondere auf die Kommunen zu.

Mit einer Studie am Institut für Soziologie an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg wurde ab dem Sommer 2010 das Projekt „Demographischer Wandel als besondere Herausforderung für Kommunen in Deutschland und Polen“ realisiert.¹ Erkenntnisziel waren Bewältigungsstrategien, die auf der kommunalen Ebene entwickelt werden, um den Folgen des demographischen Wandels angemessen zu begegnen.

Es handelt sich um eine repräsentative Studie, an der sich 194 Bürgermeister deutscher Kommunen deutschlandweit beteiligten.² Obwohl die Befragung anonym erfolgt ist, fügten einige Befragte Informationsmaterial bei, das zuweilen eindrucksvoll die Aktivitäten der jeweiligen Kommune im Kontext des demographischen Wandels dokumentiert, wodurch die als standardisierte schriftliche Befragung angelegte Untersuchung erstaunlich viele Elemente einer qualitativen Studie hinzugewann.³

Der in der Studie eingesetzte Fragebogen wurde vor dem Hintergrund der Erfahrungen konzipiert, die die Projektmitarbeiter bereits bei früheren qualitativen Studien gesammelt hatten. Zum einen handelt es sich dabei um die 2004 in Rheinland-Pfalz realisierte Untersuchung⁴ „Folgen des demographischen Wandels aus der Sicht kommunaler und regionaler Entscheidungsträger“, zum anderen um die Studie „Demographischer Wandel und Arbeitsmarkt des öffentlichen Sektors“ am Institut für Soziologie an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, mit der in den Jahren 2006 bis 2008 im Rahmen des SFB 580 (Gesellschaftliche Entwicklung nach dem Systemumbruch) ebenfalls mittels Leitfadenterviews mit kommunalen Amtsträgern (u.a. Bürgermeistern)⁵ erforscht wurde, welche Bewältigungsstrategien im kommunalen Bereich entwickelt werden, um den Folgen des demographischen Wandels begegnen zu können und zwar unabhängig davon, ob die Einwohnerzahl zu- oder abnimmt. In beiden Studien standen im Mittelpunkt Erwartungen sowie Handlungsoptionen und Handlungsdiskussionen kommunaler Amtsträger hinsichtlich der demographischen Veränderungen in ihrem jeweiligen Wirkungsbereich. Somit beinhaltet der ab 2010 eingesetzte Fragebogen zum einen allgemeine Fragen zum demographischen Wandel, zum anderen geht er auf Sachverhalte und Entwicklungen ein, die in diesem Zusammenhang in einer Kommune eine Rolle spielen (könnten), wie z.B. Ziele der Standortpolitik oder Personalentwicklung in der kommunalen Verwaltung.

„Wir reden hier nicht nur, wir tun auch etwas“

Bereits in der Studie vom 2004 wurde deutlich, dass sich kommunale Entscheidungsträger vielerorts schon seit Jahren ernsthafte Gedanken über die Folgen der demographischen Entwicklung machten und diverse Maßnahmen zu ergreifen versuchten. Der Satz eines Bürgermeisters „Wir reden hier nicht nur, wir tun auch etwas“ in einem Leitfadenterview 2004 in Rheinland-Pfalz spielt auf die zahlreichen Initiativen in rheinlandpfälzischen Kommunen

an, mit denen man sich auf die bereits eingetretenen und die bevorstehenden Veränderungen wappnen wollte. Einige wurden in einer Best-Practice-Sammlung zusammengestellt.⁶ Gleichwohl gab es Orte, in denen demographische Aspekte überhaupt noch kein Thema zu sein schienen und dies in einer Zeit, in der in anderen Regionen in der Republik, speziell in Ostdeutschland, niemand mehr die Augen vor den Konsequenzen des „demographischen Wandels“ verschließen konnte.

In der Zwischenzeit – begleitet von unzähligen Themenbeiträgen in den Medien, in Workshops, Konferenzen und politischen Debatten – ist es offensichtlich geworden, dass die Prozesse, die mit dem Begriff *demographischer Wandel* beschrieben werden (Mäding 2005, Siedhoff 2008), auf verschiedene Bereiche unseres Lebens wirken und alle Lebensbereiche – also auch die kommunalen Verwaltungen – vor neue Herausforderungen stellen.

Nun wollten wir 2010 in einer neuen Studie untersuchen, welchen Stellenwert und Verbreitungsgrad die seinerzeit beobachteten Entwicklungen erreichten. Dank der finanziellen Unterstützung der

¹ Der vorliegende Beitrag berücksichtigt nur die Ergebnisse der Befragung in Deutschland. Die Realisierung des Projektteils in Polen hat das Team von Prof. Elżbieta Gołata von der Wirtschaftsuniversität in Posen (Poznań) übernommen.

² Die Studie basiert auf einer Befragung mittels eines Fragebogens, der deutschlandweit an Bürgermeister und Personalleiter von 464 durch ein Losverfahren ausgewählten Kommunen mit mehr als 10.000 Einwohnern verschickt worden war. Der Rücklauf betrug 42% bei den Bürgermeistern (50 aus Ostdeutschland und 144 aus Westdeutschland) und 36% bei den Personalleitern. Aufgrund von Beschränkungen für den Umfang der vorliegenden Veröffentlichung geht dieser Beitrag nur auf ausgewählte Aspekte der Bürgermeisterbefragung ein.

³ Das Hinzugewinnen weitergehenden Informationen wurde dadurch begünstigt, dass mit zahlreichen Teilnehmern der Studie telefonisch Kontakt (zwecks Erinnerung an den verschickten Fragebogen) aufgenommen worden war. An dieser Stelle ist Frau Susanne Treptow und Frau Gudrun Bohlender für ihren Engagement in dieser Projektphase zu danken.

⁴ Es handelt sich um ein Forschungsprojekt, das im Auftrag des Staatskanzlei in Mainz im Forschungsverbund der drei rheinlandpfälzischen Universitäten Mainz, Trier und Koblenz-Landau (Campus Landau) 2004 realisiert worden ist. Insgesamt wurden 154 kommunale und regionale Entscheidungsträger (vorwiegend Bürgermeister aber auch Landräte) aus allen Regionen des Landes Rheinland-Pfalz in einem Leitfaden-Interview befragt.

⁵ In jeweils sieben Kommunen in Ost-, Westdeutschland und Polen wurden Bürgermeister, Personalleiter und Leiter der Abteilungen für Soziales befragt (insgesamt 62 Personen).

⁶ Vgl.: Staatskanzlei Rheinland-Pfalz (Hg.) (2005): *Demographischer Wandel – Chance für unsere Kommunen. Anregungen für die Praxis. Leitfaden anlässlich der Kommunalkonferenz „Zukunft vor Ort gestalten – Demographischer Wandel als Chance“* am 21.6.2005 in Mainz.

Deutsch-Polnischen Wissenschaftsstiftung und der Stiftung für Deutsch-Polnische Zusammenarbeit konnte eine Fortsetzungsstudie konzipiert und durchgeführt werden. Im Folgenden werden ausgewählte Aspekte der gesamten Forschungsthematik vorgestellt, die die Einschätzung sowohl der bereits wahrnehmbaren Folgen des demographischen Wandels wie auch diverser Handlungsoptionen, mit denen man der demographischen Schrumpfung und deren Folgen begegnen könnte, seitens der Bürgermeister umfassen. Es handelt sich dabei um einen ersten Einblick in die Forschungsergebnisse. Weiterführende Analysen, insbesondere der Vergleich mit den in Polen gewonnenen Ergebnissen folgen in weiteren Publikationen.

Die Bedeutung des „Demographischen Wandels“ für die kommunalen Verwaltungen aus der Sicht der Bürgermeister

Die Beschäftigung mit dem Thema Demographischer Wandel ist in den ab 2010 befragten Kommunen unterschiedlich stark ausgeprägt. In fünf Kommunen gaben die Befragten sogar an, deren Kommunalverwaltung würde sich überhaupt nicht mit den Folgen des demographischen Wandels beschäftigen. Lediglich 15,5% aller Kommunen befassten sich mit der Thematik bereits vor dem Jahr 2000, 50,5% erst ab dem Jahr 2005, davon 15% erst ab dem Jahr 2009.

Die Bürgermeister in 94% der befragten Kommunen nannten das Thema „Demographischer Wandel“ als wichtig, bzw. sehr wichtig für ihre Kommune. Gleichwohl gibt es Kommunen, in denen die Bürgermeister das Thema „Demographischer Wandel“ als eher unwichtig für diese einstufen. Dieser Meinung waren sechs Bürgermeister von 50 in Ostdeutschland und acht von 144 in Westdeutschland.

Die einzige offene Frage in dem angewendeten Fragebogen lautete „Wie würden Sie Ihre Kommune vor dem Hintergrund des demographischen Wandels beschreiben?“. Die erhaltenen Antworten bilden eine breite, bunte Palette an Beschreibungen des Zustandes in den jeweiligen Kommunen und korrespondieren durchaus mit dem Titel der Jahrestagung 2011 der Deutschen Gesellschaft für Demographie „Schrumpfend, alternd, bunter“. Diese Palette reicht von „stark betroffen vom demographischer Wandel. Wenige Möglichkeiten, dem entgegenzutreten“ oder knapp „Stark betroffen“ über: „Der Wandel setzt zum Bundesdurchschnitt bei der Stadt später ein“ bis zu: „Wir sind am Rande des Rhein-Main-Gebietes eher weniger betroffen“; „Junge, bunte Stadt“ oder „Der positive Zuwanderungssaldo aufgrund eines aufnahmefähigen Arbeitsmarkts sorgt für moderates, aber stetiges Bevölkerungswachstum. Und das ist gut so!“

Sichtbarste Folgen des demographischen Wandels

Aus der Perspektive der befragten Bürgermeister waren für die Arbeit der Kommunalverwaltung in ihren Gemeinden in den zuvor liegenden fünf Jahren verschiedene Sachverhalte und Entwicklungen unterschiedlich wichtig. Betrachtet man die Ergebnisse aus allen 194 Kommunen ohne die Differenzierung in Ost- und Westdeutschland so wird deutlich, dass deutschlandweit die *kommunale Finanzlage* und die *Erweiterung der Kinderbetreuungsangebote* für über 90% der Befragten als sehr wichtig bzw. eher wichtig für die Arbeit ihrer Kommunalverwaltung gewesen sind. Mit über 80% wurden die *Verkehrsanbindung der Gemeinde* und *Steigende Lebenserwartung der Menschen* genannt. *Neuausweisung von Gewerbegebieten*, *Interkommunale Zusammenarbeit*, *Geburten-*

rückgang, *Neuausweisung von Bauland* und *Zuwanderung in die Gemeinde* wurden von jeweils über 70% der befragten Bürgermeister angeführt. Fragen der *aktuellen Gebietszuschneidung*, der *Gebietsreform* und der *Eingemeindungen/Fusionen mit Nachbargemeinden* waren für unter 30 % der Befragten relevant (siehe Anhang Abb.1). Doch diese Betrachtung würde verschleiern, dass in Ostdeutschland und Westdeutschland die gleichen Sachverhalte und Entwicklungen die Tätigkeit der kommunalen Verwaltungen in unterschiedlichem Maße beeinflussen. Einzig die *kommunale Finanzlage* und die *Verkehrsanbindung der Gemeinde* sind genauso in Ostdeutschland wie in Westdeutschland relevant. Während eine *Gebietsreform* und *Eingemeindungen/Fusionen mit Nachbargemeinden* lediglich für ca. jede zehnte Gemeinde in Westdeutschland eine Rolle spielen, sehen sich in Ostdeutschland über 60 % der Befragten gerade mit diesen Prozessen konfrontiert. Weitere Vergleiche und Unterschiede sind den Abbildungen 1 und 2 zu entnehmen.

Die statistische Analyse ergab, dass bei den explizit demographischen Items wie *Geburtenrückgang*, *steigende Lebenserwartung der Menschen* und *Abwanderung aus der Gemeinde* (die zusammen den Faktor „Demographischer Wandel“ bilden)⁷ einzig das Item *steigende Lebenserwartung der Menschen* keine signifikanten Unterschiede im Ost-West-Vergleich aufweist, was bedeutet, dass die befragten ost- und westdeutschen Bürgermeister die Relevanz steigender Lebenserwartungen in ihren Kommunen im Durchschnitt übereinstimmend als „eher wichtig“ (West: 2,0 vs. Ost: 1,9 auf einer Skala von 1 bis 4)⁸ einschätzen. Die Unterschiede beim Item „*Abwanderung aus der Gemeinde*“ sind dagegen hoch signifikant. Dieser Aspekt wird in Westdeutschland (Mean: 2,6) als weniger wichtig eingeschätzt als in Ostdeutschland (1,9). Ebenso hoch signifikant sind die Unterschiede bei dem Item: *Integration ausländischer Mitbürger* (Mean: West: 2,05; Ost: 2,74), was unter anderem auf die hohe Präsenz von Menschen mit Migrationshintergrund in Westdeutschland (in der Literatur auch als Heterogenisierung der Gesellschaft bezeichnet, vgl. Mading 2005) zurückzuführen ist.

Bei den Items, die sich eher auf die nicht-demographischen Handlungsfelder beziehen (die aber vom demographischen Wandel beeinflusst sein können) waren nicht zufällige Unterschiede nur bei folgenden sechs feststellbar: *Arbeitsplatzmangel in der Region* (Mean: West: 2,49; Ost: 1,78, was angesichts der höheren Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland plausibel erscheint), *Finanzielle Zuwendungen seitens der EU* (Mean: West: 2,54; Ost: 1,94, was wohl vorwiegend damit zusammenhängt, dass viele EU-Projekte nur für Ostdeutschland zugänglich sind), *Erweiterung der Kinderbetreuungsangebote* (Mean: West: 1,33; Ost: 2,02; dies bedeutet, dieses Handlungsfeld ist in Westdeutschland relevanter als in Ostdeutschland) sowie die drei Items, die zusammen den Faktor „Gebietszuschneidung“ bilden: *die jetzige Gebietszuschneidung* (Mean: West: 3,25; Ost: 2,25), *Gebietsreform* (Mean: West: 3,42; Ost: 2,22) und *Eingemeindungen/Fusionen mit Nachbargemeinden* (Mean: West: 3,54; Ost: 2,26). Dies sind auch die drei einzi-

⁷ Insgesamt ließen sich mit der Faktorenanalyse sieben Faktoren identifizieren: Demographische Wandel, Arbeitskräfte, Gewerbliche Infrastruktur, Gebietszuschneidung, Lebens- und Wohnqualität, Leistungsbezüge und Finanzen.

⁸ Auf dieser Skala bedeutete 1: „sehr wichtig“; 2: „eher wichtig“; 3: „eher unwichtig“ und 4: „gar nicht wichtig“.

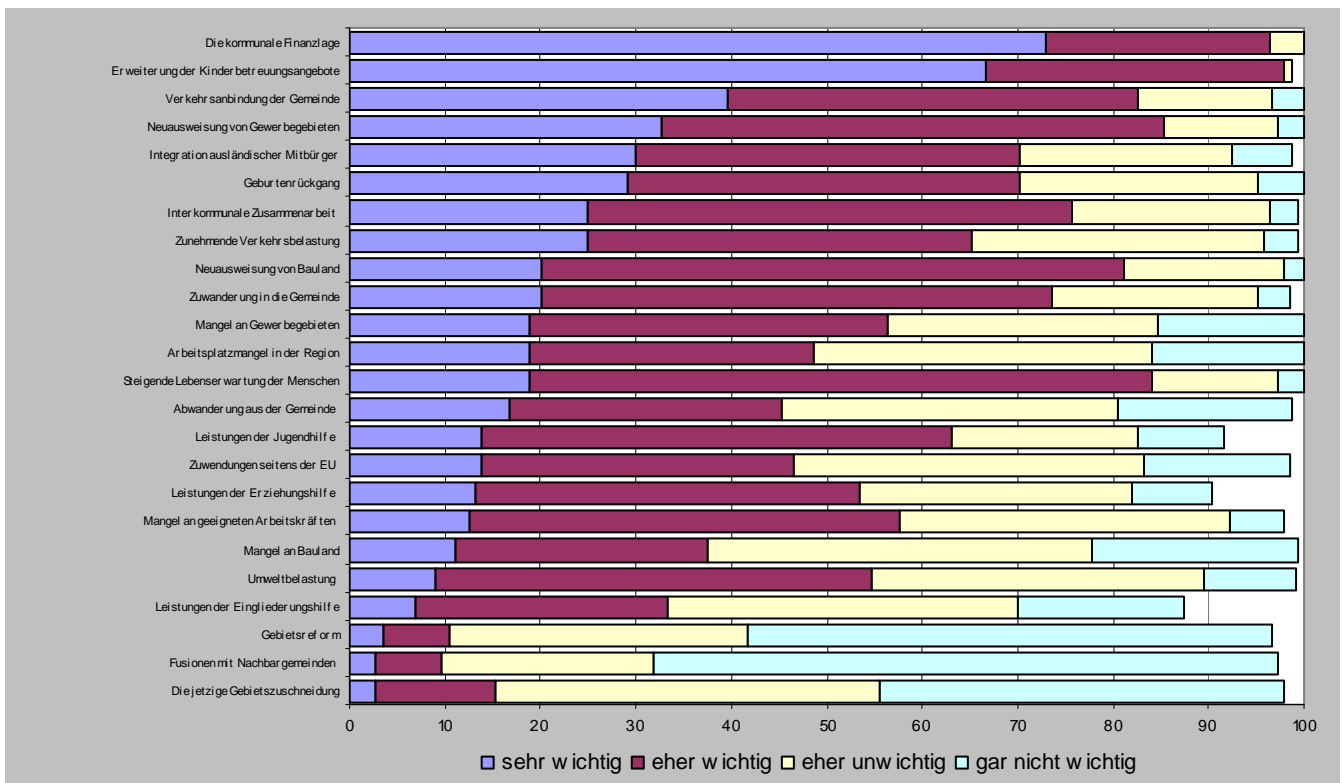


Abbildung 1:
 Phänomene und Entwicklungen, die für die Arbeit der kommunalen Verwaltungen in Westdeutschland in den fünf zuvor liegenden Jahren relevant waren. Geordnet nach der Kategorie „sehr wichtig“. Angaben in %. Eigene Berechnungen. Die Differenz zu 100% bilden die Angaben "weiß nicht" und fehlende Werte".

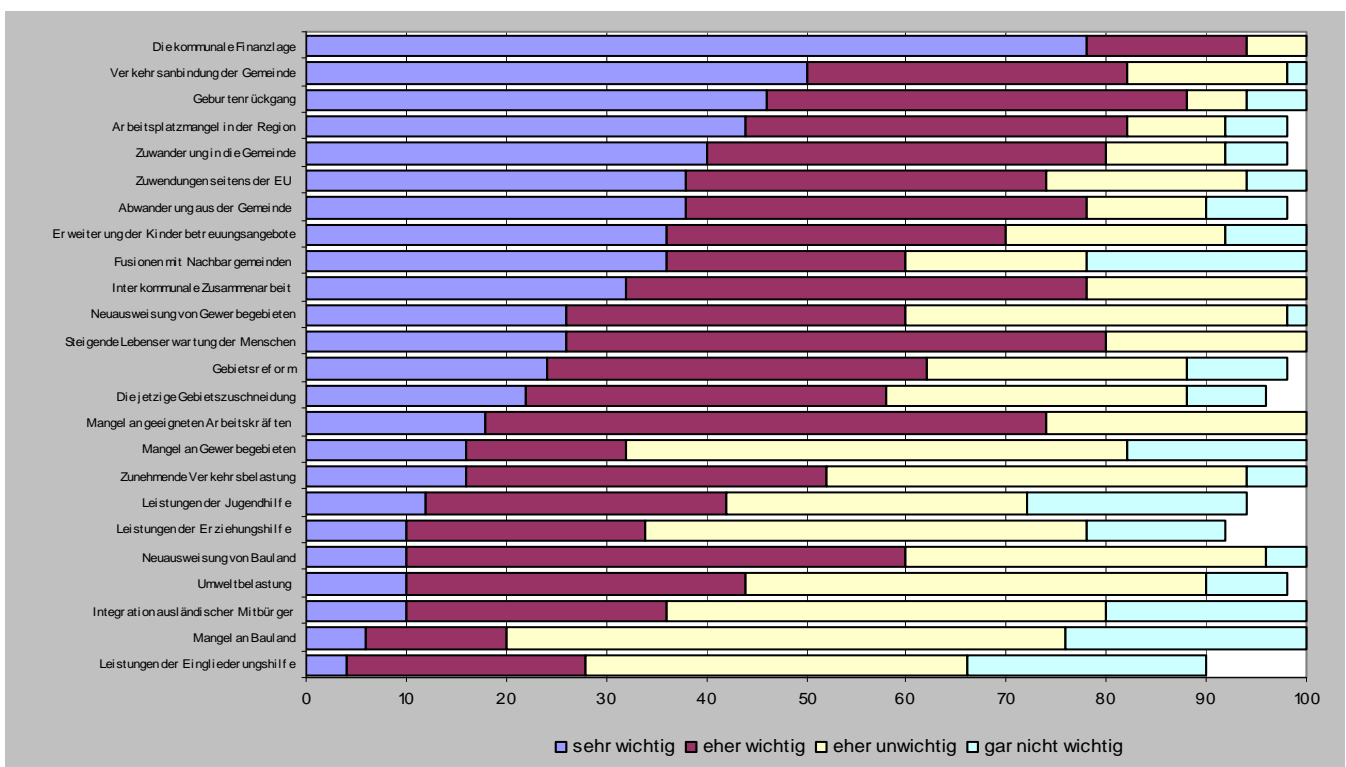


Abbildung 2:
 Phänomene und Entwicklungen, die für die Arbeit der kommunalen Verwaltungen in Ostdeutschland in den fünf zuvor liegenden Jahren relevant waren. Geordnet nach der Kategorie „sehr wichtig“. Angaben in %. Eigene Berechnungen.

gen Themen, bei denen die Mittelwertunterschiede besonders hoch sind, womit deutlich wird, dass die Gebietsreformproblematik in Westdeutschland für die Arbeit kommunaler Verwaltungen fast keine Rolle spielt(e).

Im Rahmen der Studie war auch von Interesse zu erfahren, in welchem Ausmaß sich die Kommunen (aus Sicht derer Bürgermeister) mit den Folgen des demographischen Wandels konfrontiert sehen. Die Ergebnisse überraschen eigentlich nicht:

In 62,5% der westdeutschen und 52% der ostdeutschen Kommunen stellen die Bürgermeister fest, dass die Schülerzahlen an den Grundschulen in ihrer Gemeinde bereits erheblich zurückgegangen sind. Entsprechend sind nur 37,8% der westdeutschen aber 46% der ostdeutschen Bürgermeister der Meinung, dass die Schülerzahlen an den Grundschulen in ihrer Gemeinde in den Jahren 2006-2010 nicht „erheblich zurückgegangen“ seien (siehe Abb. 3). Dies ist u.a. darauf zurückzuführen, dass in Ostdeutschland die Schülerzahlen in der davor liegenden Zeit so stark geschrumpft waren, dass ein weiterer „erheblicher Rückgang“ nicht mehr möglich war.

„Die Zahl der Senioren ist in unserer Kommune in den letzten Jahren stark gestiegen“ – dieses Statement haben die meisten Befragten als zutreffend angesehen. Lediglich knapp in jeder zehnten westdeutschen Kommune trifft es nach Auffassung der dortigen Bürgermeister nicht zu, dass die Zahl der Senioren stark gestiegen sei (siehe Abb. 3).

Was die Situation auf dem Arbeitsmarkt in den Kommunen angeht, so ist bereits das zu erkennen, wovon schon seit Jahren gewarnt wird: „Die in unserer Kommune ansässigen Betriebe haben Schwierigkeiten, geeignete Arbeitskräfte zu finden“ – dieser Beschreibung schließen sich 57% der Bürgermeister der westdeutschen Kommunen und 72% der ostdeutschen Kommunen an (Abb. 3), und dies trotz der relativ hohen (im Vergleich zu Westdeutschland) Arbeitslosigkeit im Osten (z.B. über elf Prozent in Sachsen-Anhalt).

In 79% der Kommunen in Westdeutschland und in 74% der Kommunen in Ostdeutschland sehen sich die Bürgermeister im Wettbewerb um Einwohnerinnen und Einwohner mit anderen Kommunen (siehe Abb. 3). Bereits dieses Ergebnis macht deutlich, dass sich die Verantwortlichen in den Kommunen verpflichtet fühlen, die Bevölkerungsentwicklung zu einem zentralen Motiv ihres kommunalen Handelns werden zu lassen. Allerdings steht es zugleich im gewissen Widerspruch zu anderen Meinungsbekundungen der befragten Bürgermeister, was beim Betrachten der Haltungen bezüglich der interkommunalen Kooperation deutlich wird.⁹

Die deutlich gestiegene Lebenserwartung der Menschen impliziert in vielen Kommunen auch einen Handlungsbedarf. In sieben von zehn Kommunen steigt die Notwendigkeit, Altenpflegedienste anzubieten (siehe Abb. 4). In über 80% der Kommunen – beinahe gleichermaßen in Ostdeutschland wie in Westdeutschland – entsteht bzw. wächst die Nachfrage nach Freizeit- und Serviceangeboten für Ältere (siehe Abb. 4).

Weniger mit einer „demographischen Wende“ denn eher mit den politischen Vorgaben auf der Bundesebene – die Veränderung der gesetzlichen Lage, der zufolge ein Rechtsanspruch auf einen Kindergarten- oder Krippenplatz für Zwei- (2010) und Einjährige (2013) bestehen soll¹⁰ – hängt es zusammen, dass in über 40 % ostdeutscher und fast 60% westdeutscher Kommunen in den

⁹ 78% der Befragten in West- und 80% in Ostdeutschland sind der Meinung, „Unsere Kommunalpolitik ist darauf ausgerichtet, mit den benachbarten Kommunen zu kooperieren bzw. mit ihnen in Kooperation zu treten“ und zugleich geben 78% (Westdeutschland) bzw. 80% (Ostdeutschland) an: „Einen Weg aus der Krise sehen wir in unserer Gemeinde in der verstärkten Zusammenarbeit mit den Nachbarkommunen.“

¹⁰ Diese Entwicklung ist jedoch selbstverständlich auch auf Folgen des demographischen Wandels auf den Arbeitsmarkt zurückzuführen.

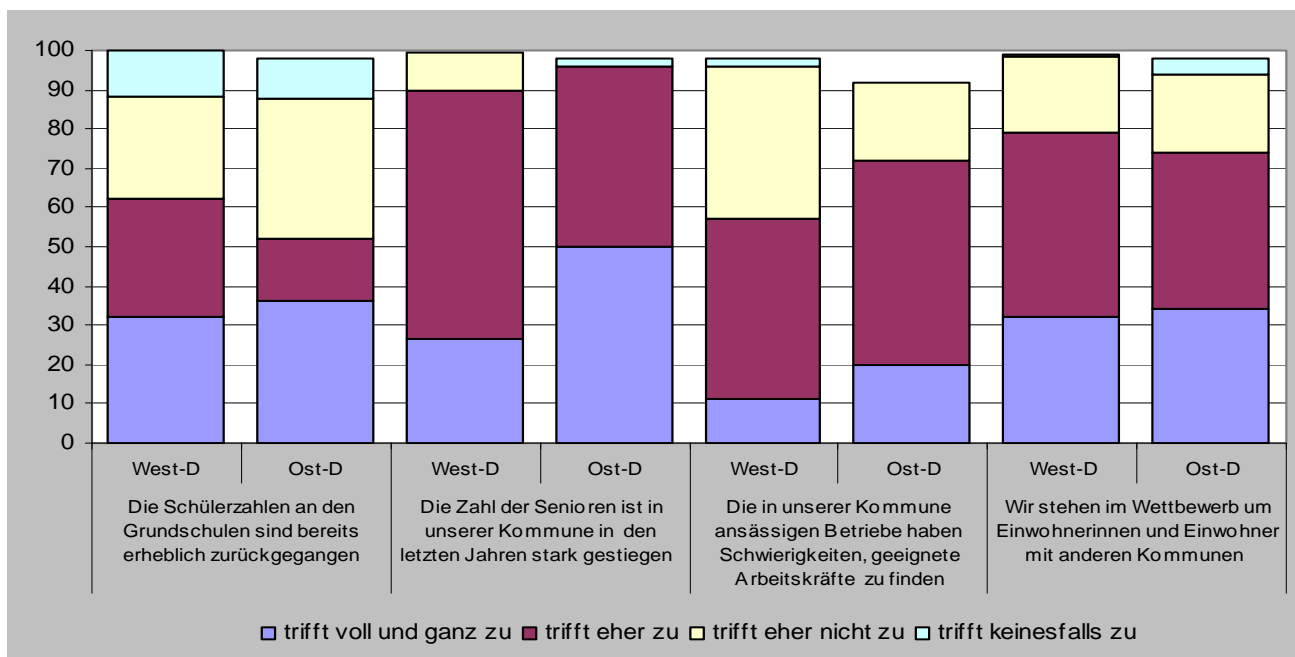


Abbildung 3:

Inwiefern die Beschreibungen der Folgen des demographischen Wandel aus der Sicht der Bürgermeister für deren Kommunen zutreffend sind. Teil 1. Angaben in %. Eigene Berechnungen

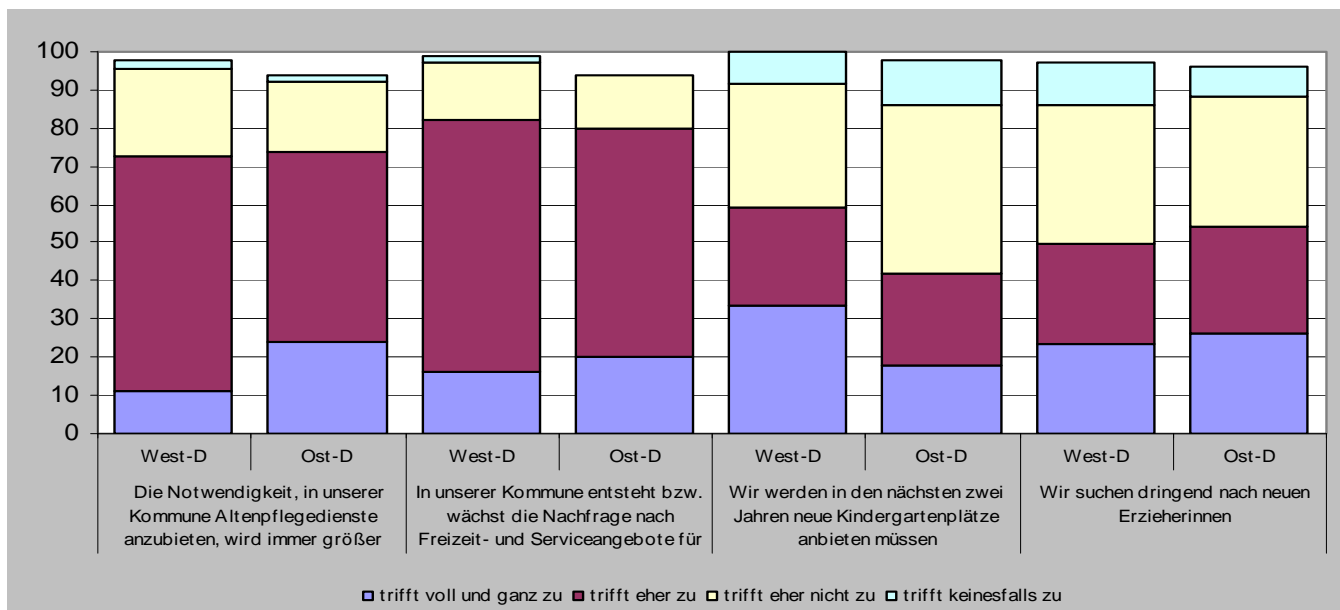


Abbildung 4: Inwiefern die Beschreibungen der Folgen des demographischen Wandel aus der Sicht der Bürgermeister für deren Kommunen zutreffend sind. Teil 2. Angaben in %. Eigene Berechnungen.

nächsten zwei Jahren zusätzliche Kindergartenplätze angeboten werden müssen. Deswegen wird in ca. der Hälfte der deutschen Kommunen dringend nach neuen Erzieherinnen gesucht (siehe Abb. 4). Dies ist vor allem in ostdeutschen Kommunen, wo zwanzig Jahre zuvor eine gewaltige Entlassungswelle in den kommunalen Verwaltungen in erster Linie Erzieherinnen betraf (vgl. Bartl/Jonda 2008), eine bemerkenswerte Sachlage.

Klassische Themenfelder der Demographie auf der Agenda der Kommunen

Im Kern der meisten Modellberechnungen über die Bevölkerungsentwicklung in Deutschland in den nächsten Jahrzehnten steckt der Hinweis auf einen massiven Bevölkerungsrückgang. Allein für Rheinland-Pfalz prognostizierte 2002 das Statistische Landesamt Rheinland-Pfalz eine Reduzierung um 25% bis zum Jahr 2050 ¹¹

¹¹ Vgl.: Stat. Landesamt Rheinland-Pfalz (Hg.) (2002): Rheinland-Pfalz 2050. Zeitreihen, Strukturdaten, Analysen, Bd. 1, Bad Ems

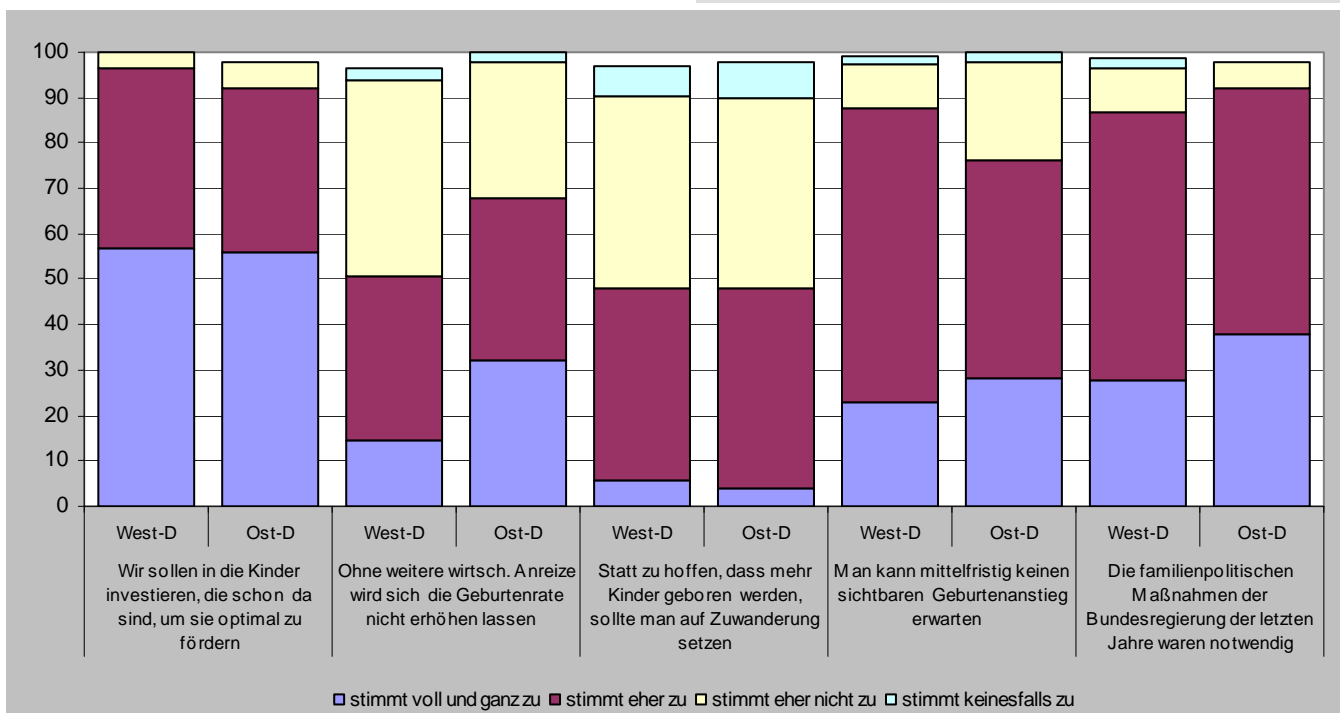


Abbildung 5: Einschätzung von Entwicklungen und ausgewählter Handlungsoptionen hinsichtlich Geburtensteigerung durch die Bürgermeister. Angaben in %. Eigene Berechnungen.

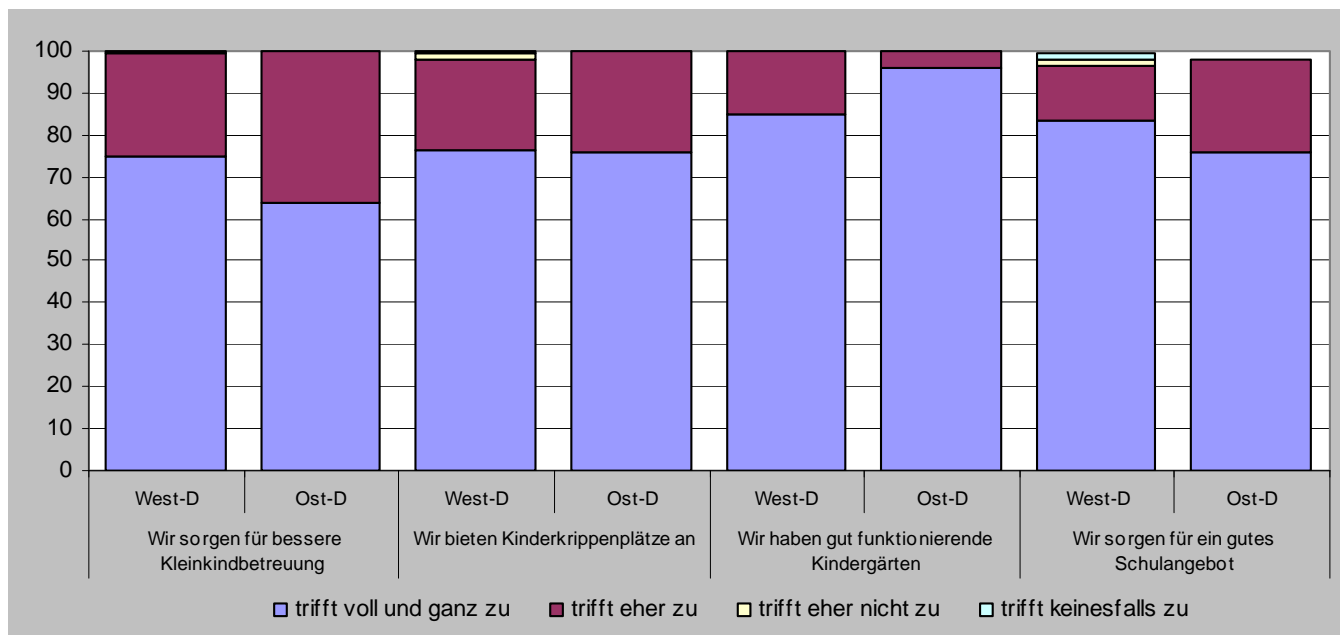


Abbildung 6:
Maßnahmen, die in den Kommunen ergriffen werden, um die niedrige Geburtenrate zu beeinflussen – Teil 1.

(von vier Millionen im Jahr 2000 auf drei). Vor diesem Hintergrund sehen sich die meisten Bürgermeister verpflichtet, die Bevölkerungsentwicklung zu einem zentralen Motiv ihres kommunalen Handelns zu machen. Mit der Studie „Demographischer Wandel als besondere Herausforderung für Kommunen“ wollten wir dies näher beleuchten und stellten gezielt einige Fragen nach den klassischen Themenfeldern der Demographie: Geburtenentwicklung und Migration. Dazu wurden die interviewten Bürgermeister u.a. nach Motiven ihres kommunalen Handelns und nach Maßnahmen befragt, die sie zur Erledigung dieser kommunalen Aufgaben in den letzten fünf Jahren ergriffen hatten.

Die Einschätzung bezüglich verschiedener Handlungsoptionen, mit denen man der demographischen Schrumpfung und deren Folgen begegnen könnte, ist sehr divergierend. Auch wenn die meisten Bürgermeister (87% in Westdeutschland und 93% in Ostdeutschland) die familienpolitischen Maßnahmen der Bundesregierung der letzten Jahre als notwendig angesehen haben (siehe Abb. 5), so ist doch die Skepsis, dass man mittelfristig einen sichtbaren Geburtenanstieg erwarten könne, ebenso sehr verbreitet (87,5% in Westdeutschland und 76% in Ostdeutschland). Allerdings meint fast jeder vierte ostdeutsche Bürgermeister, man könne einen solchen Geburtenanstieg erwarten.

Große Uneinigkeit bestand hinsichtlich der Ablehnung einer Handlungsoption, die sich hinter der Aussage verbirgt „Statt zu hoffen, dass mehr Kinder geboren werden, sollte man auf Zuwanderung setzen“. Fast die Hälfte (48%) der Befragten im Westen und ebenso viele im Osten stimmten dieser Handlungsoption zu, während ca. 50% diese eher ablehnten. Dass durch weitere wirtschaftliche Anreize sich die Geburtenrate nicht erhöhen lassen würde, davon sind 51% westdeutsche Bürgermeister aber fast 70% der ostdeutschen Bürgermeister überzeugt. Die meiste Zustimmung erreichte die Handlungsoption: Wir sollen in die Kinder investieren, die schon da sind, um sie optimal zu fördern (96,5% in West-, bzw. 92% in Ostdeutschland).

In diesem Kontext interessierte auch, welche Maßnahmen in den Kommunen ergriffen werden, um die niedrige Geburtenrate zu

beeinflussen.

Für bessere Kleinkindbetreuung zu sorgen, Kinderkrippenplätze anzubieten und gut funktionierende Kindergärten vorzuhalten – diese Aufgaben haben sich fast alle befragten Bürgermeister zu Eigen gemacht. Fast alle (zwischen 96,5% und 98%) bezeichnen auch die Maßnahme „für ein gutes Schulangebot zu sorgen“ als zutreffend für ihre Kommune (siehe Abb. 6).

Ebenso viele Bürgermeister setzen sich für die Steigerung der Attraktivität des Wohnortes für junge Familien ein; wesentlich weniger (im Schnitt 63%) unterstützen Firmen, die Arbeitsplätze für junge Menschen schaffen (siehe Abb. 7).

Die Hälfte der Befragten im Westdeutschland (49,3%) und 54% in Ostdeutschland lehnen die Aussagen als nicht zutreffend ab: „Die niedrige Geburtenrate lässt sich bei uns kommunalpolitisch nicht beeinflussen“ – eine Indiz dafür, dass – auch wenn die Geburt eines Menschen eine höchst individuelle Angelegenheit ist – die Kommunalpolitik doch auch versuchen kann, Rahmenbedingungen zu schaffen, die sich günstig auf die individuellen Entscheidungen der Bürger auswirken könnten.

In der Studie interessierte auch die Einschätzung der befragten Personen bezüglich weiterer Handlungsoptionen, mit denen man der demographischen Schrumpfung und deren Folgen begegnen könnte. Insofern bezogen sich einige Fragen auf Migration und auf Integrationsmöglichkeiten eingewanderter Bevölkerungsgruppen.

Insgesamt sind die Einschätzungen darüber, wie sich die Wanderungsbewegung auf die Kommunen auswirken kann, sehr unterschiedlich (siehe Abb. 8).

Nur für jede dritte Kommune tragen regionale Wanderungsbewegungen zum Bevölkerungsrückgang in ihrer Kommune bei. Dies ist in Ostdeutschland häufiger der Fall als in Westdeutschland (siehe Abb. 8). Anders ist es bei der Einschätzung darüber, ob die regionalen Wanderungsbewegungen die Bevölkerungszahl in den Kommunen positiv beeinflussen:

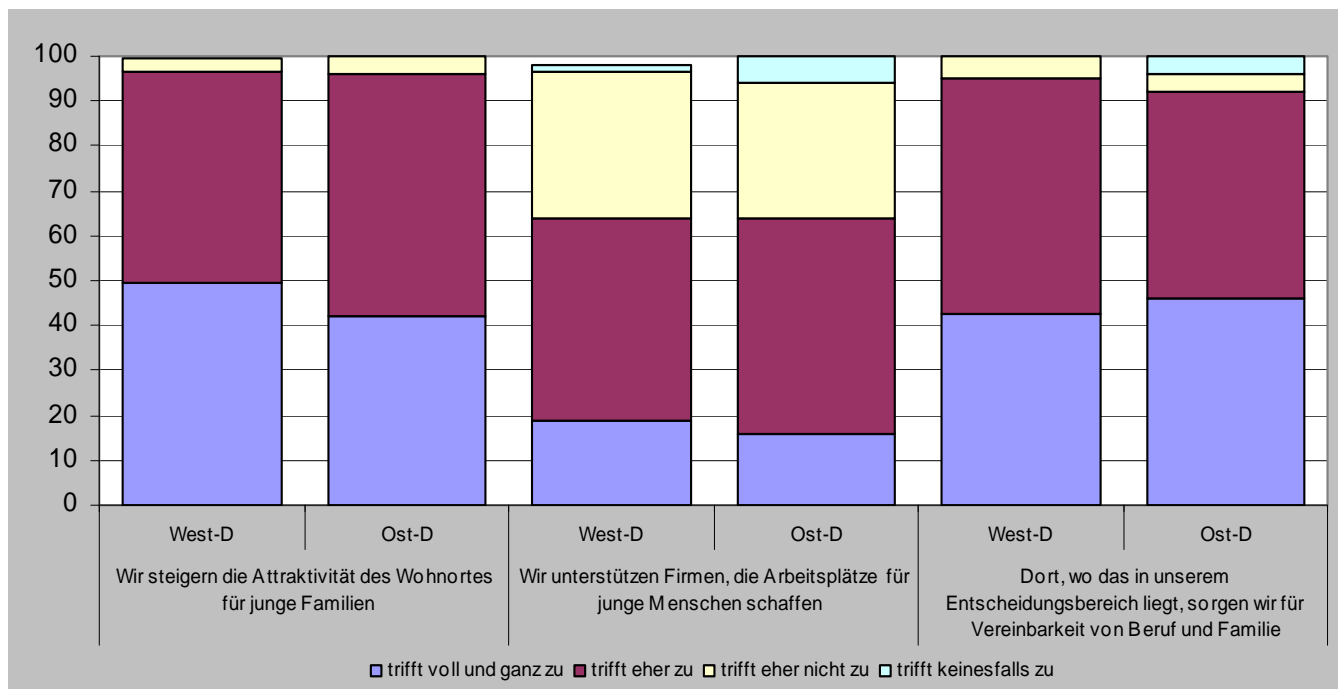


Abbildung 7: Maßnahmen, die in den Kommunen ergriffen werden, um die niedrige Geburtenrate zu beeinflussen – Teil 2.

Das Statement „Dank Wanderungsbewegungen in der Region steigt die Bevölkerungszahl in unserer Kommune“ stufen 47% der Befragten in Westdeutschland, aber nur 32% in Ostdeutschland als voll und ganz bzw. eher zutreffend ein. Dort haben auch 70% der Befragten bestätigt, dass die Abwanderung in ein anderes Bundesland für die Kommune ein Problem darstelle. Gleichwohl meinten 58% der Befragten in Ostdeutschland, die Binnenwanderung sei die einzige Größe der demographischen Entwicklung, die sie kommunalpolitisch beeinflussen könnten (siehe Abb. 8).

Große Skepsis herrschte bezüglich der Handlungsoption „Zuwanderung aus dem europäischen Ausland“: Dass dies die Bevölkerungszahl positiv beeinflussen könnte, dem stimmten 43% der westdeutschen Bürgermeister aber nur 27% der Bürgermeister in den ostdeutschen Kommunen zu (siehe Abb. 9).

Noch mehr Befragte sehen die Zuwanderung aus dem außereuropäischen Ausland als Lösungsansatz skeptisch (siehe ebenfalls Abb.9). Dies liegt zum Teil daran, dass die meisten Kommunen

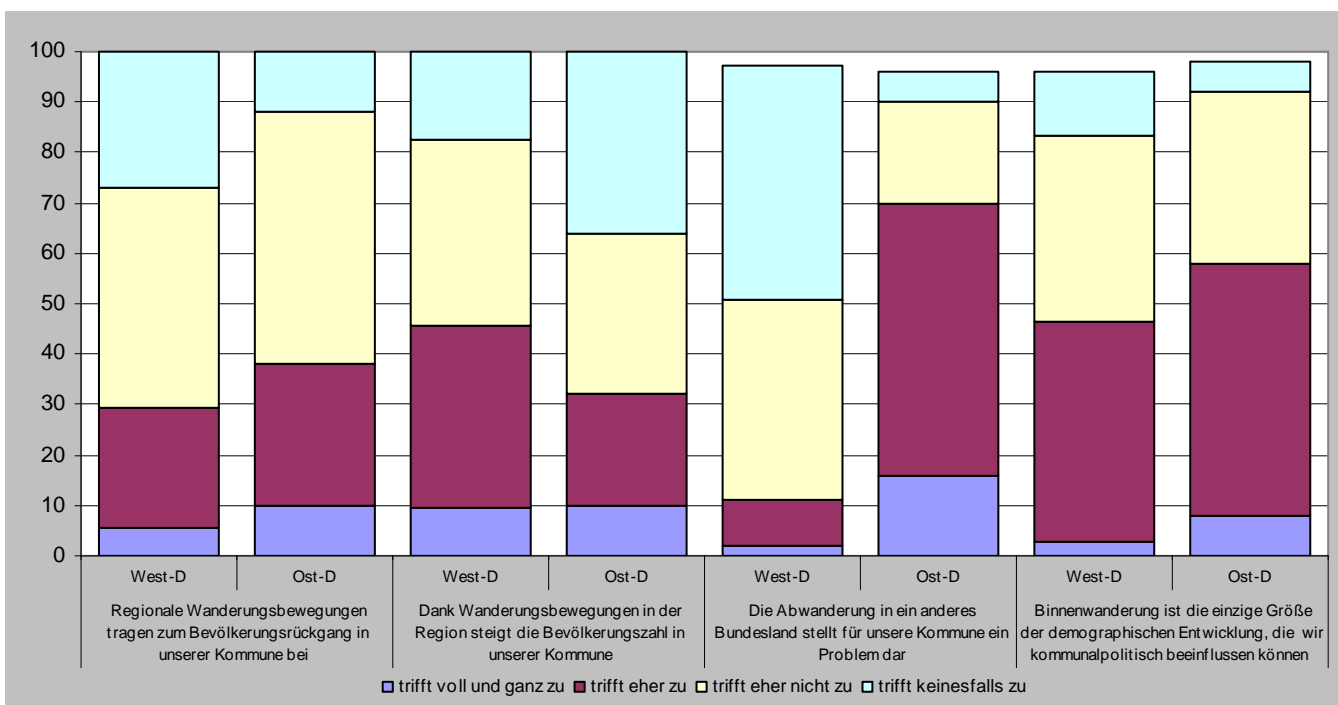


Abbildung 8: Einschätzung darüber, wie sich Wanderungsprozesse auf die Kommunen auswirken können. Teil 1. Angaben in %. Eigene Berechnungen.

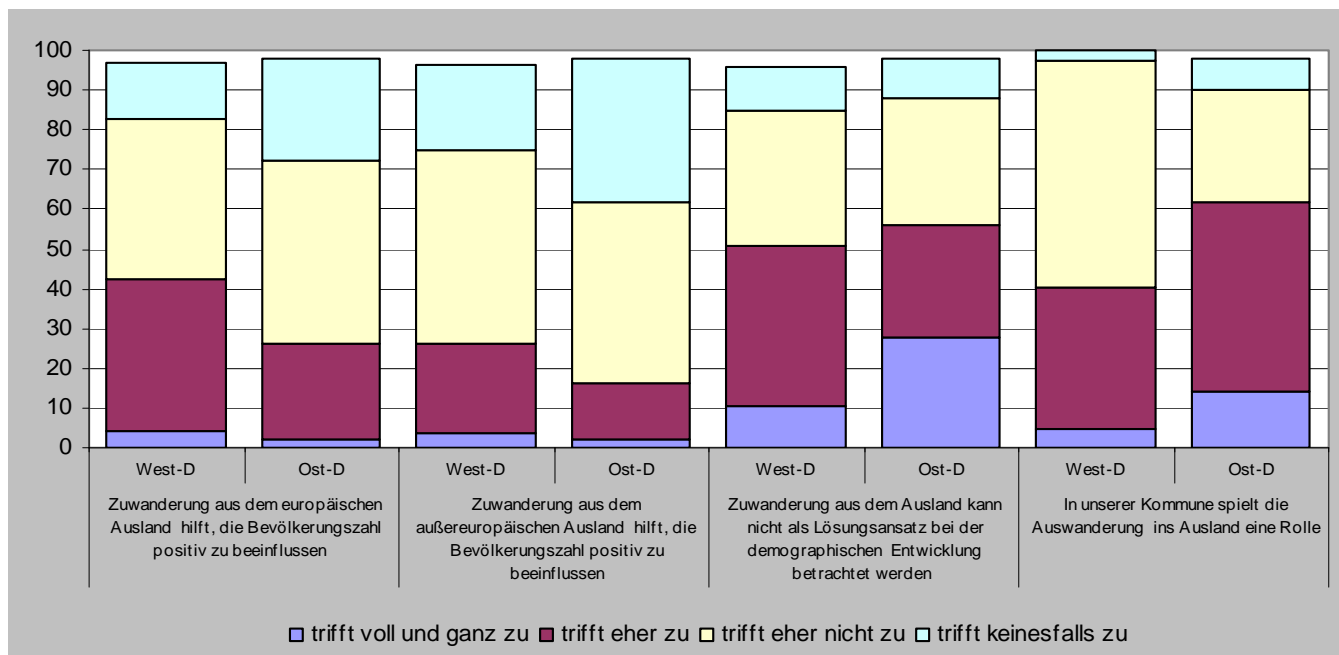


Abbildung 9:
 Einschätzung darüber, wie sich Wanderungsprozesse auf die Kommunen auswirken können. Teil 2.
 Angaben in %. Eigene Berechnungen.

weder finanzielle Mittel haben, um die Integration von Ausländern in der Kommune zu gewährleisten (dies gaben 46,5% der westdeutschen und 52% der ostdeutschen Bürgermeister an; siehe Abb.10), noch personelle Kapazitäten, um die Integration ausländischer Immigranten zu fördern (diese Meinung vertreten 45,2 % der Bürgermeister in Westdeutschland und 58% in Ostdeutschland; siehe ebenfalls Abb. 10). Folglich sind 51% in Westdeutschland und 58% in Ostdeutschland der Meinung, Zuwanderung aus dem Ausland könne nicht als Lösungsansatz bei der demographischen Entwick-

lung betrachtet werden. Dass die Ablehnung der Zuwanderung aus dem außereuropäischen Ausland als Möglichkeit, die demographische Entwicklung in den Kommunen zu beeinflussen, auch andere Gründe als nur die Finanzen oder mangelnde personelle Ausstattung der Gemeinden haben könnte, dies wird relativ entschieden verneint: Keiner der befragten Bürgermeister in Westdeutschland war der Meinung, dass die Behauptung, die „erfolgreiche Integration von ausländischen Immigranten () bei uns an der ablehnenden Haltung der einheimischen Bevölkerung“ scheitern würde, völlig zutreffend sei (4,2% meinten, dies treffe

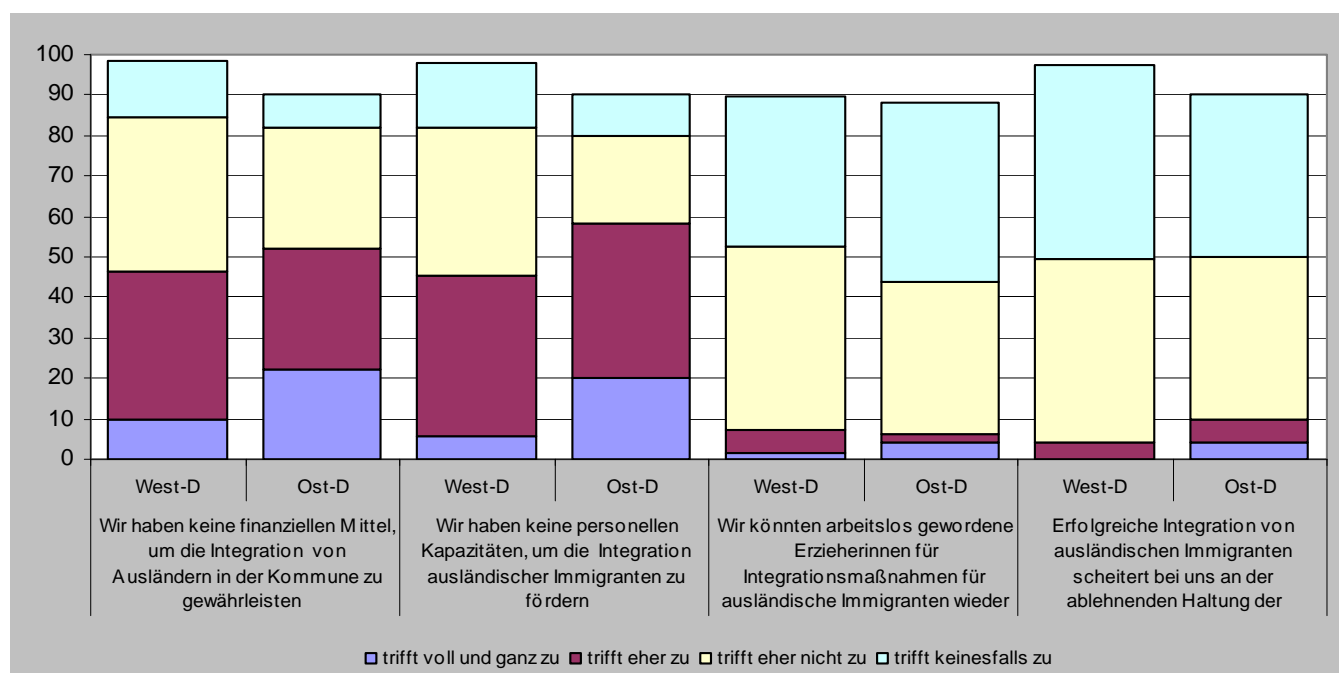


Abbildung 10:
 Was kennzeichnet die Situation hinsichtlich der Integration von Immigranten in den Kommunen aus der Sicht der befragten Bürgermeister? Angaben in %. Eigene Berechnungen.

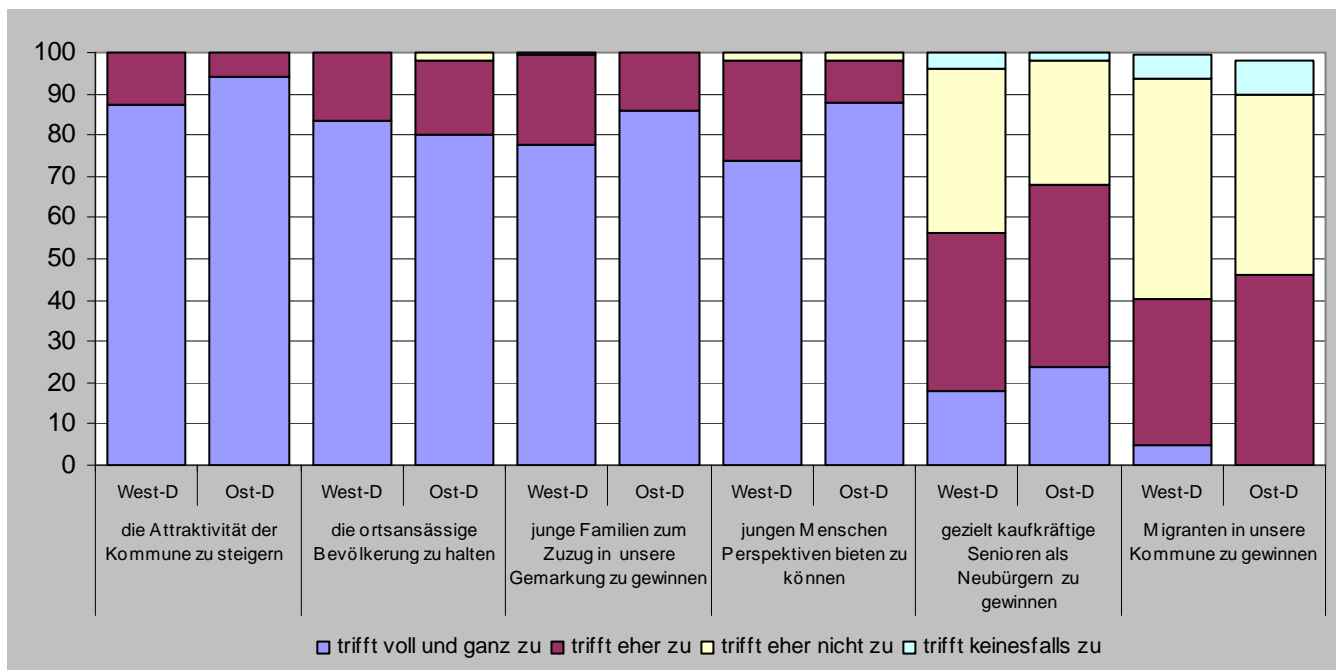


Abbildung 11: Welche Ziele verfolgt die Standortpolitik der befragten Bürgermeister. Angaben in %. Eigene Berechnungen.

eher zu; siehe Abb. 10). In Ostdeutschland waren es zwei Personen (4%). Insgesamt führt jeder zehnte befragte ostdeutsche Bürgermeister die Schwierigkeiten bei der Integration von Ausländern auf das Verhalten der ansässigen Einwohnern zurück (siehe Abb.10).

Wichtigste Ziele der Standortpolitik

Eine relativ distanzierte Haltung bezüglich der Einwanderung ist auch im Zusammenhang mit der Frage nach den Zielen der Standortpolitik zu verzeichnen. Die Abbildung Nr. 11 illustriert die Haltung der befragten Bürgermeister hinsichtlich der sechs vorgegebenen Ziele: Während solche Ziele wie die Attraktivität der

Kommune zu steigern, die ortsansässige Bevölkerung zu halten, junge Familien zum Zuzug in unsere Gemarkung zu gewinnen und jungen Menschen Perspektiven bieten zu können weitestgehend als Ziel des kommunalen Handelns befürwortet werden, weichen die Meinungen bezüglich der Ziele: gezielt kaufkräftige Senioren als Neubürger zu gewinnen und Migranten für unsere Kommune zu gewinnen stark davon ab. Bemerkenswert ist, dass kein einziger Befragter in Ostdeutschland die Gewinnung von Migranten für seine Kommune als entscheidendes Ziel seiner Standortpolitik definierte.

Auf welche Art und Weise die kommunalen Entscheidungsträger

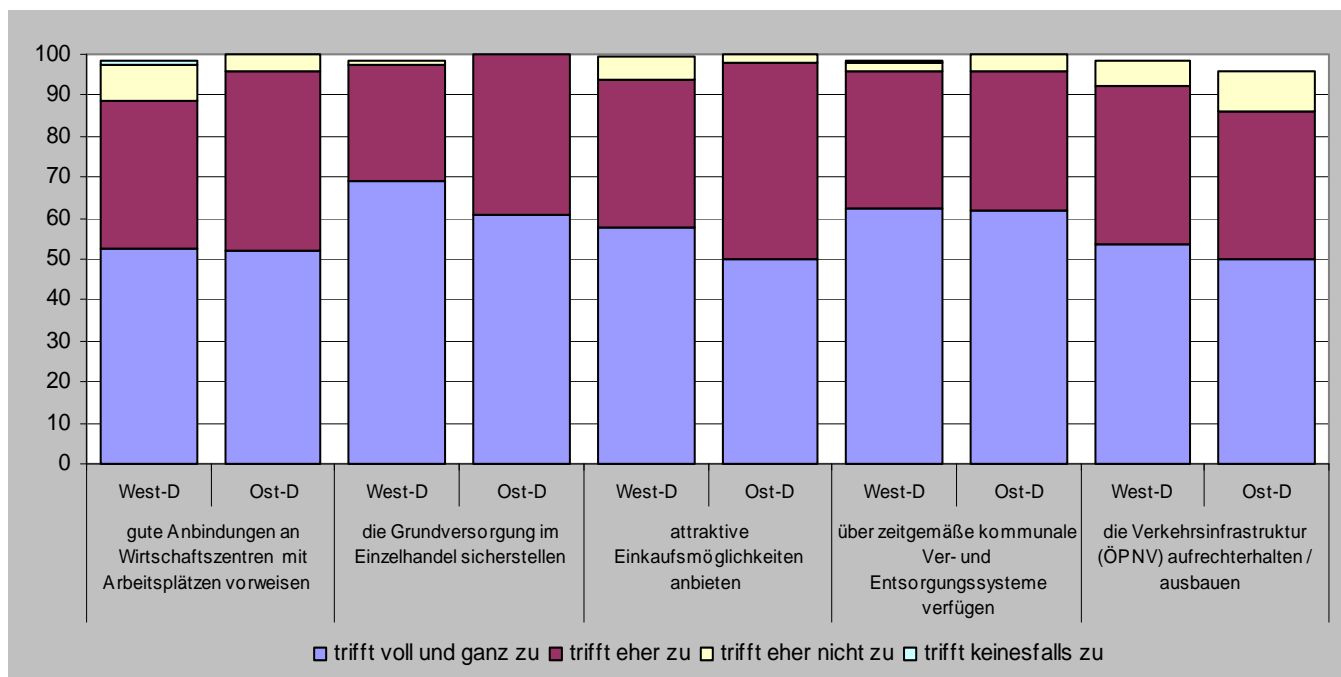


Abbildung 12: Wie bzw. wodurch werden die Ziele der eigenen Standortpolitik verfolgt. Teil 1. Angaben in %. Eigene Berechnungen.

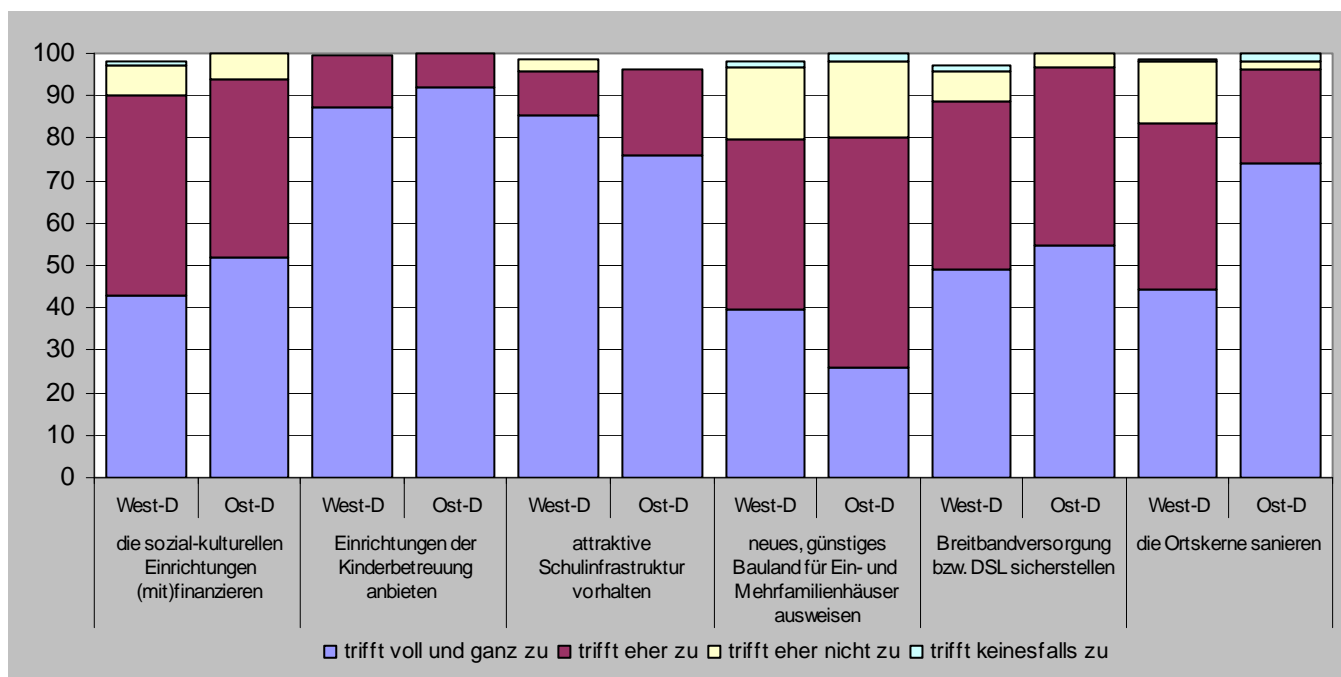


Abbildung 13: Wie bzw. wodurch werden die Ziele der eigenen Standortpolitik verfolgt. Teil 2. Angaben in %. Eigene Berechnungen.

in der Regel die Ziele ihrer Standortpolitik verfolgen, dies wurde in den vorangegangenen qualitativen Studien sowie der Pretestphase ermittelt. Demzufolge bekamen die Respondenten die Möglichkeit, bei elf Items anzugeben, inwiefern diese als für ihre Kommunen zutreffend angesehen werden können.

Die Abbildungen 12 und 13 dokumentieren die Ergebnisse: die höchste Priorität besitzt die Maßnahme *Einrichtungen der Kinderbetreuung anbieten*, gefolgt von *die Grundversorgung im Einzelhandel sicherstellen*. Die Relevanz der angeführten Maßnahmen ist in West- und Ostdeutschland weitgehend ähnlich (die Differenz zwischen Ost und West beträgt maximal acht Prozentpunkte).

Eine Ausnahme bilden folgende zwei Maßnahmen: *neues, günstiges Bauland für Ein- und Mehrfamilienhäuser ausweisen* und *die Ortskerne sanieren*: *Ortskerne sanieren* besitzt in Ostdeutschland Vorrang vor dem Ausweisen neuer Baugrundstücke für Familien, was in Westdeutschland – ungeachtet der Tatsache, dass die Innenstädte manchenorts bereits Leerstand aufweisen – immer noch präferiert wird.

Zwischen Resignation und Kreativität

In der abschließenden Betrachtung der Ergebnisse unserer Studie sollen zwei Aspekte zur Sprache kommen. Zunächst soll noch-

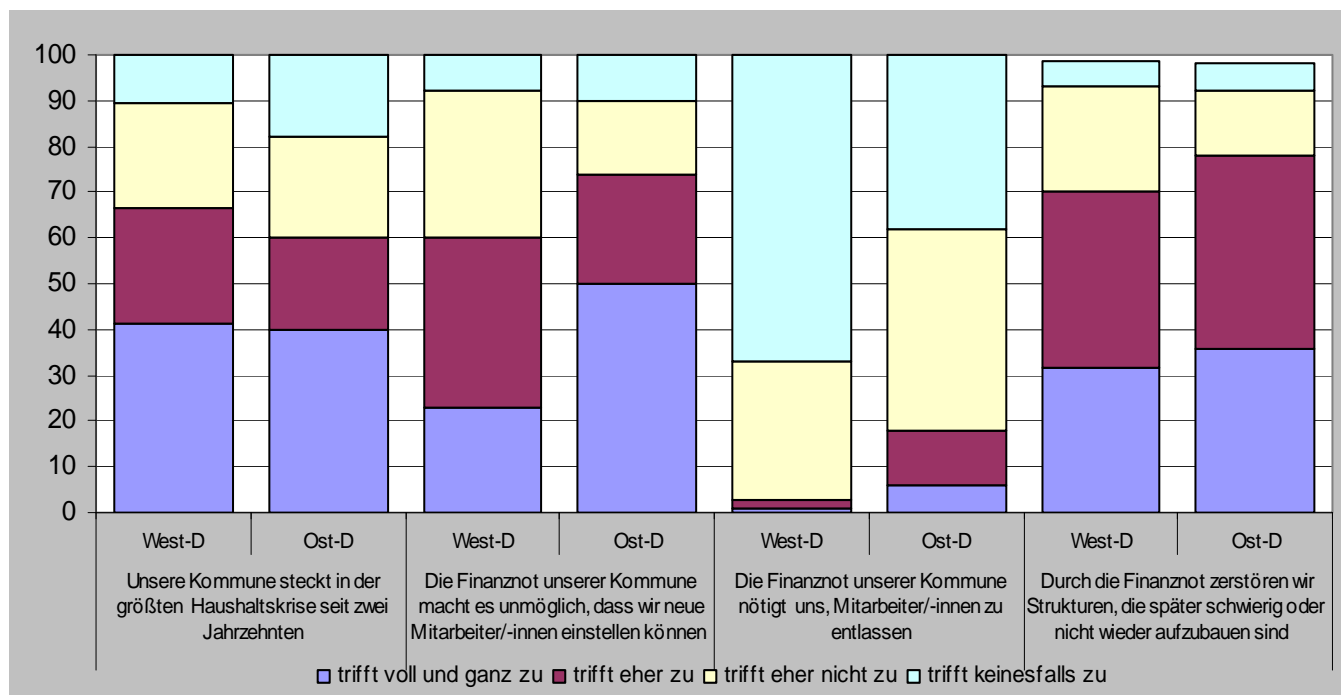


Abbildung 14: Informationen über finanzielle Aspekte. Angaben in %. Eigene Berechnungen.

mals die finanzielle Lage der Gemeinden kurz angerissen werden: 68% der Kommunen in Ostdeutschland und 60% der Kommunen in Westdeutschland steckten – nach Einschätzung der Bürgermeister (siehe Abb.14) – in der größten Haushaltskrise seit zwei Jahrzehnten.

Zum einen mache dies unmöglich, neue Mitarbeiter/-innen einzustellen, zum anderen zerstöre die Finanznot „Strukturen, die später schwierig oder nicht wieder aufzubauen sein werden“. Diese Sorge bewegt offensichtlich 72% der befragten Bürgermeister in Ostdeutschland und 79% in Westdeutschland. Dennoch verneinen es die meisten Befragten, dass wenn sie über demographische Probleme ihrer Kommune sprechen, sie „ein Gefühl der Verzweiflung“ überwältige (siehe Tab.1).

West/Ost Deutschland	keine Antwort	trifft voll und ganz zu	trifft eher zu	trifft eher nicht zu	trifft keinesfalls zu	weiß nicht
West-D	18,8%	0,0%	4,2%	36,8%	40,3%	0,0%
Ost-D	10,0%	0,0%	4,0%	42,0%	42,0%	2,0%
Deutschland	16,5%	0,0%	4,1%	38,1%	40,7%	0,5%

Tabelle 1:
Reaktionen auf das Item „Wenn wir über demographische Probleme unserer Kommune sprechen, überwältigt uns ein Gefühl der Verzweiflung“

Auch auf das Item „Angesichts unserer demographischen Probleme sind wir hilflos und machtlos, egal wie hart wir daran arbeiten“ reagierten die meisten Bürgermeister (jeweils über 75%) mit der Information, dies würde in ihrer Kommune nicht vorkommen (siehe Tab.2).

West/Ost Deutschland	keine Antwort	trifft voll und ganz zu	trifft eher zu	trifft eher nicht zu	trifft keinesfalls zu	weiß nicht
West-D	18,8%	0,7%	2,8%	22,2%	55,6%	0,0%
Ost-D	10,0%	6,0%	6,0%	24,0%	52,0%	2,0%
Deutschland	16,5%	2,1%	3,6%	22,7%	54,6%	0,5%

Tabelle 2:
Reaktionen auf das Item „Angesichts unserer demographischen Probleme sind wir hilflos und machtlos, egal wie hart wir daran arbeiten“

Gleichwohl wird in verschiedenen Kontexten deutlich, dass die Entscheidungsträger viel Energie aufbringen müssen, um bei der Erfüllung ihrer Aufgaben als Bürgermeister nicht zu resignieren. Zahlreiche handschriftliche Anmerkungen in dem Fragebogen zeugen davon. Als beispielsweise nach der Beschäftigung neuer Mitarbeiter gefragt wurde, gab es häufig als Kommentar dazu den Vermerk *kaum möglich*. Oder es fanden sich Einträge darüber, dass Stellen mit dem Vermerk k.w. (künftig wegfallend) belegt wurden.

In diesem Kontext ist durchaus gerechtfertigt, von einer Vergeblichkeitsfalle zu sprechen. Das bedeutet nicht nur, dass z.B. trotz Einsparungsversuchen und trotz erheblichen Konsolidierungsanstrengungen, es den Kommunen nicht gelingt, den Haushalt auszugleichen. Denn es geht um viel mehr: Mit dem Wegfall der bisherigen Stellen wird es immer schwieriger sein, die Aufgaben

entsprechend den eigenen Ansprüchen zu bewältigen. In einer solchen Situation kann sich leicht das Gefühl einstellen: Egal wie wir uns anstrengen, es wird nicht belohnt, wir werden dafür noch abgestraft. Doch auch in diesen Kommunen, von denen wir annehmen würden, dass sie in der Vergeblichkeitsfalle stecken, werden keine Gefühle der Verzweiflung und der Machtlosigkeit benannt.

Darüber hinaus gibt es eine Reihe von Kommunen – sowohl in Ost- wie auch in Westdeutschland –, die den Herausforderungen, mit denen sie infolge des demographischen Wandels konfrontiert sind, auf besonders konstruktive Art und Weise zu begegnen versuchen. Exemplarisch sei an dieser Stelle auf zwei Kommunen verwiesen: zum einen auf die Verbandsgemeinde Daun in der Eifel, zum anderen auf die Gemeinde Illingen aus dem Saarland. Die Verbandsgemeinde Daun ist eine Verwaltungseinheit mit ca. 23.200 Einwohnern¹² im Landkreis Vulkaneifel in Rheinland-Pfalz. Ihr gehören die Stadt Daun sowie weitere 37 eigenständige Ortsgemeinden an. Die Analyse der Situation in der Verbandsgemeinde durch die kommunale Verwaltung mündete relativ frühzeitig in der Erkenntnis: Die Bevölkerung wird schrumpfen, die Menschen werden älter, ihre Lebensstile und familiären Strukturen nehmen an Vielfalt zu. Zusätzlich sind Globalisierung, veränderte Wirtschaftsbeziehungen aber auch gesellschaftliche Trends wie die Digitalisierung, die Entwicklung hin zu einer Wissensgesellschaft, Änderungen in der Mobilität und der Arbeitswelt zu bedenken. Die bereits jetzt spürbaren Auswirkungen des gesellschaftlichen Wandels werden zukünftig noch viel gravierender für jeden Einzelnen in seinem Alltag sein (vgl. Homepage der VG Daun). „Auch wenn das Leben auf dem Land gegenüber der Stadt viele Vorteile hat, gibt es Situationen, die den Alltag vor Ort im ländlichen Raum erschweren. Größere Entfernungen zu Einrichtungen wie Schulen, Krankenhäusern, die Notwendigkeit des Pendelns zum Arbeitsplatz, zum Einkaufen, zu kulturellen Aktivitäten erfordert vielfach eine hohe Mobilität und ein Auto. Junge Menschen stehen zunehmend vor der Entscheidung: 'bleiben oder gehen?', wenn keine ausreichenden Arbeits- und Ausbildungsplätze in erreichbarer Nähe oder vor Ort angeboten werden. Für ältere Menschen kann es zunehmend zur Herausforderung werden, in ihrem Ort die notwendigen Dinge des täglichen Bedarfs zu erhalten. Diese Liste ließe sich noch beliebig fortführen. Sie macht jedoch auch so schon deutlich: die Auswirkungen des gesellschaftlichen Wandels sind vielfältig und erfordern eine ganzheitliche Strukturentwicklung im ländlichen Raum und in der Verbandsgemeinde Daun.“ – dies ist die Zustandsbeschreibung des Bürgermeisters der Verbandsgemeinde Daun, Werner Klöckner. Sie mündete in dem Wunsch: „Wir warten nicht auf den Wandel - wir gestalten selbst!“¹³ und

¹² Im Jahr 1970 lebten dort 20.500 Menschen, 1997: 24.093.

¹³ Siehe <http://www.leader-vulkaneifel.de/projekte/wege-projekt> [Zugriff am: 6.2.2011]

¹⁴ Das Projekt hat zum Ziel, demographiesensible Lösungen für die Verbandsgemeinde in den betroffenen Tätigkeitsfeldern zu erarbeiten. „WEGE – Wandel erfolgreich gestalten“ hat sich zu Aufgabe gemacht, über eine Änderung in den Köpfen der Menschen – von der Politik, der Verwaltung, den Multiplikatoren in der Verbandsgemeinde bis hin zu den Bürgerinnen und Bürgern – eine ganzheitliche, umfassenden Strukturentwicklung zu erreichen, um einen Übergang in ein neues demographiesensibles Handlungssystem der Verbandsgemeinde zu schaffen. siehe <http://www.leader-vulkaneifel.de/projekte/wege-projekt>. Der Projektträger ist die Verbandsgemeinde Daun selbst.

fürte zur Entstehung des Projekts „WEGE-Wandel erfolgreich gestalten!“, das eine ganzheitliche Strukturentwicklung unter Berücksichtigung des demographischen Wandels in der Verbandsgemeinde befördern soll.¹⁴ Bereits 1998 wurde ein Technologie- und Gründerzentrum Daun (als Träger- und Betriebsgesellschaft mbH) gegründet, um die Qualität des Standortes Verbandsgemeinde Daun zu fördern. Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung und Stärkung der heimischen Wirtschaft und die Schaffung von Arbeitsplätzen.¹⁵

Die Gemeinde Illingen im Saarland hat über 17.300 Einwohner und besteht aus sechs Gemeindeteilen. Aus dieser Kommune ist vor allem das Projekt „Illingen 2030 - gemeinsam für unsere Zukunft“ zu nennen, das zwar als Experiment begonnen hatte, aber mit dem sich die Gemeinde bereits 2008 als einzige deutsche Kommune bei der „8. International Conference on Urban Planning and Environment“ präsentieren konnte. Das Projekt basiert auf der Überzeugung, dass der demographische Wandel zumindest in Teilbereichen steuerbar sei (König 2011, Rademacher 2011) und dass bürgerliche Handlungsspielräume entdeckt werden und größere Netzwerke entstehen müssten.¹⁶ „Anders denken, anders handeln und selbst Verantwortung übernehmen, um die Chancen künftiger Generationen zu wahren“ – so lautete die Devise in Illingen.¹⁷ Deswegen sind die Maßnahmen, die in Illingen ergriffen worden sind, sehr konkret, besitzen einen möglichst attraktiven Rahmen und betreffen unmittelbar die Bürgerinnen und Bürger. Diese sollen auch die Chance erhalten, eigene Ideen zu verwirklichen,¹⁸ was nur dann funktioniert, wenn die Menschen sich selbst angesprochen fühlen.

Die Erkenntnisse solcher Kommunen wie Illingen und die VG Daun lassen sich mit den folgenden Worten von Armin König, dem Bürgermeister von Illingen zusammenfassen:¹⁹ „Die Bevölkerung wird älter werden und die Zahl der Einwohner wird schrumpfen. Notwendig sind deshalb neue Denkmuster, neue soziale Fähigkeiten und ein neues Bewusstsein für nachhaltige Entwicklung.“ In zahlreichen Kommunen ist die Bereitschaft hierzu vorhanden.

Literaturverzeichnis

- Bartl, Walter (2011): Personalpolitik in schrumpfenden Kommunen. Ostdeutschland, Westdeutschland und Polen im Vergleich. Wiesbaden: VS Verlag.
- Bartl, Walter/Jonda, Bernadette (2008): Demographischer Wandel und personalpolitischer Response in Kommunen. In: Sackmann, Reinhold/Jonda, Bernadette/Reinhold, Maria (Hg.): Demographie als Herausforderung für den öffentlichen Sektor. Wiesbaden: VS Verlag, 183-205.
- Hradil, Stefan/Jonda, Bernadette (2004): Folgen des demographischen Wandels aus der Sicht kommunaler und regionaler Entscheidungsträger: Ergebnisbericht der Regionalstudie Mainz.
- König, Armin (2011): Bürger und Demographie: Partizipative Entwicklungsplanung für Gemeinden im demographischen Wandel. Merzig: Gollenstein Verlag.
- Mäding, Heinrich (2005): Herausforderungen und Konsequenzen des demographischen Wandels für die Städte, S. 19-36, in: Hill, Hermann (Hg.): Kommunale Selbstverwaltung – Zukunfts- oder Auslaufmodell? Beiträge der 72. Staatswissenschaftlichen Fortbildungstagung vom 24. bis 26. März 2004 an der

¹⁵ Das Technologie- und Gründerzentrum Daun hat die Aufgabe junge Unternehmen aufzunehmen und zu unterstützen, dabei ist das TGZ eine Wirtschaftsförderungseinrichtung, die nicht gewinnorientiert arbeitet. Die TGZ begleitet Existenzgründer und junge Unternehmen auf ihrem Weg in die Selbstständigkeit durch Know how, Dienstleistungen, Gemeinschaftseinrichtungen und günstige Mietkonditionen. Das Angebot des Technologie- und Gründerzentrum Daun wurde gut aufgenommen: seit 2000 gab es über 60 Unternehmensgründungen – so eine Gemeindemitarbeiterin im Interview mit der Autorin.

¹⁶ „Wichtig ist, dass eine Gemeinde oder eine Stadt ihre Einwohner begeistern kann für solche Aktivitäten und dass sie Teil größerer Netzwerke wird.“ – so einer der Grundsätze des Bürgermeisters, Dr. Armin König. Siehe <http://www.illingen2030.de> [Zugriff am: 4.2.2011]. Wertvolle Informationen über partizipative Entwicklungsstrategien u.a. in der Gemeinde Illingen sind zu finden in: König, Armin (2011): Bürger und Demographie: Partizipative Entwicklungsplanung für Gemeinden im demographischen Wandel. Merzig, S. 240-367.

¹⁷ Ebda.

¹⁸ Inzwischen wurden in Illingen zahlreiche Ideen realisiert: Ein neuer Kindergarten, der von der Krippe über Ganztagsbetreuung bis zum klassischen Kindergarten unterschiedliche Betreuungen integriert. Die Jugend hat ihr Jugendzentrum in neuen Räumlichkeiten selbst mitgeplant und mitgestaltet. Wichtiges Ergebnis ist: In Außenbereichen dürfen keine Neubaufächen mehr entstehen. Stattdessen sollen die Innenbereiche wieder gestärkt werden.

¹⁹ <http://www.scribd.com/doc/30467530/Das-Demographiemodell-Illingen-2030> [Zugriff am: 6.2.2011]

Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer [Schriftenreihe der Hochschule Speyer; 172], Berlin: Duncker&Humblot.

Rademacher, Christian (2011): Wie erfolgreich bewältigen deutsche Kommunen den Demographischen Wandel. Unveröffentlichtes Manuskript (Dissertation an der Martin-Luther-Universität Halle–Wittenberg).

Sarcinelli, Ullrich/Stopper Jochen (2006): Demographischer Wandel und Kommunalpolitik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 21-22, S. 3-10.

Siedhoff, Mathias (2008): Demographischer Wandel: Zum Begriff und Wesen eines Megatrends, S. 3-14, in: Killisch, Winfried/Siedhoff, Mathias (Hg.): Dresdner Gespräche zum demographischen Wandel: Der demographische Wandel und seine Folgen [Dresdner geographische Beiträge; 13], Dresden, TU, Institut für Geographie.

<http://www.leader-vulkaneifel.de/projekte/wege-projekt> [6.2.2011]

<http://www.illingen2030.de> [4.2.2011]

<http://www.scribd.com/doc/30467530/Das-Demographiemodell-Illingen-2030> [6.2.2011]

Autorin

Dr. Bernadette Jonda
Institut für Soziologie
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
bernadette.jonda@soziologie.uni-halle.de

Anhang

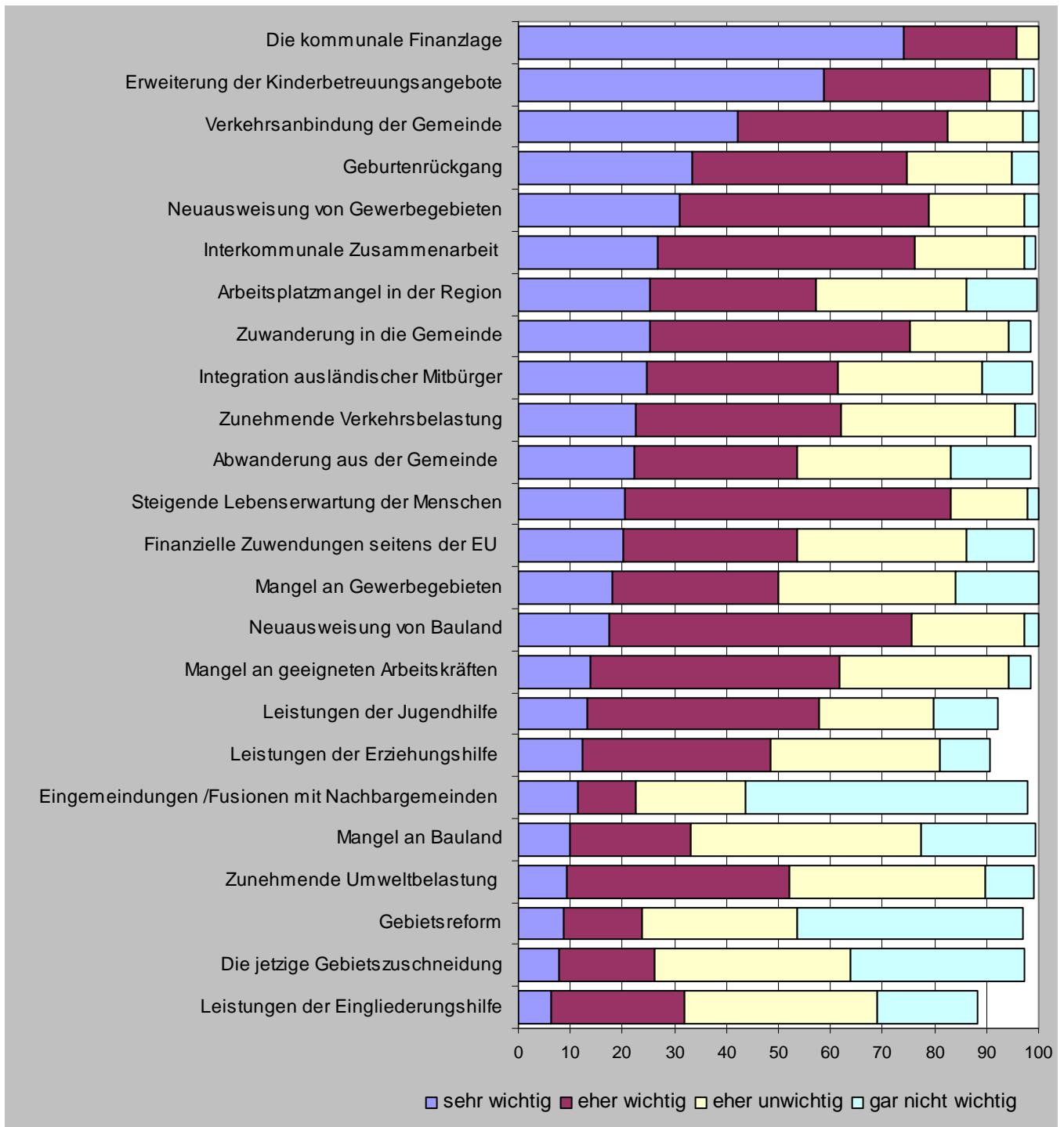


Abbildung I:
 Phänomene und Entwicklungen, die für die Arbeit der kommunalen Verwaltungen in Gesamtdeutschland in den fünf zuvor liegenden Jahren relevant waren. Geordnet nach der Kategorie „sehr wichtig“. Angaben in %. Eigene Berechnungen.

Till Kathmann

Die Auswanderung von Deutschen: Migrationsformen und Migrationsgründe

1. Einleitung

Die aktuelle Auswanderung von Deutschen ist bislang weitgehend unerforscht geblieben. Erst jüngst wird diesem Thema verstärkt Aufmerksamkeit gewidmet (Sauer/Ette 2007; Kathmann et al. 2008; Mau et al. 2008). Dies liegt zum einen an der Befürchtung, eine vermehrte Auswanderung führe zu einem starken *brain drain* (Diehl/Dixon 2005; Ette/Sauer 2010). Zum anderen ist die Anzahl der Fortzüge von Deutschen in den letzten Jahren auf ein Rekordniveau gestiegen – es wanderten so viele aus, wie noch nie seit dem Zweiten Weltkrieg.

Bezieht sich die Befürchtung eines Wanderungsverlusts vor allem auf Hochqualifizierte, wird mit dem vorliegenden Beitrag ein Perspektivwechsel eingeleitet. Im Zentrum der vorgestellten empirischen Untersuchung stehen Deutsche mit mittlerem Qualifikationsniveau, genauer gesagt: Facharbeiter.¹ Theoretisch lässt sich begründen, dass Menschen mit mittlerem Qualifikationsniveau besonders zur Auswanderung neigen. Geringqualifizierte verfügen häufig nicht über die notwendigen (ökonomischen) Mittel, um die Kosten einer Migration zu tragen. Dagegen haben Hochqualifizierte bereits im Herkunftsland häufig hohe Statuspositionen erreicht, von denen aus ein weiterer Aufstieg durch Migration eher unwahrscheinlich erscheint, weil damit ein Statusverlust einhergehen kann. Deswegen dürfte auch für diese Personengruppe eine Auswanderung wenig lohnenswert erscheinen. Empirisch lässt sich dieses Argument belegen: So stellen Personen mit einem mittleren Qualifikationsniveau die größte Gruppe von deutschen Auswanderern (Schupp et al. 2005; Verwiebe et al. 2010).

In der Frage nach den Wanderungsformen hat es in den letzten Jahren eine lebhaftige Debatte in der Migrationsforschung gegeben. Früher wurde mehr oder weniger implizit davon ausgegangen, bei einer Migration handele es sich um einen einmaligen, dauerhaften Wohnortwechsel. Demgegenüber hat die jüngere Migrationsforschung, insbesondere die Transnationalismusforschung, darauf hingewiesen, dass neben die dauerhafte Auswanderung temporäre oder zirkuläre Migrationsformen getreten sind (Pries 1998; Pries 2010). Als Paradebeispiel dafür können die Transmigranten gelten, die zwischen Herkunfts- und Zielland hin- und herpendeln (Pries 2010). Fraglich ist allerdings, welche Wanderungsformen sich bei Deutschen finden lassen.

In Bezug auf die Migrationsgründe, die bei Deutschen wenig empirisch erforscht sind, ergibt sich die Frage, aus welchen Gründen Deutsche auswandern. Während die älteren Migrationstheorien – insbesondere die neoklassischen – davon ausgehen, ökonomische Gründe würden die Migration verursachen (Hicks 1932; Todaro 1969), gehen insbesondere Netzwerkansätze von der Annahme aus, soziale Migrationsgründe wären ausschlaggebend (Greenwood 1969; Anjomani/Hariri 1992). Neuere Forschungsergebnisse wiederum legen nahe, ein Bündel von Faktoren als Ursache von innereuropäischen Wanderungsbewegungen anzusehen (u. a. King 2002; Mau/Verwiebe 2009). Demzufolge sei Migration zu komplex, um durch ökonomische Migrationstheorien ausreichend erklärt zu werden. Vielmehr müssten soziale oder gar kulturelle Faktoren mitberücksichtigt werden, um dem heterogenen Charakter europäischer Binnenmigration gerecht zu werden (Verwiebe 2005; 2008). In diese Debatte greift die vorliegende

Arbeit ein und untersucht die Migrationsgründe von Deutschen.

2. Die Auswanderung von Deutschen: Forschungsstand und Entwicklung

Aus Migrationstheorien lassen sich zahlreiche Migrationsgründe ableiten. Insbesondere die klassischen Migrationstheorien² fokussieren ökonomische Migrationsgründe: "People migrate primarily for economic reasons" (Todaro 1976: 66). Neoklassische Ansätze fokussieren (erwartete) Lohnunterschiede und Arbeitslosigkeit im Herkunftsland sowie die daraus resultierende Suche nach einer Beschäftigung im Zielland (Hicks 1932; Todaro 1969). In der neuen Migrationsökonomie stellen wiederum Risikoaversion bzw. Einkommenspooling und relative Deprivation die zentralen Migrationsgründe dar (Stark/Taylor 1989; Stark 1993). In der Migrationstheorie Piores (1979) schließlich wird die Nachfrage nach Arbeitskräften als hauptsächlicher Migrationsgrund benannt. Ob sich die jeweiligen klassischen Migrationstheorien noch auf die Erfassung der Migrationsgründe der aktuellen Wanderungsbewegung von Deutschen anwenden lassen, bleibt zu klären.

Die Behandlung von Migrationsgründen steht in der Regel nicht im Vordergrund der Netzwerkansätze (Pries 2001). Sie markieren damit den Übergang von klassischen Migrationstheorien hin zu neueren Ansätzen, die danach fragen, *wie* Wanderungen zustande kommen. Allerdings verwundert die weitgehende Vernachlässigung der Erforschung von Migrationsgründen: Einigen Autoren zufolge sind soziale Ursachen die wichtigsten Migrationsgründe (Greenwood 1969; Tarver/McLeod 1973). So wird beispielsweise die Anwesenheit von Freunden, Bekannten und Verwandten im Zielland als eigenständiger sozialer Migrationsgrund gewertet: "so long as there are people to emigrate, the principal cause of emigration is prior emigration" (Petersen 1958: 263).³ Dies hat gelegentlich zu einer Lesart geführt, die eine grundsätzliche Verschiedenheit zwischen netzwerkgesteuerter Migration und Arbeitsmigration nahelegt (Boyd 1989: 638f.). Dementsprechend erfreuen sich Netzwerkansätze nicht zuletzt aufgrund von Erklärungslücken in rein ökonomisch orientierten Migrationsansätzen einiger Beliebtheit.

Im Gegensatz zur herkömmlichen Überblicksliteratur (Massey et al. 1993; Massey et al. 1994a; Haug 2000; Kalter 2000) wird in der vorliegenden Arbeit eine Bezugnahme auf politische Migrati-

¹ Die hier vorgelegte Arbeit beruht im Wesentlichen auf den Ergebnissen meiner Dissertation, die in Kürze veröffentlicht wird: Kathmann, Till (i. E.): Zwischen Gehen und Bleiben. Entscheidungsprozesse wanderungswilliger deutscher Facharbeiter. Bremen. Dissertation.

² Zur Unterscheidung von klassischen und neueren Migrationstheorien siehe Haug (2000).

³ In der Theorie der kumulativen Verursachung wird ähnlich argumentiert (Massey 1990). Auch in ihr kommt sozialen Netzwerken eine zentrale Bedeutung zu. Die Theorie der kumulativen Verursachung beruht auf der Annahme, dass frühere Migrationen spätere Migrationen verursachen und deren Wahrscheinlichkeit erhöhen (Massey et al. 1994b: 1500).



Quelle: Statistisches Bundesamt 2010, eigene Berechnungen.

Daten vor 1991 nur für Westdeutschland.

Abbildung 1:

Fortzüge Deutscher zwischen Deutschland und dem Ausland 1954-2009

onsgründe vorgeschlagen.⁴ Schließlich ist immer wieder argumentiert worden, die Gemeinsamkeiten zwischen Arbeits- und Fluchtmigration nicht zu übersehen, denn: „die sozialwissenschaftliche Analyse [übernimmt] in der Regel unhinterfragt die verwaltungsmäßige und juristische Differenzierung von Arbeitsmigration und Asylbewerbern, ohne die fundamentalen Gemeinsamkeiten zu berücksichtigen“ (Faist 2007: 368). Trotz der Gemeinsamkeiten und dem möglichen Vorhandensein politischer Migrationsgründe bei den untersuchten Facharbeitern ist bei der empirischen Analyse darauf zu achten, welche politischen Migrationsgründe im Detail genannt werden.

Vergleichsweise neu ist die Thematisierung kultureller Migrationsgründe bei innereuropäischen Wanderungen (Verwiebe 2008). Dazu gehört beispielsweise das kulturelle Interesse am Zielland, das die Wanderung bedingt. Dieser Typ von Migrationsgründen ist bislang vor allem in empirischen Studien herausgearbeitet worden, insbesondere von solchen, die betonen, Wanderungen würden von einem Bündel von Gründen verursacht (Verwiebe 2005; 2008). Ob dies sich auch bei den untersuchten deutschen Facharbeitern finden lässt, ist eine empirisch zu klärende Frage.

Neben der angenommenen Diversifizierung von Migrationsgründen lässt sich eine Ausdifferenzierung von Wanderungsformen im europäischen Wanderungsraum beobachten (Cyrus 2000; King 2002; Williams/Balá 2002).⁵ Zugleich wird in der Migrationsforschung Migrationsformen wie beispielsweise der Transmigration mehr Beachtung geschenkt (u. a. Pries 1998). Dabei handelt es sich um temporäre Migranten, die anders als die klassischen Auswanderer, nicht permanent im Zielland verbleiben und die Verbindungen zum Herkunftsland abrechnen. An diese Ergebnisse anknüpfend, werden hier im Nachfolgenden die Wanderungsformen der deutschen Facharbeiter untersucht.

Überblickt man die Migrationsgeschichte der Deutschen, zeigt sich, dass es zu umfangreichen Wanderungsbewegungen im heutigen Gebiet Deutschlands gekommen ist und sich die Auswanderung seit dem Zweiten Weltkrieg stetig veränderte (vgl. Abb. 1; Statistisches Bundesamt 2010). Mitte der fünfziger Jahre verließen jährlich über 100.000 Deutsche das Land. Diese Massenbewegung ist als Aufschubeffekt zu deuten, der in großen Teilen auf ein unmittelbar nach dem Krieg geltendes Quasi-

Auswanderungsverbot zurückzuführen ist (Sternberg 2003). Etwa seit Mitte der fünfziger Jahre gingen die jährlichen Fortzugszahlen zurück und erreichten 1975 ihren Tiefpunkt mit 52.861 Fortzügen.⁶ Danach erhöht sich die Anzahl der Fortzüge zwar geringfügig, aber erst zur Wendezeit verändert sie sich drastisch. Seit der Vereinigung fallen sie, um dann wiederum Mitte der neunziger Jahre auf ein Zwischenhoch von knapp 140.000 Fortzügen jährlich anzusteigen, um im Jahr 2001 wieder auf 109.507 abzusinken. Seitdem steigen die Fortzugszahlen kontinuierlich an und erreichen Rekordwerte: 2007 wanderten 161.105 Bundesbürger aus, das sind etwa 0,2% der Gesamtbevölkerung (Statistisches Bundesamt 2010). Damit wanderten so viele Deutsche aus wie nie zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik. Gleichwohl ist seitdem ein Rückgang der Fortzugszahlen zu verzeichnen, der nicht nur auf statistische Effekte zurückzu-

⁴ Dabei ist deutlich zu unterscheiden zwischen Migrationsgründen und -faktoren. Letztere, vor allem politische, werden in der Migrationsforschung häufig thematisiert (vgl. bspw. Kritz et al. 1992). Die Bestimmung von Faktoren der Wanderungen ist allerdings sehr unspezifisch – eine zentrale Kritik, die auch auf push- und pull-Modelle zutrifft (Richmond 1988) – da zwar ein Einfluss auf den Wanderungsprozess konstatiert wird, ohne ihn aber weiter auszuführen. Demgegenüber ist die Bestimmung von Migrationsgründen wesentlich spezifischer, da damit erklärt wird, warum es zu Wanderungen kommt. Diese Forschungsperspektive wird deswegen hier bevorzugt.

⁵ Bei der Untersuchung von Migrationsformen sind analytisch drei Ebenen zu unterscheiden: Auf der ersten wird die Migrationform bestimmt, indem von verschiedenen Migrationsgründen ausgegangen wird. So wird beispielsweise angenommen, dass der Arbeitsmigration überwiegend ökonomische Migrationsgründe zugrunde liegen, während die Fluchtmigration eher von politischen verursacht wird. Auf der zweiten Ebene werden die Migrationsformen hinsichtlich ihrer unterschiedlichen Grade von Freiwilligkeit bzw. Unfreiwilligkeit unterschieden, wobei sich hier wiederum Überschneidungen mit der ersten Ebene ergeben. So ist die Migrationsentscheidung von Lifestylemigranten überwiegend freiwillig geprägt, während die Fluchtmigration eher auf unfreiwilligen Gründen beruht. Die Arbeitsmigration ist sowohl von freiwilligen wie auch unfreiwilligen Anteilen charakterisiert (Gamlen 2010). Auf der dritten Ebene werden die Migrationsformen hinsichtlich des Modus der Migration unterschieden, bei der die Zeitdimension eine wichtige Rolle spielt. Auf diese Ebene konzentrieren sich die folgenden Ausführungen.

⁶ Die hier verwendete Wanderungsstatistik des Statistischen Bundesamtes verzeichnet auf Grundlage von Melderegisterdaten die Fortzüge von Deutschen. Bei den Daten handelt es sich um Fallzahlen, nicht um Personenzahlen. Problematisch daran ist, dass eine Person mehrfach innerhalb des erfassten Zeitraums wandern kann oder keine Ab- und Anmeldungen bei den Meldeämtern vorgenommen werden. Deswegen bilden sie das Auswanderungsgeschehen nur sehr bedingt ab, gewährleisten aber zumindest die Erfassung wichtiger Trends, wie sie an dieser Stelle dargelegt werden.

führen ist,⁷ sondern auch mit schlechten, wirtschaftlichen Bedingungen in vielen europäischen Zielländern im Zuge der Finanzkrise in Zusammenhang gebracht werden kann.

Betrachtet man die Zielländer der auswandernden Deutschen, zeichnet sich ein klarer Trend hin zur Europäisierung der deutschen Auswanderung ab (Sauer/Ette 2007). Während in den 1950er Jahren noch etwa zwei Drittel der deutschen Auswanderer in die klassischen Auswanderungsländer wie die USA, Kanada, Australien und Neuseeland gingen, hat sich dieser Trend geradezu umgekehrt: Heute wandern zwei Drittel der Deutschen in europäische Länder (Statistisches Bundesamt 2011). Die fünf wichtigsten europäischen Zielländer in den letzten Jahren sind: die Schweiz, Polen, Österreich, Großbritannien und Spanien (für eine detaillierte Übersicht siehe Tab. 1).

Wanderungsvorgänge sind selektiv und Migranten weisen be-

Zielland	Anzahl der Fortzüge
Schweiz	24 624
USA	13 445
Polen	12 049
Österreich	11 818
Großbritannien	9 112
Spanien	7 836
Frankreich	7 317
Türkei	4 633
Kanada	4 258
Niederlande	3 906

Quelle: Statistisches Bundesamt 2010

Tabelle 1: Die zehn wichtigsten Zielländer deutscher Auswanderer 2009

stimmte Merkmale auf (Sauer/Ette 2007). Das zeigt sich auch bei deutschen Auswanderern. So sind die meisten männlich, 2010 lag ihr Anteil bei 54% (Statistisches Bundesamt 2011). Sodann wandern in der Regel eher jüngere Menschen aus: Etwa die Hälfte der Ausgewanderten war zwischen 20 und 40 Jahre alt (Haug 2004), ein Muster, das von der Migrationsforschung immer wieder beobachtet worden ist und als Hinweis auf eine Arbeitsmigration gedeutet wird. Ein Blick auf den Familienstand zeigt, dass ledige Auswanderer überwiegen. Lag ihr Anteil 1985 noch bei etwa 45%, so stieg er im Zeitverlauf an und beträgt 2005 schon knapp 60% (Sauer/Ette 2007: 41). Diese Tatsache könnte eine geringere Relevanz von sozialen Migrationsgründen bedeuten.

Was die Dauer der Wanderungen anbelangt, liegen bislang wenige Informationen vor – obwohl das Wissen darum nicht einer gewissen politischen Brisanz entbehrt, da ein möglicher, dauerhafter Wanderungsverlust von Gebildeten zu einem Fachkräftemangel führen kann. Auf der einen Seite gibt es Hinweise darauf, dass die Wanderungen von Deutschen überwiegend temporär angelegt sind. So soll der Anteil von temporären Migranten zwischen 80 und 90% in den letzten Jahren liegen, aktuell jedoch rückläufig sein (Ette/Sauer 2010). Vor allem Hochqualifizierte migrieren temporär, während Selbstständige häufiger planen, dauerhaft im Aus-

land zu verbleiben (Diehl et al. 2008). Auf der anderen Seite wird argumentiert, dass seit über 15 Jahren den gestiegenen Fortzügen von Deutschen (ohne Aussiedler) weniger Rückkehrer gegenüber stehen (BAMF 2010). Deshalb ist von einem vermehrten, dauerhaften Verbleib der ausgewanderten Deutschen auszugehen.

3. Methode, Sample und Feldzugang

Bei der hier vorgestellten Untersuchung handelt es sich um eine qualitative Panelstudie mit zwei Befragungswellen.⁸ Die erste Befragungswelle fand von September 2006 bis April 2007 statt und umfasst die Befragung der Wanderungswilligen. Die zweite Befragungswelle wurde etwa ein Jahr später realisiert, wobei ein Teil der Befragten die Wanderungspläne umsetzte, während andere in Deutschland verblieben. Dadurch ist es möglich, nicht nur die Veränderungen der Wanderungsgründe über die Zeit zu erfassen, sondern auch Aussagen über die Unterschiede zwischen *movern* und *stayern* zu machen sowie die Entwicklung von Entscheidungsprozessen zu beleuchten (vgl. hierzu ausführlich: Kathmann i. E.). Im Zentrum des vorliegenden Beitrags stehen die Ergebnisse der zweiten Befragungswelle, aus denen sich sowohl die realisierten Wanderungsformen wie auch die Migrationsgründe der Auswanderer ergeben.⁹

In der ersten Befragungswelle wurden 41 Personen interviewt, in der zweiten 30, wobei etwa die Hälfte ausgewandert ist. Das Alter der Befragten variiert zwischen 21 und 63 Jahren. Etwas mehr als die Hälfte sind männlich. Die regionale Herkunft der Interviewten erstreckt sich auf die norddeutschen Bundesländer. Hauptzielländer der Auswanderer sind: Norwegen, Schweden, Dänemark, Polen, Irland, Spanien sowie die Niederlande und die Schweiz.

Die Auswahl der Befragten erfolgte über die Rekrutierung der Interviewten in Veranstaltungen des Europaservice. Dabei handelt es sich um Beratungs- und Arbeitsvermittlungsstellen, die in Deutschland an die Agentur für Arbeit angegliedert sind und von der Europäischen Kommission getragen werden. Um eine selektive Auswahl des Samples über den Feldzugang zu vermeiden, wurden darüber hinaus weitere Interviewpartner über ein Schneeballverfahren gewonnen.

Als konkrete Methode wurden problemzentrierte Interviews durchgeführt (Witzel 1985). Dieses Verfahren wird den halbstrukturierten Interviewmethoden zugerechnet, da es sich um ein leitfadengestütztes Interview handelt. Es lässt sowohl offene Fragen und Erzählungen zu, ist aber durch die spezifische Themenwahl auf

⁷ Zwar liegen die Fortzugszahlen in den folgenden Jahren über denen aus dem Jahr 2007. Dabei handelt es sich allerdings um statistische Sondereffekte. Aufgrund der Einführung der Steueridentifikationsnummer kam es zu Abmeldungen von Amts wegen. Diese Bereinigung der Melderegister schlägt sich in den Fortzugszahlen nieder (vgl. Statistisches Bundesamt 2010).

⁸ Die Befragung fand im Rahmen des von der Thyssen-Stiftung finanzierten Forschungsprojekts „Die Arbeitsmigration deutscher Facharbeiter innerhalb Europas“ statt, das unter der Leitung von Prof. Dr. Steffen Mau und Prof. Dr. Roland Verwiebe stand.

⁹ Ergebnisse zu den Wanderungsgründen der Wanderungswilligen aus der ersten Befragungswelle finden sich bei: Mau et al. (2007), Verwiebe et al. (2010) und Kathmann (i. E.).

einige vorher festgelegte Thematiken fokussiert. Diese entspringen zum einen den Forschungsschwerpunkten und nehmen zum anderen die Kenntnisse des Forschungsstandes auf.

Die Auswertung zielt auf die Bildung von Typen. Die Typenbildung ist ein Verfahren innerhalb der qualitativen Sozialforschung, das Aussagen generieren soll, die über den Einzelfall hinausgehen (Kelle/Kluge 1999). Für die Erstellung eines Typus, werden ähnliche Aussagen zusammengefasst und gegen andere abgegrenzt, dabei wird das Verfahren der minimalen bzw. maximalen Kontraste eingesetzt (Gerhardt 1986). Diese Vorgehensweise ist auch bei dem hier vorliegenden Untersuchungsgegenstand, den Migrationsgründen und -formen der deutschen Facharbeiter verwendet worden.

4. Empirische Ergebnisse

4.1 Die Analyse der Wanderungsformen

Die Analyse der Wanderungsformen zeigt deren Diversität, wobei die *dauerhaft angelegte Auswanderung* bei den meisten Befragten zu beobachten ist. Etwa die Hälfte der Interviewten gibt diese Migrationsform an (die Anzahl der Befragten pro Migrationsform ergibt sich aus Tab. 3). Weil die zweite Befragungswelle jedoch teilweise unmittelbar nach der Wanderung selbst durchgeführt wurde, lassen sich nur vorläufige Aussagen dazu machen, inwiefern die angestrebte dauerhafte Auswanderung tatsächlich realisiert wird. Letztlich könnte erst eine weitere Befragung belastbare Aussagen dazu liefern, ob die dauerhaft geplante Migration auch umgesetzt wird.

Eine wichtige Wanderungsform stellt die *Mehrfachwanderung* dar. Diese Migrationsform liegt dann vor, wenn nach einer kurzen Zeitspanne das ursprünglich anvisierte Zielland zugunsten eines weiteren aufgegeben wird (vgl. Int 18).¹⁰ Die Mehrfachwanderer bilden den Übergang zwischen dauerhafter und temporärer Migration. Temporär ist die Mehrfachwanderung, weil der Aufenthalt im ursprünglichen Zielland begrenzt ist. Dauerhaft angelegt ist hinge-

¹⁰ Int bezeichnet im Folgenden die Interviewnummer, A die Nummer des Abschnitts innerhalb eines Interviews.

¹¹ Die konkrete Interviewfrage lautet: „Können Sie noch einmal sagen, was Ihr Hauptgrund war hierhin zu gehen?“ Zur Erfassung der Migrationsgründe aus der prospektiven Perspektive siehe: Kathmann (i. E.). Im Ergebnis zeigt sich, dass sich kaum Veränderungen der Migrationsgründe über die verschiedenen Phasen des Migrationsentscheidungsprozesses ergeben. Darüber hinaus ist bereits die Dominanz beruflich-ökonomischer Migrationsgründe bei den Wanderungswilligen zu beobachten.

gen der Aufenthalt im schlussendlich ausgewählten Zielland.

Neben der dauerhaften Auswanderung lassen sich unterschiedliche Formen der temporären Migration in dem Sample nachweisen. Dazu gehören erstens die *Transmigranten*. Transmigranten sind mehrfach im Zielland integriert, d. h. also auch in der sozialen Dimension, im Gegensatz zu Pendlern. Diese werden in Teilen der Forschungsliteratur von den Transmigranten unterschieden (Cyrus 2000: 30; Pries 2004), wobei die vorliegende Studie diese Unterscheidung aufnimmt und daran anknüpft. *Pendler* stellen die zweite wichtige temporäre Migrationsform im Sample dar. Sie sind temporäre Migranten in zweifacher Hinsicht: Zum einen halten sich die Befragten nur für einen begrenzten Zeitraum im Zielland auf. Zum anderen ist Pendeln in erster Linie eine Übergangslösung, da die meisten Pendler in der Regel nur für eine begrenzte Zeit grenzüberschreitend tätig sind (u. a. Dall Schmidt 2006). Die grenzüberschreitende Tätigkeit verweist auf ein besonderes Merkmal: Pendler sind in der Regel nur ökonomisch im Zielland integriert, während der soziale und kulturelle Lebensmittelschwerpunkt zumeist im Herkunftsland liegt (Morokvasic 1994). Die Befunde der vorliegenden Studie unterstützen die genannten Forschungsergebnisse.

Ebenfalls zur temporären Migration gehört der Typ der *Rückkehrer*. Diese sind als temporäre Migranten nach kurzem Aufenthalt im Zielland nach Deutschland zurückgekehrt, etwa weil sie bei Leiharbeitsfirmen beschäftigt gewesen sind. Gleichzeitig überschneidet sich die Wanderungsform der Rückkehrmigration mit der des Pendelns in den Fällen, in denen die Rückkehrer während ihres Auslandsaufenthalts in ihr Herkunftsland pendelten (vgl. Int 1.2).

Insgesamt gesehen spielen die unterschiedlichen temporären Migrationsformen eine wichtige Rolle im Auswanderungsgeschehen der deutschen Facharbeiter. Deren Existenz belegt die hohe Bedeutung dieser Migrationsformen (Guardia/Pichelmann 2006). Zwar ist diese bereits nachgewiesen worden, allerdings nur in Bezug auf die Migration von Hochqualifizierten (Diehl/Dixon 2005). Generell zeigen die hier vorlegten Befunde, dass die Auswanderung von Deutschen von hoch differenzierten Wanderungsformen geprägt ist. Übergänge zwischen den Migrationsformen sind fließend und ergeben zusammengenommen ein Kontinuum zwischen dauerhafter Migration und temporären Aufenthalten.

4.2 Die Analyse der Migrationsgründe

Im Folgenden werden die Migrationsgründe der Auswanderer analysiert, wie sie sich aus den Ergebnissen der zweiten Befragungswelle ergeben. Darin sollten die Befragten nach ihrer Auswanderung ihre Migrationsgründe gewichten.¹¹ In diesem Ab-

Typ Int	Beruflich-ökonomischer	Sozialer	Politischer	Persönlicher	Kultureller
1.2, 3.2, 9.2, 13.2, 18.3, 24.2, 28.2, 33.2, 35.2, 37.2	X				
29.2	X	X			
20.2	X				X
39.2			X		
15.2, 41.2				X	

Quelle: Eigene Darstellung

Tabelle 2: Matrix der Migrationsgründe der Auswanderer: Ergebnisse der zweiten Befragungswelle

schnitt werden die gewichteten Wanderungsgründe detailliert und typisiert dargelegt. Alle Typen können aus der Forschungsliteratur abgeleitet werden. Bei der Auswertung kann auf die Aussagen von fünfzehn Befragten zurückgegriffen werden.

Insgesamt werden fünf unterschiedliche Typen von Migrationsgründen genannt. Dazu zählt der beruflich-ökonomische, persönliche, soziale, politische und kulturelle Typ (siehe Tab. 2).

Unter allen Migrationsgründen ragen die *beruflich-ökonomischen* als wichtigste heraus. Sie beinhalten in erster Linie die Arbeitssuche, Arbeitslosigkeit im Herkunftsland bzw. (bessere) Arbeitsangebote und höhere Verdienste im Zielland. Ein Beleg für diesen Typ der Migrationsgründe findet sich in der folgenden Interviewpassage: Auf die Frage nach dem Migrationsgrund antwortet der Befragte: „einfach nur 'ne Arbeit (...) haben und denn eben, klar, dass man viel verdienen kann“ (Int 1.2 A 116). Diese Befunde sprechen insbesondere für eine Bestätigung der Annahmen der neoklassischen Migrationstheorien. Allerdings werden auch Arbeitsbedingungen als Migrationsgrund genannt (bspw. Int 3.2, 18.3, 37.2), die bislang von ökonomisch orientierten Migrationstheorien nicht thematisiert worden sind und deswegen der Ergänzung bedürfen.

Alle weiteren Typen von Migrationsgründen, d. h. persönliche, soziale, politische und kulturelle spielen eine untergeordnete Rolle. Im *Typ persönlicher Migrationsgründe* lassen sich alle auf das Selbst bezogenen Gründe zusammenfassen, die zur Migration führen. Dazu zählen Begründungen, in denen die Migration als Selbstverwirklichung aufgefasst wird und in denen ein ideeller Wert der Migration für die Persönlichkeit hervorgehoben wird. Weitere Beispiele für persönliche Migrationsgründe sind: Das Sammeln von Lebenserfahrungen, die Horizonterweiterung oder einen Weitblick mittels Migration zu bekommen. Damit geht einher, die Welt kennen zu lernen oder etwas Neues bzw. Anderes zu erfahren. Eine beispielhafte Interviewpassage für den Typ persönlicher Migrationsgründe ist: „Ich wollte unbedingt, unbedingt Wellenreiten, also Surfen - darin hab' ich oder seh' ich immer noch meine Zukunft und alles, was mir wichtig ist“ (Int 41.2 A 57).

Zu dem *Typ sozialer Migrationsgründe* zählt vor allem der Familiennachzug. Zudem beziehen sich soziale Migrationsgründe einerseits auf soziale Verhältnisse im Herkunftsland. So wird zum einen eine wahrgenommene soziale Kälte in Deutschland als Migrationsgrund angegeben, zum anderen können Konflikte im sozialen Umfeld an diese Stelle treten. Andererseits sind bessere soziale Verhältnisse im Zielland ein wichtiger Migrationsgrund. Der Typ sozialer Migrationsgründe zeigt sich in der Interviewpassage, in der der Befragte als Hauptgrund für die Migration nennt:

„[E]ndlich eine Familie sein, weil in Deutschland war es ja nicht mehr möglich ... Kinder sind auf der Strecke geblieben, ich teilwei-

¹² Dadurch ergibt sich im Vergleich zur bisherigen Darstellung eine leicht veränderte Darstellung der Typen, da nunmehr auch Migrationsgründe erscheinen, die eine verbesserte Lebensqualität im Zielland umfassen. Eine verbesserte Lebensqualität zielt in der Regel auf externe Gegebenheit, wie an der folgenden Interviewpassage exemplarisch gezeigt werden kann. Auf die Frage nach dem Migrationsgrund antwortet eine Befragte: „[E]s geht eigentlich hauptsächlich darum, das Meer vor der Tür zu haben und ne gute Welle und das war's“ (Int 41 A 12).

se selber auch, meine Frau auch“ (Int 29.2 A 12).

Zu den *politischen Migrationsgründen* zählen vor allem Äußerungen über politische Verhältnisse im Herkunftsland. Bereits mit den Ergebnissen der ersten Befragungswelle konnte herausgearbeitet werden, dass die Sicht auf die politischen Verhältnisse von einem Gefühl geprägt ist, von „der Politik“ im Stich gelassen worden zu sein. Im Fokus der Aufmerksamkeit stehen politische Maßnahmen wie die Hartz IV-Reformen, die Euro-Umstellung und verschiedene Gesundheitsreformen (bspw. Int 7.1, 17.1, 40.1). Neben den politischen Maßnahmen wird in Einzelfällen die herrschende politische Atmosphäre in Deutschland als Auswanderungsgrund genannt, wozu beispielsweise eine wahrgenommene Zunahme des Rechtsextremismus zählt (Int 6.1). In Bezug auf das Zielland wird der Unterschied im politischen System thematisiert, die sich dadurch ergibt, dass das Zielland kein EU-Land ist (Int 37.1), wie es beispielsweise bei Norwegen oder der Schweiz der Fall ist. Eine typischer politischer Migrationsgrund der zweiten Befragungswelle kommt in der folgenden Interviewpassage zum Ausdruck: „Also, ursprünglich war der Hauptgrund wirtschaftlich und jetzt ist der Hauptgrund politisch. So. Weil das für mich, in einem faschistischen Land zu leben, ist für mich unerträglich. Und das ist, wenn, wenn Du schaust, wie das in Weimarer Zeiten angefangen hat, wenn Du Dich 'n bisschen mit der deutschen Geschichte beschäftigst, denn sind auf einmal so viel Parallelen“ (Int 39.2 A 79).

In den wenigen Fällen, in denen der *Typ kultureller Migrationsgründe* genannt wird, wird ein bestimmtes kulturelles Merkmal „der“ Deutschen angegeben - die Mentalität. Diese wird wiederum häufig negativ konnotiert und dann als Migrationsgrund genannt (zu Mentalitäten als Bestandteil der Kultur siehe: Dinzelsbacher 1993). Gegenstück dieser kulturellen Abneigung ist das kulturelle Interesse, das dem Zielland entgegen gebracht wird und eine Auswanderung befördert: „Das war immer schon, griechische Kultur, das war auch schon, als ich 10 Jahre alt war, da hab' ich mich nur dafür interessiert und griechische Heldensagen und all dieses ganze - ja, ich mein', ich war ja nun oft in Griechenland, griechische Mentalität sagt mir irgendwie sehr zu“ (Int 17.2 A 207).

4.3 Eine Typologie von Migrationsgründen und Migrationsformen

Führt man die unterschiedlichen thematischen Stränge der Migrationsgründe und Migrationsformen zusammen, lässt sich auf Grundlage der bisherigen empirischen Analysen eine Typologie der Migrationsgründe und -formen erstellen, die in diesem Abschnitt vorgestellt wird. Ziel der Typologie ist es, Thesen über Zusammenhänge zwischen den einzelnen Migrationsformen und die für sie geltenden Migrationsgründe zu entwickeln, die über den Einzelfall hinausgehen. Dies geschieht vor dem Hintergrund der im Überblick über den Forschungsstand entwickelten These, dass sich mit der Ausdifferenzierung eines europäischen Migrationssystems nicht nur unterschiedliche Migrationsformen ausgebildet haben, sondern diese auch von unterschiedlichen Migrationsgründen geprägt sind (u. a. King 2002; Williams/Balá 2002).

Zur Erstellung der Typologie werden zuerst die gesamten erfassten unterschiedlichen Wanderungsformen und Migrationsgründe dargestellt. Dabei werden an dieser Stelle auch die Ergebnisse der ersten Befragungswelle verwendet.¹² Zusätzlich wird die Gewichtung zwischen Hauptgründen und allgemeinen Migrationsgründen einbezogen, wobei in Tab. 3 die Hauptgründe mit x, die allgemeinen Migrationsgründe mit (x) angegeben werden. Nicht nur durch die Gewichtung, sondern auch durch die beobach-

Migrationsgrund (Typ)	Beruflich/ ökonomischer	sozialer	persön- licher	Lebens- qualität	poli- tischer	kultur- eller	Gesamt
Migrationsform/Int							
Auswanderer I/13	xx(x)	(x)					Ök _{soz}
Auswanderer II/15		x(x)	x				
Auswanderer III/24	xx(x)						
Auswanderer IV/28	xx(x)						
Auswanderer V/29	xx(x)	x					
Auswanderer VI/37	xxx				(x)		
Mehrfachwanderer/18	xx(x)	(x)		(x)			Ök
Transmigrant/20	xx(x)	(x)				x	Ök _{kult}
Pendler I/3	xx(x)		x(x)				Ök _{pers}
Pendler II/9	xx(x)	(x)					
Rückkehrer I/1	xx(x)						Ök _{pers,soz,pol}
Rückkehrer II/33	xx(x)						
Rückkehrer III/35	xx(x)	(x)	(x)		x		
Rückkehrer IV/39	x(x)	x(x)	x(x)		x		
Rückkehrer V/41		(x)	xx(x)	(x)			

Quelle: Eigene Darstellung

Tabelle 3: Typologie der Migrationsgründe und -formen

tete Veränderung über die Zeit, die durch die unterschiedlichen Befragungswellen abgebildet wird, können relativ dauerhafte, wesentliche Tendenzen herausgearbeitet werden. Das Gesamtergebnis gibt jeweils an, welche Migrationsgründe bei den unterschiedlichen Migrationsformen dominieren.

Die Befunde zeigen, dass alle Migrationsformen beruflich-ökonomische Gründe aufweisen, weswegen hier auch von einer Arbeitsmigration gesprochen werden kann. Beruflich-ökonomische Gründe sind vorzugsweise bei temporären Migranten wie Pendlern und Transmigranten nachzuweisen, was wiederum als Bestätigung bisheriger Studienergebnisse gelesen werden kann (Morokvasic 1994; Pries 1998; Morawska 2001).¹³ Allerdings sind diese Studien bislang auf die Untersuchung vorzugsweise von Pendlern aus Osteuropa beschränkt (siehe auch: Iglicka 1999). Die vorliegenden Befunde deuten nunmehr darauf hin, dass deren Ergebnisse wohl auch auf deutsche Arbeitsmigranten zu übertragen sind.

Wenngleich beruflich-ökonomische Gründe dominieren, so spielen im Unterschied zu anderen Wanderungsformen bei Auswanderern soziale Migrationsgründe auch eine Rolle. Wenngleich diese untergeordnet sind, spiegelt sich darin der Einfluss von Netzwerken bzw. mitwandernden Familienangehörigen wider. Plausibel erscheint es, wenn vor allem dauerhafte Migranten auf soziale Netzwerke stärker angewiesen sind als temporäre Migranten, auf sie zurückgreifen, sich von diesen leiten lassen, oder diese gar einen

¹³ Da Mehrfachwanderer zunächst temporär wandern und erst die letzte Wanderungsstation den Übergang zum dauerhaften Aufenthalt darstellt, liegt der Akzent bei den Befragten zunächst auf den temporären Aufenthalten und damit ebenfalls auf den beruflich-ökonomischen Gründen und nicht so sehr auf den sozialen.

Migrationsgrund darstellen, weil sie erhöhte Integrationsleistungen erbringen, bei denen soziale Netzwerke unterstützend wirken können.

Studienergebnisse, die eine hohe Bedeutung von sozialen Migrationsgründen belegen (bspw. Recchi 2004), können mit den vorliegenden Ergebnissen kaum bestätigt werden. Diese Befunde sind möglicherweise auf die ausschließliche Untersuchung dauerhafter Migration zurückzuführen. Damit wird allerdings das an Bedeutung gewinnende Phänomen der temporären Migration vernachlässigt (Guardia/Pichelmann 2006). Vermutlich wird damit die Bedeutung ökonomischer Migrationsgründe unterschätzt. Denn gerade temporäre Migranten wandern aus ökonomischen Gründen und sind ein eindrückliches Beispiel für flexible Arbeitskräfte (Karakayali/Tsianos 2005). Eine Analyse gegenwärtiger europäischer Migrationsbewegungen muss sie mit einbeziehen, da sie die „neue Arbeitsmigration“ idealtypischerweise repräsentieren.

Die Migrationsgründe der Rückkehrer sind im Gegensatz zu den anderen Migrationsformen sehr unterschiedlich geprägt. Diese Befunde bestätigen bisherige empirische Ergebnisse zu Rückkehrern (Rogers 1984; Cassarino 2004). Bei den hier untersuchten Rückkehrern dominieren beruflich-ökonomische, aber auch persönliche, soziale und politische Migrationsgründe werden genannt. Die Vielfalt der Migrationsgründe bei den Rückkehrern ist möglicherweise auf deren heterogene Zusammensetzung zurückzuführen. So könnten auf der einen Seite freiwillige Rückkehrer, die von Anfang an nur einen zeitlich begrenzten Auslandsaufenthalt geplant hatten, den übrigen temporären Migranten ähneln, bei denen beruflich-ökonomische Migrationsgründe dominieren. Auf der anderen Seite zählen zu den Rückkehrern auch die „gescheiterten Migranten“. Wahrscheinlich haben sich bei ihnen die Wanderungsgründe, die vor der eigentlichen Wanderung existierten, im weiteren Verlauf der Migration oder des Auslandsauf-

enthaltene als nicht tragfähig erwiesen. Folglich wurde die Wanderung abgebrochen und die Rückkehr geschah weitgehend unfreiwillig. In diesen Fällen folgt daraus eine erzwungene oder unfreiwillige Immobilität.

5. Fazit: Die gegenwärtige Auswanderung Deutscher als neue Arbeitsmigration?

Zentrales Anliegen der Studie ist es zu klären, aus welchen Gründen deutsche Facharbeiter migrieren. Ein zentrales Ergebnis lautet, dass die Befragten überwiegend aus beruflich-ökonomischen Gründen auswandern. Demzufolge ist deren Migration als Arbeitsmigration zu begreifen. Zwar können mit dem Ergebnis die Thesen der makroökonomisch ausgerichteten, neoklassischen Migrationstheorien bestätigt werden, die die Arbeitslosigkeit und ein geringes Lohnniveau im Herkunftsland als ausschlaggebende Migrationsgründe ansehen. Zugleich sind sie aber zu ergänzen. Denn weitere beruflich-ökonomische Migrationsgründe sind identifiziert worden, die bislang in der Migrationsforschung selten thematisiert werden: Es sind schlechte Arbeitsbedingungen, die entscheidend zur Auswanderung beitragen. Dazu gehören beispielsweise eine schlechte Arbeitsatmosphäre, eine gestiegene Arbeitsbelastung, sowie prekär-flexible Arbeitsbedingungen, die durch eine mangelnde Beschäftigungsstabilität gekennzeichnet sind und die u. a. eine mangelnde Planungssicherheit zur Konsequenz haben. Diese Phänomene können als Kennzeichen einer neuen Arbeitsmigration gedeutet werden. Die neue Arbeitsmigration ist auf veränderte Arbeitsformen im Herkunftsland zurückzuführen, allen voran prekär-flexiblen (Keller/Seifert 2007). Dabei stellen Migranten selbst den Idealtyp des flexiblen Arbeiters dar (Karakayali/Tsianos 2005).

Wenngleich weitere beruflich-ökonomische Migrationsgründe identifiziert werden konnten, lassen sich die innerhalb des Ansatzes der neuen Migrationsökonomie (*new economics of migration*) thematisierten Migrationsgründe der Risikoaversion und relativen Deprivation bei den Interviewten nicht nachweisen. Demnach ist der Versuch dieses Ansatzes, vor allem die neoklassischen Migrationstheorien zu erweitern, als wenig ergiebig einzuschätzen.

Neben beruflich-ökonomischen Migrationsgründen konnten weitere Migrationsgründe herausgearbeitet werden. Dazu gehören: persönliche, soziale, politische und kulturelle. Verfrüht wäre es jedoch, davon zu sprechen, eine Vielzahl von Migrationsgründen bedinge die Auswanderung von Facharbeitern. Zwar gehen auch push- und pull-Modelle und einige neuere Studien zur europäischen Binnenmigration von dieser Annahme aus (Feithen 1985; Chies 1994; Verwiebe 2005). Die genannten Ansätze vernachlässigen dabei aber in der Regel eine Gewichtung der unterschiedlichen Migrationsgründe. Hier setzt die vorliegende Studie an, indem sie die einzelnen Migrationsgründe gewichtet. Dabei tritt die Bedeutung beruflich-ökonomischer Migrationsgründe noch deutlicher zu Tage. Zugleich werden die Arbeitssuche oder Arbeitslosigkeit im Herkunftsland als entscheidende Migrationsgründe herausgearbeitet, die andere ökonomische Migrationsgründe wie etwa höhere Löhne im Zielland überlagern (vgl. auch Mau et al. 2007).

Vergleichsweise weniger relevant sind andere genannten Migrationsgründe, wie beispielsweise kulturelle. Damit kann gezeigt werden, dass empirische Ergebnisse aus der neueren Migrationsforschung zu den Migrationsgründen europäischer Binnenmigranten

kaum auf deutsche Facharbeiter übertragbar sind (Recchi 2004; Verwiebe 2005). Ebenso ungeeignet sind Annahmen der Netzwerkansätze. Dies ist auf eine veränderte Schwerpunktsetzung zurückzuführen, die nicht auf der Erforschung von Migrationsgründen liegt.

Gerade aber die in der vorliegenden Studie herausgearbeiteten, bislang wenig thematisierten beruflich-ökonomischen Migrationsgründe zeigen die Notwendigkeit, sich weiterhin der Erforschung von Migrationsgründen zuzuwenden. Denn nur dann kann ein möglicher Wandel von Migrationsgründen auch erfasst werden. Zusätzlich kann dadurch die weitgehende Abkehr von der Frage aufgehoben werden, welche (ökonomischen) Gründe Menschen dazu bewegen, ins Ausland zu gehen. Konsequenz der weitgehenden Vernachlässigung ist die unbefriedigende Erfassung der politischen Ökonomie europäischer Wanderungsbewegungen, die in zukünftigen Forschungsarbeiten auszubauen ist.

Ausgehend von der Beobachtung, dass es in der Vergangenheit mit der Ausdifferenzierung eines eigenständigen europäischen Migrationsraums auch zu einer Diversifizierung von Migrationsformen gekommen ist (Cyrus 2000; King 2002) und die Auswanderung von Deutschen ein Teil dieser Migrationsbewegungen ist, liegt ein Schwerpunkt der Studie auf der Untersuchung der unterschiedlichen Migrationsformen. Im Ergebnis lassen sich die zu beobachtenden Migrationsformen grob in temporäre und dauerhaft angelegte Wanderungsformen unterteilen. Zwar plant fast die Hälfte der Befragten, dauerhaft auszuwandern, aber zusammengekommen spielen die verschiedenen temporären Migrationsformen eine ähnlich wichtige Rolle. Zu den temporären Migrationsformen gehören im Einzelnen: die Transmigration, die Pendelmigration, und die Mehrfachmigration. Dazu kommen noch die Rückkehrer, die teils geplant haben, nur zeitweise ins Ausland zu gehen, teils die dauerhaft angelegte Migration abbrechen mussten. Insgesamt belegen die Befunde die Existenz diverser Migrationsformen, aber auch die Bedeutung temporärer Migration für die europäische Binnenmigration lässt sich daraus ablesen. An dieser Stelle sind die Ergebnisse ein Beleg für die gewachsene Bedeutung temporärer Migration innerhalb Europas (vgl. Guardia/Pichelmann 2006).

Untersucht man die Migrationsgründe, die die einzelnen Migrationsformen prägen, zeigen sich zunächst einmal bei allen Migrationsformen überwiegend beruflich-ökonomische Migrationsgründe. Dieser Befund gilt insbesondere für die temporären Migrationsformen der Mehrfachwanderung, der Transmigration und der Pendelmigration. Eine hohe Bedeutung beruflich-ökonomischer Migrationsgründe bei temporären Migranten konnte allerdings bislang nur in Studien zu osteuropäischen Migrationsbewegungen festgestellt werden (bspw. Iglicka 1999). Die Ergebnisse der vorliegenden Studie zeigen, dass deren Resultate möglicherweise auch für die Wanderungen von Deutschen gelten und damit übertragbar sind. Für die Rückkehrer, die ebenfalls zu den temporären Migranten gehören, gelten sehr heterogene Migrationsgründe. Dies deckt sich mit den bisherigen Erkenntnissen zu den Migrationsgründen von Rückkehrern (Cassarino 2004; Rogers 1984) und lässt sich auf die unterschiedliche Zusammensetzung der Rückkehrer zurückführen. Sie haben einerseits von Beginn des Migrationsvorhabens die Rückkehr geplant, andererseits wurde die Wanderung zunächst langfristig angelegt, musste dann aber abgebrochen werden. Die heterogene Zusammensetzung der Rückkehrer spiegelt sich dann in den unterschiedlichen Migrationsgründen wider.

Bei Auswanderern spielen die beruflich-ökonomischen Migrationsgründe die Hauptrolle. Zugleich sind auch soziale Migrationsgründe von Bedeutung. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn soziale Netzwerke etwa beim Familiennachzug den Migrationsgrund selbst darstellen. Zugleich ist die Verstetigung der Migration möglicherweise auf soziale Netzwerke zurückzuführen – ein Zusammenhang, ein Zusammenhang, dem in weiteren Studien nachgegangen werden sollte.

Literaturverzeichnis

- Anjomani, Ardeshir/Hariri, Vida 1992: Migration Stock and the Issue of Competing and Complementary Flows in United States Interstate Migration. *Journal of Population Economics* 5 (2): 87-100.
- BAMF 2010: Migrationsbericht 2008. Berlin: BMI.
- Boyd, Monica 1989: Family and Personal Networks in International Migration: Recent Developments and New Agendas. *International Migration Review* 23 (3): 638-670.
- Cassarino, Jean-Pierre 2004: Theorising Return Migration: The Conceptual Approach to Return Migrants Revisited. *International Journal on Multicultural Societies* 6 (2): 253-279.
- Chies, Laura 1994: Das Migrationsproblem in der Europäischen Gemeinschaft: Theoretische und empirische Analyse der Bestimmungsfaktoren und Folgen internationaler Arbeitskräftewanderungen. Frankfurt am Main: Peter Lang.
- Cyrus, Norbert 2000: Mobile Migrationsmuster. Zuwanderung aus Polen in die Bundesrepublik Deutschland. *Berliner Debatte INITIAL* 11 (5/6): 95-103.
- Dall Schmidt, Torben 2006: Wer ist der Grenzpendler an der deutsch-dänischen Grenze? Grenzpendeln von Deutschland nach Sonderjylland 1998-2003. Aabenraa: Institut for Graese-regionsforskning og forfatteren.
- Diehl, Claudia/Dixon, David 2005: "Zieht es die Besten fort?" Ausmaß und Formen der Abwanderung deutscher Hochqualifizierter in die USA. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 57 (4): 714-734.
- Diehl, Claudia/Mau, Steffen/Schupp, Jürgen 2008: Auswanderung von Deutschen: Kein dauerhafter Verlust von Hochschulabsolventen. *DIW-Wochenbericht* 75 (5): 49-55.
- Dinzelbacher, Peter 1993: Zu Theorie und Praxis der Mentalitätsgeschichte. In: P. Dinzelbacher (Hg.): *Europäische Mentalitätsgeschichte*. Stuttgart: Alfred Kröner Verlag, S. XV-XXXVII.
- Ette, Andreas/Sauer, Lenore 2010: Auswanderung aus Deutschland. Daten und Analysen zur internationalen Migration deutscher Staatsbürger. Wiesbaden: VS - Verlag für Sozialwissenschaften.
- Faist, Thomas 2007: Transnationale Migration als relative Immobilität in einer globalisierten Welt. *Berliner Journal für Soziologie* 17 (3): 365-385.
- Feithen, Rosemarie 1985: Arbeitskräftewanderungen in der Europäischen Gemeinschaft: Bestimmungsgründe und regionalpolitische Implikationen. Frankfurt am Main: Campus.
- Gamlen, Alan 2010: *People on the Move. Managing Migration in today's Commonwealth*. London: Ramphal Centre.
- Geddes, Andrew/Balch, Alex 2002: *The Political Economy of Migration in an Integrating Europe: Patterns, Trends, Lacunae and their Implications*. Working Paper No. 1. Coimbra: Centro de Estudos Sociais.
- Gerhardt, Uta 1986: Verstehende Strukturanalyse: Die Konstruktion von Idealtypen als Analyseschritt bei der Auswertung qualitativer Forschungsmaterialien. In: H.-G. Soeffner (Hg.): *Sozialstruktur und soziale Typik*. Frankfurt am Main: Campus, S. 31-83.
- Greenwood, Michael J. 1969: An Analysis of Determinants of Geographic Labor Mobility in the United States. *Review of Economics and Statistics* 51 (2): 189-194.
- Guardia, Nuria Diez/Pichelmann, Karl 2006: Labour Migration Patterns in Europe: Recent Trends, Future Challenges. *Economic Papers* No. 256. http://ec.europa.eu/economy_finance/publications/publication644_en.pdf [06.05.2010].
- Haug, Sonja 2000: Klassische und neuere Theorien der Migration. MZES Arbeitspapier Nr. 30. <http://www.mzes.uni-mannheim.de/publications/wp/wp-30.pdf> [06.05.2010].
- Haug, Sonja 2004: Trends der Auswanderung aus Deutschland. *BiB-Mitteilungen* 25 (1): 11-14.
- Hicks, John R. 1932: *The Theory of Wages*. London: Macmillan.
- Iglicka, Krystyna 1999: The Economics of Petty Trade on Eastern Polish Border. In: K. Iglicka/K. Sword (Hg.): *The Challenge of East-West Migration for Poland*. London: Macmillan, S. 120-144.
- Kalter, Frank 2000: Theorien der Migration. In: U. Mueller/B. Nauck et al. (Hg.): *Handbuch der Demographie 1. Modelle und Methoden*. Berlin: Springer, S. 438-475.
- Karakayali, Serhat/Tsianos, Vassilis 2005: Mapping the Order of New Migration: Undokumentierte Arbeit und die Autonomie der Migration. *Peripherie* 25 (97/98): 35-64.
- Kathmann, Till i. E.: *Zwischen Gehen und Bleiben: Entscheidungsprozesse wanderungswilliger deutscher Facharbeiter*. Bremen: Dissertation.
- Kathmann, Till/Mau, Steffen/Seidel, Nana/Verwiebe, Roland 2008: Die Auslöser von Wanderungsgedanken: Ergebnisse einer empirischen Studie zur Wanderung von Deutschen innerhalb Europas. In: F. Hillmann/M. Windzio (Hg.): *Migration und städtischer Raum. Chancen und Risiken der Segregation und Integration*. Opladen: Budrich UniPress, S. 103-120.
- Kelle, Udo/Kluge, Susann 1999: Vom Einzelfall zum Typus. Fallvergleich und Fallkontrastierung in der qualitativen Sozialforschung. Opladen: Leske + Budrich.
- Keller, Berndt/Seifert, Hartmut 2007: *Atypische Beschäftigung - Flexibilisierung und soziale Risiken*. Berlin: Edition Sigma.
- King, Russell 2002: Towards a New Map of European Migration. *International Journal of Population Geography* 8 (2): 89-106.
- Kritz, Mary M./Lim, Lin L./Zlotnik, Hania 1992: *International Migration Systems: A Global Approach*. Oxford: Clarendon.
- Marx, Ivo/De Maessalk, Veerle/Mussche, Ninke 2005: Europe's New Labour Migration Regimes. In: H. De Smedt/L. Goossens et al. (Hg.): *Unexpected Approaches to the Global Society*. Antwerpen: Garant, S. 61-86.
- Massey, Douglas S. 1990: Social Structure, Household Strategies, and the Cumulative Causation of Migration. *Population Index* 56 (1): 3-26.
- Massey, Douglas S./Arango, Joaquin/Hugo, Graeme/Kouaouci, Ali/Pellegrino, Adela/Taylor, J. Edward 1993: *Theories of Inter-*

- national Migration: A Review and Appraisal. *Population and Development Review* 19 (3): 431-466.
- Massey, Douglas S./Arango, Joaquin/Hugo, Graeme/Kouaouci, Ali/Pellegrino, Adela/Taylor, J. Edward 1994a: An Evaluation of International Migration Theory: The North American Case. *Population and Development Review* 20 (4): 699-751.
- Massey, Douglas S./Goldring, Luin/Durand, Jorge 1994b: Continuities in Transnational Migration: An Analysis of Nineteen Mexican Communities. *The American Journal of Sociology* 99 (6): 1492-1533.
- Mau, Steffen/Verwiebe, Roland 2009: *Die Sozialstruktur Europas*. Konstanz: UVK.
- Mau, Steffen/Verwiebe, Roland/Kathmann, Till/Seidel, Nana 2008: Die Arbeitsmigration von Deutschen in Europa. In: K.-S. Rehberg (Hg.): *Die Natur der Gesellschaft - Verhandlungen des 33. Kongresses der Deutschen Soziologie in Kassel 2006*. CD-ROM. Frankfurt am Main: Campus, S. 4471-4481.
- Mau, Steffen/Verwiebe, Roland/Seidel, Nana/Kathmann, Till 2007: Innereuropäische Wanderungen. Die Wanderungsmotive von Deutschen mit mittleren Qualifikationen. *BIOS - Zeitschrift für Biographieforschung, Oral History und Lebensverlaufsanalysen* 20 (2): 214-232.
- Morawska, Ewa 2001: Gappy Immigration Controls, Resourceful Migrants, and *Pendel* Communities. In: V. Guiraudon/C. Joppke (Hg.): *Controlling a New Migration World*. London: Routledge, S. 173-199.
- Morokvasic, Mirjana 1994: Pendeln statt auswandern. Das Beispiel der Polen. In: M. Morokvasic/H. Rudolph (Hg.): *Wanderungsraum Europa. Menschen und Grenzen in Bewegung*. Berlin: Edition sigma, S. 166-187.
- Piore, Michael J. 1979: *Birds of Passage. Migrant Labor and Industrial Societies*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Pries, Ludger 1998: Transmigranten als ein Typ von Arbeitswanderern in pluri-lokalen sozialen Räumen: Das Beispiel der Arbeitswanderungen zwischen Puebla/Mexiko und New York. *Soziale Welt* 49 (2): 135-149.
- Pries, Ludger 2001: *Internationale Migration*. Bielefeld: transcript.
- Pries, Ludger 2004: Transnationalism and Migration: New Challenges for the Social Sciences and Education. In: S. Luchtenberg (Hg.): *Migration, Education and Change*. London: Routledge, S. 15-39.
- Pries, Ludger 2010: Warum pendeln manche Migranten häufig zwischen Herkunfts- und Ankunftsregion? *Soziale Welt* 61 (1): 61-88.
- Recchi, Ettore 2004: Internal Migrants in the EU. Reasons and Perspectives of a Research Agenda. Vortrag gehalten auf der Konferenz "Europe and the World: Integration, Interdependence, Exceptionalism?" am 11.-13.03.2004, Chicago.
- Richmond, Anthony H. 1988: Sociological Theories of International Migration: The Case of Refugees. *Current Sociology* 36 (7): 7-25.
- Rogers, Rosemarie 1984: Return Migration in Comparative Perspective. In: D. Kubat (Hg.): *The Politics of Return. International Return Migration in Europe*. New York: Center for Migration Studies, S. 277-299.
- Sauer, Lenore/Ette, Andreas 2007: *Auswanderung aus Deutschland: Stand der Forschung und erste Ergebnisse zur internationalen Migration deutscher Staatsbürger*. Wiesbaden: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung.
- Schupp, Jürgen/Söhn, Janine /Schmiade, Nicole 2005: Internationale Mobilität von deutschen Staatsbürgern. Chance für Arbeitslose oder Abwanderung der Leistungsträger? *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft* 30 (2-3): 279-292.
- Stark, Oded 1993: *The Migration of Labor*. Cambridge: Blackwell.
- Stark, Oded/Taylor, J. Edward 1989: Relative Deprivation and International Migration. *Demography* 26 (1): 1-14.
- Statistisches Bundesamt 2010: *Wanderungen über die Grenzen Deutschlands 1952-2009 nach Herkunfts- bzw. Zielgebieten*. E-Mail-Anfrage vom 10.06.2010.
- Statistisches Bundesamt 2011: *Wanderungen über die Grenzen Deutschlands 2010 nach Herkunfts- bzw. Zielgebieten*. E-Mail Anfrage vom 30.06.2011.
- Sternberg, Jan Philipp 2003: Fernweh verwalten. Staatliche und kirchliche Auswanderer-Beratungsstellen nach dem Zweiten Weltkrieg. In: J. Oltmer (Hg.): *Migration steuern und verwalten: Deutschland vom späten 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart*. Göttingen: Vandhoeck & Ruprecht Unipress, S. 345-376.
- Tarver, James D./McLeod, R. Douglas 1973: A Test and Modification of Zipf's Hypothesis for Predicting Interstate Migration. *Demography* 10 (2): 259-272.
- Todaro, Michael P. 1969: A Model of Labor Migration and Urban Unemployment in Less Developed Countries. *The American Economic Review* 59 (1): 138-148.
- Todaro, Michael P. 1976: *Internal Migration in Developing Countries*. Geneva: International Labour Office.
- Verwiebe, Roland 2005: Die Wanderungsgründe von EU-Migranten. *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft* 30 (1): 131-154.
- Verwiebe, Roland 2008: Intra-European Migration. Is a New Transnational Middle Class Emerging? *Migration Letters* 5 (1): 1-19.
- Verwiebe, Roland/Mau, Steffen/Nana, Seidel/Kathmann, Till 2010: Skilled German Migrants and Their Motives for Migration within Europe. *Journal of Integration and Migration Studies* 11 (3): 273-293.
- Williams, Allan M./Balá, Vladimír 2002: Mobilité internationale en Europe centrale: touristes, commerçants et migrants. *Revue Européenne des Migrations Internationales* 18 (1): 37-65.
- Witzel, Andreas 1985: Das problemzentrierte Interview. In: G. Jüttemann (Hg.): *Qualitative Forschung in der Psychologie. Grundfragen, Verfahrensweisen, Anwendungsfelder*. Weinheim: Beltz Verlag, S. 227-255.

Autor

Till Kathmann
Universität Bremen
kathmann@uni-bremen.de

Julika Hillmann

Wann wollen zwei das Gleiche?

Eine Analyse der Elternschaftsabsichten von Paaren auf Grundlage der 1. Welle des Beziehungs- und Familienentwicklungspanels (pairfam)

Einführung

Die Statistik bescheinigt Deutschland seit Jahrzehnten einen Rückgang der Geburtenraten, der seit den 1960er Jahren zunehmend durch die steigende Kinderlosigkeit bedingt ist (Schulze 2009: 33; Statistisches Bundesamt 2009: 10). Inwieweit die zunehmende Verbreitung der Kinderlosigkeit tatsächlich gewollt ist, versuchen Untersuchungen des Kinderwunsches zu ergründen. Diese stellen bislang Individualanalysen in den Vordergrund und vernachlässigen damit, dass generative Entscheidungen überwiegend im Rahmen einer Partnerschaft getroffen und umgesetzt werden (Rosina/Testa 2009: 488; Peuckert 2008: 114). Werden Kinderwünsche eines Einzelnen auf die Paarebene übertragen, ohne den (vielleicht absolut gegenläufigen) Kinderwunsch des zweiten Partners einzubeziehen, ist die Aussagekraft des Kinderwunsches als Messinstrument für zukünftige Elternschaftsabsichten eingeschränkt. Da der individuelle Kinderwunsch gänzlich von dem im Partnerschaftskontext ausgehandelten abweichen kann, erscheint eine Betrachtung des Kinderwunsches eines einzelnen Individuums als nicht ausreichend. Daran ansetzend wurden in dieser Arbeit die Elternschaftspläne von 2.793 Paaren, die im Rahmen des „Panel Analysis of Intimate Relationships and Family Dynamics“ (pairfam) zu ihren Fertilitätsabsichten befragt wurden, untersucht. Besondere Berücksichtigung fand dabei der Einfluss der von den Partnern subjektiv empfundenen Partnerschaftsqualität auf ihre Kinderwünsche.

Theoretischer Hintergrund und Hypothesen

Zur Untersuchung des Einflusses der Partnerschaftsqualität auf den von Partnern geteilten Kinderwunsch wurden zwei konkurrierende Hypothesen formuliert, welche aus dem Value of Children-Ansatz (Hoffman/Hoffman 1973) und der sozialen Austauschtheorie (Thibaut/Kelley 1959) generiert wurden. Beide Modelle unterstellen rationale Akteure, die den Nutzen der Option Elternschaft, dazu mögliche Alternativen und damit verbundene Kosten in ihre generative Entscheidung einbeziehen und gegeneinander abwägen. Die Elternschaftsentscheidung fällt positiv aus, wenn eine (weitere) Elternschaft subjektiv den größtmöglichen zu erzielenden Ertrag im Vergleich zu den verfügbaren Alternativen verspricht. Im Gegensatz zu rein ökonomischen Theorien vermögen es beide Ansätze zusätzlich motivationale Einflüsse wie individuellen Präferenzen, Orientierungen und Einstellungen auf die Ausbildung des Kinderwunsches zu berücksichtigen (Huinink/Konietzka 2007: 152ff.). Während der VOC-Ansatz dabei den individuellen Kinderwunsch fokussiert, integriert die soziale Austauschtheorie auch die Paarinteraktion und –interdependenz in den generativen Entscheidungsprozess (Borchardt/Stöbel-Richter 2004: 41).

Die soziale Austauschtheorie verdeutlicht, dass die Partnerschaft selbst eine Nutzen generierende Quelle für Individuen darstellt (Schmidt/Moritz 2009: 33f.). Die Kosten, die mit der Geburt und dem Aufziehen von Kindern verbunden sind (psychische und emotionale Belastungen bei der Erziehung, Unterbrechung oder Aufgabe der Erwerbstätigkeit, weniger Zeit, die mit dem Partner verbracht werden kann), bergen gerade im Angesicht der gestiegenen Ansprüche an eine Partnerschaft das Potenzial den Nut-

zen, der aus der Beziehung gezogen wird, zu schmälern (Peuckert 2008: 121). Wird eine (weitere) Elternschaft so mit einer Reduzierung des partnerschaftlichen Nutzens assoziiert, ist es unwahrscheinlich, dass ein (weiteres) Kind gewünscht wird, wenn die Partnerschaftsqualität als sehr hoch empfunden wird.

Der VOC-Ansatz verdeutlicht hingegen, dass Kinder selbst einen Wert für die potenziellen Eltern haben können, der ihren individuellen Nutzen generieren oder gar steigern kann. Wird aus der Beziehung selbst kein zufrieden stellender Nutzen mehr erzielt und kann diese aber aufgrund mangelnder Handlungsalternativen (oder bestehender Normen) nicht aufgelöst werden, kann ein (weiteres) Kind mit der Hoffnung, den individuellen Nutzen zu steigern, die Beziehung zu revitalisieren oder gar den Partner zu halten, gewünscht werden. Diese Argumentationsstränge führen zu der Annahme, dass eine geringe Partnerschaftsqualität einen positiven Einfluss auf die gemeinsamen Elternschaftsabsichten von Paaren hat (Hypothese 1).

Gemäß der sozialen Austauschtheorie führt die Interaktion der Partner im Zeitverlauf zu einer Verdichtung und Verstärkung ihrer Beziehung. Dies wird jedoch nur gewünscht, wenn die Beziehung von beiden als ausreichend zufrieden stellend empfunden wird (Schmidt/Moritz 2009: 33f.; Hill/Kopp 2004: 104). Die Geburt eines (weiteren) Kindes bezeichnet eine Investition in die bestehende Partnerschaft, die die Interdependenz der Partner erhöht und eine kontinuierliche Interaktion beider verlangt. Dabei ist anzunehmen, dass potenzielle Eltern nicht nur die Entwicklung des eigenen individuellen Nutzens, sondern auch das Wohl des Kindes unter den gegenwärtigen Bedingungen der Beziehung antizipieren. Unter Berücksichtigung der gestiegenen Ansprüche an eine Elternschaft werden potenzielle Eltern bestrebt sein, Konflikte und Trennung zu vermeiden und ein möglichst optimales Umfeld für das Aufwachsen des Kindes zu schaffen. Die Verdichtung der Partnerschaft durch das gemeinsame Kind wird für die Partner daher nur wünschenswert sein, wenn die Beziehung bisher ausreichend Nutzen stiftend war und dies auch für das zukünftige Bestehen der Beziehung angenommen werden kann. Unter den Gesichtspunkten der Bindungswirkung von Kindern und dem antizipierten Kindeswohl kann demnach angenommen werden, dass eine hohe Partnerschaftsqualität einen positiven Einfluss auf die gemeinsamen Elternschaftsabsichten hat (Hypothese 2).

Vorgehensweise und deskriptive Ergebnisse

Die Grundlage der Stichprobe bildeten der Anker- und Partnerdatensatz der 1. Welle des pairfam, aus dem 2.793 heterosexuelle Paare selektiert wurden, deren Zielpersonen aus den Kohorten 1971 bis 1973 und 1981 bis 1983 stammten, bei denen zum Zeitpunkt der Befragung keine Schwangerschaft vorlag und die nach eigenen Angaben mit hoher Wahrscheinlichkeit auf natürlichen Wege Kinder bekommen konnten. Paare mit inkonsistenten Angaben zur Beziehungsdauer und einem Beziehungsbeginn, der vor dem 11. Lebensjahr eines Partners lag sowie Paare, bei denen die Frau über 45 und die Realisierung eines Kinderwunsches somit aus biologischer Perspektive sehr unwahrscheinlich war, wurden aus der Stichprobe ausgeschlossen.

Da Paare, die bereits Kinder haben, um die Auswirkungen einer Elternschaft auf den individuellen wie partnerschaftlichen Nutzen wissen (Borchardt/Stöbel-Richter 2004: 38, Hill/Kopp 2004: 111f.), und nicht auszuschließen ist, dass das Vorhandensein von Kindern Einfluss auf die Bewertung der Beziehung nimmt (Bulatao 1981: 18 & 23; Rijken 2009: 58; Eckhard/Klein 2006: 79), ist die Kinderwunschgenese von kinderlosen Paaren und Elternpaaren nicht zu vergleichen. Aufgrund ihrer unterschiedlichen Erfahrungshorizonte in Bezug auf die Elternschaft wird der Einfluss der Partnerschaftsqualität auf die Elternschaftsabsichten von Paaren, die bereits Kinder haben, und kinderlosen Paaren deshalb getrennt voneinander untersucht.

Grundlegend für die Unterscheidung von Eltern und kinderlosen Paaren sind für die vorliegende Untersuchung Elternschaftserfahrungen mindestens eines Partners. Auf Basis dieses Selektionsmerkmals ergibt sich eine Teilstichprobengröße von 986 kinderlosen Paaren und 1.807 Paaren, die bereits mindestens ein Kind haben.

Der Kinderwunsch wurde durch Frage, ob Personen beabsichtigen innerhalb der nächsten zwei Jahre (erneut) Eltern zu werden, erhoben. Diese zeitliche Eingrenzung zielt damit auf *Elternschaftsabsichten* ab und trägt dem Umstand Rechnung, dass sich sowohl persönliche Präferenzen als auch (individuelle) Rahmenbedingungen im Zeitverlauf verändern können und Befragte somit ihre Realisierungschancen besser einschätzen können (Voas 2003: 638; Ette/Ruckdeschel 2007: 58). Die Analyse von partnerschaftlichen Kinderwünschen bezieht sich in diesem Beitrag daher auf die Übereinstimmung der Partner bei ihren zeitnahen Elternschaftsabsichten.

Es zeigt sich, dass sowohl kinderlose Paare als auch Elternpaare mehrheitlich übereinstimmende Elternschaftsabsichten haben (vgl. Tab. 1). Während 66,4 Prozent der Paare, die bereits Kinder haben, einstimmig den Wunsch nach einem weiteren Kind verneinen, tun dies nur 36,2 Prozent der kinderlosen Paare. Diese weisen hingegen deutlich häufiger als Elternpaare den übereinstim-

	Kinderlose Paare	Paare mit Kindern
	%	%
beide Partner nein	36,2	66,4
beide Partner ja	37,4	20,3
Frau ja, Mann nein	13,0	7,5
Mann ja, Frau nein	13,3	5,8
N	986	1.807

Quelle: PAIRFAM 2008/2009, 1. Welle, eigene Berechnungen.

Tabelle 1: Übereinstimmung der Partner bei ihren zeitnahen Elternschaftsabsichten

menden Wunsch auf, Eltern zu werden. Allerdings herrscht unter kinderlosen Paaren auch häufiger Uneinigkeit über die Elternschaftsabsichten.

Da zur Bewertung der Partnerschaftsqualität keine objektiven Kriterien existieren (Halweg/Baucom 2008: 3), erfolgt die Messung überwiegend über subjektive Einschätzungen von Partnerschafts-

bereichen. Um die potenziell ambivalente Wirkung der Partnerschaftsqualität auf Elternschaftsabsichten zu messen, wurden vier Dimensionen herangezogen. Die *subjektive Beziehungszufriedenheit* und das wahrgenommene *Ausmaß positiver Interaktion* in der Partnerschaft gelten als Indikatoren für den positiven Einfluss einer *hohen* Partnerschaftsqualität auf den Kinderwunsch. Die *Trennungsabsicht* und die berichtete *Häufigkeit negativer Interaktion* in der Beziehung dienen hingegen zur Untersuchung des positiven Einflusses einer *geringen* Partnerschaftsqualität auf die Elternschaftsabsichten.

Die Beziehungszufriedenheit der Partner wurde anhand einer 11-stufigen Skala erhoben, die für die anschließenden Auswertungen in eine drei Kategorien umfassende Variable rekodiert wurde. Aufgrund des allgemein hohen Zufriedenheitsniveaus wurden die Skalenwerte 9 und 10 zur Kategorie „*sehr zufrieden*“ und die Werte 7 und 8 zur Kategorie „*zufrieden*“ zusammengefasst. Personen, welche die Zufriedenheit mit ihrer Beziehung mit einem von Wert von 0 bis 6 bewerteten, wurden der neu generierten Kategorie „*weniger zufrieden bis sehr unzufrieden*“ zugeordnet.

Eine Trennungsabsicht lag vor, wenn die Befragten im letzten Jahr ernsthaft an eine Trennung oder Scheidung gedacht hatten.

Das *Ausmaß positiver Interaktion* in der Partnerschaft wurde über eine Auswahl von zehn Items operationalisiert, die mit einer positiven Interaktion beider Partner assoziiert werden:

1. „Ich gebe meinem Partner/meiner Partnerin das Gefühl, dass ich ihn/sie verstehe.“
2. „Ich höre meinem Partner/meiner Partnerin zu, gebe ihm/ihr Raum, sich auszusprechen.“
3. „Ich unterstütze meinem Partner/meiner Partnerin mit Rat und Tat, wenn er/sie Probleme hat.“
4. „Mein Partner/meine Partnerin gibt mir das Gefühl, dass er/sie mich versteht.“
5. „Mein Partner/meine Partnerin hört mir zu, gibt mir Raum, mich auszusprechen.“
6. „Mein Partner/meine Partnerin unterstützt mich mit Rat und Tat, wenn ich Probleme habe.“
7. „Wie oft erzählen Sie Ihrem Partner/Ihrer Partnerin was Sie beschäftigt?“
8. „Wie oft zeigt Ihr Partner/Ihre Partnerin Ihnen Anerkennung für das, was Sie tun?“
9. „Wie oft zeigt Ihnen Ihr Partner/Ihre Partnerin, dass er/sie Sie schätzt?“
10. „Wie oft teilen Sie mit Ihrem Partner/Ihrer Partnerin Ihre Geheimnisse und innersten Gefühle?“

Aus den wählbaren Antwortvorgaben „*nie*“ (1), „*selten*“ (2), „*manchmal*“ (3), „*häufig*“ (4) und „*immer*“ (5) wurde eine Skala erstellt, die anschließend in drei Kategorien rekodiert wurde. Diese geben darüber Aufschluss, ob Befragte das Ausmaß der positiven Interaktion in ihrer Partnerschaft als „*niedrig*“, „*mittel*“ oder „*hoch*“ bewerten.

In gleicher Weise wurde die Häufigkeit negativer Interaktion – gemessen an der Häufigkeit von negativem Konfliktverhalten – operationalisiert. Die Befragten sollten anhand einer Skala von „*fast nie oder nie*“ (1) bis „*sehr oft*“ (5) berichten, wie oft sie selbst und ihr(e) Partner(in) bei Meinungsverschiedenheiten

1. den Partner beleidigen oder beschimpfen
2. in Schweigen verfallen
3. den Partner anschreien
4. sich weigern, weiter darüber zu reden
5. schnell beleidigt sind
6. dem anderen die Schuld geben, Schuldgefühle machen.

Aus den resultierenden Antwortmustern wurde abgeleitet, ob die Partner „selten bis nie“, „manchmal“ oder „häufig bis immer“ negatives Konfliktverhalten in ihrer Beziehung wahrnehmen.

Es zeigt sich, dass die Bewertung der Partnerschaftsqualität bei der Partner, sowohl bei kinderlosen Paaren als auch bei Elternpaaren, größtenteils übereinstimmt (vgl. Tab. 2). Nur bei Betrachtung der positiven Interaktion wird deutlich, dass Eltern häufiger als Kinderlose keine übereinstimmende Bewertung aufweisen. Zudem bescheinigen kinderlose Paare ihrer Beziehung eine höhere Qualität als Eltern: Paare, die (noch) keine Kinder haben, sind häufiger sehr zufrieden mit ihrer Beziehung, nehmen häufiger positive Interaktion in der Partnerschaft wahr und berichten gleichzeitig über ein geringeres Ausmaß an negativem Konfliktverhalten. Die geringere Trennungsabsicht von Eltern könnte auf die Bindungswirkung bereits existierender Kinder zurückzuführen sein (Peuckert 2005: 185; Klein/Eckhard 2008: 379f.).

Methoden

Um das Zusammenspiel verschiedener Einfluss nehmender Faktoren auf den geteilten Kinderwunsch von Partnern zu analysieren, wurden binäre logistische Regressionen gerechnet. Dabei wurden die Merkmale von Männern und Frauen in separate Regressionsmodelle integriert, um die geschlechtsspezifischen auf den geteilten Kinderwunsch Einfluss nehmenden Faktoren zu wahren. In den Modellen ergibt die abhängige Variable 1, wenn sich beide Partner ein Kind wünschen und 0 wenn dies nicht zutrifft (dies schließt auch unterschiedliche Meinungen der Partner ein).

Aufgrund der hohen Korrelationen zwischen den Prädiktoren der Partnerschaftsqualität, wurden gesonderte Modelle für den Einfluss einzelner Aspekte der Beziehungsqualität auf die geteilte Absicht, in den nächsten zwei Jahren ein (weiteres) Kind zu bekommen, erstellt.

Die unterschiedlichen Erfahrungshorizonte in Bezug auf die Elternschaft von kinderlosen Paaren und Paaren, die bereits Eltern sind, können sich in der Ausbildung von (weiteren) Kinderwünschen niederschlagen, wodurch die Elternschaftsabsichten beider Gruppen nicht direkt miteinander vergleichbar sind. Konsequenterweise wurden logistische Regressionen daher für Eltern und kinderlose Paare getrennt voneinander berechnet.

Durch die Berechnung separater Modelle wird ein Vergleich der dyadischen Elternschaftsabsichten von Eltern und kinderlosen Paaren unter Berücksichtigung geschlechtsspezifischer Unterschiede möglich. So kann untersucht werden, wie sich die Merkmale von Müttern und Vätern bzw. von kinderlosen Frauen und Männern auf den gemeinsamen Kinderwunsch auswirken.

Kontrolliert wurde dabei jeweils für das Alter, die Herkunft, das Bildungsniveau, den Erwerbsstatus und die Religiosität der Befragten sowie für den Institutionalisierungsgrad der Partnerschaft.

	kinderlos	mit Kindern
	%	%
Beziehungszufriedenheit		
beide weniger zufrieden bis unzufrieden	1,8	3,5
beide zufrieden	12,5	14,3
beide sehr zufrieden	41,6	34,6
Mann zufriedener als Frau	21,2	24,2
Frau zufriedener als Mann	22,9	23,2
keine Angabe	1,8	0,1
Trennungsabsicht		
beide ja	7,2	4,9
beide nein	71,6	77,3
Mann ja/Frau nein	5,3	3,6
Frau ja/Mann nein	8,7	7,5
keine Angabe	7,2	6,8
Ausmaß positiver Interaktion		
beide niedrig	-	0,7
beide mittel	13,3	18,4
beide hoch	44,3	26,4
Mann höher als Frau	13,6	19,3
Frau höher als Mann	18,7	22,1
keine Angabe	10,1	13,1
Häufigkeit negatives Konfliktverhalten		
beide selten bis nie	31,1	26,3
beide manchmal	16,9	12,9
beide häufig bis immer	2,0	3,7
Mann häufiger als Frau	14,1	17,4
Frau häufiger als Mann	24,3	22,5
keine Angabe	11,5	17,2
N	986	1.807

Quelle: PAIRFAM 2008/2009, 1. Welle, eigene Berechnungen.

Tab. 2: Übereinstimmung der Partner bei der Einschätzung der Partnerschaftsqualität

	Männer				Frauen			
	Odds Ratios				Odds Ratios			
Beziehungszufriedenheit								
weniger zufrieden bis sehr unzufrieden	0.85				0.72			
zufrieden (RG)	1				1			
sehr zufrieden	1,36+				1.34			
Trennungsabsicht								
ja	0.78				1.23			
nein (RG)	1				1			
Ausmaß positiver Interaktion								
niedrig bis mittel (RG)	1				1			
hoch	0.81				0.75			
Häufigkeit negatives Konfliktverhalten								
selten bis nie	0.97				0.99			
manchmal bis oft (RG)	1				1			
N	783	773	755	750	778	758	750	748

Quelle: *pairfam* 2008/2009, 1. Welle, eigene Berechnungen. *** $p \leq 0,001$; ** $p \leq 0,01$; * $p \leq 0,05$; + $p \leq 0,1$

Tabelle 3: Ergebnisse der logistischen Regressionsanalyse, Determinanten des übereinstimmenden Kinderwunsches von kinderlosen Paaren, Odds Ratios

Ergebnisse

Aus den Analysen geht hervor, dass einzelne Aspekte der Partnerschaftsqualität unterschiedlichen Einfluss auf die gemeinsamen Elternschaftsabsichten von kinderlosen und Eltern haben. Bei Betrachtung der *subjektiven Beziehungszufriedenheit* kinderloser Paare zeigt sich, dass nur eine sehr hohe Zufriedenheit des Mannes einen signifikant positiven Einfluss auf die gemeinsamen Elternschaftsabsichten hat. Aus der Betrachtung der Elterngruppe geht hervor, dass eine sehr hohe Beziehungszufriedenheit der Frau einen positiven Effekt auf den gemeinsamen Kinderwunsch hat. Eine geringe Beziehungszufriedenheit des Mannes hat hingegen einen negativen Effekt auf den gemeinsamen Wunsch nach weiteren Kindern. Damit überwiegt der positive Einfluss der subjektiven Beziehungszufriedenheit auf von den Partnern geteilte Elternschaftsabsichten.

Die Wahrnehmung *positiver Interaktion* in der Partnerschaft hat keinen signifikanten Einfluss auf die Elternschaftsabsichten von kinderlosen Paaren ¹. Nimmt hingegen ein Mann, der bereits Vater ist, erhebliche positive Interaktion in der Beziehung wahr, sinkt die Wahrscheinlichkeit eines übereinstimmenden Wunsches des Paares nach einem weiteren Kind. Die Wahrnehmung positiver Interaktion von Müttern steht in keinem signifikanten Zusammenhang mit dem gemeinschaftlichen Kinderwunsch (vgl. Tab. 3).

Deutliche Unterschiede zwischen den Elternschaftsabsichten beider Paargruppen sind bei der Untersuchung des Einflusses der *Trennungsabsicht* zu erkennen. Diese steht lediglich mit dem Kinderwunsch von Eltern in einem signifikant negativen Zusammenhang. Hat einer der Partner im letzten Jahr ernsthaft über eine Trennung nachgedacht, sinkt die Chance, dass sich beide Partner in den nächsten zwei Jahren ein weiteres Kind wünschen, um fast die Hälfte. Eine ausgeprägte Trennungsabsicht hat somit einen negativen Effekt auf gemeinsame Elternschaftsabsichten von Paaren.

Ähnliches geht aus der Einbeziehung der Häufigkeit *negativer Interaktion* hervor ². Für kinderlose Paare ist kein signifikanter Einfluss nachweisbar. Tritt negatives Konfliktverhalten bei Paaren mit Kindern nur selten auf, ist die Wahrscheinlichkeit für einen von den Partnern geteilten Wunsch nach einem weiteren Kind signifi-

¹ Aufgrund der geringen Fallzahlen wurden die Kategorien „niedrig“ und „mittel“ für die multivariaten Analysen zu der Kategorie „niedrig bis mittel“ zusammengefasst.

² Aufgrund der geringen Fallzahlen wurden die Kategorien „manchmal“ und „häufig bis immer“ für die multivariaten Analysen zu der Kategorie „manchmal bis oft“ zusammengefasst

kant erhöht.

Bei der Untersuchung der Wirkung einzelner Partnerschaftsaspekte wird somit deutlich, dass die Beziehungsqualität lediglich für die generative Entscheidung von Paaren, die bereits Kinder haben, eine signifikante Bedeutung hat. Für Eltern wirkt eine hohe Partnerschaftsqualität, gemessen anhand der subjektiven Beziehungszufriedenheit und einer positiven Interaktion, positiv auf die von beiden Partnern geteilte Absicht, in den nächsten zwei Jahren ein weiteres Kind zu bekommen. Eine niedrige Partnerschaftsqualität, evaluiert durch eine Trennungsabsicht und negative Interaktion zwischen den Partnern, hat hingegen einen negativen Einfluss auf gemeinsame Elternschaftsabsichten.

Fazit und Diskussion

Bei der Untersuchung des partnerschaftlichen Kinderwunsches zeigte sich, dass Paare überwiegend übereinstimmende Elternschaftsabsichten haben, selbst wenn zur Messung ihrer generativen Absichten ein relativ kurzer Zeithorizont vorgegeben wird. Werden Paare allerdings nach ihrem Elternschaftsstatus unterschieden, werden Unterschiede zwischen Eltern und kinderlosen Paaren deutlich. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass kinderlose Paare deutlich häufiger als Paare, die bereits Eltern sind, keine übereinstimmenden Elternschaftsabsichten haben. Dass Eltern sich besonders häufig darüber einig sind, in den

nächsten zwei Jahren kein weiteres Kind zu wollen, kann daran liegen, dass sie ihre gewünschte Kinderzahl bereits realisiert haben. Für weitergehende Untersuchungen sollte hier aber auch das Alter des jüngsten Kindes Berücksichtigung finden.

Differenzen zwischen den untersuchten Paargruppen werden auch bei ihrer Einschätzung der Partnerschaftsqualität erkennbar. Zwar erzielen sowohl kinderlose Paare als auch Elternpaare einen hohen Übereinstimmungsgrad bei der Bewertung ihrer Beziehung, allerdings bescheinigen Paare mit Kindern ihrer Beziehung in den Punkten Zufriedenheit sowie positive und negative Interaktion eine geringere Qualität als kinderlose Paare. Folglich sind negative Auswirkungen von Kindern auf die subjektive Beziehungsgüte von Eltern anzunehmen.

Tatsächlich zeigt sich bei den multivariaten Analysen der Elternschaftsabsichten, dass die Partnerschaftsqualität lediglich mit den übereinstimmenden Kinderwünschen von Eltern signifikant zusammenhängt, für die einstimmigen Elternschaftsabsichten von kinderlosen Paaren hingegen kaum relevant ist. Bei Paaren mit Kindern erhöht eine hohe Beziehungszufriedenheit die Wahrscheinlichkeit, dass beide Partner sich in den nächsten zwei Jahren ein weiteres Kind wünschen, während eine Trennungsabsicht und ein hohes Ausmaß negativer Interaktion diese Wahrscheinlichkeit signifikant senken. Dies führt zu der Annahme von Hypothese 2, dass eine hohe Partnerschaftsqualität einen positiven

	Männer				Frauen			
	Odds Ratios				Odds Ratios			
Beziehungszufriedenheit								
weniger zufrieden bis sehr unzufrieden	0,45**				0.89			
zufrieden (RG)	1				1			
sehr zufrieden	1.22				1,60**			
Trennungsabsicht								
ja		0,56*				0,59*		
nein (RG)		1				1		
Ausmaß positiver Interaktion								
niedrig bis mittel (RG)			1				1	
hoch			0,70*				0.79	
Häufigkeit negatives Konfliktverhalten								
selten bis nie				1,27+				1,56**
manchmal bis oft (RG)				1				1
N	1.566	1.545	1.478	1.444	1.586	1.557	1.522	1.498

Quelle: *pairfam* 2008/2009, 1. Welle, eigene Berechnungen. ***p ≤ 0,001; **p ≤ 0,01; *p ≤ 0,05; + p ≤ 0,1

Tabelle 4: Ergebnisse der logistischen Regressionsanalyse, Determinanten des übereinstimmenden Kinderwunsches von Eltern, Odds Ratios

Einfluss auf die Elternschaftsabsichten hat. Lediglich ein von Vätern wahrgenommenes hohes Ausmaß positiver Interaktion hat einen negativen Einfluss auf den einstimmigen Wunsch der Partner nach einem weiteren Kind, was zur Annahme der Hypothese 1 jedoch nicht hinreichend ist.

Es ist anzunehmen, dass Eltern ihre generative Entscheidung stärker von der wahrgenommenen Beziehungsqualität abhängig machen, da sie bereits wissen, welche tatsächlichen Auswirkungen eine Elternschaft auf ihre Partnerschaft hat. Kinderlose Paare haben womöglich eine stärker idealisierte Vorstellung von der Geburt ihres ersten Kindes. Da Eltern eine geringere Partnerschaftsqualität berichten als kinderlose Paare, könnten Eltern bewusst mit weiteren Einbußen in ihrer Beziehungsqualität durch die Geburt eines weiteren Kindes rechnen und sich daher nur bei einer sehr hohen Partnerschaftsqualität für ein weiteres Kind entscheiden.

Da die durchgeführten Untersuchungen auf Querschnittsdaten der 1. Welle des *pairfam* beruhen, bleibt offen, ob eine hohe Partnerschaftsqualität auch zur Umsetzung des einstimmigen Wunsches nach einem weiteren Kind führt. Weitere Untersuchungen mit den folgenden Wellen des *pairfam* könnten zur Klärung dieser und weiterer Fragen beitragen.

Literaturverzeichnis

- BORCHARDT, A./STÖBEL-RICHTER, Y. (2004): Die Genese des Kinderwunsches bei Paaren – eine qualitative Studie. In: Materialien zur Bevölkerungswissenschaft, Heft 114. Wiesbaden: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung.
- BULATAO, R.A. (1981): Values and Disvalues of Children in Successive Childbearing Decisions. In: *Demography*, 18(1): 1-25.
- ECKHARD, J./KLEIN, T. (2006): Männer, Kinderwunsch und generatives Verhalten. Eine Auswertung des Familiensurvey zu Geschlechterunterschieden in der Motivation zur Elternschaft. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- ETTE, A./RUCKDESCHEL, K. (2007): Die Oma macht den Unterschied! Der Einfluss institutioneller und informeller Unterstützung für Eltern auf ihre weiteren Kinderwünsche. In: *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft*, 32(1-2): 51-72.
- HALWEG, K/BAUCOM, D.H. (2008): Partnerschaft und psychische Störungen. Fortschritte der Psychotherapie. Göttingen: Hogrefe.
- HILL, P.B./KOPP, J. (2004): Familiensoziologie: Grundlagen und theoretische Perspektiven. 3., überarbeitete Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- HOFFMAN, L.W./HOFFMAN, M.L. (1973): The Value of Children to Parents. In: Fawcett, J.T. (ed.): *Psychological perspectives on population*, New York: Basic Books.
- HUININK, J./KONIETZKA, D. (2007): Familiensoziologie: eine Einführung. Frankfurt/Main: Campus Verlag.
- KLEIN, T./ECKHARD, J. (2008): Partnerschafts- und berufsbezogene Aspekte des Kinderwunsches von Männern und Frauen. In: Feldhaus, M./Huinink, J. (Hrsg.): *Neuere Entwicklungen in der Beziehungs- und Familienforschung. Vorstudien zum Beziehungs- und Familienentwicklungspanel (PAIRFAM)*. Würzburg: Ergon Verlag.
- PEUCKERT, R. (2008): Familienformen im sozialen Wandel. 7., vollständig überarbeitete Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- RIJKEN, A.J. (2009): Happy families, high fertility? Childbearing choices in the context of family and partner relationships. Dissertation Utrecht University.
- ROSINA, A./TESTA, M.R. (2009): Couples' First Child Intentions and Disagreement: An Analysis of the Italian case. In: *European Journal of Population*, 25: 487-502.
- SCHMIDT, U./MORITZ, M.-T. (2009): Familiensoziologie. Bielefeld: transcript Verlag.
- SCHULZE, A. (2009): Sozioökonomische Konsequenzen der Fertilität: Folgen der Geburt von Kindern für den Wohlstand von Paarhaushalten. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- STATISTISCHES BUNDESAMT (2009): Mikrozensus 2008: Neue Daten zur Kinderlosigkeit in Deutschland. Begleitmaterial zur Pressekonferenz am 29. Juli 2009 in Berlin.
- THIBAUT, J.W./KELLEY, H.H. (1959): *The Social Psychology of Groups*. New York: Wiley.
- VOAS, D. (2003): Conflicting Preferences: A Reason Fertility Tends to Be Too High or Too Low. In: *Population and Development Review*, 29(4): 627-646.

Autorin

Julika Hillmann
Landesbetrieb für Statistik und
Kommunikationstechnologie Niedersachsen
julika.hillmann@lskn.niedersachsen.de

Silke Tophoven, Anita Tisch, Patrycja Scioch Die Babyboomer auf dem Weg ins höhere Erwerbsalter

Abstract

Angesichts des demographischen Wandels und den damit assoziierten gesamtgesellschaftlichen Herausforderungen, wird es zukünftig von großer Bedeutung sein, die deutschen Babyboomerkohorten möglichst lange im Erwerbssystem zu halten. Derzeit stehen diese „auf der Schwelle zum höheren Erwerbsalter“. Zu Beginn ihres Erwerbslebens waren sie mit gestiegenen Unsicherheiten auf dem Arbeitsmarkt konfrontiert. Daran anschließend stellt sich die Frage, wie sich ihr Erwerbsverlauf bis heute gestaltet hat. Zur näheren Untersuchung der Erwerbsverläufe betrachten wir die Geburtskohorten 1959 und 1965, die beide während des deutschen Babybooms zur Welt kamen. Anhand der Ergebnisse erster Sequenzmusteranalysen lassen sich die Erwerbsverläufe der beiden Kohorten in drei Typen gruppieren, die sich insbesondere durch einen unterschiedlichen Grad der Integration in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung auszeichnen.

1. Einleitung

Die sogenannten deutschen Babyboomer sind derzeit zwischen Anfang 40 und Anfang 50 Jahre alt und befinden sich „auf der Schwelle zum höheren Erwerbsalter“. Sie können heute als reich an Arbeits- und Lebenserfahrung gelten. Der größte Teil der Babyboomer konnte sie sich in den vergangenen Jahren auf dem Arbeitsmarkt etablieren und steht gegenwärtig in der Mitte der individuellen Erwerbsbiografie. Insgesamt ist derzeit ein Rückgang der Erwerbsbeteiligung ab dem Alter 50 zu verzeichnen. Angesichts des demographischen Wandels und den damit assoziierten gesamtgesellschaftlichen Herausforderungen, wie dem sich in einigen Branchen und Regionen abzeichnendem Fachkräftemangel oder den prognostizierten steigenden Belastungen des sozialen Sicherungs- und Rentensystems, ist es jedoch von großer Bedeutung, die Babyboomer möglichst lange im Erwerbssystem zu halten. Hierauf müssen sich sowohl die Angebots- als auch die Nachfrageseite des Arbeitsmarktes einstellen. Der vorliegende Beitrag beschreibt die Besonderheiten des Erwerbseinstiegs und bisherigen Erwerbsverlaufs beispielhaft für zwei der Babyboomerkohorten, die 1959 und 1965 Geborenen.

Die deutschen Babyboomer waren zu Beginn ihres Erwerbslebens mit gestiegenen Unsicherheiten auf dem Arbeitsmarkt konfrontiert (vgl. u.a. Konietzka 2004). Auf Basis dieser Erkenntnis stellt sich die Frage, inwiefern sich diese Unsicherheiten auch im weiteren Erwerbsverlauf widerspiegeln. Um sich einer Antwort auf diese Frage nähern zu können, ist eine detaillierte Betrachtung und Beschreibung der Erwerbsverläufe der beiden Kohorten nötig. Hierzu muss der dynamischen Komponente individueller Erwerbsverläufe, die sich insbesondere durch die sequenzielle Abfolge unterschiedlich arbeitsmarktnaher und -ferner Erwerbszustände auszeichnet, ausreichend Rechnung getragen werden. Der vorliegende Beitrag zeigt erste Ergebnisse, die mit Hilfe von Sequenzmusteranalysen anhand des Optimal Matching Verfahrens gewonnen wurden und auf Basis dessen die Erwerbsverläufe der 1959 und 1965 Geborenen in drei unterschiedliche Cluster gruppiert werden konnten.

2. Hintergrund

¹Wir möchten an dieser Stelle unseren Kolleginnen im Projekt BASiD, Daniela Hochfellner und Dana Müller, für die Bereitstellung der Daten und ihre hilfreiche Unterstützung danken.

Als die deutschen Babyboomer werden die geburtenstarken Jahrgänge der 1960er Jahre bezeichnet, die sich durch mehr als 1,2 Millionen Geburten pro Jahr von anderen Geburtskohorten unterscheiden (Menning/Hoffmann 2009). Die zusammengefasste Geburtenziffer, die schon sehr bald nach dem Zweiten Weltkrieg wieder das Reproduktionsniveau von 2,1 Kindern je Frau erreicht hat, stieg während des Babybooms zeitweise auf über 2,4 an, um sich anschließend, auf dem Niveau von 1,3 bis 1,4 einzupendeln. Mit diesem Rückgang der Geburtenhäufigkeit sank auch die absolute Geburtenzahl. Diese liegt seit Beginn der 1970er Jahre zwischen 700.000 und 900.000. Damit stellen die Babyboomer zahlenmäßig die mit Abstand größten Jahrgänge auf dem heutigen Arbeitsmarkt dar.

Geboren wurden die Babyboomer während des wirtschaftlichen Aufschwungs der 1960er Jahre. Obwohl sie von der Bildungsexpansion in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts profitieren konnten und damit ein deutlich höheres Qualifikationsniveau aufweisen als vorangehende Kohorten, hatten sie durch die Folgen der Arbeitsmarktkrise in den 1980er Jahren einen erschwerten Übergang in den Arbeitsmarkt. Die vergleichsweise schlechten Berufseinstiegschancen führten zu einem längerem Verbleib im Schul- bzw. Ausbildungssystem (Dietrich/Abraham 2008) und zu Mehrfachausbildungen (Jacob 2004), aber auch zu frühen Arbeitslosigkeitserfahrungen. Die Arbeitsmarktkrise der 1980er Jahre traf allerdings nicht alle Angehörigen der hier im Mittelpunkt stehenden 1959 und 1965 Geborenen im gleichen Maße. Vielmehr zeigen sich Unterschiede nach Qualifikationsniveau. Für die beiden Kohorten gilt, dass Absolventen einer betrieblichen Ausbildung in der älteren Kohorte in einen relativ stabilen Arbeitsmarkt eintreten konnten und mit nur einem niedrigen Arbeitslosigkeitsrisiko behaftet waren. Der Berufseinstieg nach Fachhochschul- oder Universitätsabschluss hingegen fiel bei derselben Kohorte in die Arbeitsmarktkrise zu Beginn der 1980er Jahre. Ein erhöhtes Arbeitsmarktrisiko und Schwierigkeiten beim Erwerbseintritt waren die Folge. Dasselbe gilt für Lehrausbildende der jüngeren Kohorte, die etwa zeitgleich mit den Studienabsolventen der älteren Kohorte in den Arbeitsmarkt eintraten. Beim Erwerbseintritt der Fachhochschul- und Universitätsabsolventen der jüngeren Kohorte hingegen hatte sich der Arbeitsmarkt wieder erholt (Tisch/Tophoven 2011).

3. Datengrundlage

Die folgenden Analysen wurden mit Daten aus dem Projekt „Biografiedaten ausgewählter Sozialversicherungsträger in Deutschland“ (BASiD) durchgeführt, die wir im Rahmen einer Qualitätsprüfung verwenden konnten.¹ Das Projekt BASiD wird vom Forschungsdatenzentrum der Bundesagentur für Arbeit im Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB) in Kooperation mit dem Forschungsdatenzentrum der deutschen Rentenversicherung (FDZ-RV) durchgeführt und stellt eine Zusammenführung der Personendaten der Versicherungskontenstichprobe (VSKT) des FDZ-RV mit der Beschäftigten- und Leistungsempfänger Historik, den Integrierten Erwerbsbiografien und dem Betriebs-Historik-Panel des IAB dar. Ausgangsdatsatz für die Zusammenführung der verschiedenen Datenquellen ist die VSKT, welche administrative gewonnene Daten mit Informationen zu allen rentenrelevanten

Ereignissen für eine Stichprobe von etwa einem Prozent aller Personen im erwerbsfähigen Alter zwischen 15 und 67 Jahren ab dem Geburtsjahr 1940, die jemals ein Konto bei der Rentenversicherung hatten, enthält. Personen, die sich zum Stichtag 31.12.2007 in der VSKT befanden, wurden dann in den Datenbeständen des IAB über die Sozialversicherungsnummer identifiziert. Die IAB-Daten sind ebenfalls administrativ gewonnen und umfassen Angaben zu sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung sowie zu Arbeitslosigkeit und Leistungsbezug. Beamte und Selbstständige² sind in keiner der beiden Datenquellen enthalten. Der Ausgangsdatensatz, mit Personen für die bei beiden Institutionen ein Konto vorliegt, umfasst 537.896 Personen. Die Verknüpfung und der Abgleich beider Datensätze ermöglicht ein tagesgenaues und annähernd lückenloses Abbild der individuellen Erwerbsbiografien auf Personenebene ([Hochfellner et al. 2009](#)).

Unsere Analysen beziehen sich auf die Erwerbsverläufe der beiden Babyboomerkohorten 1959 und 1965 ab dem Alter 20 und beschränken sich auf Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit. Neben Personen ohne Angabe zum Geschlecht wurden Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit systematisch aus den folgenden Analysen ausgeschlossen, da für sie, aufgrund von oftmals nur einigen Jahren mit sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung in Deutschland, ein vollständiges Abbild ihrer Erwerbsbiografien meist nicht möglich ist. Hingegen enthalten sind Informationen zu Spätaussiedlern und ehemaligen DDR-Bürgern deren Erwerbsverlauf über die Anrechnungszeiten künstlich nachvollzogen wird. Insgesamt ergibt sich so für die folgenden Analysen eine Untersuchungspopulation von 14.279 Personen von denen 6.370 Personen 1959 und 7.909 Personen 1965 geboren sind.

Um die Erwerbsbiografie abbilden zu können, wurden auf Quartalsebene neun verschiedene Erwerbszustände generiert:³

4. Methode

Im Folgenden werden mit Hilfe der Sequenzmusteranalyse typi-

- Vollzeit beschäftigt
- *Zivil-/Wehrdienst*
(nur Männer)⁴
- Teilzeit beschäftigt
- *krank*
- geringfügig beschäftigt
(seit 1999)
- *in Rente*
- Arbeitslos
(bzw. im Leistungsbezug)
- keine Information
- in Familienzeit (nur Frauen)

sche Erwerbsverläufe der beiden Kohorten aufgezeigt. Erwerbsverläufe können grundsätzlich definiert werden als die zeitliche Abfolge diskreter (Erwerbs-) Zustände. Bei der Untersuchung dieser Verläufe sind zwei theoretische Konzepte zentral: Das Übergang- und das Verlaufskonzept (vgl. [Sackmann/Wingens 2001](#)). Die methodischen Pendanten der beiden Konzepte sind die Ereignis- und die Sequenzmusteranalyse. Der Ereignisanalyse liegt die Annahme zu Grunde, dass Ereignisse und Übergänge im Erwerbs- bzw. im Lebensverlauf den weiteren Verlauf grundlegend beeinflussen bzw. dass sich ein Ereignis im Lebenslauf durch den vorangehenden Verlauf erklären lässt ([Blossfeld 2010](#)). Die Analyse von Übergängen, also der Wechsel zwischen zwei relevanten Zuständen, steht im Zentrum der auf den Einzelpro-

zess bezogenen Ereignisanalyse. Die Sequenzmusteranalyse nimmt demgegenüber eine umfassendere Perspektive ein und konzentriert sich auf die Analyse des Gesamtverlaufs ([Windzio 2001](#)). Grundsätzlich steht die Analyse der Abfolge unterschiedlicher Zustände im Zentrum der Betrachtung. Bei dem im Folgenden angewandten Optimal Matching Verfahren werden zudem auch die Verweildauern in den verschiedenen Zuständen beachtet ([Abbott/Tsay 2000](#); [Aisenbrey 2000](#)). Da bei der Betrachtung von Erwerbsverläufen keine voneinander abhängigen Ereignisse identifiziert werden, sondern vielmehr die Gesamtheit des bisherigen Erwerbsverlaufs der Babyboomerkohorten und der vorherrschenden Verlaufsmuster im Mittelpunkt stehen, wird im Folgenden eine Sequenzmusteranalyse durchgeführt.

Der erste Schritt der Sequenzmusteranalyse ist die Identifikation eines Erwerbszustands pro fest gesetzter Zeiteinheit, hier pro Quartal. Ein Quartal bildet damit ein Element des gesamten Erwerbsverlaufs, bzw. der Erwerbssequenz, die als Abfolge der Zustände definiert werden kann. Im zweiten Schritt werden die so modellierten Sequenzen unter Anwendung des Optimal-Matching-Verfahrens miteinander verglichen. Dies erfolgt durch einen paarweisen Abgleich aller Sequenzen und der Berechnung eines Ähnlichkeitsmaßes für jedes Sequenzpaar. Gesucht wird der kürzeste Weg, um eine Sequenz in eine andere zu überführen. Die Transformation geschieht durch die potenziellen Vorgänge „Einfügen und Löschen“ (insert/delete (indel)) und „Ersetzen“ (substitution) einzelner Elemente der Sequenzen ([Brzinsky-Fay/Kohler/Luniak 2006](#)). Für die vorliegenden Analysen wurden die Substitutionskosten anhand der mittleren Übergangswahrscheinlichkeiten zwischen zwei benachbarten Zuständen berechnet. Je niedriger die Übergangswahrscheinlichkeit zwischen zwei Zuständen ist, desto höher liegen die Substitutionskosten. Die sogenannten Indel-Kosten, die durch das Einfügen und Löschen eines Elements (also der zeitlichen Verschiebung einzelner Zustände der Sequenzen) entstehen, werden mit der Hälfte der maximalen Substitutionskosten festgesetzt. Unter Zuhilfenahme des Needleman-Wunsch-Algorithmus ([Needleman/Wunsch 1970](#)) werden die Minimalkosten der paarweisen Transformationen anhand der Levenshtein-Distanz ([Levenshtein 1966](#)) berechnet und eine Distanzmatrix der Sequenzen erstellt.⁵ Auf Basis dieser Distanzmatrix kann schließlich im dritten Schritt eine Clusteranalyse durchgeführt werden. Um möglichst gleich große und homogene Gruppen zu erhalten, haben wir uns für das Ward-Verfahren der hierarchischen Clusterbildung entschieden ([Bacher/Pöge/Wenzig 2010](#)). Obwohl die Erwerbssequenzen beider Kohorten getrennt voneinander analysiert wurden, zeichnen sich je Kohorte drei sinnvoll

² In der VSKT liegen Informationen zu Selbstständigen nur dann vor, falls diese freiwillig rentenversichert sind. Diese wurden in den nachfolgenden Analysen ausgeschlossen.

³ Bei parallelen Meldungen von Erwerbstätigkeit und eines anderen Zustandes wurde die betroffene Person als beschäftigt definiert.

⁴ Die hier kursiv dargestellten Zustände (Zivil-/Wehrdienst, krank, in Rente) werden im Weiteren aufgrund zu geringer Fallzahlen nicht dargestellt. Ebenso wird teilweise auf die Darstellung von Zeiten ohne Information verzichtet.

⁵ Unsere Analysen wurden mit der Statistiksoftware Stata erstellt. Hierbei haben wir auf das ado-file von Brzinsky-Fay et al. (2006) Kohler/Luniak (2010) zurückgegriffen.

	1959er Kohorte	1965er Kohorte	1959er Kohorte	1965er Kohorte
Alter	erste sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ^a (kumuliert, in Prozent)		erste Arbeitslosigkeitserfahrung ^a (kumuliert, in Prozent)	
20-21 Jahre	71 %	68 % ^{***b}	7 %	10 % ^{***b}
22-23 Jahre	76 %	74 % ^{**}	14 %	15 % [†]
24-25 Jahre	80 %	79 %	18 %	19 %
26-27 Jahre	83 %	84 %	21 %	28 % ^{***}
28-29 Jahre	86 %	86 %	24 %	34 % ^{***}
30-31 Jahre	88 %	88 %	27 %	38 % ^{***}
	n=6.370	n=7.909	n=6.370	n=7.909

^a Im Beobachtungszeitraum vom Alter 20 bis zum Alter 42 (1965er Kohorte) bzw. 48 (1959er Kohorte). ^b Signifikanzniveau der Differenz zwischen den Anteilen in beiden Kohorten: *** $p < 0,001$, ** $p < 0,01$, * $p < 0,05$, † $p < 0,1$ (z-Test).

Quelle: BASiD; eigene Berechnungen.

Tabelle 1: Erste sozialversicherungspflichtige Beschäftigung und erste Arbeitslosigkeitserfahrung

interpretierbare Cluster ⁶ ab.

5. Deskriptive Ergebnisse zu Erwerbseintritt und Erwerbsverlauf der Babyboomerkohorten 1959 und 1965

In Tabelle 1 sind die erste auftretende Erfahrung mit sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung und die erste Arbeitslosigkeitserfahrung der beiden Kohorten im Zeitraum vom 20. bis zum 31. Lebensjahr dargestellt. Während bis zum Alter von 21 Jahren in der älteren Kohorte bereits 71 Prozent mit sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung in Berührung gekommen sind, sind es bei der jüngeren Kohorte mit 68 Prozent etwas weniger. Dieser statistisch signifikante Unterschied deutet auf einen geringfügig späteren Berufsstart der jüngeren Kohorte hin. Bis zum Alter 31 summiert sich der Anteil jedoch in beiden Kohorten zu 88 Prozent auf. D.h. nahezu jede betrachtete Person war bis zum 31. Lebensjahr bereits mindestens einmal sozialversicherungspflichtig beschäftigt. In diesem Alter ist kein Unterschied mehr zwischen den Kohorten festzustellen.

Für die erste Arbeitslosigkeitserfahrung stellt man fest, dass bis zum Alter von 25 Jahren fast ein Fünftel der Personen beider Kohorten bereits mindestens ein Mal arbeitslos gemeldet war. Bis zum Alter 31 steigt der Anteil derer mit Arbeitslosigkeitserfahrungen auf 27 Prozent (ältere Kohorte) bzw. 38 Prozent (jüngere Kohorte).⁷ Es lässt sich festhalten, dass größere Teile beider Kohorten bereits früh mit Unsicherheiten auf dem Arbeitsmarkt konfrontiert waren. Die Arbeitsmarktrisiken sind für die 1965 Geborenen während der Etablierungsphase des Berufseinstieges nochmals deutlich ausgeprägter als bei den 1959 Geborenen und unterscheiden sich signifikant von denen der älteren Kohorten bis zum Alter 31.

Tabelle 2 zeigt ausgewählte Merkmale zu den Erwerbsbiografien der beiden Kohorten. Wir betrachten jeweils den Erwerbsverlauf ab dem Alter 20 bis zum aktuellen Rand der Daten (31.12. 2007). Der Zeitraum umfasst dementsprechend für die 1959 Geborenen 28 Jahre, für die 1965 Geborenen nur 22 Jahre. Deshalb können die Werte im Kohortenvergleich nur sehr schwer interpretiert werden. Was aber verglichen werden kann sind die Unterschiede

zwischen Männern und Frauen.

Die deskriptiven Auswertungen zu den durchschnittlichen Längen der Erwerbszustände verdeutlichen die Dominanz der Vollzeit-erwerbstätigkeit im männlichen Erwerbsverlauf sowie eine Diversität der Erwerbszustände in weiblichen Verläufen. Im Kohortenvergleich lässt sich fest stellen, dass die Erwerbsbeteiligung der Frauen, im Durchschnitt und im Verhältnis zu der jeweils betrachteten Periode, leicht gestiegen ist. Dies gilt sowohl für Vollzeit- und Teilzeitmodelle als auch für geringfügige Beschäftigung. Die durchschnittliche Dauer eines Arbeitslosigkeitszustands beträgt bei den Männern etwa ein Jahr und bei den Frauen jeweils etwa signifikant ein halbes Jahr länger. Die aufgezeigten Schwierigkeiten beim Erwerbseinstieg scheinen sich insgesamt nicht verfestigt zu haben. Die Kohorten weisen vergleichsweise heterogene Erwerbsverläufe auf, worauf das hohe Konzentrationsmaß ⁸ für die Erwerbssequenzen beider Kohorten schließen lässt. Auf eine Tendenz zur Pluralisierung der Erwerbsverläufe deuten die relativ hohen Standardabweichungen der durchschnittlichen Zustandslängen als auch die durchschnittliche Anzahl an Zuständen und Episoden hin. Diese Pluralität fällt bei weiblichen Erwerbsverläufen nochmals stärker ins Gewicht. Frauen wechseln häufig zwischen verschiedenen Formen der Erwerbsarbeit. Eine wesentliche Ursache hierfür kann in der Herausforderung, der Vereinbarkeit

⁶ Auch der Duda-Hart-Index (Duda/Hart 1973) weist auf drei sinnvolle Cluster hin.

⁷ Der sprunghafte Anstieg der 1965 Geborenen mit Arbeitslosigkeitserfahrung im Alter 26 bis 27 ist wahrscheinlich auf die in diese Zeit fallende Wiedervereinigung zurückzuführen, die insbesondere in den ostdeutschen Bundesländern zu einem dramatischen Anstieg der Arbeitslosigkeit geführt hat. Um den Zusammenhang umfassend abbilden zu können, sind weitergehende Analysen, getrennt nach ost- und westdeutschen Erwerbsverläufen nötig.

⁸ Ein Konzentrationsmaß von 100 % bedeutet, dass keine Sequenz der anderen gleicht. Je niedriger das Maß, desto ähnlicher sind sich die Sequenzen.

	1959er Kohorte		1965er Kohorte	
	Männer n=3.076	Frauen n=3.294	Männer n=3.735	Frauen n=4.174
Durchschnittliche Zustandslänge in Quartalen ^a (Standardabweichungen in Klammern)				
Vollzeit erwerbstätig	72 (40)	46 (35) ^{***a}	55 (32)	36 (27) ^{***}
Teilzeit erwerbstätig	1 (6)	12 (20) ^{***}	1 (5)	9 (15) ^{***}
geringfügig beschäftigt	1 (3)	4 (9) ^{***}	0 (3)	4 (8) ^{***}
Arbeitslos (bzw. im Leistungsbezug)	5 (12)	7 (11) ^{***}	4 (9)	6 (11) ^{***}
in Familienzeit (nur Frauen)	-	17 (25) ^{***}	-	12 (17) ^{***}
Durchschnittliche Anzahl Erwerbszustände	3 (1)	4 (1) ^{***}	3 (1)	4 (1) ^{***}
Durchschnittliche Anzahl Episoden ⁹	7 (6)	10 (7) ^{***}	6 (5)	9 (5) ^{***}
Konzentrationsmaß	90 %		87 %	

^a Im Beobachtungszeitraum vom Alter 20 bis zum Alter 42 (1965er Kohorte) bzw. 48 (1959er Kohorte). ^b Signifikanzniveau des t-Tests für Mittelwertsvergleiche zwischen Männern und Frauen je Kohorte: ^{***} $p < 0,001$ (t-Test).

Quelle: BASiD; eigene Berechnungen.

Tabelle 2: Ausgewählte Merkmale der Erwerbssequenzen

von Familie und Beruf gerecht zu werden, liegen.

6. Ergebnisse der Sequenzmusteranalysen zum Erwerbsverlauf der Babyboomerkohorten 1959 und 1965

Die Clusteranalyse der Erwerbssequenzen wurde für beide Kohorten getrennt durchgeführt. Es ergeben sich je Kohorte drei vergleichbare Cluster. Abbildung 1 zeigt die Cluster der Erwerbssequenzen der 1959 und 1965 Geborenen auf der Individualebene.¹⁰ Diese Darstellung deutet bereits darauf hin, dass sich die Cluster über eine unterschiedliche Nähe zum sozialversicherungspflichtigen Arbeitsmarkt definieren.

Das Cluster 1 kann als „Vollzeit-Cluster“ betitelt werden, da es stärker von Erwerbstätigkeit (insbesondere Vollzeit) geprägt ist als die anderen beiden Cluster und zwar über den gesamten Erwerbsverlauf hinweg. Dieses Cluster stellt in beiden Kohorten das größte Cluster mit einem Anteil von 44 Prozent bzw. 42 Prozent der Personen dar. Im „Vollzeit-Cluster“ finden sich sowohl ab dem Alter 20 kontinuierlich erwerbstätige Personen, als auch Erwerbspersonen mit kurzen Unterbrechungen ihrer Erwerbstätigkeit, die überwiegend bis zum Alter 30 in der älteren Kohorte und bis zum Alter 35 in der jüngeren Kohorte auftraten. Außerdem lassen sich Personen ausmachen, über die zu Beginn des Erwerbsverlaufs keine Informationen vorliegen, die später jedoch annähernd kontinuierlich erwerbstätig sind. Es ist davon auszugehen, dass diese Informationslücken auf schulische sowie auf universitäre Berufsausbildungen zurückzuführen sind. Diese „Bildungsphase“ zu Beginn des Erwerbsverlaufs dauert bei den Angehörigen der jüngeren Kohorte etwas länger als bei den Vergleichspersonen der älteren Kohorte.

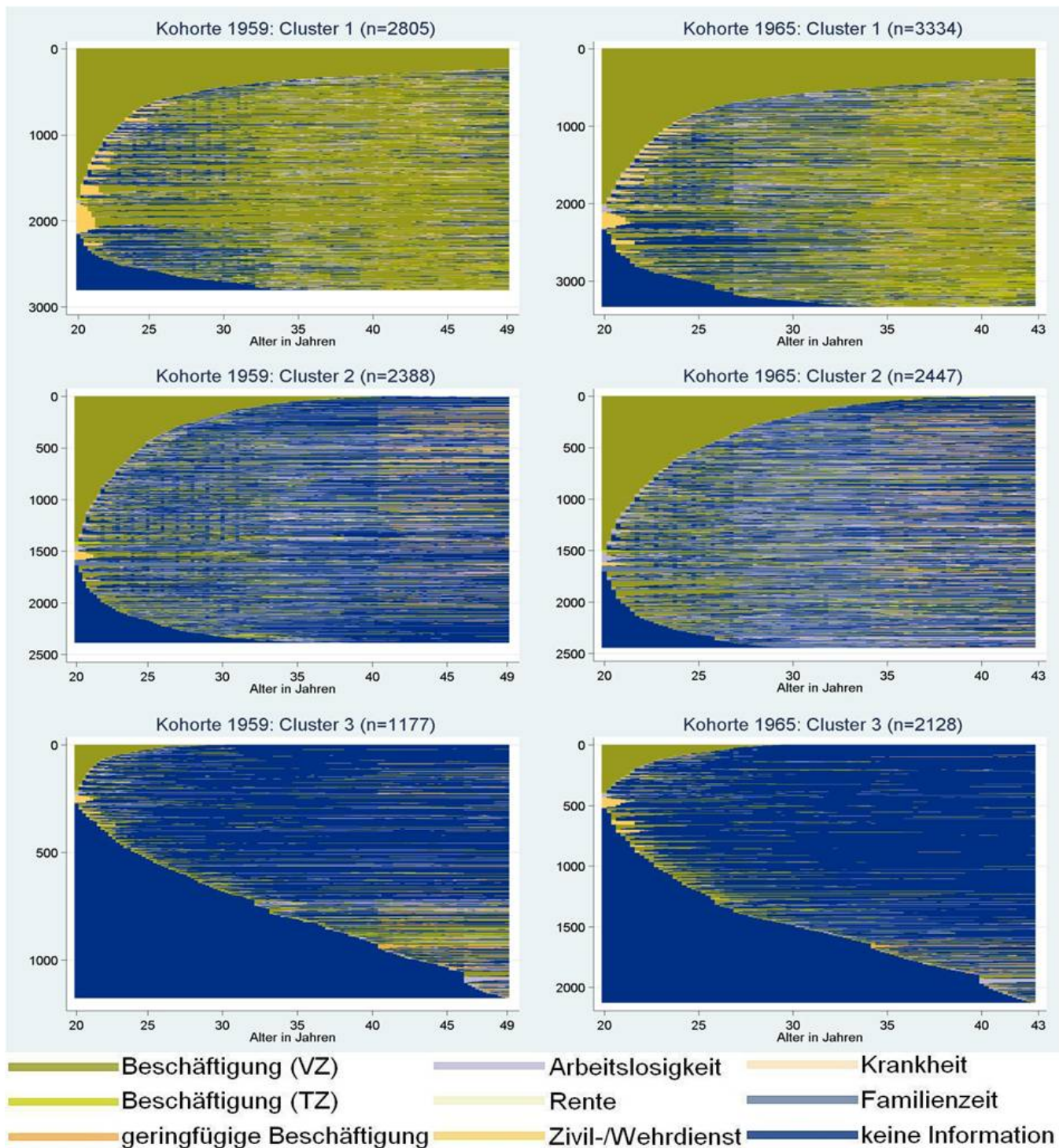
Gegenüber dem „Vollzeit-Cluster“ zeichnet sich das zweite Cluster durch sehr heterogene Verläufe mit häufigen Zustandswechseln aus. Die Zugehörigen dieses Clusters weisen neben Zeiten der Voll- und Teilzeitbeschäftigung noch andere Erwerbszustände auf. Seit der Aufnahme der geringfügigen Beschäftigung in die Sozialversicherung 1999, wird die besondere Rolle dieser Beschäftigungsform sichtbar. Zu diesem Cluster gehören 38 Prozent der

1959 Geborenen und 31 Prozent der 1965 Geborenen. Ein großer Teil dieses überwiegend weiblich geprägten Clusters ist zu Beginn der Betrachtung Vollzeit erwerbstätig. Eine Heterogenisierung der Erwerbssequenzen setzt etwa mit Mitte zwanzig ein. Dies ist, angesichts der oftmals darauf folgenden Familienzeiten, am wahrscheinlichsten auf die Geburten von Kindern zurückzuführen, die in den weiteren Erwerbsverläufen zu weniger kontinuierlichen und stärker pluralisierten Individualverläufen führen. Dieses zweite Cluster kann deswegen als „Pluralisierte Erwerbsverläufe“ benannt werden.

Das dritte Cluster schließlich ist geprägt durch lange Zeiten ohne Information, also durch Zeiten ohne Meldung zur Sozialversicherung und ohne den Erwerb von Rentenansprüchen. In diesem vergleichsweise kleinen Cluster, finden sich 18% der älteren bzw. 27% der jüngeren Kohorte wieder. Der Kohortenunterschied ist möglicherweise u.a. auf die unterschiedlich langen Betrachtungszeiträume zurückzuführen. In diesem Cluster der „Sozialversicherungsfernen Erwerbsleben“ werden Personen mit durchaus unterschiedlichen Erwerbsverläufen zusammengefasst. In ihm können sich einerseits Personen befinden, die nicht (mehr) erwerbstätig sind wie Hausfrauen, aber vor allem Personen, die aufgrund ihres Berufs nicht oder nicht mehr unter die Sozialversicherungspflicht fallen wie Selbstständige (auch freie Berufe) und Personen, die nach einiger Zeit in der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung verbeamtet wurden (Stegmann 2008). Daneben können auch einige sogenannte „Späteinsteiger“ identifiziert werden, also Personen die erst nach dem Alter 35 ins Erwerbsleben eingetreten sind, oftmals lediglich als geringfügig Beschäftigte.¹¹

⁹ Der Begriff Episode umfasst zusammengenommen die direkte Abfolge von Quartalen mit demselben Arbeitsmarktzustand.

¹⁰ Während auf der x-Achse das Alter in Jahren abgetragen ist, kann man auf der y-Achse die Anzahl der Personen des jeweiligen Clusters ablesen. Eine Zeile der Abbildung entspricht damit einer Individualsequenz.



Quelle: BASiD; eigene Berechnungen.

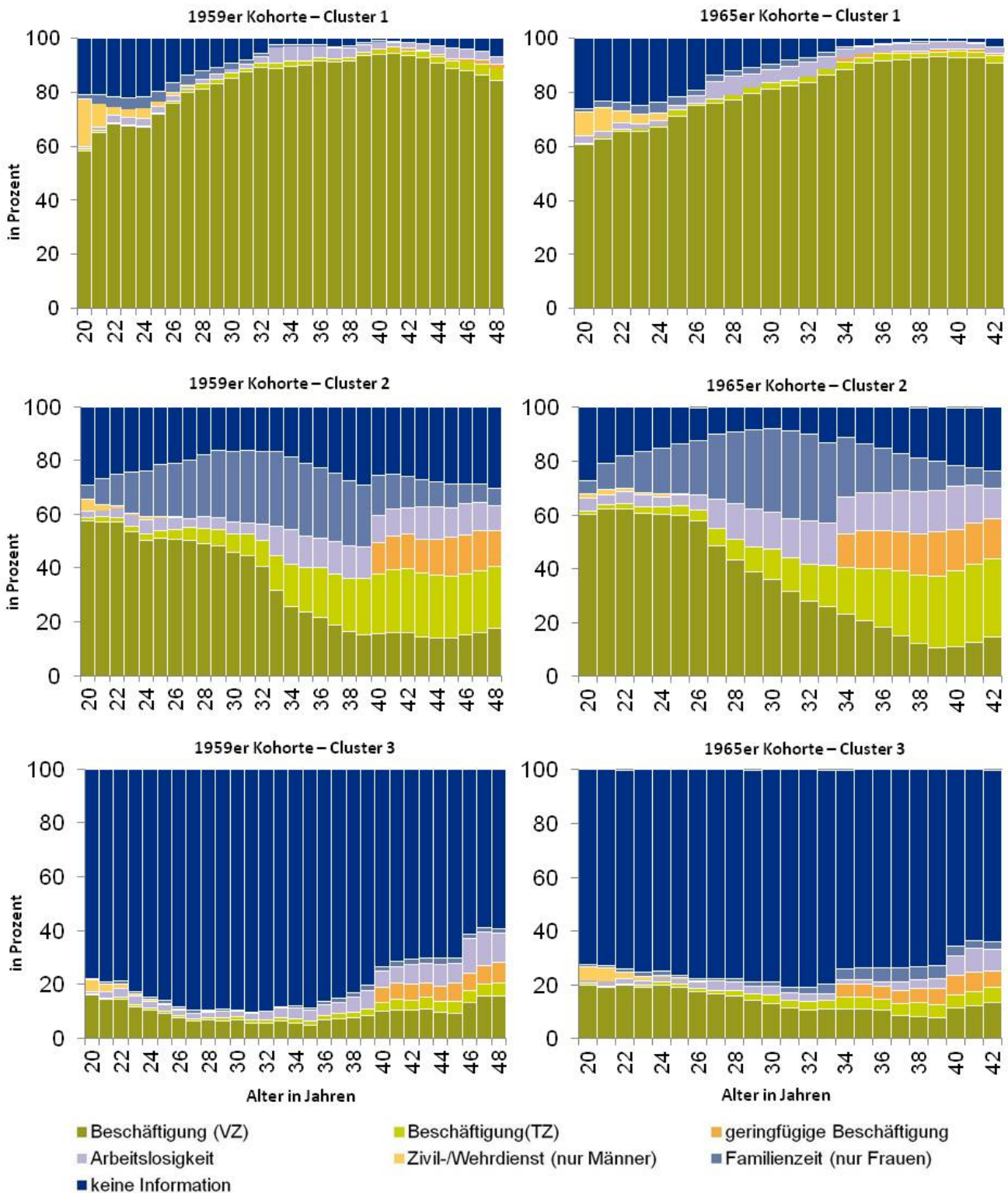
Abbildung 1: Cluster der individuellen Erwerbssequenzen

Ein ähnliches Bild der Cluster zeigt die Betrachtung der Erwerbsverläufe aus der Makroperspektive in Abbildung 2. Dargestellt ist die Verteilung der Arbeitsmarktzustände innerhalb der Cluster im Jahresvergleich. Auch hier wird die Dominanz der Vollzeitbeschäftigung im ersten Cluster deutlich. Nach der Ausbildungsphase bis etwa Anfang dreißig sind über 90 Prozent erwerbstätig. Lediglich für die ältere Kohorte deutet sich ab dem Alter 45 ein leichter Rückgang an.

Im Kohortenvergleich zeigt sich für das zweite Cluster, dass in der

älteren Kohorte über die Zeit hinweg ein höherer Anteil an Personen ohne Information bleibt. Da das Cluster stark von Frauen geprägt ist, folgern wir, dass ein Teil der 1959 geborenen Frauen nur über kurze Zeiträume hinweg mit dem Erwerbs- und Rentensystem in Berührung gekommen ist. Für das dritte Cluster zeigt

¹¹ Diese Personen waren möglicherweise auch schon vorher in einer solchen Beschäftigung. Diese ist aber erst seit 1999 sozialversicherungspflichtig und damit in den Daten erfasst.



Quelle: BASiD; eigene Berechnungen.

Abbildung 2: Arbeitsmarktzustände der 1959 und 1965 Geborenen im Zeitverlauf

sich in der makroperspektivischen Betrachtung abermals das Vorherrschen der Informationslosigkeit. Diese ist sowohl auf arbeitsmarktfremde Personen als auch auf Beamte und Selbstständige zurückzuführen, die nur eine kurze Zeit ihres Erwerbsverlauf mit sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung in Berührung gekommen sind.

Die drei Cluster untereinander unterscheiden sich sowohl im Umfang als auch im Bezug auf die Geschlechterverteilung. Das „Vollzeit-Cluster“ wird zu zwei Dritteln durch Männer besetzt. Das Cluster „Pluralisierte Erwerbsverläufe“ ist deutlich weiblich dominiert, während das Cluster „Sozialversicherungsfremde Erwerbsleben“ als geschlechterausgewogen gelten kann (s. Tabelle 3).

	1959er Kohorte		1965er Kohorte	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen
	in Prozent		in Prozent	
Cluster 1 n=2.805	67 %	33 %	Cluster 1 n=3.334	66 % 34 %
Cluster 2 n=2.388	23 %	77 %	Cluster 2 n=2.447	19 % 81 %
Cluster 3 n=1.177	55 %	45 %	Cluster 3 n=2.128	51 % 48 %
Insgesamt n=6.370	48 %	52 %	Insgesamt n=7.909	47 % 53 %

Quelle: BASiD; eigene Berechnungen.

Tabelle 3: Geschlechterverteilung der Cluster

Bei den Männern der beiden Kohorten zeigt sich durch die langjährige Vollzeitbeschäftigung, dass dem Normalarbeitsverhältnis ([Mückenberger 1985](#)) noch immer eine große Bedeutung zukommt. Die Erwerbstätigkeit der Frauen hingegen ist von größerer Diskontinuität geprägt (s. a. Tabelle 2).

Die gemeinsame Betrachtung der Frauen und Männer in den Kohorten macht es möglich zu identifizieren, dass aber durchaus auch Männer Erwerbssequenzen aufweisen, die den typischen weiblichen Verläufen stark ähneln und dem Cluster „Pluralisierte Verläufe“ zugeordnet sind. Darüber hinaus weist auch ein nicht unerheblicher Anteil der Frauen Verläufe auf mit langen Zeiten der Vollzeitbeschäftigung, die sich im von Männern dominierten „Vollzeit-Cluster“ wiederfinden (s. Tabelle 3). So zeigen sich leichte Tendenzen hin zu einer Annäherung männlicher und weiblicher Erwerbsverläufe. Insgesamt muss aber festgestellt werden, dass in beiden Kohorten vor allem Unterschiede zwischen Männern und Frauen überwiegen.

7. Zusammenfassung

Im vorliegenden Beitrag wurden die bisherigen Erwerbsverläufe der beiden Babyboomerkohorten 1959 und 1965 betrachtet. Es zeigt sich, dass deren Erwerbseinstieg in den 1980er Jahren durch gestiegene Unsicherheiten auf dem Arbeitsmarkt geprägt war. Für die jüngere Kohorte der 1965 Geborenen zeigt sich dies stärker als für die 1959 Geborenen. Hieran anschließend stellte sich die Frage, ob die Integrations- und Etablierungsschwierigkeiten zu Beginn des Erwerbslebens, sich negativ auf den weiteren Erwerbsverlauf ausgewirkt haben. Hierzu wurden die Erwerbsverläufe der beiden Kohorten seit dem Alter 20 anhand einer Sequenzmusteranalyse nach dem Optimal Matching Verfahren näher betrachtet und typische Erwerbsverlaufsmuster identifiziert. Die Ergebnisse erlauben die Interpretation von drei unterschiedlichen Clustern, die sich durch einen unterschiedlichen Grad der Arbeitsmarktnähe auszeichnen. Das erste identifizierte Cluster ist gleichsam das größte und kennzeichnet sich durch einen überwiegend kontinuierlichen Verbleib in Vollzeitbeschäftigung aus. Männer sind überproportional häufig in diesem „Vollzeit-Cluster“ zu finden. Das Cluster „Pluralisierte Erwerbsverläufe“ ist hingegen weiblich dominiert. Durchschnittlich etwa die Hälfte des betrachteten Zeitraums wurde von Angehörigen dieser Gruppe in Erwerbsarbeit verbracht und das Arbeitszeitvolumen ist ein deutlich reduzierteres. Teilzeitarbeit und geringfügige Beschäftigung sind von

besonderer Bedeutung. Darüber hinaus kennzeichnen Familienzeiten und Zeiten des Leistungsbezuges das Cluster. Im dritten und kleinsten Cluster werden Personen zusammengefasst, die nur über kurze Zeiträume in die Sozialversicherung eingezahlt haben. Hierunter fallen vor allem Beamte, Selbstständige sowie Personen in freien Berufen. Darüber hinaus konnte diese Personengruppe bislang nur sehr geringe Rentenansprüche in der gesetzlichen Rentenversicherung erwerben. Im Bezug auf die individuelle Altersvorsorge handelt es sich hier um eine sehr heterogene Gruppe. Einerseits handelt es sich um Personen, die überwiegend Rentenansprüche in berufsständischen oder privaten Versorgungssystemen erwerben, andererseits aber auch um Personen, die keine eigene Altersvorsorge treffen ([Stegmann 2008](#)).

Während das erste Cluster überwiegend von sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung geprägt ist, repräsentiert das dritte Cluster eine Gruppe von Personen, die bislang kaum mit sozialversicherungspflichtiger Erwerbstätigkeit in Berührung kamen. Das zweite Cluster weist aufgrund heterogener Erwerbsverläufe zwar nicht dieselbe Nähe zur sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung wie Cluster 1 auf, kommt diesem jedoch deutlich näher als das dritte Cluster.

Anhand dieser ersten, makroperspektivischen Betrachtungen konnten keine grundlegend negativen Auswirkungen des durch Unsicherheiten geprägten Arbeitsmarkteinstieges auf den weiteren Erwerbsverlauf festgestellt werden. Die Unsicherheiten, die zu Beginn des Erwerbslebens festgestellt werden, fallen im weiteren Verlauf nicht mehr ins Gewicht. In keinem der drei aufgezeigten Cluster stellt Arbeitslosigkeit einen dominierenden Zustand dar. Was sich zeigt ist, dass die Verläufe sich vor allem durch geschlechtsspezifische Unterschiede auszeichnen, die dem Modell des, für den deutschen Wohlfahrtsstaat typischen, „männlichen Familienernährers“ entsprechen ([Lewis/Ostner 1994](#)). Dies zeigt sich bei den Frauen durch lange Erwerbsunterbrechungen zu Gunsten von Familienzeiten oder einer reduzierten Erwerbstätigkeit (Cluster 2), während Männer überwiegend kontinuierlich eine Vollzeitbeschäftigung ausüben (Cluster 1). Um den Zusammenhang von Erwerbseinstieg und Arbeitsmarktteilnahme weiterführend untersuchen zu können sind erklärende Analysen auf der Individualebene nötig.

Literaturverzeichnis

- Abbott, Andrew; Tsay, Angela (2000): Sequence Analysis and Optimal Matching Methods in Sociology. *Sociological Methods and Research*, Jg. 29, H. 3, S. 3-33.
- Aisenbrey, Silke (2000): Optimal Matching Analyse. Anwendung in den Sozialwissenschaften. Opladen: Leske und Budrich.
- Bacher, Johann; Pöge, Andreas; Wenzig, Knut (2010): Clusteralanalyse. Anwendungsorientierte Einführung in Klassifikationsverfahren. München: Oldenbourg.
- Blossfeld, Hans-Peter (2010): Survival- und Ereignisanalyse. In: Wolf, Christof; Best, Henning (Hrsg.) (2010): Handbuch der sozialwissenschaftlichen Datenanalyse. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 995-1016.
- Brzinsky-Fay, Christian; Kohler, Ulrich; Luniak, Magdalena (2006): Sequence Analysis with Stata. *The Stata Journal*, Jg. 6, H. 4, S. 435-460.
- Dietrich, Hans; Abraham, Martin (2008): Eintritt in den Arbeitsmarkt. In: Abraham, Martin; Hinz, Thomas (Hrsg.) (2008): Arbeitsmarktsoziologie. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 69-98.
- Duda, Richard. O.; Hart, Peter E. (1973): Pattern Classification and Scene Analysis. New York: Wiley.
- Hochfellner, Daniela; Voigt, Axel; Budzak, Ute; Steppich, Birgit (2009): Das Projekt BASiD – Biografiedaten ausgewählter Sozialversicherungsträger in Deutschland. Projektinhalte, aktueller Stand der Arbeiten und Analysemöglichkeiten. *DRV-Schriften*, Jg. 55, S. 74-86.
- Jacob, Marita (2004): Mehrfachausbildungen in Deutschland. Karriere, Collage, Kompensation? Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Konietzka, Dirk (2004): Berufseinstieg in Krisenzeiten: Ausbildungs- und Arbeitsmarktchancen in den 1980er und 1990er Jahren. In: Hillmert, Steffen; Mayer, Karl Ulrich (Hrsg.) (2004): Geboren 1964 und 1971. Neuere Untersuchungen zu Ausbildungs- und Berufschancen in Deutschland. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 23-38.
- Levenshtein, Vladimir (1966): Binary Codes Capable of Correcting Deletions, Insertions and Reversals. *Cybernetics and Control Theory*, Jg. 10.8, S. 707-710.
- Lewis, Jane; Ostner, Ilona (1994): Gender and the evolution of European social policies, ZeS-Arbeitspapier Nr.4/94, Bremen.
- Menning, Sonja; Hoffmann, Elke (2009): Die Babyboomer – ein demografisches Porträt, GeroStat Report Altersdaten 2, Berlin.
- Mückenberger, Ulrich (1985): Die Krise des Normalarbeitsverhältnisses. Hat das Arbeitsrecht noch Zukunft? *Zeitschrift für Sozialreform*, Jg. 31, H. 7, S. 415-434.
- Needleman, Saul B.; Wunsch, Christian D. (1970): A General Method Applicable to the Search for Similarities in the Amino Acid Sequence of Two Proteins. *Journal of Molecular Biology*, Jg. 48, H. 3, S. 443-453.
- Sackmann, Reinhold; Wingers, Matthias (2001): Theoretische Konzepte des Lebenslaufs: Übergang, Sequenz, Verlauf. In: Sackmann, Reinhold; Wingers, Matthias (Hrsg.) (2001): Strukturen des Lebenslaufs. Übergang - Sequenz - Verlauf. Weinheim und München: Juventa Verlag, S. 17-48.
- Stegmann, Michael (2008): Typisierung von Versicherungsbiografien - Eine explorative Analyse auf Basis der Versicherungskontenstichprobe 2005. *Deutsche Rentenversicherung*, Jg. 63, H. 2, S. 221-238.
- Tisch, Anita; Tophoven, Silke (2011): Erwerbseinstieg und bisheriges Erwerbsleben der deutschen Babyboomerkohorten 1959 und 1965 - Vorarbeiten zu einer Kohortenstudie, IAB-Forschungsbericht 8/2011, Nürnberg.
- Windzio, Michael (2001): Übergänge und Sequenzen. Der Einfluss von Arbeitslosigkeit auf den weiteren Erwerbsverlauf. In: Sackmann, Reinhold; Wingers, Matthias (Hrsg.) (2001): Strukturen des Lebenslaufs. Übergang - Sequenz - Verlauf. Weinheim und München: Juventa Verlag, S. 163-198.

Autorinnen

Silke Tophoven,
Institut für Arbeitsmarkt- und
Berufsforschung (IAB)
Silke.Tophoven@iab.de

Anita Tisch
Institut für Arbeitsmarkt- und
Berufsforschung (IAB)
Anita.Tisch@iab.de

Patrycja Scioch
Institut für Arbeitsmarkt- und
Berufsforschung (IAB)
Patrycja.Scioch@iab.de

Christian Reuter Handlungsansätze zur Mobilitätssicherung im demografischen Wandel

Demografischer Wandel in ländlichen Räumen

Prägen noch vor wenigen Jahren junge Menschen und Familien mit Kindern unsere Gesellschaft, so machen sich nun zunehmend die Folgen des demografischen Wandels bemerkbar. Die Bevölkerungszahl ist rückläufig und die Menschen werden immer älter. Zuerst und in besonderem Maße betroffen: die ländlichen Räume! In diesen Regionen wird die meist ohnehin geringe Siedlungsdichte weiter abnehmen. Dem Trend der „Entvölkerung“ folgen die Ausdünnung der Versorgungsstrukturen und die Konzentration von Arbeitsplätzen, Versorgungsangeboten und Dienstleistungen in immer weiter entfernten Zentren. Der demografische Wandel hat auch unmittelbare Auswirkungen auf die sozialen Netzwerke in der Gesellschaft. In Regionen, in denen weite Teile der jüngeren Generation fehlen, kann bei der Versorgung und Pflege vor Ort nicht mehr auf die früher üblichen Familienstrukturen zurückgegriffen werden. Hier müssen sich im Laufe der Zeit neue Netzwerke herausbilden. Mit der Abwanderung der gut ausgebildeten jungen Menschen geht aber auch Innovations- und Veränderungspotenzial verloren, das vor Ort dringend benötigt wird.

Folgen für die Mobilität

Jede Lebensphase ist durch spezifische Mobilitätsmuster gekennzeichnet. Schüler, Auszubildende und Berufspendler haben häufig ähnliche Zielpunkte, nutzen aber oftmals verschiedene Verkehrsmittel. Senioren und Berufspendler wiederum verfügen zwar heute vielerorts über einen eigenen Pkw, haben jedoch andere Ziele als Schüler und Berufstätige. Dabei hat jede Gruppe unterschiedliche Zeiten, zu denen sie unterwegs ist. Bus und Bahn als Angebote des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) im ländlichen Raum waren über viele Jahre hinweg auf diese Mobilitätsmuster ausgerichtet.

Doch die Mobilitätsgewohnheiten der Bevölkerung ändern sich, wenn deren Zahl abnimmt und die Menschen immer älter werden. Mit der zunehmenden Entdichtung der ländlichen Räume steigen die Entfernungen, die zurückgelegt werden müssen, um beispielsweise zur Schule zu gelangen, um Arbeitsplätze zu erreichen oder um Versorgungs- und Kulturangebote wie gewohnt in Anspruch nehmen zu können. Zudem steuern immer weniger Menschen immer unterschiedlichere Zielpunkte zu jeweils anderen Zeiten an. Die Verkehrsbeziehungen werden also disperser, lassen sich weniger gut bündeln, die Wege werden weiter. Der konventionelle liniengebundene ÖPNV ist unter diesen Umständen kaum mehr wirtschaftlich vertretbar zu organisieren. In der Folge verschlechtern sich die Erreichbarkeiten und die Daseinsvorsorge gerät in Gefahr. Auch Mobilitätsangebote gehören zur öffentlichen Daseinsvorsorge. Viele ländliche Regionen sind heute bereits von der Schiene abgehängt und der Busverkehr ist vorwiegend auf den verbliebenen Schülerverkehr ausgerichtet. Mit weiter rückläufigen Schülerzahlen wird auch diese wichtige Nachfragegruppe (und Einnahmequelle) für den ÖPNV in ländlichen Räumen wegbrechen. Der demografische Wandel verlangt also nach neuen Produkten und Dienstleistungen bei Nahversorgung und Mobilität!

Enge finanzielle Handlungsspielräume

Um den Status quo einer bezahlbaren Daseinsvorsorge zu erhalten, ist ein starkes finanzielles Engagement der öffentlichen Hand erforderlich. Deren finanzieller Spielraum wird jedoch immer enger. Denn in einer schrumpfenden und alternden Gesellschaft sind die Steuereinnahmen rückläufig. Zudem muss die öffentliche Hand den Umbau von Gesellschaft und Infrastruktur finanzieren. Die Konkurrenz zwischen den unterschiedlichen Bereichen der Daseinsvorsorge um die Finanzierungsmittel wird also

weiter zunehmen. Die Zukunftsfähigkeit ländlicher Räume hängt dabei in hohem Maße davon ab, ob es gelingt, der älter werdenden Bevölkerung ein adäquates Nahversorgungs- und Mobilitätsniveau bereitzustellen, um so das Auseinanderdriften von wachsenden und schrumpfenden Regionen einzudämmen.

Handlungsansätze zur Mobilitätssicherung

Es stellt sich also die Frage, wie es zukünftig gelingen kann, Versorgung, Mobilität und gesellschaftliche Teilhabe der Menschen in ländlichen Räumen sicherzustellen. Einzelmaßnahmen werden in den meisten Fällen keine Lösung mehr bieten. Die angespannte Finanzlage der öffentlichen und privaten Haushalte wiederum verlangt nach überschaubaren und kostengünstigen Lösungen. Es sind also Strategien notwendig, um mögliche Lösungsansätze intelligent und effizient miteinander zu verknüpfen.

Vierorts ist man in den letzten Jahren bereits neue Wege gegangen, wenn auch nicht alle zum gewünschten Erfolg führten. Dabei wurde deutlich, dass sich die Grenzen zwischen öffentlicher und privater Mobilität zunehmend auflösen. Anstelle der bisherigen Fokussierung auf Bahn und Linienbus als Kernangebote des öffentlichen Personennahverkehrs muss zukünftig ein umfassenderer Ansatz gewählt werden, der alle *öffentlich zugänglichen Mobilitätsangebote* ebenso einschließt wie *lokale Nahversorgungsplattformen*. An die Konzepte sind jedoch hohe Anforderungen zu stellen. So müssen sich die neuen Angebotsformen *flexibel* auf den jeweiligen Bedarf vor Ort anpassen lassen. Über einen *adäquaten* Einsatz verschiedener Verkehrsmittel und Betriebsformen wird gewährleistet, dass deren Stärken optimal zum Einsatz kommen, wobei die Individualverkehrsmittel Fahrrad und Pkw bewusst einbezogen werden (Intermodalität). Um Mobilität auch dort anbieten zu können, wo ÖPNV-Aufgabenträger und Verkehrsunternehmen an organisatorische und wirtschaftliche Grenzen stoßen, ist das Bürgerengagement zu fördern und *integrativ* einzubinden.

Eine zielgerichtete Handlungsstrategie für ländliche Räume umfasst demnach vier Ansätze:

1. ÖPNV-Angebote im Kern stärken

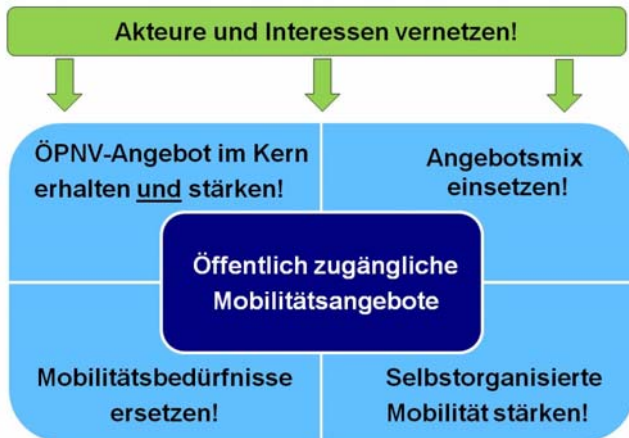
Das vielerorts noch ungeordnete ÖPNV-Angebot wird entflochten und nach funktionalen Gesichtspunkten neu geordnet. Bahn und Linienbus übernehmen dabei die Verbindungsfunktion auf Hauptrelationen. Die konsequente Verknüpfung mit der Flächenerschließung unterstreicht deren Zubringerfunktion und sorgt für die wirtschaftlich notwendige Bündelung der Nachfrage. Neue Zielgruppen für den ÖPNV sind zu erschließen und mit den bestehenden Nachfragegruppen zusammenzuführen. So lässt sich der ÖPNV für die Fahrgäste attraktiv und für die Verkehrsunternehmen wirtschaftlich gestalten.

2. Angebotsmix einsetzen

Die Bindung an starre Fahrpläne, feste Linienwege und einheitliche Fahrzeuge wird gelockert, damit flexibel auf zeitliche und räumliche Nachfrageschwankungen reagiert werden kann. In der Fläche kommen daher neben dem Linienbus (für eine regelmäßig höhere Nachfrage, z. B. im Schülerverkehr) vor allem flexible Bedienungsformen wie der Rufbus zum Einsatz. Hier gibt es viele unterschiedliche Betriebsformen, die sich jeweils optimal auf den Mobilitätsbedarf vor Ort anpassen lassen. Mit dem richtigen Angebotsmix besteht fast immer die Möglichkeit, ein besseres Fahrtenangebot und mehr Bedienungskomfort mit geringeren Betriebskosten zu verbinden.

3. Selbstorganisierte Mobilität stärken

Wo selbst flexible Bedienungsformen nicht mehr finanzierbar sind, aber Bürger vor Ort bereit sind, sich für ein besseres



Quelle: PTV AG
Abbildung 1: Handlungsstrategien für ländliche Räume

Mobilitätsangebot zu engagieren, können ehrenamtliche Verkehrsangebote das Angebot ergänzen. Auch eine bessere Verzahnung zwischen öffentlichem Verkehr und Individualverkehr kann dazu beitragen, Mobilität zu sichern. Hierzu zählt die Förderung der privaten Mitnahme im Individualverkehr ebenso wie die intermodale Verknüpfung von Fahrrad und ÖPNV.

4. Mobilitätsbedürfnisse ersetzen

Wo Nahversorgungs- und Beratungsangebote vor Ort zur Verfügung stehen, verringert sich der Mobilitätsbedarf. Dienstleistungen und Produkte aus unterschiedlichen Branchen werden aber nicht mehr parallel nebeneinander angeboten, sondern in gemeinschaftlich organisierten und damit finanzierbaren Formen gebündelt und vermarktet. Wo eine stationäre Versorgung nicht möglich ist, können mobile Angebote zum Einsatz kommen.

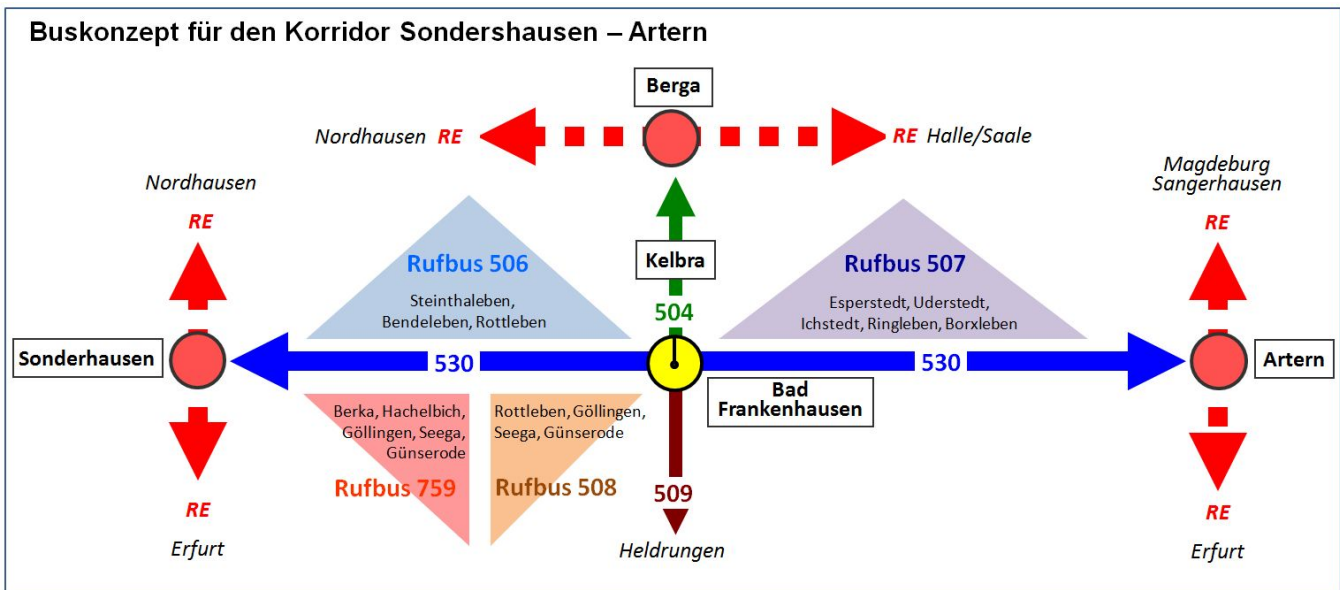
Wichtig ist, dass die vier Ansätze nicht getrennt voneinander betrachtet werden, sondern *kombinierbar* gestaltet sind und sich mühelos miteinander verbinden. Denn nur auf diese Weise lassen sich situationsangepasste Lösungen mit der angestrebten Intermodalität erreichen. Unabdingbar für eine erfolgreiche Strategieumsetzung in der Region sind aber auch eine frühzeitige *Vernetzung aller beteiligten Akteure* und ein Ausgleich der Interessen.

Wie die vier Handlungsansätze und eine erfolgreiche Akteursvernetzung in der Realität aussehen können, wird anhand der folgenden Beispiele deutlich. Einige dieser Maßnahmen wurden im Rahmen des Modellvorhabens „Demografischer Wandel – Region schafft Zukunft“ (2007 – 2011) des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung in den Modellregionen Stettiner Haff, Südharz-Kyffhäuser und Werra-Meißner-Kreis entwickelt und umgesetzt.

Ansatz „ÖPNV-Angebote im Kern erhalten und stärken“

Beispiel Modellregion Südharz-Kyffhäuser:
Neuordnung des ÖPNV-Angebots

Der Korridor zwischen den Städten Sondershausen, Bad Frankenhausen und Artern im Kyffhäuserkreis wird mit einem Buslinienetz erschlossen, das über viele Jahre hinweg „gewachsen“ ist. Die Folge: ungeordnet fahrende Buslinien ohne Trennung von Funktionen, ein unregelmäßiges Fahrtenangebot sowie scheinbar beliebig angesteuerte Haltestellen. Nachdem vor einigen Jahren auch die Bahnlinie in diesem Korridor eingestellt wurde, ist ein zeitgemäßes ÖPNV-Konzept umso dringlicher. Die Neuordnung des ÖPNV-Angebots sieht nun vor, den schnellen Durchgangsverkehr zwischen den drei Städten von der Flächenbedienung der Orte abseits der Hauptachse zu trennen. Dabei wird der konventionelle Buslinienverkehr auf die Hauptachse zwischen Artern und

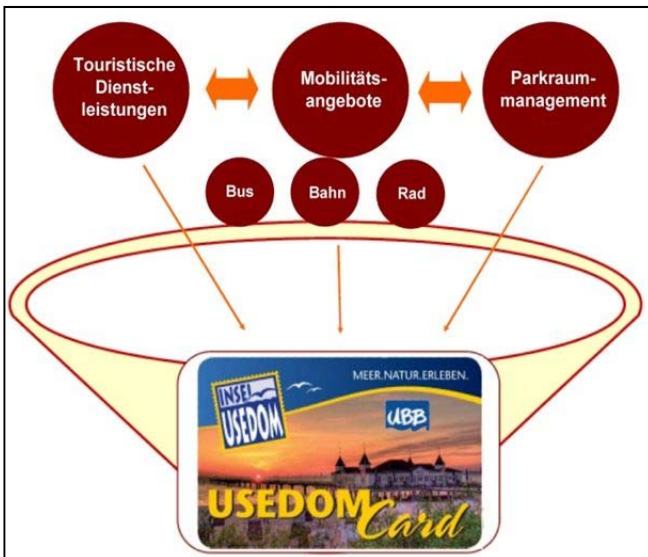


Quelle: PTV AG
Abbildung 2: Bisheriges Buslinienetz (oben) und neues Linienkonzept (unten) für den Korridor Sondershausen - Artern

Sondershausen konzentriert. Mit Fahrzeitverkürzungen und einem durchgehenden 2-h-Takt sind optimale Anschlüsse an die RegionalExpress-Linien der Bahn mit Verbindungen in die größeren Zentren der Region möglich. Abseits der Hauptachse wurden vier Bedienungssektoren festgelegt. Hier kommt ein Angebotsmix aus Buslinienverkehr (Schülerverkehr) und teil- bzw. vollflexiblen Anrufbussen zum Einsatz. Bad Frankenhausen wird der zentrale Verknüpfungspunkt zwischen der Flächenbedienung und dem Achsenverkehr. Abgestimmte Fahrpläne stellen Anschlüsse im Busnetz sicher.

Beispiel Insel Usedom: UsedomCard

Die UsedomCard ist mehr als eine der üblichen Rabattkarten für Touristen. Konzipiert als Mobilitätsgästekarte soll die UsedomCard den Urlaubsgästen während ihres Aufenthalts neben einem freien oder rabattierten Eintritt in touristische Einrichtungen die kostenfreie Nutzung von öffentlich zugänglichen Mobilitätsangeboten auf Usedom bieten, so die Usedomer Bäderbahn (UBB), die Busse der Ostseebus und das innovative Fahrradverleihsystem UsedomRad. Neben einer Entlastung der Insel vom Pkw-Verkehr soll die neue Karte auch dazu beitragen, mehr Fahrgäste auf die Bahn und vor allem auf die Buslinien zu bringen. Eine bessere Auslastung der Linien ist wichtig, um das ÖPNV-Angebot langfristig zu sichern. Davon profitieren nicht nur die Seebäder sondern auch die Bewohner der kleineren Gemeinden im dünn besiedelten



Quelle: PTV AG / IRS CONSULT AG
Abbildung 4: Kartenkonzept der UsedomCard



und touristisch noch wenig erschlossenen Achterland.

Beispiel Modellregion Südharz-Kyffhäuser: Kyffhäuser-Buslinie

Während der Sommersaison verbindet die Kyffhäuser-Buslinie die Städte Bad Frankenhausen und Kelbra mit dem Bahnhof Berga-Kelbra (RE-Anschluss) und erschließt auf diese Weise die Wanderregion des Kyffhäusergebirges. Fahrplan und Linienführung sind auf die Bedürfnisse der Touristen ausgerichtet. So haben Wanderer die Möglichkeit, sich mit dem Bus zu einem Zugangspunkt des Kyffhäuserwegs bringen zu lassen, einen Teil des Weges zu wandern und dann von anderer Stelle wieder zurück

zum Ausgangspunkt oder zum nächsten Ziel zu fahren, ohne auf den Pkw angewiesen zu sein. Da die Nachfrage je nach Jahreszeit und Witterung stark schwankt, wurde das Angebot als Anrufnienbus konzipiert. Die Fahrtwünsche müssen vor Fahrtantritt angemeldet werden, so dass das Verkehrsunternehmen flexibel entscheiden kann, ob die Fahrt stattfindet und welches Fahrzeug eingesetzt werden muss. Als reguläres ÖPNV-Angebot steht der Bus selbstverständlich auch den Bürgern in den erschlossenen Orten zur Verfügung. Die Linie bedient also zugleich Einheimische und Besucher.

Beispiel Modellregion Stettiner Haff: Zubringer-Anrufbus Löcknitz

Der Landkreis Uecker-Randow am Stettiner Haff leidet bereits seit längerem unter den Auswirkungen von Überalterung und Bevölkerungsrückgang. In den letzten Jahren haben sich aber auch viele polnische Staatsbürger aus dem Raum Stettin in den grenznahen Gemeinden des Landkreises niedergelassen. Diese Entwicklung hat zwar den Bevölkerungsrückgang stabilisiert. Die Neubürger sind aber weiterhin nach Polen orientiert. Außerdem ist die Großstadt Stettin mittlerweile auch für viele deutsche Bürger aus den grenznahen Gemeinden ein Einkaufs- und Freizeitziel. Das Busangebot in der Region ist auf diese grenzüberschreitende Mobilität bislang nur unzureichend ausgerichtet. Diese Lücke schließt nun ein neuer Rufbus, der die grenznahen Gemeinden erschließt, an die Haltepunkte der RegionalExpress-Linie Pasewalk – Stettin anbindet und dort den Anschluss von bzw. nach Stettin herstellt. Mit der Einführung des Rufbus-Angebots wurde auch der Fahrplan auf den parallel verlaufenden Buslinien so angepasst, dass werktäglich mindestens drei bis vier Anschlussfahrten je Richtung entstehen. Ziel war es, die neu entstandenen Mobilitätsbedürfnisse im grenzüberschreitenden Verkehr mit vertretbarem Aufwand und möglichst flexibel befriedigen zu können. Daher galt es, das bestehende Bahnangebot soweit wie möglich zu nutzen und durch die Bündelung der Nachfrage für eine bessere Auslastung zu sorgen.

Ansatz „Angebotsmix einsetzen“

Beispiel: Flexible Bedienungsformen im ÖPNV

Flexible (bzw. alternative) Bedienungsformen kommen in Deutschland seit nunmehr gut zwei Jahrzehnten zum Einsatz. Sie verkehren nur bei Bedarf, da die Fahrgäste ihre Fahrtwünsche vor Fahrtantritt anmelden müssen. Gegenüber dem konventionellen Linienverkehr erfolgt die Flexibilisierung entweder zeitlich (freie

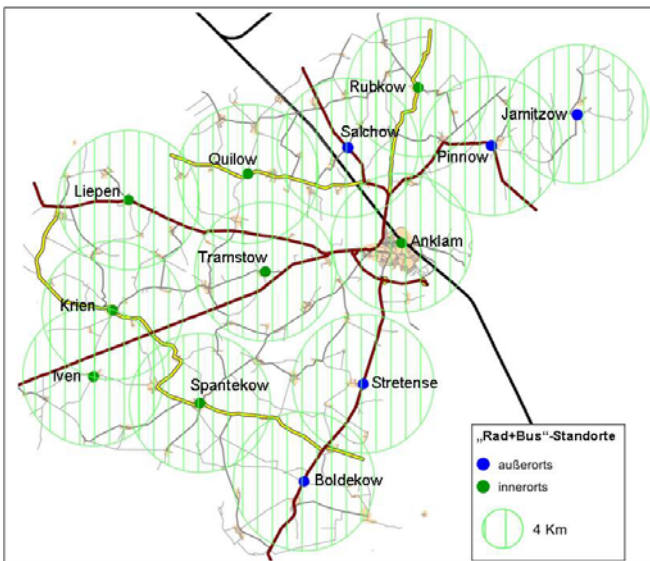


Quelle: VGS mbH
Foto 1: Anrufbus der Verkehrsgesellschaft Südharz

Wahl der Abfahrtszeit statt eines festen Fahrplans) oder räumlich (individuell disponierte Fahrtroute und Haustürbedienung statt festem Linienweg mit Haltestelle). Im Laufe der Jahre haben sich unterschiedliche Angebotsformen entwickelt, die sich nach Art und Grad der Flexibilisierung unterscheiden. Sie reichen vom fahrplan- und liniengebundenen Rufbus (Anruflinienfahrten) über die flexible Bedienung von Stichfahrten (Rufbus im Richtungsbandbetrieb) und den räumlich flexiblen Rufbus (Anrufsammeltaxi) bis hin zum vollflexiblen, d. h. räumlich und zeitlich flexibilisierten, Rufbus (Flächen-Rufbus). Je nach Art und Umfang der Nachfrage kommen auch verschiedene Fahrzeugtypen zum Einsatz. Da Kosten in vielen Fällen nur beim Einsatz der Rufbusse anfallen, lässt sich selbst bei geringer Nachfrage ein attraktives ÖPNV-Angebot mit vertretbarem Kostenaufwand sicherstellen. Flexible Bedienungsformen lassen sich dabei sehr gut als Zubringerverkehr zu konventionellen Linienbusverkehren einsetzen, die aufkommensstärkere Zeiten oder Relationen bedienen.

Beispiel Stettiner Haff: Verknüpfung von Rad+Bus

In ländlichen Regionen ist die ÖPNV-Erschließung vor allem in vielen kleineren Orten schlecht. Die Entfernungen zwischen diesen Orten und den nächst gelegenen Nahversorgungszentren sind aber oftmals zu weit, um sie problemlos mit dem Fahrrad zu bewältigen. Andererseits bietet es sich an, das Fahrrad in Kombination mit dem Bus zumindest auf Teilstrecken zu nutzen, insbesondere dann, wenn sich Topografie und Radwegeinfrastruktur dazu eignen. Auf diese Weise lassen sich Stärken und Schwächen beider Verkehrsmittel ausgleichen, die ÖPNV-Angebote und damit die Nahversorgungszentren werden besser erreichbar. Ein Beispiel hierzu ist das Konzept „Rad+Bus“ für die Gemeinden im Nahbereich der Stadt Anklam. Hierbei wurden zunächst verkehrssicher und gut erreichbare Bushaltestellen ermittelt, in deren Einzugsbereich (ca. 5 km) möglichst viele Einwohner leben und die gegenüber anderen Bushaltestellen in der Umgebung ein besseres ÖPNV-Fahrtenangebot aufweisen. Diese Haltestellen liegen nicht selten an Landstraßen außerhalb der bebauten Ortslagen. Das Konzept sieht vor, dass der Weg zwischen den Orten und den Haltestellen mit dem Fahrrad zurückgelegt wird. Geeignete Bushaltestellen werden mit einfachen, verkehrs- und diebstahlsicheren Fahrradabstellanlagen ausgestattet (Kosten ca. 500 EURO je Haltestelle), so dass auf eine Fahrradmitnahme im Bus verzichtet werden kann.



Quelle: PTV AG

Abbildung 5: Standorte für Fahrradabstellanlagen beim "Rad+Bus"-Projekt in Anklam

Ansatz „Selbstorganisierte Mobilität stärken“

Beispiel: Bürgerbus-Projekte im Land Brandenburg

Bürgerbus-Projekte nutzen zivilgesellschaftliches Engagement, um den Mobilitätsbedarf einer Region zu Zeiten und auf Relationen abzudecken, wo ein regulärer Busbetrieb oder auch ein Rufbusbetrieb durch die öffentliche Hand nicht aufrecht erhalten werden kann. Dabei ist der Bürgerbus keine Alternative zum regulären ÖPNV-Angebot sondern lediglich eine Ergänzung. Er bietet jedoch eine zusätzliche Qualität für eine Region, die sonst auf eine Busanbindung verzichten müsste. Benötigt werden lediglich ein entsprechendes Fahrzeug, meist ein Kleinbus, und ein Bürgerbusverein. In den westlichen Bundesländern fahren Bürgerbusse seit nunmehr 20 Jahren. Auch im Land Brandenburg gibt es mittlerweile vier Bürgerbus-Projekte im Hohen Fläming sowie in den Gemeinden Gransee, Lieberose/Oberspreewald und Brieselang. Dort stellt der örtliche Bürgerbusverein das ehrenamtlich tätige Fahrpersonal und übernimmt die Fahrzeugdisposition. Das örtliche Verkehrsunternehmen hält die erforderliche Liniengenehmigung, unterstützt den Verein bei der Fahr- und Dienstplanerstellung und kümmert sich meist auch um die Wartung der Fahrzeuge. Das Betriebskostendefizit übernimmt der ÖPNV-Aufgabenträger. Kostensenkend wirkt sich dabei aus, dass für Fahrer und sonstiges Personal keine Lohnkosten anfallen. Ein wichtiger Nebeneffekt der Bürgerbusvereine ist, dass sich neue soziale Netzwerke bilden und das Gemeinschaftsgefühl in der Region gestärkt wird.



Quelle: VBB GmbH

Foto 2: Bürgerbus Hoher Fläming (Brandenburg)

Beispiel: Private Mitnahmeverkehre und Pendlernetze

Dort, wo sich klassische und flexible ÖPNV-Angebote wirtschaftlich nicht mehr lohnen, können Initiativen zur privaten Mitnahme die Mobilitätsnachfrage decken. Die Grundidee dabei ist, freie Kapazitäten im Pkw zu nutzen und denjenigen, die kein Auto zur Verfügung haben, Mobilitätsoptionen zu bieten. Die Angebote richten sich dabei nicht nur an Berufspendler sondern auch an Gelegenheitsfahrer. Sie demonstrieren Offenheit und stärken das Gemeinschaftsgefühl in der Region. Dies ist eine gute Möglichkeit, das Gemeinschaftsgefühl in einer Region zu stärken und Offenheit zu demonstrieren. Allerdings müssen Angebot und Nachfrage zusammengeführt werden. Dies kann bereits mit relativ einfachen Mitteln erfolgen, in dem alle Fahrtenanbieter entsprechende Erkennungszeichen erhalten, die ein freies Fahrtenangebot signalisieren (z. B. Mobilfähnchen oder farbiges Tuch). Auch das klassische „Schwarze Brett“ im örtlichen Laden oder in der Gemeindeverwaltung bietet sich an. Es gibt aber auch schon regionale Vermittlungsportale, die Fahrtmöglichkeiten telefonisch oder über das Internet vermitteln und eine professionelle Fahrtendisposition

durchführen. Personen ohne Internetzugang, wie z. B. Senioren, können in stationären Einrichtungen (s. u.) bei der Anmeldung von Fahrtwünschen im entsprechenden Portal unterstützt werden. Bundesweit aktiv ist die AG Pendlerservice, ein Zusammenschluss verschiedener Anbieter, die ihren Service ohne kommerzielle Interessen bereitstellen.

Beispiel Landkreis Potsdam-Mittelmark: Privat organisierte Zubringerverkehre

Im Zuge der Neuordnung des Busangebots im Landkreis Potsdam-Mittelmark wurde der Linienbusverkehr auf den Hauptachsen konzentriert. Ziel war es, die Fahrtzeiten für Schul- und Berufspendler deutlich zu kürzen. Dies war jedoch nur möglich, in dem einige kleinere Orte abseits der Hauptachsen während der Schulverkehrszeiten nicht mehr vom Linienbus angefahren werden. Mit den Eltern der betroffenen Schüler in diesen Orten traf die Kreisverwaltung daher die Vereinbarung, dass diese in Eigenregie einen Zubringerverkehr für die Schüler mit dem eigenen Pkw bis zur nächstgelegenen Bushaltestelle an der Hauptachse organisieren. Im Gegenzug finanziert die Kreisverwaltung den Eltern die ihnen entstehenden Fahrtkosten nach dem Bundesreisekostengesetz. Auch wenn dieser Ansatz keine Standardlösung sein kann und viele Fragen bezüglich Rechtsanspruch, Akzeptanz und Effekte auf ÖPNV-System offen bleiben, so besteht im Einzelfall dennoch die Chance, das ÖPNV-Angebot für die Mehrzahl der Nutzer schneller und damit attraktiver zu machen.

Ansatz „Mobilitätsbedürfnisse ersetzen“

Beispiel Werra-Meißner-Kreis: Marktwert Ringgau-Datterode

Mobilitätsbedürfnisse im ländlichen Raum lassen sich immer dann ersetzen, wenn es gelingt, vor Ort eine möglichst breite Palette von Produkten des täglichen Bedarfs sowie von Service- und Dienstleistungen vorzuhalten. Der Marktwert steht für Leben in Ringgau; er ist Nahversorgung und Multifunktionszentrum, Begegnungs- und Kommunikationszentrum. Als Standort wird ein zentral gelegenes, ehemaliges Autohaus genutzt. Kernstück des Marktwerts ist der „nahkauf“ mit einem Lebensmittel- und Getränkemarkt, Fleischerei und Bäcker. Darüber hinaus gibt es Sparkassen- und Bankdienstleistungen, ein Café, einen Blumenladen, medizinische Dienstleistungen sowie das „Seniorenbüro Werra-Meißner“ als Begegnungs- und Beratungszentrum. Entscheidend dabei ist, dass der Standort gut erreichbar ist. Die Verknüpfung der genannten Funktionen mit verschiedenen Mobilitätsangeboten ist daher von zentraler Bedeutung. So wird der Marktwert bereits vom Regionalbus bedient. Zukünftig soll der Standort auch mehr-



Quelle: Marktwert Datterode

Foto 3: Marktwert in Ringgau-Datterode (Hessen)

mals in der Woche mit dem geplanten Bürgerbus angefahren werden. Vorgesehen ist auch der Aufbau einer Mobilitätszentrale. In der Region wird der Marktwert als ein Impuls für das Gemeinwesen betrachtet. Er ist ein wichtiger Beitrag zur Nahversorgung aller dort lebenden Bürger, vor allem, wenn sie keinen eigenen Pkw (mehr) haben.

Beispiel Modellregion Südharz-Kyffhäuser: Bürger- und Gästeservice in Kelbra

Auch der Bürger- und Gästeservice „Goldene Aue“ soll als Kommunikations- und Dienstleistungszentrum zu einem zentralen Anlaufpunkt für Kelbra und die umliegende Region werden. Bereits heute bietet der Bürgerservice Beratungsleistungen der Gemeindeverwaltung sowie einen öffentlichen Internetzugang. Der Gästeservice steht allen Besuchern mit Rat und Tat zur Seite, gibt Auskunft über Stadt und Region, berät zu Übernachtungsmöglichkeiten, Freizeitangeboten, Veranstaltungen und Sehenswürdigkeiten. Ein weiterer Baustein ist die Mobilitätsberatung. So unterstützen die Mitarbeiter bei der Bestellung von Rufbussen und geben Auskunft zu den Fahrplänen und Tarifen von Bus und Bahn. Derzeit ist der Bürger- und Gästeservice noch in provisorischen Räumlichkeiten untergebracht. Mittelfristig will die Stadt Kelbra das Gebäude der Alten Brauerei im Ortskern instandsetzen. Dann soll auch das bereits bestehende Bauernlädchen integriert und zum Regionalvermarkter aufgewertet werden. Zudem erhalten auch andere Gewerbetreibende, ortsansässige Händler, Dienstleister und Handwerker die Möglichkeit, ihre Waren bzw. Leistungen im Bürger- & Gästeservice zu präsentieren und anzubieten. Damit leistet der Bürger- und Gästeservice auch einen Beitrag zur Sicherung von Arbeitsplätzen in der Region.

Beispiel: Versorgungsplattform „Long Living @ Home“

Die Versorgungsplattform „Long Living @ Home“ stellt eine gedankliche Weiterentwicklung von gemeinschaftlich organisierten Versorgungseinrichtungen dar. Ausgehend vom Prinzip der stationären Versorgungs- und Beratungsstandorte sieht der Ansatz eine intensive Koordination und Verknüpfung von Nahverkehrsangeboten, privatem Engagement und sozialen Diensten, Einzelhandel, Logistikdienstleistungen sowie privater und kommerzieller Gesundheitsversorgung vor. Zentraler Baustein ist eine Kommunikations-, Planungs- und Serviceplattform („Versorgungsplattform“), die bereits vorhandene Koordinations- und Informationstechnologien zusammenführt und nutzt. Entsprechende Geschäftsmodelle wären gemeinsam mit den Trägern der Sozialsysteme zu entwickeln. Telefondienste, Internetzugang und Mobilkommunikation bieten den Senioren je nach Technikaffinität unterschiedliche Zugangsmöglichkeiten. Ziel der Versorgungsplattform ist es, die Attraktivität des ländlichen Raums als Wohn- und Lebensraum bis ins hohe Alter hin nachhaltig zu sichern und einen Beitrag zu einer umfassenden und bezahlbaren Versorgung der dort lebenden älteren Menschen zu leisten, damit diese so lange wie möglich in ihren eigenen vier Wänden bleiben können („Long Living @ Home“). Dies entspricht dem Wunsch vieler Senioren und trägt zu einer Entlastung der Sozialsysteme bei, da sich die Zahl der kostenintensiven Heimunterbringungen reduzieren lässt.

Begleitend: Akteure und Interessen vernetzen

Beispiel Modellregion Südharz-Kyffhäuser: Stammtisch Nahverkehr

Gute Mobilitätslösungen erfordern ein hohes Maß an Kreativität, vielfältige Ideen und solide Fachkenntnisse. Vor Ort vorhandenes Wissen und bestehende Erfahrungen sollten daher soweit wie möglich eingebunden werden. Entscheidend ist dabei die Vernetzung der wichtigen lokalen und regionalen Akteure. Beim Start des Modellprojekts „Entwicklung und Einführung eines ÖPNV- und



Quelle: VBB GmbH

Foto 4: "Bauernlädchen" in Kelbra (Sachsen-Anhalt) als zukünftiger Standort für den Bürger- und Gästeservice

Mobilitätskonzepts für die Region Südharz-Kyffhäuser" wurde mit dem Stammtisch Nahverkehr ein entsprechendes Diskussions- und Aktionsgremium ins Leben gerufen. Zum ständigen Teilnehmerkreis des Stammtisches gehörten u. a. Vertreter der Kreis- und Gemeindeverwaltungen, die Nahverkehrsgesellschaften der Länder (zuständig für den Schienenpersonennahverkehr), die örtlichen Verkehrsunternehmen, Vertreter der Tourismusverbände, engagierte Bürger sowie die Fachplaner des Projekts. Die regelmäßigen Treffen waren unterschiedlichen Aspekten rund um die Mobilitätssicherung im demografischen Wandel gewidmet. Informationen zum Projektstand, themenbezogene Referate mit anschließender Diskussion sowie Workshops und Studienfahrten gestalteten den Ablauf. Zu einigen Themen wurden auch externe Referenten eingeladen. Nach mehr als 20 Stammtischveranstaltungen hatten sich alle beteiligten Akteure besser kennengelernt und konnten ein Verständnis für die jeweiligen Anforderungen und Handlungsspielräume entwickeln. Der Stammtisch brachte zahlreiche Anstöße für neue Mobilitätslösungen in der Region. Er wird auch nach Beendigung des Projekts weitergeführt.

Beispiel Modellregion Südharz-Kyffhäuser: 48h-Event

Die Region Südharz-Kyffhäuser veranstaltet seit dem Jahr 2009 den Event „48 Stunden zwischen Südharz und Kyffhäuser“. Dabei erhalten einheimische und auswärtige Teilnehmer die Gelegenheit, die Region und ihre Sehenswürdigkeiten mit dem ÖPNV zu entdecken. Hierzu gehört auch ein Informations- und Veranstaltungsprogramm. Eine regelmäßig verkehrende Busrundtour verbindet dabei alle Sehenswürdigkeiten und Veranstaltungsorte. Die Idee des Events wurde aus dem Land Brandenburg übernommen, wo mittlerweile ähnliche Aktionen in verschiedenen Regionen durchgeführt werden. Ziel des 48h-Events ist es, neue Touristen für die Region zu interessieren und zu zeigen, dass der öffentliche Nahverkehr auch für die touristische Mobilität genutzt werden kann, der ÖPNV also besser ist als sein Ruf. Die Erfahrungen zeigen, dass viele der Teilnehmer nach dieser „Schnuppertour“ wiederkommen. Damit wird dem Ziel entsprochen, neue Besucher für die Region und neue Fahrgäste für den ÖPNV zu gewinnen. Mehr Touristen als zusätzliche Fahrgäste sind auch ein Beitrag Bestandssicherung des ÖPNV. Zudem ist ein 48h-Event eine gute Gelegenheit, die Zusammenarbeit zwischen Tourismus- und ÖPNV-Anbietern zu intensivieren.

Fazit

Mit kreativen Ansätzen lassen sich Mobilität und Nahversorgung in ländlichen Räumen auch in Zeiten des demografischen Wandels sicherstellen. Wichtig dabei ist, dass die Angebote flexibel gestaltet sind und bei Bedarf auch gemeinschaftlich organisiert werden. Welche Kombination von Angeboten oder Dienstleistungen sich zur Abdeckung des Mobilitätsbedarfs am besten eignet, muss anhand der Randbedingungen vor Ort jeweils neu bestimmt werden.

Autor

Dipl. Ing. Christian Reuter
PTV AG, Berlin
christian.reuter@ptv.de

Jens-Martin Gutsche, Marion Kaps

Masterplan Daseinsvorsorge Nordthüringen – Ein regionaler Planungsansatz geht in die nächste Runde

1. Projekthintergrund

Masterplan-Projekt 2008/2009 im Kyffhäuserkreis

Im Rahmen des Bundesprogramms „Demografischer Wandel – Region schafft Zukunft“ wurde 2008/2009 im Kyffhäuserkreis (in Kooperation mit dem Landkreis Mansfeld-Südharz in Sachsen-Anhalt) ein Modellvorhaben – „Masterplan Daseinsvorsorge“ durchgeführt.

Gegenstand dieses Projektes war eine kreisweite Betrachtung der Auswirkungen der demografischen Entwicklung auf unterschiedliche Infrastrukturbereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge. Im Fokus standen dabei die Infrastrukturbereiche „Schule“, „Gesundheit“ und „Pflege von Menschen mit Behinderung“.

Teil des Projektes war zudem die Erarbeitung kleinräumiger Grundlagendaten zur Bevölkerungsentwicklung („Kleinräumige Bevölkerungsprognose“) sowie zur Siedlungsstruktur und den Erreichbarkeitsverhältnissen mit dem Pkw sowie dem öffentlichen Personennahverkehr.

Weiterführung und Ausweitung in Nordthüringen

Aufgrund des guten Ergebnisses des Modellvorhabens „Masterplan Daseinsvorsorge“ entstand auf Ebene der Regionalen Planungsgemeinschaft Nordthüringen der Wunsch, diesen Planungsansatz weiter zu verfolgen und dabei thematisch und räumlich auszuweiten.

Ein erster Schritt war die Erarbeitung einer kleinräumigen Bevölkerungsprognose für den gesamten Planungsraum der Regionalen Planungsgemeinschaft Nordthüringen, d.h. die vier Landkreise Eichsfeld, Kyffhäuserkreis, Nordhausen und Unstrut-Hainich-Kreis. Dieses Projekt konnte bereits in 2010 abgeschlossen werden.¹

Darauf aufbauend konnte dann im Oktober 2010 – dank einer Förderung des Freistaates Thüringen auf Basis der Thüringer Richtlinie zur Förderung der Regionalentwicklung vom 12.12.2006 – das Projekt „Masterplan Daseinsvorsorge in Nordthüringen“ gestartet werden.

Projektstatus

Das Projekt „Weiterführung und Ausweitung des ‚Masterplans Daseinsvorsorge‘ im Planungsbereich der Regionalen Planungsgemeinschaft Nordthüringen“ ist am 01.10.2010 gestartet und hat eine Laufzeit von 15 Monaten, d.h. bis zum Jahresende 2011. Der vorliegende Beitrag berichtet den Stand zum Zeitpunkt der DGD-Jahrestagung Mitte März 2011.

2. Erläuterung zum Masterplan Daseinsvorsorge

Ein „Masterplan Daseinsvorsorge“² ist das Ergebnis eines Prozesses, den Regionen oder Landkreise initiieren,

- um sich systematisch mit den Auswirkungen des demografischen Wandels auf die verschiedenen Infrastrukturbereiche der Daseinsvorsorge auseinanderzusetzen,
- Anpassungsstrategien zu entwickeln
- und deren Umsetzung politisch und organisatorisch sicherzustellen.

Wichtige Methodikbausteine sind dabei:

- die Bildung thematischer Arbeitsgruppen für alle betrachteten Infrastrukturbereiche
- eine wissenschaftliche Begleitung (insbesondere bei den Arbeitsschritten „kleinräumige Bevölkerungsprognose“, „Erreichbarkeitsanalysen“ und „Modellrechnungen zu Kosten und Qualitäten“) sowie
- die Berücksichtigung des Umsetzungsaspekts von Anfang an.

Seit der Entwicklung des Planungsansatzes im Jahr 2005 entstanden Masterpläne verschiedener Generationen. Die erste Generation startete mit dem MORO-Projekt „Regionalplanerische Handlungsansätze zur Gewährleistung der öffentlichen Daseinsvorsorge“ in den Partnerregionen Dithmarschen/Steinburg, Mecklenburgische Seenplatte und Havelland-Fläming. Dort wurden vorwiegend die Themen Bildung (Schulen), ÖPNV, Kinderbetreuung und Pflege betrachtet (vgl. Tab. 1).³

Eine zweite Generation entstand im Rahmen des Programms „Region schafft Zukunft – Neue Bundesländer“ in den Regionen „Südharz-Kyffhäuser“ und „Stettiner Haff“. Diese beiden Regionen waren zuvor siegreich aus einem vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung ausgelobten Wettbewerb hervorgegangen. Bezüglich der Masterpläne wurden die Themenfelder der ersten Generation teilweise aufgegriffen und um die Bereiche „Kultur“ und „Brandschutz“ erweitert (vgl. Tab. 1).⁴

Die dritte Generation der Masterpläne war zentraler Bestandteil des Programms „Region schafft Zukunft – Alte Länder“, das im Juli 2009 gestartet wurde. Für den Werra-Meißner-Kreis und den Kreis Nordfriesland standen außer den bereits in den anderen MORO-Projekten bearbeiteten Themenfeldern die Infrastrukturbereiche „Menschen mit Behinderung“, „Gesundheit / Ärzte“, „Jugendarbeit“, „Wasser / Abwasser“, „Nahversorgung“ und „Wohnen / Siedlung“ im Fokus.⁵

In dieser Entwicklungsperspektive bildet das in diesem Beitrag beschriebene Projekt „Masterplan Daseinsvorsorge Nordthüringen“ eine vierte Generation. Die Besonderheit liegt dabei in der

¹ Gertz Gutsche Rügenapp (2010): Kleinräumige Bevölkerungsprognose Planungsregion Nordthüringen bis 2025. Schlussbericht. Hamburg

² Der Planungsansatz wird in aktuellen Bundesprogrammen inzwischen auch als „Regionalstrategie Daseinsvorsorge“ bezeichnet.

³ Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung MORO (2005): Regionalplanerische Handlungsansätze zu Gewährung der öffentlichen Daseinsvorsorge. Bonn.

⁴ Einig, K. (Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung) (2008): Masterplan Daseinsvorsorge – Regionale Anpassungsstrategien. Bonn.

⁵ Verein für Regionalentwicklung Werra-Meißner-Kreis e. V. (2011): Ergebnisse aus dem Masterplan für den Werra-Meißner-Kreis. Eschwege; Kreis Nordfriesland (2011): Masterplan Daseinsvorsorge Nordfriesland. Husum.

Bisher im Rahmen von Masterplänen bearbeitete Infrastrukturen	Landkreise (KFZ-Kennzeichen)							
	1. Generation			2. Generation		3. Generation		4.
	HEI IZ	DEM NB MST MÜR	HVL, TF PM, P BRB	OVP UER	MSH KYF	NF	ESW	KYF NDH UH
Schule	X	X	X	X	X	X	X	X
ÖPNV	X	X	X	X	X	X	X	X
Kinderbetreuung	X	X		(X)		X	X	
Pflege	X	X	X			X	X	
Menschen mit Behinderung					X	X		
Gesundheit / Ärzte				(X)	X	X	X	
Jugendarbeit						X	X	
Kultur				X		X	X	X
Brandschutz				X		X		
Wasser / Abwasser						X		
Nahversorgung							X	
Wohnen / Siedlung						X	X	

Tabelle 1: Bisher im Rahmen von Masterplänen Daseinsvorsorge bearbeitete Infrastrukturbereiche

regionalen Eigeninitiative ohne Ausschreibung eines Bundesprogramms. Die positiven Ergebnisse und Erkenntnisse des MORO-Vorhabens der zweiten Generation („Region schafft Zukunft – Neue Bundesländer“) vor allem im Kyffhäuserkreis wurden durch verschiedene Beratungen in den Gremien der Regionalen Planungsgemeinschaft Nordthüringen den Nordthüringer Landkreisen

vorgelegt und weckten deren Interesse. Die Regionale Planungsgemeinschaft bot sich an, einen gemeinsamen Antrag beim Thüringer Ministerium für Bau, Landesentwicklung und Verkehr zu koordinieren.

Dieser Antrag hatte Erfolg. Mit Hilfe einer Förderung aus der Thü-

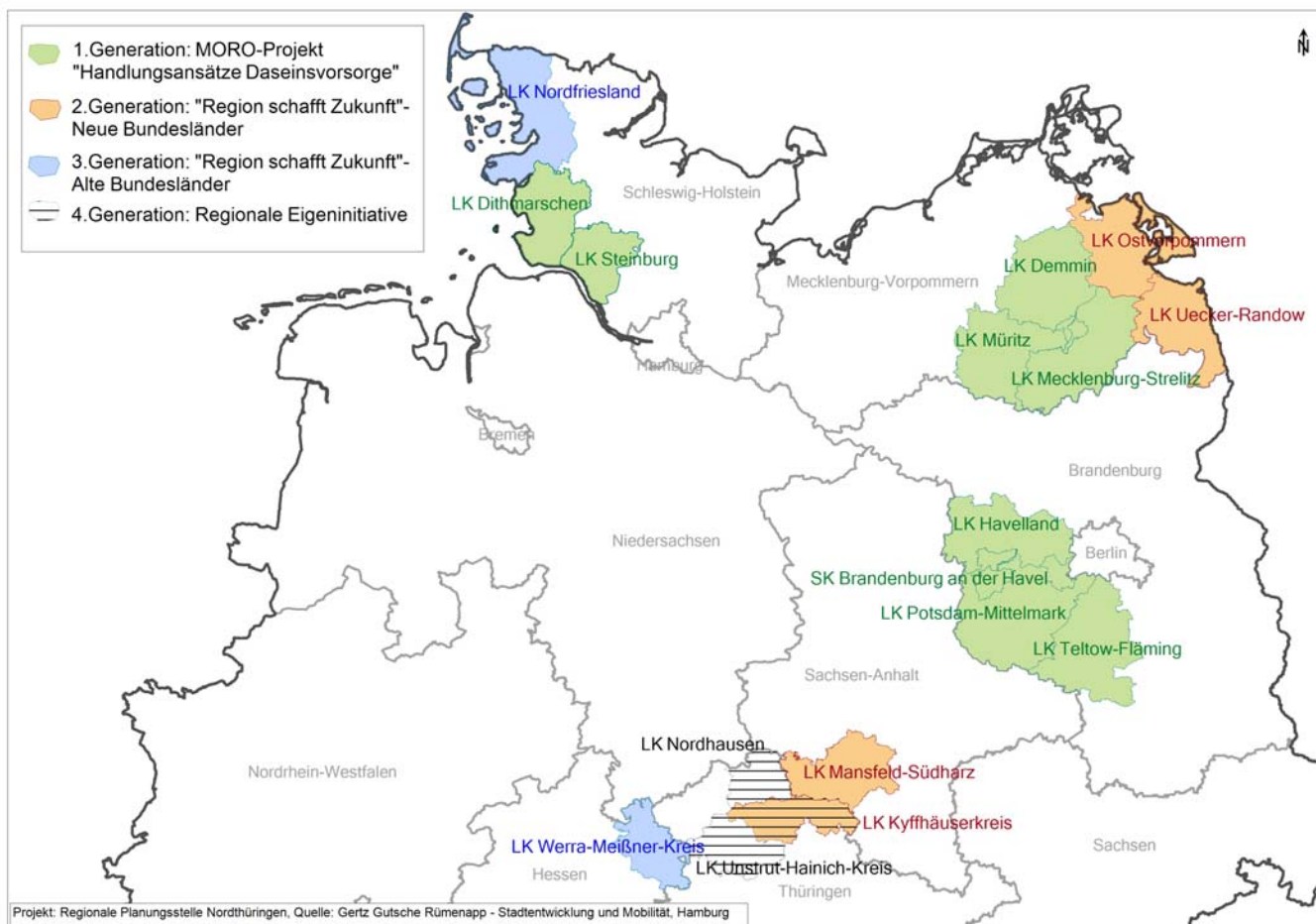


Abbildung 1: Vier Generationen „Masterplan Daseinsvorsorge“

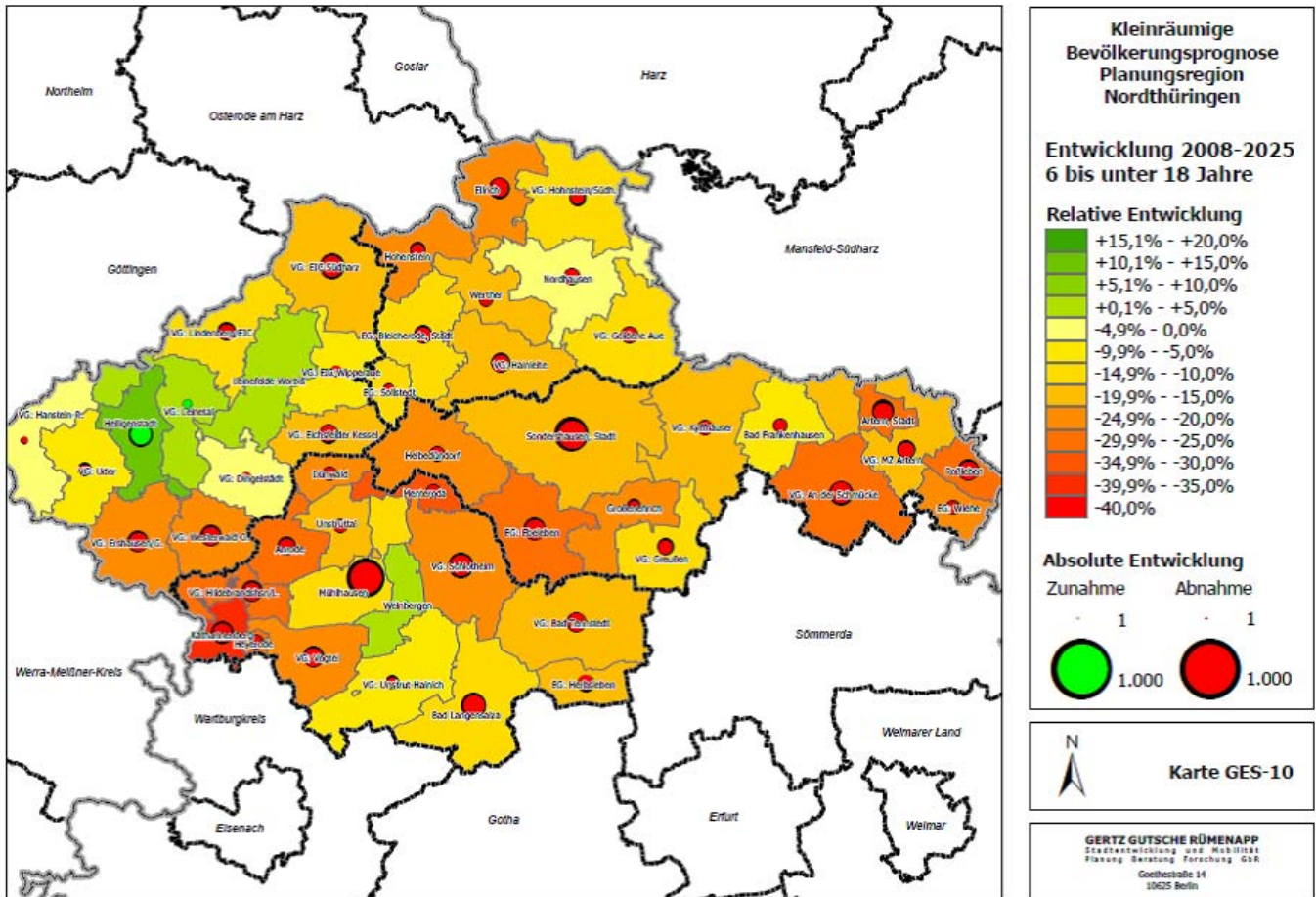


Abbildung 2: Kleinräumige Bevölkerungsprognose Planungsregion Nordthüringen (Auszug)

ringer Richtlinie zur Förderung der Regionalentwicklung konnte das Projekt am 01.10.2010 mit einer Laufzeit von 15 Monaten und einem Fördersatz von 70 Prozent gestartet werden. In dessen Rahmen werden interessierte Nordthüringer Landkreise bei der Erstellung eines Masterplanes für ein von ihnen selbst bestimmtes Themenfeld unterstützt. Die Unterstützung umfasst die wissenschaftliche Begleitung durch das Planungsbüro Gertz Gutsche Rügenapp, die Moderation und die Vor- und Nachbereitung der notwendigen Arbeitskreissitzungen durch die Regionale Planungsstelle sowie die allgemeine Projektkoordination und -abwicklung. Den Eigenanteil für die Erarbeitung der betrachteten Themenfelder zu den Masterplänen Daseinsvorsorge trägt die Regionale Planungsgemeinschaft Nordthüringen.

3. Kleinräumige Bevölkerungsprognose

Grundlage für die Bearbeitung aller ausgewählten Themenfelder ist die Kleinräumige Bevölkerungsprognose (vgl. Abb. 2). Diese wurde bereits im Jahr 2009 von der Regionalen Planungsgemeinschaft Nordthüringen für die ganze Planungsregion in Auftrag gegeben.

Die verwendete Methodik verknüpft das klassische Vorgehen bei Bevölkerungsprognosen (Abbildung von Alterung, Geburten, Sterbefällen und Wanderungsverhalten auf der Ebene der Gemeinden) auf der Ebene der Landkreise mit einem Randsummenabgleich auf Basis der aktuellen Landesprognose (vgl. Abb. 3). Diese ist in fast allen Landkreisen der Planungsregion Nordthüringen gekennzeichnet durch ein niedriges Geburtenniveau und hohe

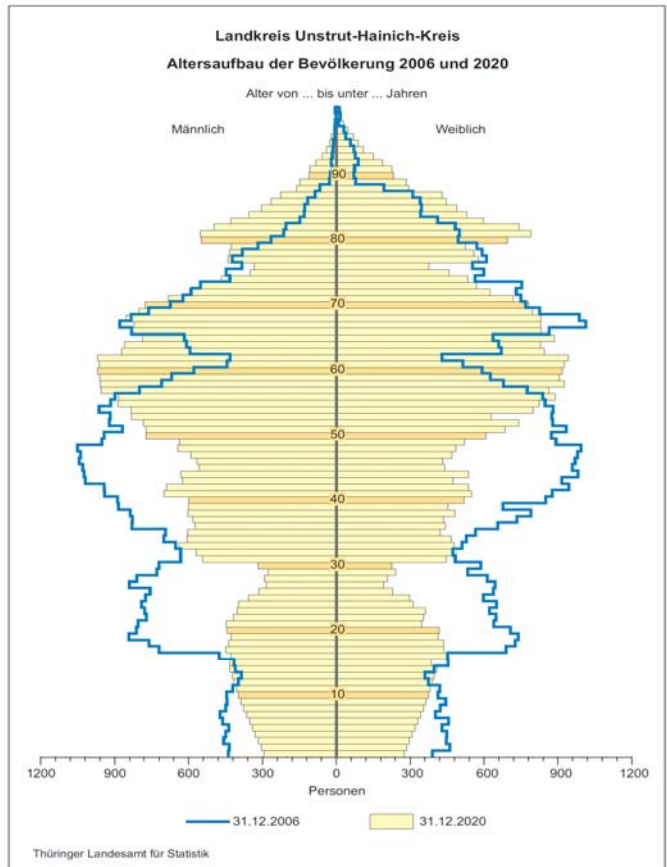


Abbildung 3: Prognose des Thüringer Landesamtes für Statistik, hier beispielhaft: Altersaufbau der Bevölkerung 2006 und 2020 im Unstrut-Hainich-Kreis

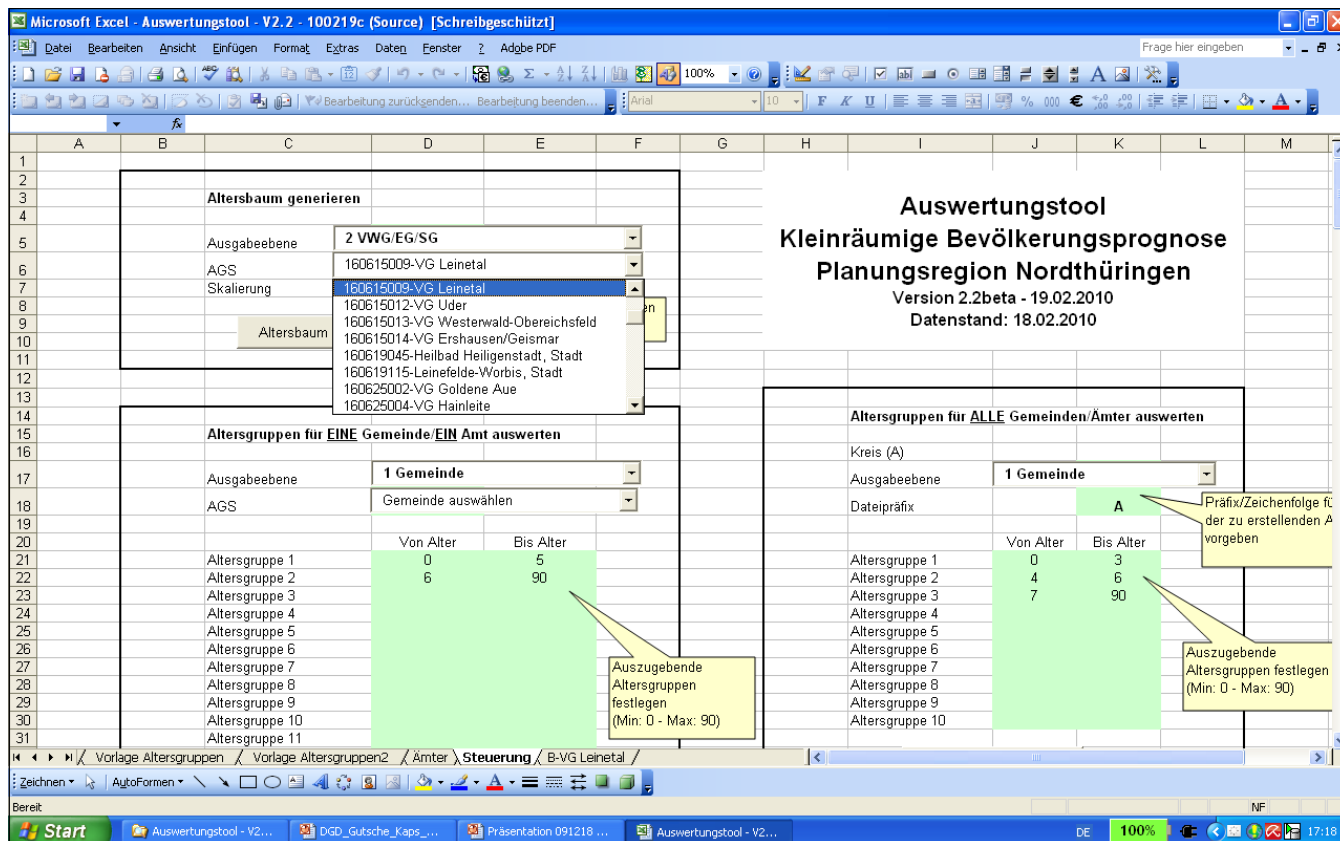


Abbildung 4: Auswertungstool zur kleinräumigen Bevölkerungsprognose Nordthüringen

Wanderungsverluste.

Zusätzlich wurden in der Prognose kleinräumige Entwicklungsannahmen berücksichtigt, die im Rahmen einer begleitenden Arbeitsgruppe mit der Planungsregion abgestimmt wurden. Diese dienen zum einen dazu, Singularitäten der Vergangenheit nicht als (falsche) Trendentwicklung in die Zukunft fortzuschreiben sowie zum anderen, absehbare Projektentwicklungen angemessen

zu berücksichtigen.

Ergebnis bildet eine gemeindegroße Bevölkerungsvorausschätzung auf Basis der gemeinsam getroffenen Annahmen, differenziert nach Altersgruppen oder einzelnen Altersjahren und Geschlecht bis zum Jahr 2025. Die Bevölkerungsprognose wurde den Nordthüringer Landratsämtern zur Verfügung gestellt. Durch ein begleitendes Auswertungstool lässt sie sich mit wenig technischem Aufwand schnell und unkompliziert in der Alltagsarbeit der Dienststellen nutzen (vgl. Abb. 4).

Die aktuellen Verschiebungen im Altersaufbau der Bevölkerung machen deutlich, wie notwendig es ist, sich eindringlich mit den Auswirkungen des demografischen Wandels auf die soziale und technische Infrastruktur zu beschäftigen.

Die aktuellen Verschiebungen im Altersaufbau der Bevölkerung machen deutlich, wie notwendig es ist, sich eindringlich mit den Auswirkungen des demografischen Wandels auf die soziale und technische Infrastruktur zu beschäftigen.

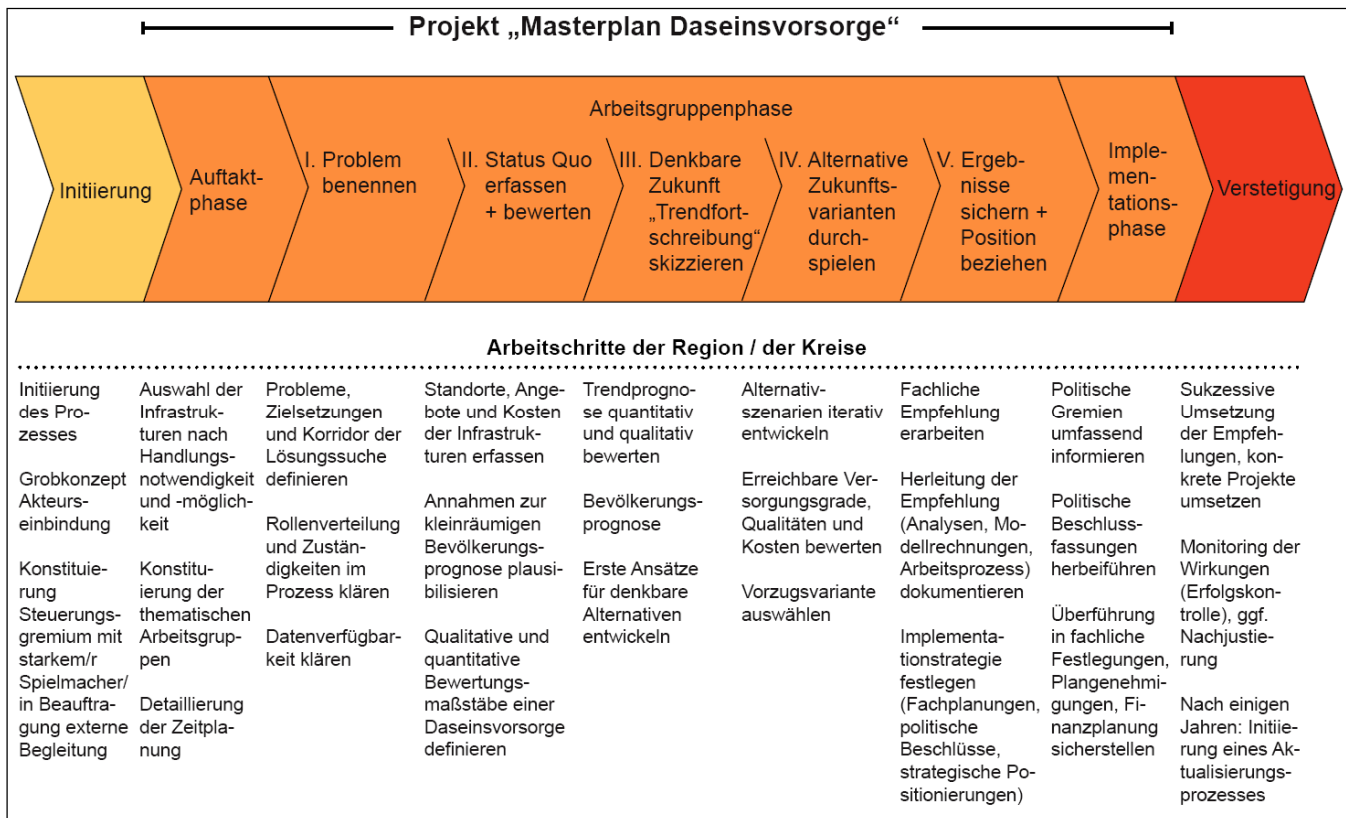
4. Projektarbeit in den Landkreisen

Die Nordthüringer Landkreise, welche an diesem Projekt mitwirken (vgl. Abb. 5), entschieden sich für die Infrastrukturbereiche „Kultur“ (Kyffhäuserkreis), „Nichtpolizeiliche Gefahrenabwehr“ (Landkreis Nordhausen) und „Schulentwicklung“ (Unstrut-Hainich-Kreis).

In jedem Landkreis wurde eine entsprechende thematische Arbeitsgruppe gebildet, die während des Masterplanprozesses als bewusstes „Zeitfenster zum strategischen und kreativen Nachdenken“ genutzt wird. Ziel aller Arbeitsgruppen ist die Erar-



Abbildung 5: Teilnehmende Landkreise mit ihren ausgewählten Infrastrukturbereichen



Quelle: BMVBS (2011): Regionalstrategie Daseinsvorsorge

Abbildung 6: Arbeitsphasen im Planungsansatz „Masterplan Daseinsvorsorge“

beitung planerisch-politischer Entscheidungsgrundlagen in den jeweiligen Themenfeldern.

Die einzelnen Arbeitsgruppen tagen planmäßig alle zwei bis drei Monate, also etwa fünf bis sechs Mal im gesamten Förderzeitraum. Dabei werden die Beratungen unter Einbeziehung wichtiger regionaler Akteure von der Regionalen Planungsstelle Nordthüringen koordiniert und moderiert. Die wissenschaftliche Begleitforschung (Planungsbüro Gertz Gutsche Rümenapp) stellt in der jeweiligen Beratung die gewünschten Analysen und Modellrechnungen vor, die von den Mitgliedern der Arbeitsgruppen diskutiert werden. In jeder Sitzung wird der Diskussion ein breiter Raum eingeräumt. Anregungen und Ideen finden Eingang in die Modellrechnungen der Begleitforschung bis zur nächsten Arbeitsgruppensitzung. Grundlage bildet in jeder Arbeitsgruppe eine konkrete inhaltliche Zielvorgabe, die sich die Arbeitsgruppen in ihrer ersten Sitzung selbst gegeben haben.

Nichtpolizeiliche Gefahrenabwehr (Landkreis Nordhausen)

Die Arbeitsgruppe „Nichtpolizeiliche Gefahrenabwehr“ im Landkreis Nordhausen konzentriert sich auf die Erarbeitung von Vorschlägen für die Organisation des überörtlichen Brandschutzes. Dabei geht es darum, geeignete Standorte für die Stützpunktfeuerwehren zu finden. Die jetzigen neun Standorte sollen auf ein „sinnvolles Maß“ reduziert werden.

Wichtig ist dabei die Festlegung der überörtlichen Ausrückebereiche auf der Basis einer brandschutzspezifischen Erreichbarkeitsanalyse auch unter Berücksichtigung der Gegebenheiten in den angrenzenden Landkreisen. Im Fokus der Betrachtungen steht auch die Frage, ob Aufgaben der Stützpunktfeuerwehren mit den dazu gehörigen notwendigen Ausrüstungen auch auf verschiede-

ne Wehren aufgeteilt werden müssen.

Schulentwicklung (Unstrut-Hainich-Kreis)

Die Arbeitsgruppe „Schulentwicklung“ im Unstrut-Hainich-Kreis hat sich die Erarbeitung eines Standortkonzeptes für die Schulformen Grundschulen, Regelschulen, Gymnasien und Gemeinschaftsschulen zum Ziel gesetzt. Dieses Konzept soll als wissenschaftliche Grundlage für die Fortschreibung der kreislichen Schulnetzplanung dienen.

Folgende Aspekte sollen dabei berücksichtigt werden:

- Kleinräumige Entwicklung der Schülerzahlen
- Mindestgrößen der Klassen/Schulen und ausreichende Lehrerzuweisung
- Zentralörtliche Erreichbarkeit
- Schulwegzeiten
- Leistungsfähigkeit des ÖPNV
- Räumliche Kapazitäten und baulicher Zustand der Schulen

Kultur (Kyffhäuserkreis)

Die Arbeitsgruppe „Kultur“ im Kyffhäuserkreis beschäftigt sich mit den Schwerpunkten: Theater / Orchester und der Kreismusikschule. Dabei steht die Analyse der räumlichen Zugänglichkeit, also die Erreichbarkeit mit dem Pkw bzw. mit dem ÖPNV, im Vordergrund.

Außerdem sollen die musikalischen Traditionen und deren Erhalt bzw. die weitere Entwicklung als besonderes Alleinstellungsmerkmal und als positiver Standortfaktor in einem ansonsten struktur-

schwachen Landkreis herausgearbeitet werden.

Ein weiterer Diskussionsschwerpunkt ist die Verantwortung von Kultureinrichtungen (z.B. Musikschulen) für eine sozialverträglich organisierte musische Bildung in einem Landkreis mit hohem Anteil an Sozialleistungsempfängern als Investition in die Zukunft.

Das weitere Vorgehen in den Arbeitsgruppen orientiert sich an der Methodik des Planungsansatzes „Masterplan Daseinsvorsorge“ (vgl. Abb. 6). Mitte März 2011 (DGD-Jahrestagung 2011 in Bonn) befanden sich die Arbeitskreise in der Projektphase III.

5. Schlussbemerkung

Der Planungsansatz „Masterplan Daseinsvorsorge“ ist nicht das Mittel zur Lösung aller demografischen Probleme. Er wird nichts daran ändern, dass Deutschland weniger, älter und pflegebedürftiger wird. Er sucht jedoch pragmatisch-strategische Ansatzpunkte, sich diesen Veränderungen zu stellen.

Autoren:

Dr. Jens-Martin Gutsche
Gertz Gutsche Rümenapp –
Stadtentwicklung und Mobilität, Hamburg
gutsche@ggr-planung.de

Marion Kaps
Regionale Planungsstelle
Nordthüringen, Sondershausen
marion.kaps@tlvwa.thueringen.de